

B 1579 EX



Groß + Außenhandel Drehscheibe der Wirtschaft



LGA
nachrichten

Offizielles Organ des Landesverbandes
des Bayerischen Groß- und Außenhandels
(Unternehmer- und Arbeitgeberverband) eV

37. Jahrgang · München
Januar 1982 · Nr. 1/1982

Zum Jahreswechsel	3	
Arbeitgeberfragen	4	Gewerkschaftliche Organisationsprobleme Arbeitsschutz-Entwurf stößt auf einhellige Ablehnung
Sozialversicherung	5	Renten-/Kranken-/Arbeitslosenversicherung 1982
Steuerfragen	7	Steuerliche Änderungen 1982 Gewährung der Arbeitnehmer-Sparzulage ab 1982
Berufsausbildung und -Förderung	9	Zur Pädagogisierung der betrieblichen Ausbildung – Forderungen des Bundesbildungsministers Engholm an die Wirtschaft
	10	Erwachsenenbildung weiter im Aufwind
Sozialversicherung	10	Großhandel: Lagerbestände weiter abgebaut
Verschiedenes	11	Forum '82 – Strategien entwickeln, Chancen nutzen – Die Position deutscher Unternehmer im Spannungsfeld zwischen Japan und USA
Personalien	12	
Buchbesprechungen	12	
Pluspunkt	15	

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:

Dipl.-Kfm. Sattel (Wirtschafts-, Tarif- und Sozialpolitik, Außenhandel, Betriebswirtschaft) · Dipl.-Kfm. Sauter (Wettbewerbsrecht, Steuern, Kreditwesen, Verkehr) · Dipl.-Volksw. Deutsch (Berufsbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsnachrichten, Personalien) · RA Frankenberger (Tarif-, Sozial- und Arbeitsrecht) · RA Waimann (Arbeitsrecht) · RA Wiedemann (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel) · RA Köppel (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel).

Erscheint einmal im Monat. Verleger: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München, Ottostraße 7. Alleiniger Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels eV, München 2, Ottostraße 7, Telefon 55 77 01/02. Verantwortlich für Herausgabe: Werner Sattel, 8011 Kirchseeon, Alpenstraße 16. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenteil: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, München 2, Ottostraße 7. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Druck: typobieri, 8000 München 40, Riesenfeldstraße 56, Telefon 3 59 60 66-68.

Zum Jahreswechsel

Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren,
liebe Mitglieder,

Grund zum Jubeln gab es schon die letzten Jahre nicht mehr; Warnungen vor Übertreibungen, vor Überbeanspruchung unserer wirtschaftlichen Leistungskraft und einem überstrapazierten „sozialen Netz“ wurden vielerorts als Schwarzmalerei und Cassandra-Rufe als unternehmerische und verbandliche Pflichtübung vor der Klagemauer angesehen, kritisiert oder auch einfach belächelt.

Gerade letzteres dürfte aber wohl allen Gruppierungen, und zwar sowohl im Lager der Arbeitgeber wie auch der Arbeitnehmer, inzwischen vergangen sein; zu deutlich sichtbar sind die Folgen des „über unsere Verhältnisse Lebens“, das seinen Ausdruck gefunden hat in jahrelangen unvertretbar hohen Tarifschlüssen, einer jedes Maß sprengenden Haushalts- und Finanzpolitik und einem Abbau des Lern- und Leistungswillens. Die Schäden sind nicht irreparabel, allerdings wird die Wiederherstellung des „Maßes der Mitte und der Vernunft“ längere Zeit in Anspruch nehmen; auch deshalb, weil eine Umkehr im Denken zunächst einmal vorangehen muß.

Wir leben nun einmal nicht in einer Welt des Überflusses; die Überwindung der Knappheit der Mittel und die Endlichkeit der Ressourcen sind tagtägliche Herausforderung im Wirtschaftsleben. Sie sind konstante Größen in der Grundformel einer ausgeglichenen Haushaltsführung.

Diese Gesetze gelten gleichermaßen für Private wie auch für Kaufleute. Ein Negativbeispiel für die Unternehmersituation, speziell auch im Groß- und Außenhandel, ist die Knappheit des Eigenkapitals, mit der unsere Unternehmen zunehmend zu kämpfen haben und die die Unsicherheit und das Risiko in gefährlicher Weise erhöht. Die sich nachhaltig verschlechternde Zahlungsmoral, die sprunghaft angewachsene Zahl der Insolvenzen in allen Wirtschaftsstufen, sind ja nur ein Ausfluß der kapitalmäßigen Unterversorgung. Die Eigenkapitaldecke im Groß- und Außenhandel beträgt nicht einmal mehr 20%. Der Überwindung schwieriger Wegstrecken sind damit quantitativ als auch zeitlich enge Grenzen gesteckt.

Konjunkturrell gesehen hat das zurückliegende Jahr etwa den zurückgeschraubten Erwartungen entsprochen. Nominal gesehen haben wir zwar mit 2% noch ein leichtes Plus auf 645 Milliarden DM bundesweit gesehen zu verzeichnen, real bewegen wir uns allerdings mit 5% im Minus, eine Entwicklung, die angesichts unserer Kosten- und Wettbewerbsstruktur auch kaum noch vorhandene Erträge endgültig abrutschen lassen wird. Ein Ende der Durststrecke ist überdies noch nicht abzusehen. Sie wird sich mit Sicherheit noch im 1. Halbjahr 1982 fortsetzen. Innerbetriebliche Rationalisierung und Mobilisierung aller Leistungsreserven sind ein Gebot der Stunde. Die im Schnitt pessimistischen Erwartungen des Groß- und Außenhandels drücken sich u. a. auch aus in der um 15% gesunkenen Investitionsquote im Vergleich zum Vorjahr; ebenso wichtig wie ein Wiedererstarren dieser Investitionsquote ist allerdings die Beibehaltung der Investitionsausgaben im personellen Bereich, denn nur mit hochqualifiziertem Personal wird der Groß- und Außenhandel am Markt seine Chance halten – auch international gesehen.

Der technische Fortschritt erfaßt zunehmend schneller auch die Handelsbetriebe. Beispiel für das schnelle Durchschlagen technischer Möglichkeiten ist die Einführung des Bildschirmtextes, der nach der noch laufenden Testphase in zwei Jahren bundesweit eingeführt werden wird. Sowohl der Produktions- als auch der Konsumgütergroßhandel werden mit erheblichen Rückwirkungen konfrontiert werden. Es wird für jeden von uns von Wichtigkeit sein, sich daraus ergebende Chancen und Risiken für das eigene Unternehmen zu überprüfen. Interessenten wenden sich diesbezüglich bitte an unseren Landesverband, der gerade bei übergreifenden Problemen als neutrale Informationsquelle und Ratgeber zur Seite steht.

Dies gilt selbstverständlich auch für die jeweiligen speziellen Sachprobleme, ebenso wie im sozialpolitischen und tariflichen Bereich.

Besonderes Augenmerk werden wir den anstehenden Tarifverhandlungen widmen müssen. Viele gewerkschaftliche Forderungen, nicht nur bei uns, haben angesichts der andauernden desolaten Wirtschaftslage nichts mehr mit dem gemein, was machbar und verantwortbar ist. Unsere Seite will die Tür nicht zuschlagen, aber wir sind der Ansicht, daß nur der gemeinsame Wille unser Schiff wieder flott machen kann, Luftblasen können nun einmal nicht mit Gewinn verkauft und verteilt werden – ein Tatbestand, den auch ein Funktionär gelten lassen muß, wenn er die ihm anvertrauten Interessen ehrlich vertritt. Wirtschaftlich unvertretbare Prozentsätze, die in Tarifverhandlungen „erkämpft“ wurden, mögen kurzfristig als Erfolg dargestellt und gefeiert werden können; längerfristig betrachtet gehen sie über steigende Inflationsraten, höhere Steuern und Abgaben, sinkende Realeinkommen und Beschäftigungsabbau nicht zum Nutzen weder des Einzelnen noch der Gesamtheit aus.

Illusionen bringen immer ein böses Erwachen, so auch das Ende des Traumes der uns über Jahre hin suggerierten Wohlstandsillusionen. Wir müssen den Mut haben, damit Schluß zu machen.

Unser Land, unser Beruf, unsere Jugend hat Zukunft. Halten wir sie durch Vernunft und Augenmaß, durch Unterstützung von Initiative und Eigenverantwortung offen. Einläullende Gleichmacherei ist von Übel, züchtet Pessimismus und mangelndes Vertrauen in die eigene Leistungskraft, wie dies in der Auffassung eines Teils unserer Jugend erkennbar wird. Wieviel richtiger und gerade auch für die Jugend wäre es, wieder vermitteln zu können, daß der Beruf, daß Leistung Freude macht und das Selbstbewußtsein steigert sowie den Menschen für seine Umwelt offen und aufnahmefähig hält.

Der Weg 1982 wird – so hoffen wir alle – nicht dornig werden. Steinig und uneben aber in jedem Falle. Zu glätten und die Steine aus dem Weg zu räumen, wird unsere Sache sein. Das Instrumentarium hierzu sind Leistungswille und Kreativität – Fähigkeiten, die gerade einem Kaufmann an erster Stelle zu eigen sind.

In diesem Sinne blicken wir auch für 1982 nicht ohne Mut in die Zukunft. Daß sich dieser verhaltene Optimismus für alle rechtfertigen und bewahrheiten wird, wünschen wir Ihnen für die kommenden 12 Monate.

Der Präsident:

Konsul Senator Walter Braun

Der Hauptgeschäftsführer

Werner Sattel

Wohlstand durch Marktwirtschaft – ein Abfallprodukt?

Mit „Alternativen zur Wirtschaftspolitik“ beschäftigte sich die jüngste Gesprächsrunde der Möhrendorfer SPD. Dazu hatte man den Stadtrat und SPD-Vorsitzenden in Erlangen, Dr. Helmut Pfister, eingeladen, der folgende Thesen vertrat:

„Die wirtschaftlichen Entscheidungen werden von einer Minderheit gefällt, die die entsprechende wirtschaftliche Macht besitzt. Und sie tut dies nicht gemäß den Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung, sondern allein aus privatem Gewinnstreben. Daß dabei in den letzten Jahrzehnten auch etwas für die Masse abgefallen ist, war nicht das Ziel sondern eine Randerscheinung.

Der allgemeine Wohlstand ebenso wie das soziale Netz sind gewissermaßen „Abfallprodukte“, dieses Wirtschaftssystems, das gemeinhin als kapitalistisches bezeichnet wird. Und daß es breiten Schichten der Bevölkerung gut geht, der angesprochenen Minderheit sogar noch besser, liege nur daran, daß es der Dritten Welt immer schlechter geht.

Die Sozialdemokratie habe in ihren Beschlüssen und Programmen immer wieder auf diese Ungerechtigkeiten hingewiesen und ihre Beseitigung durch die Umgestaltung des kapitalistischen Systems gefordert. Doch zeige sich auch hier wieder, daß einerseits Parteipolitik nicht gleich Regierungspolitik ist und andererseits, daß politische Macht nicht gleich wirtschaftliche Macht ist.

„Die Bundesregierung macht, da sie selbst keine wirtschaftliche Macht hat, weder den Aufschwung noch die Krise; das macht die Wirtschaftslobby unter sich.“

Die Antwort von Präsident Braun:

Sehr geehrter Herr Dr. Pfister,

mehrfach bin ich in den letzten Wochen auf eine Veröffentlichung im Erlanger Tagblatt vom 1. 12. 1981 angesprochen worden, in der über ein Referat berichtet wurde, das Sie vor der Möhrendorfer SPD gehalten hatten. Sowohl Inhalt als auch Tonfall sind – sofern richtig wiedergegeben – von solch verständnisloser Schärfe diktiert, daß ich meine ursprüngliche Zurückhaltung doch aufgeben möchte, um Sie zu fragen, wie Sie mit dieser Sicht der Dinge, die mir unmittelbar aus der Zeit des Hochkapitalismus und des extremen Klassenkampfes im 19. Jahrhundert entnommen scheint, mit den Fakten unserer sozialen Marktwirtschaft des ausgehenden 20. Jahrhunderts zurechtkommen können.

Ich will nicht im einzelnen auf Ihre Behauptungen eingehen, schon gar nicht will ich sie, soweit sie quantifizierbar sind, ausführlich durch statistische Zahlen widerlegen. Aber ich kann nicht umhin, wenigstens aus dem soeben veröffentlichten Dezemberbericht der Deutschen Bundesbank zu zitieren, in dem es heißt, daß die Einkommen der Unternehmen in den Jahren 1980 und 1981 um etwa 25 % gesunken seien, während sich die Arbeitseinkommen real behaupten konnten. Weiterhin kann ich nicht eine durchschnittliche Eigenkapitalquote der Unternehmen von kaum mehr als 20 % und eine durchschnittliche Nettoumsatzrendite (nach Steuern) von 2,4 % unerwähnt lassen, die für das Jahr 1979 errechnet wurden.

Die Logik, die sich aus dieser Gewinn- und Eigenkapitalentwicklung der Unternehmen ergibt, ist eigentlich zu simpel, als daß sie sich ideologisch verfremden ließe: Gewinne geben an, welche eigene Finanzkraft den Unternehmen für Investitionen zur Verfügung steht, die über die normalen Ersatzinvestitionen hinausgehen. Gleichzeitig signalisieren sie die Erwartungen und Hoffnungen, welche die Unternehmen für ihre wirtschaftliche Zukunft haben können. Weiter läßt die im internationalen Vergleich herausragend schlechte Eigenkapitalausstattung erkennen, wie beschränkt die Möglichkeiten der Unternehmen sind, angesichts der strangulierenden Hochzinsphase wenigstens durch Aufnahme von Fremdkapital investieren zu können.

Ich sehe deshalb einen unmittelbaren, zwingenden Zusammenhang zwischen diesen fundamentalen volkswirtschaftlichen Daten einerseits und dem Investitionsverhalten andererseits. Dabei ist noch nicht die weitere Frage gestellt, vor der jeder verantwortungsbewußte Unternehmer bei Investitionsüberlegungen ebenfalls steht, nämlich **wofür** er investieren soll. Investieren hat keinen Selbstzweck; es gewinnt seinen Sinn erst durch die realistische Aussicht auf den zu erwartenden Absatz der produzierten Güter und Dienstleistungen. Aus diesem Grund halte ich es, gelinde gesagt, für Unsinn, zu meinen, daß solche Investitions- und Produktionsentscheidungen nicht an den „Bedürfnissen der Mehrheit“, von denen Sie offenbar gesprochen haben, orientiert sind. Im Einzelfall, bei unternehmerischer Fehleinschätzung, mag das so sein, aber nicht in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Sicherlich werden Sie hier entgegenhalten, daß die oben genannten Zahlen, auf die ich mich stütze, letztlich nur das manipulierbare statistische Werkzeug der von Ihnen ebenfalls zitierten „erpresserischen Wirtschaftslobby“ darstellen. Darauf kann ich nur erwidern, daß die Deutsche Bundesbank seit einiger Zeit unter der Leitung eines angesehenen SPD-Vertreters steht – falls Sie ihn überhaupt als einen der Ihren akzeptieren.

Aber stoßen wir doch, nach diesem Vorgefacht über einen mir allerdings wichtig erscheinenden Punkt, zum Kern der Dinge vor, den Sie klar angesprochen haben: Sie wollen ein anderes, nach Ihrer Auffassung gerechteres Wirtschaftssystem. Ich dagegen frage nicht nur nach der Gerechtigkeit eines Wirtschaftssystems – die ich allerdings mit allen Unzulänglichkeiten, die jedes komplexe System in der Praxis mit sich bringt, bei uns unterstelle –, sondern ich frage auch nach seiner Effizienz. Diese ist, wie rundum alle historischen und gegenwärtigen Beispiele zeigen, untrennbar mit dem individuellen Erfolgsstreben des wirtschaftenden Menschen, ich sage bewußt nicht „Gewinn“ streben, gekoppelt. Der hohe Wohlstand unserer Bevölkerung und unser soziales Netz sind für mich das außerordentlich erstrebenswerte Resultat dieser Koppelung – Sie bezeichnen es als „Abfallprodukt“.

Obwohl ich mir schwer vorstellen kann, daß auf der Basis unserer beiderseitigen Standpunkte überhaupt eine Verständigung möglich ist, sollte der Versuch dazu nicht unterbleiben. Ich lade Sie als den Erlanger Vertreter einer unserer großen staatstragenden Parteien dazu ein, als Gast an den nächsten „Kammergesprächen“ teilzunehmen, bei denen prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu aktuellen Themen sprechen. Vielleicht findet sich dann Gelegenheit zu einem Gespräch.

Mit verbindlichen Grüßen Konsul Senator Walter Braun

Arbeitgeberfragen

Arbeitsschutz-Entwurf stößt auf einhellige Ablehnung

Arbeitsschutz müsse sich auf Unfallverhütung und Gesundheitsschutz konzentrieren. Dies erklärte die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in einer ersten Stellungnahme zu dem vom Bundesarbeitsminister vorgelegten Referentenentwurf eines Arbeitsschutzgesetzes. Der Entwurf gehe weit über die Grenzen des Arbeitsschutzes hinaus, da er Fragen des Arbeitszeitrechts, der Arbeitsorganisation und der beruflichen Entfaltung der Arbeitnehmer einschließe. Solche Zweckentfremdung schade den eigentlichen Aufgaben der Unfallverhütung und des Gesundheitsschutzes. Die Bundesvereinigung habe im übrigen mit Verwunderung davon Kenntnis genommen, daß gerade in diesem Falle und abweichend von der üblichen Praxis ein innerhalb der Bundesregierung noch nicht abgestimmter Referentenentwurf an die infrage kommenden Organisationen zur Stellungnahme verschickt worden sei.

Auf entschiedene Ablehnung der Arbeitgeber stößt die im Entwurf geplante vollständige Neuregelung des Arbeitszeitrechts. Sie sei weder gesundheitspolitisch noch arbeitsschutzrechtlich zu begründen, da die geltende Arbeitszeitordnung allen heutigen Anforderungen genüge. Es handele sich um einen gezielten dirigistischen Eingriff in die durch Tarifverträge und betriebliche Regelungen umschriebene arbeitszeitliche Flexibilität der Betriebe. Ein solches neues Arbeitszeitrecht, das insbesondere die Möglichkeiten der Mehrarbeit drastisch beschränke, hätte statt der vermeintlichen arbeitsmarktpolitischen Effekte unübersehbare negative Folgen für die Wirtschaft. Denn angesichts des Facharbeitermangels, des Konkurrenzdrucks sowie der hohen Kostenbelastung würde ein enges Arbeitszeitkorsett die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen weiter beeinträchtigen und damit vorhandene Arbeitsplätze gefährden. Gerade dies aber stünde in einem eklatanten Widerspruch zu den Bemühungen, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dauerhaft wiederherzustellen.

Die Überlegungen des Bundesarbeitsministeriums liefen insgesamt auf eine unerträgliche und den Betriebserfolg bedrohende Reglementierung hinaus. Angesichts der Konjunktur- und Beschäftigungslage und des Zwangs struktureller Anpassung an veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen stießen derart wirklichkeitsfremde Pläne in den Betrieben auf völliges Unverständnis.

Sozialversicherung

Renten-/Kranken-/Arbeitslosenversicherung 1982

Rentenversicherung

Die Beitragsbemessungsgrenze erhöht sich von 4400 DM auf 4700 DM monatlich und von 52800 DM auf jährlich 56400 DM.

Die Versicherungspflichtgrenze wurde 1968 beseitigt mit der Folge, daß auch Arbeitnehmer mit einem über der Beitragsbemessungsgrenze liegenden Verdienst rentenversicherungspflichtig sind, sofern sie sich nicht im Jahre 1968 oder früher haben befreien lassen.

Der Beitragssatz soll um 1/2% auf 18% gesenkt werden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer tragen je 9%. Der Höchstbetrag liegt bei 846 DM monatlich.

● **Selbständige** können innerhalb von zwei Jahren nach Aufnahme ihrer selbständigen Tätigkeit die Pflichtmitgliedschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung beantragen.

Bis zum Ablauf von drei Kalenderjahren nach Stellung des Antrages auf Versicherungspflicht braucht der Selbständige nur für jeden zweiten Monat Pflichtbeiträge entrichten.

Für alle Selbständigen, die bereits am 1. 1. 1973 eine selbständige Erwerbstätigkeit ausübten, war der 31. 12. 1974 letzter Termin für den Eintritt in die gesetzliche Rentenversicherung als Pflichtmitglied.

Unabhängig davon besteht ab Oktober 1972 die Möglichkeit der freiwilligen Rentenversicherung für alle Deutschen ab dem 16. Lebensjahr und zwar ohne weitere Bedingung, im Gegensatz zu früher.

● In den Jahren 1967 bis 1969 von der Rentenversicherung befreite **Arbeitnehmer-Ehegatten bleiben befreit**, sofern sie nicht 1978 gegenüber dem Versicherungsträger auf die Befreiung verzichtet haben. Danach ist die Befreiung nur zu beseitigen durch Beendigung des bisherigen Arbeitsverhältnisses mit dem Ehegatten und Aufnahme einer neuen versicherungspflichtigen Beschäftigung.

● Schon ab 1977 gibt es bei der Post keine Beitragsmarken mehr zu kaufen. Die pflichtversicherten Selbständigen und freiwillig Versicherten können **Beiträge** nur noch direkt an den Versicherungsträger überweisen.

Die Beiträge der pflichtversicherten Selbständigen werden bereits ab 1978 im Bankeinzugsverfahren monatlich abgebucht.

Die freiwillig Versicherten entrichteten Beiträge durch Überweisen auf ein Konto des zuständigen Rentenversicherungsträgers. Auch sie können das Bankabbuchungsverfahren wählen.

Bei der Überweisung an den Versicherungsträger sind folgende Angaben zu machen:

● Vor- und Familienname, bei Frauen auch Geburtsname, Versicherungsnummer und der Zeitraum, für den die Entrichtung gelten soll, sowie die Kennzeichnung als freiwilliger Beitrag oder als Beitrag zur Höherversicherung.

Der Versicherungsträger bestätigt bis zum 31. März des folgenden Jahres die Einzahlung und gibt auch die Umrechnung des eingezahlten Beitrages in rentenversichertes Einkommen bekannt, da die Beitragsklassen abgeschafft worden sind.

● Der **Durchschnittsbeitrag** für pflichtversicherte Handwerker beträgt ab 1982 442 DM (bisher 427 DM monatlich), was einem rentenversicherten Einkommen von ca. 2455 DM monatlich entspricht.

Angestellte, die sich 1968 oder früher von der Rentenversicherung haben befreien lassen, müssen zur Aufrechterhaltung der Halbdeckung für die Anerkennung beitragsloser Zeiten mindestens den gleichhohen Beitrag leisten. Es genügen aber auch Mindestbeiträge, wenn ab 1. 1. 1968 bis zum Versicherungsfall die einzelnen Kalenderjahre mindestens zu 75% mit Mindestbeiträgen belegt sind.

● Die allgemeine Bemessungsgrundlage für Renten im Jahre 1982 beträgt 24 099 DM.

Krankenversicherung

Die Beitragsbemessungsgrenze und gleichzeitig die Versicherungspflichtgrenze erhöht sich von 3300 DM auf 3525 DM monatlich und von 39600 DM auf 42300 DM jährlich.

● **Angestellte**, die durch Anhebung der Pflichtgrenze krankenversicherungspflichtig werden, können sich durch Nachweis einer privaten Krankenversicherung – hierzu zählt auch die freiwillige Weiterversicherung bei der AOK oder einer Ersatzkasse – mit gleichen Leistungen bis zum 31.1.1982 bei der für sie zuständigen Pflichtkrankenkasse befreien lassen. Die einmal ausgesprochene Befreiung gilt allerdings unwiderruflich für die Zukunft. Angehörige von Ersatzkassen müßten bis 30.11.1981 kündigen.

● Übersprang ein Angestellter im Laufe des Jahres 1981 die Versicherungspflichtgrenze von 3300 DM monatlich, so blieb er für dieses Jahr trotzdem krankenversicherungspflichtig.

Ein Ausscheiden aus der Versicherungspflicht ist nur möglich, wenn sein Gehalt spätestens im Dezember 1981 die neue Pflichtgrenze von 3525 DM überspringt.

Beispiel: Der Angestellte wurde zum 1.1.1981 mit einem Gehalt von 3200 DM eingestellt. Ab 1.4.1981 wurde das Gehalt auf 3400 DM erhöht, wodurch Befreiung von der Versicherungspflicht nicht eintrat. Ab Dezember 1981 beträgt das Gehalt 3550 DM. Eine Befreiung von der Krankenversicherung ab 1982 wäre somit möglich.

● Bisher nicht krankenversicherungspflichtige Angestellte, die mit ihrem Verdienst innerhalb der neuen Pflichtgrenze von 3525 DM liegen und von der Befreiungsmöglichkeit keinen Gebrauch machen wollen, werden ab 1.1.1982 krankenversicherungspflichtig.

Die private Krankenversicherung kann dann bereits zum Jahresende 1981 gekündigt werden, wenn der Eintritt der Versicherungspflicht ab 1.1.1982 nachgewiesen wird.

● **Arbeiter** sind auch mit einem über der Versicherungspflichtgrenze liegenden Verdienst in vollem Umfang der Krankenversicherungspflicht unterworfen.

● Durch Anhebung der Versicherungspflicht und Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung von 39600 DM auf 42300 DM jährlich ist auch der Kreis der **Selbständigen** mit entsprechendem Einkommen größer geworden, die der gesetzlichen Krankenversicherung freiwillig beitreten können.

Zum Gesamteinkommen im Rahmen der Grenze von 42300 DM zählen alle Einkünfte aus den sieben Einkunftsarten.

Sozialversicherung 1981 und 1982

	1981	1982		1981	1982
Allgemeine Bemessungsgrundlage	22.787 DM	24.099 DM	Geringverdienergrenze Arbeitgeber übernimmt auch Arbeitnehmeranteil der Sozialversicherungs-Beiträge	monatlich 440 DM	monatlich 470 DM
Leistungsbemessungsgrenze für Renten- berechnung (200% der allg. Bemessungsgrundlage)	45.574 DM	48.198 DM	Höchstregelgehalt		
Bemessungsgröße nach § 18 SGB IV = Durchschnitt-Bruttoarbeitsentgelt aller Ver- sicherten im vorangegangenen Kalenderjahr	jährlich 28.080 DM monatlich 2.340 DM	jährlich 29.520 DM monatlich 2.460 DM	a) Krankengeld tägl. bis 80% von b) Übergangsgeld tägl. bis 80% von	110,— DM 146,67 DM	117,50 DM 156,67 DM
Beitragsbemessungsgrenze Rentenversicherung	jährlich 52.800 DM monatlich 4.400 DM	jährlich 56.400 DM monatlich 4.700 DM	Beitragsätze		
Arbeitslosenversicherung	jährlich 52.800 DM monatlich 4.400 DM	jährlich 56.400 DM monatlich 4.700 DM	Rentenversicherung Arbeitslosenversicherung Krankenversicherung (Bundesdurchschnitt)	18,5% 3 % 11,8%	18 % 4 % 11,8%
Krankenversicherung gleichzeitig Pflichtgrenze für Angestellte	jährlich 39.600 DM monatlich 3.300 DM	jährlich 42.300 DM monatlich 3.525 DM	Verdienstgrenze bei Bezug		
Versicherungsfreiheit in der Kranken- und Renten- versicherung wegen geringfügiger Beschäftigung (*nur noch bei Beschäftigung im Privathaushalt vorgesehen)			a) des flexiblen Altersruhegeldes für Versiche- rungsfälle vor 1. 7. 1977	1000 DM 1020 DM	1000 DM 1020 DM
1. Arbeitszeit- und Entgeltgrenze bei lfd. Beschäftigung			b) des vorgezogenen Altersruhegeldes gilt bis zum 62. Lebensjahr für Arbeitslose, Frauen und Schwerbehinderte, danach 1000 DM, wenn Voraussetzung für flexible Rente vorliegt	425 DM	425 DM
a) regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit b) regelmäßiges monatliches Arbeitsentgelt bis c) oder nicht über	weniger als 15 Stunden 390 DM $\frac{1}{6}$ des Gesamt- einkommens	weniger als* 15 Stunden 410 DM $\frac{1}{6}$ des Gesamt- einkommens	Pflichtbeitrag für Handwerkerversicherung	427 DM	442 DM*)
2. Zeitgrenze bei kurzfristigen Beschäftigungen	2 Monate bzw. 50 Arbeitstage	entfällt	Höchstbeitrag für versicherungspflichtige Selbständige	monatlich 814 DM	monatlich 846 DM
Beitragsfreiheit in der Arbeitslosenversicherung wegen kurzzeitiger Beschäftigung	weniger als 20 Std. wöchentlich	weniger als 20 Std. wöchentlich	bei Jahreseinkünften aus Gewerbebetrieb	jährlich ab 52.800 DM	jährlich ab
Einkommensgrenze für Familienhilfe (kostenlose Mitversicherung) der Krankenversicherung	monatlich 390 DM	monatlich 410 DM	Monatlicher Mindestbeitrag verspf. Selbständiger	74 DM	74 DM
			Höchster freiwilliger Monatsbeitrag in der Renten- versicherung	814 DM	846 DM
			Niedrigster freiwilliger Monatsbeitrag in der Rentenversicherung	74 DM	74 DM*)
			Freiwilliger jährlicher Mindestbeitrag für Berück- sichtigung bei dynam. Anpassung der Rente	888 DM	888 DM*)
			Kinderzuschuß zur Rente ab 3. Kind*) ab 1. 2. 1981	152,90 DM 240 DM*)	152,90 DM 220,— DM*)
*) Die so gekennzeichneten Werte können sich evtl. noch ändern					

Die Wahl der Krankenkasse ist frei. Hält sich das Gesamteinkommen im Rahmen der Grenze von 42300 DM jährlich, so sind Beiträge zur Krankenversicherung nicht nur aufgrund der Einkünfte aus Gewerbebetrieb zu leisten, sondern aus dem Gesamteinkommen.

Die Kasse kann für den Beitritt eine Altersgrenze, z. B. 55 Jahre, vorsehen. Sie kann ferner die Beitrittsberechtigten ärztlich untersuchen lassen. Erkrankungen, die im Zeitpunkt des Beitritts bestehen, begründen keine Ansprüche auf Krankenkassenleistung. Dieser Ausschluß gilt aber unter anderem nicht für Schwerbehinderte.

- Die Verdienstgrenze für **Geringverdiener** erhöht sich von 440 DM auf 470 DM monatlich.

Bei Geringverdienern mußte der Arbeitgeber auch die Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung übernehmen. Das soll ab 1982 nur noch für Arbeitnehmer, die zu ihrer Ausbildung beschäftigt werden und für Schwerbehinderte gelten.

Durch Änderung von § 180 Abs. 1 RVO ist dagegen vorgesehen, daß der Arbeitgeber bei Lehrlingen und Schwerbehinderten Beiträge nach einem Mindestgrundlohn von 410 DM abführen muß, auch wenn der monatliche Verdienst darunter liegt.

Beispiel: Ausbildungsbeihilfe 300 DM. Der Arbeitgeber hat den vollen Beitrag – rund 33% von 410 DM = rd. 135 DM allein zu übernehmen.

Die Beitragsbemessungsgrenze in der **Arbeitslosenversicherung** entspricht der Rentenversicherung (siehe dort). Der Beitragssatz beträgt ab 1982 3,5 Prozent für den Gesamtbeitrag (Evtl. auch Anhebung auf 4%). Der Höchstbeitrag beläuft sich somit 1982 auf 164,50 DM monatlich.

Versicherungsfreie Beschäftigung

Sie ist ab 1. 1. 1982 nur noch bei Beschäftigung im privaten Haushalt vorgesehen, wenn eine oder mehrere dieser Beschäftigten insgesamt regelmäßig weniger als 15 Stunden in der Woche ausgeübt werden und das Arbeitsentgelt regelmäßig im Monat $\frac{1}{6}$ der Bezugsgröße nicht übersteigt (§ 168 RVO).

Die Verdienstgrenze für versicherungsfreie laufende Teilzeitarbeit im Privathaushalt erhöht sich auf monatlich 410 DM. Bei höherem Verdienst ist aber Versicherungsfreiheit noch gegeben, wenn $\frac{1}{6}$ des Gesamteinkommens nicht überschritten wird.

Zu beachten ist, daß auch zugesicherte einmalige Zuwendungen wie z. B. Weihnachts- und Urlaubsgeld oder eine zusätzliche vermögenswirksame Leistung des Arbeitgebers bei der Verdienstgrenze von 410 DM monatlich entsprechend zu berücksichtigen sind.

Eine versicherungsfreie vorübergehende Aushilfsbeschäftigung – »kurzfristige Beschäftigung« – soll überhaupt nicht mehr – also auch nicht im Privathaushalt – zulässig sein.

Steuerfragen

Steuerliche Änderungen 1982

Die den Bundeshaushalt 1982 begleitenden Gesetze, aus steuerlicher Sicht insbesondere das 2. Haushaltsstrukturgesetz, sind verabschiedet. Die den Bereich des Groß- und Außenhandels betreffenden steuerlichen Änderungen haben wir nachstehend zusammengefaßt:

1. Erhöhungen von Verbrauchssteuern

- Tabaksteuer-Erhöhung zum 1. 6. 82 um durchschnittlich 27,23 DM je 1000 Stück für Zigaretten, um durchschnittlich 18 DM je kg Feinschnitt und Erhöhung der Mindeststeuer um 0,5 Pf/Stück bei Zigarillos.
- Branntweinsteuer-Erhöhung zum 1. 4. 82 um 300,- DM je Hektoliter Alkohol.
- Schaumweinsteuer-Erhöhung zum 1. 4. 82 um 0,50 DM je 0,75 l-Schaumweinflasche und um 0,10 DM je 0,75 l für schaumweinähnliche Getränke.

2. Änderungen bei der Einkommensteuer

- Die Bildung von **Pensionsrückstellungen** gem. § 6a wird erschwert, indem der Rechnungszinsfuß von 5,5% auf 6% heraufgesetzt wird. Dies gilt ab 1. 1. 1982. Eine bis 31. 12. 1981 vorhandene Pensionsrückstellung ist insoweit aufzulösen, als sie die ohne Berücksichtigung von Rückstellungsfehlbeträgen zu bildende Pensionsrückstellung am Schluß des Wirtschaftsjahres, für das die neue Vorschrift erstmals anzuwenden ist, übersteigt. In Höhe des sich ergebenden Auflösungsbetrages kann eine den steuerlichen Gewinn mindernde Rücklage gebildet werden. Diese ist im Wirtschaftsjahr ihrer Bildung und in den folgenden elf Jahren mit mindestens einem Zwölftel gewinnerhöhend aufzulösen.

- Die steuerfreie **Übertragungsmöglichkeit von Veräußerungsgewinnen** nach § 6b bleibt bei der Veräußerung von Grundstücken voll erhalten.

Bei der Veräußerung der anderen in § 6b Abs. 1 genannten Wirtschaftsgüter wird die Übertragungsmöglichkeit auf 80% des Veräußerungsgewinns eingeschränkt (ab 1. 1. 1982). Soll die Übertragung auf die Anschaffung von Anteilen an Kapitalgesellschaften erfolgen, so sind daran erschwerte Bedingungen geknüpft.

Bei der Auflösung von gebildeten Rücklagen ist in Zukunft der Gewinn des Wirtschaftsjahres für jedes volle Wirtschaftsjahr, in dem die Rücklage bestanden hat, um 6% des aufzulösenden Rücklagenbetrages zu erhöhen.

- Bei beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens wird die **degressive Abschreibung** nach § 7 Abs. 2 auf 30% (höchstens das Dreifache der linearen Abschreibung) erhöht. Dies gilt bei Wirtschaftsgütern, die nach dem 29. 7. 81 angeschafft oder hergestellt worden sind.

Die **degressive Gebäudeabschreibung** nach § 7 Abs. 5 wird im Jahr der Fertigstellung oder Anschaffung und in den folgenden 7 Jahren auf 5%, in den darauffolgenden 6 Jahren auf jeweils 2,5% und in den darauffolgenden 36 Jahren auf jeweils 1,25% erhöht. Dies gilt für Gebäude,

Assistent der Geschäftsleitung

Schwerpunkte der Tätigkeit:

- Verkaufssteuerung
- Datenverarbeitung
- Schulung der Mitarbeiter und Azubi's

von Großhandlung in München gesucht.

Bewerbungen richten Sie bitte an die Hauptgeschäftsstelle.

für die der Bauantrag nach dem 29. 7. 1981 gestellt worden ist – dem Bauantrag ist der Erwerbsvorgang gleichgestellt – oder für die der Bauantrag früher gestellt wurde, sofern mit den Bauarbeiten nach dem 29. 7. 1981 begonnen worden ist.

- **Die Abschreibungsmöglichkeiten nach § 7b** werden verbessert. **Für Einfamilienhäuser** wird der Höchstbetrag auf 200 000 DM, bei Zweifamilienhäusern auf 250 000 DM heraufgesetzt. Die sogenannte Kinderkomponente besteht darin, daß Familien mit zwei und mehr Kindern für das zweite und jedes weitere Kind jährlich 600,- DM von der Steuerschuld abziehen können.
- **Die Möglichkeit, Verluste nach § 10d zurückzutragen**, wird von 1 auf 2 Jahre erweitert. Diese Erweiterung ist erstmals auf nicht ausgeglichene Verluste des Veranlagungszeitraums 1982 anzuwenden.

Keine Änderungen gegenüber dem bestehenden Recht

- werden beim Vorsteuerabzug bei der Anschaffung von Betriebs-Pkw's
- sowie bei der Sozialversicherungsfreigrenze von 390,-DM für geringfügige Beschäftigungen vorgenommen.
- Außerdem bleibt § 26 Abs. 3 Körperschaftsteuergesetz unverändert.

Bei speziellen Fragen zu den einzelnen Gesetzesänderungen und zu Änderungen, die hier nicht aufgeführt sind (z. B. Auslandsinvestitionsgesetz, Bewertungsgesetz, Umsatzsteueroption für Bauherrenmodelle, „unechte“ Zweifamilienhaus-Besteuerung), ist es erforderlich, den endgültigen Gesetzestext zur Hand zu nehmen.

Gewährung der Arbeitnehmer-Sparzulage ab 1982

Das 2. Haushaltsstruktur-Gesetz sieht vor, die vom Arbeitgeber an die Arbeitnehmer auszahlenden Arbeitnehmer-Sparzulagen abhängig von der Anlageart unterschiedlich zu senken.

Der Bundesfinanzminister hat mit Schreiben vom 10. 12. 81 hierzu folgendes ausgeführt:

Nach geltendem Recht erhalten Arbeitnehmer für vermögenswirksame Leistungen i. S. des Dritten Vermögensbildungsgesetzes von höchstens 624 DM eine steuer- und sozialabgabenfreie Arbeitnehmer-Sparzulagen von 30 v. H., ab 3 Kindern von 40 v. H. Die Arbeitnehmer-Sparzulagen werden vom Arbeitgeber an den Arbeitnehmer ausgezahlt, falls der Arbeitnehmer nicht auf die Auszahlung verzichtet.

Nach Artikel 28 des 2. Haushaltsstrukturgesetzes (Bundsrats-Drucksache 490/81) ist vorgesehen, die Arbeitnehmer-Sparzulage – abhängig von der Anlageart vermögenswirksamer Leistungen – unterschiedlich herabzusetzen. Ab 1982 soll eine Zulage von 23 v. H. (33 v. H. ab 3 Kindern) für Anlagen nach dem Wohnungsbau-Prämiengesetz (§ 2 Abs. 1 Buchst. b 3. VermBG), für Anlagen zum Wohnungsbau (§ 2 Abs. 1 Buchst. c 3. VermBG), für Leistungen zum Erwerb von Belegschaftsaktien (§ 2 Abs. 1 Buchst. d 3. VermBG) und für Leistungen auf Wertpapier-Sparverträge zum Erwerb von Aktien sowie von Investmentanteilen von Aktienfonds (§ 1 Abs. 2 Nr. 4 SparPG) gewährt werden. Die übrigen Anlageformen (Geldsparen, Lebensversicherungen) sollen mit einer Zulage von 16 v. H. (26 v. H. ab 3 Kindern) begünstigt sein.

Die Voraussetzungen für die Gewährung der höheren Arbeitnehmer-Sparzulage von 23 v. H. bzw. 33 v. H. sind den Arbeitgebern bekannt, soweit es sich um Anlagen nach dem Wohnungsbau-Prämiengesetz, um Anlagen zum Wohnungsbau und zum Erwerb von Belegschaftsaktien handelt. Dagegen kann der Arbeitgeber bei Anlagen nach dem Spar-Prämiengesetz in aller Regel nicht erkennen, ob eine Arbeitnehmer-Sparzulage von 23 v. H. oder von 16 v. H. (33 v. H. oder 26 v. H. ab 3 Kindern) zu gewähren ist. Es ist deshalb erforderlich, bei Einzahlung vermögenswirksamer Leistungen auf Wertpapier-Sparverträge den Arbeitgebern im Rahmen der Mitteilung nach § 2 Abs. 3 Satz 4 3. VermBG diejenigen Fälle besonders zu kennzeichnen, die zur Inanspruchnahme der höheren Sparzulage berechtigen. Dies sind Wertpapier-Sparverträge zum Erwerb von

a) Aktien, die von Unternehmen mit Sitz und Geschäftsleitung im Geltungsbereich des Dritten Vermögensbildungsgesetzes ausgegeben werden, oder

b) Anteilscheinen an einem Wertpapier-Sondervermögen, die von Kapitalanlagegesellschaften i. S. des Gesetzes über Kapitalanlagegesellschaften ausgegeben werden, wenn nach dem Rechenschaftsbericht für das vorletzte Geschäftsjahr, das dem Kalenderjahr des Abschlusses des Wertpapier-Sparvertrags vorausgeht, der Wert der Aktien im Wertpapier-Sondervermögen 70 v. H. der in diesem Sondervermögen befindlichen Wertpapiere nicht unterschreitet.

Alle anderen Arten von Wertpapier-Sparverträgen sind nur mit einer Arbeitnehmer-Sparzulage von 16 v. H. (26 v. H. ab 3 Kindern) begünstigt.

Die zutreffende Gewährung der Arbeitnehmer-Sparzulage wird vom Finanzamt im Rahmen des Lohnsteuer-Jahresausgleichs oder der Veranlagung zur Einkommensteuer überprüft. Hierzu sind die Finanzämter ab 1982 jedoch nur dann in der Lage, wenn die vermögenswirksamen Leistungen und die ausgezahlten Arbeitnehmer-Sparzulagen in der Lohnsteuer-Bescheinigung und im Lohnzettel getrennt danach bescheinigt werden, ob ein Zulagensatz von 16/26 v. H. oder ein Zulagensatz von 23/33 v. H. angewendet worden ist. Da die Lohnsteuerkarten 1982 hierfür noch keine Eintragungen vorsehen, sind zusätzliche Vordrucke in Vorbereitung.

Erkennt der Arbeitgeber im Laufe des Kalenderjahres, daß er die Arbeitnehmer-Sparzulagen bisher nicht in der zutreffenden Höhe ausgezahlt hat, sind bisher nicht ausgezahlte Sparzulagen nachzuzahlen oder zuviel gezahlte Sparzulagen bei der nächsten Lohnzahlung einzubehalten (§§ 5 und 6 VermBDV).

Ich wäre dankbar, wenn Sie Ihre Mitgliedsverbände in geeigneter Weise auf die beabsichtigten Neuregelungen hinweisen und sie bitten, die für die zutreffende Auszahlung von Arbeitnehmer-Sparzulagen ab 1982 notwendigen Vorkehrungen zu treffen.

Berufsausbildung und -Förderung

Zur Pädagogisierung der betrieblichen Ausbildung – Forderungen des Bundesbildungsministers Engholm an die Wirtschaft

Die Diskussion über die duale Berufsausbildung wird weiter gehen, solange diese Ausbildungsform eine entscheidende Bedeutung im Bildungswesen hat. Für die Bildungsverantwortlichen der Betriebe sind dabei die Forderungen des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft, Björn

Engholm, von besonderem Interesse, da der Bund Kompetenzen in der beruflichen Bildung hat. Engholm erläuterte im Februar 1981 vor dem Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft sein Arbeitsprogramm für diese Legislaturperiode. Als einen der Schwerpunkte bezeichnete er es, in Zeiten knapper werdenden Geldes den Ausbau des Bildungswesens abzurunden und abzusichern. Engholm wörtlich: „Wir müssen die Attraktivität der beruflichen Bildung im dualen System durch weiteren Ausbau sichern und steigern. Die Qualität der Ausbildungsangebote wird den Ausschlag geben, ob die Angehörigen künftiger geburtschwacher Jahrgänge die berufliche Ausbildung im dualen System oder eine schulische Ausbildung bevorzugen. Das duale System hat sich bewährt. Seine Leistungsfähigkeit muß erhalten und gesteigert werden.“ Und wie soll dies erfolgen?

Dazu gab der Minister eine ausführliche Antwort in einem im April 1981 im „Manager Magazin“ veröffentlichten Interview. Auf die Frage, was er von der Wirtschaft erwarte, nannte Engholm **drei Forderungen**: „**Erstens** die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen. Auch wenn das Gesetz, das wir jetzt machen, ohne Lehrlingsumlage verabschiedet wird, erwarte ich, daß die Wirtschaft den Trend, mehr Ausbildungsplätze zu schaffen, wirklich ungebrochen weiterführt. Das gilt besonders zugunsten der schon erwähnten Gruppen, die es wirklich schwerer haben, in den Ausbildungsprozeß hineinzukommen.“ (Engholm meinte damit „Sonderschüler, Hauptschüler ohne Abschluß, Ausländerkinder und – ganz abgesondert davon, aber nicht mit ganz anderen Problemen – Mädchen etwa in gewerblich-technischen Berufen“.) „**Zum zweiten** erwarte ich, daß die Wirtschaft bei der beginnenden und schnell intensiver werdenden Qualitätsdiskussion in der beruflichen Bildung nicht immer die gelbe oder rote Karte zeigt und sagt: Das können wir nicht, das kostet zuviel. Es gehört zum Prinzip des dualen Systems, daß nicht nur kapazitätsmäßig ausgeweitet, sondern auch qualitativ-inhaltlich weitergedacht und -gearbeitet wird. Das Beispiel Japans sollte uns lehren, daß wir an Qualität überhaupt nicht sparen dürfen. ... **Und das dritte** – das liegt mir sehr am Herzen – ist die Frage, was man in der dualen Ausbildung noch mehr an erzieherischen Anstößen geben kann. Wir haben uns bei der betrieblichen Ausbildung zu stark daran orientiert, handwerkliches, fachliches Wissen zu vermitteln. Wie können wir hier den pädagogischen Aspekt stärker verankern und höher gewichten? Die Pädagogisierung – nicht Theoretisierung – der betrieblichen Ausbildung ist ein Thema, das ich gerne mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften intensiv erörtern möchte“.

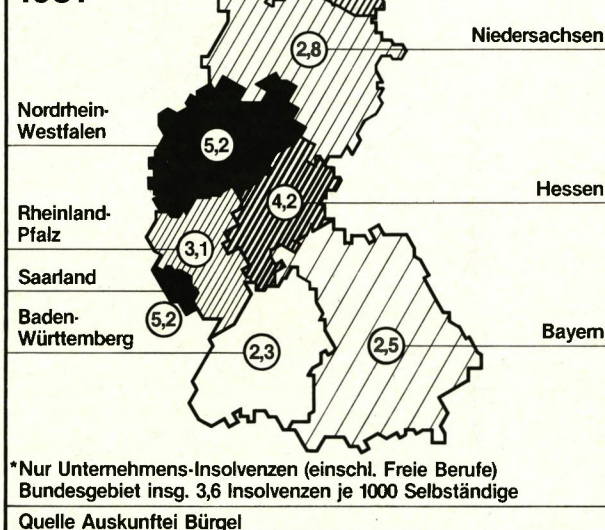
Mit diesen drei Forderungen hat sich die Wirtschaft auseinanderzusetzen, auch wenn der SPD-nahe Politisch-Parlamentarische Pressedienst Bundesbildungsminister Engholm erneut als Spitzenkandidat der schleswig-holsteinischen SPD für die Landtagswahl 1983 ins Gespräch gebracht hat.

Bereitstellung von Ausbildungsplätzen

Derzeit werden 1,7 Millionen Jugendliche in Industrie, Handel und weiteren Dienstleistungsbereichen sowie im Handwerk, in der Landwirtschaft und in den freien Berufen ausgebildet. Aus den bisherigen Daten der Bundesanstalt für Arbeit über die Zahl der betrieblichen Ausbildungsangebote für 1981 meinte Bundesminister Engholm ein stagnierendes, in einzelnen Bereichen sogar rückläufiges Angebot zu entnehmen. Demgegenüber stellt das Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung fest, daß nicht allein das Angebot, sondern auch die Nachfrage für eine Lehrstellenbilanz berücksichtigt werden müsse. Ende April über-

stieg das den Arbeitsämtern gemeldete Angebot an Ausbildungsplätzen die Nachfrage um rund 93.000; gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies ein Mehr von rund 30.000 Plätzen. Ungeachtet dieser verbesserten Lehrstellensituation im allgemeinen sollte die **besondere Aufmerksamkeit** weiter der Unterbringung der Mädchen, der ausländischen Jugendlichen sowie der Jugendlichen ohne Schulabschluß gewidmet werden.

Insolvenzen* je 1000 Selbständige in den Bundesländern 1981



Nach Berechnungen und Schätzungen der Auskunftfei Bürgel schwankt die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche je 1000 Selbständige 1981 zwischen 2,3 in Baden-Württemberg und 5,2 im Saarland und in NRW. Allein auf dieses Land entfallen etwa 35% aller Fälle im Bundesgebiet. Hessen muß nächst NRW und dem Saarland die höchsten Verluste hinnehmen. Mit relativ wenigen Unternehmensinsolvenzen empfehlen sich neben Baden-Württemberg vor allem Bayern (2,5), Niedersachsen (2,8) und Rheinland-Pfalz (3,1).

Es besteht offensichtlich ein enger Zusammenhang zwischen Insolvenzdichte und Erwerbstätigenquote eines Landes- als Ausdruck seiner spezifischen Wirtschaftsstruktur. In der Tat: Je vielfältiger und mittelständischer das Gewerbe eines Gebietes ist, desto mehr Menschen stehen – relativ – im Produktionsprozeß, desto krisenfester sind insgesamt gesehen seine Wirtschaftsunternehmen. Ausgesprochene Gegenpole in diesem Sinne sind Baden-Württemberg und Bayern einer- sowie NRW und das Saarland andererseits. In den beiden süddeutschen Staaten sind die Insolvenzquoten, wie erwähnt, am niedrigsten, die Erwerbsquoten jedoch mit fast 46% und 47,5% am höchsten (Bundesgebiet 43,6%). Umgekehrt weisen NRW und das Saarland die meisten Insolvenzfälle auf, während die Erwerbstätigkeit mit 38,1% und 40,7% innerhalb des Bundesgebietes am schwächsten ausgeprägt ist.

Qualitativ-inhaltliche Weiterentwicklung

Was die zweite Forderung des Bildungsministers Engholm betrifft, so haben Betriebe seit langem an der Weiterentwicklung der Qualität der beruflichen Bildung gearbeitet. An den Indikatoren, die der Berufsbildungsbericht 1981 für die Qualität der beruflichen Bildung nennt, wie Ausbildungsordnungen, Qualifikation des Ausbildungspersonals, Systematisierung und Praxisbezug der Ausbildung, geeignete Ausbildungsmittel und Vermittlungsformen, arbeiten bereits viele Ausbildungsleiter und Ausbilder. Beredtes Zeugnis dafür ist die Weiterentwicklung von Ausbildungsmitteln, wie sie in der Arbeitsgemeinschaft der gewerblich-technischen Ausbildungsleiter beim Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung unternommen wird. Desungeachtet bleibt es notwendig, die Qualität des Berufsschulunterrichts zu verbessern.

Pädagogisierung der betrieblichen Ausbildung

Die dritte Forderung des Bildungsministers Engholm, noch mehr erzieherische Anstöße in der Ausbildung zu geben, werden viele Ausbildungsleiter begrüßen, wenngleich sie auch mißverständlich ist. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat in einem Papier eine umfassende Ausbildung und die pädagogische Förderung der Auszubildenden gefordert, aber nicht im Betrieb, sondern in über- und außerbetrieblichen Ausbildungsstätten. Maßstab dafür ist überdies nicht die Betriebspädagogik, sondern die Pädagogik der höheren Schule! Demgegenüber ist klar zu stellen – so sehr das oft übersehen wird –, daß die betriebliche Ausbildung bereits Pädagogik ist: Jugendliche erlernen im Betrieb nicht nur fachliche Kenntnisse und Fertigkeiten, sondern auch soziales Verhalten in beruflicher Wirklichkeit. Betriebliche Berufsbildung ist insgesamt eine pädagogische Form, „um das elende Vakuum der Jugend mit sinnvoller Tätigkeit zu füllen“ (R. Dahrendorf). Jenseits besonderer Bildungsangebote, zu denen sozialpädagogische Lehrgänge und Kunstpädagogik zählen, sind Ausbilder die Pädagogen, die für ein gutes Lern- und Arbeitsklima im Betrieb sorgen.

Erwachsenenbildung weiter im Aufwind

Stärker noch als in den Vorjahren stiegen 1980 in Bayern Angebot und Nachfrage im Bereich der Erwachsenenbildung, wie das Bayerische Statistische Landesamt ermittelte. Knapp 5,9 Millionen Menschen suchten in rund 160 000 Veranstaltungen ihr Interesse an allgemein- und weiterbildenden Themen zu befriedigen. Am gefragtsten waren dabei Themen aus Kultur und Kunst (1,6 Millionen Teilnehmer) sowie philosophisch/religiöse Themenbereiche (0,8 Millionen Teilnehmer).

Mehr als 50% der 25,2 Millionen Unterrichtsdoppelstunden entfielen auf die Volkshochschulen, ein rundes Fünftel auf katholische und ein Achtel auf evangelische Einrichtungen der Erwachsenenbildung; der Rest verteilte sich auf die Bildungswerke der Gewerkschaften, des Bauernverbandes und der bayerischen Wirtschaft.

Rund ein Drittel aller Veranstaltungen entfielen – zum Teil als Folge der vielen dort angesiedelten Einrichtungen mit überregionalem Wirkungsbereich – auf Oberbayern. Im übrigen ist eine insgesamt relativ gleichmäßige Versorgung des Landes mit Bildungsangeboten festzustellen.

Wichtigste Finanzierungsquellen der um 16,7% auf 159,9 Millionen DM gestiegenen Ausgaben (ohne durchlaufende Gelder) waren mit 38,3% die Teilnehmergebühren sowie die staatlichen und kommunalen Zuschüsse mit 37,6%, darunter 25,5 Millionen DM vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus gemäß dem Gesetz zur Förderung der Erwachsenenbildung.

LGA-Stenogramm für Dezember 1981

- 1.12.
Sitzung des Ausschusses für Berufsbildung im LGA
- 2.12.
Sitzung des Bürgerschaftsausschusses der KGG
- 3.12.
LGA-Vorstandssitzung, Nürnberg
- 7.12.
Sitzung Arbeitskreis Recht der VAB
- 8.12.
Empfang der IHK München für die Bayerische Staatsregierung und der Diplomatische Corps
Arbeitskreis Gymnasium – Wirtschaft
- 9.12.
Sitzung des Verwaltungsrates der KGG
- 10.12.
Jahresgespräch Handel/Industrie der Spielwarenbranche
- 12.12.
Jahresversammlung der Bier- und Getränkefachgroßhändler
- 14.12.
Empfang zum 60. Geburtstag des Herrn Dr. Schwindt, HGF der Handwerkskammer für Oberbayern
Jahresversammlung des Wirtschaftsbeirates der CSU
- 16.12.
Sitzung des Garantieausschusses der Kapitalbeteiligungsgesellschaften
Arbeitskreis Hauptschule
- 17.12.
Vorstandssitzung des Bildungszentrums des Bayerischen Handels

Sozialversicherung

Großhandel: Lagerbestände weiter abgebaut

I. Nach den Ergebnissen des Ifo-Konjunkturtests blieb das Geschäftsklima des Großhandels auch im September deutlich unterkühlt, wenngleich die aktuelle Absatzlage und die Geschäftsaussichten für die nächsten sechs Monate nicht mehr ganz so ungünstig beurteilt wurden wie in den Vormonaten. Die Umsätze des entsprechenden Vorjahresmonats dürften auch im Berichtsmonat nicht erreicht worden sein. Der Lagerdruck hat allerdings etwas nachgelassen. Der Preisauftrieb hat sich gegenüber dem Vormonat wieder leicht abgeschwächt. Die Preissteigerungsrate ist aber trotzdem noch größer geworden, da zur gleichen Zeit des Vorjahres die Preise nachgegeben hatten.

II. Im Großhandel mit **Rohstoffen, Halbwaren und Investitionsgütern** wurde die Geschäftslage wieder etwas ungünstiger beurteilt als im Vormonat. Der Umsatzzuwachs gegenüber August war schwächer ausgeprägt als im Vergleichszeitraum der letzten Jahre. Das Vorjahresergebnis dürfte damit auch im September nicht erreicht worden sein.

Die Geschäftslage hat sich nach Sparten recht unterschiedlich entwickelt. Insbesondere im Handel mit Kfz-Teilen, Baustoffen, Papier und Pappe sowie festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen wurde eine Abschwächung der Geschäftstätigkeit registriert. Eine merkliche Geschäftsbelebung meldeten dagegen die Fachzweige sanitäres Installationsmaterial, Heizungs-, Klima- und Lüftungsbedarf sowie Eisen und Stahl. Nicht ganz so deutlich fiel die Verbesserung der Absatzsituation bei elektrischem Installationsmaterial aus. Die Erwartungen für das Winterhalbjahr sind im Rohstoff- und Produktionsverbindungshandel weiterhin von deutlicher Skepsis geprägt, wenn sie auch in einigen Branchen nicht mehr ganz so ungünstig wie bisher sind.

Der Lagerdruck hat sich im Berichtsmonat insbesondere bei Kfz-Teilen und -Zubehör verstärkt. In den bauabhängigen Branchen, aber auch bei Papier und Pappe erfolgte teilweise ein Abbau überhöhter Lagerbestände. Der Preisauftrieb hat in den meisten Branchen nachgelassen. Bei Eisen und Stahl hingegen wurden im September die Preise stärker angehoben als im Vormonat. Für die kommenden drei Monate ist – den Firmenmeldungen zufolge – im Durchschnitt des Produktionsverbindungshandels mit einem weiteren Nachlassen des Preisauftriebs zu rechnen.

III. Im **Konsumgütersektor** waren die Firmen mit dem Verkaufsergebnis erneut nicht zufrieden. Die im August geäußerten Umsatzerwartungen konnten nicht erfüllt werden. Insbesondere im Non-Food-Bereich blieb das Geschäftsklima deutlich unterkühlt; auch die Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate sind hier deutlich ungünstiger als im Nahrungs- und Genußmittelhandel.

Im **Gebrauchsgüterbereich** hat sich in der Beurteilung der Geschäftssituation gegenüber dem Vormonat nichts Wesentliches geändert. Auch im September war knapp die Hälfte der Testteilnehmer mit dem Geschäftsverlauf nicht zufrieden. Die Umsätze des entsprechenden Vorjahresmonats konnten bei weitem nicht erreicht werden. Eine Verschlechterung der Absatztätigkeit meldeten insbesondere die Firmen des Großhandels mit optischen Artikeln sowie Möbeln. Hingegen wurde vor allem bei Rundfunk-, Fernseh- und Phonoartikeln sowie Uhren und Schmuckwaren eine Belebung der Geschäftstätigkeit registriert. In diesen Branchen konnten im Berichtsmonat überhöhte Lagerbestände teilweise abgebaut werden. Der Preisauftrieb hat sich in den Branchen Beleuchtungs- und Elektroartikel, optische Artikel sowie Fahrräder deutlich verstärkt, während bei Möbeln sowie Hohlglas und Keramik weniger Firmen die Preise angehoben haben als im Vormonat.

Im **Verbrauchsgüterbereich** wurde die Geschäftslage im Berichtsmonat von den Testfirmen noch ungünstiger beurteilt als in den Vormonaten. Der Lagerdruck hat sich im Berichtsmonat offensichtlich wieder verstärkt. Bezüglich der Geschäftsentwicklung in den kommenden Monaten äußerten sich die Firmen nicht mehr ganz so pessimistisch wie bisher. Im Großhandel mit Pharmazeutika und Körperpflegemitteln hat sich die Abschwächung der Geschäftstätigkeit fortgesetzt; der Lagerdruck hat sich weiter verstärkt. Im Schuhhandel wie auch bei Papier, Bürobbedarf und Schreibwaren waren die Firmen mit dem Geschäftsverlauf nicht mehr so unzufrieden wie in den Vormonaten. Die Lagerbestände konnten hier teilweise abgebaut werden. Im gesamten Verbrauchsgüterbereich hat der Preisauftrieb wieder etwas zugenommen. Für die nächsten Monate wird eher mit einer Abschwächung des Preisanstiegs gerechnet.

Im **Nahrungs- und Genußmittelgroßhandel** hat sich die Geschäftslage wieder merklich verbessert. Der Umsatzanstieg gegenüber August war deutlich stärker ausgeprägt als

im Durchschnitt der letzten Jahre. Die vergleichbaren Vorjahresumsätze konnten nach Angaben der Testteilnehmer zwar nur geringfügig übertroffen werden, dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß das Umsatzergebnis im September des Vorjahres besonders günstig ausgefallen war. Die Lagerbestände konnten offensichtlich weiter leicht abgebaut werden. Der Preisanstieg hat sich im September beschleunigt. Auch für das nächste Quartal erwarten die Firmen eine Verstärkung der Preisauftriebendenzen.

Verschiedenes

Forum '82 – Strategien entwickeln, Chancen nutzen – Die Position deutscher Unternehmer im Spannungsfeld zwischen Japan und USA

Am 9. und 10. März 1982 veranstaltet die Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern (VAB) in Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft e.V. (bbw) ihr traditionelles Forum – diesmal in der Meistersingerhalle in Nürnberg.

Zentrales Thema ist die Positionsbestimmung der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich – speziell mit den beiden großen Wettbewerbern USA und Japan.

Auf der Grundlage der dargebotenen aktuellen Informationen über erfolgreiche Planungs-, Steuerungs- und Kontrollsysteme aus USA und Japan wird über die relevanten wirtschafts- und firmenpolitischen Chancen und Notwendigkeiten für ein Bestehen der deutschen Unternehmen diskutiert.

Das Forum '82 richtet sich nicht nur an Unternehmer und Top-Management aus Wirtschaft und Verwaltung sondern insbesondere auch an die Führungskräfte und Fachleute, die bisher nicht die Gelegenheit hatten, das internationale Geschehen aus eigenem Erleben kennenzulernen.

Es ist gelungen, hervorragende Vertreter der Wirtschaft und Wissenschaft aus Japan, USA und Deutschland zur Mitwirkung zu gewinnen. Das Forum '82 wird den Teilnehmern viel Zeit und Gelegenheit bieten, zwischen den Kurz-Referaten mit den Experten zu diskutieren.

Diesem offenen Gedankenaustausch ist auch der Abend des ersten Tages gewidmet, an dem ein Empfang mit japanischen und amerikanischen Repräsentanten stattfindet.

Einladungen können angefordert werden beim
Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft e.V.
Brienerstraße 7/I
8000 München 2
Telefon 089 / 220661.

**5 NCR Kassen-Terminals Mod. 250
mit ca. 150 Warengruppenspeichern und
sämtlichen Abschlußmöglichkeiten
5 Lesestifte dazugehörend
2 Farbcode-Drucker NCR 747**

verkauft **Firma August Bätz,**
Gebhardtstraße 33-35, 8510 Fürth,
Telefon 0911/778891-93

Personalien

Wir gratulieren

Hermann Reissinger, Nürnberg, Präsident des Landesverbandes des Bayerischen Einzelhandels (LBE), wurde von der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels in Köln zum Vizepräsidenten gewählt; Fritz Conzen, Düsseldorf, ist in seinem Amt als Präsident der Hauptgemeinschaft für weitere drei Jahre bestätigt worden.

Wir dürfen Herrn Präsident Reissinger an dieser Stelle sehr herzlich gratulieren und ihm unsere besten Glückwünsche aussprechen sowie ihm für die vor ihm liegende Amtsperiode allen erdenklichen Erfolg wünschen.

Herrn **Hans Ernst Kreilinger** aus Passau, Geschäftsführer unserer Mitgliedsfirma A. Kreilinger GmbH, Walzmaterial, Eisenwaren, Sanitär- und Heizungs-Großhandel, der mit Wirkung vom 21. Januar 1982 an auf die Dauer von drei Jahren zum Handelsrichter am Landgericht Passau ernannt wird.

Wir gratulieren herzlich.

Ebenfalls gratulieren wir Herrn **Erich Götz**, Eisengroß- und Einzelhandels-OHG in Aschaffenburg, der vom 1. Januar 1982 an für eine neue Amtsperiode von vier Jahren zum ehrenamtlichen Richter beim Sozialgericht Würzburg wieder berufen wurde.

Herrn **Richard Schahl**, Geschäftsführer unserer Mitgliedsfirma Richard Schahl GmbH, der mit Wirkung vom 6. Februar 1982 an auf die Dauer von drei Jahren zum Handelsrichter am Landgericht München I ernannt wird.

Wir gratulieren beiden Herren zu dieser ehrenvollen Berufung herzlich.

Bundesverdienstkreuz für Vorstandsmitglied Helmuth Barth

In Anerkennung seiner langjährigen Verdienste für die Bayerische Wirtschaft wurde Herrn Dipl.-Kfm. Helmuth



Barth, Vorstandsvorsitzender der Kathreiner AG, Poing, am 21.12.81 das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen. Seit 12 Jahren steht er dem Großhandelsunternehmen Kathreiner AG als Sprecher und Vorsitzender des Vorstandes vor und hat in dieser Zeit das Unternehmen zu einem der bedeutendsten Handelsunternehmen im süddeutschen Raum gemacht. Die Kathreiner AG beliefert derzeit ca. 300 Einzelhändler und betreibt 36 Krone-SB-Warenhäuser und 22 Katra-Supermärkte.

Neben seinem ganzen Engagement für die Kathreiner AG wird der Ratschlag von Herrn Barth in zahlreichen Gremien geschätzt. Er ist Vorsitzender des Beirats der Vereinigten Handelsgesellschaft Tania, Hamburg, Vorstandsmitglied unseres Landesverbandes, Mitglied des Handelsausschusses und der Vollversammlung der IHK für München und Oberbayern und Beiratsmitglied der Bayerischen Lagerversorgung.

Buchbesprechungen

GARTHE/KULLMANN/PFISTER/SEELIG

Produzentenhaftung

Ergänzbare Handbuch zur gesamten Produkthaftungspflicht für die juristische Praxis sowie für Hersteller, Händler, Importeure und Exporteure mit Erläuterungen und den einschlägigen Vorschriften und Entscheidungen im nationalen, supranationalen und internationalen Bereich

Von Axel H. GARTHE, Rechtsanwalt, Dr. Hans Josef KULLMANN, Richter am Bundesgerichtshof, Prof. Dr. Bernhard PFISTER, Universität Konstanz und Manfred SEELIG, Rechtsanwalt

Grundwerk einschließlich 3. Lieferung, 532 Seiten, DIN A 5, DM 68,-, zuzüglich Spezialordner DM 11,80; Ergänzungen von Fall zu Fall.

ERICH SCHMIDT VERLAG Berlin · Bielefeld · München

Zum Inhalt:

Mit der 3. Lieferung wird dieses ergänzbare Handbuch zur gesamten Produkthaftungspflicht weiter ausgebaut. Sie enthält unter anderem das Europäische Übereinkommen über die Produkthaftung bei Körperverletzung und Tötung (Originalfassung und deutsche Übersetzung) sowie die Fortführung der Darstellung der Haftung aus § 823 Abs. 1 BGB und des Abschnitts „Haftung aus dem Arzneimittelgesetz“. Die Register der Urteile zur Vertragshaftung und zur Deliktshaftung sowie der Ausbau des Teils Rechtsprechung mit Entscheidungen zu „Rechtsgüter des § 823 Abs. 1 BGB“, „Verkehrssicherungspflicht“, „Sicherungspflichten bei der Warenherstellung“ und „Pflichten des 'Quasi-Herstellers'“ runden die Lieferung ab.

Dieses neue Handbuch hat zur Zielsetzung, auf alle im Zusammenhang mit der Produzentenhaftung entstehenden Fragen Antwort zu geben. Das ergänzbar angelegte Werk ist für die Praxis geschrieben. Es will nicht nur eine umfassende Darstellung des gesamten materiellen Rechts der Produzentenhaftung in Deutschland (einschließlich steuerlicher und verwaltungsrechtlicher Aspekte und des Versicherungsschutzes) geben, sondern darüber hinaus auch Kurzdarstellungen des ausländischen und internationalen Rechts bieten.

Der Gesellschaftsvertrag der GmbH

Vertragsmuster mit Erläuterungen

Von Rechtsanwalt Dr. Franz Ripfel, Karlsruhe.

1981, 107 Seiten, Kt. DM 29,-.

ISBN 3-8005-6973-6

Schriften des Betriebs-Beraters, Band 62

Verlagsgesellschaft Recht und Wirtschaft mbH,
6900 Heidelberg

Die vorliegende Schrift beschäftigt sich in erster Linie mit Fragen, die bei und aus Anlaß der Gründung einer GmbH auftreten. Darüber hinaus soll sie Hilfe bieten bei solchen, die sich während des Bestandes einer Gesellschaft erheben.

Das Buch zeigt künftigen GmbH-Gesellschaftern, welche Fragen im Gesellschaftsvertrag geregelt sein müssen, sollten oder könnten und gibt Formulierungen dafür an die Hand. In Fußnoten sind die vielfältigen und eingehenden Formulierungsvorschläge, jeweils nach dem Stand am 1.1.1981, ausführlich kommentiert. Es soll auch dem Fachmann in schwierigen Fällen von Nutzen sein. Deshalb sind kompliziertere Regelungen – mindestens wahlweise – in den Mustervertrag aufgenommen worden, was für ihn eine erhebliche Hilfe sein wird, insbesondere zur Erfüllung seiner Belehrungspflichten.

Umfangreiche Hinweise auf Rechtsprechung und Schrifttum nach neuestem Stand erhöhen die Nutzbarkeit des Werkes.

Markt- und Imageforschung im Handel

Autor: Prof. Jakob Wolf – Umfang: 194 Seiten – Ladenpreis: DM 36,- – ISBN: 3-88508-641-7 expert verlag, 3-7992-0259-5 Taylorix Fachverlag – Gemeinschaftsausgabe

Es gibt einen praxis- und anwendungsorientierten Überblick über die Methoden der Handelsmarktforschung. Der größte Teil der Marktforschungsliteratur ist heute industrieorientiert. Es fehlt an einer speziellen Darstellung der Handelsmarktforschung. Das Buch „Marktforschung im Handel“ soll die bestehende Lücke in der Marketingliteratur schließen helfen. Es wird zunächst das umfangreiche Instrumentarium der Handelsmarktforschung in der notwendigen Breite und Tiefe dargestellt. In einem umfassenden praktischen Teil werden dann Anwendungsbeispiele gebracht, wie die Handelsmarktforschung für unternehmerische Entscheidungen der Handelsbetriebe nutzbar gemacht werden kann. Als relevante praktische Anwendungsgebiete werden u.a. die Imageforschung, die Konkurrenzforschung, die Kundenforschung, die Testkaufforschung, die Testmarktforschung, die Standortforschung und die regionale Handelsforschung abgehandelt. Es wird aufgezeigt, wie auf der Basis der Ergebnisse der Handelsmarktforschung, eine neue, erfolgreiche Marketingkonzeption (Marketing-Mix) entwickelt werden kann.

Einsatz:

Das Buch wendet sich an die Studierenden der Universitäten und Fachhochschulen sowie an die Praktiker des Groß- und Einzelhandels.

Walter H. Braun: Verkäuferbrevier. Ihr Schlüssel zum Erfolg in den achtziger Jahren. 330 Tips zur sofortigen Anwendung in der Praxis. Bad Harzburg (verlag wwt harzburg) 1981. Leinen, 141 Seiten, DM 29,80.

Das Buch führt auf völlig neue Weise zum erfolgreichen Verkaufen und wendet sich an alle, die sich in einem immer stärker werdenden Konkurrenzkampf auf dem Markt behaupten wollen. Der Verfasser ist Praktiker, der jahrelang selbst

an der Verkaufsfront gestanden hat. Als Dozent der Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft e.V. in Bad Harzburg hat er Tausenden den Weg zum erfolgreichen Verkaufen gewiesen. Er ist aufgrund seiner eigenen Erfahrung der festen Überzeugung, daß Verkaufen lehrbar und lernbar ist und sich jede Verkaufspraxis noch verbessern läßt. „Schlüssel zum Verkaufserfolg“ nennt der Autor das von ihm geschaffene System neuzeitlicher Verkaufstechnik als Ausdruck kundenorientierten Denkens und Verhaltens. Für ihn ist Verkaufen das gemeinsame Bemühen, den Kunden ihre Bedürfnisse bewußt zu machen und sie durch das Angebot zu befriedigen. Auf der Basis einer neuen Einstellung will der Verfasser neue Gedanken für einen neuen Weg zu neuen Erfolgen und neuen Märkten vermitteln.

Der anspruchsvolle Inhalt ist mit leichter Hand geschrieben. Auf geistreiche und amüsante Weise lernt der Leser die oft noch unausgeschöpften Möglichkeiten kennen, die in einem gekonnt geführten Verkaufsgespräch liegen. In gut verständlicher und einprägsamer Form zeigt der Verfasser, was der Verkäufer zur Hebung seiner Persönlichkeit tun kann, worin ein marktfähiges Angebot besteht, welche Produkt- und Marktkenntnisse er besitzen muß, wie er sie sich am besten verschafft, worauf die Motivation zum Verkaufsabschluß beruht und wie man dem Kunden zu begegnen hat, um dieses Ziel zu erreichen. Braun geht es dabei um das echte Verkaufen, das Kreativität, Selbstmanagement, Übersicht und Flexibilität verlangt, niemals in Routine erstarrt und deshalb niemals langweilig werden kann. Das vorliegende Buch ist für Menschen der Praxis geschrieben und will ihnen helfen

- noch mehr Freude aus der Verkaufstätigkeit zu gewinnen,
- dem Kunden Nutzen zu bringen,
- maßgeblich zum Erfolg des eigenen Unternehmens beizutragen,
- zu einem ständig steigenden Einkommen zu gelangen,
- die Zukunft abzusichern,
- die menschlichen Beziehungen zu bereichern.

Kündigungsrecht im Arbeitsverhältnis

Leitfaden für die Praxis

Von Rechtsanwalt Dr. Ferdinand Grüll, Köln.

2., überarbeitete Auflage 1981, 172 Seiten, Kt. DM 39,-.

ISBN 3-8005-6831-4

Schriften des Betriebs-Beraters, Band 56

Verlagsgesellschaft Recht und Wirtschaft mbH,
6900 Heidelberg

Für jedes Unternehmen ist die Kenntnis des Kündigungsrechts unerläßlich. Denn auf keinem Gebiet sind Versäumnisse und Fehlentscheidungen so verhängnisvoll wie im Recht der Kündigung. Die Tatsache, daß ein erheblicher Teil aller heute vor den Gerichten für Arbeitssachen anhängigen Auseinandersetzungen Kündigungsprozesse sind, spricht für sich. Die Konzeption der 1. Auflage, die Darstellung auf den betrieblichen Praktiker auszurichten und ihm ein im Umfang übersehbares, in der Sache umfassendes Kompendium an die Hand zu geben, ist in der vorliegenden 2. Auflage voll aufrechterhalten. Diesem Zweck dienen vor allem die der Darstellung nunmehr als Kapitel A vorangestellten detaillierten Hinweise für die betriebliche Praxis, die – jeweils getrennt vom Standpunkt des Arbeitgebers einerseits und von dem des Arbeitnehmers andererseits – gesehen und behandelt sind. Sie wollen den Arbeitgeber, der sich von einem Arbeitnehmer trennen möchte, ebenso wie den Arbeitnehmer, der den Arbeitsplatz behalten möchte, dazu anhalten, auch wirklich alles zu bedenken

und zu beachten, was für die Verwirklichung ihres Vorhabens rechtlich unerlässlich ist oder doch im Zusammenhang damit bedeutsam werden könnte.

Der Verfasser bringt zur Veranschaulichung eine Fülle von Beispielen zu Tatbeständen und Fällen, die sämtlich dem betrieblichen Alltag entnommen sind. Der Bedeutung des Betriebsrats im Bereich des Kündigungsrechts und seinen mannigfachen Funktionen ist in der Darstellung ausgiebig Rechnung getragen. Ein ausführliches Sachverzeichnis dient der zügigen Information in Detailfragen.

HEIDELBERGER MUSTERVERTRÄGE

Verlagsgesellschaft Recht und Wirtschaft mbH,
6900 Heidelberg

Innerhalb kurzer Zeit sind die „Heidelberger Musterverträge“ zu einem Begriff geworden. Die praxisnahen, knappen und fachlich fundierten Vertragsmuster sind sowohl für den privaten als auch geschäftlichen Bereich konzipiert. Heidelberger Musterverträge – d.h. mehr als 50 Anleitungen zur zweckmäßigen Vertragsgestaltung im Handels- und Wirtschaftsrecht/Familien- und Erbrecht/Arbeits- und Sozialrecht.

Aus dem Erbrecht liegen jetzt in Neubearbeitung drei unentbehrliche Testament-Muster von Justizrat Hans-Ulrich Tzschaschel, Notar in Heidelberg, vor:

Viele Menschen sterben, ohne zuvor ihren letzten Willen niedergelegt zu haben. Sie mögen zu Lebzeiten immer richtig und rechtzeitig disponiert und durch Ersparnisse oder Versicherungen gegen alle Wechselfälle Vorsorge getroffen haben. Die „Disposition“ für den Fall ihres eigenen Ablebens haben sie jedoch unterlassen. Von den Folgen dieses Versäumnisses werden sie selbst zwar nicht betroffen, für ihre Hinterbliebenen dagegen können sich hieraus große Nachteile ergeben.

Heft 14

Das private Einzeltestament

7., neubearbeitete Auflage 1981, 32 Seiten, Geh. DM 9,80.
ISBN 3-8005-6410-6

Der Verfasser behandelt in allgemeiner und verständlicher Form die wichtigsten Probleme aus dem Erbrecht, die bei der Errichtung eines privaten Einzeltestaments beachtet werden müssen. Die Vielfalt der Testamentmuster gibt dem Leser eine grundlegende Anleitung für die Abfassung seines eigenhändigen Testaments.

Heft 15

Das private Ehegattentestament

7., neubearbeitete Auflage 1981, 38 Seiten, Geh. DM 9,80.
ISBN 3-8005-6411-4

Gerade durch Heirat und die Geburt von Kindern ändern sich die rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse erheblich. Hier sollte unbedingt ein Testament abgefaßt werden.

Bei der Auswahl der übersichtlich gehaltenen Muster wird besonders auf die Form und die Auswirkungen des Berliner Testaments eingegangen.

Heft 57

Das private Unternehmertestament

5., neubearbeitete Auflage 1981, 32 Seiten, Geh. DM 9,80.
ISBN 3-8005-6412-2

Diese Broschüre baut auf den Heften „Das private Einzeltestament“ und „Das private Ehegattentestament“ auf und berücksichtigt insbesondere die Frage der Unternehmens-

nachfolge bei der Einzelfirma, den Personengesellschaften (OHG und KG) sowie den Kapitalgesellschaften (GmbH, GmbH & Co., KG und AG). Der Verfasser geht in seinen Erläuterungen zu den einzelnen Mustern vor allem darauf ein, welcher Inhalt des Testaments bei den gegebenen Umständen für den Unternehmer am zweckmäßigsten ist.

Heubeck/Höhne/Paulsdorff/Rau/Weinert

Kommentar zum Betriebsrentengesetz

Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung Band I: Arbeitsrechtliche Vorschriften (§§ 1 - 18 und Anhang)

Von Dipl.-Vers.-Math. Prof. Dr. Georg Heubeck,
Rechtsanwalt Dr. Gerhard Höhne, Rechtsanwalt
Dr. Jürgen Paulsdorff und Oberamtsrat Wolfgang Weinert.

2., völlig neubearbeitete und erweiterte Auflage 1982, XXXII,
931 Seiten, Len., DM 196,-. ISBN 3-8005-6823-3

Bücher des Betriebs-Beraters

Verlagsgesellschaft Recht und Wirtschaft mbH,
6900 Heidelberg

Das Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (BetrAVG) vom 19.12.1974 ist das erste arbeitsrechtliche Gesetz, das sich ausschließlich mit Problemen der betrieblichen Altersversorgung befaßt. Es setzt die betriebliche Altersversorgung als solche voraus und greift in seinem arbeitsrechtlichen Teil nur die wesentlichen Probleme – insbesondere die bisher weitgehend übliche Verfallbarkeit beim Arbeitsplatzwechsel und die Gefahr des Verlustes im Insolvenzfall – heraus, um eine Verbesserung der Rechtslage für den Arbeitnehmer zu erreichen. Es wirft dabei – insbesondere angesichts der vielfältigen Formen, in denen die betriebliche Altersversorgung betrieben wird – so zahlreiche zum Teil recht schwierige Fragen auf, daß das Gesetz ohne eine Erläuterung kaum verständlich ist.

Der Kommentar hat in seiner 1. Auflage wesentlich zur Klärung der zahlreichen Zweifelsfragen in Praxis und Rechtsprechung beigetragen, wie die Auseinandersetzung der Gerichte mit den im Kommentar vertretenen Ansichten beweist. In die nunmehr vorliegende 2. Auflage des Bandes I sind alle wesentlichen Entscheidungen und Veröffentlichungen bis Anfang Oktober 1981 berücksichtigt. Neben einer gründlichen Neubearbeitung anhand dieser umfangreichen Rechtsprechung war vor allem auch eine Neufassung und Ausweitung des Abschnittes zur Insolvenzversicherung sowie der Frage einer Einbeziehung von Unternehmerpension in die gesetzliche Regelung erforderlich.

Der Band I des Kommentars behandelt den ersten Teil des Gesetzes (§§ 1 - 18) und enthält die arbeitsrechtlichen Vorschriften, von denen die §§ 1 bis 6 und die §§ 16 und 17 von Höhne, die Vorschriften zur Insolvenzversicherung (§§ 7 bis 15) von Paulsdorff behandelt worden sind. Soweit Vorschriften in den §§ 1, 5, 6 und 16 des Gesetzes den öffentlichen Dienst betreffen, wurden sie von Weinert, von dem auch die Erläuterung zu § 17 Abs. 2 stammt, bei § 18 mitbehandelt. Der zweite Band (in 1. Auflage 1978 lieferbar) enthält den zweiten Teil mit den steuerrechtlichen Vorschriften, die von Rau dargestellt werden und den dritten Teil (§§ 26 bis 32) mit den Übergangs- und Schlußvorschriften sowie die Bestimmungen über das generelle Inkrafttreten des Gesetzes. Alle Abschnitte mit versicherungsmathematischem Bezug hat Heubeck bearbeitet.

Die Verfasser sind hervorragende, seit Jahrzehnten auf dem Gebiet der betrieblichen Altersversorgung tätige Fachleute. Eingeflossen in den Kommentar sind natürlich auch die vielfältigen Erfahrungen, die die Verfasser bei der täglichen Arbeit mit dem seit fast 7 Jahren geltenden Gesetz gemacht haben.

Dieser Kommentar ist zum unentbehrlichen Standardwerk geworden und kann allen auf dem Gebiet tätigen Fachleuten der betrieblichen Altersversorgung nur empfohlen werden.

Die Ausbildungsplanung im kaufmännischen Bereich

Von Dr. Klaus RISCHAR

Unter Mitarbeit von Inge DECKER-MEYER, Wolfhard DIEL, Hans-Georg MEYER, Rudolf VENTSCH, Hans WAINDL, Karl-Heinz WOHLFART und Heinz ZETTL +.

Herausgegeben von Professor Dr. Joachim MÜNCH, Lehrstuhl für Pädagogik, insbesondere Berufs- und Arbeitspädagogik der Universität Kaiserslautern.

Begründet von Professor Dr. Alfons DÖRSCHEL

128 Seiten, DIN A5, kartoniert, DM 21,80.

(Band 18 der Reihe „Ausbildung und Fortbildung“)

ERICH SCHMIDT VERLAG Berlin · Bielefeld · München

Zum Inhalt:

Die vorliegende Schrift soll den für den kaufmännischen Bereich zuständigen Ausbildungsleitern und Ausbildern Hilfen bieten, die sie benötigen, um ihre Planungsaufgabe erfolgreich erfüllen zu können.

Nach Klärung der rechtlichen und sachlichen Grundlagen der Ausbildungsplanung wird in dem vorliegenden Band die Ausbildungsplanung im engeren Sinne entwickelt. Sie umfaßt die Grob- und Feinplanung bis hin zur kleinsten Unterrichtseinheit und der einzelnen Unterweisung, wobei auch Kontrollmöglichkeiten der Ausbildungsplanung aufgezeigt werden. Das Formulieren von Lernzielen und das Entwickeln von Curricula soll dem Ausbilder ermöglichen, exakt zu planen, genau zu kontrollieren und – was im Bereich der Wirtschaft sehr bedeutsam ist – den Unterweisenden wechseln zu können, ohne daß andere Inhalte vermittelt werden und der nächste Ausbilder nicht weiß, worauf er aufbauen kann.

Modellhaft wird dieses Wissen in den Schlußkapiteln auf die Ausbildungsplanung des Einzelhandels, der Kreditwirtschaft, der Versicherungswirtschaft und der Industrie übertragen.

Diese knappe, sich auf das Wesentliche beschränkende Darstellung kann allen Ausbildern und Ausbildungsleitern nachdrücklich empfohlen werden.

SEIBT-Bezugsquellennachweis für den Einkauf, 28. Ausgabe 1981

Industriekatalog, einschließlich DIN-genormter Erzeugnisse

Die 28. vollständig überarbeitete und erweiterte Neuauflage des SEIBT-Einkaufsführers, Bezugsquellennachweis für Investitions- und Produktionsgüter sowie für industrie-relevante Dienstleistungen, ist jetzt lieferbar.

Der Gesamtumfang dieser Ausgabe ist auf über 1.600 Seiten angewachsen, obwohl der Bezugsquellenteil – um Platz einzusparen – erstmals 4-spaltig umbrochen wurde. Weiter verbessert wurden die branchenmäßige Gliederung und die alphabetischen Suchwortregister zum schnelleren und sicheren Ermitteln von Bezugsquellen.

Wie bisher enthält dieser Einkaufsführer einen ergänzenden Bezugsquellennachweis für DIN-normengerechte Erzeugnisse, der in Zusammenarbeit mit dem DIN, Deutsches Institut für Normung, Berlin, herausgegeben wird.

Eine wesentliche Erweiterung bedeutet das erstmals aufgenommene alphabetische Firmenverzeichnis. Dieses Verzeichnis ist für den Buchbenützer sowohl ein Telefon- wie Telexverzeichnis für den Bereich „Industriebedarf“ als auch eine „Auskunftei“, da für jede Firma Angaben über ihr Tätigkeitsgebiet bzw. Branchen (durch Hinweise auf die belegten SEIBT-Gruppen) gegeben werden.

Firmenzeichen- und Wortmarkenübersichten, die vollständige Gütezeichenübersicht des RAL, Anschriften der in- und ausländischen Handelskammern sowie der wichtigsten Wirtschaftsverbände ergänzen das Informationsangebot.

Der Preis der 28. Ausgabe beträgt DM 86,-. Bei Bezug im Abonnement (jährlich 1 Ausgabe) beträgt der Preis zur Zeit DM 54,- jeweils zuzüglich Versandkosten und ermäßigter MwSt.

Zu bestellen beim SEIBT-VERLAG GmbH, Rosenheimer Straße 145 a, 8000 München 80, Tel.: 089/404561, Tx.: 5216993 seib d oder in Ihrer Fachbuchhandlung.

Landesverband des
Bayerischen Groß- u. Außenhandels
Bildungszentrum



Seminar für Unternehmer

Rhetorik-Seminar

Was nützen Ihnen ehrliche Gesinnung und zutreffende Argumente, wenn Sie sie nicht überzeugend vortragen können? Viele Menschen müßten – ihrem Wissen nach – auf der Erfolgsleiter ganz oben stehen, trotzdem bleiben sie häufig in der Mitte stecken.

Warum? Weil sie ihr Wissen nicht wirkungsvoll ausdrücken, es nicht überzeugend weiterverkaufen können. Ob in persönlichen Verkaufsgesprächen oder am Telefon – das beste Argument, das vorteilhafteste Angebot verliert an Wirkung, wenn Sie es nicht überzeugend vortragen können.

Haben Sie z. B. schon einmal beobachtet, womit sich Ihre Hände beschäftigen oder wohin Sie blicken, wenn Sie sprechen; und: kennen Sie die „Äh“-Technik?

Programm:

Dieses Seminar wird Ihnen Gelegenheit geben, Ihre Formulierungstechnik, Ihre individuelle Sprechweise und Ihre Körpersprache zu überprüfen und zu verbessern. Es soll Ihre persönliche Überzeugungskraft fördern und Ihnen Möglichkeiten aufzeigen, auch schwierige Redesituationen sicher zu meistern.

Termin: München

46128 Freitag, 11. Februar + Samstag, 12. Februar 1982

Dauer:

2 Tage, jeweils von 9.00–17.00 Uhr

Gebühr:

DM 320,-

Referent:

Dipl. Psych. Michael Wagner, Unternehmensberater

Anmeldeschluß:

2. Februar 1982

Auskunft und Anmeldung:

Bildungszentrum des Bayerischen Handels
Postfach 370243, 8000 München 37, Telefon (089) 555805
oder die Hauptgeschäftsstelle

Seminar für Unternehmer des Einzel- und Großhandels
Der Betriebsprüfer kommt –
Probleme der steuerlichen
Betriebsprüfung

Programm:

- Rechte des Betriebsprüfers
- Auskunftspflicht des Unternehmers
- Ablauf der Betriebsprüfung – worauf zu achten ist
- Besondere Problemfälle aus Bilanz- und Steuerrecht, die in der Betriebsprüfung wichtig sind:
Abschreibung
Warenbewertung
Häufig auftretende Mängel

Termin:

46118 München, Dienstag, 16. Februar 1982

Dauer:

1 Tag von 9.00–17.00 Uhr

Gebühr:

DM 130,—

Referent:

Johann Hinterseher, Steuerberater

Anmeldeschluß:

8. Februar 1982

Auskunft und Anmeldung:

Bildungszentrum des Bayerischen Handels
Postfach 370243, 8000 München 37, Telefon (089) 555805
oder die Hauptgeschäftsstelle

Außendienstschulung

Seminar IV

**»Die Zusammenarbeit zwischen Außen-
und Innendienst – Probleme lösen,
Konflikte vermeiden, Gemeinsamkeiten
aufbauen«**

Der Außendienstler steht als Repräsentant der Firma dem Kunden alleine gegenüber und vertritt oft genug die Wünsche des Kunden in der eigenen Firma. Wenn er erfolgreich sein will, muß er seinen Kunden gewinnen, aber auch die sichere Basis in einem reibungslosen Zusammenspiel mit dem Innendienst der Firma besitzen.

Aus der Praxis wissen wir aber, wie viele Reibungsverluste und Konflikte einfach dadurch entstehen, daß Außendienst und Innendienst oft unterschiedliche Auffassungen haben. Im Laufe der Jahre können sich diese Einstellungen sogar zu Gegnerschaften entwickeln – zum Schaden der Firma. Aber wird nicht auch die Arbeit des Außendienstlers selbst gestört, wenn immer wieder Ärger entsteht mit dem Innendienst.

Hierfür gibt es nur eine Lösung:
beide Seiten müssen die Probleme des anderen besser kennen. Sie müssen verstehen, warum er sich so verhält und nicht anders, daraus können sie Gemeinsamkeiten aufbauen. Letztlich müssen sie für die Firma am gleichen Strang ziehen.

Programm:

- Klagemauer: Wo liegen die Probleme?
- Der Innendienstler: Welche Schwierigkeiten macht er Ihnen?
- Rollentausch: Wir versetzen uns in die Lage des Innendienstes und versuchen zu sehen, wie er den Außendienst sieht.

- Welche Vorurteile haben sich im Laufe der Zeit aufgebaut?
- Kann der Außendienstler ohne den Innendienst verkaufen?
- Durch Gespräche Konflikte meistern.
- Übungen zur Gesprächstechnik.
- Maßnahmesammlung: Wie kann die Zusammenarbeit mit dem Innendienst verbessert werden?

Termin: Nürnberg

26404 27.–28. Januar 1982

Dauer:

2 Tage, jeweils von 9.00–17.00 Uhr

Gebühr:

DM 320,—

Referent:

Dipl. Psychologe Michael Wagner

Auskunft und Anmeldung:

Bildungszentrum des Bayerischen Handels
Postfach 370243, 8000 München 37, Telefon (089) 555805
oder die Hauptgeschäftsstelle

**Vorbereitung auf die schriftliche
Zwischenprüfung vor der Industrie-
und Handelskammer**

Die Teilnahme an der Zwischenprüfung ist eine der Voraussetzungen (neben anderen), die erfüllt sein müssen, um zur Ausbildungs-Abschluß-Prüfung vor der Industrie- und Handelskammer zugelassen zu werden.

Zusätzliche Bedeutung hat die Zwischenprüfung insofern, als sie ca. zur „Halbzeit“ der Berufsausbildung einen Überblick über die Leistung und den Kenntnisstand des Auszubildenden ermöglicht.

Diese Zwischenprüfung führt die IHK jährlich 2 x durch, jeweils im März und Oktober.

Unsere Lehrgänge sollen die Auszubildenden auf diese Zwischenprüfung vorbereiten und sie mit der Methode und dem Verfahren vertraut machen.

Programm:

Wiederholung des für die Zwischenprüfung relevanten Lehrstoffes aus der Berufsschule und dem Ausbildungsbetrieb. Der Inhalt der Seminare ist auf den Stoffkatalog für die Zwischenprüfungen in den einzelnen Ausbildungsberufen abgestimmt.

Anhand von Übungsaufgaben, die in Aufbau und Schwierigkeitsgrad den Prüfungsaufgaben entsprechen, wird die Prüfungssituation trainiert.

Termine: München

11188 Großhandelskaufmann

Beginn: 20. Januar 1982 – mittwochs

11189 Bürokaufmann

Beginn: 21. Januar 1982 – donnerstags

Dauer:

7 Abende, jeweils für GH + BK von 18.00–20.30 Uhr
(26 Unterrichtsstunden)

Gebühr:

DM 90,— einschließlich Arbeitsmappe

Auskunft und Anmeldung:

Bildungszentrum des Bayerischen Handels
Postfach 370243, 8000 München 37, Telefon (089) 555805
Prüfungstermine bei der Industrie- und Handelskammer im März 1982

B 1579 EX



Groß + Außenhandel Drehscheibe der Wirtschaft



LGA
nachrichten

Offizielles Organ des Landesverbandes
des Bayerischen Groß- und Außenhandels
(Unternehmer- und Arbeitgeberverband) eV

37. Jahrgang · München
Februar 1982 · Nr. 2/1982

Das aktuelle Thema	3	Verkehrspolitik mit leeren Kassen
Arbeitgeberfragen	5 7 8 9	Betriebsvergleichsergebnisse des Großhandels 1980 Eigenkapitalquoten im Groß- und Einzelhandel Handelsverbände: Beschäftigung in erster Linie eine Kostenfrage Feiertagskalender 1982 Informationen für die Betriebsleitung 5,2 Millionen Erwerbstätige in Bayern Erstattung für Lohnfortzahlung während Feuerwehrdienst Gegen Verharmlosung des Krankenstandes durch den Bundesarbeitsminister Sozialversicherung
Arbeitsgerichtliche Entscheidungen	10 11 12	„Arbeitsrecht im Betrieb“ – wer zahlt? Lohn- und Einsichtsrecht in Gehaltslisten Kein Wettbewerbsverbot nach Kündigung Zusatzurlaub für Schwerbehinderte bei 5-Tage-Woche Erteilung der Arbeitserlaubnis für Asylbewerber, Kinder und Ehegatten ausländischer Arbeitnehmer neu geregelt Hauptberuflich krank – nebenberuflich Putzfrau...
Berufsausbildung und -förderung	12 13	Fast 180 000 Realschüler in Bayern, Mädchenanteil weiter angestiegen Mehr Ausbildungsplätze Wirtschaft bekräftigt Ausbildungsverantwortung
Verschiedenes	13	C & C: Durch Großbetriebe im Aufwärtstrend
Personalien	14	
Buchbesprechungen	15	

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:

Dipl.-Kfm. Sattel (Wirtschafts-, Tarif- und Sozialpolitik, Außenhandel, Betriebswirtschaft) · Dipl.-Kfm. Sauter (Wettbewerbsrecht, Steuern, Kreditwesen, Verkehr) · Dipl.-Volksw. Deutsch (Berufsbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsnachrichten, Personalien) · RA Frankenberger (Tarif-, Sozial- und Arbeitsrecht) · RA Waimann (Arbeitsrecht) · RA Wiedemann (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel) · RA Köppel (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel).

Erscheint einmal im Monat. Verleger: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München, Ottostraße 7. Alleinigere Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels eV, München 2, Ottostraße 7, Telefon 55 77 01/02. Verantwortlich für Herausgabe: Werner Sattel, 8011 Kirchseeon, Alpenstraße 16. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenteil: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, München 2, Ottostraße 7. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Druck: typobiert, 8000 München 40, Riesenfeldstraße 56, Telefon 3 59 60 66-68.

Das aktuelle Thema

Konsul Klaus Richter:

Verkehrspolitik mit leeren Kassen

– Versuch einer kritischen Zwischenbilanz –

Der Verkehrsausschuß des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) beschäftigte sich in seiner Sitzung am 9. November 1981 in Bonn u. a. mit den verkehrspolitischen Konsequenzen der krisenhaften Entwicklung der Staatsfinanzen. Im Anschluß an die Ausschuß-Beratungen fand ein Presse-Informationsgespräch statt, bei dem das BGA-Präsidialmitglied, Konsul Klaus Richter, als Ausschuß-Vorsitzender die verkehrspolitischen Interessen des Groß- und Außenhandels erläuterte.

Wegen der besonderen und weiter zunehmenden Bedeutung der Transportfunktion der Groß- und Außenhandelsunternehmen, veröffentlichen wir nachstehend den Wortlaut der Ausführungen des Verkehrsausschuß-Vorsitzenden für einen breiten Interessentenkreis.

Ein Jahr nach der Bundestagswahl zeigt sich in aller Deutlichkeit, daß die Verkehrspolitik die von ihr stets beanspruchte eigenständige Rolle innerhalb eines wirtschafts- und strukturpolitischen Gesamtkonzeptes weitgehend aufgeben mußte. Stärker als alle anderen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereiche wurde und wird der Verkehrssektor in die Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung eingeschaltet. Nicht die Frage einer sachgerechten und produktiven Verwendung der knappen Mittel ist verkehrspolitische Entscheidungsmaxime, sondern die Frage, inwieweit das Verkehrswesen fiskalisch belastbar ist mit Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen. Dabei scheut sich die amtliche Verkehrspolitik nicht, die Anhebung der Mineralölsteuer und die Beseitigung von Mineralölsteuerbefreiungen energiepolitisch zu motivieren bzw. als Subventionsabbau zu begründen, um so den im Vordergrund stehenden fiskalischen Zweck, Vermehrung der Staatseinnahmen, zu verbrämen. Dabei werden die möglichen und – wenn keine Änderungen eintreten – auch wahrscheinlichen verkehrspolitischen Fehlentwicklungen außer acht gelassen, weil in der sich noch verschärfenden Krise der öffentlichen Haushalte nicht nur „jedes Mittel“, sondern auch „jede Mark“ den Zweck heiligt. Die Verkehrspolitik nimmt die ihr durch die Haushaltspolitik veränderten Rahmenbedingungen relativ gelassen hin. In Teilbereichen hält sie sogar die zusätzlichen Belastungen durch Mineralölbesteuerung für begrüßenswert, weil sie möglicherweise einen verkehrslenkenden Effekt zu der wenig vom Mineralöl abhängigen Eisenbahn bewirken und dieser zusätzliche Preis- und Wettbewerbspielräume gegenüber dem Güterkraftverkehr und der Binnenschifffahrt verschaffen.

Konflikt im Verkehrswesen vorprogrammiert

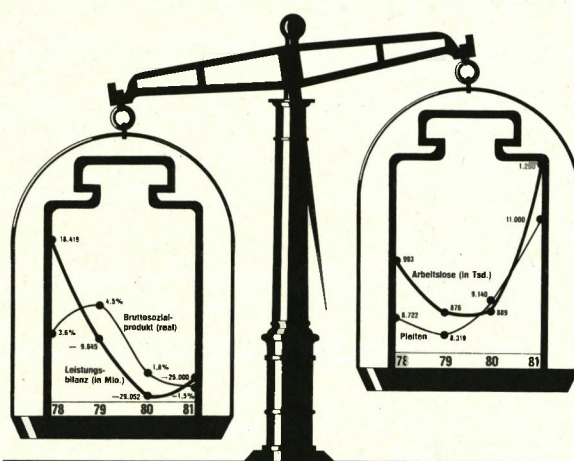
Angesichts der leeren Kassen wird über Neubesinnung und Neuorientierung der Verkehrspolitik gesprochen, wobei insbesondere qualitative Aspekte wie Umweltschutz und Energieeinsparung vorrangig ins Feld geführt werden. Daß „Qualität vor Quantität“ jedoch nur eine politische Leerformel ist, die aus der Not der knappen Mittel und der desolaten Haushaltslage geboren wurde, läßt sich daraus ersehen, daß die Verkehrspolitik dem von der Haushaltspolitik stark eingeeengten Finanzierungsrahmen nur noch durch massive Kürzungen der investiven Ausgaben entsprechen kann. Dieser Effekt wird sich in den kommenden Jahren durch das Abkoppeln des Verkehrshaushaltes vom Wachstum des Bundeshaushaltes verstärken. Man muß sich allen Ernstes fragen, ob Klarheit darüber besteht, daß die ge-

wollte nominale Stagnation gleichbedeutend ist mit einem realen Schrumpfungsprozeß. Damit sind aber Konflikte im Verkehrswesen, insbesondere im Straßenverkehr, vorprogrammiert. Denn auch bei einem deutlich abgeschwächten wirtschaftlichen Wachstum wird es zu einer Zunahme des Individualverkehrs und auch des Güterverkehrs auf den Straßen kommen. Insbesondere im grenzüberschreitenden Verkehr werden überdurchschnittliche Wachstumsraten erwartet. Daß die Eisenbahnen hier auf absehbare Zeit keinen Beitrag zur Entlastung leisten können, ist angesichts der bereits heute vorhandenen Engpaßsituation auf den Hauptmagistralen offensichtlich. Darüber hinaus fehlen auch der Eisenbahn die Mittel für weitere Investitionen.

Auseinanderdriften von Investitions- und Finanzplanung

Wie kritisch sich die Situation für das Verkehrswesen zuspitzt, zeigt sich daran, daß die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans '80 eine immer größer werdende Lücke zwischen dem ausgewiesenen Investitionsvolumen und dem als finanzierbar abgesicherten Finanzvolumen ausweist. Sie beträgt jetzt fast 50 Prozent. Zwar ist der Bundesverkehrswegeplan immer schon „nur“ ein Bedarfsplan gewesen, der den möglichen Investitionsrahmen umschrieb, aber nicht zusicherte. Das Auseinanderdriften von Investitionsplanung und Finanzplanung zeigt jedoch, mit welcher Unsicherheit die Verkehrspolitik aufgrund der Finanzpolitik behaftet ist. Berücksichtigt man zudem, daß immer mehr Mittel für den laufenden Unterhalt und die Ersatz- und Erneuerungsmaßnahmen beansprucht werden, wo Kürzungen und zeitliche Streckungen kaum möglich sind, dann verringert sich das reale Volumen der Neuinvestitionen

Die Grenzen der Belastbarkeit der deutschen Wirtschaft



Quelle: Auskunftei Bürgel

Vor etwa einem Jahrzehnt trat man in der Bundesrepublik Deutschland an, die Belastbarkeit der Wirtschaft zu erproben. Nun sind die Grenzen der Belastbarkeit für alle sichtbar überschritten. Die Leistungsbilanz weist seit zwei Jahren ein enormes Defizit aus, das Bruttosozialprodukt schrumpft im Jahre 1981 real um wenigstens 1,5%. Arbeitslose und Pleiten erreichen 1981 seit Jahrzehnten nicht gekannte Höchststände. Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich in einem strukturellen Ungleichgewicht. Die Anstrengungen um seine Beseitigung werden die 80er Jahre prägen.

noch mehr mit allen negativen Folgen auf die Leistungskraft und Wettbewerbsstellung der deutschen Wirtschaft.

Sanierung der Deutschen Bundesbahn (DB)

Auch die Deutsche Bundesbahn bleibt von den Folgen einer restriktiven Haushaltspolitik nicht verschont, obwohl bei konsequenter Durchführung der Politik „weg vom Öl“ ein verstärktes Investitionsvolumen zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Unternehmens Deutsche Bundesbahn und Modernisierung des Schienenverkehrs die einzig logische Folge gewesen wäre. Stattdessen wurde die Zuweisung aus dem Bundeshaushalt bereits im laufenden Jahr um 1 Milliarden DM gegenüber dem Vorjahr gekürzt, für die Folgejahre werden die Zahlungen an die Bahn auf dem Niveau des Jahres 1981 mit rund 13 Milliarden DM eingefroren. Da die auf Gesetz und Verordnung beruhenden erfolgswirksamen Zuweisungen jährlich den Kosten entsprechend steigen werden, sinken die für Investitionen zur Verfügung stehenden Mittel nicht nur real, sondern auch absolut. Die wachsenden Bilanzverluste erhöhen den Liquiditätsbedarf, der nur durch zusätzliche Kreditaufnahmen abzudecken ist. Die langfristigen Verbindlichkeiten der Deutschen Bundesbahn werden von zur Zeit 32 Milliarden DM auf 53 Milliarden DM im Jahre 1985 ansteigen. Im Klartext heißt dies aber auch, daß eine Haushaltskonsolidierung im Prinzip nicht stattfindet, wenn nicht die Sanierung der Deutschen Bundesbahn nachhaltig gelingt. Eine Sanierung der Bahn ist jedoch nur dann möglich, wenn der politische Wille besteht, die anstehenden Probleme gegen den massiven Widerstand aller Gruppen durchzusetzen.

Ich befürchte aber, an diesem Willen mangelt es. Wie anders sollte das Schreiben von Bundesverkehrsminister Dr. Hauff an die SPD-Bundestagsfraktion im Sommer diesen Jahres gedeutet werden, wo er offen von der DB als unkalkulierbarem Haushaltsrisiko spricht, oder die Androhung einer „Kahlschlag-Sanierung“, die doch nur zur Verunsicherung der DB selber und ihrer Kunden beiträgt. Auch die Ministerworte bei der ersten Lesung der Novelle des Bundesbahngesetzes am 2. Oktober 1981 „Wir müssen ... im Rahmen der verfügbaren Finanzmittel nach Wegen suchen, wie wir konsequent Schritt für Schritt die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben bei der Bahn schließen oder, wo dies nicht möglich ist, die Lücken jedenfalls verkleinern ...“ Erforderlich ist dazu einmal eine Steigerung der Einnahmen der Deutschen Bundesbahn und eine Verringerung der Aufwendungen“ beschreiben lediglich eine Zielvorstellung, ohne allerdings gleichzeitig den Weg zu beschreiben, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Als einen ersten Schritt erstrebt die Bundesregierung neben der unbedingt erforderlichen Verbesserung und Vereinfachung des Planungsrechts Maßnahmen zur Verbesserung der Führungsstruktur durch flexiblere Festlegung von Zahl und Amtsdauer der Vorstandsmitglieder und Schaffung von Ressortverantwortlichkeiten in der Gesamtverantwortung des Vorstands. Dieser Weg kann durchaus beschritten werden, allerdings müßte er auch konsequent zu Ende gedacht werden, nämlich die DB nicht mehr wie ein Wirtschaftsunternehmen zu führen, sondern als Wirtschaftsunternehmen mit resultatverantwortlichen Vorstandsmitgliedern und einem Verwaltungsrat, der die Funktion und Kompetenzen eines Aufsichtsrats ausübt.

Prinzip der speziellen Entgeltlichkeit beachten

Der Zustand der DB ist nicht die Folge eines Mißmanagements, sondern das Ergebnis von politischen Entscheidungsprozessen, wobei die Entscheidungsträger die Verant-

wortung wiederum dem Vorstand überlassen. Insbesondere mangelt es immer noch an der vollständigen Einführung des Prinzips der speziellen Entgeltlichkeit. Leistungen, die die Bahn aufgrund politischer Auflagen erbringen muß, sind, soweit sie Verluste verursachen, durch erfolgswirksame Zahlungen aus dem Haushalt der politisch ursächlichen Instanz in vollem Umfang auszugleichen. Nur dann läßt sich die bisherige Diskrepanz zwischen politischen Leistungsanforderungen und realer finanzieller Mitverantwortung lösen.

Güterkraftverkehrsgesetz-Novelle erforderlich

Wenn ich hier bereits meine Zwischenbilanz beende und die anstehende Novellierung des Güterkraftverkehrsgesetzes nur noch am Rande erwähne, so deshalb, weil in der Frage der Neuordnung des Tarifkommissionswesens

1. auf dem Gesetzeswege das nachvollzogen werden soll, was sich in der Praxis bereits eingespielt hat, nämlich eine mitverantwortliche Einbindung der verladenden Wirtschaft in die Preisbildung. Gegen das Votum des Verladerausschusses wurde in den letzten Jahren keine tarifpolitische Entscheidung im Güterfernverkehr gefällt und
2. die wenig befriedigenden Erfahrungen, die mit einer mit Schiedsrichterfunktion ausgestatteten 2. Instanz im Güternahverkehr gemacht wurden (Erweiterte Tarifkommission) zu entsprechenden Konsequenzen mit der geplanten Einführung eines Schlichtungsverfahrens führen sollen.

Mit diesen Maßnahmen wird weder der ordnungspolitische Rahmen für den Güterverkehr in seinem Bestand angegriffen, noch wird ein preispolitischer Erdbebenstoß befürchtet sein. Es könnte aber durchaus dazu kommen, daß Preis und Leistungen kritischer als bisher überprüft werden und somit die Produktivität gefördert wird.

Keine weiteren steuerlichen Belastungen

Als Ergebnis dieser Zwischenbilanz möchte ich festhalten, daß natürlich sich die Verkehrspolitik veränderten Rahmenbedingungen anpassen muß. Sie darf aber nicht Gefahr laufen, sich einseitig von der Haushaltspolitik majorisieren zu lassen, nur weil unterlassene Investitionen hier und heute keine direkt spürbaren Wirkungen hinterlassen (von negativen Beschäftigungswirkungen einmal abgesehen), sondern erst in ein paar Jahren, wenn nach dem „Prinzip Hoffnung“ dann möglicherweise die Kassenlage wieder besser ist. Jede zusätzliche fiskalische Belastung des Verkehrssektors bedeutet schließlich eine Erhöhung der Produktionskosten, sie hat die Wirkungen einer Produktionssteuer, d.h. sie trifft die Verkehrsbetriebe in ihrer Wettbewerbsstellung und vor allem die transportintensiven Wirtschaftsbereiche, wie den Groß- und Außenhandel, in ihrer Wettbewerbs- und Leistungskraft.

Realistisch und nüchtern betrachtet kann man doch nur feststellen, daß Mineralölsteuererhöhungen zwar durchaus Energieeinsparungen bewirken können, wie sie sich auch bei einem marktmäßigen Knappheitspreis ergeben würden, nur mit der Folge, daß die Steuererhöhung keine spezifische energiepolitische Maßnahme darstellt, sondern lediglich den Verkehrssektor zusätzlich fiskalisch belastet.

Und man sollte sich davor hüten, unterlassene Investitionen im Verkehrswegenetz als Umweltschutzmaßnahme darzustellen. Stauungen und Umwegfahrten belasten unsere Umwelt wahrscheinlich noch in einem viel höheren Ausmaß.

Arbeitgeberfragen

Betriebsvergleichsergebnisse des Großhandels 1980

Nachdem der Durchschnitt des untersuchten Großhandels (1270 Betriebe) im Jahre 1979 gegenüber 1978 eine nominale Absatzzunahme von 10 % erzielen konnte, hat sich die Zuwachsquote im Jahre 1980 auf 7 % reduziert. Unter Einbeziehung der Preisentwicklung war der reale Absatz 1979 rund 3 % höher, im Jahre 1980 dagegen knapp 1 % niedriger als im jeweiligen Vorjahr.

In den einzelnen Branchen ist die Absatzentwicklung im Berichtsjahr zum Teil stark abweichend gewesen: Der Großhandel mit Baumaschinen, Baugeräten und Industriemaschinen mußte 1980 eine Umsatzeinbuße von 2 % hinnehmen, im Stahlhandel mit 25–50 % Streckengeschäft verminderte sich die nominale Zuwachsquote auf 2 % im Berichtsjahr. Hinter der Allgemeinentwicklung zurückgeblieben sind 1980 außerdem der Uhrengroßhandel (+ 1,0 %), der Schmuckwarengroßhandel (+ 2 %), der Großhandel mit Heimtextilien (+ 4 %) sowie der Biergroßhandel und der Kraftfahrzeugteile- und der Zweiradgroßhandel (5 %). Nominal jeweils 7 % mehr um als 1979 setzten der Tabakwarengroßhandel, der Textilgroßhandel, der Hohlglas- und Keramikgroßhandel, der Möbelgroßhandel und der Stahlhandel mit weniger als 25 % Streckengeschäft. Ähnlich war auch die Entwicklung im Schuhgroßhandel, im Rundfunk- und Fernsehgroßhandel, im Papiergroßhandel sowie im Werkzeugmaschinen- und Werkzeuggroßhandel (jeweils 8 %) und im Elektrogroßhandel sowie im Farbengroßhandel (jeweils 9 %). Dem Werte nach deutlich über dem Durchschnitt liegende Absatzzunahmen verzeichneten der Technische Handel (11 %), der Reifenhandel (+ 12 %) und der Holzgroßhandel (+ 14 %).

Außenstände gesunken

Im Berichtsjahr lagen die Außenstände mit 11,5 % des Absatzes um 0,5 % unter denen des Jahres 1979 (hierbei haben sich die Kontokorrent-Außenstände von 11,7 % auf 11,3 % und die Besitzwechsel von 0,3 % auf 0,2 % vermindert). Etwas geringer war der Rückgang bei den Verbindlichkeiten. Sie standen Ende 1979 mit 10,8 % und Ende 1980 mit 10,5 % des Jahresabsatzes zu Buche. Bei einer Abnahme der Kontokorrentverbindlichkeiten von 8 % auf 7,6 % wiesen die Schuldwechsel eine leichte Erhöhung von 2,8 auf 2,9 % des Absatzes auf.

Abgesehen vom Biergroßhandel, vom Uhrengroßhandel und vom Kraftfahrzeugteile- und Zweiradgroßhandel registrierten alle übrigen erfaßten Branchen 1980 gegenüber 1979 eine Verminderung des Prozentsatzes der Außenstände insgesamt. Bei den Verbindlichkeiten machten lediglich der Rundfunk- und Fernsehgroßhandel, der Reifenhandel, der Hohlglas- und Keramikgroßhandel, der Kraftfahrzeugteile- und Zweiradgroßhandel und der Großhandel mit Baumaschinen, Baugeräten und Industriemaschinen eine Ausnahme.

Das Verhältnis der Außenstände und der Verbindlichkeiten war in den einzelnen Branchen sehr unterschiedlich, wobei neben dem durch die Lagerhaltung bedingten Kapitalbedarf eine Reihe weiterer Faktoren eine Rolle spielten. Mit den höchsten Außenständen arbeitete 1980 der Schmuckwarengroßhandel (29,4 %), gefolgt vom Uhrengroßhandel (24,7 %) und vom Rundfunk- und Fernsehgroßhandel (21,7 %). Letztere Branche lag bei den Verbindlichkeiten mit 25,3 % des Jahresabsatzes eindeutig an der

Spitze. Erheblich höhere Verbindlichkeiten als der Durchschnitt hatten im Berichtsjahr auch der Schmuckwarengroßhandel (17,9 %), der Uhrengroßhandel (17,6 %) und der Reifenhandel (16,7 %).

Relativ wenig haben sich die Kundenskonti und -Boni verändert. Sie machten im Durchschnitt des Großhandels 2 % des Absatzes aus gegenüber 1,9 % im Jahre 1979.

Geringe Zuwachsquote bei der Personalabsatzleistung

Gegenüber 1979 (423 000 DM) ergab sich nur eine relativ geringe Zuwachsquote von etwas mehr als 1 % bei der Personalabsatzleistung. Das deutliche Zurückbleiben hinter der Entwicklung des Gesamtabsatzes (7 %), weist darauf hin, daß bei den erfaßten Betrieben insgesamt die Mitarbeiterzahl 1980 zugenommen hat. Dies trifft auch für die Mehrzahl der Branchen zu, denn bei 15 der beteiligten 23 Branchen lag die Absatzentwicklung über der Entwicklung des Absatzes je beschäftigte Person. 1980 hat durchschnittlich jede beschäftigte Person 428 800 DM umgesetzt.

Naturgemäß differiert die Absatzquote zwischen den Branchen beträchtlich. Im Stahlhandel mit mehr als 50 % Streckengeschäft entfiel 1980 auf eine beschäftigte Person ein Durchschnittsabsatz von 1 578 600 DM. Es folgt mit weitem Abstand der Tabakwarengroßhandel (999 700 DM), der Stahlhandel mit 25–50 % Streckengeschäft (661 100 DM) und der Papiergroßhandel (513 800 DM). Beträchtlich unter dem Durchschnitt lagen dagegen insbesondere der Textilgroßhandel (198 000 DM), der Farbengroßhandel (215 700 DM) und der Kraftfahrzeugteile- und Zweiradgroßhandel (217 100 DM). Der Absatz pro Rechnung hat sich 1980 gegenüber 1979 im Durchschnitt von 530 DM auf 582 DM, also knapp 10 %, beträchtlich erhöht. Nach Abzug der Preissteigerungsrate von 7,9 % verbleibt jedoch nur eine reale Verbesserung von rund 2 %.

Die Lagerbestände sind 1980 relativ in gleichem Umfang gewachsen wie der Gesamtabsatz. Auch 1980 wurde das Warenlager 5,8 mal umgeschlagen, wobei die Extremwerte bei der Lagerumschlagsgeschwindigkeit 1980 mit 19,1 % der Tabakwarengroßhandel und mit 2,4 mal der Schmuckwarengroßhandel aufwiesen. Eine überdurchschnittliche Lagerumschlagsgeschwindigkeit erzielte neben dem Tabakwarengroßhandel der Rundfunk- und Fernsehgroßhandel (8,6 mal), der Stahlhandel mit weniger als 25 % Streckengeschäft (7,2 mal), der Technische Handel (7,1 mal), der Reifenhandel (6,8 mal) und der Elektrogroßhandel (6,6 mal). Eine mittlere Position nahm u. a. der Großhandel mit Binde- und Gärtnerbedarfartikeln (5,9 mal), der Papiergroßhandel sowie die Werkzeugmaschinen- und Werkzeuggroßhandel (jeweils 5,7 mal), der Möbelgroßhandel (5,6 mal) und der Kraftfahrzeugteile- und Zweiradgroßhandel (5,3 mal) ein. Vergleichsweise gering war dagegen die Umschlagsgeschwindigkeit des Warenlagers außer im Schmuckwarengroßhandel auch im Holzhandel (3,7 mal) und im Hohlglas- und Keramikgroßhandel (3,9 mal).

Raum München

Geschäftsübernahme:

Welcher Fachhandel oder kleinerer Produktionsbetrieb sucht evtl. aus Alters- oder anderen Gründen einen **Nachfolger** als Pächter oder Käufer. Habe langjährige Erfahrung als Leiter eines Handelsunternehmens mit Produktion.

Zuschriften bitte an die Hauptgeschäftsstelle.

Die Kostenentwicklung

Die Dämpfung der nominalen Absatzexpansion hat im Jahr 1980 den Anstieg der Kostenbelastung wieder beschleunigt. Im Durchschnitt der am Betriebsvergleich beteiligten Großhandelsbranchen ist die Kostenbelastung von 21,3 % im Jahre 1979 auf 21,8 % im Jahre 1980 angewachsen. Ohne Unternehmerlohn und Zinsen für Eigenkapital ergab sich 1980 ein effektiver Kostenprozentsatz von 20,1 % des Absatzes gegenüber 19,5 % im Vorjahr.

Die Verstärkung des Kostendruckes war in erster Linie auf die Personalkosten und die Zinsen für Fremdkapital zurückzuführen. Die Personalkosten (ohne Unternehmer-

lohn und Provision) machten 1979 im Durchschnitt des Großhandels 10,9 %, im Jahre 1980 dagegen 11,2 % des Absatzes aus. Relativ noch stärker war die Erhöhung der Zinsen für Fremdkapital, die von 0,8 % im Jahre 1979 auf 1,1 % im Jahre 1980 zugenommen haben. Auch die Raumkosten und Kosten des Fuhr- und Wagenparks wiesen ansteigende Tendenz auf. Etwas vermindert hat sich die Belastung mit Zinsen für Eigenkapital (von 0,8 % auf 0,7 %) und mit der Sammelposition „Allgemeine Verwaltungs- und sonstige Kosten“ (von 2,5 % auf 2,3 %).

Hier kommen die Bemühungen des Großhandels zum Ausdruck, die marktbedingten Kostenerhöhungen durch betriebliche Einsparungen soweit wie möglich aufzufangen.

Kosten in Prozenten der Gesamtkosten im Jahre 1980

Lfd. Nr.	Branche	Pers.-Kost. ohne Untern.-Lohn u. Prov.	Unternehmerlohn	Provisionen	Personalkosten gesamt	Raumkosten	Werbe- und Reisekosten	Transport- und Verpackungskosten	Kosten des Fuhr- und Wagenparks	Zinsaufwendungen für Fremdkapital	Zinsen für Eigenkapital	Abschreibungen	Allg. Verwaltungs- und sonstige Kosten	Gesamtkosten
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1	Biergroßhandel	46,8	8,1	0,8	55,7	9,8	3,0	0,4	9,8	3,4	1,7	6,8	9,4	100
2	Tabakwarengroßhandel (nur Großabnehmer) ..	38,0	2,2	1,1	41,3	3,3	2,2	4,3	4,3	4,3	3,3	9,8	31,5 ³⁾	100
3	Textilgroßhandel	51,8	4,7	3,6	60,1	9,1	4,0 ²⁾	2,5	2,9	5,4	3,6	3,3	9,1	100
4	Großhandel mit Heimtextilien	48,6	3,4	2,8	54,8	8,6	9,6 ²⁾	3,4	4,4	5,8	—	3,8	9,6	100
5	Schuhgroßhandel	44,1	5,9	3,7	53,7	7,4	7,0	5,9	3,7	3,7	5,3	3,7	9,6	100
6	Elektrogroßhandel	56,3	4,0	1,1	61,4	8,5	2,3	1,1	3,4	5,1	3,4	4,0	10,8	100
7	Rundfunk- und Fernsehgroßhandel	44,7	9,1	—	53,8	9,1	3,5	1,4	4,2	4,9	4,9	7,0	11,2	100
8	Reifenhandel	54,8	4,4	0,3	59,5	11,2	3,8	—	2,7	2,1	2,7	5,1	12,9	100
9	Hohlglas- und Keramikgroßhandel	47,1	2,7	7,8	57,6	8,1	5,8	3,1	4,7	5,8	2,7	3,7	8,5	100
10	Möbelgroßhandel und -auslieferungslager	44,0	4,2	1,1	49,3	20,3	7,1	0,4	3,0	3,4	3,0	2,6	10,9	100
11	Uhrengroßhandel	48,1	3,7	8,6	60,4	4,5	5,7	2,9	2,4	6,1	3,7	3,3	11,0	100
12	Schmuckwarengroßhandel	37,8	9,2	9,6	56,6	3,6	4,0	2,4	2,8	6,4	7,7	3,2	13,3	100
13	Kraftfahrzeugteile- und Zweiradgroßhandel	56,3	4,3	2,3	62,9	8,6	3,1	0,8	3,9	3,9	2,7	3,5	10,6	100
14	Papiergroßhandel	46,1	3,6	3,6	53,3	10,2	3,0	1,8	5,4	6,6	4,2	4,8	10,7	100
15	Technischer Handel	56,1	4,6	1,7	62,4	7,2	3,4	2,1	3,4	3,8	2,5	3,4	11,8	100
16	Farbengroßhandel	51,5	5,0	1,0	57,5	10,7	4,4	0,7	4,0	5,0	3,0	4,4	10,3	100
17	Holzgroßhandel	48,2	4,5	0,9	53,6	9,5	3,1	0,9	5,4	6,8	4,0	5,4	11,3	100
18	Stahlhandel mit: weniger als 25 % Streckengeschäft	54,0	2,8	0,9	57,7	7,4	2,3	1,4	5,1	6,0	4,2	4,7	11,2	100
19	25–50 % Streckengeschäft	52,2	1,4	0,7	54,3	8,0	2,2	3,6	5,1	8,7	3,6	5,1	9,4	100
20	mehr als 50 % Streckengeschäft	47,6	1,2	—	48,8	7,1	2,4	2,4	4,8	8,3	4,8	6,0	15,4	100
21	Werkzeugmaschinen- und Werkzeuggroßhandel	49,4	4,5	3,2	57,1	7,4	6,1	2,0	4,1	4,5	2,9	4,1	11,8	100
22	Großhandel m. Baumaschinen, Baugeräten und Industriemaschinen	47,7	2,1	3,8	53,6	—	5,4	—	—	—	2,9	11,3	—	100
23	Großhandel in Binderei- und Gärtnereibedarfsartikeln	45,2	8,0	¹⁾	53,2	12,3	3,3	1,0	6,6	3,0	4,3	4,7	11,6	100
	erfaßter Großhandel insgesamt	51,4	4,6	1,8	57,8	9,2	3,7	1,4	4,6	5,0	3,2	4,6	10,5	100
	Zum Vergleich: entspr. Gesamtdurchschnitt 1979	51,1	4,7	1,9	57,7	8,9	3,8	1,4	4,2	3,8	3,8	4,7	11,7	100

bedeutet: Diese Kostenarten waren nicht abgrenzbar und sind deshalb nur in den Gesamtkosten enthalten.

¹⁾ Position in Spalte 1 miterfaßt ²⁾ einschließlich Musterkosten ³⁾ einschließlich Automatenprovisionen

(Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Genehmigung des Instituts!)

Verdienstkreuz für Hauptgeschäftsführer Werner Sattel

Für seine vielfältigen Initiativen und Verdienste um den bayerischen und deutschen Groß- und Außenhandel und dessen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, sowie für sein Engagement für eine gesunde mittelständische Wirtschaft erhielt Hauptgeschäftsführer Werner **Sattel** das vom Bundespräsidenten verliehene Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland aus der Hand von Wirtschaftsminister Anton Jaumann.

Die Fülle der Aufgaben, die sich Werner Sattel auferlegt habe, können nur mit großem Fleiß, herausragenden Fachkenntnissen sowie der Bereitschaft, seine Freizeit zu opfern, bewältigt werden. Wie Jaumann in seiner Laudatio weiter betonte, habe Werner Sattel dem bayerischen Groß- und Außenhandel wichtige Impulse gegeben und, in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr bei der Lösung der anstehenden Probleme hervorragend zusammengearbeitet.

Dipl.-Kaufmann Werner Sattel, seit 1975 Hauptgeschäftsführer unseres Landesverbandes – ist schon 25 Jahre im Landesverband tätig und war zunächst Leiter der verbandlichen Betriebsberatung. Darüber hinaus betreut Werner Sattel u. a. als Geschäftsführer den GROSSHANDELSZENTRALVERBAND FÜR SPIELWAREN UND GESCHENKARTIKEL e.V., ist Geschäftsführer der verbandseigenen GfH GESELL-

SCHAFT FÜR HANDELSBERATUNG, der WIRTSCHAFTSHILFE DES BAYERISCHEN GROSS- U. AUSSENHANDELS, des WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN VEREINS unseres Verbandes sowie einer der



Aus der Hand des Wirtschaftsministers Anton Jaumann (r.) erhielt HGF Sattel (M.) im Beisein von Präsident Braun (l.) die Auszeichnung.

Geschäftsführer der KREDITGARANTIEGEMEINSCHAFT FÜR DEN HANDEL IN BAYERN und ist außerdem in verschiedenen regionalen und überregionalen Gremien zum Wohle des Groß- und Außenhandels tätig.

Eigenkapitalquoten im Groß- und Einzelhandel

Etwa 4,5 % des Rohertrages haben die deutschen Unternehmen 1980 brutto an Zinsen zahlen müssen. Damit stiegen die Zinsaufwendungen gegenüber dem Vorjahr um 34,5 %. Allerdings: Die Zinserträge kletterten sogar um 35,5 %. Da aber auch andere Kostenarten erheblich stiegen – so der Personalaufwand um 10 % – gingen die Jahresüberschüsse vor Steuern um 5,5 % zurück.

Das sind die Ergebnisse einer Analyse der Ertragslage und der Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen, die von der Bundesbank durchgeführt wurde und sich auf rund 22000 Bilanzen und Erfolgsrechnungen stützen konnte (veröffentlicht im November-Bericht der Deutschen Bundesbank).

Bemerkenswert ist die Feststellung, daß die Nettozinsbelastung (Differenz zwischen Zinsaufwand und -erträgen) in starkem Maße von Unternehmensgröße und -rechtsform abhängen: Während sie bei großen Aktiengesellschaften und Gesellschaften mbH mit mehr als 100 Mio. Umsatz nur ein Prozent ausmachte, lag sie bei Einzelfirmen mit weniger als 10 Mio. Umsatz bei 7 %!

Die Bundesbank konstatierte eine weitere Verschlechterung der Kapital- und Vermögensstruktur: Am gesamten bilanzierten Vermögen hatten die Sachanlagen 1980 noch einen Anteil von 29,5 % (1970: 35,5 %); der Anteil der Eigenmittel ist auf 21 % (1970: 26,5 %) gesunken. Vor allem die Eigenkapitalausstattung kleinerer, als Einzelfirma geführten Unternehmen ist höchst unbefriedigend. Wenn man feststellt, daß das Eigenkapital (1979) im Großhandel 16,3 % und im Einzelhandel 17,6 % der Bilanzsumme ausmachte und

damit deutlich unter dem des verarbeitenden Gewerbes mit 25,3 % lag, beliefen sich die Anteile der Eigenmittel an den Sachanlagen im Großhandel auf 99,6 und im Einzelhandel auf 62,1 % (allgemeiner Durchschnitt: 71,0 %).

Handelsverbände: Beschäftigung in erster Linie eine Kostenfrage

Gegen kurzfristige beschäftigungspolitische Programme, die bestenfalls nur in Teilen der Wirtschaft eine vorübergehende Nachfragebelebung, aber keine dauerhaften Wachstumsimpulse auslösen würden, haben sich der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) und die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) in einer gemeinsamen Presseerklärung ausgesprochen. Beschäftigungsprogramme, die durch noch stärkere Inanspruchnahme des Kapitalmarktes oder durch Steuererhöhungen finanziert werden, wirken kostentreibend, entziehen der privaten Wirtschaft Mittel zur Investitionsfinanzierung und gefährden damit eher Dauerarbeitsplätze anstatt neue zu schaffen.

Aus der Sicht der Spitzenverbände des Handels kommt demgegenüber einem situationsgerechten lohnpolitischen Beitrag zur Kostenstabilisierung und damit zur Verbesserung der Wettbewerbs- und auch der Investitionsfähigkeit der Unternehmen höchste Priorität zu. Zugleich aber gelte es, den Handlungsspielraum der Deutschen Bundesbank für weitere Zinssenkungen nicht einzuengen, sondern konsequent zu erweitern. Anstatt über neue Beschäftigungsprogramme nachzudenken, sollten schließlich die bereits vorhandenen Instrumente besser genutzt werden. So könne

ein beschäftigungspolitischer Impuls für mittelständische Unternehmen von einer Verbesserung der Konditionen bei den ERP-Programmen und bei den Eigenmittelprogrammen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der Lastenausgleichsbank (LAB) erwartet werden.

Feiertagskalender 1982

Um Ihnen einen rechtzeitigen Überblick zu ermöglichen, teilen wir Ihnen den bayerischen Feiertagskalender 1982 wie folgt mit:

Freitag, 1. Januar	Neujahr
Mittwoch, 6. Januar	Heilige Drei Könige
Freitag, 9. April	Karfreitag
Sonntag, 11. April	Ostersonntag
Montag, 12. April	Ostermontag
Samstag, 1. Mai	Tag der Arbeit
Donnerstag, 20. Mai	Christi Himmelfahrt
Sonntag, 30. Mai	Pfingstsonntag
Montag, 31. Mai	Pfingstmontag
Donnerstag, 10. Juni	Fronleichnam
Donnerstag, 17. Juni	Tag der Deutschen Einheit
Sonntag, 8. August	Friedensfest (nur in Augsburg)
Sonntag, 15. August	Mariä Himmelfahrt (nur in Gemeinden mit überwiegend katholischer Bevölkerung)
Montag, 1. November	Allerheiligen (nur in Gemeinden mit überwiegend katholischer Bevölkerung; in Gemeinden mit überwiegend evangelischer Bevölkerung, wenn die Gemeinde durch förmliche Verordnung den Feiertag festsetzt).
Mittwoch, 17. November	Buß- und Bettag
Samstag, 25. Dezember	1. Weihnachtsfeiertag
Sonntag, 26. Dezember	2. Weihnachtsfeiertag

Informationen für die Betriebsleitung

Der Ausschuß für betriebliche Personalpolitik bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat eine Reihe von Arbeitsberichten erarbeitet, die sich mit den verschiedensten Themenkreisen befassen.

Bereits erschienene und noch lieferbare Arbeitsberichte sind:

- 2 Die Arbeitsbesprechung
- 3 Personelle Zusatzleistungen
- 4 Das Schriftgutachten als Hilfsmittel der Personalauslese
- 5 Betriebsbesichtigungen / Praktische Hinweise
- 6 Grundsätze betrieblicher Information
- 7 Personalorganisation
- 9 Minderung der Fluktuation / Betriebliche Maßnahmen
- 16 Betriebliche Personalpolitik und Personalführung
- 17 Minderung von Fehlzeiten
- 18 Teilzeitarbeit
- 19 Der Leiter des Bereichs „Personal- und Sozialwesen“
- 20 Arbeitsphysiologie und Arbeitspsychologie, ihre Bedeutung für die soziale Betriebsgestaltung
- 21 Werksverpflegung
- 22 Delegation von Aufgaben, Befugnissen und Verantwortung

- 23 Beurteilung von Mitarbeitern
- 24 Der Meister in der Industrie (II) / Betriebliche Weiterbildungsmaßnahmen
- 25 Gesunde Mitarbeiter im Betrieb
- 26 Betriebliches Vorschlagswesen
- 27 Personalplanung
- 28 Ältere Mitarbeiter
- 29 Der Personalfragebogen
- 30 Führung von Mitarbeitern
- 31 Betriebliche Sozialpolitik
- 32 Leitende Angestellte
- 33 Innerbetriebliche Stellenausschreibung
- 34 Die Personalakte – mit Beispiel eines Personalfragebogens
- 35 Information der Mitarbeiter / Betriebliche Maßnahmen
- 36 Humanisierung der Arbeitswelt
- 37 Gesellschaftsbezogene Unternehmensberichterstattung („Sozialbilanz“)
- 38 Führungsgrundsätze / Hilfen für die Einführung
- 39 Die Mitarbeiterin im Betrieb
- 40 Auswahl von Mitarbeitern
- 41 Personalpolitische Arbeitshilfen für Klein- und Mittelbetriebe (Gewinnung von Mitarbeitern)

Braun schrieb an Bundeskanzler Helmut Schmidt Kanalbeschluß: Verunsicherung der Wirtschaft

Als eine schädliche Verunsicherung der regionalen Wirtschaft hat Präsident Walter Braun in einem Fernschreiben an Bundeskanzler Helmut Schmidt den Beschluß bedauert, wegen des Main-Donau-Kanals mit Bayern erneut zu verhandeln.

„Mit großer Sorge habe ich das Ergebnis der Kabinettsitzung zur Kenntnis genommen, wonach Bundesverkehrsminister Hauff mit der bayerischen Staatsregierung in Verhandlungen über eine mögliche Beendigung der Baumaßnahmen am Main-Donau-Kanal treten soll,“ so Braun wörtlich: „Als Präsident der Industrie- und Handelskammer Nürnberg habe ich stets auf die große Bedeutung dieser Wasserstraße für die regionale Wirtschaft, insbesondere im Hinblick auf die Intensivierung der Außenhandelsbeziehungen zum südeuropäischen Raum hingewiesen. Es beunruhigt mich sehr, daß trotz Ihrer klaren Aussagen gegenüber dem Bundeskanzler der Republik Österreich, Herrn Bruno Kreisky, im September vergangenen Jahres nun weitere Bauverzögerungen absehbar und eine zunehmende Verunsicherung der gewerblichen Wirtschaft wie der kommunalen Planungsträger zu befürchten sind. Im Vertrauen auf die bestehenden vertraglichen Regelungen wurden von dieser Seite bereits beachtliche Vorleistungen erbracht.“

Auf Konjunkturlage hingewiesen

„Gerade in der gegenwärtigen schlechten konjunkturellen Lage ist eine Verunsicherung der regionalen Wirtschaft schädlich und gefährlich, ich bitte Sie daher, rasch wieder Klarheit zu schaffen und die zügige Fertigstellung der Main-Donau-Wasserstraße zu sichern, zu deren Vollendung ich keine wirtschaftlich sinnvolle Alternative sehe.“

42 Unternehmerische Personalpolitik – Grundlagen, Ziele, Aufgaben

Die Arbeitsberichte sind zu beziehen beim Heider-Verlag, Paffrather Straße 102, Telefon (02202) 53047, 5060 Bergisch-Gladbach 2. Der Einzelpreis für ein vierseitiges Heft beträgt 2,20 DM, für sechsseitige Ausgaben 3,15 DM und für achtseitige Ausgaben 3,75 DM. Für größere Bestellungen gelten Staffelpreise.

5,2 Millionen Erwerbstätige in Bayern

Im Mai 1981 gab es in Bayern rund 5,2 Millionen Erwerbstätige. Mehr als 2,1 Millionen oder 40,9% davon waren Frauen, wie das Bayerische Statistische Landesamt mitteilt. Bezogen auf die Wohnbevölkerung errechnet sich eine Erwerbsquote von 47,4 %, wobei die Frauenerwerbsquote mit 37,2% deutlich unter dem entsprechenden Anteil der Männer mit 58,5 % lag.

Gegenüber 1980 ist die Zahl der Erwerbstätigen leicht angestiegen, und zwar um 10800. Diese Zunahme ist im wesentlichen auf die vermehrte Erwerbstätigkeit von Frauen zurückzuführen (+ 11800). Die Zahl der männlichen Erwerbstätigen hat dagegen um 1000 abgenommen.

Erstattung für Lohnfortzahlung während Feuerwehrdienst

„In Abänderung der bisher geltenden Regelungen enthält das Bayerische Feuerwehrgesetz vom 23. Dezember 1981 in den Artikeln 9 und 10 hinsichtlich der Lohnfortzahlungs- und Erstattungsansprüche von Feuerwehrdienstleistenden neue Bestimmungen. Danach dürfen Arbeitnehmern aus dem Feuerwehrdienst keine Nachteile im Arbeitsverhältnis sowie in der Sozial- und Arbeitslosenversicherung erwachsen. Während des Feuerwehrdienstes, insbesondere während der Teilnahme an Einsätzen, Ausbildungsveranstaltungen, Sicherheitswachen und am Bereitschaftsdienst und für einen angemessenen Zeitraum danach sind sie zur Arbeitsleistung nicht verpflichtet. Ihre Abwesenheit haben sie, wenn es die Dienstpflicht zuläßt, dem Arbeitgeber rechtzeitig mitzuteilen. Dieser ist verpflichtet, ihnen für Zeiten im o.g. Sinne das Arbeitsentgelt einschließlich aller Nebenleistungen und Zulagen fortzuzahlen, das sie ohne Teilnahme am Feuerwehrdienst erzielt hätten.

Damit wird durch das Feuerwehrgesetz die Lohnfortzahlungspflicht des Arbeitgebers neu eingeführt. Allerdings sieht Artikel 10 einen Erstattungsanspruch des Arbeitgebers gegenüber der betreffenden Gemeinde vor. Danach ist dem privaten Arbeitgeber **auf Antrag** von der Gemeinde zu erstatten das Arbeitsentgelt einschließlich der Beiträge zur Sozialversicherung und zur Bundesanstalt für Arbeit, das er gemäß Artikel 9, Abs. 1 Satz 4, leistet und das Arbeitsentgelt, das er einem Arbeitnehmer, der Feuerwehrdienst leistet, aufgrund gesetzlicher Vorschriften während einer Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit weiter gewährt, wenn die Arbeitsunfähigkeit auf den Feuerwehrdienst zurückzuführen ist.

Kann der Arbeitnehmer aufgrund gesetzlicher Vorschriften von einem Dritten Schadensersatz wegen des Verdienstausfalles beanspruchen, der ihm durch die Arbeitsunfähigkeit entstanden ist, so ist die Gemeinde zur Erstattung nach Artikel 10, Satz 1 Nr. 2 nur verpflichtet, wenn ihr der Arbeitgeber diesen Anspruch in demselben Umfang abtritt, indem er kraft Gesetzes oder Vertrags auf ihn übergegangen oder von dem Arbeitnehmer an ihn abzutreten ist.“

Gegen Verharmlosung des Krankenstandes durch den Bundesarbeitsminister

Mit Nachdruck wandte sich die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gegen den Versuch des Bundesarbeitsministers, aus der amtlichen Krankenstandsstatistik auf die tatsächliche Situation in den Betrieben zu schließen. Auch dem Bundesarbeitsminister müsse bekannt sein, daß die amtliche Krankenstandsstatistik – die für 1981 einen Wert von 5,2 v.H. ausweist – keine zuverlässige Aussage über die tatsächliche Höhe des Krankenstandes zulasse. Der amtliche Krankenstand werde nur an Stichtagen und gemeinsam für Arbeiter und Angestellte erfaßt, was zu undifferenzierten, unvollständigen und zum Teil zufälligen Ergebnissen führe. Die Statistik der Betriebskrankenkassen halte den Krankenstand noch am genauesten fest, da sie die Krankmeldungen für jeden Arbeitstag erfasse. Sie gebe für 1981 einen Wert von 6,8 v.H. an. In beiden Statistiken seien die Heilverfahrensfälle nicht berücksichtigt, die noch einmal mit 0,7 v.H. der Mitglieder angesetzt werden müßten. Ein Prozent Krankenstand bedeute den Ausfall von rund 220000 Arbeitnehmern täglich.

Mit einer Verniedlichung der Krankenstandszahlen würden die sich aus der Lohnfortzahlung ergebenden Kostenprobleme für die Betriebe, die die mittelständische Wirtschaft besonders trafen, unzulässig herabgespielt. Zugleich werde damit den Bemühungen um die Kostendämpfung in der Krankenversicherung ein schlechter Dienst erwiesen, zumal zu den Barleistungen noch Sachleistungen der Krankenkassen hinzukämen. Die Arbeitgeber wiederholten in diesem Zusammenhang ihre Forderung nach einer exakten aussagefähigen Krankenstandsstatistik, damit sich Fehlinterpretationen, wie durch den Bundesarbeitsminister geschehen, nicht wiederholten.

Im internationalen Vergleich liege die Bundesrepublik nach wie vor in der Spitzengruppe der Länder mit den höchsten Fehlzeiten. Dies sei um so bemerkenswerter angesichts der seit Jahren überproportional gestiegenen Aufwendungen für das Gesundheitswesen insgesamt, der verbesserten Arbeitsbedingungen und der erheblichen Ausdehnung der arbeitsmedizinischen Betreuung in den Betrieben. Die durchschnittliche Dauer eines Arbeitsunfähigkeitsfalles belaufe sich in der Bundesrepublik auf 17 bis 18 Tage.

Gegenwärtig bereite den Unternehmen der im Vergleich zu deutschen Arbeitnehmern höhere Krankenstand ausländischer Mitarbeiter besondere Sorge.

Mitte der 60er Jahre habe die Arbeitsunfähigkeit dieses Personenkreises noch um ein Fünftel unter dem durchschnittlichen Krankenstand gelegen. Heute seien für ausländische Arbeitnehmer um ein Drittel höhere Werte zu verzeichnen. Der Krankenstand schwanke je nach Nationalität erheblich.

Sozialversicherung

Im Rahmen der Neuregelung sozialversicherungsrechtlicher Bestimmungen ab 1.1.1982, die wir in der Januar-Ausgabe der LGA-Nachrichten in einer Gesamtübersicht dargestellt hatten, war auch eine grundlegende Änderung der Voraussetzungen für sogenannte „versicherungsfreie Beschäftigungen“ geplant. Sie war ab Januar 1982 nur noch bei Beschäftigung im privaten Haushalt vorgesehen. Ausgehend von der Gesetzesvorlage hatten wir diese für die gesamte mittelständische Wirtschaft einschneidende Neuregelung bekannt gegeben. Nicht zuletzt auf das Drängen der Verbände konnte während der parlamentarischen Be-

ratungen noch eine Rücknahme der geplanten Neufassung erreicht werden. Die akzeptable Kompromißlösung besteht nun darin, daß die Geringfügigkeitsgrenze („1/6 der monatlichen Bezugsgröße“) ab 1.1.1982 nicht mehr dynamisiert wird. Die Versicherungsfreigrenze von DM 390,— monatlich ist zunächst bis zum 31.12.1984 festgeschrieben worden. Sie paßt sich also nicht mehr der allgemeinen Lohnentwicklung an. Wie bisher kommt Versicherungs- und Beitragsfreiheit nur in Betracht, wenn neben der Versicherungsgrenze von DM 390,— auch die wöchentliche Arbeitszeit weniger als 15 Stunden beträgt.

Arbeitsgerichtliche Entscheidungen

„Arbeitsrecht im Betrieb“ – wer zahlt?

Ein Betriebsrat hatte beschlossen, die vom Bund-Verlag herausgegebene Zeitschrift „Arbeitsrecht im Betrieb“ für seine Tätigkeit zu abonnieren. Die Firma lehnte nach Einsichtnahme in die Zeitschrift die Übernahme der Kosten hierfür ab, bot jedoch zugleich an, die Kosten für eine andere Zeitschrift zu bezahlen. Gleichwohl blieb der Betriebsrat bei seinem Entschluß und abonnierte die Zeitschrift „Arbeitsrecht im Betrieb“. Als auch der Arbeitgeber bei seiner Weigerung blieb, kam es zu einem Beschlußverfahren, in dessen Verlauf im zweiten Rechtszuge das Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg mit Beschluß vom 1.9.1981 – 1 TABV 1/81 – feststellte, daß insoweit seitens des Betriebs eine Bereitstellung von Mitteln nach § 40 Abs. 2 des Betriebsverfassungsgesetzes nicht veranlaßt sei:

Der Betriebsrat hat Anspruch auf eine Fachzeitschrift.

Dieser Anspruch geht aber nicht in jedem Fall auf ein Alleinverfügungsrecht des Betriebsrats.

Es erscheint auch regelmäßig nicht erforderlich, daß die Fachzeitschrift mehrfach vorhanden ist.

Die Zeitschrift „Arbeitsrecht im Betrieb“ ist jedoch keine Fachzeitschrift, weil sie nicht wissenschaftlich ist.

Sie will als Leitfadene Rechtsprobleme gerade der Wissenschaftlichkeit entkleiden, wobei jedoch die Darstellung der Gesamtsituation zu kurz kommt.

Selbst wenn man die Zeitschrift als Fachzeitschrift ansieht, muß ihr Bezug nicht vom Arbeitgeber finanziert werden, wollte man von ihm nicht eine unzumutbare Selbstverleugung verlangen.

Die Finanzierung dieser Zeitschrift ist dem Arbeitgeber deshalb nicht zuzumuten, weil sie in erkennbarer Weise gewerkschaftspolitisch orientiert ist.

In der Werbung für sie heißt es nämlich ausdrücklich, sie diene der Information und Arbeitserleichterung der Gewerkschaftsfunktionäre im Betrieb und in der Organisation.

Sachmittel, welche der Förderung und Vertiefung interessenpolitischer Gesichtspunkte dienen, sind vom Arbeitgeber nicht bereitzustellen.“

Wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Rechtssache hat die Kammer die Rechtsbeschwerde zum Bundesarbeitsgericht zuzulassen, so daß in absehbarer Zeit mit einer höchstgerichtlichen Entscheidung diesbezüglich zu rechnen sein dürfte.

Lohn- und Einsichtsrecht in Gehaltslisten

Eine wichtige Entscheidung zum Betriebsverfassungsrecht hat das Bundesarbeitsgericht in seinem Beschluß vom 30.6.1981 – 1 ABR 26/79 – getroffen. Danach gilt folgendes:

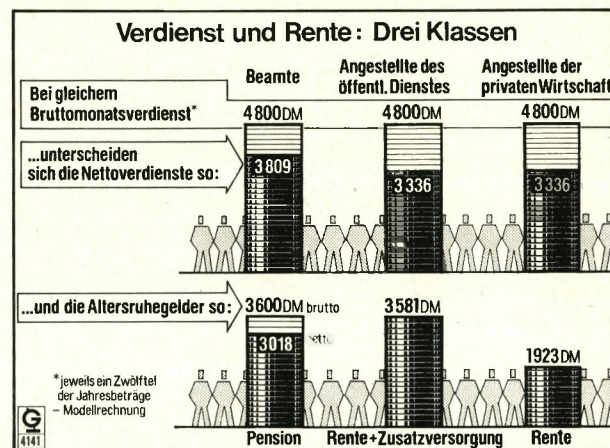
„Das Einblicksrecht des Betriebsrates in die Listen individuell vereinbarter übertariflicher Vergütungsbestandteile

und außertariflicher Vergütungen ist nicht davon abhängig, daß der Betriebsrat dafür einen besonderen Anlaß darlegt. Seine frühere gegenteilige Rechtssprechung (Beschluß vom 18. September 1973 – 1 ABR 7/73 –, und vom 28. Mai 1974 – 1 ABR 101/73) gibt der Senat auf.“

Seine neue Rechtsauffassung begründet der Senat damit, daß es Aufgabe des Betriebsrates sei, darüber zu wachen, daß einmal kollektive Entgeltregelungen in Tarifverträgen oder Betriebsvereinbarungen eingehalten werden und daß zum anderen bei der Vergütung der Arbeitnehmer entsprechend § 75, Abs.1 Betriebsverfassungsgesetz die Grundsätze von Recht und Billigkeit beachtet und der Gleichbehandlungsgrundsatz gewahrt werden. Das Verlangen, Einsicht in die Lohn- und Gehaltslisten zu nehmen,

Der Staat sorgt für die Seinen

Nicht nur der sicheren Arbeitsplätze wegen drängen viele zum Staat. Auch finanziell ergeben sich häufig beachtliche Vorteile – und dies sogar bei gleichen Bruttoverdiensten. Um gleich hohe Einkommen zu ermitteln, muß man freilich von den Jahresverdiensten ausgehen, weil sonst so wichtige Gehaltsbestandteile wie 13. Monatsgehalt oder Urlaubsgeld unberücksichtigt bleiben würden. Gleich hohe Bruttojahresverdienste ergeben, durch zwölf dividiert, den rechnerischen Bruttomonatsverdienst – in unserem Beispiel 4800 DM. Das Ergebnis des Vergleichs: Von gleich hohen Bruttoeinkommen bleiben bei den Beamten höhere Nettobeträge übrig, weil sie keine Sozialversicherungsbeiträge zu zahlen haben, sondern nur die Hälfte ihres finanziellen Krankheitsrisikos durch private Versicherung abdecken müssen.



Wirklich entscheidend werden aber die finanziellen Unterschiede im Ruhestand. Da fahren die öffentlichen Angestellten bei weitem am besten. Sie erhalten zwar wie die Beamten nach 35 Dienstjahren 75 Prozent ihres letzten Bruttoverdienstes als Ruhegeld. Aber sie müssen im Gegensatz zu den Beamten ihre Ruhestandsbezüge nicht versteuern. So kommt es zur sogenannten Überversorgung: Sie haben im Ruhestand oft netto mehr als zuvor im aktiven Berufsleben. Davon können Angestellte der freien Wirtschaft nur träumen. Unter günstigen Voraussetzungen – nach 45 Versicherungsjahren und einem Gehalt, das immer 50 Prozent über dem Durchschnitt lag – kommen sie auf kärgliche 1923 DM Rente im Monat. Selbst wenn viele von ihnen noch einige hundert Mark Betriebsrente beziehen, erreichen sie nicht entfernt das Versorgungsniveau ihrer Kollegen beim Staat.

stehe daher jederzeit in einem Bezug zu Aufgaben des Betriebsrates nach dem Betriebsverfassungsgesetz und sei daher nicht davon abhängig, daß ein Überwachungsbedürfnis besteht, gleichgültig ob dieses vermutet wird oder dargelegt werden muß. Die Forderung nach der Darlegung eines besonderen Anlasses in den Fällen **individuell** vereinbarter **übertariflicher** Vergütungen beruhe auf einem zu engen Verständnis der Aufgaben des Betriebsrates, zu deren Durchführung der Einblick in die Lohn- und Gehaltslisten erforderlich sei. Die Schutzfunktion des Betriebsrates bestehe auch gegenüber außertariflichen Angestellten.

Fazit dieser Entscheidung des BAG ist demnach, daß der Betriebsrat zukünftig ohne Angabe von Gründen Einsicht in die Brutto-Lohn- und Gehaltslisten nehmen kann und dieses Einsichtsrecht auch übertarifliche Lohnbestandteile umfaßt und für außertarifliche Angestellte gilt.

Kein Wettbewerbsverbot nach Kündigung.

Einen nicht uninteressanten Fall hatte das Arbeitsgericht Osnabrück in seinem **rechtskräftigen** Beschluß vom 16.9.1980 – 1 GA 16/80 – (ARST 1981, Seite 141, Nr. 125) zu entscheiden. Im Wege der einstweiligen Verfügung wollte ein Arbeitgeber einem ausgeschiedenen Mitarbeiter, welcher einen Kündigungsschutzprozeß wegen seiner Entlassung angestrengt hatte, verbieten lassen, ein Arbeitsverhältnis in einem neuen Betrieb aufzunehmen, wodurch der frühere Mitarbeiter in Wettbewerb zur Firma getreten wäre. Es ging dabei insbesondere auch um die Frage, ob dem früheren Arbeitnehmer untersagt werden könnte, Kunden des damaligen Betriebs abzuwerben. Die Kammer wies den Antrag zurück und begründete dies u. a. wie folgt:

Ein Anspruch auf Wettbewerbsenthaltung während der Dauer des Kündigungsschutzprozesses wäre nur denkbar, wenn die vom Arbeitgeber ausgesprochene fristlose Kündigung unwirksam wäre und demgemäß das Arbeitsverhältnis zwischen den Parteien noch fortbestehen würde.

Davon kann aber nicht ausgegangen werden, denn der Arbeitgeber beharrt selbst auf der Wirksamkeit der von ihm ausgesprochenen Kündigung.

Ein Arbeitnehmer ist während des Kündigungsschutzprozesses, in welchem sich der Arbeitgeber auf die Wirksamkeit der Kündigung beruft, nicht verpflichtet, sich des Wettbewerbs zu enthalten.

Das Gesetz legt dem Arbeitnehmer im Gegenteil sogar die Verpflichtung auf, nach einer ausgesprochenen Kündigung sich eine seinen Fähigkeiten entsprechende Arbeitsstelle unverzüglich zu suchen, um nicht möglicher Ansprüche gegen seinen Arbeitgeber, z. B. aus § 615 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches, verlustig zu gehen.“

Zusatzurlaub für Schwerbehinderte bei 5-Tage-Woche.

Nach § 44 des Gesetzes zur Sicherung der Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft haben diese Anspruch auf einen bezahlten zusätzlichen Urlaub von 6 Arbeitstagen im Jahr. Dabei gelten als Arbeitstage alle Tage, an denen im Betrieb oder in der Dienststelle regelmäßig gearbeitet wird. Diese Bestimmung war Grundlage einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom 23.7.1981 – 6 AZR 898/78 – (DB 1981 Seite 2335). Ein Schwerbehinderter war in einem Warenhaus beschäftigt, welches an 6 Tagen in der Woche geöffnet ist, jedoch die 5-Tage-Woche der Mitarbeiter in der Weise verwirklicht, daß der freie Werktag jeweils wöchentlich vorwärts rollierend wechselt. Da die Firma dem Schwerbehinderten nur eine

Kalenderwoche als Zusatzurlaub nach dem Gesetz gewährte, forderte dieser nunmehr im Klagewege einen weiteren Urlaubstag. Das Bundesarbeitsgericht trat seiner Auffassung bei und in den Entscheidungsgründen ist u. a. folgendes zu lesen:

Das Schwerbehindertengesetz sichert den Behinderten einen realen Zusatzurlaub von 6 Arbeitstagen zu.

Nach Einführung der 5-Tage-Woche bringt nunmehr § 44 des Schwerbehindertengesetzes den Behinderten einen Zusatzurlaub von einer Woche und einem Tag.

Das Gesetz stellt nämlich für die Berechnung des Zusatzurlaubes von Schwerbehinderten allein auf Tage ab, an denen im Betrieb oder in der Dienststelle regelmäßig gearbeitet wird.

Welcher Tag der Woche arbeitsfrei ist, richtet sich nach der Organisation des Betriebs und berührt nicht die Berechnung des Urlaubs Behinderter.

Hierfür ist demnach nicht die Lage der freien Werkstage, sondern allein die Anzahl der Arbeitstage ausschlaggebend. Inhalt von § 44 des Schwerbehindertengesetzes ist es, arbeitsfreie Werkstage bei der Berechnung von Zusatzurlaub nicht mitzuzählen.

Unerheblich bleibt, ob die Beschäftigten alle am gleichen Wochentag arbeitsfrei sind oder aus Gründen der Betriebsorganisation gruppenweise an unterschiedlichen Tagen nicht im Betrieb erscheinen müssen.“

Erteilung der Arbeitserlaubnis für Asylbewerber, Kinder und Ehegatten ausländischer Arbeitnehmer neu geregelt

Aufgrund der Neufassung des § 19 Abs. 4 AFG ist durch die Sechste Verordnung zur Änderung der Arbeitserlaubnisverordnung vom 24. September 1981 (Bundesgesetzblatt 1981, I Seite 1042) die Erteilung einer Arbeitserlaubnis für eine erstmalige Beschäftigung von Asylbewerbern, Kindern und Ehegatten ausländischer Arbeitnehmer neu geregelt. Im einzelnen gilt folgendes:

1. Ehegatten ausländischer Arbeitnehmer können für eine erstmalige Beschäftigung eine Arbeitserlaubnis nach § 1 Abs. 1 AEVO dann erhalten, wenn sie sich **vier Jahre** rechtmäßig im Geltungsbereich der Arbeitserlaubnisverordnung aufgehalten haben. Für eine Beschäftigung in Wirtschaftszweigen, in denen die Zahl der dem Arbeitsamt gemeldeten offenen Stellen die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen erheblich übersteigt, kann Ehegatten die Arbeitserlaubnis nach einem rechtmäßigen Aufenthalt von **zwei Jahren** erteilt werden.
2. Kindern von Ausländern, die sich rechtmäßig im Geltungsbereich dieser Verordnung aufhalten, können für eine erstmalige Beschäftigung die Arbeitserlaubnis nach § 1 Abs. 1 AEVO erhalten, wenn sie vor Vollendung des 18. Lebensjahres ihren Eltern oder einem Elternteil in den Geltungsbereich der Arbeitserlaubnisverordnung gefolgt sind und sich hier **zwei Jahre** rechtmäßig aufgehalten haben.
3. Personen, die sich nach Stellung des Antrages auf Anerkennung als Asylberechtigte (Asylbewerber) **zwei Jahre** im Geltungsbereich der Arbeitserlaubnisverordnung aufgehalten haben, kann für eine erstmalige Beschäftigung die Arbeitserlaubnis nach § 1 Abs. 1 AEVO erteilt werden. Für Ehegatten und Kinder von Asylbewerbern gelten die Nr. 1 und 2 entsprechend, wenn sie nicht selbst einen Antrag auf Anerkennung als Asylberechtigte stellen.

Steht von vornherein fest, daß ein Asylbewerber auch im Falle der Ablehnung des Antrags auf Anerkennung als Asylberechtigter nicht ausgewiesen oder abgeschoben

wird, kann er eine Arbeiterlaubnis erhalten, wenn er sich **ein Jahr** im Geltungsbereich der Arbeiterlaubnisverordnung aufgehalten hat.

Die Neuregelung gilt seit dem 1. Oktober 1981.

In diesem Zusammenhang dürfen wir darauf hinweisen, daß ein ohne Arbeiterlaubnis abgeschlossener Arbeitsvertrag nichtig ist, wenn nicht mehr mit der Erteilung der Arbeiterlaubnis gerechnet werden kann.

Folgen: Das Arbeitsverhältnis kann für die Zukunft jederzeit gelöst werden, für die Vergangenheit bestehen jedoch Lohnansprüche aufgrund des Grundsatzes des sog. faktischen Arbeitsverhältnisses.

Hauptberuflich krank – nebenberuflich Putzfrau ...

Eine Küchenhilfe war vom Arzt für die Dauer von 4 Wochen arbeitsunfähig krank geschrieben worden. Da die betreffende Dame in den vergangenen Jahren bereits nicht unerhebliche Fehlzeiten aufzuweisen hatte, wurde der Arbeitgeber etwas mißtrauisch und siehe da, es stellte sich heraus, daß die Mitarbeiterin eines Abends um 18.30 Uhr sich bei einer Firma eingefunden hatte, um eine Tätigkeit als Putzhilfe aufzunehmen. Eine ordentliche und fristgemäße Kündigung war die Folge, welche die Mitarbeiterin auch auf dem Klagewege nicht beseitigen konnte, denn das Landesarbeitsgericht Düsseldorf, Kammern Köln, stellte mit Urteil vom 25.6.1981 – 3 Sa 220/81 – (BB 1981, Seite 1522) folgendes fest:

Das Netz der sozialen Sicherung für einen erkrankten Arbeiter findet seine gesetzliche Bestätigung im Lohnfortzahlungsgesetz.

Dem Arbeitgeber wird zugemutet, an seinen erkrankten Arbeiter den vollen Lohn für 42 Kalendertage fortzuzahlen.

Der Arbeitgeber muß sich auf eine ärztlich attestierte Arbeitsunfähigkeit verlassen können.

Er muß sich ebenso darauf verlassen können, daß der für die zugesagte Arbeitsleistung nicht fähige Arbeiter alles unterläßt, was diese ärztlichen Feststellungen in Frage stellen könnte.

Die Kündigung einer Küchenhilfe, welche trotz ärztlich attestierter Arbeitsunfähigkeit eine völlig gleichgelagerte Arbeit als Putzhilfe in einem anderen Betrieb aufzunehmen versucht, ist sozial gerechtfertigt.

In den Entscheidungsgründen ist weiter zu lesen, daß eine Arbeiterin, welche in den Jahren 1979 und 1980 sehr häufig erkrankt war und damit den Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle sehr in Anspruch nahm, zu besonders sorgfältiger Beachtung ihrer Pflichten während der Krankheitszeit aufgerufen ist.

Berufsausbildung und -förderung

Fast 180000 Realschüler in Bayern Mädchenanteil weiter angestiegen

Insgesamt 179934 Schüler, darunter 101431 bzw. 56,4 % Mädchen, besuchen im laufenden Schuljahr 1981/82 die 332 Realschulen in Bayern, wie das Bayerische Statistische Landesamt mitteilt. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Gesamtschülerzahl um 1164 bzw. 0,7 %. Dabei erhöhte sich die Zahl der deutschen Realschüler um 0,4 %, die der ausländischen um 13,5 %. Vom Zuwachs an ausländischen Schülern entfällt genau die Hälfte auf türkische Schüler. Die Neuaufnahmen männlicher Schüler in die untersten Jahrgangsstufen gingen um 2,0 % zurück, während um 2,7 %

mehr Mädchen neu aufgenommen wurden als im Vorjahr. Die Zahl der Klassen stieg gegenüber dem vorhergehenden Schuljahr um 1,5 %, die der hauptberuflich tätigen Lehrkräfte sogar um 2,9 %. Die durchschnittliche Klassenstärke verringerte sich von 30,4 auf 30,1 Schüler.

Von den 48472 Schülern, welche im Schuljahr 1980/81 die Realschule verließen, haben 38167 bzw. 78,7 % den Realschulabschluß erreicht. Das waren um 1,8 % mehr als im Sommer 1980. Über 58 % der erfolgreichen Absolventen waren Mädchen. Die Durchfallquote betrug im vergangenen Schuljahr 1980/81 durchschnittlich 7,5 % (Vorjahr 7,2 %), bei den Mädchen jedoch nur 5,9 %.

Präsident Braun:

Mehr Ausbildungsplätze

Für 1982 eine besonders wichtige Aufgabe

„Es geht nicht nur um die Sicherung des zukünftigen Fachkräfte-Nachwuchses, sondern um unsere Verantwortung für die Jugend“, damit appelliert Präsident Walter Braun an die mittelfränkische Wirtschaft, alle 1982 frei werdenden Ausbildungsplätze wieder zu besetzen und neue Ausbildungsplätze zu schaffen. Die Unternehmen sollten alle für den neuen Jahrgang verfügbaren Ausbildungsplätze so bald wie möglich den Arbeitsämtern melden.

1981: Noch einmal gesteigert

Industrie, Handel und Dienstleistungen in Mittelfranken haben im Jahr 1981 ihre Ausbildungsleistung noch einmal gesteigert und nach dem Stand am Jahresende 9158 Ausbildungsverhältnisse neu begonnen, wie die IHK Nürnberg mitteilt, nach 9090 Ende des Jahres 1980. Wenn man dabei berücksichtigt, daß 1981 die Produktion sank, die Zahl der Arbeitslosen einen erschreckenden Höchststand erreichte und außerdem Konkurse und Liquidationen die regionale Wirtschaft in einem bisher nicht bekannten Umfang belasten, so zeigten diese Ausbildungszahlen, wie intensiv und erfolgreich sich die mittelfränkischen Unternehmen und deren Ausbilder um die Jugendlichen bemühten. Auch 1982 komme nun noch einmal ein geburtenstarker Jahrgang auf die Ausbildungsbetriebe zu. Deshalb, so Braun, sollten alle Betriebe sich erneut entschlossen dem Ausbildungsstellenproblem zuwenden, um es in gemeinsamer Anstrengung zu lösen. Eine qualifizierte berufliche Ausbildung sei gerade heute ein guter Start in das Berufsleben.

Ausbildungsplatz für Abiturienten gesucht

geboren am 9. März 1961
in North York (Toronto) Ontario – Canada

Schulen:

Grundschule: Canada 1968 – 1969
Belgien 1969 – 1973
Nürnberg 1973 – 1974
Gymnasium: Pirkheimer, Nürnberg seit 1974
Abitur Mai 1982

Fremdsprachen: Englisch in Wort (akzentfrei) und Schrift

Besondere
Neigungen: Handball, Modellbau

LGA-Stenogramm Januar 1982

12.1.

Besprechung mit Vertretern der Stadt München wegen des geplanten Großhandelszentrums

13.1.

Sitzung unserer Großen Tarifkommission

14.1.

VAB-Sitzung „Lehrerfortbildung“

15.1.

Vorbereitende Besprechung in Sachen Risikodeckung Solidaritätsfonds

18.1.

Sitzung des engeren Vorstandes unseres Bildungszentrums

Neujahrsempfang der DAG

19.1.

Sitzung des Süddeutschen Arbeitskreises „Technische Chemikalien“ in Stuttgart

20.1.

Sitzung unseres Ausschusses für Betriebswirtschaft und Verkehr

21./22.1.

Klausurtagung, Grainau, im VAB-Geschäftsführerkreis

27.1.

Besprechung mit Dorsch-Consult über eine Beschäftigungsstruktur-Erhebung

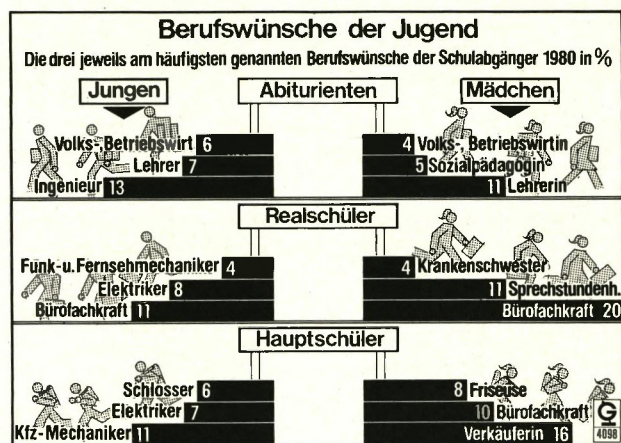
28.1.

Messe-Presse-Konferenz Spielwaren, Teilnahme für den Großhandel

Erfa-Gruppe Textilgroßhandel, Dasing

jeweils am häufigsten genannten Berufe einen deutlichen Vorsprung vor allen anderen haben.

Diese Wunschberufe sind bei Hauptschülern Kfz-Mechaniker und Verkäuferin, bei den Schulabgängern mit mittlerer Reife Bürofachkraft. Für sie haben die beliebtesten Berufe im Vergleich zu früheren Jahren nichts von ihrer Attraktivität verloren. Bei den männlichen Abiturienten dagegen hat der Ingenieurberuf gegenüber dem Lehrer deutlich an Boden gewonnen. Abiturientinnen allerdings scheinen von der steigenden Lehrerarbeitslosigkeit bisher wenig beeindruckt zu sein.



Die Traumberufe aus Kindertagen tauchen nirgendwo auf den ersten Plätzen auf: Nicht einmal ein Junge von 3000 will wirklich Lokomotivführer werden.

Verschiedenes

Wirtschaft bekräftigt Ausbildungsverantwortung

Die deutschen Arbeitgeber sind unverändert der Meinung, daß die Wirtschaft in ihrem Bemühen nicht nachlassen darf, eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen für die junge Generation bereitzustellen. Das erklärte die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der auch der BGA als Mitglied angehört. Die Unternehmer würden auch 1982 alles daran setzen, soweit wie möglich den Ausbildungswünschen der Jugendlichen zu entsprechen. Sicherlich sei auch die konjunkturelle Entwicklung nicht ohne Einfluß auf das Angebot der Ausbildungsstellen geblieben. So seien mit den rund 12.000 Unternehmenszusammenbrüchen in 1981 auch viele Ausbildungsstellen verloren gegangen. Entscheidend sei deshalb, daß die verantwortlichen politischen Kräfte die Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft durch die Schaffung von geeigneten und ausreichenden Wachstumsbedingungen unterstützen und daß den Unternehmen keine zusätzlichen Behinderungen auferlegt würden.

Der Ingenieurwachstum kommt

Von den 900.000 Jungen und Mädchen, die im Jahre 1980 eine Berufsberatungsstelle aufsuchten, wußten drei von vier, was sie wollten. Bei ihren von der Bundesanstalt für Arbeit veröffentlichten Berufswünschen fällt auf, daß die

C&C: Durch Großbetriebe im Aufwärtstrend

Trotz einer rückläufigen Anzahl der C&C-Betriebe (Rückgang seit 1971 um 44 Prozent!) steigt die Bedeutung dieser Handelsbetriebsform durch wachsende Umsätze und zunehmende Gesamtverkaufsflächen weiter. Eindeutig geht also der Trend bei den C&C-Betrieben – im Gegensatz zu den SB-Warenhäusern und Verbrauchermärkten – zu den Großbetrieben.

Über zwei Drittel der Gesamtverkaufsfläche konzentrieren sich auf C&C-Betriebe mit über 5000 Quadratmetern Verkaufsfläche. Das ergibt sich aus einer aktuellen Erhebung des GWI-INSTITUTS MÜNCHEN. Weiter geht aus dieser Gesamtuntersuchung hervor, daß die 1981 bestehenden C&C-Betriebe auf insgesamt 1,66 Mio Quadratmetern Verkaufsfläche 19 Mrd DM umsetzen.

Die wichtigste Kundengruppe dieser Betriebsform ist die Gastronomie mit 46 Prozent Anteil am Kundenstamm, während auf den klassischen Lebensmittel-Einzelhandel nur noch 14 Prozent entfallen. Am stärksten haben die C&C-Betriebe in Nordrhein-Westfalen expandiert: Dort befinden sich nach der GWI-Erhebung 32 Prozent der Gesamtverkaufsfläche dieser Betriebsform. Das Untersuchungsprogramm „Die deutschen C&C-Betriebe“ steht zur Verfügung beim GWI-INSTITUT MÜNCHEN, Rosental 3, 8000 München 2.

Eine Menge Kartoffeln

Eine Aufgabe im Wandel der Zeiten:

1950: Ein Bauer verkauft einen Sack Kartoffeln für 20 Mark. Die Erzeugungskosten betragen $\frac{4}{5}$ des Erlöses. Wie hoch ist der Gewinn?

1960: Ein Bauer verkauft einen Sack Kartoffeln für 20 Mark. Die Erzeugungskosten betragen 16 Mark. Berechne bitte den Gewinn!

1970: Ein Bauer verkauft eine Menge Kartoffeln (K) für eine Menge Geld (G). G ist die Menge aller Elemente g, für die gilt: g ist eine Mark. In Strichmengenform müßtest du für die Menge G „zwanzig“ (//////////) Strichlein machen, für jede Mark eines. Die Menge der Erzeugungskosten (E) ist um „vier“ (////) Strichlein weniger mächtig als die Menge G. Zeichne das Bild der Menge E als Teilmenge der Menge G und gib die Lösungsmenge (L) an für die Frage: Wie mächtig ist die Gewinnmenge?

1980: Ein Bauer verkauft einen Sack Kartoffeln zum Preis von 20 Mark. Die Erzeugungskosten betragen $\frac{4}{5}$ gleich 16 Mark. Der Gewinn beträgt $\frac{1}{5}$ gleich 4 Mark. Unterstreiche das Wort „Kartoffeln“ und diskutiere mit deinem Nachbarn darüber.

Personalien

Wir gratulieren

Leonhard Bock – 75 Jahre

Seinen 75. Geburtstag feiern konnte am 12.1.1982 Herr Leonhard Bock, Firma Leonhard Bock KG, Nürnberg, Großhandel in sanitären Einrichtungen, Einbauküchen, Röhren, Fittings, Armaturen und Kanalartikel.



Herr Leonhard Bock trat am 1. Juni 1924 nach Beendigung seiner Lehrzeit als junger Handlungsgehilfe in eine Nürnberger Sanitär-Großhandlung ein, in der er bereits 10 Jahre später Prokura erhielt.

Leider wurde seine Tätigkeit nach Kriegsausbruch bis zu seiner Rückkehr aus russischer Gefangenschaft Ende Dezember 1947 unterbrochen. Am 1. Oktober 1948 gründete er dann eine eigene Firma, die sich aus kleinsten Anfängen zu einer heute sehr angesehenen Sanitär-Großhandlung mit Spezialabteilung für den Tief- und Wasserleitungsbau entwickelt hat.

Unser Landesverband gratuliert dem Jubilar auch an dieser Stelle sehr herzlich.

25 Jahre Firmenzugehörigkeit zu Baeuerle Farben KG

Herr Karl Herz kann in diesem Monat auf eine 25-jährige Zugehörigkeit zur Baeuerle Farben KG in Memmingen zurückblicken. Herr Herz (Jahrgang 1942) entschied sich nach seiner Ausbildungszeit zum Industriekaufmann bei Baeuerle Farben KG, die er mit der Note „sehr gut“ in der Kaufmanns-gehilfenprüfung abschloß, seinen Berufsweg im Verkauf zu suchen.

Er erweiterte seine Kenntnisse und Erfahrungen als Fachverkäufer in der Baeuerle Verkaufsniederlassung Kempten und als Reisender im Außendienst.

Ab 1. Januar 1969 wurde Herrn Herz die Leitung der Baeuerle Verkaufsniederlassung in Marktoberdorf anvertraut; im Dezember 1971 wurde er Leiter der Verkaufsniederlassung Memmingen, am Firmensitz des Unternehmens. Ab 1. September des vergangenen Jahres konnte sich Herr Herz einen langgehegten Wunsch erfüllen und im benachbarten Kempten, wo er auch während seiner Memminger Tätigkeit mit seiner Familie lebte, die Leitung der Verkaufsniederlassung übernehmen, die „altershalber“ neu besetzt werden mußte.

Vorgesetzte und Mitarbeiter der Baeuerle Farben KG gratulieren Herrn Herz ganz herzlich zu seinem Jubiläum und bedanken sich für die sachkundige, engagierte und korrekte Zusammenarbeit; gleichzeitig wünschen sie sich noch eine recht lange erfolgreiche Zusammenarbeit mit Herrn Herz.

100 Jahre Craemer & Co., Nürnberg

Vor genau 100 Jahren, 1881 gründeten die Kommerzienräte Craemer und Fleischmann in Sonneberg/Thüringen die Firma A. Fleischmann & Craemer. Inzwischen ist mit dem jetzigen Firmeninhaber, Herr Berndt Craemer, bereits die vierte Generation in unserer Mitgliedsfirma tätig.

Damals wurden Puppen, Attrappen und Christbaumschmuck in alle Welt exportiert. Auch heute noch, nachdem 100 Jahre vergangen sind, ist Craemer & Co. der Branche treu geblieben. Es werden Plüschspielwaren und Attrappen in Neustadt bei Coburg hergestellt, ARI-Puppen aus der DDR importiert und das deutsche Spielwarensortiment ins Ausland exportiert.

Die alten Herren Fleischmann und Craemer führten die Firma in Sonneberg bis zum 1. Weltkrieg. Danach übernahm der Sohn und gleichzeitig Schwiegersohn Curt Craemer die Geschäfte. Der jetzige Senior, Herr Wolfgang Craemer, trat Ende der 20er Jahre in das Unternehmen ein und übernahm 1938 die Leitung der Firma Craemer & Co. in Nürnberg, die nach der Übernahme des Spielwaren-Exporteurs Lehmann & Co. entstand.

Der Geschäftszweig Sonneberg, der nach dem Krieg in der DDR lag, wurde von Herrn Curt Craemer bis in die

60er Jahre weitergeführt, allerdings war eine Zusammenarbeit aufgrund der politischen Verhältnisse nicht mehr möglich.

Zur gleichen Zeit führten die Herren Wolfgang Craemer und Karl Koch zusammen die Firma weiter, wobei sich das Stammhaus in Nürnberg mit der Verwaltung und dem Export beschäftigte, das Neustädter Haus von dem Teilhaber Herrn Karl Koch sich mit der Herstellung und dem Vertrieb von Puppen, Plüsch und Attrappen befaßte.

1975 traten Berndt Craemer und Frau Inge Rose, als Sohn und Tochter der beiden Firmeninhaber als Teilhaber in die Firma ein, um sich nach dem Tode von Herrn Koch und dem Ausscheiden von Herrn Wolfgang Craemer dem Unternehmen zu widmen.

Seit dem Ausscheiden von Frau Rose, Ende 1980, liegt die Firmenleitung allein in den Händen von Herrn Berndt Craemer.

Das Unternehmen hat sich im Laufe der verschiedenen Generationen teilweise erweitert und teilweise geschrumpft und somit die Wirren, die in 100 Jahren, sei es durch Krieg, Inflation oder branchenbedingte Schwankungen über es hinwegzog, gut überstanden. Möge es in weiteren 100 Jahren ebenfalls so sein!

Erich W. Wittmann GmbH & Co. KG bezieht neues Betriebsgebäude

Ab 1. Januar 1982 hat die Firma Erich W. Wittmann GmbH & Co. KG eine neue Adresse: Erlangen-Tennenlohe, Am Wolfsmantel 5.

Sie zog zum Jahreswechsel 1981/82 aus ihrem alten Betriebsgebäude in der Erlanger Hofmannstraße in den gerade fertiggestellten geräumigen Neubau in Tennenlohe um. Die Räume in der Hofmannstraße waren schon lange zu eng geworden. Seit Jahren bereits mußten zusätzliche Lagerräume gemietet werden. Dies hat nun ein Ende, heute ist alles wieder unter einem Dach. Das Lager mit 2000 qm kann den gesamten Warenbestand aufnehmen, das dreistöckige Bürogebäude beherbergt alle Abteilungen, die für einen europaweiten Perücken- und Schmuckvertrieb notwendig sind. Dazu gehören ebenso Schulungs- und Seminarräume wie auch die technischen Voraussetzungen für Produktentwicklungen.

Erich W. Wittmann, der Gründer der Firma, hat 1963 als Einmann-Betrieb in seinem Privathaus angefangen. Im Dezember 1969 zog er – inzwischen mit 9 Angestellten – in das „auf Zuwachs“ gebaute Gebäude in der Hofmannstraße ein. Hier entwickelte er mit seiner Frau Gerda die Perücken-Marke „Fancy Hair“. 1977 schloß er mit der Christian Dior S.A.R.L. in Paris einen Lizenzvertrag für den Markennamen „Christian Dior“ ab. Beide Marken wurden bald nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in fast ganz Europa vertrieben. Der auf Zuwachs gebaute Betrieb wurde früher als gedacht zu klein. Im Jahre 1975 mußte bereits angebaut werden.

1976 führte die Firma das damals in der Bundesrepublik noch völlig unbekannte Ohrlochstecksystem mit sterilen Steckern aus Chirurgischem Stahl ein. Auch hier wurde wieder – wie vorher in der Perückenbranche – Pionierarbeit geleistet. Heute ist der Markenname „Ohrfix“ ein Begriff in der Juwelierbranche. Daraus entwickelte sich das „Zweite Bein“ der Firma, der Schmuck-Vertrieb. Getreu der Firmenpolitik, dem Fachhandel nicht nur einfach Waren, sondern ein Konzept zu liefern, begann der erfolgreiche Aufbau des Markennamens „Jean Pacome“.

Als sich Erich W. Wittmann 1979 aus dem Geschäftsleben zurückzog und seinen Betrieb an die jetzigen Inhaber Bernhard Burrichter, Wilfried Kreimer und Heinrich Maune verkaufte, führten diese mit großem Erfolg die Firma weiter, die inzwischen 74 Angestellte hat. Das neue Betriebsgebäude bietet vielfältige Möglichkeiten für den weiteren Ausbau der Firma.

Buchbesprechungen

Zoll-Leitfaden für die Betriebspraxis

Der Wegweiser für den Verkehr mit dem Zollamt bei Einfuhr und Ausfuhr

Begründet von Dr. Kurt WOCKENFOTH, früher Zollreferent beim Deutschen Industrie- und Handelstag

Bearbeitet von Werner REICHWALD, früher Zollreferent bei der Bundesstelle für Außenhandelsinformationen

6., neubearbeitete Auflage, 223 Seiten, DIN A 5, kartoniert DM 58,-

ERICH SCHMIDT VERLAG Berlin · Bielefeld · München

Zum Inhalt:

Auch die 6. Auflage des Zoll-Leitfadens, deren sämtliche Abschnitte überarbeitet und zum Teil erweitert wurden, ist, wie schon die früheren Auflagen, vor allem eine praxisnahe Arbeits- und Informationsgrundlage. Die Auswahl ist gezielt auf das täglich Benötigte ausgerichtet und bietet rasch und zuverlässig die wichtigen Bestimmungen.

Interessenten sind alle Wirtschaftskreise, die bei der Abwicklung von Einfuhr- und Ausfuhrgeschäften mit dem Zollamt in Berührung kommen oder derartige Unternehmen beraten.

Der „Zoll-Leitfaden“ enthält einen Gesamtüberblick über alle wichtigen in Betracht kommenden Vorschriften nach deutschem und gemeinschaftlichem Recht sowie aufgrund internationaler Vereinbarungen auf den Gebieten des Zolls, des Einfuhrverfahrens, der gemeinsamen Marktorganisationen sowie der Einfuhrumsatzsteuer.

In der vorliegenden 6. Auflage wurde die Entwicklung sowohl des deutschen und gemeinschaftlichen Zollrechts als auch des Umsatzsteuer- und Marktordnungsrechts der letzten drei Jahre berücksichtigt, die zum großen Teil durch die Harmonisierung dieser Rechtsgebiete innerhalb der Europäischen Gemeinschaft bestimmt wurde. Von besonderer Bedeutung waren die unmittelbar in den Mitgliedstaaten wirksamen EWG-Verordnungen über den Zollwert und über den Schutz gegen gedumpte oder subventionierte Einfuhren aufgrund des Zollwertkodexes und zweier weiterer Abkommen der Tokiorunde des GATT. Durch das 17. Zolländerungsgesetz wurden neun Rechtsakte der Gemeinschaft zur Harmonisierung des Zollrechts in das deutsche Recht übernommen und weitere Maßnahmen zur Erleichterung der praktischen Anwendung des Zollgesetzes getroffen. Das Umsatzsteuergesetz wurde aufgrund der 6. Richtlinie zur Harmonisierung des Mehrwertsteuerrechts neu gefaßt.

HAMMER/LASSIG

Postordnung und ergänzende Vorschriften

Textausgabe mit Erläuterungen und Wegweiser für die Wirtschaft durch die Benutzungs- und Gebührenbestimmungen der Deutschen Bundespost im Inland und nach dem Ausland

Von Dr. sc. pol. Karl-Heinrich HAMMER und Dr. jur. Roland LASSIG

Ergänzbare Ausgabe einschließlich 45. Ergänzungslieferung, 838 Seiten, DIN A 5, Plastikordner, DM 64,—.

ERICH SCHMIDT VERLAG Berlin · Bielefeld · München

Zum Inhalt:

Die 45. Lieferung enthält u.a. die am 1. Januar 1982 in Kraft getretene neue Postzeitungsordnung und Postzeitungsgebührenordnung, die durch das Staatshaftungsgesetz bedingten Änderungen sowie neue Bestimmungen im Postverkehr mit der DDR.

Mit dem Handbuch „Postordnung“ wird eine schnelle und übersichtliche Orientierung geboten.

Es erläutert übrigens auch die unübersichtlichen Ausführbestimmungen nach EG- und Drittländern.

Die Sammlung bringt neben den Originaltexten der Postordnung und der Postzeitungsordnung sowie der zugehörigen Gebührenordnungen und Ausführungsbestimmungen alle wichtigen Erlasse sowie die für den Arbeitsbereich des Postbenutzers erforderlichen Verweisungen, Erläuterungen und Kommentierungen. Die Erläuterungen der hierfür kompetenten Herausgeber sind allgemeinverständlich gehalten und speziell auf die praktischen Bedürfnisse der Wirtschaft zugeschnitten.

Landesverband des
Bayerischen Groß- u. Außenhandels
Bildungszentrum



Seminar für Unternehmer

Richtige Finanzierung im Großhandel – Bei hohen Zinsen noch wichtiger

Alle Erschwernisse in der Finanzierung treffen den Großhandel doppelt. Kurzfristige Verschuldung zu hohen Zinsen wird Konsolidierung erfordern. Deshalb ist die Wahl der richtigen Finanzierungsart und die Überprüfung der Kreditkonditionen noch wichtiger geworden. Von einem erfahrenen Praktiker, der als Geschäftsführer der Kreditgarantiegemeinschaft des Handels Einblick sowohl in die Finanzierungsprobleme des Großhandels als auch in die Gegebenheiten des Kreditmarktes hat, sollen in diesem Seminar Möglichkeiten der Finanzierung dargestellt werden.

Programm:

Umgang mit Kreditinstituten
Eigen- und Selbstfinanzierung
Fremdfinanzierung
a) langfristige
b) kurzfristige
c) Kapitalbeteiligung
Verbesserung der Rentabilität und Liquidität durch richtige Finanzierung
Fallstudien
Versicherungshypotheken und Kredite
Leasing
Kreditsicherheiten/Bürgschaften
der Kreditgarantiegemeinschaft
Sonderkredite

Termin:

46117 München, Mittwoch, 10. März 1982, 9–17 Uhr

Referent:

Wilhelm Kahlich, Geschäftsführer
der Kreditgarantiegemeinschaft des Handels in Bayern

Gebühr:

DM 130,—

Auskunft und Anmeldung:

Bildungszentrum des Bayerischen Handels
Postfach 37 02 43, 8000 München 37, Telefon (0 89) 55 58 05

Der Betriebsprüfer kommt Probleme der steuerlichen Betriebsprüfung

Programm

- Rechte des Betriebsprüfers
- Auskunftspflicht des Unternehmers
- Ablauf der Betriebsprüfung – worauf zu achten ist
- Besondere Problemfälle aus Bilanz- und Steuerrecht, die in der Betriebsprüfung wichtig sind:
 - Abschreibung
 - Warenbewertung
 - Häufig auftretende Mängel

Termin:

46411 Nürnberg 24.3.82

Dauer:

1 Tag von 9 bis 17 Uhr

Referent:

Johann Hinterseher, Steuerberater

Gebühr:

DM 130,—

GmbH oder Personengesellschaft? – Konsequenzen der Wahl der Unternehmensform –

Durch die Körperschaftssteuerreform ist die GmbH für mittelständische Unternehmen des Handels zu einer interessanten Alternative geworden. Diese Rechtsform ist auch geeignet zur Lösung des Nachfolgeproblems in Familienunternehmen. Andererseits aber sind die Konsequenzen sorgfältig abzuwägen, insbesondere bei anlageintensiven Unternehmen in vermögenssteuerlicher Hinsicht, aber auch im Hinblick auf zu erwartende weitergehende Regelungen im Rahmen der Schaffung eines einheitlichen EG-Rechts.

Programm:

- Auswahlkriterien: altbekannte und neue Unternehmensformen, Führungsorganisation, Haftung, Finanzierung
- Körperschaftssteuer und Steuerbelastungsvergleich: Ertragssteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, steuerliche Wettbewerbsverzerrungen
- Publizität und Mitbestimmung
- Umwandlungsbesteuerung
- Führungsverfassung, Finanzverfassung, Nachfolgestatut, Führungsnachfolge, Besitznachfolge

Termine Frühjahr 1982:

46606 Würzburg 31.3.82
46306 Regensburg 21.4.82
46505 Bayreuth 6.5.82
46123 München 13.5.82

Dauer:

1 Tag von 9 bis 17 Uhr

Referent:

Dipl. Kfm. Hermann Schöllhammer, Steuerberater

Gebühr:

DM 130,—

B 1579 EX



Groß + Außenhandel Drehscheibe der Wirtschaft



LGA
nachrichten

Offizielles Organ des Landesverbandes
des Bayerischen Groß- und Außenhandels
(Unternehmer- und Arbeitgeberverband) eV

37. Jahrgang · München
März 1982 · Nr. 3/1982

Das aktuelle Thema	3	Präsident Braun: Durch Energiepreisanstieg gewinnt die Schiffsfracht weiter an Bedeutung
Arbeitgeberfragen	5	Zumutbarkeitsanordnung sachlich angemessen und sozial tragbar Schwerbehinderten-Sonderprogramm Ifo-Investitionstest 1981/82
	6	Konkurse im Großhandel Einschnitte wie die Selbstbedienung
Sozialversicherung	6	Die neue 59er-Regelung: Vorzeitiger Ruhestand zukünftig erschwert
Arbeitsgerichtliche Entscheidungen	6	Soziale Auswahl bei betriebsbedingter Kündigung
Allgemeine Rechtsfragen	11	Preisindizes der Lebenshaltung im Bundesgebiet
	12	Handel gegen Stufenregelung beim § 247 BGB
Steuerfragen	12	BGA: Unternehmen brauchen dringend Klarheit in der Steuerpolitik
Berufsausbildung und -förderung	12	Keine automatische Verlängerung der Probezeit bei Berufsausbildungsverhältnissen Die Berufsoberschulen in Bayern
	13	Verhältnis noch nicht vermittelter Bewerber zu unbesetzten Ausbildungsstellen im kaufmännischen Bereich 19% mehr Schüler an den bayerischen Fachoberschulen
Außenhandel	13	BGA: Importrestriktionen gegen UdSSR nicht unbedenklich Hartwig: Textilkennzeichnung – ein zusätzliches Handelshemmnis
Personalien	14	
Buchbesprechungen	15	

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:

Dipl.-Kfm. Sattel (Wirtschafts-, Tarif- und Sozialpolitik, Außenhandel, Betriebswirtschaft) · Dipl.-Kfm. Sauter (Wettbewerbsrecht, Steuern, Kreditwesen, Verkehr) · Dipl.-Volksw. Deutsch (Berufsbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsnachrichten, Personalien) · RA Frankenberger (Tarif-, Sozial- und Arbeitsrecht) · RA Waimann (Arbeitsrecht) · RA Wiedemann (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel) · RA Köppel (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel).

Erscheint einmal im Monat. Verleger: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München, Ottostraße 7. Alleiniger Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels eV, München 2, Ottostraße 7, Telefon 55 77 01/02. Verantwortlich für Herausgabe: Werner Sattel, 8011 Kirchseeon, Alpenstraße 16. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenteil: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, München 2, Ottostraße 7. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Druck: typobierl, 8000 München 40, Riesenfeldstraße 56, Telefon 3 59 60 66-68.

Das aktuelle Thema

Präsident Braun: Durch Energiepreisanstieg gewinnt die Schiffsfracht weiter an Bedeutung

„Durch den Anstieg der Energiepreise gewinnt die Schiffsfracht für die mittelfränkische und oberpfälzische Wirtschaft immer mehr an Bedeutung“, darauf hat Präsident Senator Walter Braun hingewiesen.

Während im Bundesgebiet bei allen Verkehrsträgern 1981 wegen der schlechten konjunkturellen Lage das Transportaufkommen sank, habe sich die in Mittelfranken vom und zum Schiff umgeschlagene Ladung um nicht weniger als 8,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht und nach Feststellungen der Kammer einschließlich Kraftwerkskohle 1.289.710 Tonnen erreicht. Schon durch den Zugang des Raiffeisen-Kraftfutterwerkes, das bei 120.000 Tonnen Jahreskapazität Überseeimporte, z. B. Getreide und Soja-schrot, verarbeitet und überwiegend auf dem Wasserweg beliefert wird, dürfte der mittelfränkische wasserseitige Hafenumschlag 1982 weiter auf mehr als 1,3 Mill. Tonnen ansteigen. Damit werde die vom Planco-Consulting-Gutachten des Bundesverkehrsministeriums geschätzte Ziffer von 1,3 Mill. Tonnen Nord-Süd-Verkehr am gesamten Kanal bereits vom Kanalabschnitt bis Nürnberg abgedeckt. Dank der ausgezeichneten Anbindung des Hafens Nürnberg an die anderen Verkehrswege soll das in Nürnberg erzeugte Kraftfutter über Schiene und Straße bis in entlegene Teile Oberbayerns geliefert werden.

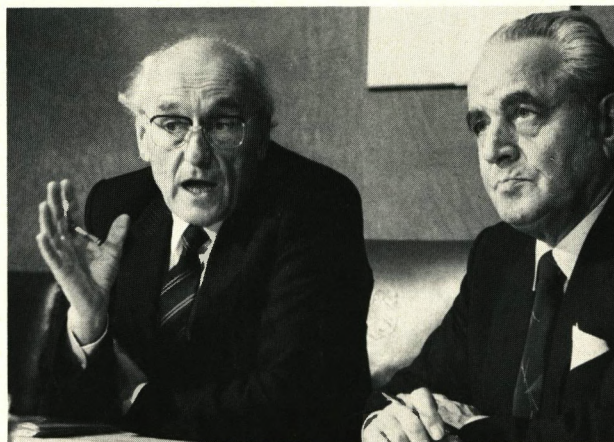
Ein Haus ohne Treppe

„Ich begrüße es“, so erklärte Braun, „daß sich in Bayern die Staatsregierung, die beiden großen Parteien im Landtag, überwiegend der DGB (mit Ausnahme der Eisenbahner) und die Wirtschaft einig wissen im Urteil über die Verbesserung der Infrastruktur und der Zukunftschancen durch den Main-Donau-Kanal.“ Der nicht fertiggebaute Kanal würde später sicher zu einem bundesdeutschen Schilda, wie ein Haus, bei dem man die Treppe vergessen habe, oder eine Autobahn ohne Brücken. Braun betonte: „Die mittelfränkische Wirtschaft braucht als Brücke nach Südosten auch das Reststück des Kanals und das damit zusammenhängende Wasser-Überleitungssystem“. Schon jetzt seien interessante Betriebe mit Hunderten oder Tausenden von Beschäftigten zum Wasser orientiert, neue kämen noch hinzu.

Auch bundespolitisch bedeutend

Schließlich wandte sich Braun dagegen, die künftigen wirtschaftlichen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Südosteuropa aus Bonner Sicht herunterzuspielen: „Es ist ja schwierig, die Entwicklung Südosteuropas vorauszu-sehen“, erklärte Braun, „aber die Interessen Österreichs liegen uns nicht ferner als die der DDR, Ungarn und Jugoslawien sind nicht weniger wichtig als Polen.“ Außerdem sei beim Bau an der Infrastruktur für den Donauraum die Frage nach der direkten Rentabilität genauso in einen größeren Zusammenhang einzuordnen wie bei anderen Projekten.

Mit dem Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals befaßt sich auch der angesehene Kommentator bayerischer Landespolitik seit vielen Jahrzehnten, BERNHARD ÜCKER, im folgenden Beitrag:



Der österreichische Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, Dr. Josef Staribacher, mit Braun bei der Pressekonferenz über den Main-Donau-Kanal.

Zur Kampagne gegen die Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals – Wie Satire zur Verleumdung wird –

Wieder einmal flimmerte der „Scheibenwischer“ über die bundesdeutschen Mattscheiben. Die beliebte Kabarettsendung hatte diesmal den Weiterbau des Rhein-Main-Donau-Kanals beim Wickel und versuchte hinterkünftig bayerische Politiker der Korruption zu bezichtigen. Und weil sich nun die Staatsregierung gegen solche Infamie wehren will, versprechen Bayerns Liberale, mit aller Entschlossenheit für die Freiheit der Satire im öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem zu kämpfen. Wie tapfer und edel, nur: Unsere Frei-demokraten sind in Sachen Humor doch offenbar sehr bescheiden, wenn sie unterhalb der Gürtellinie angesiedelte Verleumdung und Lüge als – ich zitiere wörtlich – ein Feuerwerk von Einfällen, Ironie und Sarkasmus bejubeln.

So brachte der vom Sender Freies Berlin ins ARD-Programm eingespeiste Beitrag auch Sätze wie diese: „Wo kommt das viele Geld her – vom Steuerzahler?“ „Ja, woher denn sonst?“ oder „So ein Schwachsinn und das für Milliarden von Steuergeldern!“ – Und sie enthalten eines gemeinsam, diese Sätze: Eine glatte Lüge, denn die ganze Wasserstraße vom Rhein zur Donau wurde bisher schon zu 51 Prozent aus den Erträgen der 49 von der Rhein-Main-Donau-AG errichteten und ihr gehörenden Wasserkraftwerke finanziert und aus der gleichen Quelle werden auch alle zum Bau des Kanals noch gewährten Darlehen getilgt. Nirgendwo in aller Welt wird ein Projekt ähnlicher Größenordnung auch nur annähernd so billig und praktisch eben ohne Belastung des Steuerzahlers finanziert.

Angenommen aber, es würde der nun so auffallend emsig gegen den Kanal gerichteten Kampagne gelingen, seinen Weiterbau einzustellen? Dann wird es wahrscheinlich in zehn Jahren schon zu diesem Thema wiederum eine Telesendung geben, die möglicherweise „Augenwischer“

heißt und sich folgendermaßen darbieten könnte: Die Kamera schwenkt im Altmühltal über einige bemooste Schleusentore und etliche verrottete Schiffe, die so vor sich hindümpeln. Der Moderator aber kommentiert mit hohnbebender Stimme, daß besagte Schiffe einen vernagelten Schildbürgerstreich symbolisieren, denn in wenigen Kilometern Entfernung nur fließe die Donau vorbei, auf der man bekanntlich bis zum Schwarzen Meer weiterfahren könnte. Doch im Jahre 1982 habe man hier den Bau kurz vor seiner Vollendung eingestellt, eine Wasserstraße von gesamteuropäischer Bedeutung abgewürgt und eine grandiose Chance vertan, 13 Staaten Europas auch über den Wasserweg verkehrspolitisch zu verflechten – was obendrein trotz der Dimensionen des Bauwerks in der Endabrechnung so gut wie nichts gekostet hätte. Das von mühsam unterdrücktem Kichern untermalte Fazit aber lautet: „So etwas kann ja nur in Bayern passieren!“

Die Tatsache nämlich, daß massiver Bundesdruck den Baustopp veranlaßt habe, wird bis dahin längst vergessen sein. Der Autor dieser für das Jahr 1992 ziemlich sicher anzunehmenden Sendung freilich könnte wiederum Dieter Hildebrandt heißen und auf den Hinweis, er habe doch selber mit seiner damaligen Satire vom 14. Januar 1982 zu diesem nun verdamnten Narrenstreich beigetragen, wird er leichthin antworten: „Was kümmert mich mein dummes Geschwätz von gestern?“ Und wirklich darf ja in unserer Medienrepublik jeder so dumm daherreden wie er will, solange er seinen Quatsch über und gegen Bayern verzapft.

Nun seit einem Jahr schon und gerade jetzt wieder beinahe panisch zerbrechen sich alle politischen Kräfte in Bund und Ländern die Köpfe über das Thema Arbeitsbeschaffung. Als geradezu widersinnig erscheint es dann in dieser Situation, im gegenwärtigen Zeitpunkt kurz vor dem Ziel einen Baustopp des Kanals und so faktisch die Zerstörung der ganzen Rhein-Main-Donau-Großschiffahrtsstraße auch nur zu erwägen. Denn damit würden ein paar tausend gegenwärtige Arbeitsplätze vernichtet und künftige, wie sie zwangsläufig an jedem leistungsfähigen Wasserweg entstehen, für immer begraben.

Da wären wir dann beim Naturschutz angelangt, der sich so besonders als Kanalgegner abmüht unter anderem deshalb, weil im künftigen Baugebiet ein erheblicher Teil der bundesdeutschen Uferschnepfen brütet. Doch bevor es weitergeht, möchte ich diesen Satz wortgetreu zitieren: „Im übrigen darf ich Ihnen für Ihr immer wieder gezeigtes großes Engagement für die Fragen des Natur- und Umweltschutzes sehr herzlich danken.“ Ende des Zitats, das einem Brief entstammt, den der Landesgeschäftsführer des Bundes Naturschutz in Bayern am 19. Juni 1979 an mich geschrieben hat.

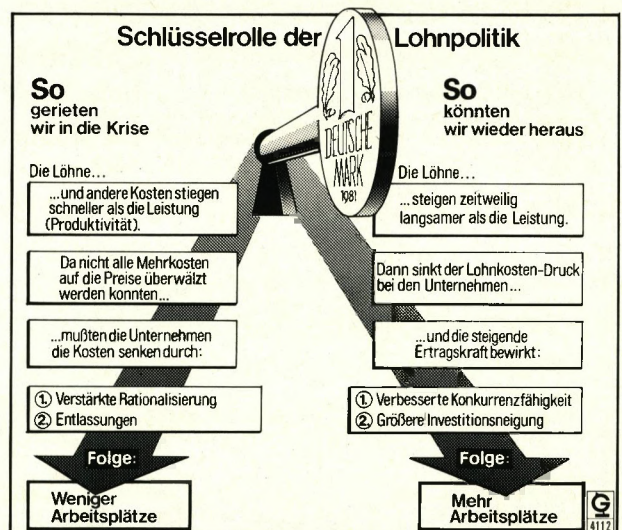
Diese Erinnerung ist nötig, um nun auch das folgende sehr deutlich sagen zu dürfen: Solange nämlich unser Land zu den am dichtesten besiedelten Ländern der Erde gehört, solange in solche Zusammenballung von den Grenzen her immer noch Menschen hineingepumpt werden und wir zudem noch den Heimatländern der Not helfen sollen – solange sind für eben dieses Land Arbeitsplätze wichtiger als Brutplätze. Auch für die letzteren aber gibt es genug ehrliche Hoffnung und hierzu ein recht eindrucksvolles Beispiel: Ende der zwanziger Jahre wurde im Norden Münchens ein großer Speichersee angelegt, um für die Kraftwerke der Mittleren Isar die Wasserführung zu stabilisieren. Heute jedoch würde sich der Naturschutz gegen ein derartiges Projekt querlegen. Wollte man aber morgen etwa den Speichersee einplanieren, dann gingen die Naturschützer ebenso auf die Barrikaden, weil nämlich seit Jahrzehnten schon dieses Gewässer zu den wichtigsten Vogelschutzgebieten des Landes zählt.

Und immerhin hat 1974 der noch amtierende Chef unserer bayerischen Naturschützer wörtlich geschrieben: „Nachdem es mit dem guten Willen aller Beteiligten gelungen ist, mit der Vorlage dieses Landschaftsplans eine gute Lösung für die schwierigen Probleme aufzuzeigen, sollte es dem Naturfreund möglich sein, das neue Altmühltal auch nach dem Abschluß aller Bauarbeiten ohne ernste Einschränkungen zu akzeptieren.“

Was jedoch die politisch motivierten Kanalattacken aus Richtung Bonn und bayerischer FDP betrifft, so kann ich nur mit einer wohl nicht gänzlich abwegigen Vermutung antworten: In Bayern und einigen anderen Bundesländern finden heuer Parlamentswahlen statt und die FDP wie Sozialdemokraten – mit löblicher Ausnahme der bayeri-

Höhere Löhne oder mehr Arbeitsplätze

Die vier Weisen des Sachverständigenrates bestätigen, was alle wissen: Die Arbeitslosigkeit ist gegenwärtig unser drückendstes Problem. Aber sie sagen auch, wo nach ihrer Meinung der Schlüssel zur Lösung dieses Problems liegt, nämlich bei der Lohnpolitik. Den Gewerkschaften schreiben die Sachverständigen ins Stammbuch, daß sie sich zwischen zwei Möglichkeiten entscheiden müßten. Entweder könnten sie alle Kraft darauf richten, die Kaufkraft der Löhne weiter zu steigern; dann gäbe es für den Abbau der Arbeitslosigkeit kaum Hoffnung. Denn dann würde der zu erwartende jährliche Leistungszuwachs unserer Wirtschaft an jene verteilt, die Arbeit haben, und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze bliebe nichts übrig. Oder sie könnten für eine Reihe von Jahren eine zurückhaltende Lohnpolitik treiben, die vor allem auf die Bewahrung des Erreichten gerichtet sei. Dann könnten die vom Lohnruck entlasteten Unternehmen neue Arbeitsplätze schaffen, so daß die Lohnzurückzahlung sich schließlich auch für die Arbeitnehmer bezahlt machen würde.



Eine Lohnpolitik der Zurückhaltung, das wissen auch die Sachverständigen, ist ohne gegenseitigen Vertrauensvorschuß der Tarifpartner freilich nicht möglich. Deshalb müßten auch die Unternehmer ihren Teil dazu beitragen. Sie dürften den erwarteten Produktivitätsgewinn nicht für sich behalten, sondern müßten den Arbeitnehmern Gewinn- und Vermögensbeteiligung zugestehen.

schen SPD – fürchten, daß ihnen die Grünen Prozente abnehmen könnten, deren Verlust Koalitionen oder sogar eine parlamentarische Wiederkehr scheitern ließe.

So braucht man zur Milderung der grünen Gefahr eine mit Fauna und Flora garnierte Opfergabe. Weil aber die meisten der in Frage kommenden Präsente nördlich der Mainlinie gelegen und somit für ein deutsches Traditionsgemüt unantastbar sind, holt man sich die Opfergabe ganz einfach in Bayern, selbst auf die Gefahr hin, daß Bayern dann zum Gespött Europas wird. Und irgendwie wird man's den doofen Bayern schon beibringen, daß Wasserstraßen zwar überall eine feine Sache und in Bayern eben altmodisch sind. Gegen dieses Wort nämlich sind sie allergisch und aus lauter Angst, als rückschrittlich zu gelten, verzichten die Bayern sogar auf den Fortschritt.

„Die Satire,“ so hat sich angeblich ein Sprecher der Kanalbauer zu Hildebrandts Wasserspielen geäußert, „die Satire hat seit Ludwig Thomas Zeiten immer gegen die Justitia gewonnen.“ – Ende des Zitats. Doch ein bayerischer Politiker, der Ludwig Thoma noch persönlich kannte, hat mir vor Jahren von Thomas Depressionen erzählt, und kurz vor seinem Tod habe dieser gar oft satirische Dichter geklagt: Ihm wäre wohl, wenn er so manches nicht geschrieben hätte.

(Bayerischer Wirtschaftsbrief, Jahrgang 22/Nr. 2)

Arbeitgeberfragen

Zumutbarkeitsanordnung sachlich angemessen und sozial tragbar

Die jetzt von den zuständigen Ausschüssen des Verwaltungsrates der Bundesanstalt beschlossene Zumutbarkeitsanordnung sei als eine ausgewogene, verwaltungspraktische und sozial tragbare Regelung zu bewerten, erklärte die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände heute in Köln. Die vom DGB inszenierte Kampagne vor allem gegen die sog. berufliche Abstufung stelle eine sachlich nicht begründete Dramatisierung dar. Die in der Anordnung vorgesehene Schutzzeit von 4–6 Monaten garantiere jedem Arbeitslosen, daß er angemessen lange nur auf seiner Qualifikationsebene vermittelt werden dürfe. Da die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit nur 3,7 Monate betrage, stelle sich deshalb für die Großzahl der Arbeitslosen das Problem der Abstufung überhaupt nicht.

Die neue Anordnung müsse als ein Mittel angesehen werden, mit dem der in einer schwierigen Arbeitsmarkt- und Finanzsituation als besonders unsozial empfundene Mißbrauch der Arbeitslosigkeitsleistungen im Einzelfall besser verhindert werden könne. Sie sei als ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Konzentration sozialer Leistungen auf die wirklichen Bedarfsfälle zu werten.

Schwerbehinderten-Sonderprogramm

Zum Abbau der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter und zur Förderung des Ausbildungsplatzangebotes für Schwerbehinderte haben Bund und Länder ein 4. Sonderprogramm aufgelegt, für das DM 250 Millionen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe für die Zeit vom 1.1.1982 – 30.11.1983 zur Verfügung stehen.

Es soll die Eingliederung arbeitsloser Schwerbehinderter in das Arbeitsleben gefördert werden mit Zuschüssen zum Arbeitsentgelt an die Arbeitgeber.

Zuschüsse erhalten Arbeitgeber

- die ihre Beschäftigungspflicht erfüllt haben, oder nicht beschäftigungspflichtig sind. Bei der Einstellung Schwerbehinderter zur beruflichen Erstausbildung können jedoch Förderungsleistungen auch solchen Arbeitgebern gewährt werden, die ihre Beschäftigungspflicht nicht erfüllt haben.

Gefördert wird die Einstellung arbeitsloser Schwerbehinderter

- fortgeschrittenen Alters (Vollendung des 55. Lebensjahres) oder mit
- offenkundigen, wesentlichen behinderungsbedingten Einschränkungen der Leistungsfähigkeit oder
- nach einer Arbeitslosigkeit von 6 Monaten bei fehlender abgeschlossene Berufsausbildung oder
- mit einer Arbeitslosigkeit von mindestens 12 Monaten.

In der Regel werden die Leistungen als monatlich zu zahlende Lohnkosten bzw. Ausbildungszuschüsse gewährt und betragen im Regelfall 50% des zum Zeitpunkt der Einstellung maßgebenden Arbeitsentgeltes. Nach Ablauf der Förderzeit muß der Arbeitgeber den Schwerbehinderten mindestens ein Jahr weiterbeschäftigen.

Die Rückzahlungspflicht bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses ist in diesem Programm für die Arbeitgeber günstiger geregelt. Die Zuschüsse sind nämlich nur dann zurückerzahlen, wenn der Schwerbehinderte während der Förderzeit oder während der einjährigen Nachbeschäftigung aus Gründen ausscheidet, die der Arbeitgeber zu vertreten hat.

Die Anträge auf Zuschüsse sind beim zuständigen Arbeitsamt vor der Einstellung des Schwerbehinderten zu stellen. Den vollen Wortlaut der Richtlinien senden wir Ihnen auf Anfrage gerne zu. Bitte Freiumschlag beifügen (Lang-DIN DM 0,40).

Ifo-Investitionstest 1981/82

Im laufenden Jahr dürfte sich der private Verbrauch wohl etwas günstiger entwickeln als 1981. Allerdings ist noch ungewiß, wie und in welchem Ausmaß sich die Konsumgewohnheiten ändern und welche Folgen sich daraus für die einzelnen Handelsbereiche ergeben werden. Die Tatsache, daß einige Branchen und Betriebsformen von der geänderten Ausgabenstruktur der privaten Haushalte profitieren werden, andere aber mit Umsatzeinbußen rechnen müssen, läßt für das laufende Jahr erneut eine recht differenzierte Entwicklung innerhalb des Groß- und Außenhandels erwarten. Als wesentlicher Indikator für das Wachstum von Branchen und Wirtschaftsbereichen hat sich bisher immer die Investitionstätigkeit erwiesen. Deshalb haben Daten über die aktuelle Investitionsentwicklung der Wirtschaft für den unternehmerischen und politischen Entscheidungsprozeß entsprechende Bedeutung erlangt.

Raum München

Geschäftsübernahme:

Welcher Fachhandel oder kleinerer Produktionsbetrieb sucht evtl. aus Alters- oder anderen Gründen einen **Nachfolger** als Pächter oder Käufer. Habe langjährige Erfahrung als Leiter eines Handelsunternehmens mit Produktion.

Zuschriften bitte an die Hauptgeschäftsstelle.

Wertvolle Informationen über die jüngste Investitionsentwicklung in den Branchen des Handels und in der übrigen Wirtschaft sowie über die Investitionsplanungen für 1982 vermittelt Ihnen und uns der bereits seit mehr als 25 Jahren durchgeführte **Ifo-Investitionstest**, auf den wir Sie hiermit aufmerksam machen möchten. Der Fragebogenversand findet **Mitte März 1982** statt. Wir würden uns freuen, wenn möglichst viele Unternehmen an dieser Umfrage mitarbeiten würden, selbst wenn sie derzeit keine Investitionen durchführen bzw. planen. Gerade diese Informationen sind für die Aussagefähigkeit der Ergebnisse unserer Branche sowie anderer Fachzweige wichtig.

Wie Sie wissen, sind bisher für den Groß- und Außenhandel von keiner anderen amtlichen oder privaten Stelle repräsentative Investitionsstatistiken verfügbar. Die vom Ifo-Institut ermittelten Daten sind deshalb auch für unsere Verbandsarbeit besonders nützlich.

Die Bearbeitung des einseitigen Testbogens nimmt nur wenig Zeit in Anspruch, sämtliche Angaben werden unter einer Kenn-Nummer verarbeitet und bleiben daher vollkommen anonym. Sie erhalten das **Umfrageergebnis** in Form eines Branchenberichts als Testteilnehmer **kostenlos** vom Ifo-Institut **zugesandt**.

Daneben können Sie weitere Investitionsberichte für über 40 Branchen der Industrie und des Gewerbes mit insgesamt rd. 240 Fachzweigübersichten bzw. zusammenfassenden Darstellungen bestellen. Die Berichte des Ifo-Instituts enthalten auch Informationen über andere wirtschaftlich relevanten Größen, die als Entscheidungshilfe für Ihre Dispositionen dienen können.

Sollte Ihr Unternehmen noch nicht zu den Testfirmen gehören oder aus einem anderen Grund keine Erhebungsunterlagen erhalten haben, wenden Sie sich bitte telefonisch oder fernschriftlich an das

IFO-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
Abt. Investitions- und Wachstumsanalyse
Postfach 86 04 60
8000 München 86
Telefon: 089/9224-2 14 und 2 16
Telex: 522 269

Konkurse im Großhandel

Nach Mitteilung der Großhandels- und Lagerei-Berufsgenossenschaft wurden im Jahr 1981 insgesamt 537 Konkursfälle registriert. Gemessen an der Mitgliederzahl betrug der Anteil der Konkurse 0,57 %. Gegenüber 1980, als 337 Konkursfälle zu verzeichnen waren, hat sich die Zahl der Konkurse um 200 und damit um fast 60 Prozent erhöht.

Einschnitte wie die Selbstbedienung

Handel muß sich mit neuen Kommunikationstechniken befassen.

Die neuen Kommunikationstechniken könnten für den Handel einen ähnlich wichtigen und tiefgreifenden Einschnitt bedeuten wie vor Jahrzehnten die damals aufgekommene „Selbstbedienung“, erklärte der Vorsitzende des Handelsausschusses der IHK Nürnberg, unser Vorstandsmitglied **Friedrich Pfeufer**, bei einer Informationsveranstaltung, zu der die Philips Kommunikations Industrie AG, Unternehmensbereich TEKADE Fernmeldeanlagen, den Ausschuß eingeladen hatte. Die Firmen mußten sich deshalb rechtzeitig mit den Möglichkeiten dieser Techniken wie Bildschirmtext, Teletext und Telekopie befassen.

Sozialversicherung

Die neue 59er-Regelung: Vorzeitiger Ruhestand zukünftig erschwert

Eine bisher häufig geübte Praxis bei Arbeitnehmern, die mit 60 Jahren vorzeitig in den Ruhestand treten wollten, bestand darin, daß diese im Alter von 59 Jahren mit ihrem Arbeitgeber einen Aufhebungsvertrag schlossen, der eine soziale Abfindung in der Art vorsah, daß der Arbeitgeber diesem Arbeitnehmer den Differenzbetrag von seinem Arbeitslosengeld zum Netto-Arbeitsentgelt für ein Jahr lang zahlte, und der Arbeitnehmer dann, nachdem er ein Jahr lang Arbeitslosengeld bezogen hatte, in den vorzeitigen Ruhestand trat.

Aufgrund des § 128 des am 1.1.1982 in Kraft getretenen Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetzes (AFKG) muß nun der Arbeitgeber der Bundesanstalt für Arbeit das in solchen Fällen gezahlte Arbeitslosengeld für die Zeit nach Vollendung des 59. Lebensjahres des Arbeitslosen zurückerstatten, wobei dieser Erstattungsbetrag auch die Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung umfaßt.

Diese Erstattungspflicht gilt nur **dann nicht**, wenn der Arbeitgeber nachweist,

- daß das Arbeitsverhältnis weniger als 10 Jahre gedauert hat,
- der Arbeitslose das Arbeitsverhältnis durch Kündigung beendet hat und weder eine Abfindung noch eine Entschädigung oder ähnliche Leistung wegen der Beendigung des Arbeitsverhältnisses erhalten oder zu beanspruchen hat,
- er das Arbeitsverhältnis durch Kündigung wegen vertragswidrigen Verhaltens des Arbeitslosen beendet hat oder
- er bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses berechtigt war, das Arbeitsverhältnis aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu kündigen.

Die Erstattungspflicht soll ferner auf Antrag des Arbeitgebers entfallen, wenn die Erstattung für ihn eine unzumutbare wirtschaftliche Belastung darstellt, was insbesondere dann der Fall ist, wenn hierdurch die Existenz des Betriebes gefährdet wird.

Arbeitsgerichtliche Entscheidungen

Soziale Auswahl bei betriebsbedingter Kündigung

Das LAG Hamm hat sich in einer Entscheidung vom 7.7.1981 (13 Sa 413/81) zur Frage der sozialen Auswahl bei betriebsbedingten Kündigungen auf ein Bewertungsschema gestützt, das den Unternehmensleitungen als konkrete Hilfe bei der Auswahl mehrerer zu kündigender Arbeitnehmer empfohlen wird. Es ist der Auffassung, daß für eine erste notwendige Vorauswahl ein bestimmtes Auswahl-schema verwandt werden sollte. Folgendes Auswahl-schema hält es für ausgewogen:

Lebensalter	bis zu 20 Jahren – 0 Punkte
	bis zu 30 Jahren – 1 Punkt
	bis zu 40 Jahren – 2 Punkte
	bis zu 50 Jahren – 3 Punkte
	über 50 Jahre – 5 Punkte,

Betriebszugehörigkeit (je volles Beschäftigungsjahr – 4 Punkte),

GfH-BERATUNGSGRUPPE

MÜNCHEN · MANNHEIM · NÜRNBERG

Rationalisieren heißt die Zukunft sichern

Die GfH-Beratungsgruppe:

Gründung 1956 durch den Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels mit spezieller Ausrichtung auf die Problematik der Unternehmensführung in den mittelständisch strukturierten Betrieben des Groß- und Außenhandels.

Die zunächst auf Maßnahmen der Reorganisation in allen betriebswirtschaftlichen Bereichen ausgerichtete Beratung wurde schon bald auf betriebstechnische Belange ausgedehnt. Es entstand eine Spezialabteilung für Bau-, Raum-, Einrichtungsplanung und das Transportwesen.

Dem fortschreitenden Prozeß der Automatisierung in den Betrieben wurde 1965 durch die Gründung eines verbandlichen EDV-Zentrums Rechnung getragen. Seither zählt die d-v-h DATENVERARBEITUNGSDIENST DES HANDELS GMBH, Nürnberg, als Schwesterunternehmen zur GfH-Beratungsgruppe.

Die jahrelange Zusammenarbeit auf regionaler Ebene führte 1975 zu einer institutionellen Kooperation mit dem Groß- und Außenhandelsverband Baden-Württemberg als weiterem verbandlichen Träger. Dessen im Jahr 1976 gegründete GfG GESELLSCHAFT ZUR FÖRDERUNG DES GROSSHANDELS MBH, Mannheim, erweiterte die GfH-Beratungsgruppe.

Nicht zuletzt aus dieser Entwicklung entstand die Zusammenarbeit mit externen Beratungsspezialisten auf der Basis der freien Mitarbeiterschaft.

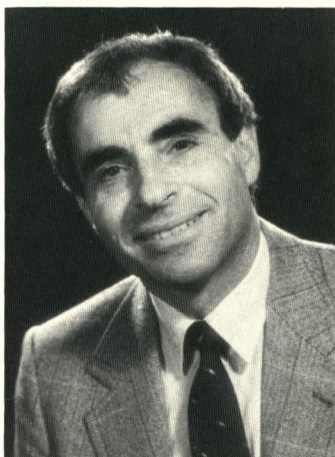
Das Beratungsteam umfaßt heute 12 akademisch ausgebildete und in der Großhandelspraxis geschulte Berater. Insgesamt sind 20 Mitarbeiter tätig.

Das GfH-Konzept:

- Zielsetzung, Umfang und Kosten einer Untersuchung werden in einem Kontaktgespräch oder in einer kostenlosen Kurzberatung festgelegt.
- Die Analyse im Betrieb erfolgt durch einen für das Beratungsproblem ausgesuchten Spezialisten gemäß einer vorher skizzierten Vorgehensweise.
- Das Soll-Konzept entwickelt sich aus den Vorschlägen des Beraters im Verlauf der Untersuchungen im Betrieb.
- Der Maßnahmenkatalog geeigneter Verbesserungsvorschläge zur Beseitigung von Schwachstellen, zur Kostensenkung bzw. Ertragsverbesserung und zur Sicherstellung einer rationalen Unternehmenssteuerung wird mit der Geschäftsleitung diskutiert und abgestimmt.
- Ein ausführlicher Untersuchungsbericht enthält alle Vorschläge in detaillierter und durchführungsreifer Fassung.
- Der Bericht ist der Leitfaden für die durchzuführenden Rationalisierungsmaßnahmen, zu deren Umsetzung der Berater jederzeit hinzugezogen werden kann. Er übernimmt dann die Erfolgskontrolle.
- Die GfH beschafft im Rahmen der staatlichen Förderungsprogramme zur Verfügung stehende Zuschußmittel zur Verbilligung der Beratungskosten und erstellt Gutachten für staatliche Finanzierungshilfen.

GfH-Beratungsgruppe

Aus unserem Beraterteam stellen wir einige unserer Mitarbeiter vor, die sich neben den Beratungsgebieten der Unternehmensführung, der allgemeinen Organisation (Einkauf, Verkauf, Lager), des Personal- und Außendienst-einsatzes, der leistungsorientierten Entlohnungssysteme, des Rechnungswesens usw. auf bestimmte Aufgabenbereiche spezialisiert haben:



Rolf Miehler

Dipl.-Kaufmann
Prokurist

Beratungstätigkeit seit: 1963

Spezialberatungen:

Auf dem Gebiet der EDV-Organisation mit Systemberatung, Datenorganisation, Nummern- und Schlüsselssysteme, Wirtschaftlichkeitsberechnung sowie Software-Konzeptionen.

Ständige Mitarbeit in betriebswirtschaftlichen Ausschüssen diverser Fachverbände, Leitung und Betreuung von Erfa-Gruppen.

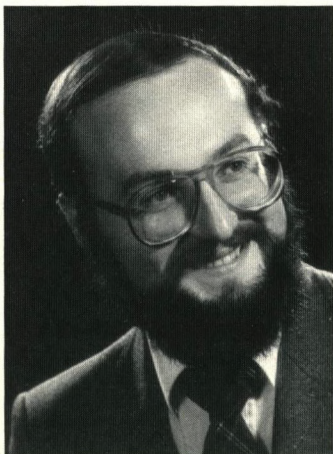
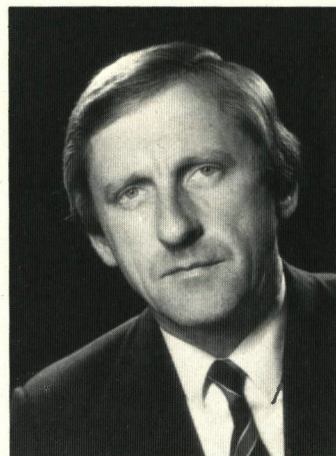
Udo Schröter

Dipl.-Volkswirt
Prokurist

Beratungstätigkeit seit: 1963

Spezialberatungen:

Auf dem Gebiet der Raum-, Ablauf- und Einrichtungsplanung im Zusammenhang mit Neubau-, Umbau- und Erweiterungsvorhaben sowie Analysen zur wirtschaftlichen Auswahl von Lagerhilfsmitteln wie Regalsysteme und Transportmittel. Leitung und Betreuung von Erfa-Gruppen.



Heinz Sixt

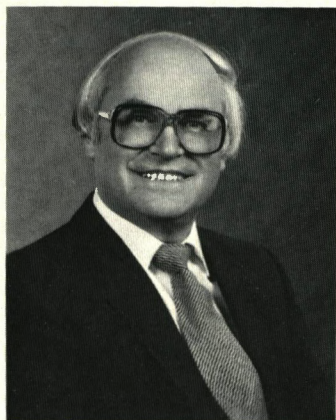
Dipl.-Volkswirt

Beratungstätigkeit seit: 1977

Spezialberatungen:

Existenzgründungen, gutachtliche Stellungnahmen bei Inanspruchnahme von öffentlichen Finanzierungshilfen, Finanzierungsprobleme, Ertrags- und Liquiditätsrechnung, Firmenwertberechnung bei Betriebsveräußerung bzw. Betriebsübergabe.

GfH-Beratungsgruppe



Siegfried Rothacker

Dipl.-Kaufmann

Ing.-grad.

Beratungstätigkeit seit: 1969

Spezialberatungen:

Lager- und Beschaffungswirtschaft, Fuhrpark, Einsatz und Motivation des Außendienstes.

Referent zahlreicher Seminare.

Gerhard Fetzer

Dipl.-Ökonom

Beratungstätigkeit seit: 1978

Spezialberatungen:

Marketing – Strukturanalysen, Absatz- und Außendienstorganisation; Rechnungswesen – Deckungsbeitragsrechnung, Planungsrechnung; EDV-Wirtschaftlichkeitsanalyse, Anwendungsberatung.

Artikelklassifizierungs- und Artikelnumerierungssysteme, Personalbeschaffung.



Wernher Heim

Architekt

Beratungstätigkeit seit: 1962

Spezialberatungen:

Bau- und Einrichtungsplanung im Zusammenhang mit Neu- und Umbauvorhaben; sämtliche Planungsaufgaben vom Vorentwurf über Einrichtungsplanung und Detailplanung, Ausschreibung von Bauleistung bis zur Büro- und Lagereinrichtung. Technische Standortbeurteilungen und Raumbedarfsanalysen.

d-v-h

Rechenzentrum

Gegründet im Jahre 1965 in Nürnberg. Verbandliches Rechenzentrum für den Großhandel. Neben den Standardprogrammen wie Finanzbuchhaltung, Lohn- und Gehaltsabrechnung, Fakturation, Lagerbestandsrechnung, statistischen Auswertungen (Handelspaket) überwiegen individuelle Rahmenlösungen, die teilweise in Zusammenarbeit mit den Beratern der GfH konzipiert worden sind. Im Frühjahr 1981 ist erstmals die Datenfernverarbeitung im Dialogverkehr über eine eigens installierte Post-Standleitung realisiert worden. Dem Anwender steht damit die Groß-EDV des Rechenzentrums permanent zur Verfügung. Die Kapazität wird nach Bedarf genutzt und bezahlt.

Der d-v-h hat insgesamt 10 Mitarbeiter, wobei als Ansprechpartner die folgenden Herren zur Verfügung stehen:



Walter Odörfer

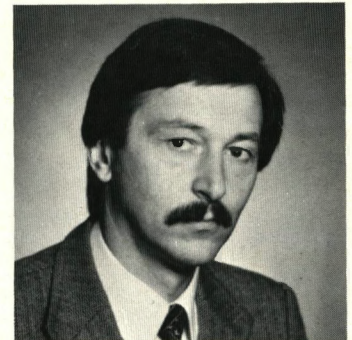
Dipl.-Kaufmann, Geschäftsführer

Seit 1969 im d-v-h. War vor seiner Tätigkeit im Rechenzentrum Unternehmens- und Organisationsberater und kennt daher die spezifischen Probleme des Großhandels.

Manfred Pförtner

Chef-Programmierer

Seit 1965 Mitarbeiter des d-v-h. Leiter der Programmierung und Organisator des Rechenzentrums sowie Spezialist für Datenfernverarbeitung.



Egon Bergner

Dipl.-Kaufmann

Seit 1973 Mitarbeiter des d-v-h. Ausbildung zum Organisationsberater im Großhandel, überwiegend in der Kundenbetreuung- und Kundenberatung tätig sowie verantwortlich für die Spezialprogramme der Lohn- und Gehaltsabrechnung.

Momentane Hardware des d-v-h: Hersteller: HONEYWELL BULL 64/20

Konfiguration:

- Zentraleinheit 1 Mega Byte (= 1 Million Bytes)
- 2 Bändereinheiten MTU 400, 120 KHZ
- 5 Platteneinheiten MSU 400, je 100 Mio Bytes
- 1 Schnelldrucker DRU 1200, 72.000 Zeilen/Stunde
- 1 Kartenleser CRU 600, 36.000 Karten/Stunde
- 1 Streifen-, Magnetband-, Kassetten- und Diskettenleser RC 3600 (GIER)
- DFÜ-Einrichtung für 16 Anschlüsse

Unterhaltsberechtigte Kinder (je Kind – 5 Punkte),
Schwerbehinderte – 10 Punkte,
Doppelverdiener – Abzug von 10 Punkten.

Bei der Sozialauswahl steht dem Arbeitgeber ein gewisser Beurteilungsspielraum zu.

Wenn aufgrund dieses Beurteilungsspielraums eine vertretbare soziale Auswahl getroffen worden ist, so kann das

Gericht seine Auffassung nicht an die Stelle der Auswahl des Arbeitgebers setzen. Insbesondere Qualifikationsmerkmale erscheinen uns hier in der Praxis bedeutsam zu sein.

Wenn ein gekündigter Arbeitnehmer nur ganz geringfügig schlechtergestellt ist als ein anderer vergleichbarer Mitarbeiter, so sind soziale Gesichtspunkte immer noch ausreichend berücksichtigt.

Allgemeine Rechtsfragen

Preisindizes der Lebenshaltung im Bundesgebiet

Die Preisindexzahlen der Lebenshaltung aller privaten Haushalte wie auch für 4-Personen-Arbeitnehmer-Haus-

halte mit mittlerem Einkommen im Bundesgebiet werden auch in Bayern von vielen Vertragsparteien als Wertsicherungsmaßstab in Wertsicherungsklauseln herangezogen. Die nachstehende Übersicht zeigt die Entwicklung beider Indizes von 1979 bis 1981; der jeweils neueste Indexstand kann unter 089 (Vorwahl München) 2119-438 abgerufen werden.

Jahr Monat	Preisindex für die Gesamtlebenshaltung (jeweils = 100)					
	Aller privaten Haushalte			4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes		
	1976	1970	1962	1976	1970	1962
1979 D	110,9	155,7	190,8	110,2	154,0	188,0
1980 D	117,0	164,3	201,4	116,0	162,2	197,9
1981 D	123,9	174,1	213,4	122,8	171,8	209,6
1979 Januar	108,3	152,1	186,4	107,7	150,6	183,8
Februar	108,8	152,8	187,3	108,2	151,3	184,6
März	109,3	153,5	188,2	108,7	152,0	185,5
April	109,9	154,4	189,2	109,3	152,8	186,5
Mai	110,2	154,8	189,7	109,6	153,3	187,0
Juni	110,8	155,6	190,7	110,1	154,0	187,9
Juli	111,5	156,6	192,0	110,7	154,8	188,9
August	111,6	156,7	192,1	110,9	155,1	189,2
September	111,9	157,2	192,6	111,2	155,5	189,7
Oktober	112,2	157,6	193,2	111,4	155,8	190,1
November	112,6	158,1	193,8	111,8	156,3	190,8
Dezember	113,1	158,8	194,7	112,3	157,0	191,6
1980 Januar	113,7	159,7	195,7	112,8	157,7	192,5
Februar	114,9	161,4	197,8	114,0	159,4	194,5
März	115,6	162,4	199,0	114,7	160,4	195,7
April	116,3	163,3	200,2	115,4	161,4	196,9
Mai	116,8	164,0	201,1	115,9	162,1	197,8
Juni	117,4	164,9	202,1	116,4	162,8	198,6
Juli	117,6	165,2	202,5	116,5	162,9	198,8
August	117,7	165,3	202,6	116,6	163,0	199,0
September	117,7	165,3	202,6	116,7	163,2	199,1
Oktober	117,9	165,6	203,0	116,9	163,5	199,5
November	118,6	166,6	204,2	117,5	164,3	200,5
Dezember	119,3	167,6	205,4	118,1	165,1	201,5
1981 Januar	120,3	169,0	207,1	119,2	166,7	203,4
Februar	121,2	170,2	208,7	120,0	167,8	204,8
März	122,0	171,3	210,0	120,9	169,1	206,3
April	122,8	172,5	211,4	121,8	170,3	207,8
Mai	123,3	173,2	212,3	122,4	171,2	208,9
Juni	123,9	174,0	213,3	122,8	171,7	209,5
Juli	124,4	174,7	214,2	123,3	172,4	210,4
August	124,8	175,3	214,8	123,7	173,0	211,1
September	125,4	176,1	215,9	124,3	173,8	212,1
Oktober	125,8	176,7	216,6	124,7	174,4	212,8
November	126,4	177,5	217,6	125,3	175,2	213,8
Dezember	126,8	178,1	218,3	125,6	175,6	214,3

Handel gegen Stufenregelung beim § 247 BGB

Gegen eine von Bundesjustizminister Schmude geplante Einführung einer Stufenregelung im § 247 BGB haben sich in einem gemeinsamen Schreiben an den Minister der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) und die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) ausgesprochen. Eine solche Regelung würde das derzeitige Kündigungsrecht des Schuldners an eine bestimmte Kreditobergrenze binden und bei darüber hinausgehenden Beträgen die Einführung einer Tilgungskündigung bedeuten.

Dieser Lösungsvorschlag, der bereits am Ende der letzten Legislaturperiode gescheitert war, sei inzwischen auch vom Kredit- und Versicherungsgewerbe als ungeeignet bezeichnet worden. Nach Auffassung der Handelsverbände müsse der § 247 BGB als Schuldnerschutzvorschrift prinzipiell erhalten bleiben. Die Kreditgeber sollten aber auch vor unbilligen Kündigungen geschützt werden. Entsprechende Überlegungen werden zur Zeit in gemeinsamen Beratungen vom Kredit- und Versicherungsgewerbe und den beiden Spitzenverbänden des Handels geprüft.

LGA-Stenogramm Februar 1982

- 1.2.
Redaktionsbesprechung über die LGA-Broschüre zur Untersuchung der Anwendung von Bildschirmtext im Großhandel
- 2.2.
Steuerausschuß Bonn
- 4.2.
Pressekonferenz des Spielwaren-Großhandels
Bürgerschaftsausschuß-Sitzung
- 8.2.
Sitzung des Arbeitskreises Recht der VAB
- 11.2.
Sitzung des sozialpolitischen Unterausschusses des BGA
- 12.2.
VAB-Ausschuß Lehrerfortbildung
- 16.2.
Sitzung des Verwaltungsrates des Bildungszentrums
- 17.2.
Kooperationsgespräch mit Präsident Dr. Frerichs und Geschäftsführer Schaller vom Groß- und Außenhandelsverband Hessen
Verhandlungen über den Manteltarifvertrag
- 18.2.
Geschäftsführerbesprechung des Bundesverbandes des Deutschen Exporthandels in Nürnberg
Sitzung unseres Ausschusses für Berufsbildung
- 19.2.
Veranstaltung mit Gästen aus Anlaß des 65. Geburtstages von Herrn Kahlich, Geschäftsführer unserer Kreditgarantiegemeinschaft
- 25.2.
Sitzung Ausschuß für Öffentlichkeitsarbeit
- 27.2.
Vorstandssitzung des Bundesverbandes Schreib-, Papierwaren- und Bürobedarfsgroßhandel

Steuerfragen

BGA: Unternehmen brauchen dringend Klarheit in der Steuerpolitik

Die „Gemeinschaftsinitiative für Arbeit, Wachstum und Stabilität“ droht – je mehr über steuerliche Details diskutiert und je länger die praktische Ausgestaltung hinausgezögert wird – investitions- und beschäftigungspolitisch negative Folgen auszulösen.

Erhöhungen der Grund-, Vermögen- und Erbschaft-Steuer, vorgezogene Steuerzahlungen nach Betriebsprüfungen, Einschränkungen von Steuerzahlungen per Scheck, höhere Mehrwertsteuer – möglicherweise als Ersatz: höhere Mineralölsteuer, Ergänzungsabgabe oder Arbeitsmarktabgabe – belasten zusätzlich das Investitionsklima. Vor allem aber scheint nach Meinung des BGA die auf Verbesserung der Investitionsbedingungen zielende 10%-ige Investitionszulage durch ein Geflecht überbürokratisierter Reglementierungen immer uninteressanter und damit ineffektiver zu werden.

Die Investitions- und Leistungsförderung braucht eine mittelfristige Perspektive. Ein solcher Ansatz der „Gemeinschaftsinitiative“, nämlich der Abbau der heimlichen Steigerungen der Lohn- und Einkommensteuer ab 1.1.1984, wird aber durch eine widersprüchliche Diskussion in den Regierungsparteien zerredet.

Wenn man den in der „Gemeinschaftsinitiative“ anvisierten Zielen auch nur annähernd gerecht werden will, kommt es nach Auffassung des BGA jetzt darauf an, auf jede Steuererhöhung zu verzichten, die mit der Operation '82 begonnene Konsolidierung auf der Ausgabenseite fortzusetzen, die vorgesehene Investitionszulage schnell und verlässlich kalkulierbar in die steuerliche Praxis umzusetzen und vor allem die Lohn- und Einkommensteuer-Senkung ab 1.1.1984, insbesondere im progressiven Bereich, regierungsamtlich verbindlich festzuschreiben.

Berufsausbildung und -förderung

Keine automatische Verlängerung der Probezeit bei Berufsausbildungsverhältnissen

Das Bundesarbeitsgericht hat im Urteil vom 15.1.81 – 2 AZR 943/78 – entgegen der in der Literatur vertretenen Rechtsauffassung festgestellt, daß die im § 13 BBiG vorgeschriebene Probezeit von höchstens drei Monaten sich nicht automatisch um die Dauer einer Unterbrechung der Ausbildung – gleich aus welchem Grunde diese eintritt – verlängert.

Grundsätzlich können jedoch die Parteien des Ausbildungsverhältnisses in solchen Fällen eine Verlängerung der Probezeit im Ausbildungsvertrag oder während der Probezeit vereinbaren, auch wenn dadurch die 3-Monats-Grenze des § 13 BBiG überschritten wird.

Die Berufsoberschulen in Bayern

An den 21 Berufsoberschulen in Bayern hat sich im Schuljahr 1981/82 die Zahl der Schülerinnen gegenüber dem Vorjahr um rd. 22 % auf 1164 erhöht, wie das Bayerische Statistische Landesamt mitteilt. Die Zahl der Schüler und Schülerinnen stieg insgesamt um 17 % auf 3406. Während

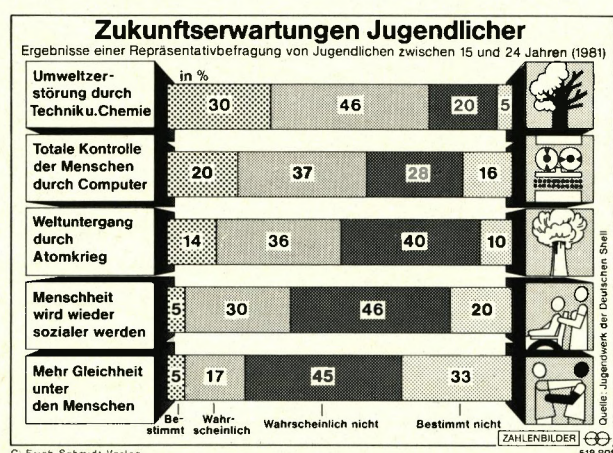
die männlichen Schüler in der Ausbildungsrichtung Technik und Gewerbe 93 % der Schülerschaft ausmachen, dominieren in der Ausbildungsrichtung Hauswirtschaft und Sozialwesen die Mädchen mit 96 %. In der Ausbildungsrichtung Wirtschaft ist die Besetzung durch die beiden Geschlechter fast gleich. 1069 Schüler (1980: 917), darunter 338 weibliche, erreichten im Sommer 1981 die fachgebundene Hochschulreife.

Verhältnis noch nicht vermittelter Bewerber zu unbesetzten Ausbildungsstellen im kaufmännischen Bereich

Auch im kaufmännischen Bereich ergab sich am 31.12.1981 bei den meisten Ausbildungsberufen ein Angebotsdefizit. So standen bei den Bankkaufleuten den 8200 zum 31.12.1981 noch nicht vermittelten Bewerbern nur 2500 unbesetzte Ausbildungsstellen gegenüber. Ein ähnliches Bild ergab sich zum angegebenen Zeitpunkt auch bei den Versicherungskaufleuten (1200 : 1100), bei den Speditionskaufleuten (1300 : 800) und bei dem Reiseverkehrskaufmann (2100 : 150). Ähnlich ungünstig zeigte sich auch das Bild beim Bürokaufmann bzw. bei der Bürogehilfin. Hier standen 17600 am 31.12.1981 noch nicht vermittelten Bewerbern 7900 unbesetzte Ausbildungsplätze gegenüber.

Zukunftserwartungen Jugendlicher

Pessimistisch sieht die Mehrheit der deutschen Jugend in die Zukunft. Mehr als drei Viertel rechnen mit der Zerstörung der Umwelt durch Technik und Chemie, jeder zweite fürchtet die totale Kontrolle der Menschen durch Computer oder den Untergang der Welt in einem atomaren Krieg. Daß die menschlichen Beziehungen sich verbessern, halten die meisten dagegen für unwahrscheinlich. Diese Antworten stammen aus einer vom Shell-Jugendwerk in Auftrag gegebenen Repräsentativbefragung, in der Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren, stellvertretend für ihre rund 9 Mio Altersgenossen, um ihre Meinung befragt wurden.



Wie sich aus der Untersuchung weiter ergibt, sind die Jugendlichen mit pessimistischen Zukunftserwartungen eher zu Kritik, Engagement und Widerstand und zur Teilnahme an neuen politischen Protestbewegungen bereit als ihre zuversichtlicheren Altersgenossen. Die zeigen sich im Durchschnitt politisch weniger interessiert und neigen häufiger kommerziellen und unpolitischen Gruppen zu.

Günstiger stellte sich dagegen das Bild beim Groß- und Außenhandelskaufmann. Hier standen zum 31.12.1981 für 4600 noch nicht vermittelte Bewerber 5100 unbesetzte Stellen zur Verfügung. Ähnlich war die Situation auch beim Einzelhandelskaufmann (4000 : 6900) sowie bei der Verkäuferin (11000 : 17000).

19 % mehr Schüler an den bayerischen Fachoberschulen

Die Schülerzahl der 58 bayerischen Fachoberschulen erhöhte sich im laufenden Schuljahr 1981/82 mit insgesamt 29326 Schülern gegenüber dem Vorjahr um 19 %, wie das Bayerische Statistische Landesamt mitteilt. Der Anteil der weiblichen Schüler beträgt mehr als ein Drittel (34,5 %). Die Zahl der ausländischen Schüler stieg gegenüber dem Vorjahr um 39,3 % auf 475. Die Gesamtschülerzahl umfaßt auch 2065 Teilzeitschüler in Vorklassen.

Das Hauptgewicht des Interesses liegt bei der Ausbildungsrichtung Technik (45,5 % der Schüler). Während unter den Schülern dieser Ausbildungsrichtung die männlichen Schüler fast 91 % ausmachen, beträgt in der Ausbildungsrichtung Sozialwesen der Anteil der weiblichen Schüler über 74 %. 1981 erhielten 8853 Absolventen der Fachoberschulen das Fachhochschulreifezeugnis, das sind 14,1 % mehr als im Vorjahr.

Außenhandel

BGA: Importrestriktionen gegen UdSSR nicht unbedenklich

Bedenken gegen die von den EG-Außenministern erstmalig beschlossenen Sanktionen gegenüber der Sowjetunion in Form von Einfuhrrestriktionen hat unser Bundesverband (BGA) in einem Schreiben an das Bundesministerium für Wirtschaft erhoben.

Der BGA befürchtet, daß bei den Sanktionsmaßnahmen protektionistische Überlegungen ausschlaggebend sein werden. Eine Rekontingentierung liberalisierter Warenpositionen sowie eine Kürzung der Einfuhrkontingente um 50 Prozent könnten nur als zusätzliche Schutzmaßnahmen gewertet werden, zumal die begrenzten Einfuhrmengen ohnehin schon sehr knapp bemessen seien. Überdies werde Umwegeinfuhren über andere Länder Tor und Tür geöffnet.

Wenn jedoch Einfuhrrestriktionen nicht zu umgehen seien, müßten – wie der BGA fordert – den bereits im Vertrauen auf die seinerzeit geltende Rechtslage geschlossenen Verträge Schutz gewährt werden. Denn Importredressierungen Ende Februar würden zwangsläufig in laufende Verträge über Ende 1981 eröffnete Einfuhrmöglichkeiten eingreifen. Nach Ansicht des BGA gibt es andere Wirtschaftsbereiche als die Importseite, in denen Sanktionen effektiver angewendet werden können.

Hartwig: Textilkennzeichnung – ein zusätzliches Handelshemmnis

Gegen die Einführung einer obligatorischen Ursprungs-kennzeichnung für Textilien aus Drittländern, wie sie die EG-Kommission in einem erneut vorgelegten Verordnungs-Entwurf anstrebt, hat sich der Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), **Hans Hartwig**, in einem Schreiben an Bundeswirtschaftsminister Dr. Otto Graf Lambsdorff nachdrücklich ausgesprochen.

Die vorgesehene Maßnahme, die gegen die Grundsätze der gemeinschaftlichen Handelspolitik verstoße, sei ein zusätzliches Handelshemmnis; sie diene auch nicht dem Verbraucherschutz, da sich die geforderten Ursprungsangaben nur auf das Land der letzten Verarbeitung bezögen, nicht aber auf die Herkunft der Vormaterialien.

Die Kennzeichnungspflicht sei ein weiteres Instrument zur Kontrolle der Textilimporte der Europäischen Gemein-

schaft; sie begünstige Renationalisierungstendenzen, wie sie bereits unter der Devise „achetez français“ oder „buy british“ virulent seien.

Durch eine EG-weite Kanalisierung der bisher in Großbritannien und Frankreich praktizierten Kennzeichnungspflicht setze sich die EG-Kommission dem Verdacht aus, nationalen Alleingängen nachzugeben, anstatt sie energisch mit den ihr verfügbaren Mitteln zu bekämpfen.

Personalien

Wir betrauern

Christian Schnittger

Am 22.1.1982 verstarb Herr **Christian Schnittger** im Alter von fast 80 Jahren in Nürnberg. Der Verstorbene hatte die Fa. Gebr. Schnittger, Häute- und Felle-Großhandlung nach dem Tode seines Vaters, des Firmengründers Otto Schnittger, mit seinem Bruder Johannes Schnittger zu der heutigen Unternehmensgröße von rund 250 Mitarbeitern und 130 Millionen DM Jahresumsatz ausgebaut. Heute zählt die Fa. Schnittger zu den bedeutendsten Firmen der Bundesrepublik und Europas im Handel und der Fabrikation von Häuten und Fellen sowie sonstigen tierischen Rohprodukten.



Christian Schnittger gehörte zu den hervorragendsten Unternehmerpersönlichkeiten im Großhandel, dessen Andenken unser Landesverband stets in hohen Ehren halten wird.

Wir gratulieren

Herrn **Julius Dreibusch**, Firma Josef Dreibusch GmbH & Co. KG, Flachglasgroßhandlung in Aschaffenburg, der mit Wirkung vom 1. März 1982 an für eine neue Amtsperiode von vier Jahren zum ehrenamtlichen Richter beim Sozialgericht Würzburg wiederberufen wurde.

Ebenfalls wiederberufen wurde Herr **Elmar Wendenburg**, Eisenkaufmann in unserer Mitgliedsfirma Friedrich W. Nafe in Bamberg. Die neue Amtsperiode beim Sozialgericht Bayreuth trat am 1. Februar 1982 in Kraft.

Wir gratulieren beiden Herren an dieser Stelle sehr herzlich zu ihrer ehrenvollen Berufung.

Hohe niederländische Auszeichnung für BGA-Präsident Hartwig



Hans Hartwig, Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), wurde aufgrund seiner besonderen Verdienste um die Förderung der deutsch-niederländischen Wirtschaftsbeziehungen, die er sich vor allem auch als Konsul der Niederlande erworben hat, mit dem „Commandeurkreuz des Ordens von Oranien Nassau“ ausgezeichnet.

Wilhelm Kahlich – 65 Jahre

Der Geschäftsführer der **Kreditgarantiegemeinschaft** für den Handel in Bayern GmbH **Wilhelm Kahlich** ist am 16.2.1917 in Fulnek, einem kleinen Städtchen im Sudetenland, damals noch im alten Österreich, als Sohn eines selbständigen Handwerksmeisters geboren. Er erhielt selbst eine handwerkliche Ausbildung im väterlichen Betrieb.

Nach der Angliederung des Sudetenlandes war er im Aufbau der Kommunalverwaltung seines Heimatkreises tätig und war bis Juni 1939 Leiter der dortigen Kommunalaufsicht.

Bei Kriegsausbruch meldete sich Kahlich zum fliegenden Personal der Luftwaffe, wurde als Bordmechaniker ausgebildet und bei seinem 32. Einsatz beim Angriff auf einen Geleitzug abgeschossen. Dann bis November 1946 Kriegsgefangenschaft in England und Kanada. 1948 erhielt er die Zulassung zum Studium der Staatswissenschaften (Betriebs- und Volkswirtschaft) an der Universität München (8 Semester als Werkstudent).

Kahlich war damals als Vertriebenenreferent beim Bayerischen Handwerkstag tätig und war insbesondere mit der Seßhaftmachung und Finanzierung der heimatvertriebenen Handwerker und der Industrie beschäftigt. Er war anschlie-

Jahrbuch für Betriebswirte 1982

Aktuelle Informationen für Wirtschaftspraktiker

Herausgegeben von Prof. Dr. Werner Kresse/Dipl.-Volkswirt Walter Alt unter Mitarbeit von Dr. Werner Rössle

7. Jahrgang 1982 – 383 Seiten – Kunststoffeinband – DM 32,80

(Taylorfachverlag, Stuttgart)

Der neue Jahrgang dieses Kompendiums aktueller betriebswirtschaftlicher Informationen ist nunmehr zum siebten Male erschienen. Das Jahrbuch bietet in mehr als 60 Beiträgen Analysen, Hinweise und Lösungsvorschläge zu betrieblichen Problemen. Ganz besonders werden dabei Fragen berücksichtigt, die sich aus der gegenwärtigen Wirtschaftsentwicklung ergeben: „Die Rezession und ihre Bewältigung“ lautet deshalb das Leitthema der diesjährigen Ausgabe.

Was die Autoren des Jahrbuches zu diesem Problem und zu vielen anderen Fragen der strategischen und taktischen Unternehmensführung zu sagen haben, ist durchaus bemerkenswert. Management-Praxis steht dabei im Vordergrund.

Die Beiträge – durchweg verfaßt von Top-Managern und führenden Persönlichkeiten aus Verwaltung und Wissenschaft – entstammen den folgenden Bereichen: Das Unternehmen im gesellschaftlichen Umfeld, Unternehmensführung und Organisation, Mensch und Arbeit, Marketing und Vertrieb, Beschaffung, Lagerung und Fertigung, Finanzen, Wirtschafts- und Steuerrecht, Unternehmensrechnung und Controlling, EDV.

Führungskräften und dem Führungsnachwuchs ist das Buch besonders zu empfehlen.

Landesverband des
Bayerischen Groß- u. Außenhandels
Bildungszentrum



Der Betriebsprüfer kommt – Probleme der steuerlichen Betriebsprüfung

Programm:

- Rechte des Betriebsprüfers
- Auskunftspflicht des Unternehmers
- Ablauf der Betriebsprüfung – worauf zu achten ist
- Besondere Problemfälle aus Bilanz- und Steuerrecht, die in der Betriebsprüfung wichtig sind:
 - Abschreibung
 - Warenbewertung
 - Häufig auftretende Mängel

Termin:

46411 Nürnberg, Mittwoch, 24. März 1982, 9–17 Uhr

Gebühr:

DM 130,–

Referent:

Johann Hinterseher, Steuerberater

Auskunft und Anmeldung:

Bildungszentrum des Bayerischen Handels
Postfach 37 02 43, 8000 München 37, Telefon (089) 55 58 05

Nach Eingang Ihrer Anmeldung erhalten Sie eine Anmeldebestätigung/Rechnung, auf der Sie genaue Angaben zum Lehrgang finden.

Verhandlungsführung im Einkauf

Ein bewußt geführtes Einkaufsgespräch mit einer zielgesteuerten Verhandlungstechnik führt heute immer häufiger zur Schaffung von Kalkulationsreserven für den Verkauf.

Dieses Seminar soll Ihnen helfen, ein Einkaufsgespräch systematisch vorzubereiten und die notwendigen Verhandlungen mit Ihrem Handelspartner durch Sicherheit zum Erfolg zu führen.

Programm

- Worum geht es im Einkauf?
- Systematische Vorbereitung der Einkaufsverhandlung
- Der Verkäufer – Partner im Einkauf
- Das Einkaufsgespräch
- Argumentationstechnik
- Frage- und Einwandtechnik
- Hilfsmittel für den Einkauf

Termin:

46409 Nürnberg 27.4.82

Dauer:

1 Tag von 9 bis 17 Uhr

Referent:

Eckehard Schmidt

Gebühr:

DM 160,–

Vorbereitung auf die schriftliche Abschlußprüfung vor der Industrie- und Handelskammer

Tages-Ferienlehrgang

Während einer 2 - 3jährigen Ausbildungszeit geht manches an „Gelerntem“ wieder verloren.

Unsere Vorbereitungslehrgänge sollen in einem Intensivtraining bereits vergessenes Wissen wieder auffrischen und die Teilnehmer auf die Abschlußprüfung vor der Industrie- und Handelskammer vorbereiten.

Der Lehrgang umfaßt 26 Unterrichtsstunden.

Programm:

Wiederholung des Lehrstoffes der Berufsschule. Hierbei benutzen wir Aufgabenmappen die in Anlehnung an zurückliegende IHK-Prüfungen zusammengestellt wurden. Sie sind nach Prüfungsfächern gegliedert und entsprechen im Aufbau und Schwierigkeitsgrad den typischen Prüfungsfragen.

Termine:

11142 Großhandelskaufmann 05. – 08. April 1982
11153 Bürokaufmann 05. – 08. April 1982

Dauer:

4 Tage, jeweils von 8.15 – 15.00 Uhr (26 Unterrichtsstunden)

Gebühr:

DM 86,– einschließlich Arbeitsmappe

Anmeldeschluß:

31. März 1982

Auskunft und Anmeldung:

Bildungszentrum des Bayerischen Handels
Postfach 37 02 43, 8000 München 37, Telefon (089) 55 58 05

Nach Eingang Ihrer Anmeldung senden wir Ihnen eine Anmeldebestätigung/Rechnung zu, auf der Sie genaue Angaben zum Lehrgang finden.

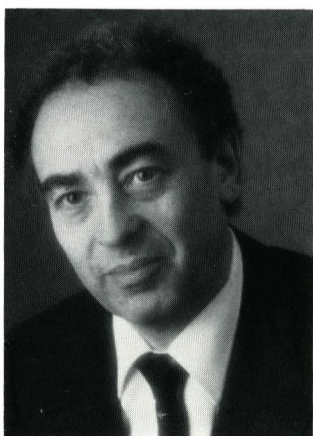
Bend selbständig als Wirtschaftsberater und Rechtsbeistand. Am 1.1.1956 vor Gründung der KGG Eintritt in die Bayerische Kundenkreditbank eGmbH als Hauptbevollmächtigter. Die Bayerische Kundenkreditbank war mit der Besorgung der Geschäfte der neugegründeten Kreditgarantie-



gemeinschaft betraut. Bereits nach kurzer Zeit wurde Kahlich von Dr. Egerer, dem damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden, in den Vorstand der Bank berufen. Unter seiner Geschäftsleitung wurde die KGG auch organisatorisch selbständig. Seit nunmehr 26 Jahren leitet Kahlich die Geschicke dieser Selbsthilfeeinrichtung im Dienste des bayerischen Handels.

Karl-Friedrich Müller – 50 Jahre

Karl-Friedrich Müller, Geschäftsführer der seit 1886 bestehenden Mitgliedsfirma G. F. Lotter, GmbH, Großhandel in Werkzeugen und Maschinen, Nürnberg, feierte am 3. März seinen 50. Geburtstag.



Die zahlreichen Gratulanten wurden angeführt von unserem Präsidenten, Konsul Senator **Walter Braun**, der persönlich zusammen mit Hauptgeschäftsführer **Werner Sattel** die Glückwünsche des Verbandes überbrachte.

Weithin bekannt als Fachmann, übernahm H. Müller vor ca. 20 Jahren nach dem Ableben seines Schwiegervaters, Herrn Ludwig Lotter, die Leitung der Firma. Für den LGA ist er als ordentliches Vorstandsmitglied, im Berufsbildungs-Ausschuß und im Verwaltungsrat des Bildungszentrums des Bayer. Handels aktiv tätig. Erwähnenswert ist ebenfalls sein Engagement als Handelsrichter und in verschiedenen Bereichen der Industrie- und Handelskammer Nürnberg.

Walter Adler im Aussteller-Beirat

Walter Adler, Inhaber unserer Mitgliedsfirma Hoff-Import, Exklusives Kunsthandwerk, Wohnaccessoires, Geschenke und Moden in Nürnberg, wurde in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Kunstgewerbe-Geschenkartikel durch den Aussteller-Beirat der Internationalen Frankfurter Messe ab 1982 als Ordentliches Mitglied in den Aussteller-Beirat der Internationalen Frankfurter Messe berufen.

Ihm gehört unser herzlicher Glückwunsch.

25-jähriges Geschäftsjubiläum im Ingenieur-Büro Roth

Am 1.3.1982 konnte Frau Prokuristin **Maria Schnurr** ihr 25-jähriges Geschäftsjubiläum begehen. Sie gehört dem Unternehmen Roth GmbH & Co KG., Ingenieur-Büro mit Hauptbetrieb in Nürnberg und einer Niederlassung in München, das sich mit Antriebstechnik, Schwingungstechnik und Hydraulik befaßt, seit nunmehr einem Vierteljahrhundert an. Wir gratulieren der Jubilarin sehr herzlich zu diesem Jubiläum.

Buchbesprechungen

„BDI Deutschland liefert“

„BDI Deutschland liefert“ – offizieller Export-Bezugsquellennachweis des Bundesverbandes der Deutschen Industrie – 24. Ausgabe (1982) –

Das Werk ist vollkommen viersprachig (deutsch, englisch, französisch, spanisch) und gliedert sich in:

- Teil I Alphabetisches Suchwortverzeichnis – viersprachig – deutscher Industrieerzeugnisse und Wortmarken mit Angabe der Industriegruppen- und Artikelnummer aller im Teil II genannten Erzeugnisse und deren Hersteller
- Teil II Deutsche Exportwaren, ihre Hersteller, Firmen- und Warenzeichen. Systematisch nach Warengruppen und -begriffen gegliedert im Rahmen von 44 Industriebereichen.
Die Eintragungen sind in typographisch einheitlicher Form unter nummerierten viersprachigen Stichworten übersichtlich geordnet.
- Teil III Alphabetisches Firmenverzeichnis der exportierenden deutschen Industriebetriebe; enthält alphabetisch geordnet sämtliche Anschriften, komplett mit Telefon, Cables, Telex, Industriegruppen-Nummern der in diesem Werk enthaltenen ca. 20000 Firmen (teilweise mit Firmen- und Warenzeichen, Angaben über das Produktionsprogramm, Messehinweise usw.).

Die vorliegende Ausgabe wurde wieder vollständig überarbeitet und enthält die aktuellsten Angaben über die deutschen Liefermöglichkeiten und das neueste Anschriftenmaterial. Der lückenlose viersprachige Aufbau des Buches gestattet es auch jedem ausländischen Benutzer, sich mühelos und schnell zu unterrichten.

Durch den terminologischen Aufbau des Werkes mit ca. 70000 Warenbezeichnungen hat es den Ruf eines „Warenfachwörterbuches“ von außerordentlicher Bedeutung.

Die neue Ausgabe kostet DM 95,- + Porto + MwSt und ist sofort lieferbar vom GEMEINSCHAFTSVERLAG GMBH, POB 110509, Spreestraße 9, 6100 Darmstadt.

B 1579 EX



Groß + Außenhandel Drehscheibe der Wirtschaft



LGA
nachrichten

Offizielles Organ des Landesverbandes
des Bayerischen Groß- und Außenhandels
(Unternehmer- und Arbeitgeberverband) eV

37. Jahrgang · München
April 1982 · Nr. 4/1982

Das aktuelle Thema	3	Arbeitsschutz-Gesetzentwurf – Gefahr für unsere Wirtschaft
Arbeitgeberfragen	4	Feststellung der Belastung von Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft durch Bundesstatistiken
	5	Das Bayerische Bruttoinlandsprodukt im Jahre 1981 Investitionen – Schlüssel für neue Arbeitsplätze
	6	Betriebsvergleichsergebnisse im Großhandel 1980
	9	Am Großhandel in Japan kommt niemand vorbei Telekommunikation im Büro
Allgemeine Rechtsfragen	10	Großhändler haftet nicht
Berufsausbildung und -förderung	10	Verkürzte Ausbildungszeit
	12	Kosten der betrieblichen Ausbildung
Personalien	15	
Buchbesprechungen	15	

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:

Dipl.-Kfm. Sattel (Wirtschafts-, Tarif- und Sozialpolitik, Außenhandel, Betriebswirtschaft) · Dipl.-Kfm. Sauter (Wettbewerbsrecht, Steuern, Kreditwesen, Verkehr) · Dipl.-Volksw. Deutsch (Berufsbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsnachrichten, Personalien) · RA Frankenberger (Tarif-, Sozial- und Arbeitsrecht) · RA Waimann (Arbeitsrecht) · RA Wiedemann (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel) · RA Köppel (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel).

Erscheint einmal im Monat. Verleger: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München, Ottostraße 7. Alleinigere Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels eV, München 2, Ottostraße 7, Telefon 55 77 01/02. Verantwortlich für Herausgabe: Werner Sattel, 8011 Kirchseeon, Alpenstraße 16. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenteil: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, München 2, Ottostraße 7. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Druck: typobiert, 8000 München 40, Riesenfeldstraße 56, Telefon 3 59 60 66-68.

Das aktuelle Thema

Arbeitsschutz-Gesetzesentwurf – Gefahr für unsere Wirtschaft

von Gottfried Liebers (VAB)

Ein sachgerechter Arbeitsschutz ist notwendig. Unser geltendes, in mehr als hundert Jahren entwickeltes Arbeitsschutzrecht mag teilweise unübersichtlich sein; das ist auch darauf zurückzuführen, daß es laufend verbessert und damit ergänzt wurde, um aktuell zu bleiben. Ganz sicher haben viele Aktivitäten besonders der in den letzten 15 Jahren verfolgten Arbeitsschutzpolitik wesentlich zur Humanisierung des Arbeitslebens beigetragen. In seiner Sitzung vom 24. Juni 1981 hatte der Bundestag die Bundesregierung ersucht, den schon in der früheren Regierungserklärung angekündigten Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes vorzulegen. Das hat der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (BMA) unter dem 16.12.1981 ohne vorherige Abstimmung mit den anderen Ministerien getan. Dieser Entwurf für ein Arbeitsschutzgesetz bringt aber keine Zusammenfassung, weder Vereinfachung noch Transparenz. Verschärfte Anforderungen belasten insbesondere die Arbeitgeber. Mindestens sechs schwerwiegende Kritikpunkte lassen sich herausarbeiten:

1. Der Gesetzesentwurf geht in seiner Zielsetzung zu weit.

Nach seinem § 1 sollen „die Menschenwürde der Arbeitnehmer“ und ihre Gesundheit einschließlich der menschengerechten Gestaltung der Arbeit gewährleistet sein. Dabei soll der Arbeitgeber es den Arbeitnehmern ermöglichen, sich beruflich zu entfalten. Soweit damit Grundrechte unserer Verfassung wiederholt werden, ist das entbehrlich. Im übrigen werden z.B. durch die Forderung nach schöpferischer Entfaltung der Arbeitnehmer neue und sehr weitgehende Maßstäbe für das ganze Gesetz eingeführt.

2. Der Gesetzesentwurf erfüllt nicht einmal die vom BMA selbst gesteckten Ziele der Zusammenfassung und Transparenz.

So sieht § 3 vor, daß mindestens zwanzig andere Gesetze ergänzend weiter gelten sollen. Hinzu kommen zahllose Verordnungen, die aufgrund besonderer Ermächtigungen vom BMA erlassen werden können (vgl. z.B. § 37). Der Gedanke an ein übersichtliches einheitliches Gesetzeswerk bleibt also Utopie.

3. Die vorgesehenen Regelungen würden die Arbeitgeber übermäßig belasten.

- a) Da werden generelle Auflagen gemacht, die vor allem Klein- und Mittelbetrieben unverhältnismäßig hohe Kosten aufbürden würden. Der Arbeitgeber muß nämlich nicht nur alles sehr arbeitnehmerfreundlich gestalten; er wird auch verpflichtet, „bei einer Fortentwicklung der allgemein anerkannten sicherheitstechnischen, arbeitsmedizinischen und arbeitshygienischen Regeln die von ihm getroffenen Maßnahmen in angemessener Frist anzupassen“ (§ 2 Abs. 2).
- b) Nach § 23 hat der Arbeitgeber die Arbeit so zu gestalten, „daß Fehlbeanspruchungen des Arbeitnehmers vermieden werden, insbesondere durch Überbeanspruchungen

mit einseitiger Arbeit“. Wo beginnt und endet eine Fehlbeanspruchung? Führt eine einseitige Arbeit immer zur Überbeanspruchung? Fragen, die keine klare Antwort bekommen.

- c) Der Arbeitgeber muß die „in der Arbeitsstätte anzuwendenden Vorschriften und Regeln in einer Betriebsanweisung darstellen und jedem Arbeitnehmer aushängen“, für ausländische Arbeitnehmer in der Landessprache (§ 28). Die bisher in solchen Fällen übliche Auslegung zur Einsicht genügt nicht.



- d) Der Arbeitszeitschutz soll neu und enger als bisher geregelt werden.

Der 8-Stunden-Tag wird gesetzlich festgeschrieben (§ 40). Mehrarbeit darf nur durch Tarifvertrag oder aufgrund eines Tarifvertrages durch Betriebsvereinbarung zugelassen werden (§ 41). Obergrenze hierfür ist eine Höchstarbeitszeit von 48 Stunden je Kalenderwoche einschließlich des Sonntags (§ 43). Flexiblere Arbeitszeiten, z.B. zur Anpassung an Auftragsspitzen für unvorhersehbare Reparaturen, zum Ausgleich für Personalengpässe oder zur Überbrückung von Krankheitsfällen, wie sie bisher nach den §§ 4 ff. AZO möglich waren, sollen entfallen.

Die erweiterte Pausenregelung für Frauen (§ 18 AZO) wird für alle Arbeitnehmer übernommen (§ 43). Das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen, nicht für weibliche Angestellte, bleibt für die Zeit von 22.00 bis 6.00 Uhr bestehen (§ 45). Arbeitnehmer, die regelmäßig in der Nachtzeit beschäftigt werden, dürfen vor, während oder nach dieser Nachtzeit nicht zur Mehrarbeit herangezogen werden (§ 46). Damit ließen sich kurzfristige Ausfälle bei Schichtwechsel überhaupt nicht mehr überbrücken.

Insgesamt: Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen würde durch eine solche Regelung weiter eingeschränkt.

4. Die Arbeitnehmerrechte werden einseitig überbetont.

- So wird der Arbeitnehmer zwar verpflichtet, sich den Weisungen des Arbeitgebers zum Zwecke des Arbeitsschutzes entsprechend zu verhalten; diese Pflicht besteht aber nur gegenüber „berechtigten Weisungen“ (§ 29 Abs. 2). Soll der Arbeitnehmer also selbständig prüfen, ob die Weisung berechtigt ist?
- Bei arbeitsmedizinischen Vorsorgemaßnahmen ist der Arbeitnehmer nicht verpflichtet, mitzuwirken (§ 35 Abs. 1). Gegebenenfalls aber muß der Arbeitgeber die Kosten und den Entgeltausfall tragen (§ 35 Abs. 2).
- Der Arbeitnehmer darf seine Arbeit verweigern, falls der Arbeitgeber irgendwelche Arbeitsschutzpflichten nicht erfüllt und damit eine Gefahr für Leben oder Gesundheit des betroffenen Arbeitnehmers besteht (§ 33).

5. Der Gesetzentwurf bürokratisiert übermäßig.

So haben die Arbeitgeber in Betrieben mit mehr als zwanzig Arbeitnehmern nach Anhörung des Betriebsrates „verantwortliche Personen“ zu bestellen, die für die Erfüllung der gesetzlichen Pflichten verantwortlich sind (§§ 50, 51).

Den Gewerbeaufsichtsamtern werden verstärkte Rechte zugewiesen (§§ 70 ff.). Damit muß eine Einschränkung der Tätigkeit der technischen Aufsichtsdienste der Berufsgenossenschaften zugunsten der Gewerbeaufsicht sowie der übrigen Aufgaben der Berufsgenossenschaften zugunsten der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung befürchtet werden.

Bei den unteren und obersten Landesbehörden sollen „Arbeitsschutzbeiräte“ gebildet werden (§ 78). Außerdem

sind bei der Gewerbeaufsicht „Beamte für die Zusammenarbeit mit den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ auf Vorschlag der Spitzenverbände zu bestellen (§ 79).

6. Zahlreiche Regelungen sind perfektionistisch und damit praxisfremd.

So muß z.B. „der Arbeitgeber dafür sorgen, daß Brände in Arbeitsstätten sofort gelöscht werden“ (§ 17 Satz 2). Wie sonst sollte ein Arbeitgeber handeln?

Auch kann jeder Arbeitnehmer verlangen, „daß andere Arbeitnehmer in der Nähe seines Arbeitsplatzes nicht in einer ihn belästigenden Art rauchen“ (§ 36).

Der hier auszugsweise besprochene Gesetzentwurf soll am 1. Januar 1985 in Kraft treten (§ 92). Das gilt es zu verhindern; denn ein Gesetz, das keine zusammenfassende Transparenz bringt, sondern viel zu weit geht, übertrieben und unklar formuliert, die Arbeitnehmerrechte einseitig betont und die Arbeitgeber zusätzlich belastet, perfektionistisch regelt und die Bürokratisierung verstärkt, ist nicht notwendig. Es bedeutet in dieser Form eine Gefahr für unsere Wirtschaft!

Die Verbände der Arbeitgeber wenden sich deshalb entschieden gegen diesen Gesetzentwurf. Zahlreiche Arbeitskreise haben sich mit dieser aktuellen Problematik bereits befaßt. **Darüber hinaus sind alle aufgerufen, persönliche und fachliche Kontakte, besonders auf politischer Ebene, in diesem Sinne einzusetzen.** Die Anhörung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des DGB beim BMA wird voraussichtlich Ende April stattfinden.

Arbeitgeberfragen

Feststellung der Belastung von Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft durch Bundesstatistiken

Vorbemerkung

In der öffentlichen Diskussion haben in den letzten Jahren Klagen über wachsende Anforderungen staatlicher Stellen an die Bevölkerung und Wirtschaft zunehmend an Gewicht gewonnen. Sie sind häufig Teil einer allgemeinen Bürokratiekritik. Auch im statistischen Bereich ist zunehmend an Belastungen, die den Befragten durch statistische Erhebungen entstehen, Kritik geäußert worden. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft haben wiederholt steigende Belastungen durch statistische Aufgaben bemängelt.

Um verlässliche und allgemeinverständliche Orientierungsdaten zu erlangen, regte der Bundesminister des Innern eine Untersuchung an, bei der in Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Ressorts der Bundesregierung, den Spitzenorganisationen der Wirtschaft und den Statistischen Ämtern der Frage der Belastung der Wirtschaft durch Bundesstatistiken nachgegangen werden sollte.

Die Untersuchung wurde von einer Arbeitsgruppe durchgeführt, in der unter Federführung des Bundesministeriums des Innern Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V., des Deutschen Industrie- und Handelstages, des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, der Gemeinsamen Statistischen Stelle der Nordrhein-Westfälischen Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammer Düsseldorf,

Mittlere Bearbeitungszeit

Beschäftigten- größenklasse (von...bis... Beschäftigte)	Befragte Unter- nehmen	Zuge- hörige Betriebe	Be- schäftigte	Durch- schnitt- liche Zahl der Mel- dungen je Unter- nehmen	Mittlere Bear- beitungszeit der Frage- bogen je Unter- nehmen im Jahr 1979	
					Median	arithme- tisches Mittel
					Stunden	
Einbetriebsunternehmen						
Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe ¹⁾						
1— 19	7	x	88	6,3	3,0	3,0
20— 49	39	x	1 283	33,2	43,0	65,3
50—199	97	x	10 478	32,2	40,0	65,6
200—499	59	x	19 405	36,8	82,7	128,7
500 und mehr ..	35	x	41 946	42,2	109,5	137,1
Handwerk ²⁾						
1— 19	17	x	270	4,0	2,5	5,6
20— 49	66	x	2 114	16,0	17,5	34,3
50—199	48	x	4 681	21,3	33,3	52,4
darunter: Produzierendes Handwerk ²⁾						
1— 19	16	x	255	3,9	2,3	4,7
20— 49	58	x	1 879	17,6	20,0	38,1
50—199	38	x	3 606	24,4	46,4	63,0
Handel						
1— 19	7	x	76	5,9	0,7	2,1
20— 49	12	x	359	10,0	4,3	8,8
50—199	19	x	2 019	13,3	4,4	14,4
200—499	5	x	1 538	12,4	25,0	24,0
500 und mehr ..	3	x	3 553	14,0	11,0	17,2
Mehrbetriebsunternehmen						
Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe ¹⁾²⁾						
20— 49	4	8	152	55,3	46,5	54,2
50—199	8	16	1 047	55,4	121,5	114,7
200—499	14	34	4 650	61,4	112,0	148,0
500 und mehr ..	42	189	205 955	196,5	362,5	1 338,1

¹⁾ Ohne Handwerk. — ²⁾ Für Größenklassen mit weniger als 3 Fällen kein Nachweis.

des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen und des Statistischen Bundesamtes mitwirkten.

Grundlagen und methodische Überlegungen

Im Rahmen der Untersuchung wurden 736 Unternehmen aus dem Raum Nordrhein-Westfalen, die sich freiwillig zu einer Mitarbeit bereit erklärt hatten, schriftlich befragt. Davon haben 501 (430 Ein- und 71 Mehrbetriebsunternehmen) den ausgefüllten Fragebogen zurückgesandt.

Im einzelnen wurde um Auskunft gebeten, welche Zeit für das Bearbeiten der Erhebungsunterlagen jeder Statistik (ohne EDV-Maschinenzeiten) benötigt wurde, wer die Erhebungsunterlagen bearbeitete und wie die Datenermittlung erfolgte. Ferner wurde nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt des Unternehmens sowie der Zahl seiner meldepflichtigen Betriebe und Beschäftigten gefragt. Ergänzend wurde außerdem um Hinweise und Erläuterungen gebeten, bei welchen Erhebungsmerkmalen der einzelnen Bundesstatistiken besondere Schwierigkeiten aufgetreten waren.

Ergebnisse

Der Abschlußbericht enthält getrennte Ergebnisse über die Bearbeitungszeiten für bundesstatistische Erhebungen im Jahr 1979 für Ein- und Mehrbetriebsunternehmen nach den wichtigsten Einflußfaktoren der Belastung (Größe und Wirtschaftsbereich der Unternehmen sowie Zahl der Meldungen). Ferner werden für Einbetriebsunternehmen die Bearbeitungszeiten danach untergliedert, wer die Fragebogen im Unternehmen bearbeitet hat und wie die Datenermittlung erfolgte. Ergänzend werden für einzelne ausgewählte Statistiken Detailergebnisse angegeben.

Die Tabelle gibt dazu für die wichtigsten Wirtschaftsbereiche und Beschäftigtengrößenklassen ausgewählte Ergebnisse an. Danach reichte die mittlere Belastung – gemessen durch den Median – je Unternehmen im Jahr 1979 bei den Einbetriebsunternehmen von 0,7 Stunden (Wirtschaftsbereich Handel, Größenklasse 1 bis 19 Beschäftigte) bis 109,5 Stunden (Wirtschaftsbereich Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe, Größenklasse 500 und mehr Beschäftigte). Bei Mehrbetriebsunternehmen liegen die niedrigsten und höchsten Werte bei 46,5 Stunden (Wirtschaftsbereich Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe, Größenklasse 20 bis 49 Beschäftigte) und 362,5 Stunden (gleicher Wirtschaftsbereich, 500 und mehr Beschäftigte). Damit ergaben sich im Jahr 1979 mittlere Bearbeitungszeiten für alle bundesstatistischen Erhebungen eines Unternehmens, die bei Einbetriebsunternehmen zwischen einer Arbeitsstunde und unter 3 Mann-Wochen, bei Mehrbetriebsunternehmen zwischen 1 und 10 Mann-Wochen liegen, wenn man eine wöchentliche Arbeitszeit von 40 Stunden zugrunde legt. Bezieht man die von einem Unternehmen aufgewendete Bearbeitungszeit für Bundesstatistiken auf die dem Unternehmen insgesamt zur Verfügung stehende Jahresarbeitszeit aller Beschäftigten, so ergeben sich Anteile, die in allen Unternehmensgrößenklassen unterhalb eines Tausendstels der gesamten Jahresarbeitszeit liegen.

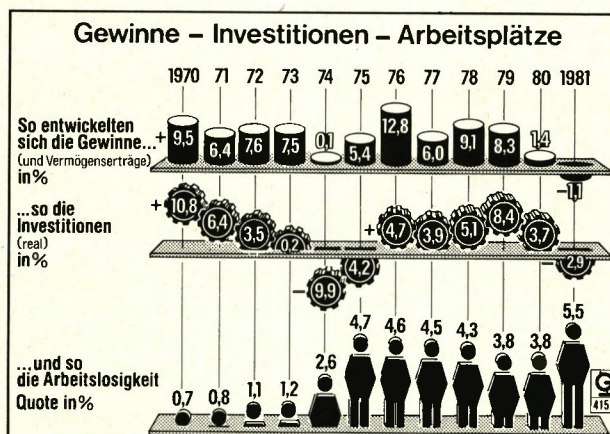
Mit der Bearbeitung der Erhebungsunterlagen waren überwiegend Mitarbeiter befaßt; in kleineren Unternehmen waren daneben in nennenswertem Ausmaß auch die Inhaber bzw. Unternehmensleiter beteiligt. Die von ihnen aufgewendeten Bearbeitungszeiten beschränkten sich im Mittel auf wenige Stunden im Jahr. Hier ist anzunehmen, daß vor allem die Häufigkeit der kurzfristigen Inanspruchnahme und die Verantwortung für die pünktliche Abgabe der Meldungen von den Inhabern kleiner Unternehmen subjektiv als besondere Belastung empfunden werden.

Das Bayerische Bruttoinlandsprodukt im Jahre 1981:

Nach einer ersten Schnellrechnung des Bayerischen Statistischen Landesamts, in der allerdings die Ergebnisse der Monate November und Dezember 1981 noch nicht berücksichtigt werden konnten, erreichte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 1981 in Bayern einen Wert von rd. 262,2 Milliarden DM. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung um 4,6%. Im Bundesdurchschnitt lag die entsprechende Zunahme bei 4,1%.

Als Maßstab für das wirtschaftliche Wachstum dient jedoch nicht die Veränderungsrate des nominalen, sondern des realen Bruttoinlandsprodukts. Unter Ausschaltung der binnen Jahresfrist eingetretenen Preissteigerung verblieb in Bayern noch eine rein mengenbedingte Zunahme an produzierten Gütern und erbrachten Leistungen von 0,7%. Damit hat sich das Wirtschaftswachstum gegenüber dem Vorjahr (2,4%) weiter abgeschwächt. Noch stärker als in Bayern war der wirtschaftliche Abschwung im Bundesgebiet, wo 1981 überhaupt kein Wachstum mehr erzielt werden konnte. Der Anteil, den Bayern zum realen BIP des gesamten Bundesgebiets beitrug, erhöhte sich dadurch weiter auf 17%.

Investitionen – Schlüssel für neue Arbeitsplätze



Wer einen Betrieb gründet, tut es in der Regel nicht in der Absicht, Arbeitsplätze zu schaffen. Hauptziele sind eine vernünftige Rendite für das eingesetzte Kapital und finanzieller Lohn für das unternehmerische Risiko. Dasselbe gilt für Investitionen. Unternehmen kaufen dann neue Anlagen und Maschinen oder errichten neue Gebäude, wenn sich diese Anschaffungen auch rentieren, wenn also genügend Aussicht auf Gewinn besteht. Die Statistik bestätigt den Zusammenhang zwischen Gewinnen und Investitionen. Immer wenn die Ertragslage gut war, stieg auch die Investitionslust der Wirtschaft. Sank dagegen die Ertragskraft, gingen auch die Investitionen zurück.

Die Statistik zeigt aber auch noch einen anderen Zusammenhang, nämlich die enge Verknüpfung von Investitionen und Arbeitsplätzen. Weniger Investitionen bedeuten wachsende Arbeitslosigkeit. Eine intensive Investitionstätigkeit dagegen vergrößert das Angebot an Arbeitsplätzen und senkt die Zahl der Erwerbslosen. Der Schlüssel für mehr und neue Arbeitsplätze liegt also darin, die Ertrags- und Investitionskraft der Wirtschaft nachhaltig zu verbessern.

Lfd. Nr.	Branche	Absatz 1980 in % von 1979	Beschaffung 1980 in % von 1979	Gesamtkosten 1980 in % von 1979
		1	2	3
1	Biergroßhandel	105	105	106
2	Tabakwarengroßhandel (nur Großabnehmer)	107	-	110
3	Textilgroßhandel	107	106	110
4	Großhandel mit Heimtextilien	104	98	104
5	Schuhgroßhandel	108	107	107
6	Elektrogroßhandel	109	109	109
7	Rundfunk- und Fernsehgroßhandel	108	105	103
8	Reifenhandel	112	114	112
9	Hohlglas- und Keramikgroßhandel	107	105	107
10	Möbelgroßhandel und -auslieferungslager	107	-	110
11	Uhrengroßhandel	100	104	112
12	Schmuckwarengroßhandel	102	98	107
13	Kraftfahrzeugteile- und Zweiradgroßhandel	105	104	111
14	Papiergroßhandel	108	105	110
15	Technischer Handel	111	112	109
16	Farbengroßhandel	109	107	108
17	Holzgroßhandel	114	112	114
18	Stahlhandel mit: weniger als 25 % Streckengeschäft	107	-	110
19	25-50 % Streckengeschäft	102	-	108
20	mehr als 50 % Streckengeschäft	106	-	108
21	Werkzeugmaschinen- und Werkzeuggroßhandel	108	106	110
22	Großhandel mit Baugeräten, Bau- und Industriemaschinen	98	97	113
23	Großhandel in Binderei- und Gärtnerbedarfartikeln	106	103	117
	erfaßter Großhandel insgesamt	107	107	110
	Zum Vergleich: entsprechender Gesamtdurchschnitt 1979	110	110	111

Tabelle 3: Außenstände und Verbindlichkeiten am Jahresende, sowie Skonti und Boni in Prozenten des Absatzes im Jahre 1980

Lfd. Nr.	Branche	Kontokorrent- außenstände	Besitzwechsel	Außenstände gesamt	Kontokorrent- verbindlichkeiten	Schuldwechsel	Verbindlich- keiten gesamt	Kundenskonti und -boni	Lieferanten- skonti u. -boni
		1	2	3	4	5	6	7	8
1	Biergroßhandel	5,0	0,1	5,1	5,7	0,1	5,8	—	—
2	Tabakwarengroßhandel (nur Großabnehmer)	2,4	0,3 ³⁾	2,7	—	—	2,3	0,9 ¹⁾	0,9 ¹⁾
3	Textilgroßhandel	8,8	0,1	8,9	4,1	3,1	7,2	3,1	4,3
4	Großhandel mit Heimtextilien	12,6	0,1	12,7	6,6	4,4	11,0	2,6	3,6
5	Schuhgroßhandel	10,5	0,9	11,4	6,6	0,3	6,9	2,5	2,8
6	Elektrogroßhandel	16,8	0,1	16,9	10,8	3,4	14,2	2,0	5,1
7	Rundfunk- und Fernsehgroßhandel	21,5	0,2	21,7	15,2	10,1	25,3	2,2	5,8
8	Reifenhandel	11,6	0,2	11,8	13,0	3,7	16,7	1,2 ²⁾	2,0 ²⁾
9	Hohlglas- und Keramikgroßhandel	11,2	0,1	11,3	8,9	3,2	12,1	3,0	2,1
10	Möbelgroßhandel und -auslieferungslager	—	—	—	—	—	—	—	—
11	Uhrengroßhandel	24,4	0,3	24,7	14,4	3,2	17,6	6,5	5,5
12	Schmuckwarengroßhandel	28,8	0,6	29,4	14,5	3,4	17,9	6,6	2,5
13	Fahrzeugteile- und Zweiradgroßhandel	9,2	0,1	9,3	8,3	2,5	10,8	1,5	3,3
14	Papiergroßhandel	8,7	0,1	8,8	4,0	2,4	6,4	2,0 ²⁾	2,3 ²⁾
15	Technischer Handel	—	—	9,2	—	—	6,6	2,0	3,5
16	Farbengroßhandel	11,0	0,5	11,5	4,8	1,8	6,6	1,5 ²⁾	2,1 ²⁾
17	Holzgroßhandel	9,9	0,2	10,1	4,8	1,3	6,1	1,4 ²⁾	1,6 ²⁾
18	Stahlhandel mit: weniger als 25 % Streckengeschäft	—	—	12,2	—	—	7,5	—	—
19	25–50 % Streckengeschäft	—	—	11,7	—	—	9,3	—	—
20	mehr als 50 % Streckengeschäft	—	—	11,7	—	—	10,5	—	—
21	Werkzeugmaschinen- und Werkzeuggroßhandel	—	—	11,8	6,6	1,3	7,9	1,7	2,0
22	Großhandel mit Baugeräten, Bau- und Industriemaschinen	12,0	0,6	12,6	8,2	5,5	13,7	1,1	1,6
23	Großhandel in Binderei- und Gärtnereibedarfsartikeln	8,2	0,2	8,4	7,1	0,1	7,2	—	—
	erfaßter Großhandel insgesamt	11,3	0,2	11,5	7,6	2,9	10,5	2,0	3,1
	Zum Vergleich: entsprechender Gesamtdurchschnitt 1979	11,7	0,3	12,0	8,0	2,8	10,8	1,9	3,1

— bedeutet: Position nicht ermittelt

¹⁾ nur Kunden- und Lieferantenboni²⁾ nur Kunden- und Lieferantenskonti³⁾ einschließlich Obligo aus weitergegebenen Kundenwechseln

Tabelle 4: Absatz je beschäftigte Person, Absatz je Rechnung und Lagerumschlagsgeschwindigkeit im Jahre 1980

Lfd. Nr.	Branche	Absatz je beschäftigte Person in DM	Beschäft. Pers. je 100000 DM Absatz	Absatz je Rechnung in DM	Zahl der Rechnungen je 100000 DM Absatz	Lagerum- schlags- geschwin- digkeit ... mal	Lager- stand ³⁾ je 100000 DM Absatz in DM
		1	2	3	4	5	6
1	Biergroßhandel	290300	3,4	—	—	—	—
2	Tabakwarengroßhandel (nur Großabnehmer)	999700	1,0	—	—	19,1	4750
3	Textilgroßhandel	198000	5,1	332	301	4,9	14590
4	Großhandel mit Heimtextilien	238700	4,2	458	218	4,4	15910
5	Schuhgroßhandel	354700	2,8	561	178	5,0	15620
6	Elektrogroßhandel	343800	2,9	—	—	6,6	12230
7	Rundfunk- und Fernsehgroßhandel	464900	2,2	—	—	8,6	9720
8	Reifenhandel	232400	4,3	—	—	6,8 ²⁾	10030
9	Hohlglas- und Keramikgroßhandel	229900	4,3	750	133	3,9	17850
10	Möbelgroßhandel und -auslieferungslager	344900	2,9	—	—	5,6 ²⁾	12520
11	Uhrengroßhandel	332900	3,0	—	—	4,8	15480
12	Schmuckwarengroßhandel	342100	2,9	—	—	2,4	29210
13	Kraftfahrzeugteile- und Zweiradgroßhandel	217100	4,6	195	513	5,3 ²⁾	13720
14	Papiergroßhandel	513800	1,9	820 ¹⁾	122 ¹⁾	5,7	14420
15	Technischer Handel	309300 ⁴⁾	3,6	667	150	7,1 ²⁾	10300
16	Farbengroßhandel	215700	4,6	—	—	4,9 ²⁾	13940
17	Holzgroßhandel	358000	2,8	834	120	3,7 ²⁾	20410
18	Stahlhandel mit: weniger als 25 % Streckengeschäft	373700	2,7	—	—	7,2 ²⁾	10780
19	25–50 % Streckengeschäft	661100	1,5	—	—	5,4 ²⁾	15930
20	mehr als 50 % Streckengeschäft	1578600	0,6	—	—	4,5 ²⁾	20510
21	Werkzeugmaschinen- und Werkzeuggroßhandel	332500	3,0	—	—	5,7	12870
22	Großhandel mit Baugeräten, Bau- und Industriemaschinen	357500	2,8	—	—	4,4	16930
23	Großhandel in Binderei- und Gärtnereibedarfsartikeln	234700	4,3	—	—	5,9	11240
	erfaßter Großhandel insgesamt	428800	2,3	582	172	5,8	14530
	Zum Vergleich: entsprechender Gesamtdurchschnitt 1979	423000	2,4	530	189	5,8	14610

— bedeutet: Position nicht ermittelt

¹⁾ Lagerabsatz dividiert durch die im Lagergeschäft ausgestellten Rechnungen²⁾ Absatz zu Einstandspreisen dividiert durch den durchschnittlichen Lagerbestand zu Bilanzwerten³⁾ Lagerbestand zu Einstandspreisen⁴⁾ Absatz je im Handel beschäftigte Person

Tabelle 5: Gesamtkosten und Kostenarten in Prozenten des Absatzes im Jahre 1980

Lfd. Nr.	Branche	Pers.-Kost. ohne Untern.-Lohn u. Prov.	Unternehmerlohn	Provisionen	Personalkosten gesamt	Raumkosten	Werbe- und Reisekosten	Transport- und Verpackungskosten	Kosten des Fuhr- u. Wagenparks	Zinsaufwendungen für Fremdkapital	Zinsen für Eigenkapital	Abschreibungen	Allgem. Verwaltungs- und sonst. Kosten	Gesamtkosten
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1	Biergroßhandel	11,0	1,9	0,2	13,1	2,3	0,7	0,1	2,3	0,8	0,4	1,6	2,2	23,5
2	Tabakwarengroßhandel (nur Großabnehmer)	3,5	0,2	0,1	3,8	0,3	0,2	0,4	0,4	0,3	0,9	2,9 ¹⁾	9,2	
3	Textilgroßhandel	14,3	1,3	1,0	16,6	2,5	1,1 ²⁾	0,7	0,8	1,5	1,0	0,9	2,5	27,6
4	Großhandel in Heimtextilien	14,2	1,0	0,8	16,0	2,5	2,8 ³⁾	1,0	1,3	1,7	-	1,1	2,8	29,2
5	Schuhgroßhandel	8,3	1,1	0,7	10,1	1,4	1,3	1,1	0,7	0,7	1,0	0,7	1,8	18,8
6	Elektrogroßhandel	9,9	0,7	0,2	10,8	1,5	0,4	0,2	0,6	0,9	0,6	0,7	1,9	17,6
7	Rundfunk- und Fernsehgroßhandel	6,4	1,3	-	7,7	1,3	0,5	0,2	0,6	0,7	0,7	1,0	1,6	14,3
8	Reifenhandel	16,1	1,3	0,1	17,5	3,3	1,1	-	0,8	0,6	0,8	1,5	3,8	29,4
9	Hohlglas- und Keramikgroßhandel	13,9	0,8	2,3	17,0	2,4	1,7	0,9	1,4	1,7	0,8	1,1	2,5	29,5
10	Möbelgroßhandel und -auslieferungslager	11,7	1,1	0,3	13,1	5,4	1,9	0,1	0,8	0,9	0,8	0,7	2,9	26,6
11	Uhrengroßhandel	11,8	0,9	2,1	14,8	1,1	1,4	0,7	0,6	1,5	0,9	0,8	2,7	24,5
12	Schmuckwarengroßhandel	9,4	2,3	2,4	14,1	0,9	1,0	0,6	0,7	1,6	1,9	0,8	3,3	24,9
13	Kraftfahrzeugteile- und Zweiradgroßhandel	14,4	1,1	0,6	16,1	2,2	0,8	0,2	1,0	1,0	0,7	0,9	2,7	25,6
14	Papiergroßhandel	7,7	0,6	0,6	8,9	1,7	0,5	0,3	0,9	1,1	0,7	0,8	1,8	16,7
15	Technischer Handel	13,3	1,1	0,4	14,8	1,7	0,8	0,5	0,8	0,9	0,6	0,8	2,8	23,7
16	Farbengroßhandel	15,4	1,5	0,3	17,2	3,2	1,3	0,2	1,2	1,5	0,9	1,3	3,1	29,9
17	Holzgroßhandel	10,7	1,0	0,2	11,9	2,1	0,7	0,2	1,2	1,5	0,9	1,2	2,5	22,2
18	Stahlhandel mit: weniger als 25 % Streckengeschäft	11,6	0,6	0,2	12,4	1,6	0,5	0,3	1,1	1,3	0,9	1,0	2,4	21,5
19	25-50 % Streckengeschäft	7,2	0,2	0,1	7,5	1,1	0,3	0,5	0,7	1,2	0,5	0,7	1,3	13,8
20	mehr als 50 % Streckengeschäft	4,0	0,1	-	4,1	0,6	0,2	0,2	0,4	0,7	0,4	0,5	1,3	8,4
21	Werkzeugmaschinen- und Werkzeuggroßhandel	12,1	1,1	0,8	14,0	1,8	1,5	0,5	1,0	1,1	0,7	1,0	2,9	24,5
22	Großhandel mit Baugeräten, Bau- und Industriemaschinen	11,4	0,5	0,9	12,8	-	1,3	-	-	-	0,7	2,7	-	23,9
23	Großhandel in Binderei- und Gärtnerbedarfartikeln	13,6	2,4	1)	16,0	3,7	1,0	0,3	2,0	0,9	1,3	1,4	3,5	30,1
	erfaßter Großhandel insgesamt	11,2	1,0	0,4	12,6	2,0	0,8	0,3	1,0	1,1	0,7	1,0	2,3	21,8
	Zum Vergleich: entsprechender Gesamtdurchschnitt 1979 ..	10,9	1,0	0,4	12,3	1,9	0,8	0,3	0,9	0,8	0,8	1,0	2,5	21,3

- bedeutet: Diese Kostenarten waren nicht abgrenzbar und sind deshalb nur in den Gesamtkosten enthalten

1) Position in Spalte 1 miterfaßt

2) einschließlich Musterkosten

3) einschließlich Automatenprovisionen

Tabelle 6: Kosten in Prozenten der Gesamtkosten im Jahre 1980

Lfd. Nr.	Branche	Pers.-Kost. ohne Untern.-Lohn u. Prov.	Unternehmerlohn	Provisionen	Personalkosten gesamt	Raumkosten	Werbe- und Reisekosten	Transport- und Verpackungskosten	Kosten des Fuhr- u. Wagenparks	Zinsaufwendungen für Fremdkapital	Zinsen für Eigenkapital	Abschreibungen	Allgem. Verwaltungs- und sonst. Kosten	Gesamtkosten
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1	Biergroßhandel	46,8	8,1	0,8	55,7	9,8	3,0	0,4	9,8	3,4	1,7	6,8	9,4	100
2	Tabakwarengroßhandel (nur Großabnehmer)	38,0	2,2	1,1	41,3	3,3	2,2	4,3	4,3	3,3	9,8	31,5 ¹⁾	100	
3	Textilgroßhandel	51,8	4,7	3,6	60,1	9,1	4,0 ²⁾	2,5	2,9	5,4	3,6	3,3	9,1	100
4	Großhandel in Heimtextilien	48,6	3,4	2,8	54,8	8,6	9,6 ³⁾	3,4	4,4	5,8	-	3,8	9,6	100
5	Schuhgroßhandel	44,1	5,9	3,7	53,7	7,4	7,0	5,9	3,7	3,7	5,3	3,7	9,6	100
6	Elektrogroßhandel	56,3	4,0	1,1	61,4	8,5	2,3	1,1	3,4	5,1	3,4	4,0	10,8	100
7	Rundfunk- und Fernsehgroßhandel	44,7	9,1	-	53,8	9,1	3,5	1,4	4,2	4,9	4,9	7,0	11,2	100
8	Reifenhandel	54,8	4,4	0,3	59,5	11,2	3,8	-	2,7	2,1	2,7	5,1	12,9	100
9	Hohlglas- und Keramikgroßhandel	47,1	2,7	7,8	57,6	8,1	5,8	3,1	4,7	5,8	2,7	3,7	8,5	100
10	Möbelgroßhandel und -auslieferungslager	44,0	4,2	1,1	49,3	20,3	7,1	0,4	3,0	3,4	3,0	2,6	10,9	100
11	Uhrengroßhandel	48,1	3,7	8,6	60,4	4,5	5,7	2,9	2,4	6,1	3,7	3,3	11,0	100
12	Schmuckwarengroßhandel	37,8	9,2	9,6	56,6	3,6	4,0	2,4	2,8	6,4	7,7	3,2	13,3	100
13	Kraftfahrzeugteile- und Zweiradgroßhandel	56,3	4,3	2,3	62,9	8,6	3,1	0,8	3,9	3,9	2,7	3,5	10,6	100
14	Papiergroßhandel	46,1	3,6	3,6	53,3	10,2	3,0	1,8	5,4	6,6	4,2	4,8	10,7	100
15	Technischer Handel	56,1	4,6	1,7	62,4	7,2	3,4	2,1	3,4	3,8	2,5	3,4	11,8	100
16	Farbengroßhandel	51,5	5,0	1,0	57,5	10,7	4,4	0,7	4,0	5,0	3,0	4,4	10,3	100
17	Holzgroßhandel	48,2	4,5	0,9	53,6	9,5	3,1	0,9	5,4	6,8	4,0	5,4	11,3	100
18	Stahlhandel mit: weniger als 25 % Streckengeschäft	54,0	2,8	0,9	57,7	7,4	2,3	1,4	5,1	6,0	4,2	4,7	11,2	100
19	25-50 % Streckengeschäft	52,2	1,4	0,7	54,3	8,0	2,2	3,6	5,1	8,7	3,6	5,1	9,4	100
20	mehr als 50 % Streckengeschäft	47,6	1,2	-	48,8	7,1	2,4	2,4	4,8	8,3	4,8	6,0	15,4	100
21	Werkzeugmaschinen- und Werkzeuggroßhandel	49,4	4,5	3,2	57,1	7,4	6,1	2,0	4,1	4,5	2,9	4,1	11,8	100
22	Großhandel mit Baugeräten, Bau- und Industriemaschinen	47,7	2,1	3,8	53,6	-	5,4	-	-	-	2,9	11,3	-	100
23	Großhandel in Binderei- und Gärtnerbedarfartikeln	45,2	8,0	1)	53,2	12,3	3,3	1,0	6,6	3,0	4,3	4,7	11,6	100
	erfaßter Großhandel insgesamt	51,4	4,6	1,8	57,8	9,2	3,7	1,4	4,6	5,0	3,2	4,6	10,5	100
	Zum Vergleich: entsprechender Gesamtdurchschnitt 1979 ..	51,1	4,7	1,9	57,7	8,9	3,8	1,4	4,2	3,8	3,8	4,7	11,7	100

- bedeutet: Diese Kostenarten waren nicht abgrenzbar und sind deshalb nur in den Gesamtkosten enthalten

Am Großhandel in Japan kommt niemand vorbei

von Peter Odlich

Anders als in der Bundesrepublik oder in den Vereinigten Staaten ist in Japan der Großhandel unverändert eine tragende Säule der gesamten Warenverteilung. Während in der Bundesrepublik der Großhandel schrumpft und sein Umsatz nach einer Untersuchung des Ifo-Instituts in München nur knapp zwei Drittel der Gesamtumsätze des Handels ausmacht, wächst er in Japan und erreicht dort vier Fünftel des gesamten Handelsumsatzes. Die Stärke und auch die Unübersichtlichkeit des japanischen Großhandelssystems werden zuweilen sogar zu den sogenannten nichttarifären Handelshemmnissen des Landes gezählt. Das mag etwas überspitzt klingen, aber ausländische Unternehmen, die mit großhandelsfähigen Waren auf den japanischen Markt drängen, werden es außerordentlich schwer haben, wenn sie die traditionelle Großhandelsorganisation in Japan umgehen wollen.

Schon ein einfaches Beispiel demonstriert die Unterschiede zwischen Japan und Deutschland: Ein kleiner japanischer Supermarkt mit recht begrenztem Warensortiment hat selbst bei straffester Führung etwa 80 bis 90 Lieferanten, die meistens dem klassischen Großhandel zuzuordnen sind. Das entspricht dem Vielfachen der Großhandelsbeziehungen, die ein vergleichbarer deutscher Supermarkt unterhält. Zum Teil erklärt sich dies mit den Geschäftsprinzipien der Einzelhandelsläden, die bei kleinen Lagerkapazitäten nur geringe Mengen beziehen und auf die Lieferbereitschaft des Großhandels vertrauen. Auch wenn der japanische Markt einer Kette angehörte, würde das an diesen Lieferbeziehungen nur vergleichsweise wenig ändern.

370 000 Großhandelsbetriebe

Es gibt daher in Japan heute rund 370 000 Großhandelsbetriebe mit über 3,5 Millionen Beschäftigten. Die Zahl der japanischen Großhandlungen ist damit eineinhalbmal so groß wie vor zehn Jahren und etwa dreieinhalbmal so groß wie in der Bundesrepublik. Dennoch erreicht der japanische Großhändler im Durchschnitt noch einen Umsatz in doppelter Höhe seines deutschen Kollegen. Die Umsätze der größten japanischen Großhandelsfirmen sind laut Ifo etwa sieben- bis achtmal so groß wie die der deutschen Spitzenfirmen.

Die überaus starke Rolle des japanischen Großhandels hat ihre Wurzeln in der letzten Phase des Mittelalters. Seit jener Periode ist der japanische Großhändler mehr als nur jener Zwischenhändler, der einzelnen anderen Ländern diese Handelsstufe charakterisiert. Der japanische Großhändler hat sich nämlich traditionell immer als Finanzier, als Berater speziell auf dem Gebiet der Produktentwicklung und schließlich als Transporteur und Lagerhalter verstanden. Diese Rolle ist dem Großhandel zugewachsen, als die produzierenden Betriebe in Japan überwiegend noch extrem klein und kapitalschwach waren. Damals hat der Großhändler im Durchschnitt noch einen Umsatz in doppelt übernommen, sondern diesen zuerst einmal die Rohstoffe beschafft und auch über die Dauer des Fertigungsvorganges hinweg kreditiert. Der Großhandel übernahm damit für die Produzenten die Finanzierung, das Vertriebskonzept und schließlich auch die physische Warenverteilung. Besonders im Import und Export spielen die Großhandelsfirmen in Japan eine unvergleichlich stärkere Rolle als etwa in der Bundesrepublik.

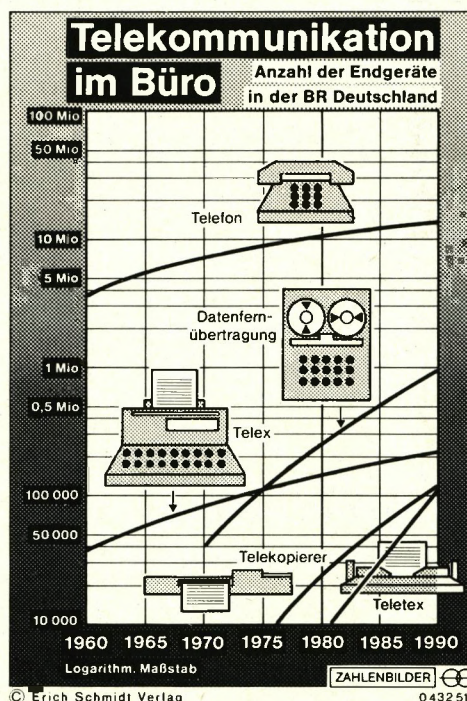
Auch für den japanischen Einzelhandel bedeutete der Großhandel stets wesentlich mehr als einen bloßen Zwischenhandel, denn den allermeisten Einzelhändlern fehlte stets das Kapital, um beim Produzenten direkt einkaufen zu können – genauso, wie sich die Produzenten außerstande sahen, dem Einzelhandel Kredit einzuräumen. Die Beziehung zwischen Hersteller und Einzelhändler ist in Japan stets durch den Weg über den kapitalstarken und vielfach auch besonders einflussreichen Großhändler gekennzeichnet gewesen, der beide Seiten beriet und finanzierte.

Drehpunkt der Warenverteilung

Daß das japanische Großhandelssystem trotz dieser eigentlich recht klaren Aufgabenteilung auf den Betrachter so unübersichtlich und teilweise verworren wirkt, geht auf die Struktur des Großhandels zurück. Entscheidend für den

Telekommunikation im Büro

Telekommunikation – der Austausch von Daten und Informationen mit Hilfe nachrichtentechnischer Mittel – wird zum Leitbegriff für das Büro der Zukunft. So selbstverständlich wie gestern ein Telefongespräch oder ein Fernschreiben ist heute schon der Dialog mit dem Computer vom Arbeitsplatz-Terminal aus. Auch die Faksimileübertragung von Briefen, Zeichnungen, Tabellen usw. durch Telekopierer gehört vielfach schon zum Büro-Normalbetrieb. Neue Kommunika-



tionsmöglichkeiten eröffnet die Einführung des Bürofern-schreibens: Das Teletex-Verfahren erlaubt es nämlich, Schreibmaschinentexte mit vollem Zeichenvorrat und fast fünfzigmal schneller als mit dem konventionellen Fernschreiber zu übertragen. Nach Schätzungen der Deutschen Bundespost werden 1990 bereits mehr als 100 000 Teletex-Endgeräte in der Bundesrepublik Deutschland installiert sein. Auch die Technik des Telefons ist noch nicht ausgereizt. Besonders die Möglichkeit, Konferenzschaltungen zwischen mehreren Gesprächsteilnehmern herzustellen, dürfte im Geschäftsleben große Bedeutung gewinnen.

konkreten Weg, den ein Produkt vom Hersteller zum Einzelhändler nimmt, ist dabei zunächst einmal, ob es sich in Massen oder nur in kleinen Mengen herstellen läßt, ob es sich längerfristig lagern läßt und wie stark die einschlägige Industrie konzentriert ist. Nach solchen Kriterien ist nämlich der Großhandel gegliedert.

Das führt in der Praxis dazu, daß die Vertriebsstrukturen von Produkt zu Produkt differieren. Der Regelfall ist, daß eine Ware vom Produzenten zum ersten Großhändler läuft, von diesem zum zweiten Großhändler und von ihm schließlich erst über den dritten Großhändler zum Einzelhändler findet. Der erste Großhändler kauft meistens in sehr großen Mengen und bedient sich vieler Hersteller. Nicht selten schafft er auch selbst Handelsmarken, unter denen die Waren von da an verkauft werden. Den nachfolgenden Großhandelsstufen mangelt es dagegen meist an Herstellerkontakten. Ihre Hauptaufgabe ist der Vertrieb unter Einfluß der Finanzierung des Einzelhandels. Sie spezialisieren sich dabei nach kleineren Warensortimenten und regionalen Märkten, die dann entsprechend intensiv bearbeitet werden. Sieht man einmal von schnell verderblicher Ware ab, die auch in Japan überwiegend nur gegen bar verkauft wird, so ist die Finanzierung der Verkäufe meist durch Laufzeiten von 90 bis 120 Tagen gekennzeichnet, die die Einzelhändler fordern und auch eingeräumt bekommen. Durch die außerordentlich starke Spezialisierung der Großhändler kommt der Einzelhandel dabei nicht umhin, schließlich Liefer- und Finanzierungsbeziehungen mit der erwähnten großen Zahl von Großhändlern zu unterhalten.

Vielstufige Großhandelswelt

Daß diese vielstufige klassische Großhandelswelt heute auch in Japan nicht mehr ganz in Ordnung ist, liegt auf der Hand. Der Aufbau der japanischen Konsumgüterindustrie zu Unternehmensgrößen, die sich vielfach nur noch als Konzerne charakterisieren lassen, ist am Großhandel des Landes nicht spürbar vorbeigegangen. Je stärker zugleich die technischen Markenartikel wurden, desto näher lag es, daß einzelne Produzenten versuchten, den Vertrieb in die eigenen Hände zu nehmen. So verfügen heute mehrere große Elektrokonzerne über ausgedehnte eigene Handelsbereiche.

An der Spitze steht dabei eindeutig Matsushita mit rund 230 eigenen Vertriebsunternehmen, die es zusammen – unter Einfluß nahstehender Firmen – auf nahezu 30 000 Einzelhandelsgeschäfte bringen. Ähnlich wie einzelne Unternehmen aus der Elektroindustrie haben es auch einige wenige Nahrungsmittelhersteller und Kosmetikfirmen in Japan verstanden, den Vertrieb ihrer Produkte gänzlich in den eigenen Händen zu behalten. Dem stehen allerdings viele Beispiele gegenüber, in denen der japanische Großhandel es gerade auch noch in den letzten Jahren geschafft hat, seine Position nachhaltig auszubauen, so etwa bei Textilien.

Kaum jemand, der sich näher mit den Großhandelsformen in Japan befaßt, hat allerdings Zweifel, daß es in den nächsten Jahren tiefgreifende Veränderungen geben wird, die auf die Dauer auch hier zu einer spürbaren Verkleinerung der Zahl der Betriebe führen werden. Dieser Prozeß wird sich aller Voraussicht nach aber äußerst langsam anlassen, wie sich das an der Veränderung der Einzelhandelsstrukturen schon heute ablesen läßt. Nach wie vor kaufen die japanischen Verbraucher zum ganz überwiegenden Teil ihren Bedarf noch bei den kleinen Nachbarschaftsläden ein. Gerade diese Einzelhandelsgeschäfte sind aber durch ihren Mangel an Kapital und Know-how auf den Großhandel japanischer Prägung ganz besonders angewiesen. Wer als

ausländischer Anbieter auf dem schwierigen japanischen Markt Fuß fassen will, wird also vor allem der besonderen Struktur des Großhandels dieses Landes Rechnung tragen müssen.

(entnommen der FAZ vom 22. 2. 1982)

Allgemeine Rechtsfragen

Großhändler haftet nicht

Ein Großhändler haftet nicht für die Angaben in der Gebrauchsanweisung des Herstellers. Das hat der Bundesgerichtshof (Urteil vom 18. 2. 1981 – VIII ZR 14/80) für einen Fall entschieden, in dem ein Großhändler Klebeband an einen Anstreicher verkaufte, das dazu diente, bei Anstreicherarbeiten solche Flächen abzudecken, die nicht gestrichen werden sollen. Das Klebeband konnte später nur unter Schwierigkeiten entfernt werden und hinterließ schadhafte Stellen, die ausgebessert werden mußten.

Nach Auffassung des BGH komme eine Haftung nur in Betracht, wenn eine Eigenschaft zugesichert worden sei. Dazu genüge jedoch weder eine allgemeine Anpreisung in der Werbung noch der bloße Hinweis auf die Eignung für den vertragsgemäß vorausgesetzten Gebrauch. Entscheidend sei vielmehr, daß der Verkäufer die Gewähr für das Vorhandensein der Eigenschaft übernimmt und damit seine Bereitschaft zu erkennen gibt, für alle Folgen einzutreten, wenn diese Eigenschaft fehlt. Im übrigen sei ein Zwischenhändler grundsätzlich nicht zur Untersuchung der an den Verbraucher weiterveräußerten Ware verpflichtet. Er ist auch nicht verpflichtet, dem Käufer zu sagen, daß er nicht wisse, ob die Gebrauchsanweisung falsch oder richtig sei. Der BGH wörtlich: „Ihm (dem Großhändler) können Angaben in einer vom Hersteller herrührenden Gebrauchsanweisung allenfalls dann als stillschweigende Zusicherung zugerechnet werden, wenn sich aus den Umständen ergibt, daß er sich diese Angaben zu eigen macht. Solche Umstände sind weder behauptet noch festgestellt.“

Berufsausbildung und -förderung

Verkürzte Ausbildungszeit

Nach der Berufsfachschul-Anrechnungs-Verordnung vom 4. 7. 1972 ist der erfolgreich abgeschlossene Besuch einer Wirtschaftsschule als erstes Jahr auf die Berufsausbildung in einem kaufmännischen Ausbildungsberuf anzurechnen. Absolventen von Wirtschaftsschulen beginnen folglich eine kaufmännische Berufsausbildung gleich mit dem zweiten Lehrjahr und haben somit eine um 12 Monate kürzere Ausbildungszeit.

Das gleiche trifft zu bei erfolgreichem Besuch eines schulischen Berufsgrundbildungsjahres, wenn im Anschluß an dieses 10. Vollzeitschuljahr ein Berufsausbildungsverhältnis in einem Beruf eingegangen wird, der dem Berufsfeld und dem Schwerpunkt zugeordnet ist, in dem das Berufsgrundbildungsjahr an der Berufsschule besucht wurde. Bei Ausbildungsberufen mit einer nur zweijährigen Ausbildungszeit, die nicht in einer Stufenausbildungsordnung geregelt sind (z. B. Verkäufer/in), ist nach der Berufsgrundbildungsjahr-Anrechnungs-Verordnung vom 17. Juli 1978 der Besuch des Berufsgrundbildungsjahres mit mindestens einem halben Jahr anzurechnen.

Da die jeweils anzurechnende Zeit als zurückgelegte Ausbildungszeit gilt, ist auch die dementsprechende fortgeschrittene Ausbildungsvergütung zu gewähren.

Aufruf

Ausbildungsplatzangebot halten!

Der Vorstand der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern hat am 9. März 1982 beschlossen, die Mitgliedsverbände der VAB und deren Betriebe aufzurufen, in ihren Ausbildungsanstrengungen auch in diesem Jahr nicht nachzulassen.

Er folgt damit einer Empfehlung des Bildungsausschusses, der sich vor wenigen Tagen unter Vorsitz von Herrn Dr. Hanns E. SCHREIBER ausführlich mit der betrieblichen Ausbildungsstellenbilanz in Bayern beschäftigt hatte.

Die bayerische Wirtschaft hat in den vergangenen Jahren außerordentliche Anstrengungen unternommen, um der stark wachsenden Zahl ausbildungswilliger und -fähiger junger Menschen Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Damit wurde ein wichtiger Beitrag zur beruflichen Qualifizierung der heranwachsenden Generation geleistet und Jugendarbeitslosigkeit als Folge fehlender Ausbildungsstellen verhindert.

Die Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen befindet sich auch in Bayern auf dem zahlenmäßigen Höhepunkt; sie wird in den nächsten Jahren als Folge der rückläufigen Geburtenentwicklung, die in der zweiten Hälfte der 60iger Jahre eingesetzt hat, rasch zurückgehen.

Wir wissen, daß es vielen Betrieben aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung schwer fällt, die hohe Ausbildungsleistung der vergangenen Jahre aufrechtzuerhalten. Trotzdem muß es unser gemeinsames Ziel sein, in diesem und im nächsten Jahr nachzuweisen, daß die Wirtschaft auch in schwierigen Zeiten in der Lage ist, ihren Beitrag zur Lösung allgemeiner gesellschaftlicher Probleme zu erbringen.

Zur Ausbildungsplatzsituation 1982

	BR Deutschland			Bayern	
	1980	1981	1982	1980	1981
1	2	3	4	5	6
Angebot	694.6	642.5	bei 642.5	137.5	127.7
Nachfrage	667.3	626.7	rd. 658.0	124.9	119.0
Überdeckung	+ 4,1%	+ 2,5%	—	+ 10,1%	+ 7,3%
Unterdeckung	—	—	- 2,4%	—	—

Quelle: BMW

Würde die gegenwärtig hohe Ausbildungsleistung nicht gehalten werden, müßten wir wieder damit rechnen, daß der Wirtschaft dirigistische Maßnahmen, wie z. B. Ausbildungsplatzabgabe angedroht werden.

Aus diesen Gründen bitten wir Sie dringend,

- alle freiwerdenden Ausbildungsplätze **erneut anzubieten**,
- soweit als möglich zusätzliche Ausbildungsplätze **zu schaffen**,
- auf jeden Fall alle angebotenen Ausbildungsplätze dem zuständigen Arbeitsamt zu **melden**, auch wenn Sie möglicherweise in den letzten Jahren keine geeigneten Bewerber gefunden haben.

Wir richten an Sie diese Bitte, obwohl uns bekannt ist, daß viele Betriebe bereits heute Ausbildungsplätze anbieten, für die sie vergeblich Bewerber suchen.

Die immer noch zu bewältigenden Ausbildungsprobleme können natürlich nicht alleine von der Wirtschaft gelöst werden; aufgerufen sind selbstverständlich ebenso die anderen Träger der Berufsausbildung, insbesondere die Betriebe der öffentlichen Hand. Von der Berufsberatung der Arbeitsämter erwarten wir, daß sie den Jugendlichen die gesamte Breite der Ausbildungsmöglichkeiten darstellt und ihnen klarmacht, daß berufliche Chancen nicht nur in wenigen Ausbildungsberufen liegen.

Finden heute ausbildungswillige und -fähige Jugendliche keine betrieblichen Ausbildungsmöglichkeiten, werden sie entweder arbeitslos oder wandern in schulische Ausbildungsgänge ab. In beiden Fällen gehen der Wirtschaft praxisnah ausgebildete Fachleute verloren, die Sie in den nächsten Jahren dringend benötigen werden.

Kosten der betrieblichen Ausbildung

Der Kostenfaktor Ausbildung ist teurer geworden. Neue Techniken und Herstellungsverfahren erfordern von den Ausbildungsbetrieben steigende Ausbildungsaufwendungen, wenn sie im Wettbewerb mithalten wollen. 1980 gaben die Betriebe mit 27,9 Milliarden DM gut dreimal soviel für die Erstausbildung aus wie 1971/72. Diese Zahlen machen deutlich: Die Ausbildungspolitik der Unternehmen ist fester Bestandteil einer zukunftsgerichteten Personalstrategie. Für den einzelnen Arbeitnehmer bedeutet dies: Eine solide betriebliche Ausbildung bleibt die beste Garantie für eine dauerhafte Beschäftigung. Zu diesem Ergebnis kommt das Institut der deutschen Wirtschaft in einer repräsentativen Untersuchung der Kosten der betrieblichen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland.*)

Die Eingliederung der geburtenstarken Jahrgänge in das System der Berufsausbildung hat von der ausbildenden Wirtschaft in den siebziger Jahren erhebliche Anstrengungen verlangt. Die Zahl der Auszubildenden stieg gegenüber 1971, als die Sachverständigen-Kommission „Kosten und Finanzierung der beruflichen Bildung“ („Edding-Kommission“) erstmals die Bildungsaufwendungen der Unternehmen ermittelte, um 440 000 (+ 34,6 Prozent) auf 1,71 Millionen (1980). Gleichzeitig sank die Zahl der Erwerbstätigen um 930.000. Folge:

- Das Verhältnis der Zahl der Erwerbstätigen zur Zahl der Auszubildenden hat sich von 21 zu eins in 1971 auf 15 zu eins in 1980 verringert.

Berücksichtigt man diese demographischen Änderungen und den Preisauftrieb in den siebziger Jahren, so müßten sich die von 1971 fortgeschriebenen Brutto-Ausbildungskosten 1980 auf 18,3 Milliarden DM belaufen, um den gleichen realen Stand wie damals zu erreichen. Tatsächlich aber liegen die Bildungsausgaben um 9,6 Milliarden DM höher (plus 52,5 Prozent).

Noch deutlicher sind die Nettoausbildungskosten – das sind die Bruttokosten abzüglich der Erträge, die die Auszubildenden während ihrer Ausbildungszeit erwirtschaften – gestiegen:

- Die reale Zunahme der Nettoausbildungskosten zwischen 1971 und 1980 betrug 82 Prozent.

Wie unhaltbar die Behauptung ist, Auszubildende würden als billige Arbeitskräfte ausgebeutet, zeigt die Ertrags-Rechnung: Die von den Auszubildenden 1980 erwirtschafteten Erträge – z. B. durch vom Betrieb veräußerte Produkte oder den Ersatz einer Fachkraft durch mehrere Auszubildende – werden auf 7,7 Milliarden DM veranschlagt. Das bedeutet: Die Wirtschaft mußte 1980 rund 20,2 Milliarden DM an Nettoausbildungskosten „zuschießen“.

Der „Refinanzierungs-Grad“ der Berufsausbildung durch den Ausbildungsertrag hat dabei in den siebziger Jahren erheblich abgenommen:

- Der Anteil der Erträge an den Bruttoausbildungskosten sank von 39,2 Prozent in 1971 auf 27,4 Prozent in 1980.

Ein Indiz für die steigende Qualität der betrieblichen Ausbildung ist die Angleichung der Ausbildungskosten je Auszubildenden in den Bereichen Handwerk sowie Industrie und Handel; auch die Betriebsgröße fällt heute, gemessen an den Ausbildungsaufwendungen, kaum noch ins Gewicht. In Zahlen:

- Die Bruttoausbildungskosten je Auszubildenden (Durchschnitt: 15 758 DM) waren 1980 im Handwerk mit 15 258 DM fast ebenso hoch wie in den Klein- und Mittelbetrieben des IHK-Bereichs (15 703 DM).

- Die Bruttokosten je Auszubildenden lagen in den größeren IHK-Betrieben (mehr als 1000 Beschäftigte) mit 16 217 DM nicht wesentlich höher.

Anders gerechnet: Die Kosten in den IHK-Betrieben mit weniger als 1000 Beschäftigten betrugen 1980 im Vergleich zu den Kosten im Handwerk (100 Prozent) 103 Prozent, im Vergleich zu den Kosten der Betriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten 106 Prozent.

Zu Beginn der siebziger Jahre waren die Kostenunterschiede erheblich ausgeprägter. Damals beliefen sich die Kosten der kleinen und mittleren IHK-Betriebe auf 145 Prozent der Handwerksbetriebe, die der größeren IHK-Betriebe erreichten 170 Prozent.

Ausbildungsplatzsituation 1981 Gesamtergebnis nach Ländern

	Angebot		Nachfrage		Bilanz ¹⁾ (in %)	
	1980	1981	1980	1981	1980	1981
Schleswig-Holstein	29 191	28 235	28 371	28 571	+ 2,9	- 1,2
Hamburg	17 899	17 406	18 074	17 819	- 1,0	- 2,3
Niedersachsen	80 564	74 296	77 047	71 999	+ 2,8	+ 1,4
Bremen	8 401	8 211	9 853	9 730	- 1,0	- 2,6
Nordrhein-Westfalen	183 722	161 283	181 475	159 374	+ 1,2	+ 1,2
Hessen	57 448	54 964	56 120	55 119	+ 2,4	- 0,3
Rheinland-Pfalz	43 758	40 176	43 162	40 596	+ 1,4	- 1,0
Baden-Württemberg	107 651	102 657	100 211	96 310	+ 7,4	+ 6,6
Bayern	137 453	127 692	124 896	119 018	+ 10,1	+ 7,3
Saarland	13 723	12 692	13 243	12 594	+ 3,6	+ 0,8
Berlin	14 795	14 891	14 883	15 565	- 0,6	- 4,3
Bundesgebiet	694 605	642 503	667 335	626 695	+ 4,1	+ 2,5

¹⁾ Angebot : Nachfrage: Werte über 100% positiv, Werte unter 100% negativ ausgewiesen

Raum München

Geschäftsübernahme:

Welcher Fachhandel oder kleinerer Produktionsbetrieb sucht evtl. aus Alters- oder anderen Gründen einen **Nachfolger** als Pächter oder Käufer. Habe langjährige Erfahrung als Leiter eines Handelsunternehmens mit Produktion.

Zuschriften bitte an die Hauptgeschäftsstelle.

Trotz der allgemeinen Angleichung der Ausbildungskosten in den siebziger Jahren zeigt die IW-Analyse erhebliche Unterschiede in der Kostenstruktur der Betriebe. Grundsätzlich gilt: Mit steigender Betriebsgröße nimmt auch der Anteil der Personalkosten je Auszubildenden – das sind Ausbildungsvergütungen, Lohnnebenkosten wie Weihnachts- und Urlaubsgeld, Sozialbeiträge etc. – an den Gesamtkosten zu. Am geringsten sind diese Personalkosten mit 28 Prozent in der kaufmännischen Ausbildung im Handwerk, am höchsten sind sie in der kaufmännischen Ausbildung in IHK-Betrieben mit mehr als 1000 Beschäftigten (67,4 Prozent).

● **Im Durchschnitt betragen die Personalkosten je Auszubildenden 44,8 Prozent der Gesamtkosten.**

Den zweitgrößten Anteil an den Bruttoausbildungskosten machen mit 43,3 Prozent die Personalkosten des Ausbildungspersonals aus. Dieser Anteil sinkt mit steigender Betriebsgröße. Grund: In größeren Unternehmen lassen sich bei vielen Auszubildenden gleicher oder verwandter Ausbildungsberufe die Ausbildungskosten auf mehr Auszubildende verteilen. Im Handwerk hingegen bringt ein Ausbilder rein rechnerisch mehr Zeit für den einzelnen Auszubildenden auf.

Den geringsten durchschnittlichen Anteil an den Bruttoausbildungskosten haben mit 11,8 Prozent die sonstigen Kosten, zu denen insbesondere die Sachkosten gehören. Auch hier variieren die Kosten je nach Betriebsgröße.

Dabei erfordert vor allem die Ausbildung in Großbetrieben – entsprechend einer eher hochtechnisierten Produktionsweise – oft die Einrichtung innerbetrieblicher Lehrwerkstätten oder Lehlabs. Sie bilden mit bis zu einem Viertel der Gesamtkosten einen nicht unerheblichen Kostenfaktor im gesamten Ausbildungskostengefüge dieser Betriebe.

Fazit: Insgesamt belegen die IW-Daten, daß die Wirtschaft nicht nur die gestiegene Ausbildungsnachfrage voll „bedient“, sondern darüber hinaus beträchtliche zusätzliche Mittel in die berufliche Ausbildung investiert hat, um die weitgehend technisch bedingten steigenden Anforderungen an die Ausbildungsqualität zu erfüllen.

Allerdings zeigen die unterschiedlichen Kostenstrukturen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen und Betriebsgrößeklassen, daß die absolute Höhe der Ausbildungskosten erheblich von den Rahmenbedingungen – wie Produktionsverfahren oder Betriebsgrößen – abhängig ist. Sie gibt damit nur einen unsicheren Hinweis auf die Qualität der Berufsausbildung. Daraus folgt:

● **Eine pauschale Festsetzung bestimmter Mindestgrößen oder die Anbindung von Ausbildungsanforderungen an andere ökonomische Kennziffern ist kaum vertretbar.**

Angesichts dieses Befundes erscheint eine Ausgleichs- abgabe von nicht ausbildenden Betrieben eher schädlich.

Denn: Die Umverteilung der Ausbildungskosten würde einen aufgeblähten bürokratischen Apparat erfordern, der selbst wieder so kostenintensiv wäre, daß letztlich das Ausbildungsplatzangebot eingeschränkt würde.

Gegen eine Ausgleichsabgabe spricht zudem, daß bereits heute jeder zweite Handwerksbetrieb und 97 Prozent der Industriebetriebe ausbilden. Angesichts der durch gesetzliche Bestimmungen festgelegten Mindestanforderungen an Betriebsgröße und Ausstattung ist eine berufspädagogisch vertretbare und an den Interessen des Jugendlichen orientierte weitere Ausdehnung der Berufsausbildung auf noch mehr Betriebe kaum möglich.

LGA-Stenogramm für Monat März 1982

1.3.

Geschäftsführerkonferenz der VAB im Hause der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg

2.3.

Weitere Besprechung in Sachen Großhandelszentrum gemeinsam mit der IHK für München und Oberbayern und den Vertretern der Stadt München

Bildungsausschuß der VAB

Arbeitskreis Kartellrecht des BGA in Bonn

3.3.

Teilnahme am Empfang aus Anlaß des 50. Geburtstages unseres Vorstandsmitgliedes Karl-Friedrich Müller, Nürnberg

Fachzweig Feuerwehrbedarf: Besprechung im Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz

11. u. 12.3.

Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des BGA in Bonn

15.3.

Empfang des Österreichischen Handelsdelegierten

16.3.

Unterausschuß „Programmgestaltung“

Sitzung Süddeutscher Arbeitskreis Technische Chemikalien

17.3.

Sitzung der Großen Tarifkommission des LGA und Eröffnung der Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen mit den Gewerkschaften HBV und ÖTV

18.3.

Trauerfeier für unser verstorbene Vorstandsmitglied Dr. Rudolf Egerer, München

18. – 21.3.

Rechtssprechungsseminar der VAB

22.3.

Sitzung der Kleinen Tarifkommission des LGA und der DAG

Unterausschuß „Lehrerfortbildung“ der VAB

30.3.

Sitzung des Garantieausschusses bei der Kapitalbeteiligungsgesellschaft für die mittelständische Wirtschaft in Bayern

In memoriam Dr. Rudolf Egerer



Dr. Egerer (links) während der Feier des schon zu seinen Lebzeiten gestifteten Rudolf Egerer-Preises.

Am 18. März 1982 verstarb unser Vorstandsmitglied **Dr. Rudolf Egerer**, Seniorchef des Familienunternehmens Kaut-Bullinger & Co. GmbH & Co KG, in München.

Dr. Egerer gehörte zu den profiliertesten Unternehmerpersönlichkeiten in Bayern, dessen weitblickendes und richtungsweisendes Handeln bei allen, die ihn kannten, stets Bewunderung auslöste.

Die Zahl der Ehrenämter, die Dr. Egerer allein in den Gremien der Verbände des Bayerischen Groß- und Außenhandels und des Einzelhandels bekleidete, beliefen sich auf acht. Insbesondere zu erwähnen ist sein Lebenswerk, die Schaffung des Bildungszentrums des Bayerischen Handels, das ohne den Einsatz und die Initiative Dr. Egerers mit einem Höchstmaß an persönlichen und materiellen Opfern niemals zu dem geworden wäre, was es heute ist. In dem Aufbau dieses Bildungszentrums manifestierte sich die unumstößliche Grundüberzeugung Herrn Dr. Egerers von der Bedeutung und Notwendigkeit einer qualifizierten Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter des Handels, geboren aus der Überzeugung, daß Menschen nicht damit zufrieden sein können, eine Art Verlängerung einer Maschine zu sein, sondern daß der Mitarbeiter nach der Möglichkeit verlangt, Initiative zu zeigen und Verantwortung zu tragen.

Kein Tag verging, an dem sich Dr. Egerer nicht mit Bildungsfragen im weitesten Sinne befaßt hätte, getragen von einer nimmermüden Begeisterung. Schon lange war ihm der Ehrentitel „Vater der Berufsförderung“ zuerkannt worden. Maßgeblich war Dr. Egerer der Schöpfer der Ausbildung zum „Handelsfachwirt“, einer qualifizierten Ausbildung im Handel, die über die bayerischen Grenzen hinaus in ganz Deutschland Anerkennung und Nachahmung gefunden hat.

Auch insofern hat der Verstorbene neue Maßstäbe gesetzt.

Neben seiner Tätigkeit in der Fülle der Ehrenämter, die auch die Vizepräsidentschaft der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, eine Tätigkeit als Handelsrichter und die Mitarbeit in den Vorständen unseres Landesverbandes sowie des Landesverbandes des Bayerischen Einzelhandels umschloß, zählte Dr. Egerer, Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes und des Bayerischen Verdienstordens, zu den erfolgreichsten Großhandelsunternehmern. Dr. Egerer mußte nach dem Tode seines Vaters im Februar 1932 die Geschäftsführung des Betriebes mit damals rund 40 Beschäftigten übernehmen. Er verstand es, das Geschäft zügig auszubauen und neben seiner Arbeit im Betrieb die Studien der Volkswirtschaft zu Ende zu führen. Heute zählt die Firma Kaut-Bullinger & Co. mit über 400 Beschäftigten zu den bedeutendsten Unternehmen des Büro-, Papier- und Zeichenbedarfs, Büromöbel und Büromaschinen im Bundesgebiet.

Dr. Egerer war ein Mann besonderer Qualifikation und Könnens, das ihn, zusammen mit seinen um das Allgemeinwohl erworbenen Verdienste, höchstes Ansehen in Bayern verschafft hatte.

In der Trauerfeier, in der Staatsminister Dr. Karl Hillermeier als stellvertretender Ministerpräsident die Gedenkworte für die Bayerische Staatsregierung zum Ausdruck brachte, wurden die herausragenden Verdienste Herrn Dr. Egerers noch einmal gewürdigt.

Wir verlieren in Dr. Egerer nicht nur einen der „Großen“ des Bayerischen Groß- und Außenhandels, sondern einen Menschen, dessen Wirken die Zukunft des Großhandels auch über seinen Tod hinaus noch in entscheidender Weise mit beeinflussen wird. Uns bleibt es überlassen, uns in Ehrfurcht und Dankbarkeit noch einmal vor ihm zu verbeugen.

Personalien

Wir gratulieren

Erneut zum Handelsrichter am Landgericht Aschaffenburg wurde Herr **Erich Götz**, persönlich haftender Gesellschafter unserer Mitgliedsfirma Carl Götz oHG, Eisengroßhandlung in Aschaffenburg, ernannt. Die ehrenvolle Ernennung tritt mit Wirkung vom 24. Mai an in Kraft.

Herrn **Albert Seibert**, Geschäftsführer unserer Mitgliedsfirma Elektro-, Radio-, Fernseh-Großhandlung Albert Schaller in Kempten, der mit Wirkung vom 1. April 1982 an für eine Amtsperiode von vier Jahren zum ehrenamtlichen Richter beim Sozialgericht Augsburg wiederberufen wurde.

Wir dürfen an dieser Stelle sehr herzlich gratulieren.

Vorstandsmitglied Alfons Schiessl mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet

Das Bundesverdienstkreuz am Bande wurde unserem Vorstandsmitglied und Vorsitzenden des Ausschusses für Öffentlichkeitsarbeit, Alfons Schiessl, von Staatssekretär Dr. Max Fischer im Großen Sitzungssaal der Regierung der Oberpfalz verliehen. Alfons Schiessl ist Inhaber unserer Mitgliedsfirma PRESSE-SCHIESSL GmbH & Co. KG, Buch-, Zeitungs- und Zeitschriftenvertrieb in Regensburg.



Alfons Schiessl (rechts) während der Verleihung.

In seiner Laudatio wies der Staatssekretär im Beisein von Regierungspräsident Karl Krampol vor zahlreichen Ehrengästen auf den unternehmerischen Weitblick Alfons Schiessls hin, der sein Unternehmen zu einem auf dem bayerischen Markt führenden mit 140 krisensicheren Arbeitsplätzen ausgebaut hat. Dadurch werde in den bevölkerungsschwachen Gebieten Niederbayerns und der Oberpfalz die Versorgung aller Leser gewährleistet.

Seine hervorragende soziale Einstellung bewiese er durch die Einführung einer betrieblichen Altersversorgung, die Gewährung von Beihilfen bei Krankheitsfällen, Zahnersatz, betrieblichen und außerbetrieblichen Unfällen sowie durch die Ausbildung einer Vielzahl von Anlernlingen. Darüber hinaus hat sich Alfons Schiessl in einer Reihe von Ehrenämtern um das Gemeinwohl verdient gemacht. In unserem LGA ist Alfons Schiessl Vorstandsmitglied und Vorsitzender des Ausschusses für Öffentlichkeitsarbeit, im Verband Deutscher Presse-Grossisten bekleidet er das Amt des zweiten Vorsitzenden, seit 1977 gehört er als Mitglied dem Handelsausschuß der IHK Regensburg an und seit 1980 nimmt er die Funktion des Handelsrichters beim Landgericht Regensburg wahr.

Wir freuen uns mit Alfons Schiessl über diese hohe Auszeichnung und wünschen ihm das Allerbeste.

Buchbesprechungen

Steuer-Ratgeber 1982

mit Steuertarif-Übersichten 1982

DIN A 4 – kartoniert – 160 Seiten – DM 21,80 –

Best-Nr. 318502 – STOLLFUSS VERLAG BONN

Die 1982 wirksam werdenden Steueränderungen zur strukturellen Verbesserung der öffentlichen Haushalte und zur Förderung privater Investitionen führen einerseits für fast alle Bürger zu spürbaren Steuerverschärfungen und bieten andererseits reizvolle Steuerersparnismöglichkeiten im Unternehmens- und Wohnungsbereich. Es fällt jedoch schwer, sich in der Vielfalt der Rechtsänderungen auf dem Gebiet der Einkommen- und Lohnsteuer zurecht zu finden. Denn mehr als 30 Änderungsgesetze haben in den letzten 8 Jahren das Einkommen- und Lohnsteuerrecht unübersichtlich gemacht. Der neue Leitfadens „Steuer-Ratgeber 1982“ bietet allen interessierten Steuerzahlern eine schnelle und umfassende Unterrichtung. Die übersichtliche Anordnung und Zusammenstellung der neuen Bestimmungen und Tarife ermöglicht dem Benutzer einen leichten Zugang zur neuen Rechtslage. Die Darstellung aller neuen Vergünstigungen und Belastungen ist in einem umfassenden ABC-Teil nach Schlagworten geordnet, so daß sich jedermann ohne Studium des neuen Gesetzestextes informieren kann.

GARTHE/KULLMANN/PFISTER/SEELIG

Produzentenhaftung

Ergänzbare Handbuch zur gesamten Produkthaftpflicht für die juristische Praxis sowie für Hersteller, Händler, Importeure und Exporteure mit Erläuterungen und den einschlägigen Vorschriften und Entscheidungen im nationalen, supranationalen und internationalen Bereich.

Von Axel H. GARTHE, Rechtsanwalt, Dr. Hans Josef KULLMANN, Richter am Bundesgerichtshof, Prof. Dr. Bernhard PFISTER, Universität Konstanz, und Manfred SEELIG, Rechtsanwalt.

Grundwerk einschließlich 4. Lieferung, 648 Seiten, DIN A 5, DM 68,—, zuzüglich Spezialordner DM 11,80; Ergänzungen von Fall zu Fall.

ERICH SCHMIDT VERLAG Berlin · Bielefeld · München

Die 4. Lieferung enthält unter anderem die Eröffnung der Darstellung „Haftung aus Vertrag“ mit den Beiträgen: Haftung aus Kaufvertrag, Einfache Gewährleistung und Haftung wegen Fehlens zugesicherter Eigenschaften sowie den Teil: Versicherungsschutz mit dem Abdruck der Allgemeinen Versicherungs-Bedingungen für die Haftpflichtversicherung, der Besonderen Bedingungen für die Produkt-Haftpflichtversicherung industrieller Betriebe und der Besonderen Bedingungen und Risikobeschreibungen für die Versicherung der Produkt-Haftpflicht (Inland) pharmazeutischer Unternehmen. Weiter angebaut wurde der Teil: Rechtsprechung mit Entscheidungen zu „Beweisfragen“ und „Internationales Privatrecht“. Außerdem wurden die Abschnitte „Haftung aus § 823 Abs. 1 BGB“ und „Haftung aus dem Arzneimittelgesetz“ aktualisiert.

Der Produzentenhaftung kommt für Hersteller, Verarbeiter, Händler, Im- und Exporteure eine immer größere Bedeutung zu. Hinzu kommt, daß die höchstrichterliche Rechtsprechung dem Produktgeschädigten die Beweislast erleichtert hat. Der Produktverantwortliche muß nunmehr bei Schadensfällen beweisen, daß ein Verschulden in seinem Verantwortungsbereich nicht vorlag. Dies erfordert von allen Beteiligten eine wesentlich intensivere Auseinandersetzung mit dieser schwierigen Rechtsmaterie. Hier wird das vorliegende Handbuch ein unentbehrliches Arbeitsmittel sein.

Systeme der Warenwirtschaft im Handel

— Eine Einführung für Mittelbetriebe —

Verfasser: Dipl.-Kfm. Karl Schulte, Dipl.-Vw. Ilona Steckenborn, Dipl.-Kfm. Lutz Blasberg

Format DIN A 4, 232 Seiten, Offsetdruck, broschiert, DM 95,— zuzügl. Versandkosten und Mehrwertsteuer.

Differenzierte Sortimentsinformationen, schnelle Verfügbarkeit aller den Warenfluß steuernden und kontrollierenden Daten und ein hoher Automatisierungsgrad der Informationsprozesse sind charakteristische Eigenschaften moderner, EDV-gestützter Warenwirtschaftssysteme. Nicht alle am Markt angebotenen Anlagen und Programme genügen jedoch den handelspezifischen Anforderungen.

In einer auch dem Nicht-Computerspezialisten verständlichen Sprache haben die Autoren der RGH die zur Systembeurteilung wichtigsten Hardware- und Betriebssystemmerkmale erläutert. In diesem Zusammenhang wird auch auf die unterschiedlichen Hardware-Vertragsformen eingegangen.

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Analyse des Integrations- und Detaillierungsgrades der zur Zeit angebotenen Systemlösungen. Programmbeschreibungen geben Aufschluß über den bereits realisierten oder möglichen Leistungsumfang. Die RGH differenziert dabei nach Großhandels-, Einzelhandels- und sogenannten Universalprogrammen; im einzelnen werden die wichtigsten Funktionsbereiche wie Auftragsbearbeitung einschließlich Fakturierung oder Kassenabwicklung, Lagerbewirtschaftung, Disposition und Bestellwesen, Statistik bis hin zur Stammdatenverwaltung untersucht.

In einer zusammenfassenden tabellarischen Übersicht werden die wichtigsten Merkmale von 48 Programmpaketen dargestellt. Die Hälfte der Programme ist für den Großhandel konzipiert, 14 sind für den Einzelhandel, 10 für eine

generelle Anwendung ausgelegt. Gut 50% der erfaßten Programmlösungen sind darüber hinaus als branchenspezifische Systeme zu bezeichnen.

Einen weiteren Schwerpunkt der Veröffentlichung stellen die Empfehlungen dar, denen bei der Einführung eines Warenwirtschaftssystems besondere Aufmerksamkeit zukommen sollte.

Kooperation in der Lagerhaltung

Verfasser: Dipl.-Kfm. Günther Fehr

Format DIN A 4, 168 Seiten, Offsetdruck, broschiert, DM 65,— zuzügl. Versandkosten und Mehrwertsteuer.

„Viele Großhandlungen würden noch bestehen, wenn sie zu einer Kooperation bereit gewesen wären“. Diese Aussage eines Praktikers wirft ein Schlaglicht auf die im Grunde erstaunliche Tatsache, daß trotz steigender Logistikkosten eine kooperative Lagerhaltung von Handelsbetrieben eine seltene Ausnahme ist. Auch wenn man die Probleme einer Partnerschaft nicht übersieht, stellt sich dennoch die Frage, ob die in Mark und Pfennig meßbaren Vorteile einer Zusammenarbeit auf diesem Gebiete nicht doch überwiegen. Ist es z. B. wirklich günstiger, auch weit vom Zentrallager entfernte Märkte mit Verlust zu beliefern oder aufzugeben als bei der Versorgung dieser Geschäfte mit einem anderen Unternehmen zusammenzuarbeiten?

Die Rationalisierungs-Gemeinschaft des Handels geht in ihrer neuen Untersuchung auf die verschiedenen Möglichkeiten der Kooperation ein. Ausführlich wird gezeigt, auf welche Arbeitsgebiete sie ausgedehnt werden kann, und welche Vor- und Nachteile die verschiedenen Formen der juristischen und organisatorischen Gestaltung der Kooperation aufweisen. Es werden sowohl Partnerschaften mit anderen Handelsbetrieben der gleichen oder einer anderen Branche berücksichtigt als auch Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Industrie- und Lagerhausunternehmen.

„Wer liefert was?“

Darauf gibt Ihnen die neueste Ausgabe des Bezugsquellennachweises „Wer liefert was?“ auf mehr als 2.100 Seiten präzise Auskunft. In diesem übersichtlich geordneten Werk findet man etwa 60.000 Hersteller von über 100.000 Produkten.

Pünktlich zum Frühlingsanfang erschien die mittlerweile 34. Ausgabe von „Wer liefert was?“. Da die Nachfrage so stürmisch war, mußte die Auflage von 28.000 auf 32.000 Exemplare erhöht werden.

Dieser aktualisierte Bezugsquellennachweis erweist sich als unentbehrlicher Helfer für Ihre Einkaufsabteilung. Besonders in Zeiten wirtschaftlicher Anspannung ist es noch wichtiger als sonst, Vergleichsangebote einzuholen. Dazu ist „Wer liefert was?“ genau die richtige Grundlage. Die Suchwortverzeichnisse in Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch und Spanisch ermöglichen das sekundenschnelle Auffinden von Lieferanten für die von Ihnen gesuchten Produkte.

Gemessen an seiner Wichtigkeit ist der Preis gering. Eine Investition, die sich lohnt.

Preis im Inland:

DM 54,50 (incl. Porto und Verpackung) zuzügl. MwSt.

Preis im Ausland:

DM 68,— (incl. Normalporto und Verpackung)

Zu beziehen beim Verlag

„Wer liefert was?“ GmbH

Postfach 100549

2000 Hamburg 1

B 1579 EX



Groß + Außenhandel Drehscheibe der Wirtschaft



LGA
nachrichten

Offizielles Organ des Landesverbandes
des Bayerischen Groß- und Außenhandels
(Unternehmer- und Arbeitgeberverband) eV

37. Jahrgang · München
Mai 1982 · Nr. 5/1982

Das aktuelle Thema	3	Hauptschule attraktiver machen Präsident Braun schreibt an Kultusminister Maier
Arbeitgeberfragen	4 5	Personalzusatzkosten – Zwanzig Tausender Wie sieht der Großhandel die Investitionszulage? Initiative zur Stabilisierung der sozialen Sicherung BGA zu den wirtschaftspolitischen Beschlüssen des SPD-Parteitages
Arbeitsgerichtliche Entscheidungen	6	Aktuelle Probleme zum Mutterschaftsurlaub
Steuerfragen	11	Die Unternehmen brauchen dringend Klarheit in der Steuerpolitik
Berufsausbildung und -förderung	11 12 13	Hohe Ausbildungsbereitschaft auch in Zukunft aufrechterhalten Ausbildungsplätze '82 Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 1981 im kaufmännischen Bereich Die meisten bleiben im Ausbildungsbetrieb
Außenhandel	13	„HANDELSPARTNER SÜDOSTASIEN“ Schwerpunktausgabe der Zeitschrift WELTHANDEL
Personalien	14	
Buchbesprechungen	16	

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:

Dipl.-Kfm. Sattel (Wirtschafts-, Tarif- und Sozialpolitik, Außenhandel, Betriebswirtschaft) · Dipl.-Kfm. Sauter (Wettbewerbsrecht, Steuern, Kreditwesen, Verkehr) · Dipl.-Volksw. Deutsch (Berufsbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsnachrichten, Personalien) · RA Frankenberger (Tarif-, Sozial- und Arbeitsrecht) · RA Walmann (Arbeitsrecht · RA Wiedemann (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel) · RA Köppel (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel).

Erscheint einmal im Monat. Verleger: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München, Ottostraße 7. Alleiner Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels eV, München 2, Ottostraße 7, Telefon 55 77 01/02. Verantwortlich für Herausgabe: Werner Sattel, 8011 Kirchseeon, Alpenstraße 16. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenteil: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, München 2, Ottostraße 7. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Druck: typobierl, 8000 München 40, Riesenfeldstraße 56, Telefon 3 59 60 66-68.

Das aktuelle Thema

Hauptschule attraktiver machen

Präsident Braun schreibt an Kultusminister Maier

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

der Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels begrüßt das inzwischen in den Thesen des Dillinger Papiers bekanntgewordene Vorhaben der CSU-Fraktion zur Weiterentwicklung der Hauptschule und zur Förderung ihrer Attraktivität in der Meinung der breiten Öffentlichkeit.

Diese Initiative deckt sich mit den im Rahmen des Groß- und Außenhandels diskutierten Vorstellungen über eine Verbesserung des Hauptschulangebots und der damit verbundenen Möglichkeit, sichtbar gewordene Mängel der Hauptschule abzustellen. Dies schließt gleichzeitig unsere Bereitschaft ein, an einer positiven Weiterentwicklung der Hauptschule mitzuwirken, wobei insbesondere an eine Überarbeitung der Lehrpläne unter Einschaltung des Groß- und Außenhandels in den unsere Wirtschaftsstufe berührenden Fächern gedacht ist.

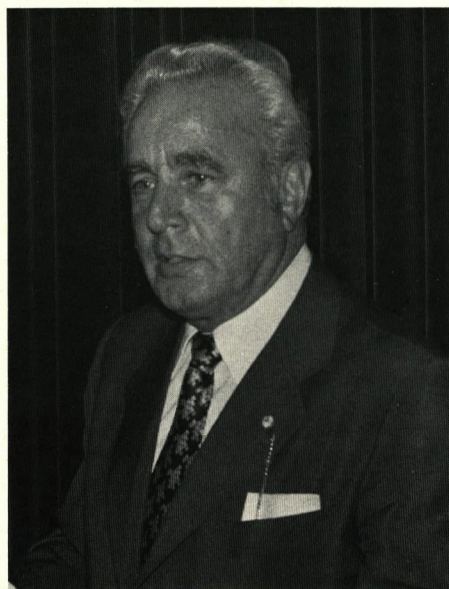
Welch hohen Stellenwert der Groß- und Außenhandel der Bedeutung der Hauptschule im deutschen Bildungssystem beimißt, wird deutlich in der Tatsache, daß etwa 50% der Auszubildenden im Groß- und Außenhandel mit Hauptschulabgänger abgeschlossen werden, so daß wir einem fundierten Bildungsangebot der Hauptschule naturgemäß großen Wert beimessen.

Am Ausgang unserer Überlegungen für eine Weiterentwicklung der Hauptschule stimmen wir mit der CSU-Fraktion in der Auffassung überein, keinesfalls eine „Weiterentwicklung“ etwa in Form eines 10. Hauptschuljahres ins Auge zu fassen, da wir die Meinung vertreten, daß ein 10. Hauptschuljahr, das auf das 9. Schuljahr lediglich „aufgepfropft“ wird, die Jugendlichen kaum besser auf ihre berufliche Zukunft vorbereiten wird, als dies nach neun Hauptschuljahren der Fall ist. Vielmehr sind wir der Auffassung, daß die Hauptschule weder Inhalt noch Methoden der übrigen allgemeinbildenden Schulen nachvollziehen sollte, sondern daß sie, um ihre Eigenständigkeit zu erhalten, ein dem Leistungsniveau ihrer Schüler angemessenes eigenes Profil entwickeln muß. Nicht bildungsplanerische Konzeptionen oder schulorganisatorische Änderungen bilden einen Ansatzpunkt für eine Verbesserung der Hauptschule, sondern die Beseitigung konkreter Mängel.

Grundsätzlich scheint uns geboten, Inhalte des Unterrichts an dem Leistungsniveau des Hauptschülers zu orientieren, was bedeutet, daß der Praxisbezug im Vordergrund stehen muß und demgemäß die Lehrpläne praxisnäher gestaltet werden müssen. Wesentlich scheint es uns auch zu sein, daß das Interesse der Schüler durch den Lehrer angeregt werden muß. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß dem Lehrer dafür pädagogischer Freiraum gewährt wird, bei der Stoffvermittlung von den Lebens- und Erfahrungsbereichen der Kinder auszugehen. Unserer Meinung nach kann die Attraktivität der Hauptschule wieder darin liegen, ein kindgemäßes Lernen zu praktizieren, sich nicht lediglich an pädagogischen Theorien zu orientieren, sondern Lehrpläne zu erstellen, die der Hauptschule ein eigenes Profil zuwachsen lassen.

Der Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels weiß sich mit den übrigen Bereichen der Wirtschaft darin einig, daß die Hauptschule eine grundlegende allge-

meine Bildung vermitteln muß. Ein guter Hauptschulabschluß wird nach Meinung des Groß- und Außenhandels in dieser Wirtschaftsstufe besser beurteilt als ein mittlerer oder schlechter Abschluß einer weiterführenden Schule. Wir verstehen die Hauptschule insoweit als eine weiterführende Schule in dem Sinn, daß sie in die Berufsausbildung führt und die Aufgabe hat, auf die berufliche Ausbildung vorzubereiten. Allerdings verkennen wir nicht, daß sie die Basis für andere Bildungsgänge ist und begabten Hauptschülern die Möglichkeit eingeräumt werden muß, zu höheren berufsqualifizierenden und allgemeinbildenden Abschlüssen zu gelangen.



Betonen möchten wir an dieser Stelle, daß gerade im Groß- und Außenhandel die Hauptschulabgänger grundsätzlich Zugang zu allen in unseren Betrieben gebotenen Ausbildungsgängen haben, sowohl in der Aus- als auch in der Weiterbildung. Formale Zulassungsbeschränkungen existieren in unserem Bereich nicht. Allerdings müssen wir, insbesondere auch wegen des inzwischen hohen theoretischen Niveaus des Ausbildungsberufes des Kaufmanns im Groß- und Außenhandel, voraussetzen, daß bestimmte Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten, die wir als Basisfächer ansehen, also Deutsch und Rechnen, in durchschnittlich besserem Umfang vorhanden sein müßten. Fehlt die Beherrschung der Basisfächer, müssen unsere Betriebe notgedrungen auf Absolventen mit einem mittleren oder höheren Schulabschluß ausweichen, soweit diese in der Beherrschung der Kulturtechniken bessere Leistungen zeigen. Um diese Erfordernisse sicherzustellen, sehen wir es als Ziel der Hauptschule an, in Deutsch und Rechnen mehr Unterrichtszeit für Übungen zur Verfügung zu stellen, um die Ausbildungsreife der Schulabgänger zu gewährleisten. Nicht nur ein breit gestreutes Wissen scheint uns wichtig zu sein, sondern es muß das Prinzip gelten „Tiefe vor Breite“.

Was die Vermittlung von Englisch als Fremdsprache betrifft, so sind wir der Meinung, daß Englisch von der 5. Jahrgangsstufe an als Wahl-Pflichtfach angeboten werden sollte.

Der Groß- und Außenhandel ist der Meinung, daß eine der wesentlichen Aufgaben der Hauptschule sein muß, praxisorientierten Unterricht im Sinne einer lebenspraktischen Erziehung zu bieten und die systematische Hinführung der Schüler auf die Wirtschafts-, Arbeits- und Berufswelt zu gewährleisten. Der geeignete Rahmen für eine solche umfassend verstandene Berufsorientierung ist das Fach Arbeitslehre, wobei dieses Fach den Jugendlichen Informationen über die beruflichen Anforderungen vermitteln und ihn mit der Arbeitswelt vertraut machen soll. Das Ziel der Hinführung auf die Berufsausbildung muß den Schüler befähigen, die sich anschließende Berufsausbildung erfolgreich zu durchlaufen, wobei ein Abschluß in einem anerkannten Ausbildungsberuf das Ziel sein sollte. Aus dieser Notwendigkeit heraus erfolgt u.E. eine enge Zusammenarbeit zwischen Hauptschule, Berufsschule und Betrieben mit dem Ziel, die Berufsausbildung als einen eigenständigen Bildungsweg zu erhalten und als eine gleichwertige Alternative neben anderen Bildungsgängen zu betrachten. Wesentliche Voraussetzung für diesen Praxisbezug ist unserer Meinung nach auch die Ausbildung des Lehrers, die durch Lehrpraktika erreicht werden könnte. In diesem Sinne erscheint uns eine intensivere Ausbildung der Lehrer zur Unterrichtsgestaltung für das Fach Arbeitslehre mit Lehr- und Lernmitteln.

Was die Ziffer 10 des Dillinger Papiers angeht, so begrüßen wir die Öffnungsklausel, mit der allen Hauptschülern die Ablegung des qualifizierenden Abschlusses ermöglicht werden soll, wobei wir voraussetzen, daß es hierdurch nicht zu einer Leistungsabsenkung kommt.

Als letztes lassen Sie uns noch das Problem der Ausländerkinder ansprechen, das in den nächsten Jahren verstärkt in den Vordergrund treten wird. Aus diesem Grunde ist den Erfordernissen der schulischen Vorbereitung auf die spätere Berufsausbildung dieser Kinder ein verstärktes Augenmerk zu richten, um eine spätere Integration dieser Jugendlichen in das berufliche Ausbildungswesen zu ermöglichen. Auch in diesen Fällen kommt der Hauptschule eine erste, für diese Jugendlichen grundlegende Bedeutung für ihr späteres Arbeits- und Berufsleben zu, so daß in diesem Bereich die Weichen entsprechend gestellt werden sollten.

Sehr geehrter Herr Staatsminister, wir glauben, mit den dargelegten Vorstellungen zu einer Hebung und Förderung der Attraktivität der Hauptschule beitragen zu können, der wir, wie dargelegt, größte Bedeutung beimessen. Für eine Vertiefung und weitere Beratung stehen wir Ihnen deshalb gern jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Konsul Senator Walter Braun

Arbeitgeberfragen

Personalzusatzkosten Zwanzig Tausender

Die Personalzusatzkosten haben 1981 einen neuen Höchststand erreicht: Auf 100 DM Entgelt für geleistete Arbeit mußten die Unternehmen des Produzierenden Gewerbes noch einmal mehr als 76 DM für gesetzliche, tarifliche und betriebliche Zusatzkosten zulegen – je Beschäftigten also über 20 000 DM.

Die Personalzusatzkosten – dazu zählen alle Aufwendungen, die nicht im Zusammenhang mit der tatsächlich geleisteten Arbeit stehen – haben zwischen 1966 und 1978, dem von der amtlichen Statistik abgedeckten Zeitraum, eine immer stärkere Eigendynamik entwickelt. Während sich das „Entgelt für geleistete Arbeit“ je Arbeitnehmer (Direktlohn) bis 1978 nur um das Zweieinhalbfache erhöhte, nahmen die gesetzlichen, tariflichen und betrieblichen Personalzusatzkosten um mehr als das Vierfache zu. Anders gerechnet:

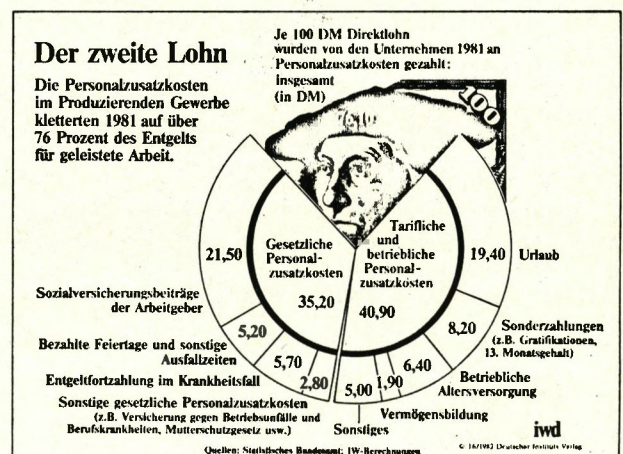
Das Entgelt für geleistete Arbeit je Beschäftigten betrug 1966 noch 9320 DM, die Personalzusatzkosten standen bei 4002 DM; 1978 waren es 23007 DM zu 16527 DM und 1981 bereits 26 400 DM zu 20 100 DM.

Der Anstieg dieses Kostenfaktors auf jetzt 76,1 Prozent des Direktlohns fiel allerdings geringer aus, als Anfang 1981 befürchtet worden war. Grund: Der Krankenstand (Repräsentativ-Statistiken der Betriebskrankenkassen) – und damit die Entgeltfortzahlungen im Krankheitsfall – fiel von 7,3 Prozent in 1980 auf 6,8 Prozent in 1981. Folge: Die Leistungen für die Entgeltfortzahlungen gingen von 6,30 DM auf 5,70 DM je 100 DM Direktlohn zurück.

Dieser Rückgang konnte den gewohnten Aufwärtstrend bei den gesamten gesetzlichen Personalzusatzkosten freilich nicht umkehren, sondern allenfalls bremsen. Die Erklärung: Die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber sind 1981 um 0,6 Punkte gegenüber dem Vorjahr gestiegen, so daß die gesamten gesetzlichen Personalzusatzkosten 1981 um weitere 0,1 Punkte zulegten (dabei wurde rechnerisch eine unveränderte Feiertagszahl unterstellt).

Damit sind die gesetzlichen Personalzusatzkosten von insgesamt 19,40 DM im Jahre 1966 auf jetzt 35,20 DM je 100 DM Direktentgelt gestiegen.

Als kostentreibend erwiesen sich dabei vor allem die Beiträge zur Sozialversicherung (Arbeitgeberanteil) – sie erhöhten sich von 11,70 DM in 1966 auf jetzt 21,50 DM – und die Aufwendungen für die Entgeltfortzahlungen, die von 1,70 DM auf 5,70 DM kletterten.



Ähnlich verlief die Entwicklung bei den tariflichen und betrieblichen Zulagen: Bezogen auf je 100 DM Entgelt für geleistete Arbeit legten die Betriebe 1981 noch einmal 40,90 DM für tarifvertragliche und betriebliche Leistungen drauf, 1966 waren es gerade 24 DM.

Als stärkster Treibsatz bei den tariflichen Personalzusatzkosten erwies sich die Verlängerung des Urlaubs:

1981 mußten zu jedem „Hunderter“ Direktlohn zusätzlich 19,40 DM an Urlaubsgeld gezahlt werden, vor 15 Jahren war es nur knapp die Hälfte.

Aber auch andere Positionen verhielten sich dynamisch. So kletterten die sogenannten betrieblichen Sonderzahlungen wie Gratifikationen oder 13. Monatsgehalt von 5 DM in 1966 auf jetzt 8,20 DM je 100 DM Direktlohn.

Dieser „Höhenflug“ der Personalzusatzkosten hat das Produzierende Gewerbe insgesamt erheblich belastet, wenn auch je nach Branche bzw. Unternehmensgröße beträchtliche Unterschiede bestehen. Beispiel:

Während in Betrieben mit 10 bis 49 Beschäftigten 58,60 DM je 100 DM Direktentgelt gezahlt wurden (1978), lagen die Zusatzkosten in großen Unternehmen mit 1000 und mehr Berufstätigen bei 78,30 DM.

Grund: Für die Höhe der Personalzusatzkosten ist – neben Betriebsgröße und Branche – auch die Struktur der Betriebsbelegschaft ausschlaggebend. So weisen z.B. Angestellte eine kleinere krankheitsbedingte Fehlquote auf als Arbeiter. Unternehmen mit einem hohen Angestellten-Anteil sind folglich verhältnismäßig geringer mit Entgeltfortzahlungen belastet als Betriebe mit extrem hohem Arbeiter-Anteil.

Trotz anhaltender Wirtschaftsflaute werden die Personalzusatzkosten auch 1982 steigen. Ursachen: Die gesetzlich vorgeschriebene Anhebung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und die für einen Großteil der Arbeitnehmer tariflich vereinbarten Urlaubsverlängerungen.

Wie sieht der Großhandel die Investitionszulage?

Der Landesverband des Groß- und Außenhandels für Hessen führte Mitte März eine Blitzumfrage zur geplanten Investitionsregelung durch. Die Kollegen des hessischen Groß- und Außenhandels beantworteten die Fragen folgendermaßen:

1. „Würden Sie eine Investitionszulage in Höhe von 10 % unter den jetzt vorgesehenen gesetzlichen Regelungen (Überschreiten der durchschnittlichen 3 Jahres-Investitionen) beantragen können und daraufhin investieren?“

haben **86%** der Befragten mit nein geantwortet und nur **14%** würden bei der jetzt vorgesehenen Regelung investieren wollen.

Auf die Frage

2. „Sind Sie der Auffassung, daß eine Investitionszulage von 10% ohne die vorgesehene Befristung und ohne die Einschränkung der Überschreitung der durchschnittlichen Investitionen der letzten drei Jahre gewährt werden sollte und würden Sie unter diesen Umständen investieren?“

haben **70%** mit ja geantwortet und nur **30%** haben dies im Hinblick auf die gegenwärtige wirtschaftliche Situation verneint.

Damit ist klar, daß nur bei einer Änderung der beabsichtigten gesetzlichen Regelung in dem vom Landesverband Hessen vorgeschlagenen Sinne eine Investitionszulage für mehr als zwei Drittel unserer Firmen interessant ist.

Initiative zur Stabilisierung der sozialen Sicherung

In einem Schreiben an den Bundeskanzler hat der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, **Otto Esser**, noch einmal auf die dringende Notwendigkeit einer Stabilisierung unseres sozialen Sicherungssystems hingewiesen. Gleichzeitig überreichte er dem Bundeskanzler die hierzu von den Arbeitgebern in der Denkschrift „Soziale Sicherung in der Zukunft“ entwickelten Vorschläge. Mit dieser Initiative wollen die Arbeitgeber, wie der Präsident der Bundesvereinigung betonte, zu gemeinsamen Handeln aller politischen und gesellschaftlichen Gruppen anregen.

Wie es in dem Schreiben an den Bundeskanzler weiter heißt, stoße das System der sozialen Sicherung zunehmend an die Grenzen seiner Finanzierbarkeit. Die Erfüllung der ihm in der Vergangenheit auferlegten Leistungsverpflichtungen werde angesichts deutlich geringerer Wachstumsraten, erheblicher Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt, langfristiger Verschiebungen in der Altersstruktur der Bevölkerung, wachsender Staatsverschuldung und weitreichender weltwirtschaftlicher Probleme immer schwerer. Deshalb sei für die soziale Sicherungspolitik der Zukunft ein Gesamtkonzept erforderlich, das Prioritäten setze und das Verhältnis zwischen dem Eintreten der Solidargemeinschaft und dem Entstehen des einzelnen neu ordne. Die Arbeitgeber hätten sich mit der Ausformung eines solchen Konzepts sehr eingehend beschäftigt. Das Ergebnis ihrer Überlegungen seien die in der Denkschrift formulierten Leitlinien, die das Ziel verfolgten, das von den Arbeitgebern bejahte System der sozialen Sicherung im Interesse ihrer Mitarbeiter auf Dauer funktionsfähig zu halten.

Durch eine solche Neuorientierung der sozialen Sicherungspolitik, die sich an die veränderten wirtschaftlichen, sozialen, gesellschaftlichen und demographischen Bedingungen anpasse, werde auch ein Beitrag zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geleistet. Hierbei gehe es um eine ganze Reihe konstruktiver Maßnahmen, die geeignet seien, Investitionen und damit Wachstum und Beschäftigung zu fördern. Dazu gehörten auch eine verantwortungsbewußte Lohnpolitik, eine vernünftige Wirtschafts- und Finanzpolitik und der Abbau bürokratischer Investitionshemmnisse.

BGA zu den wirtschaftspolitischen Beschlüssen des SPD-Parteitag

Als eine Aufkündigung der bisher erklärten Maßnahme um mehr Marktwirtschaft bemühten Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und als demonstratives Mißtrauensvotum gegen die Unternehmerschaft hat der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) die SPD-Parteitagebeschlüsse zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik anlässlich einer Umfrage der Süddeutschen Zeitung am 22. April 1982 bezeichnet. Anstatt klarer marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen werde die Wirtschaft mit ideologisch überfrachteten, obsoleten dirigistischen Rezepten konfrontiert, die das Maß und Tempo der Fehlentwicklungen in der Wirtschaft nur verschlimmern, nicht aber entschärfen würden. Der Münchner Parteitag habe die Hoffnung der Wirtschaft auf einen realistischen wirtschaftspolitischen Kurs der größten Regierungspartei nicht erfüllt. Zur Überwindung der Wachstums- und Beschäftigungsprobleme sei jetzt ein noch entschiedeneres solidarisches Engagement aller marktwirtschaftlichen Kräfte notwendig.

Sozialversicherung

Aktuelle Probleme zum Mutterschaftsurlaub

1. Verspätete Abgabe der Erklärung über die Inanspruchnahme des Mutterschaftsurlaubes

Gemäß § 8a Abs. 2 des Mutterschutzgesetzes muß die Mutter den Mutterschaftsurlaub spätestens vier Wochen vor Ablauf der Schutzfrist des § 6 Abs. 1 MuSchG verlangen. Es handelt sich dabei um die Schutzfrist nach der Entbindung. Sie beträgt acht Wochen, bei Mehrlings- oder Frühgeburten 12 Wochen nach der Entbindung. Der Mutterschaftsurlaub soll so früh wie möglich verlangt werden, damit der Arbeitgeber disponieren kann. Deshalb ist es unbedenklich, wenn der Mutterschaftsurlaub schon vor der Entbindung verlangt wird.

Verlangt die Mutter den Mutterschaftsurlaub schon frühzeitig, ggf. sogar zeitgleich mit der Anfragestellung auf Mutterschaftsgeld für die Zeit vor der Entbindung, so hat sie spätestens bis zu der in § 8a Abs. 2 MuSchG genannten Erklärungsfrist die Möglichkeit, ihre Entscheidung zu korrigieren. Vom Beginn der vierten Woche vor Ablauf der Schutzfrist vor der Entbindung an ist die Mutter allerdings an ihre Erklärung gebunden. § 8a Abs. 5 MuSchG sieht jedoch vor, daß der Mutterschaftsurlaub mit Zustimmung des Arbeitgebers vorzeitig beendet werden kann. Ist eine solche Zustimmung nicht zu erhalten, so ist die Mutter selbst dann an ihre Erklärung gebunden, wenn während der letzten vier Wochen vor Ablauf der Schutzfrist oder während des Mutterschaftsurlaubs Arbeitsunfähigkeit eintritt. Dadurch wird der Antritt oder die Fortdauer des Mutterschaftsurlaubs für die gesetzlich bestimmte Dauer nicht beeinträchtigt.

Wenn bis zu dem in § 8a Abs. 2 MuSchG genannten Termin der Mutterschaftsurlaub nicht verlangt wird, kann Mutterschaftsurlaub grundsätzlich nicht mehr geltend gemacht werden. Insoweit wirkt § 8a Abs. 2 MuSchG wie eine Ausschußfrist. Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist nur unter den besonderen Voraussetzungen des § 8a Abs. 3 MuSchG möglich. Dort wird bestimmt, daß dann, wenn die Mutter aus einem von ihr nicht zu vertretenden Grund den Mutterschaftsurlaub nicht rechtzeitig verlangen oder antreten kann, sie dies innerhalb einer Woche nach Wegfall des Grundes nachholen kann. Nach allgemeiner Ansicht muß es sich bei dem von der Mutter nicht zu vertretenden Grund um ein schwerwiegendes, außergewöhnliches Ereignis handeln, das sie außerstande setzte, den Mutterschaftsurlaub rechtzeitig zu verlangen. Als ein von der Mutter nicht zu vertretender Grund kann beispielsweise eine Naturkatastrophe angesehen werden. Demgegenüber darf eine Krankheit die Mutter im allgemeinen nicht hindern, den Mutterschaftsurlaub rechtzeitig zu verlangen. Eine Krankheit kann demnach als Hinderungsgrund nur dann in Betracht kommen, wenn sie so schwerwiegend ist, daß dadurch die rechtzeitige Abgabe der Erklärung unmöglich oder bei vernünftiger Betrachtung unzumutbar war.

Der Hinderungsgrund muß spätestens am letzten Erklärungstag vorgelegen haben. Es ist deshalb anzunehmen, daß er noch innerhalb der Schutzfrist des § 6 Abs. 1 MuSchG wegfällt. Daher kann die Mutter den Mutterschaftsurlaub in unmittelbarem Anschluß an die Schutzfrist antreten. Dauert der Hinderungsgrund allerdings ausnahmsweise über das Ende der Schutzfrist hinaus, beginnt der Mutterschaftsurlaub auch in diesen Fällen unmittelbar nach Ablauf der Schutzfrist.

Natürlich ist es möglich, daß der Arbeitgeber dem Antritt des Mutterschaftsurlaubs zustimmt, obwohl die Erklärungsfrist überschritten wurde. Fraglich könnte hier sein, wie es um das während des Mutterschaftsurlaubes zu zahlende Mutterschaftsgeld in solchen Fällen gestellt ist. Das BVA hat dazu auf eine entsprechende Anfrage hin mit Schreiben vom 20.2.1980 mitgeteilt, daß es in Übereinstimmung mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung die Auffassung vertritt, in solchen Fällen wäre ein Mutterschaftsgeldanspruch gegeben. Aus dem Ergebnis der Besprechung der Leistungsreferenten der Spitzenverbände der Krankenkassen vom 7. und 11.3.1980 ergibt sich, daß von seiten der Spitzenverbände der Krankenkassen gegen eine entsprechende Verfahrensweise keine Bedenken bestehen. Das gilt aber nur, wenn die Erklärung innerhalb der acht- bzw. zwölfwöchigen Schutzfrist nach der Entbindung abgegeben wird.

2. Ende des Anspruchs auf den Mutterschaftsurlaub

Es wurde unter 1. bereits erwähnt, daß der Mutterschaftsurlaub mit Zustimmung des Arbeitgebers vorzeitig beendet werden kann. Ansonsten ist es, wie aus § 8a Abs. 6 MuSchG hervorgeht, nicht möglich, den Mutterschaftsurlaub durch Vertrag auszuschließen oder zu beschränken. Würde trotzdem ein entsprechender Vertrag geschlossen, so muß dieser als nichtig angesehen werden. Im übrigen endet der Mutterschaftsurlaub an dem Tag, an dem das Kind sechs Monate alt wird. Die Berechnung der Sechs-Monats-Frist richtet sich nach Ansicht der Spitzenverbände der Kranken- und Rentenversicherungsträger in Abschn. 1.1.4.1. in ihrem gemeinsamen Rundschreiben vom 18.6.1979 nach § 187 Abs. 2 in Verbindung mit § 188 Abs. 2 Zweiter Halbsatz sowie Abs. 3 BGB. Gem. § 187 Abs. 2 Satz 1 BGB wird der Tag des Ereignisses mitgerechnet, wenn der Beginn eines Tages der für den Anfang einer Frist maßgebende Zeitpunkt ist. Das gleiche gilt nach Satz 2 des § 187 Abs. 2 BGB von dem Tage der Geburt bei der Berechnung des Lebensalters. Die Frist endet nach § 188 Abs. 2 zweiter Halbsatz BGB mit Ablauf desjenigen Tages der letzten Woche oder des letzten Monats, welcher dem Tage vorhergeht, der durch seine Benennung oder seine Zahl dem Anfangstage entspricht. Fehlt bei einer nach Monaten bestimmten Frist in dem letzten Monat der für ihren Ablauf maßgebende Tag, so endet die Frist nach § 188 Abs. 3 BGB mit dem Ablauf des letzten Tages dieses Monats. Stirbt das Kind, endet der Anspruch drei Wochen nach dem Tod des Kindes, sterben von mehreren Kindern nicht alle Kinder, so besteht der Anspruch auf den Mutterschaftsurlaub weiter.

§ 8a Abs. 4 MuSchG bestimmt übrigens, daß dann, wenn der Arbeitgeber für die Zeit des Mutterschaftsurlaubs einen anderen Arbeitnehmer eingestellt hat und das Arbeitsverhältnis mit diesem Arbeitnehmer über die drei Wochen hinaus vereinbart wurde, der Mutterschaftsurlaub mit der Auflösung dieses Arbeitsverhältnisses endet. Spätestens endet er an dem Tag, an dem das Kind sechs Monate alt geworden wäre. Mit diesem Tage endet der Mutterschaftsurlaub auch ohne Rücksicht auf die Einstellung einer Ersatzkraft, wenn die Drei-Wochen-Frist erst danach enden würde.

Erfahrener Kaufmann, 33 J., sucht Großhandelsbetrieb, Kauf, Pacht oder auch tätige Beteiligung angenehm. Angebote an die Hauptgeschäftsstelle

Job-sharing

Was ist unter dem Begriff Job-sharing zu verstehen und welche Unterschiede bestehen zu den herkömmlichen Arbeitsplätzen?

Die Bezeichnung Job-sharing stammt aus den USA. Unter Job-sharing wird dort die Besetzung eines Arbeitsplatzes durch ein Team von Arbeitskollegen verstanden, das sich bereits vor der Arbeitsaufnahme zusammengefunden hat. Vertragliche Beziehungen existieren bei dem amerikanischen Modell des Job-sharing nur zwischen dem Team und dem Auftraggeber. Die Gruppe als solche, nicht dagegen der einzelne Beschäftigte, ist also Vertragspartei eines Werk-, freien Dienst- oder Dienstverschaffungsvertrages. Der Beschäftigte ist bei dieser Form des Job-sharing dagegen mangels Vorliegen eines Arbeitsvertrages zwischen ihm und dem Auftraggeber nicht dessen Arbeitnehmer; die Anwendung des gesamten Arbeitsrechts scheidet damit aus. Wenn überhaupt, so würden arbeitsrechtliche Beziehungen allenfalls zwischen den Gruppenmitgliedern und dem Leiter der Gruppe bestehen. Aber auch diese Möglichkeit scheidet aus, wenn die Gruppe gesellschaftsrechtlich verfaßt ist, d.h. eine Gesellschaft des bürgerlichen oder Handels- und Wirtschaftsrechts bildet.

Die amerikanische Form des Job-sharing, der im deutschen Recht die sog. Eigengruppe mit gesellschaftsrechtlicher Verfassung entspricht, ermöglicht somit eine Umgehung des Arbeitsrechts. Sie findet deshalb mit Recht in der deutschen Diskussion um Möglichkeiten und Grenzen neuer Formen der Teilzeitarbeit keine Beachtung.

In **Deutschland** wird demgegenüber der Begriff des Job-sharing einhellig mit anderer Bedeutung verwendet: Man versteht darunter die **Aufteilung eines Arbeitsplatzes** unter zwei oder mehrere Beschäftigte, die aber Arbeitnehmer des Betriebsinhabers bleiben. Job-sharing ist deshalb nach deutschem Verständnis eine **Sonderform der Teilzeitarbeit**, die dadurch gekennzeichnet ist, daß die auf dem einen Arbeitsplatz beschäftigten Arbeitnehmer die Arbeitszeit weitgehend eigenverantwortlich untereinander aufteilen können. Da hier Arbeitsverträge zwischen den einzelnen Gruppenmitgliedern und dem Betriebsinhaber bestehen, ist das gesamte Arbeitsrecht auf die betreffenden Arbeitsverhältnisse anwendbar. Das gilt vor allem für die arbeitsrechtlichen Schutzbestimmungen zugunsten der Arbeitnehmer, die einschlägigen tarifvertraglichen Normen und Betriebsvereinbarungen. Die vorliegenden deutschen Modelle von Job-sharing-Arbeitsverträgen gehen durchweg von diesem Begriff des Job-sharing aus.

Ist es möglich, diese Art der Arbeitsverhältnisse in einer unserer arbeitsrechtlichen Regelungen entsprechenden Form zu begründen?

Aus dem oben Ausgeführten folgt, daß das amerikanische Modell des Job-sharing nicht unseren arbeitsrechtlichen Regelungen entspricht. Denn es beschränkt sich nicht darauf, den Beschäftigten im eigenen Interesse eine bedürfnisgerechte Gestaltung der Arbeitszeit zu ermöglichen, sondern führt zur Ausschaltung des gesamten Arbeitsrechts einschließlich der Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen.

Die folgenden Ausführungen beschränken sich deshalb auf die deutsche Variante des Job-sharing, die dadurch gekennzeichnet ist, daß jeder Job-Partner einzelvertraglich einen bestimmten Anteil der vollen betriebsüblichen Arbeit mit dem Recht übernimmt, die Aufteilung seiner Arbeitszeit weitgehend nach eigenen Vorstellungen mit dem oder den anderen Job-Partnern abzustimmen; je nach Ausgestaltung des Job-sharing-Arbeitsvertrags kommt noch eine Pflicht zur ständigen Besetzung des Arbeitsplatzes bzw. eine Vertretungspflicht bei Ausfall eines Job-Partners hinzu.

Ob diese Form des Job-sharing den Voraussetzungen genügt, die vom geltenden Recht für das Vorliegen eines Arbeitsverhältnisses gefordert werden, kann nach dem derzeitigen Stand der arbeitsrechtlichen Diskussion nicht mit letzter Sicherheit festgestellt werden. In der arbeitsrechtlichen Literatur wird vertreten, daß eine weitgehende Individualisierung der Arbeitszeit den Arbeitnehmerstatus ausschließen könne. Legt man jedoch die neuere Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zur Abgrenzung des Arbeitnehmerbegriffs zugrunde, so ist anzunehmen, daß das Job-sharing deutscher Prägung bei einer entsprechenden Ausgestaltung der Arbeitsverträge den Voraussetzungen für das Vorliegen eines Arbeitsverhältnisses genügt. Denn die Rechtsprechung stellt bei der Frage, ob ein Dienstleistender Arbeitnehmer ist, seit längerem nicht mehr ausschließlich auf die Fremdbestimmung hinsichtlich der Arbeitszeit ab, sondern läßt es genügen, daß sich die für das Vorliegen eines Arbeitsverhältnisses erforderliche Fremdbestimmtheit oder persönliche Abhängigkeit der Arbeitsleistung aus einer Vielzahl anderer Umstände ergibt. Maßgeblich ist, ob die Gesamtbeurteilung aller Umstände des Einzelfalles eine Fremdbestimmung oder Abhängigkeit in arbeitsorganisatorischer Hinsicht ergibt.

Es ist somit davon auszugehen, daß es möglich ist, Job-sharing-Arbeitsverhältnisse in einer unseren arbeitsrechtlichen Regelungen entsprechenden Form zu begründen.

Ist Job-sharing in der Bundesrepublik praktikabel?

Eine Übernahme des amerikanischen Job-sharing-Modells bedeutet mit Sicherheit eine Preisgabe arbeitsrechtlicher und sozialer Errungenschaften in der Bundesrepublik. Sie ist daher abzulehnen.

Aber auch das Job-sharing nach deutschem Verständnis kann zu einer Reihe von Problemen und Schwierigkeiten bei der Anwendung von Arbeitsrecht führen. Noch nicht geklärt sind vor allem die Fragen nach der Zulässigkeit einer Pflicht zur ständigen Besetzung des Arbeitsplatzes, nach der Haftung des Arbeitnehmers für die Nichtbesetzung des Arbeitsplatzes und nach der Zulässigkeit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses durch Kündigung des Arbeitgebers im Falle des Auseinanderbrechens des Teams. Die Beantwortung der offenen Fragen hängt ganz wesentlich von der konkreten Ausgestaltung des jeweiligen Job-sharing-Arbeitsvertrags ab.

Im gegenwärtigen Zeitpunkt können allgemeine Aussagen nur mit Vorsicht getroffen werden. Im folgenden seien einige wichtige Problempunkte herausgegriffen:

1. Es wird befürchtet, daß der bedürfnisgerechte Einsatz des „Zeitbudgets“ des Arbeitnehmers bei den modernen Arbeitszeitformen – und auch dem Job-sharing – letzten Endes auf Kosten der Humanisierung der Arbeit geht.

Ob diese Befürchtungen berechtigt sind, kann ohne entsprechende praktische Erfahrungen nicht beurteilt werden. Jedoch ist anzumerken, daß die möglichen Nachteile weniger rechtlicher als vielmehr faktischer Art sind. Der Rechtsanspruch auf Arbeitsbefreiung z.B. wird durch das Job-sharing für sich genommen nicht beeinträchtigt. Auf Überstunden hat der Arbeitnehmer ohnehin keinen Rechtsanspruch. Die Erhöhung der Arbeitsintensität ist rein arbeitsrechtlich nicht zu beanstanden; wo diese Erhöhung wirklich in starkem Maße auftritt, ist vor einer Überziehung aus Gründen der Humanisierung der Arbeit zu warnen.

2. Rechtliche Nachteile für den einzelnen Job-Partner sind denkbar, wenn der Arbeitsvertrag eine Pflicht zur ständigen Besetzung des Arbeitsplatzes bzw. eine Vertretungspflicht enthält. Fraglich ist in diesem Fall, unter welchen Voraussetzungen die verbleibenden Job-Partner haften, wenn es als Folge des Ausfalls eines Team-Mitglieds dennoch zu einer Vakanz des Arbeitsplatzes kommt. Eine Garantie für die ständige Besetzung des Arbeitsplatzes, d.h. eine verschuldensunabhängige Haftung, wäre jedenfalls mit den zwingenden gesetzlichen Arbeitsbefreiungsansprüchen (z.B. bei Krankheit, Schwangerschaft) nicht zu vereinbaren und damit unzulässig. Eine Pflicht zur ständigen Besetzung des Arbeitsplatzes bzw. Vertretung kann deshalb rechtswirksam nur in der Weise vereinbart werden, daß eigene Arbeitsbefreiungsansprüche des an sich Vertretungspflichtigen unberührt bleiben. Freilich ver-

bleiben auch dann noch Problempunkte: Wird die Vertretungspflicht nicht an einschränkende Voraussetzungen gebunden, muß sich jeder Job-Partner praktisch während der vollen betriebsüblichen Arbeitszeit in ständiger Dienstbereitschaft halten. Das ist zwar arbeitsrechtlich zulässig, jedoch wird dadurch die Attraktivität des Job-sharing erheblich geschmälert. Generell führt es zu praktischen und rechtlichen Schwierigkeiten, wenn die Voraussetzungen der Vertretungspflicht nicht sorgfältig präzisiert werden.

3. Nicht auszuschließen ist außerdem, daß sich für die Job-Partner das Kündigungsrisiko erhöht. Denn im Falle einer berechtigten verhaltens- oder personenbedingten Kündigung des Arbeitsverhältnisses eines Job-Partners durch den Arbeitgeber und allgemein des Ausscheidens eines Job-Partners aus dem Team ist die ständige Besetzung des Arbeitsplatzes nicht mehr gewährleistet. Der Arbeitgeber könnte dann möglicherweise den übrigen Job-Partnern betriebsbedingt kündigen. Zu vermeiden wäre dieses Risiko einer „partnerbedingten Kündigung“ nur durch einen vertraglichen Ausschluß des Kündigungsrechts aus diesem Grunde.

Dann bestünde jedoch die praktische Schwierigkeit, einen Ersatz für den ausgeschiedenen Job-Partner zu finden. Es könnte zwar für Arbeitgeber und verbleibende Team-Mitglieder eine Pflicht zur Suche nach einer Ersatzkraft vereinbart werden; denkbar ist aber auch die vertragliche Vereinbarung der Übernahme in ein normales Teilzeit-Arbeitsverhältnis bei Auseinanderbrechen des Teams.

4. Probleme können schließlich auftreten hinsichtlich der Anwendung solcher Arbeitsschutzgesetze, die auf den Regeltyp der gleichförmigen Arbeitsleistung zugeschnitten sind. Zu nennen sind etwa das Lohnfortzahlungsgesetz, das Gesetz zur Regelung der Lohnzahlung an Feiertagen und das Bundesurlaubsgesetz. Auch insoweit müssen zunächst praktische Erfahrungen gesammelt werden. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Probleme durch eine entsprechend sorgfältige Ausgestaltung der Arbeitsverträge lösbar sind.
5. Auch die sozialversicherungsrechtliche Beurteilung ist von der konkreten Ausgestaltung des Job-sharing-Vertrages abhängig. Wird ein Job-sharing-Arbeitsvertrag abgeschlossen, so ist ein entgeltliches Beschäftigungsverhältnis gegeben, das grundsätzlich der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Kranken-, Renten- und Unfallversicherung unterliegt. Handelt es sich im Einzelfall – wie es auch sonst bei Teilzeitbeschäftigungen möglich ist – um eine nur geringfügige Beschäftigung gemäß § 8 SGB IV so besteht Versicherungsfreiheit in der Kranken- und Rentenversicherung. Auch bei Vorliegen der Versicherungspflicht ergeben sich aus der Zahlung eines geringeren Arbeitsentgelts als bei Vollzeitbeschäftigung regelmäßig Folgen für die Höhe der Geldleistungen in der Sozialversicherung.

Über diese sozialversicherungsrechtlichen Auswirkungen müssen sich die Vertragspartner bei Abschluß des Job-sharing-Vertrages im klaren sein. Nur dann kann durch die Vertragsgestaltung den individuellen Wünschen, welche sozialversicherungsrechtlichen Wirkungen eintreten sollen, Rechnung getragen werden.

Es bleibt somit festzustellen, daß durch eine sorgfältige Ausgestaltung der Job-sharing-Arbeitsverträge etwaige arbeitsrechtliche und faktische Nachteile für den Job-sharing-Partner im Vergleich zum Arbeitnehmer mit tarifüblicher Arbeitszeit weitgehend ausgeschaltet werden können.

Wie könnte ein solches Vertragsverhältnis aussehen?

Angesichts der vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten von Arbeitsverträgen im Job-sharing-System ist es nicht möglich, eine einzige Gestaltung als den arbeitsrechtlichen Regelungsinstrumenten und Wertungen entsprechend herauszukristallisieren. Dies muß nicht zuletzt schon daran scheitern, daß der Job-sharing-Arbeitsvertrag – wie im übrigen jeder Arbeitsvertrag – den Verhältnissen in der jeweiligen Branche und den Anforderungen des betreffenden Arbeitsplatzes gemäß auszugestalten ist. Es lassen sich deshalb allenfalls einige Leitgesichtspunkte anführen:

1. Ein Job-sharing-Arbeitsvertrag sollte präzise Regelungen über das Verfahren bei der Abstimmung über die Aufteilung der Arbeitszeit enthalten. Zur Vermeidung von Konflikten innerhalb des Teams und zwischen den einzelnen Job-Partnern und dem Arbeitgeber hinsichtlich der ständigen Besetzung des Arbeitsplatzes empfiehlt es sich, eine Pflicht zur rechtzeitigen Aufstellung eines Arbeitsplanes unter Beteiligung des Arbeitgebers zu vereinbaren. Die Existenz eines verbindlichen Arbeitsplans verbürgt auch, daß gesetzliche Arbeitsbefreiungsansprüche (z. B. bei Krankheit, Schwangerschaft, Stellensuche) nicht verkürzt werden.
2. Die Frage der Vertretung der Job-Partner untereinander sollte sorgfältig geregelt werden. Insbesondere sollte klargestellt werden, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Vertretungspflicht besteht. Zu empfehlen ist außerdem, daß ggf. die Modalitäten der Abrufung der Arbeitsleistung im Vertretungsfall vertraglich geregelt werden. Dazu gehört auch, daß bei einem aus mehr als zwei Personen bestehenden Team bestimmt wird, welcher der übrigen Job-Partner zu vertreten hat; dieser Punkt könnte im übrigen auch im jeweiligen Arbeitsplan geregelt werden.
3. Einer vertraglichen Regelung bedürftig erscheinen außerdem die Modalitäten der Gewährung von Erholungsurlaub. Das stundenweise „Abfeiern“ des Urlaubsanspruchs oder eine Aufrechnung mit einem etwaigen Arbeitszeitguthaben dürfte den gesetzlichen Wertungen jedenfalls widersprechen.

4. Geregelt werden sollten zudem die Folgen des Ausscheidens eines Job-Partners für die verbleibenden Team-Mitglieder in kündigungsschutzrechtlicher Hinsicht.
5. Schließlich muß ganz allgemein gewährleistet sein, daß der Job-sharing-Arbeitsvertrag mit den tarifvertraglichen und den zwingenden gesetzlichen Bestimmungen des Arbeitsrechts in Einklang steht.
6. Im übrigen ist zu beachten, daß sowohl bei einer generellen Einführung des Job-sharing als auch bei der Einstellung eines Job-sharing-Arbeitnehmers im Einzelfall der Betriebsrat oder die Personalvertretung ein Mitbestimmungsrecht haben.
7. Als Ergebnis kann somit festgehalten werden, daß ein arbeitsrechtlich „gelungener“ Job-sharing-Arbeitsvertrag insbesondere präzise und sorgfältige Regelungen hinsichtlich der Abstimmung über die Arbeitszeit, die Vertretungsfrage, die Modalitäten der Urlaubsgewährung und die Folgen des Ausscheidens eines Team-Mitglieds sowie eine Klausel über die grundsätzliche Anwendbarkeit der einschlägigen tarifvertraglichen und gesetzlichen Bestimmungen enthalten sollte.

Welche Auswirkungen hat Job-sharing auf Arbeitsplätze?

Gerade mit Hilfe des Job-sharing soll der Versuch unternommen werden, qualitativ höherwertige Arbeitsplätze für eine Teilzeitbeschäftigung zu erschließen. Durch die solidarische Verantwortung für die Aufgabenerledigung an einem Arbeitsplatz können auch qualifizierte Mitarbeiter, die im Bereich der konventionellen Teilzeitarbeit keine Möglichkeiten haben, dem Betrieb erhalten oder für den Betrieb gewonnen werden.

Ebenso bietet das Job-sharing-System für ältere Arbeitnehmer einen Übergang in den gleitenden Ruhestand mit verringerter Arbeitsbelastung, ohne daß dadurch ein Vollzeitarbeitsplatz ganz aufgegeben werden muß.

Die Befürchtung, daß Job-sharing-Arbeitsplätze ausschließlich mit Frauen besetzt werden, ist unbegründet.

Selbstverständlich wird der Anteil der weiblichen Arbeitnehmer sehr hoch sein, weil gerade dieser Personenkreis seit jeher ein großes Interesse an Teilzeitbeschäftigung gezeigt hat.

Da Job-sharing eine Teilzeitbeschäftigung auch für höher qualifizierte Tätigkeiten bietet und Männer nach wie vor meist eine bessere Ausbildung aufweisen, ist Job-sharing auch für Männer geeignet. Job-sharing kann auch dem Mann die verstärkte Übernahme familiärer Aufgaben erleichtern und so zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und damit zur tatsächlichen Gleichstellung von Mann und Frau beitragen.

Job-sharing wird nicht primär als arbeitsmarktpolitische Maßnahme zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sondern als interessante Ergänzung bestehender Arbeitsplatzformen angesehen. Die Arbeitsmarktsituation kann durch diese neue Arbeitsplatzform nicht grundlegend geändert, sondern lediglich partiell verbessert werden. Die qualitative Weiterentwicklung der Teilzeitbeschäftigung in Richtung „Job-sharing“ dient vor allem zur Deckung spezieller Arbeitswünsche vieler Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Job-sharing kann für Unternehmen wie für Beschäftigte verschiedene Vorteile bieten. Es wird die Möglichkeit gesehen, für nicht besetzbare Vollzeitarbeitsplätze Job-sharing-Arbeitskräfte zu finden, womit der derzeitige durch einen hohen Anteil teilzeitarbeitsuchender Arbeitsloser gekennzeichnete Arbeitsmarkt entlastet werden könnte.

Job-sharing könnte gerade die Verbindung von häuslichen und familiären Aufgaben mit außerhäuslicher Erwerbstätigkeit erleichtern.

Dadurch würden einerseits der Wirtschaft qualifizierte Arbeitskräfte und Begabungen erschlossen. Andererseits würde dem Wunsch einer Vielzahl von vollzeitbeschäftigten Arbeitskräften entsprochen, die eine Verkürzung der Arbeitszeit – auch bei verringertem Einkommen – vorziehen würden, um familiären oder sonstigen Interessen nachgehen zu können.

Da bis weit in die 90er Jahre mit erheblichen Arbeitsmarktp Problemen zu rechnen ist, vor allem, da die gesamtwirtschaftliche Entwicklung keine großen Arbeitsplatzzuwächse erwarten läßt, müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um möglichst viele Personen in das Arbeitsleben zu integrieren.

Job-sharing darf andererseits nicht dazu führen, daß Vollzeitbeschäftigung zur teilweisen Aufgabe ihres Arbeitsplatzes oder Arbeitssuchende gegen ihre Vorstellungen und Bedürfnisse zur Übernahme von Teilzeitarbeit gedrängt werden. Die überwiegende Zahl der Erwerbstätigen ist auf eine Beschäftigung angewiesen, mit der der Lebensunterhalt gedeckt werden kann. Die Entscheidung für Job-sharing muß für Arbeitnehmer wie Arbeitgeber freiwillig bleiben.

Ob Job-sharing ein Modell für eine große Zahl von Arbeitnehmern werden kann, wird die Praxis zeigen. Wenn es aber einem Teil der Interessenten Zugang zu qualifizierter Teilzeitarbeit eröffnet, was es aufgrund bisher vorliegender Erfahrungen kann, so wird damit bereits eine wichtige beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitische Funktion erfüllt, zumal mit einem Mehr an Flexibilität auch ein Mehr an Humanität am Arbeitsplatz verbunden ist.

Da die eigentlichen Schwierigkeiten des Job-sharing vermutlich mehr in der praktischen als in der rechtlichen Ausgestaltung eines solchen Arbeitsverhältnisses liegen werden, können sich die Informationen über Job-sharing zum gegenwärtigen Zeitpunkt im wesentlichen nur auf die bisher vorliegenden theoretischen Modelle sowie die arbeits- und sozialversicherungsrechtlich zu beachtenden Gesichtspunkte bei der Ausgestaltung solcher Verträge beziehen.

Die Regelung über das Ende des Mutterschaftsurlaubs beim Tode des Kindes gelten auch dann, wenn das Kind während der vier Wochen des § 8a Abs. 2 MuSchG stirbt. Es handelt sich hier um die unter 2. behandelte Vier-Wochen-Frist vor Ablauf der Schutzfrist nach der Entbindung. Diese Regelung erscheint auf den ersten Blick nicht sinnvoll, da der wichtigste Grund für die Gewährung des Mutterschaftsurlaubes, nämlich das Vorhandensein und damit die

Pflege des neugeborenen Kindes, vor Antritt des Mutterschaftsurlaubs entfällt. Es ist aber daran zu denken, daß der Arbeitgeber durch die Entscheidung der Mutter, während dieser vier Wochen ihren Mutterschaftsurlaub zu nehmen, veranlaßt sein könnte, eine Ersatzkraft einzustellen. Nicht geregelt ist aber der Fall, daß die Mutter den Mutterschaftsurlaub bereits vor diesen vier Wochen beantragt und der Arbeitgeber deshalb eine Ersatzkraft einstellt.

Steuerfragen

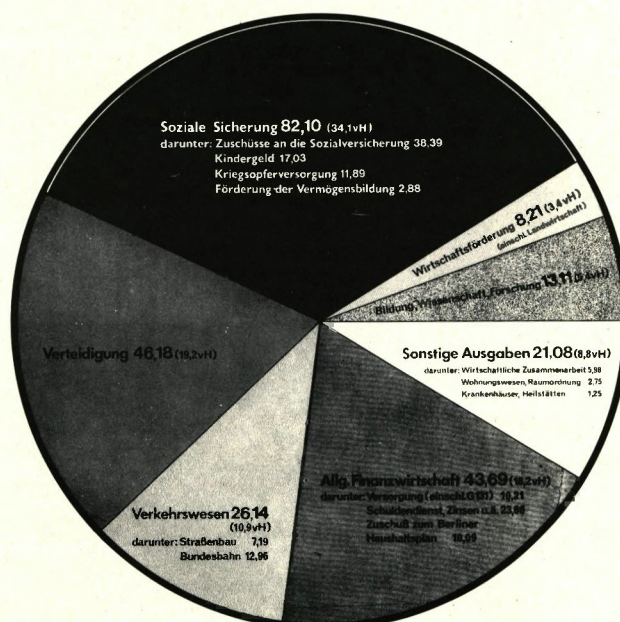
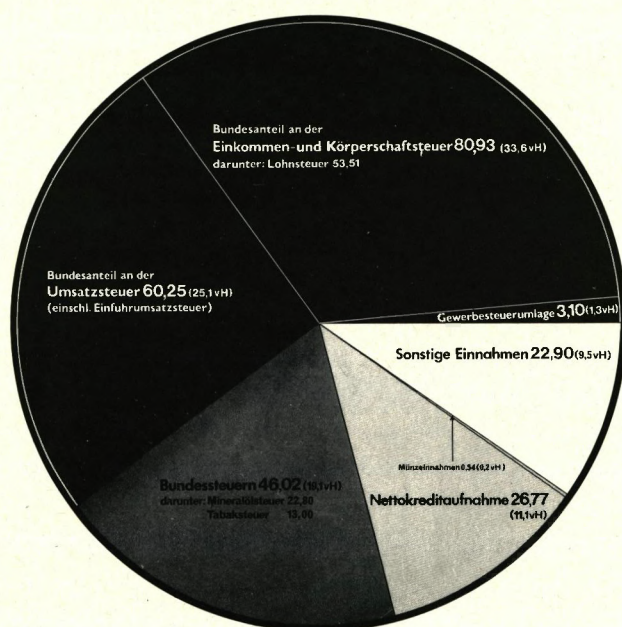
Die Unternehmen brauchen dringend Klarheit in der Steuerpolitik

Die „Gemeinschaftsinitiative für Arbeit, Wachstum und Stabilität“ droht, je mehr über steuerliche Details diskutiert und je länger die praktische Ausgestaltung hinausgezögert wird – investitions- und beschäftigungspolitisch negative Folgen auszulösen.

Das Investitionsklima wird weiter durch nicht enden wollende Spekulationen über Erhöhung der Grund-, Vermö-

gen- und Erbschaftsteuer, vorgezogene Steuerzahlungen nach Betriebsprüfungen, Einschränkung von Steuerzahlungen per Scheck, höhere Mehrwertsteuer, Einführung einer Ergänzungsabgabe oder Arbeitsmarktabgabe belastet. Vor allem aber droht die auf die Verbesserung der Investitionsbedingungen zielende 10%ige Investitionszulage durch ein Geflecht überbürokratischer Reglementierungen verkompliziert zu werden. Sie wird damit für den Kaufmann immer uninteressanter und uneffektiver.

Der positive Ansatz der „Gemeinschaftsinitiative“ nämlich der Abbau der heimlichen Steuererhöhungen im Bereich der Lohn- und Einkommensteuer ab 1. 1. 84 wird durch widersprüchliche Diskussionen in den Regierungsparteien zerredet.



Berufsausbildung und -förderung

Hohe Ausbildungsbereitschaft auch in Zukunft aufrechterhalten

Die hohe Ausbildungsleistung der mittelfränkischen Wirtschaft muß in den kommenden Jahren unter allen Umständen durchgehalten werden, obwohl die wirtschaftliche Abschwächung in den Betrieben auch die Ausbildungsbe-mühungen erschwert:

In einer von der Vollversammlung beschlossenen Resolution fordert die Industrie- und Handelskammer Nürnberg die Betriebe auf, alle freiwerdenden und verfügbaren Ausbildungsplätze erneut zu besetzen bzw. den Arbeitsämtern jetzt schon als frei zu melden.

Die Kammer weist darauf hin, daß die Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen in wenigen Jahren als Folge der Geburtenentwicklung stark rückläufig sein werde. Die Unternehmen müßten nichtsdestoweniger nachweisen, daß sie auch in schwierigen Zeiten einen hervorragenden Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Probleme leisten könn-

ten. Nach Ansicht der Kammer sollten die Betriebe vor allem auch für Lernbehinderte und für ausländische Jugendliche qualifizierte Ausbildungsplätze bereitstellen.

Präsident **Braun** machte bei dieser Gelegenheit allerdings auch darauf aufmerksam, daß in Mittelfranken im Jahre 1981 ein Überangebot an Ausbildungsplätzen bei Industrie, Handel und Handwerk von 7,2 Prozent gegenüber einem Überangebot im Bundesdurchschnitt von 2,4 Prozent bestanden habe. Dabei solle nicht verkannt werden, daß es auch im Kammerbezirk in einigen „Modeberufen“ Engpässe gegeben habe.

Ausbildungsplätze '82

Der erhebliche Rückgang der Nachfrage nach Ausbildungsplätzen im vergangenen Jahr – von 667 355 (1980) auf 627 492 (1981) hat vielfach den Eindruck erweckt, als sei der „Babyboom“ der 60er Jahre ausbildungsmäßig bereits „verkräftet“. Dies ist ein Irrtum: Denn 1982 wird die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in Wirtschaft und Handwerk wieder auf rund 660 000 steigen – also um 31 000 Stellen (+ rd. 5 %) höher sein als 1981. Grund: Durch die Einführung des 10. Schuljahres in NRW z.B. wurde die Nachfrage im vergangenen Jahr mit aufgestaut. Auch ist '82 mit einer höheren Bewerberzahl aus beruflichen Vollzeitschulen und mit mehr Abiturienten zu rechnen.

Die ausbildende Wirtschaft steht also erneut vor einer großen Belastungs- und Bewährungsprobe. Daher auch der eindringliche Appell der Spitzenverbände an die Unternehmen, weiter ausreichend Lehrstellen anzubieten und auf die steigende Nachfrage genauso schnell und verantwortungsbewußt zu reagieren wie in den vergangenen Jahren.

Ein Blick in die Ausbildungsstatistik seit 1976 macht deutlich, daß die **Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft ständig zugenommen** und seit 1979 das **Angebot z.T. erheblich über der Nachfrage gelegen hat**. Dies gilt auch für 1981, als sich das Verhältnis von nachgefragten und angebotenen Lehrstellen geringfügig verschlechterte: Die Zahl der Bewerber ging um 6,1 %, die der Ausbildungsplätze um 7,5 % zurück. **Dennoch:** Bei einem Gesamtangebot von 642 700 Lehrstellen und insgesamt 627 492 Nachfragern ergab sich selbst in diesem wirtschaftlichen Krisenjahr (über 8500 Firmenzusammenbrüche) eine Überdeckung von 2,4 %. Der vielfach gehörte Vorwurf, die Wirtschaft „verweigere“ die erforderlichen Ausbildungsplätze, ist also nicht stichhaltig.

Daß trotz der z.T. erheblichen Angebotsüberhänge in den vergangenen Jahren **eine nicht unbeträchtliche Zahl von Jugendlichen ohne eine Ausbildung blieb, hat mehrere Ursachen:**

1. **Nach wie vor stimmen die Berufswünsche der Jugendlichen mit dem Ausbildungsangebot der Wirtschaft nicht überein.** Denn trotz beträchtlicher Aufklärungsarbeit konzentriert sich die Nachfrage der Bewerber weiterhin auf einige wenige der 446 anerkannten Ausbildungsberufe:
 - Rund 73 % der Jungen wollen in nur 27 Berufe vermittelt werden; bei den Mädchen entfallen 82 % der Ausbildungswünsche auf nur 25 Berufe. Rund 40 % der männlichen und 60 % der weiblichen Auszubildenden konzentrierten (1980) ihre Berufswünsche sogar auf nur 10 Ausbildungsplätze.
 - Bewerbermangel herrscht demgegenüber in den Bereichen Bauwirtschaft, Steinkohlebergbau, Einzelhandel. Allein auf diese Branchen entfiel (1981) die Masse der unbesetzten Ausbildungsplätze (37 000).

2. **Das 10. Schuljahr und das Berufsgrundbildungsjahr in den einzelnen Bundesländern sind unterschiedlich geregelt:** In vielen Ländern gibt es z.B. kooperative Formen des Berufsgrundbildungsjahres (Betrieb und Berufsschule), in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen aber nur das schulische Berufsgrundbildungsjahr. Für das 10. Schuljahr gibt es allein in Nordrhein-Westfalen fünf verschiedene Formen: Zwei Formen bietet die Hauptschule an, nämlich die 10. Klasse Typ A für leistungsmäßig schlechte Schüler und die 10. Klasse Typ B für bessere Schüler. Die drei anderen Formen bieten die Berufsschulen an, und zwar die zweijährige Berufsfachschule, die einjährige Berufsgrundschule und das Berufsvorbereitungsjahr.

Es ist klar, daß diese unterschiedlichen Regelungen Jugendliche und Betriebe verwirren und sich nachteilig auf das Ausbildungsangebot auswirken müssen. Hier sind klarere Übergangsregelungen erforderlich.

3. **Das regionale Strukturproblem:** In vielen Gebieten mit schwacher Wirtschaftsstruktur besteht in der Regel ein Nachfrage-Überhang nach Ausbildungsplätzen, in den industriellen Ballungsgebieten dagegen blieben nicht selten viele Ausbildungsplätze wegen fehlender Nachfrage unbesetzt.
4. **Die schlechte Konjunktur 1981:** Auch die stark rückläufige wirtschaftliche Entwicklung hat tiefe Spuren auf dem Ausbildungssektor hinterlassen: Durch die hohe Zahl der Firmenzusammenbrüche (rd. 8500) sind zugleich viele Ausbildungsplätze vernichtet worden; der harte Existenzkampf gerade vieler kleiner und mittlerer Unternehmen hat sicherlich auch nicht dazu beigetragen, Ausbildungsbereitschaft und -vermögen zu erhöhen.

LGA-Stenogramm für April 1982

- 14.4. Messeausschuß im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr
- 15.4. Sitzung Bürgerschaftsausschuß KGG
- 19.4. Sitzung des LGA-Präsidiums Wanderausstellung Memmingen
- 20.4. Interne Arbeitsbesprechung des Bildungszentrums und der Trägerverbände
- 21.4. Sitzung des LGA-Ausschusses für Betriebswirtschaft und Verkehr
- 22.4. Vorstandssitzung Spielwaren-Großhandel
- 27.4. BGA-Berufsbildungsausschuß
- 28.4. Erfa-Gruppe, Augsburg
- 29.4. Empfang der Bayerischen Staatsregierung aus Anlaß des 1. Mai
- 29./30.4. Mitgliederversammlung des Fachzweiges Farben, Lacke, Bodenbeläge in Schweinfurt

5. Die steigenden Kosten der Ausbildung: Die Einrichtung und Unterhaltung von modernen Ausbildungsplätzen hat die Ausbildungskosten ebenso mit in die Höhe getrieben wie die steigenden Ausbildungsvergütungen. Die Gesamtaufwendungen der Wirtschaft für Aus- und Weiterbildung betrugen 1980 insgesamt 35,9 Mrd. DM. Das ist nominal mehr als dreimal so viel und real gut zwei Drittel mehr als 1971. Angesichts der schwierigen Wirtschaftslage würde ein Nichtanheben der Vergütungen in diesem Jahr zweifellos die Bereitschaft der Unternehmen erhöhen, mehr Plätze anzubieten als 1981.

Fazit: Bis Mitte der 80er Jahre muß die ausbildende Wirtschaft noch mit einer hohen Nachfrage nach Ausbildungsplätzen rechnen. Erst dann werden sich die Zugangszahlen bis Anfang der 90er Jahre drastisch – um fast die Hälfte – verringern. Demographisch ist also ein Mangel an Auszubildenden – und als Folge davon – ein Facharbeitermangel abzusehen. Daher ist es für die Wirtschaft – nicht nur gesellschaftspolitisch – wichtig und sinnvoll, in den nächsten Jahren **über den aktuellen Bedarf hinaus auszubilden**. Sie muß die große Bedeutung der „antizyklischen“ Ausbildung erkennen und „auf Vorrat“ ausbilden. **Aber auch der Staat ist ernsthaft gefordert, die Anstrengungen der Wirtschaft sinnvoll zu fördern und durch vernünftige Verordnungen dafür Sorge zu tragen, daß die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe erhalten bleibt.**

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 1981 im kaufmännischen Bereich

Erstmals hat das Bundesinstitut für Berufsbildung vorab eine Übersicht über die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge vom 1.10.1980 bis zum 30.9.1981 nach Ausbildungsberufen getrennt zur Verfügung gestellt. Vom DIHT wurden dazu die einzelnen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr berechnet. Hiernach ergibt sich, daß im angegebenen Zeitraum 605352 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen wurden. Das entspricht gegenüber der vergleichbaren Vorjahreszeit einem Rückgang von 8,3 %. Zum Teil lag die Entwicklung bei einzelnen kaufmännischen Ausbildungsbereichen jedoch noch ungünstiger, wie die nachfolgende Übersicht zeigt:

Ausbildungsberuf	Neue Ausbildungsverträge 1.10.1980–30.9.1981	Veränderung in %
Einzelhandelskaufmann	9449	– 12,9
Verkäuferin	41044	– 14,8
Industriekaufmann	21483	– 9,1
Kaufmann im Groß- und Außenhandel	17864	– 9,3
Bankkaufmann	20431	– 0,5
Bürokaufmann	23818	– 8,7
Bürogehilfin	9177	– 7,4

Die meisten bleiben im Ausbildungsbetrieb

Mehr als zwei Drittel (69 %) des ersten geburtenstarken Schulentlassjahrgangs (1977) aus Haupt-, Real- und Sonderschulen haben bis Ende 1980 eine betriebliche Berufsausbildung aufgenommen (Jungen: 75 %, Mädchen: 62 %). Über die Hälfte dieser Jugendlichen (54 %) hatte Ende 1980 die Ausbildung erfolgreich abgeschlossen, 42 % befanden sich noch in der Ausbildung, 4 % haben die begonnene Ausbildung abgebrochen. Dies hat eine vom Bundesministerium

für Bildung und Wissenschaft geförderte **Untersuchung** des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit ergeben.

Etwa 81 % der Jugendlichen mit abgeschlossener betrieblicher Berufsausbildung gaben an, daß ihnen der Ausbildungsbetrieb die Übernahme in ein Beschäftigungsverhältnis angeboten habe. Ein Teil dieser Jugendlichen wollte allerdings lieber in einem anderen Betrieb überwechseln oder eine weitere Ausbildung anschließen. Tatsächlich waren Ende 1980 noch 58 % im Ausbildungsbetrieb beschäftigt. Der Anteil der Gesellen und Gehilfen, die nicht vom Ausbildungsbetrieb übernommen wurden, obwohl sie es wünschten, liegt bei 5 % (hochgerechnet etwa 28000). Drei Viertel (76 %) dieser Jugendlichen, die entgegen ihren Wünschen nicht im Ausbildungsbetrieb verbleiben konnten, sind in anderen Betrieben beschäftigt, 12 % (hochgerechnet etwa 3500) sind erwerbslos (= arbeitslos bzw. im Haushalt der Eltern), 8 % leisten den Wehr-Zivildienst ab.

Die Untersuchung: Heinz Stegmann, Hermine Kraft: Jugendliche an der Schwelle von der Berufsausbildung in die Erwerbstätigkeit – Methode und erste Ergebnisse der Wiederholungserhebung Ende 1980, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1/1982, Verlag Kohlhammer, Stuttgart.

Außenhandel

„HANDELSPARTNER SÜDOSTASIEN“ Schwerpunktausgabe der Zeitschrift WELTHANDEL

Indonesien, Thailand, die Philippinen, Malaysia und Singapur gehören seit 1967 zu dem Staatenverband ASEAN.

Diese ASEAN-Region – führendes Wachstumszentrum – ist eines der wichtigsten Absatzmärkte für den deutschen Export. Unsere Ausfuhr nach Südostasien ist im vergangenen Jahr außergewöhnlich stark angestiegen.

Deutsche Exporte nach Indonesien nahmen sogar um 135,6 % zu, in die Philippinen um 25,9 %, nach Singapur + 16,8 %, nach Thailand + 10,1 % und nach Malaysia + 5,1 %. Auch in diesem Jahr rechnen Experten mit erheblichen Wachstumsraten!

Diese günstige Wirtschaftsentwicklung bietet enorme Chancen für Firmen, die sich rechtzeitig engagieren, um sich diesen Markt langfristig zu sichern.

Die Ausgabe „Handelspartner ASEAN“ der Zeitschrift WELTHANDEL wird in enger Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsverbänden, dem Ostasiatischen Verein, dem Asien-Institut und dem Industrie-Club gestaltet und soll die intensiven Bemühungen der deutschen Wirtschaft zur Verstärkung des Südostasiengeschäftes nachdrücklich unterstützen.

Die ASEAN-Ausgabe bietet somit allen am Südostasienhandel interessierten Firmen die Gelegenheit, potentiellen Kunden und Geschäftspartnern die Leistungsfähigkeit und den Service ihrer Gesellschaft nahezubringen.

Anzeigentexte werden vom Verlag kostenlos übersetzt.

Anzeigenschluß für die ASEAN-Ausgabe ist der 18. Juni 1982.

Unsere Mitgliedsfirmen bitten wir, Anfragen und Aufträge direkt an die HPB-WELTHANDEL-VERLAG GMBH, Spaldingstr. 1, 2000 Hamburg 1, Tel.: (040) 230878, Telex: 2-174311, zu richten.

Personalien

Wir gratulieren

Herr **Cord Halseband**, Geschäftsführer unserer Mitgliedsfirma 2H-Papiergroßhandels-gesellschaft mbH, München, wurde mit Wirkung vom 2. Mai 1982 an erneut auf die Dauer von drei Jahren zum Handelsrichter am Landgericht München I ernannt.

Ihm gilt unser herzlicher Glückwunsch zu dieser ehrenvollen Berufung.

Zum Handelsrichter beim Landgericht Nürnberg-Fürth wurde mit Wirkung vom 18.4.1981 unser Vorstandsmitglied und Mitglied des Ausschusses für Berufsbildung Herr **Karl-Friedrich Müller**, von der Firma G.F. Lotter GmbH, Werkzeuge und Werkzeugmaschinen-Großhandel in Nürnberg, ernannt.

Auch Herrn Müller gilt unser herzlicher Glückwunsch.

Zum ehrenamtlichen Richter beim Sozialgericht Würzburg wurde Herr **Hellmut Bechert**, Diplom-Wirtschafts-Ingenieur, Schweinfurt, mit Wirkung vom 1. Mai 1982 an berufen.

Ihm gilt unser herzlicher Glückwunsch.

dem geschäftsführenden Gesellschafter der Friedrich Traudt GmbH, Großhandel mit Baumaterialien, Schamottewaren und Platten-Spezialgeschäft, Herrn **Hans-Dieter Traudt**, der auf die Dauer von 3 Jahren zum Handelsrichter am Landgericht München I ernannt wurde. Hans-Dieter Traudt bekleidet seit Jahren das Amt des Rechnungsprüfers in unserem Landesverband.

Wir gratulieren Herrn Traudt zu dieser ehrenvollen Berufung an dieser Stelle sehr herzlich.

Herbert Meißinger –

vom Angestellten zum fünffachen Umsatzmillionär

Weil ihm das Angestellten-Dasein nicht mehr so recht gefiel, machte sich **Herbert Meißinger** vor 17 Jahren im Bereich des Sanitär-Großhandels selbständig. Aus der Handelsvertretung ist eine Firmengruppe mit heute fünf Millionen DM Umsatz entstanden. Eine weitere Umsatzverdoppelung wird mit Hilfe einer ausgefeilten Planungsmethode angestrebt.

Auf dem Weg vom kleinen Handelsunternehmer mit Auto-koffer-Lagerraum bis zur Firmengruppe mit ca. fünf Millionen DM Jahresumsatz fand Herbert Meißinger zur „Großmann-Methode“. Nach fünfjähriger Anwendung des auf dieser persönlichen und unternehmerischen Planungsmethode beruhenden Management-Modells „Unternehmer-Energie“ eröffnete Meißinger im Oktober 1981 neue Geschäfts- und Lagerräume. Er erreichte damit ein weiteres Ziel seiner beruflichen und unternehmerischen Aktivitäten: Dieser Neubau ermöglicht ihm nicht nur eine Ausweitung

der Geschäftsaktivitäten im Bereich Sanitär-Großhandel, sondern auch eine kontinuierliche Entwicklungsarbeit und Produktion moderner und sparsamer Technologien zur Wärmeerzeugung.

1976 wurde ihm die Regionalvertretung der Firma Thermo-dach Dachtechnik GmbH übergeben. Bauherren, Architekten, aber auch Handwerker, wie zum Beispiel Bedachungsunternehmen, erweiterten nunmehr den Kundenkreis der Firma Meißinger. Zu diesem Zeitpunkt reifte der Entschluß, spätestens im Jahre 1983 so weit zu sein, daß in eigenen Räumen der Leitspruch des Unternehmens „Korrekt – Zuverlässig – Hilfsbereit“ bewiesen werden konnte.



Doch zunächst mußte ein neues Gebäude erstellt werden. „Ich hatte klare Vorstellungen, wie das neue Gebäude aussehen soll, und zwar aus den Kenntnissen, was zum damaligen Zeitpunkt vorhanden war, und ferner aus den Problemen, die mit meinen Kunden zu tun hatten“, so Meißinger. Diese Probleme, das waren seine Erfahrungen, gehen nach Einführung in die Großmann-Methode nicht spurlos an einem vorbei. Daher bedachte er bei der Planung des neuen Gebäudes insbesondere den Kundenservice. Ebenso sorgte er dafür, daß genug Reserve für spätere Anbauten vorhanden ist. Das erworbene und jetzt bebaute Grundstück ist denn auch so ausgelegt, daß weitere Hallen „angehängt“ werden können, ohne daß der Betrieb gestört wird.

Die Firmengruppe Meißinger erreichte im Jahre 1980 einen Umsatz von fast fünf Millionen DM. Sie besteht heute aus einer Großhandlung für technische Erzeugnisse und aus zwei Handelsvertretungen. Neun Mitarbeiter, der Personalstand soll auf 13 bis 14 Mitarbeiter ausgeweitet werden, sind mit dem Vertrieb der Handelsprodukte beschäftigt.

Seinem Hobby, der Technik, zollte Herbert Meißinger Rechnung mit der Entwicklung einer neuen Wärmetechnologie für den Einsatz in Privathäusern sowie in der Industrie. Dieses „alternative Energiegewinnungssystem“, das nach den Aussagen seines Erfinders „fürchterlich einfach“ ist, möchte das Unternehmen als Paket anbieten. Die vorrangige Zielgruppe: Bauherren, Hausbesitzer sowie Architekten und Handwerksbetriebe.

Herbert Meißinger blickt optimistisch in die Zukunft: Mit Hilfe der Methode und zur Ausweitung des Unternehmens hat er sich als nächstes eine weitere Umsatzverdoppelung zum Ziel gesetzt. Möge sein weiterer Weg von Erfolg gekrönt sein.

Ernst Renner feierte 50. Berufsjubiläum

Ernst Renner, der geschäftsführende Gesellschafter unserer Mitgliedsfirma Böttcher & Renner GmbH, Nürnberg, feierte am 3.5.1982 sein 50-jähriges Berufsjubiläum.

Das von ihm und seiner Schwester, Frau Cläre Link, geleitete Unternehmen, welches vor 82 Jahren gegründet wurde, konnte unter seiner Führung eine stetige Aufwärtsentwicklung verzeichnen, so daß es heute mit seinen Tochtergesellschaften und mit über 90 Mitarbeitern zu einem der führenden Zulieferern für Druckerei- und Repro-Verbrauchsmaterial, sowie Einrichtungen, Geräten und Maschinen zu zählen ist.

Sein Jubiläum fällt zusammen mit dem bevorstehenden Umzug in wesentlich größere Büro-, Lager- und Fertigungsräume, eine Investition, die nötig wurde für eine Weiterentwicklung des Unternehmens.



Für die **Böttcher & Renner GmbH**, Nürnberg, die in Fachkreisen im In- und Ausland als Zulieferfirma für graphisches Material bestens bekannt ist, ergab sich im 82. Jahr ihres Bestehens die Notwendigkeit, die bisherigen Geschäftsräume aufzugeben und in wesentlich größere umzuziehen.

Auf dem neuen Betriebsgelände, welches nur 300 m vom bisherigen entfernt ist, stehen ca. 6000 qm Nutzfläche für Büro-, Lager-, Fertigungs- und Ausstellungsräume zur Verfügung.

Damit wird auch in Zukunft durch ausreichende Lagerhaltung eine schnelle Belieferung der Druckereien ermöglicht.

Der Umzug erfolgt am 17. Mai 1982.

Wir gratulieren zu beiden Ereignissen aufrichtig und wünschen für die Zukunft alles Gute.

Hilmar Hösch 40 Jahre bei Frankonia-Samenhaus Philipp Klein K.G., Miltenberg

Vor kurzem feierte **Hilmar Hösch**, Prokurist in Fa. Frankonia-Samenhaus Philipp Klein K.G., Miltenberg, das Jubiläum 40-jähriger Betriebszugehörigkeit.

Der Jubilar trat am 1. April 1942 als Lehrling in das Unternehmen ein. Bald wurde er zur rechten Hand des nach schwerer Verwundung aus Kriegsgefangenschaft heimkehrten Firmeninhabers, den er in beispielloser Arbeits-

freude und Treue bei der Weiterführung und steten Erweiterung des Betriebes unterstützte. Hilmar Hösch gehört zu denjenigen, die, obwohl noch jung an Jahren, in der Zeit nach 1945 von erster Stunde an mit Elan die Aufbauarbeit leisteten. Schon 1953 erhielt er Einzelprokura. Mit viel Fachwissen, unermüdlichem Fleiß und großem Geschick hat er die weitere Entwicklung des Unternehmens und seiner Tochterfirmen zum heutigen Geschäftsumfang mit aufgebaut und damit ein Drittel des nunmehr 120-jährigen Bestehens der Firma in hohem Maße mitgestaltet.



Im Unternehmen obliegt ihm seit Jahrzehnten als besonderes Anliegen die Ausbildung des Nachwuchses an Fachkräften – eine Aufgabe, die er mit viel Freude und pädagogischem Engagement erfüllt. Über die Landesgrenze hinaus ist Hilmar Hösch in der gesamten Branche der Samenkaufleute und Pflanzenzüchter als versierter Fachmann und konstruktiver Kritiker bekannt, der allem Neuen aufgeschlossen gegenübersteht und stets bereit ist, neue Wege zu beschreiten. Trotz seiner innerbetrieblichen Devise „Erst muß der Kamin rauchen“ wird er überall als verbindlicher Mensch geschätzt, der Humor besitzt, der die Geselligkeit liebt, als Mann, der sich durch Geschick und Einfühlungsvermögen bei geschäftlichen Verhandlungen ebenso wie im Umgang mit Mitarbeitern, im Vereinsleben, bei der Bekleidung öffentlicher Ehrenämter, denen er einen erheblichen Teil seiner knapp bemessenen Freizeit widmet, auszeichnet.

Der LGA gratuliert herzlich.

Friedrich Rauscher – 40 Jahre bei Hagenauer + Denk

40 Jahre bei der Firma Hagenauer + Denk, Verpackungsmaschinen und Verpackungsgeräte, Verpackungsmittel und Ladungssicherung in Immenstadt ist Herr **Friedrich Rauscher** beschäftigt. In dieser Zeit hat sich der Jubilar zu einer tragenden Säule des fast 180 Jahre alten Unternehmens entwickelt.

Firma und Belegschaft sind ihm für seine Treue zu großem Dank verpflichtet.

Der LGA schließt sich den überbrachten Glückwünschen an dieser Stelle noch einmal an.

Die Firma Hagenauer + Denk ist das am südlichsten gelegene Mitglied der Canapa-Gruppe, die ihren Sitz in Füssen hat.

Hubert Zitzmann – 25 Jahre bei Bullnheimer & Co. Augsburg

Eine bekannte Persönlichkeit in der Uhren- und Schmuck-Branche, ein unermüdlicher Motor der Uhrentechnik und der umsichtige und tatkräftige Prokurist und Geschäftsführer der Firma Bullnheimer & Co. in Augsburg, Herr **Hubert Zitzmann**, feiert sein 25-jähriges Jubiläum.



Am 1. April 1957 trat Herr Zitzmann als Betriebsassistent in die Firma ein. Vorausgegangen waren eine Ausbildung zum Uhrmachermeister und mehrere Praxisjahre im In- und Ausland.

In den ersten Jahren seiner Tätigkeit bei Bullnheimer & Co., baute Herr Zitzmann systematisch ein umfangreiches Lager in Uhren-Ersatzteilen auf, von dem auch heute noch die zahlreichen Kunden profitieren. Schon bald übernahm er auch die Reisetätigkeit. So hat er sich in den vergangenen 25 Jahren nicht nur einen weiten und dankbaren Kundenkreis aufgebaut, sondern darunter auch viele gute Freunde gewonnen. Seine Reisen führen ihn regelmäßig außer im gesamten Bundesgebiet, besonders nach Skandinavien. Dabei versteht es Herr Zitzmann meisterlich, die Interessen der Firma mit den Wünschen der Kunden zu koordinieren, was ihm das unbeschränkte Vertrauen von beiden Seiten eingebracht hat.

Seine Einsatzfreude, gepaart mit Umsicht und Weitblick vermittelten ihm auch bald den Respekt bei der Belegschaft, die heute für ihn und mit ihm durch Dick und Dünn geht. In Würdigung seiner Verdienste erhielt Herr Zitzmann nach der Handlungsvollmacht im Jahre 1964 die Prokura.

Eine weitere Station seines bisherigen Schaffens war die Einführung und die Durchsetzung der teilweisen Selbstbedienung im Fournituren-Handel. Was heute selbstverständlich ist, kostete damals, im Jahre 1961 viel Fleiß und Überzeugungskraft.

Obwohl Herr Zitzmann durch zwei schwere Operationen geschwächt war, ließ er sich nie unterkriegen. Er führte, oft unter körperlichen Anstrengungen, in eigener Regie Messen und Ausstellungen durch. Dabei versteht er es ausgezeichnet, mit minimalen Mitteln, maximalen Erfolg zu erzielen. Nicht zuletzt verdankt auch die Cooperation „Technic report“ einen Großteil ihres Erfolges dem Wirken „hinter den Kulissen“ von Herrn Zitzmann.

Nach dem unerwarteten Tod von Herrn Justus Bullnheimer kam Herr Zitzmann in die Geschäftsführung. Er ist dabei, zusammen mit Herrn Kurt Hoffmann unermüdlich und ohne Rücksicht auf Gesundheit und Familie „im Geschirr“ um das Ansehen und die Bedeutung der Firma Bullnheimer

& Co. und deren Markenzeichen „Augusta“ in der Branche zu festigen und zu mehren.

Es möge dem Jubilar vergönnt sein, die Arbeit in Freude und Gesundheit fortzusetzen und noch viele Jahre für seine Kunden und den Betrieb dazusein.

STARA Elektrogroßhandels Gesellschaft mbH ist umgezogen

Bei der Gründung im Jahre 1912 hat niemand geglaubt, daß die kleine Firma **W. Stadlinger & Rauh** sich einmal zu einem weithin angesehenen Großhandelsunternehmen in der Elektrobranche entwickeln würde.

Durch zähe Aufbauarbeit gelang es dem Unternehmen, sich eine Spitzenstellung in Bayern zu erarbeiten. Heute gehören 5 Niederlassungen in Bayern sowie 3 in Österreich zur STARA-Gruppe, die im vorigen Jahr auf diesen Namen umgetauft wurde.

Bislang war die Firma STARA in der Singerstraße in Nürnberg ansässig, wo sich keine Expansionsmöglichkeiten mehr boten, um den zunehmenden Anforderungen gerecht zu werden.

Im Februar 1982 konnte das traditionsreiche Großhandelsunternehmen sein neues Domizil in der Bremerstraße 25 in Nürnberg (Hafengebiet) beziehen. Im neuen Gebäude, mit seinen idealen Arbeitsbedingungen, stehen 7.500 qm Nutzfläche zur Verfügung. Die großzügig gestalteten Büro- und Lagerräume erfüllen alle organisatorischen Voraussetzungen, um einen reibungslosen Betriebsablauf zu gewährleisten.

Das neue Betriebsgebäude bietet für die Zukunft vielfältige Möglichkeiten für den weiteren Ausbau der Firma, der auch wunschgemäß gelingen möge.

Buchbesprechungen

Qualitätssicherung von Packmitteln / Rohstoffbeschreibung und Unterscheidungsmerkmale der Wellpappe / Der Packstoff Vollpappe / Nationale und internationale Institutionen mit Bedeutung für das Verpackungswesen.

Von Claus HARTSIEKER, Heinz JACOBSEN, Manfred BREMPEL und Helmut ROSNER

9. Lieferung zum „RGV-Handbuch Verpackung“ (herausgegeben von der Rationalisierungs-Gemeinschaft Verpackung im Rationalisierungs-Kuratorium der Deutschen Wirtschaft e.V.)

RGV-Handbuch Verpackung, ergänzbares Grundwerk einschließlich 9. Lieferung, 1 188 Seiten, Großoktav, DM 78,-, zuzüglich Spezialordner DM 11,80

ERICH SCHMIDT VERLAG · Berlin · Bielefeld · München

Herausgeber und Redaktion des RGV-Handbuch Verpackung haben sich die Aufgabe gestellt, die vielfältig verstreuten Informationen, die die Verpackungswirtschaft zur Erfüllung ihrer Aufgaben und Erreichung ihrer Ziele benötigt, zusammenzufassen und namhafte Fachleute für die Bearbeitung zu gewinnen. Mit der nun vorliegenden 9. Lieferung wurde das RGV-Handbuch weiter ausgebaut.

Dieses Informations- und Nachschlagewerk für alle Bereiche der Verpackung ist sowohl für die tägliche Praxis der gesamten Verpackungsindustrie einschließlich ihrer Zulieferindustrie als auch für Wissenschaft, Gesetzgeber, Kommunen, Groß- und Einzelhandel und Verbraucher von Bedeutung.



Groß + Außenhandel Drehscheibe der Wirtschaft



LGA
nachrichten

Offizielles Organ des Landesverbandes
des Bayerischen Groß- und Außenhandels
(Unternehmer- und Arbeitgeberverband) eV

37. Jahrgang · München
Juni 1982 · Nr. 6/1982

Das aktuelle Thema	3	Winfried Schlafke: Prinzipien der Allgemeinbildung im Gymnasium aus der Sicht der Wirtschaft
Arbeitgeberfragen	7	Wachsende Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit Bildschirmtext-Dienst ab Herbst 1983 Arbeitgeber für Nettolohnorientierung der Renten
	8	Personalzusatzkosten
Arbeitsgerichtliche Entscheidungen	9	Betriebsrat zu spät gewählt Rückzahlungsverpflichtung von Weihnachtsgratifikation
Berufsausbildung und -förderung	9	Fernunterricht in der beruflichen Bildung
	10	IHK erwartet: Auch 1982 genügend Ausbildungsplätze
Verkehr	11	Erwerb der Führerscheinklasse 2
Konjunktur und Marktentwicklung	11	Großhandel: Nachlassender Pessimismus
	12	Im 1. Quartal bereits 513 Konkurse in Bayern Die Zahlungen im 1. Quartal 1982
Außenhandel	13	BGA zur Sitzung der deutsch-chinesisch gemischten Kommission in Bonn Handelsunternehmen bieten ihre Dienste an: Exporttag zur Förderung der Ausfuhr
Personalien	14	
Buchbesprechungen	15	

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:

Dipl.-Kfm. Sattel (Wirtschafts-, Tarif- und Sozialpolitik, Außenhandel, Betriebswirtschaft) · Dipl.-Kfm. Sauter (Wettbewerbsrecht, Steuern, Kreditwesen, Verkehr) · Dipl.-Volksw. Deutsch (Berufsbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsnachrichten, Personalien) · RA Frankenberger (Tarif-, Sozial- und Arbeitsrecht) · RA Waimann (Arbeitsrecht) · RA Wiedemann (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel) · RA Köppel (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel).

Erscheint einmal im Monat. Verleger: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München, Ottostraße 7. Alleiniger Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels eV, München 2, Ottostraße 7, Telefon 55 77 01/02. Verantwortlich für Herausgabe: Werner Sattel, 8011 Kirchseeon, Alpenstraße 16. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenteil: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, München 2, Ottostraße 7. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Druck: typobieri, 8000 München 40, Riesenfeldstraße 56, Telefon 3 59 60 66-68.

Das aktuelle Thema

Prinzipien der Allgemeinbildung im Gymnasium aus der Sicht der Wirtschaft

von Winfried Schlaffke

Anläßlich einer Arbeitstagung des Arbeitskreises „Gymnasium und Wirtschaft“ im Bildungswerk der Bayerischen Wirtschaft e.V. setzte sich Winfried Schlaffke, Leiter des Instituts der Deutschen Wirtschaft, mit den Anforderungen auseinander, die die Wirtschaft an die Vermittlung von Allgemeinbildung in den Gymnasien setzt. Wir bringen im folgenden eine gekürzte Fassung seines Grundsatzreferates:

Viel war in den vergangenen Jahren von Bildung zu hören; es ging um das Bildungssystem, die Bildungsorganisation, die Bildungsplanung, die Bildungspolitik, also vornehmlich um organisatorische und institutionelle Fragen. Über die Bildungsinhalte wurde im allgemeinen weniger gesprochen, wenn das Bildungssystem neu strukturiert und wieder einmal ein Bildungsgesamtplan geschmiedet werden sollte. Es fehlte ein Ziel, ein allgemein anerkanntes Bildungsideal, wie es der klassisch-neuhumanistischen Bildungskonzeption zugrunde lag. Mehr Chancengleichheit, mehr Emanzipation, mehr Mündigkeit, hießen die Leitworte; „Schick Dein Kind länger auf bessere Schulen“ wurde zum eingängigen Werbeslogan. Doch bedeutet längere Verweildauer immer zugleich auch höhere Bildungswirksamkeit? Welche Erziehungsmethoden und welche Wissensstoffe machen die besseren Schulen aus?

Der Ideologienstreit sorgte dafür, daß statt einer konsensfähigen Bildungskonzeption nur Gehäuse und Formen gesucht wurden, die dann jeder in seinem Sinne füllen konnte.

Wie ein Pendel zurückschwingt, so hat sich auch die Bildungsdiskussion gegenwärtig wieder stärker **inhaltlichen** Fragen zugewandt. Wenn der erschreckende Verfall unseres Bildungswesens aufgehalten werden sollte, müßte nämlich die Suche nach einer neuen inhaltlichen Füllung des Begriffes „Allgemeinbildung“ beginnen. Was muß ein Mensch alles wissen und können, und wie muß er sich verhalten, um sein Leben unter den Bedingungen der Zeit meistern zu können und um zugleich ein aktives und förderliches Mitglied unserer Lebensgemeinschaft zu sein?

Diese Fragestellung wurde zum Politikum, als das Urteil des hessischen Staatsgerichtshofes zur Oberstufenreform verkündet wurde. Den klagenden Eltern wurde bestätigt, daß sie „in der Schule eine dem Ausbildungsgang entsprechende umfassende Allgemeinbildung ihrer Kinder verlangen können“.

Wann entsteht Allgemeinbildung?

Wenn man heute die Fülle der vorhandenen Abhandlungen nach Antworten abklopft, stößt man auf zwei divergierende Strömungen.

Die einen beklagen einen erschreckenden Verlust an Allgemeinbildung und zwar sowohl an Wissen, wie auch an Werten. Zu wenig Wissen, zu wenig Können, zu wenig Erziehung lautet ihr Befund; ihr Ziel ist die Erneuerung der Allgemeinbildung und ihre Begründung lautet: Das heute in der gymnasialen Oberstufe anzutreffende Gemisch aus vertieften Spezialkenntnissen und flüchtigem Oberflächenwissen läßt es nicht zu, Zusammenhänge zu erkennen, in

historischen Dimensionen zu denken, einen eigenen von Überzeugung getragenen Standort zu finden, tolerant mündig und urteilsfähig zu sein.



Die anderen finden die Forderung nach Allgemeinbildung absurd. Teils rücken sie die Allgemeinbildung in die Nähe eingelernten, abfragbaren Wissens, das allenfalls zum stupiden Kreuzwort-Rätselraten taugt, teils versuchen sie mit weitgespannten Test-Fragebogen auf dem Niveau der Fachwissenschaften zu beweisen, daß die Rufer nach mehr Allgemeinbildung selbst keine besitzen. Wieder andere behaupten, unsere komplizierte arbeitsteilige Gesellschaft bedürfe der Spezialisten und Experten und so mancher Bildungspolitiker oder Pädagoge meint schließlich, die Forderung nach Allgemeinbildung sei reaktionär, weil sie die gerade errungenen Wahlmöglichkeiten, je nach Begabung und Neigung der Schüler, wieder einschränke und weil sie überhaupt gegen den Reformfortschritt und die Chancengleichheit gerichtet sei.

Die Legitimation der Wirtschaft

Diese mißliche Situation wird noch schwieriger, wenn man die Wirtschaft nach ihrer Meinung zur Allgemeinbildung fragt. Die einen bezweifeln die Legitimation, da es die Wirtschaft nur mit materiellen nicht aber mit geistig-ideellen Gütern zu tun habe, die anderen die verbindliche Aussagefähigkeit, da die Wirtschaft nur ein Betriebs sammelsurium, aber keine institutionelle Einheit sei.

Trotz aller Meinungsvielfalt gibt es aber in der unternehmerischen Wirtschaft in der Tendenz einheitliche und verbindliche Anforderungen an das Bildungssystem und -verkürzt gesprochen – liegt die Legitimation der Wirtschaft einfach darin, daß sie ein bedeutender Abnehmer der Produkte des Bildungssystems ist und daß sie mit gebildeteren Mitarbeitern in humanerer Arbeitsatmosphäre intelligenter Produkte erstellen kann.

Wissen und Können

Aus der Sicht der Wirtschaft stelle sich Allgemeinbildung als eine umfassende fachliche und persönliche Erziehungsaufgabe dar, die einer Spezialbildung in einem Beruf vorangeht. Allgemein bedeutet hierbei sowohl die Einbeziehung aller für das Weltverständnis wesentlichen Gehalte in typischen Ausschnitten als auch die Entfaltung aller menschlichen Anlagen entsprechend dem jeweiligen Entwicklungsstand.

In der Vergangenheit haben Zielsetzungen wie „Wissenschaftsorientierung statt Praxisbezug“ oder „Tradition der Methoden statt Tradition der Inhalte“ Einseitigkeiten und Fehlerscheinungen mit sich gebracht. Die Schüler sollten sich auf relativ wenige Inhalte und Fächer konzentrieren, diese aber wesentlich intensiver, vor allem wissenschaftsorientiert, erarbeiten. Man ging dabei von der Überlegung aus, daß zwischen den einzelnen Fächern eine Fächergruppe (zum Beispiel den naturwissenschaftlichen Fächern) eine so enge Verwandtschaft der Gegenstände und Methoden besteht, daß sie untereinander weitgehend austauschbar sind. Durch die Förderung der Transferfähigkeit sollten die Schüler befähigt werden, das Erlernte auf andere Fächer derselben Fächergruppe zu übertragen. Anders formuliert: Aus dem Speziellen heraus sollte das Allgemeine, Übertragbare erschlossen und entwickelt werden.

Die Erfahrungen mit der gymnasialen Oberstufe, deren Entwicklung von diesen Überlegungen maßgeblich geprägt worden ist, haben die Zweifel eindrucksvoll bestätigt, die gegen diese Konzeption von Allgemeinbildung seitens der Wirtschaft von Anfang an vorgebracht wurden. Die heutigen Abiturienten besitzen auf einzelnen Sachgebieten zwar ein hochspezialisiertes Fachwissen, in der Mehrzahl der Fächer hingegen weisen sie allenfalls elementare Kenntnisse und Fähigkeiten auf. Die Hoffnung, daß diese von den Reformern ja beabsichtigte Diskrepanz sehr leicht mit Hilfe des Methodenwissens durch Transferprozesse geschlossen werden könne, haben sich nicht bestätigt. Dies liegt daran, daß selbst verwandte Unterrichtsfächer nur in sehr begrenztem Umfang analoge Strukturen und Inhalte aufweisen. Damit wird die Annahme einer Austauschbarkeit der Fächer hinfällig.

In diesem Zusammenhang scheint auch ein Hinweis auf Notwendigkeit konkreten Lernens angebracht: Bei aller Achtung vor der verbreiteten Hochschätzung der sogenannten Breiten- beziehungsweise Schlüsselqualifikationen, die auf der Basis allgemeinen Wissens und allgemeiner Fähigkeiten, Flexibilität, Mobilität sichern sollen, muß die moderne Schule dafür sorgen, daß man nicht nur vieles kennt, sondern auch manches kann. Ohne Wille kann man nicht stricken, ohne Wissen nicht problemorientiert urteilen, ohne Fakten nicht diskutieren und ohne Können keine Kunstfertigkeit erreichen.

Vorhandenes und abrufbares – durch Denkarbeit und Lernen – bewältigtes Grundlagenwissen muß das Fundament bilden, Zusammenhänge zu erkennen, sich wechselndes Spezialwissen anzueignen, Informationen aufnehmen, einordnen und gewichten zu können, vorhandenes Wissen anwenden und in praktisches Tun umsetzen zu können.

Und noch ein Wort zur Forderung nach der „Entfaltung aller menschlicher Anlagen“: Die Utopie der Selbstverwirklichung durch zweckfreie Bildung, das Streben nach Selbstentfaltung führte nicht nur zu abenteuerlichen Abkoppelungsversuchen des Bildungssystems vom Beschäftigungssystem, sondern erreichte egozentrische, ja a-soziale Züge.

Allgemeinbildung, bei der sich Wissen und Können vereinen, muß also – mit Blick auf die gymnasiale Oberstufe – auch mehr bedeuten als bloße Studierfähigkeit. Natürlich müßten in diesem Zusammenhang auch die konkreten Gegebenheiten untersucht werden, denn wenn 30 Prozent der Abiturienten – statt zu studieren – Bildungsgänge in der Wirtschaft absolvieren wollen, kann das Ziel des Gymnasiums nicht reine Wissenschaftsorientierung mit dem Ziel der Studierfähigkeit sein.

Unnötige Dispute um die Allgemeinbildung und die Spezialbildung

Je weiter man aber den Begriff der Allgemeinbildung faßt, desto schwieriger werden die gängigen Unterscheidungsversuche zwischen Allgemeinbildung und Berufsbildung oder Allgemeinbildung und Spezialbildung. Im allgemeinen sind solche Unterscheidungen ja mit einer abschätzigen Wertung der Berufs- und Fachbildung verbunden, wie zwei beliebig herausgegriffene Zitate erläutern können:

Die Forderung nach einer weitgehenden Trennung von Allgemein- und Spezialbildung darf aber nicht im Sinne einer Isolierung und einseitigen Überbewertung der Allgemeinbildung mißverstanden werden. Die berufliche Bildung stellt vielmehr eine notwendige Ergänzung allgemeiner Bildung dar, so daß nicht von einem Gegeneinander, sondern einer wechselseitigen Bezugnahme gesprochen werden muß. Anders ausgedrückt: Allgemeinbildung muß auf die anschließende Phase der Spezialbildung Bezug nehmen und darauf vorbereiten, ohne jedoch bereits Berufsbildung vorwegzunehmen.

Daraus ergibt sich andererseits die Konsequenz, daß es eigentlich nicht Aufgabe der Betriebe oder der Hochschulen als den wesentlichsten Trägern der Spezialbildung sein

LGA-Stenogramm für Monat Mai 1982

11.5.

Vorstandssitzung LGA

Sitzung des Süddeutschen Arbeitskreises „Technische Chemikalien“ in Stuttgart

13.5.

Bürogespräch über den Manteltarif mit den Gewerkschaften

Erfa-Gruppe Textilgroßhandel, Dasing

14.5.

Jahresversammlung des Holz-Großhandels in München

18.5.

Ausbildungsstellenmarkt-Gespräch im Arbeitsamt Augsburg

18. – 21.5.

Europäisches Seminar des Spielwaren-Großhandels in LYON

25.5.

Besprechung mit dem Lebensmittel-Großhandel

26.5.

Sitzung des Garantieausschusses der Kapitalbeteiligungsgesellschaft

26. – 27.5.

Mittelfränkischer Exporttag in Nürnberg

Verdienstkreuz für Vizepräsident Dr. Dieter Wolfrum



Strahlende Gesichter bei der Verleihung des Verdienstkreuzes: Staatsminister Anton Jaumann (l.) und Vizepräsident Dr. Wolfrum (r.).

Am 26. Mai 1982 überreichte der Bayerische Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr, **Anton Jaumann**, dem Vizepräsidenten unseres Landesverbandes, **Dr. Dieter Wolfrum**, das ihm vom Bundespräsidenten verliehene Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland.

Dr. Dieter Wolfrum gehört seit 1966 dem Vorstand unseres Landesverbandes an, dessen Schatzmeister er 1969 und Vizepräsident 1971 wurde. Als eine weitere ehrenamtliche Funktion im Landesverband übt Herr Dr. Wolfrum auch den Vorsitz im Ausschuß für Betriebswirtschaft und Verkehr aus.

In seiner Laudatio führte Staatsminister Anton Jaumann zu den vielfältigen ehrenamtlichen Tätigkeiten und Verdiensten Dr. Wolfrums folgendes aus:

Sie haben in all diesen Jahren die berufsständische Arbeit des Verbandes mit großem Einfallsreichtum und Engagement mitgestaltet. Viele vom Landesverband in Gang gesetzte Projekte sind Ihrer Initiative zu verdanken. Ihr besonderes Bemühen galt und gilt den Problemen der Reorganisation und Rationalisierung im Großhandel.

Als Inhaber eines der führenden Schuhgroßhandelsunternehmen in Deutschland waren Sie prädestiniert, den Vorsitz im Verband Deutscher Schuhgroßhändler zu übernehmen. Seit 1970 sind Sie überdies Vizepräsident bzw.

seit 1980 Präsident des Europäischen Verbandes des Schuhgroßhandels. Gerade in dieser Position haben Sie sich in besonderem Maße für die Interessen der bayerischen und deutschen Wirtschaft im europäischen und im außereuropäischen Ausland eingesetzt. Getragen vom Vertrauen und der Wertschätzung Ihrer Kollegen haben Sie im zunehmenden Maße wichtige Funktionen im Bereich der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern übernommen. Als Vorsitzender des Handelsausschusses und als Vizepräsident prägen Sie Arbeit und Leistung der Kammer wesentlich mit. Seit 1969 fördern Sie außerdem als Handelsrichter beim Landgericht München I mit großer Sachkenntnis die Rechtspflege im wirtschaftlichen Bereich.

Herr Dr. Wolfrum, Sie haben sich der Förderung Ihres Berufsstandes aus innerster Überzeugung verschrieben. Der Handel hat in Ihnen eine seiner profiliertesten Persönlichkeiten. Ihr Engagement verdient jede Anerkennung und ich freue mich daher sehr, daß Ihnen der Herr Bundespräsident nunmehr das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen hat; ich darf Ihnen diese Auszeichnung heute mit meinen herzlichen Glückwünschen überreichen.

Diesen Glückwünschen schließt sich unser Landesverband von Herzen an.

kann, schulische Defizite auszugleichen. Wenn sie heute dennoch in steigendem Umfang allgemeinbildende Aufgaben übernehmen, so vor allem deshalb, weil die Eingangsqualifikationen teilweise für einen erfolgreichen Abschluß der Ausbildung nicht ausreichen. Die ausbildenden Betriebe müssen sich jedoch wieder stärker darauf verlassen können, daß bestimmten Abschlüssen und Leistungsnachweisen bestimmte Qualifikationen entsprechen.

Als Hauptursache für so viele Klagen gilt die seinerzeit einstimmig von der Kultusministerkonferenz verabschiedete Vereinbarung zur Reform der gymnasialen Oberstufe. Da eine große Diskrepanz zwischen Reformzielen und Bildungspraxis entstanden ist, entwickelten sich in der Tat Fehlerscheinungen: Häufiger Fächerwechsel und die Abwahl wichtiger Gebiete führte zur Oberflächlichkeit, die Spezialisierung in den Leistungskursen brachte zwar eine mancherorts erstaunliche wissenschaftliche Vertiefung, aber Zusammenhänge wurden oft nicht gesehen und damit wurde auch die Urteilsfähigkeit erheblich eingeschränkt.

Zur Leistungsbewertung

Zur Sicherung des Bildungsauftrages ist immer auch die Erfüllung bestimmter qualitativer Anforderungen durch die Lernenden unerlässlich. Die vielfach vorherrschende Ansicht, Belastungen von den Jugendlichen möglichst fernzuhalten, ist weder dazu angetan, die Jugendlichen auf die Bewährung in künftigen Lebenssituationen vorzubereiten, noch trägt sie zur Persönlichkeitsbildung bei. Um die Identitätsfindung und Selbständigkeit zu fördern, muß ihnen vielmehr die Möglichkeit gegeben werden, etwas zu leisten und sich zu bewähren.

Der weitgehende Verzicht auf eine Selektion tägt dazu bei, daß Erwartungen an einen beruflichen und sozialen Aufstieg geweckt werden, die sich später als unrealistisch erweisen. Die damit verbundenen Enttäuschungen sind zweifellos gravierender als jene bei einer rechtzeitigen Selektion.

Mangelndes Zielbewußtsein und vor allem Durchhaltevermögen sind eine Negativfolge der Wahl- und Umsteigemöglichkeiten. Erhöhte Abbruchquoten sowie verlängerte Studienzeiten sind weitere Konsequenzen.

Natur- und Geisteswissenschaften als feindliche Brüder?

Zur Sicherung einer „allgemeinen“ Bildung, das heißt einer breit profilierten Bildung für alle Schüler, ist es unabdingbar, die Wahl- beziehungsweise Abwahlmöglichkeiten in der gymnasialen Oberstufe einzuschränken. Dies ist gleichbedeutend mit einer Heraufsetzung der Anzahl der Pflichtfächer, die bis zum Abitur belegt werden müssen. Hierüber scheint inzwischen eine breite Übereinstimmung in der bildungspolitischen Diskussion zu herrschen, wie die jüngsten Stellungnahmen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, der Westdeutschen Rektorenkonferenz, der Lehrerverbände, aber auch von Bildungspolitikern erkennen lassen. Uneinheitlich dagegen ist das Meinungsbild hinsichtlich der Frage, inwieweit die Wahlmöglichkeiten einzuschränken sind und welche Fächer in den Pflichtkanon aufgenommen werden sollen. Nach Ansicht der Wirtschaft müßten bei einer Neugestaltung der Oberstufe folgende Gesichtspunkte zum Tragen kommen:

- In den Kreis der Fächer, in denen Grundkurse obligatorisch sind, sollten Deutsch, Mathematik, eine Fremdsprache, ein naturwissenschaftliches Fach, Geschichte, Wirtschaftslehre, ein künstlerisches Fach, Religion sowie Sport aufgenommen werden.

- Zusätzlich muß den Schülern die Möglichkeit gegeben werden, diesen Pflichtfächerkatalog entsprechend den individuellen Fähigkeiten und Interessen durch Wahlfächer zu ergänzen.

- In der Abiturprüfung müssen die Fächer Deutsch, Mathematik und die erste Fremdsprache Vorrang haben. Hinzu kann ein Wahlfach kommen.

- In allen vier Abiturfächern sind zur Vertiefung des Wissens Leistungskurse zu besuchen. Gegenüber der bisherigen Regelung mit zwei Leistungskursen ist die Zahl der Unterrichtsstunden entsprechend herabzusetzen.

Heute steht der Arroganz der Naturwissenschaftler und Techniker die Arroganz der Geisteswissenschaftler gegenüber. Man versteht sich nicht und will sich nicht verstehen. Arroganz ist aber gänzlich verfehlt, denn die Techniker haben bei ihrem Tun häufig genug gesellschaftspolitische Fragestellungen ausgeklammert. Die Theologie, die Philosophie, die Geisteswissenschaften ganz allgemein haben wiederum gegenüber der technologischen Herausforderung versagt, sie haben nicht geholfen, die gegenwärtige Werte- und Sinnkrise zu bewältigen, sondern sie haben diese sogar noch gesteigert.

Wenn nicht alles täuscht, hat dieser tiefgreifende Zwiespalt vor allem Ziellosigkeit und Angst verursacht. Die Ziellosigkeit schwächte den Leistungswillen und die Kraft unserer Industriegesellschaft, aufgetretene Probleme mit Engagement und kalkuliertem Mut zum Risiko anzupacken; die Angst stiftete Sehnsüchte nach unberührter Natur, nach paradiesischer Friedfertigkeit und Gerechtigkeit, nach Utopien und schürte Haß gegen technische und wirtschaftliche Entwicklungen. Die bis ins Unterbewußte hineinwirkenden Emotionen suchten sich ihr Ziel: Die Mikroprozessoren gerieten beispielsweise zu den Teufeln der Rationalisierung, der Entfremdung und der Arbeitslosigkeit, jedes Kraftwerk wurde zum großen Belzebub der Umweltzerstörung und Rohstoffvergeudung stilisiert. Mit geradezu atemberaubender Emsigkeit schmiedete die Kulturkritik an einer gewaltigen Säge, setzte sie an, und ihre Zähne begannen sich in den Ast zu fressen, auf dem wir alle sitzen.

Die vorhandene Gegnerschaft gegen die rationale Welt der Naturwissenschaften und Technik geht einher mit dem Verlust von anerkannten Normen und festen Regeln, die gesellschaftliches Zusammenleben erst ermöglichen. Die Bindungslosigkeit und der Mangel an glaubhaften Vorbildern haben in eine Kultur- und Wertekrise geführt. Die Krise ist nicht nur das Ergebnis einer sich wandelnden, technisch bestimmten Welt, sondern vor allem des Unwillens und der Unfähigkeit, Vorbilder und Ideale zu schaffen, Lebenssinn und Lebensfreude zu geben. Unter den wie ein Deckmantel benutzten Begriffen – Emanzipation, Chancengleichheit, Selbstfindung und Selbstentfaltung – entwickelten sich Egoismus und Arroganz, Eigennutz und Intoleranz, Bindungslosigkeit und Werteverfall, kurz die Unfähigkeit, unter Verzicht eigener Wünsche zu lernen, zu urteilen und zu handeln. So konnte es kommen, daß heute jede Aufforderung, mit Risiken, Problemen und Unvollkommenheiten zu leben, als Zumutung empfunden wird.

Überfachliche Erziehungsaufgaben

Um besser mit Problemen, Herausforderungen und Krisen fertig zu werden, brauchen wir wieder Erziehung. Der Bildungsbegriff kann nicht allein auf die Wissensvermittlung reduziert werden, er schließt überfachliche Erziehungsziele mit ein.

Die Sicherung und Weiterentwicklung der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung verlangt einen Grundbestand gemeinsamer sittlich-moralischer Werte und Überzeugungen. Dieser Grundbestand ergibt sich aus den tradierten kulturellen Normen einer Gesellschaft sowie den in den Verfassungen von Bund und Ländern verankerten Prinzipien der Freiheit, Gleichheit und sozialen Gerechtigkeit. Damit ist jedoch keineswegs eine kritiklose Anpassung an bestimmte externe vorgegebene Werte und Normen gemeint, es geht vielmehr um eine reflektierte Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Positionen und die Internalisierung der für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft wesentlichen sittlich-moralischen Werthaltungen.

Arbeitgeberfragen

Wachsende Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit

Auf die wachsende Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit hat Präsident **Walter Braun** hingewiesen. Um ihre vom Gesetzgeber gestellten Aufgaben erfüllen zu können, müßten die Organisationen der Wirtschaft heute mehr als früher „öffentlich sichtbar und im Gespräch“ sein.

Die Entwicklung des Kommunikationswesens, vor allem von Presse und Rundfunk, sowie das geschärfte Bewußtsein für gesellschaftspolitische Fragen hätten die Hinwendung zur breiten Öffentlichkeit ganz von selbst mit sich gebracht, erklärte Braun bei einem Empfang für die Berufs-, Handels- und ehrenamtlichen Finanzrichter. Dabei zählten die Organisationen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung nicht zu den „Pressure-Groups“, sondern ihre Macht resultiere allein aus der Überzeugungskraft der Argumente und sei in der guten und rechtzeitigen Information begründet.

Gerade deshalb muß nach Ansicht von Präsident Braun der Besetzung der Ehrenämter eine besonders große Bedeutung beigemessen werden. Braun hält es für wünschenswert, daß sich eine möglichst große Zahl von Kandidaten bereiterklärt, sich im Ehrenamt für die Wirtschaft und das Allgemeinwohl zu engagieren. Wichtig für das Ansehen sei aber auch eine entsprechende Beteiligung.

Bildschirmtext-Dienst ab Herbst 1983

Die Deutsche Bundespost wird ihren Bildschirmtext-Dienst im Herbst 1983 einführen. Im Frühjahr 1984 werden in Bayern Bildschirmtext-Zentralen in München, Augsburg und Nürnberg errichtet. Ab diesem Zeitpunkt können Teilnehmer der Fernsprechnetze München, Augsburg, Dachau, Freising, Fürstenfeldbruck, Mühldorf, Olching, Starnberg, Wolfratshausen, Garmisch-Partenkirchen, Ingolstadt, Kaufbeuren, Kempten, Lindau, Memmingen, Würzburg, Erlangen, Bamberg, Aschaffenburg, Schweinfurt, Bayreuth, Coburg, Schwabach, Forchheim, Kulmbach, Bad-Kissingen, Lauf, Marktredwitz und Selb den Bildschirmtext nutzen. Bundesweit ist bis 1985 der Aufbau von 60 bis 70 Bildschirmtext-Zentralen vorgesehen.

Arbeitgeber für Nettolohnorientierung der Renten

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sieht in der Absicherung der dauerhaften Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung eine Schwerpunktaufgabe unserer Gesellschaftspolitik. Die veränderten wirtschaftlichen, sozialen und demographischen Bedingungen erforderten im Interesse der Rentner wie der Beitragszahler ein langfristiges Konzept. Aus Gründen der Finanzierbarkeit und der Gerechtigkeit gehöre dazu auch eine Überprüfung der bislang praktizierten „Rentenanpassungsformel“. Die Bundesvereinigung betrachtet das jetzt veröffentlichte und in ihrem Auftrag erstellte Gutachten von Prof. Lampert, Augsburg, zur Nettolohnorientierung der Renten als einen wichtigen Beitrag hierzu.

Die Teilhabe der Rentner an der wirtschaftlichen Entwicklung würde nicht in Frage gestellt. Die bisherige Rentenformel lasse aber außer acht, daß die Renten praktisch brutto für netto gezahlt würden, während von dem Arbeitsentgelt Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge abgingen. Auf diese Weise hätten sich die durchschnittlichen Nettoentgelte der Arbeitnehmer von 1970 bis 1981 real um 21,7 vH erhöht, die preisbereinigten Jahresrenten im gleichen Zeitraum jedoch um 35,7 vH.

Eine Nettolohnorientierung der Renten würde die Einkommenszuwächse von Rentnern und Aktiven in einen Gleichklang bringen. Damit trage sie zugleich dazu bei, die kommenden zusätzlichen Lasten aus der Bevölkerungsentwicklung gleichmäßig auf die Generationen zu verteilen.

Die Arbeit von Prof. Lampert zeige, daß eine derartige Umstellung ohne grundlegende Änderung des Systems sozial

Bayerische Bierkrüge

...ein beliebtes Werbegeschenk,

direkt vom Hersteller ...

Franz Herb o.H.G. Bierglasveredelung

Werk und Büro:

8039 Puchheim · Gewerbegebiet · Benzstr. 24
Telefon 089/802093 · Telex 528025

vertretbar und verwaltungsmäßig praktikabel gestaltet werden könne.

Hinweis:

Heinz Lampert: Nettolohnorientierung der Altersrenten, in: Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, Institut der deutschen Wirtschaft Nr. 101/102, Deutscher Instituts-Verlag, Köln 1982.

Personalzusatzkosten

Zu einem immer dickeren Brocken im Gesamtblock der **Personalkosten** haben sich in den vergangenen 16 Jahren die **Personalzusatzkosten** entwickelt: Während sich das „Entgelt für geleistete Arbeit“ je Arbeitnehmer zwischen 1966 und 1978 (Angaben Statistisches Bundesamt) um 149 % erhöhte, nahmen die **gesetzlichen, tariflichen und sonstigen Personalzusatzkosten** um 313 % zu. Auch bis 1980 (Hochrechnung des IW) hat sich dieser Trend fortgesetzt: Für je 100 DM Entgelt für tatsächlich geleistete Arbeit mußten die Unternehmen im produzierenden Gewerbe 1980 über 75 DM an Personalzusatzkosten aufwenden.

Zu welcher dynamischer Kostengröße sich die Personalzusatzkosten seit 1966 entwickelt haben, erhellt die jüngste amtliche Statistik:

- Dem **Entgelt für geleistete Arbeit** von jährlich 9230 DM im Jahr 1966 standen **Personalkosten je Arbeitnehmer** von 4002 DM gegenüber; 1978 betrug das Entgelt für geleistete Arbeit 23007 DM, die Lohnzusatzkosten lagen bereits bei 16527 DM. Nach IW-Schätzungen dürften 1980 das Direktentgelt bei 25300 DM liegen, die Personalzusatzkosten bei 19050 DM.
- Der **Anteil des Direktentgeltes an den gesamten Personalkosten** betrug 1966 69,8 %; 1980 nur noch 57,0 %. Der **Anteil der Personalzusatzkosten** an den gesamten Personalkosten stieg dagegen von 30,2 auf 43,0 %.
- Zwischen 1966 und 1980 stiegen die **gesamten Personalaufwendungen** im Jahresdurchschnitt um 9 %; das **Entgelt für geleistete Arbeit** nahm mit einem Jahrestempo von knapp 7,5 % zu; die **Personalzusatzkosten** aber erhöhten sich pro Jahr um nahezu 12 %.

Zur **Struktur der Personalzusatzkosten**: Sie setzen sich zusammen aus den **gesetzlichen, den tariflichen und den sonstigen Leistungen**. Die „gesetzlichen“ haben sich seit 1966 am stärksten erhöht. Sie stiegen von 19,40 DM (1966) auf 33,60 DM (1978) je 100 DM Entgelt für geleistete Arbeit; 1980 dürften sie bei 35,10 DM liegen.

	1966	1969	1972	1975	1978	1979	1980
Gesetzliche Personalzusatzkosten (in v. H. des Direktentgelts)	19,4	21,3	27,0	30,7	33,6	34,1	35,1
Davon:							
Sozialversicherungsbeiträge (Arbeitgeberanteil)	11,8	12,7	15,1	17,7	19,8	20,4	20,9
Bezahlte Feiertage	4,0	4,7	4,3	5,1	5,2	4,8	5,2
Entgeltfortzahlung bei Krankheit, Unfallversicherung usw.	3,6	3,9	7,6	7,9	8,6	8,9	9,0

Die Treibsätze der gesetzlichen Zusatzkosten:

Die Beiträge zur Sozialen Sicherung (Arbeitgeberanteil). Sie erhöhten sich von 11,7 % (1966) auf 19,8 % (1978) und dürften derzeit bei rund 21 % liegen. **Wichtig:** Diese Prozentsätze beziehen sich nicht auf das versicherungspflichtige Bruttoeinkommen, sondern auf das Entgelt für geleistete Arbeit. Sie sind daher höher als die bekannten Beitragsätze in der Sozialversicherung.

Die Lohnfortzahlung. Diese Kosten haben sich in Prozent des Entgelts für geleistete Arbeit infolge der gesetzlichen Regelung von 1970 (Lohnfortzahlungsgesetz) von 1,7 % (1966) auf 6,3 % (1980) erhöht. Einschließlich sonstiger gesetzlicher Personalzusatzkosten (Mutterschutz, Unfallversicherung usw.) erhöhte sich dieser Posten von 3,6 % (1966) auf 9 % (1980).

Auch die **tariflichen und sonstigen Personalzusatzkosten** sind kräftig gestiegen. Gemessen am Entgelt für geleistete Arbeit erhöhte sich ihr Anteil von 24 % (1966) auf 40,1 % (1980). **Die Steigerungsfaktoren:** Tarifliche Verlängerung des Jahresurlaubs, zusätzliches Urlaubsgeld, Absicherung und Erweiterung von Sonderzahlungen und vermögenswirksame Leistungen, die vielfach stufenweise bis zur vollen Ausschöpfung des 624-DM-Gesetzes ausgebaut werden. Auch für die Zukunft gibt es hier weitere programmierte Steigerungen.

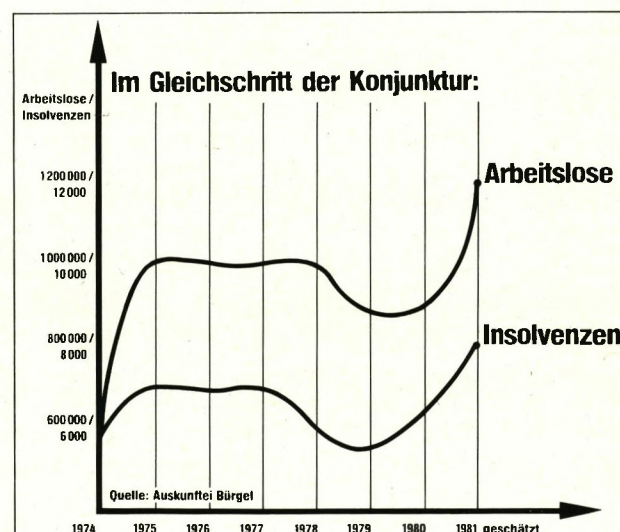
Im Gleichschritt der Konjunktur

Seit den 60er Jahren ist jede Rezession stärker und jede Erholung der Konjunktur schwächer ausgefallen als die vorhergehende. So liegt die Zahl der Arbeitslosen 1981 um 12 % und die Zahl der Unternehmensinsolvenzen um 15 % höher als im Jahre 1975.

Die obige Grafik zeigt schon optisch den starken Gleichlauf der Arbeitslosen- und der Insolvenzentwicklung der Unternehmen. Rechnerisch beträgt der Korrelationskoeffizient 0,86 und beweist das hohe Maß der Übereinstimmung. Dabei entspricht eine Unternehmensinsolvenz 200 Arbeitslosen.

Im Gegensatz zur bisherigen Entwicklung werden in den nächsten Jahren relativ mehr Arbeitslose als Insolvenzen erwartet, weil die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter erheblich zunehmen wird.

(Auskunftei Bürgel)



Wie sich das Gewicht der tariflichen und zusätzlichen Personalzusatzkosten in Prozent des Entgelts für geleistete Arbeit verändert hat, zeigt die folgende Tabelle:

	1966	1969	1972	1975	1978	1979	1980
Tarifliche und zusätzliche Personalzusatzkosten	24,0	24,8	27,6	32,1	38,2	39,0	40,1
Davon:							
Urlaub	9,8	10,2	12,2	15,9	17,0	17,8	18,6
Sonderzahlungen (13. Monatsgehalt, Urlaubsgeld usw.)	5,0	5,9	6,3	7,4	8,2	8,2	8,2
Betriebliche Alters- versorgung	4,1	3,9	2,2	2,4	6,3	6,3	6,4
Vermögensbildung	0,2	0,2	1,5	1,5	1,8	1,8	2,0
Sonstige Personal- nebenkosten (Wohnungs- und Familienbeihilfe, Berufsausbildung usw.)	4,9	4,6	5,3	4,9	4,9	4,9	4,9
Gesetzliche, tarifliche und zusätzliche Personalzusatzkosten insgesamt	43,4	46,2	54,6	62,8	71,8	73,1	75,2

Quelle: Angaben für 1966 bis 1978 Statistisches Bundesamt; 1979 und 1980 IW-Fortschreibung

Von den Gewerkschaften sind solche Zusatzkostenberechnungen zum Teil vielfach kritisiert und als Versuch der Unternehmen interpretiert worden, Personalzusatzkosten als „leistungsloses Entgelt“ zu diffamieren – ein fadenscheiniger Vorwurf, zumal die Gewerkschaftsvertreter in zahlreichen internationalen Gremien die Verwendung solcher detaillierter Übersichten allgemein begrüßt und sich für ihre Einführung ausgesprochen haben.

Sozialversicherung

Betriebsrat zu spät gewählt

Ein Betrieb, in dem die Arbeitnehmer einen Betriebsrat nicht gewählt hatten, sollte stillgelegt werden. Der Arbeitgeber hat die Belegschaft entsprechend informiert und den Arbeitnehmern angeboten, auch ohne Einhaltung der Kündigungsfrist auszuscheiden, sobald sie eine neue Arbeitsstelle hätten. Davon hatte schon über die Hälfte der Belegschaft Gebrauch gemacht, als der Arbeitgeber den restlichen Arbeitnehmern zum Zeitpunkt der Stilllegung kündigte und dem Arbeitsamt die Massenentlassung anzeigte. Erst danach wählten die restlichen Arbeitnehmer einen Betriebsrat, der jetzt die Aufstellung eines Sozialplans verlangte.

Dem Arbeitgeber, der dem Betriebsrat ein solches Mitbestimmungsrecht bestritt, gab das Bundesarbeitsgericht Recht.

Eine Betriebsstillegung sei eine unternehmerische Maßnahme, die in ihrer Gesamtheit verschiedenen ausgestalteten Teilbeteiligungsrechten des Betriebsrats unterworfen sei. Sei kein Betriebsrat gewählt, brauche das Unternehmen diese Teilbeteiligungsrechte nicht zu berücksichtigen, in seine Entscheidung also auch nicht die Belastungen durch einen Sozialplan einzukalkulieren. Sei die Stilllegung des Betriebes – wie hier – mitbestimmungsfrei beschlossen worden und alles zu ihrer Durchführung getan, könne ein erst jetzt gewählter Betriebsrat keinen Sozialplan mehr verlangen und damit nachträglich in die unternehmerische Entscheidung eingreifen (BAG v. 20. 4. 1982 AZ 1 ABR 3/80).

Rückzahlungsverpflichtung von Weihnachtsgratifikation

Der 5. Senat des Bundesarbeitsgerichtes hatte sich mit der Frage zu befassen, unter welchen Voraussetzungen es zulässig ist, die Zahlung einer Weihnachtsgratifikation an eine Rückzahlungsverpflichtung zu binden. In seinem Urteil vom 17. 3. 1982 – 5 AZR 1185/79 – hat das Bundesarbeitsgericht folgendes durchgeführt:

Das Bundesarbeitsgericht hat in einer Entscheidung vom 10. Mai 1962 (AP Nr. 22 zu § 611 BGB Gratifikation) Grundsätze entwickelt, nach denen die Zulässigkeit von Rückzahlungsverpflichtungen zu beurteilen ist, die mit der Gewährung von Weihnachtsgratifikationen verbunden werden. Gegen diese Grundsätze, die im wesentlichen an die Höhe der Gratifikationen anknüpfen, ist im Schrifttum einerseits eingewendet worden, die Rechtssprechung sei mit der durch den Fall nicht geforderten allgemeinen Regelung zu weit gegangen; andere Stimmen haben dies aus Gründen der Rechtssicherheit und Praktikabilität demgegenüber gerade als geboten bezeichnet. Jedenfalls hat sich die betriebliche Praxis auf diese Regel eingestellt. Der Senat sieht keinen Anlaß, sie im Prinzip aufzugeben.

In der vorgenannten Entscheidung und der nachfolgenden ständigen Rechtssprechung hat das Bundesarbeitsgericht eine Rückzahlungsverpflichtung bei einer Weihnachtsgratifikation von DM 100,00 und weniger für unzulässig angesehen. Ein derartiger Betrag werde von dem Arbeitnehmer aus Anlaß des Weihnachtsfestes so leicht und schnell verbraucht, daß es für den Arbeitnehmer unzumutbar sei, auf ihn bei seinen Kündigungsentscheidungen noch Rücksicht zu nehmen und sich mit Rückzahlungsverpflichtungen für die Zukunft zu belasten. An dieser Betrachtung ist festzuhalten. Jedoch ist wegen der inzwischen eingetretenen Entwicklung der Lebenshaltungskosten der Betrag von DM 100,00 nicht mehr sachgerecht. In Anlehnung an die Entwicklung der Preise ist für 1978 ein Betrag von DM 200,00 anzusetzen, der entsprechend dem Grundgedanken der früheren Entscheidung keine Bindung des Arbeitnehmers zuläßt.

Die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes trägt erstmals den Urteilen verschiedener Instanzgerichte Rechnung, die in jüngster Zeit Rückzahlungsverpflichtungen bei Weihnachtsgratifikationen bis zu einem Betrag von DM 400,00 für unzulässig erachtet haben, da der Anstieg der Lebenshaltungskosten es inzwischen rechtfertigt, die vom Bundesarbeitsgericht in seiner grundlegenden Entscheidung festgelegte Untergrenze auf diesen Betrag anzuheben. Bei Rückzahlungsverpflichtungen wird man deshalb in Zukunft auf jeden Fall zumindest von der DM-200,00-Grenze auszugehen haben.

Berufsausbildung und -förderung

Fernunterricht in der beruflichen Bildung

Die im Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung zusammengeschlossenen Spitzenverbände der Wirtschaft, zu denen auch der BGA zählt, stellen im folgenden ihre Auffassung zu wesentlichen Punkten des Fernunterrichts dar.

1. Bedeutung

Fernunterricht schafft in der beruflichen Bildung zusätzliche Bildungsmöglichkeiten. Unabhängig vom regionalen

Angebot der vorhandenen Bildungseinrichtungen kann diese Lernform dazu beitragen, den weiter steigenden Qualifikationsbedarf der Wirtschaft zu decken und die individuellen Chancen im Berufs- und Arbeitsleben zu verbessern.

Im Interesse der Wirtschaft und ihrer Beschäftigten sollten Anstrengungen unternommen werden, den Einsatz des Fernunterrichts in der beruflichen Bildung zu fördern und Interesse an der flexiblen und rationellen Lernform zu wecken.

2. Einsatzmöglichkeiten

Der Schwerpunkt für den Einsatz des Fernunterrichts liegt in der beruflichen Weiterbildung Erwachsener. Für die Berufsausbildung, deren Schwerpunkt in der Vermittlung praktischer Berufserfahrung liegt, ist Fernunterricht nur bedingt einsetzbar.

Für den Einsatz des Fernunterrichts in der beruflichen Bildung sprechen insbesondere folgende Gesichtspunkte:

- Die Lernphasen und das Lerntempo können den individuellen Voraussetzungen und Möglichkeiten angepaßt werden.
- Die Teilnehmer sind räumlich und zeitlich unabhängig.
- Fortbildungswillige Berufstätige können im Beruf bleiben und gehen kein Arbeitsplatzrisiko ein.
- Geringe Kosten durch weniger Arbeitsausfälle und kürzeren Direktunterricht.
- Arbeitsausfälle durch Präsenzunterricht sind gering.
- Eine Rückkehr ins Berufsleben wird erleichtert.
- Subjektive Hinderungsgründe zur Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen treten zurück.

3. Fernunterricht – privat oder staatlich?

Die Struktur des Fernunterrichts in der Bundesrepublik wird durch die Entwicklungsarbeit und das Angebot privater Einrichtungen geprägt. In dieser Pluralität der Trägerschaft sieht die Wirtschaft die besten Voraussetzungen, den unterschiedlichen Bildungsbedürfnissen und -vorstellungen der Teilnehmer und den differenzierten Anforderungen der beruflichen Praxis zu entsprechen. Gerade die berufliche Weiterbildung, auf die sich der größte Teil der Fernlehrgänge bezieht, muß offen und flexibel gestaltet werden und durch eine Vielzahl von Anbietern und Angeboten charakterisiert sein.

Es besteht kein Anlaß, die privatwirtschaftliche Struktur des Fernlehrwesens zu verändern. Die Entwicklung von Fernlehrrmaterialien sollte grundsätzlich nicht-staatlichen Trägern vorbehalten sein. Die Aktivitäten des Bundesinstituts für Berufsbildung sind im Fernunterrichtsbereich auf Grundlagenforschung zu konzentrieren.

Auch unter dem Gesichtspunkt des Verbraucherschutzes sind weitere staatliche Eingriffe nicht erforderlich. Ein ausreichender Schutz der Teilnehmer am Fernunterricht ist durch das Fernunterrichtsschutzgesetz gewährleistet. Auf der Basis dieses Gesetzes hat die Staatliche Zentralstelle für Fernunterricht (ZfU) die Aufgabe, über die Zulassung der in der Bundesrepublik Deutschland gewerblich angebotenen Fernlehrgänge zu entscheiden. Den Anforderungen der Berufs- und Arbeitswelt wird aber bei den Zulassungsentscheidungen der ZfU nicht in ausreichendem Maß Gewicht beigemessen. Für die Teilnehmer und die Wirtschaft ist vor allem von Interesse, daß das Fernunterrichtsangebot darauf überprüft wird, ob es den Anforderungen der beruflichen Praxis entspricht. Dem sollte insbesondere bei der Auswahl von Gutachtern Rechnung getragen werden.

Soweit staatliche Einrichtungen Fernunterricht anbieten, müssen sie denselben Bedingungen und Kontrollen unterliegen wie die privaten Träger.

4. Prüfungen

Prüfungen in der beruflichen Bildung erfolgen auf der Grundlage des Berufsbildungsgesetzes bei den zuständigen Stellen, in der Regel bei den Kammern. Die Gleichwertigkeit des Fernunterrichts innerhalb des beruflichen Bildungswesens ist dadurch gegeben, daß den Teilnehmern am Fernunterricht der Zugang zu den anerkannten Prüfungen der zuständigen Stellen wie allen anderen Prüfungsbewerbern offensteht. Die Zulassung zu diesen Prüfungen erfolgt unabhängig von der Form der Vorbereitung. Der Fernunterricht ist gegenüber anderen Lernformen nicht benachteiligt. Gesonderte Prüfungen für Teilnehmer am Fernunterricht würden als Diskriminierung empfunden und diese Gleichwertigkeit in Frage stellen.

5. Finanzielle Förderung

Die Kosten für die Entwicklung neuer Fernlehrgänge sind in der Regel von den Fernlehrinstituten selbst zu tragen. Wenn im Ausnahmefall die Entwicklung eines Fernunterrichtsprojekts mit öffentlichen Mitteln gefördert werden soll, muß sichergestellt sein, daß die Unabhängigkeit der privatwirtschaftlichen Träger gewahrt bleibt und daß sich aus der Förderung keine Wettbewerbsverzerrungen ergeben. Eine solche Förderung sollte nur dann in Frage kommen, wenn es sich um ein Vorhaben von besonderem Umfang und Investitionsaufwand, mit innovativem Charakter oder für kleine Zielgruppen handelt. Hierbei sollte immer auch eine angemessene Eigenbeteiligung der Institute gefordert werden.

6. Gestaltung von Fernunterrichtsmaßnahmen

Bei der Gestaltung von Fernunterrichtsmaßnahmen ist eine sachgerechte Eingrenzung der Zielgruppe vorzunehmen, der Lerninhalte und Lernziele entsprechen müssen. Es sind klare Angaben über den Lehrstoff und die erforderlichen Voraussetzungen für die Teilnahme zu machen. Das Lehrmaterial sollte die spezifischen didaktisch-methodischen Möglichkeiten des Fernunterrichts nutzen und in die Praxis umsetzen.

Die Chancen des Fernunterrichts neben anderen Lernformen hängen davon ab, ob und inwieweit es gelingt, inhaltliche und methodische Einseitigkeiten zu vermeiden. Hierzu können die Entwicklung zusätzlicher Unterrichtsmittel, ein verstärkter Berufs- und Praxisbezug und – soweit erforderlich – der Einbau von Präsenzphasen beitragen.

Bei der Entwicklung und Gestaltung von Fernlehrgängen sollten die Erfahrungen von Fachleuten aus der Wirtschaft stärker berücksichtigt werden. Die Möglichkeiten, durch stärkere Kooperation zwischen Fernlehrinstituten und Wirtschaft das Fernunterrichtswesen zu erweitern und qualitativ zu verbessern, sind noch nicht ausgeschöpft.

IHK erwartet:

Auch 1982 genügend Ausbildungsplätze

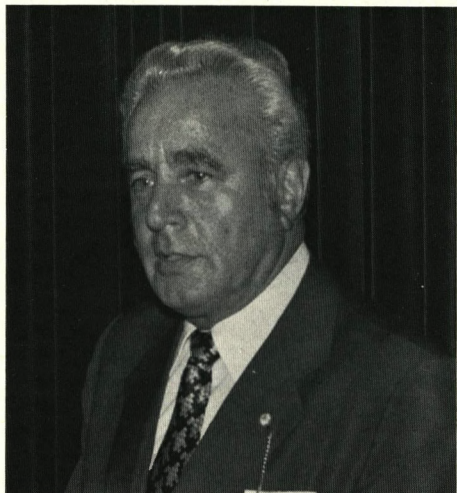
Eine zumindest ausgeglichene Ausbildungsstellenbilanz in Mittelfranken erwartet nach den eigenen Zahlen die Industrie- und Handelskammer Nürnberg bis zum Jahresende.

Bei einer Tagung mit den 16 Industrie- und Handelsgrößen aus dem Kammerbezirk appellierte Präsident **Walter Braun** jetzt an die Unternehmer, alle verfügbaren Ausbildungsplätze rasch den Arbeitsämtern zu melden, er wandle sich aber auch gegen überzogene und im Ergebnis falsche Hochrechnungen über Ausbildungsplatzdefizite.

Tatsächlich habe die IHK Nürnberg bis Ende März bereits um 8,6 Prozent mehr neue Ausstellungsverhältnisse regi-

striert als zur gleichen Zeit des Vorjahres, und zwar 1345 Verträge gegenüber 1238, ein Zeichen, daß der Ausbildungsstellenmarkt entgegen öffentlichen Aussagen im Kammerbezirk funktioniert.

Noch stärker, so ergänzte Braun, sollten sich die Ausbildungsbetriebe den Behinderten und den an einem gewerblichen Beruf interessierten Mädchen zuwenden, auch die Ausbildung der Ausländerkinder empfahl Braun, deren Anteil an der Berufsbildung bei der IHK Nürnberg mit 1,8 Prozent noch weit unter dem Durchschnitt liegt.



Hohe finanzielle Aufwendungen

„Die Wirtschaft tut für die Ausbildung, was sie kann“, erklärte Präsident Braun. Trotz der hohen und ständig wachsenden Kosten hätten die Unternehmen in ihrer Bemühung, der Jugend gute und qualifizierte Ausbildungsplätze anzubieten, nicht nachgelassen. Die Gesamtaufwendungen der Firmen für die Aus- und Weiterbildung betragen nach einer Berechnung des Instituts der Deutschen Wirtschaft im Jahre 1980 insgesamt 35,9 Milliarden DM. Das sind real zwei Drittel mehr als 1971. Es sei utopisch, anzunehmen, mit einer immer wieder in die Diskussion gebrachten „Ausbildungsabgabe“ könnten mehr Ausbildungsstellen geschaffen werden. Im Gegensatz zu den jüngsten Feststellungen der Arbeitsämter klagten mehrere Firmen, vor allem die Bauindustrie sogar über Nachwuchsmangel. Die Vorsitzenden der Mittelfränkischen Industrie- und Handelsgremien berichteten ebenfalls, daß die Ausbildungsbereitschaft nicht nachlasse, sondern trotz der schwierigen wirtschaftlichen Situation eher noch zunehme. In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Ausbildungsplätze in Industrie und Handel in Mittelfranken von 18.118 auf 21.951 (1. Januar 1982) gestiegen. Bei den drei mittelfränkischen Arbeitsämtern Nürnberg, Ansbach und Weißenburg waren zum 1. Januar 1982 noch 1109 Ausbildungsplätze als unbesetzt gemeldet, denen nur 465 noch nicht untergebrachte Bewerber gegenüberstanden, sagte Braun.

Rahmenbedingungen verbessern

Angesichts der hohen finanziellen Belastungen der Unternehmen und durch die hohe Zahl der konjunkturell bedingten Firmenzusammenbrüche, durch die auch zahlreiche Ausbildungsplätze vernichtet worden seien, müßte die amtliche Wirtschaftspolitik jetzt dazu beitragen, die Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln, zu dem ja auch die Berufsausbildung zu rechnen sei, wieder zu verbessern.

Verkehr

Erwerb der Führerscheinklasse 2

Das Bundesverkehrsministerium hat einen Referentenentwurf einer „Dritten Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften“ vorgelegt.

Der Referentenentwurf enthält im wesentlichen die zur Umsetzung der Ersten Richtlinie des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 4. Dezember 1980 zur Einführung eines EG-Führerscheins in das nationale Recht erforderliche Neuregelungen im Bereich der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO).

Neben einer bundeseinheitlichen Regelung der Mindestanforderungen an das Sehvermögen von Fahrerlaubnisbewerbern sowie Verfahren und Grenzwerte für den Sehtest, die bisher durch Ländererlasse geregelt sind, wird künftig für Bewerber um eine Führerscheinserlaubnis der Klasse 2 eine Untersuchung durch einen Arzt eigener Wahl vorgeschrieben. Über die Untersuchung ist eine ärztliche Bescheinigung auszustellen.

In diesem Attest muß angegeben werden, ob Beeinträchtigungen des körperlichen oder geistigen Leistungsvermögens vorliegen, die Bedenken gegen die Eignung des Bewerbers zum Führen von Kraftfahrzeugen begründen. Die Bescheinigung darf bei Antragstellung nicht älter als zwei Jahre sein.

Außerdem wird der Erwerb einer inländischen Fahrerlaubnis (Umtausch) durch Inhaber ausländischer Fahrerlizenzen innerhalb von 12 Monaten nach Wohnsitzbegründung im Inland erleichtert.

Der Referentenentwurf enthält noch nicht die Einführung des Führerscheinstempels nach EG-Modell:

1. Es besteht für eine Einführung noch eine Frist bis zum 1. Januar 1986 zur Verfügung
2. Es besteht noch keine Klarheit über die Harmonisierung der Fahrerlaubnisklassen.

Das Bundesverkehrsministerium teilt hierzu mit, daß die Anpassung der nationalen an die internationalen Fahrerlaubnisklassen zunächst eine umfassende Abklärung mit den Betroffenen Verbänden, also auch dem BGA, erfordern. Somit werden auch über den 1. Januar 1983 hinaus zunächst weiterhin Führerscheine nach dem bisherigen nationalen Muster ausgestellt werden. Dies hat im EG-Bereich weder für die gegenseitige Anerkennung noch für den Umtausch nach Wohnsitzwechsel nachteilige Auswirkungen auf die Betroffenen, weil Rat und Kommission in ihrer Protokollerklärung zu Artikeln 11 der Richtlinie vom 4. Dezember 1980 bestätigt haben,

– „daß vorhandene einzelstaatliche Führerscheine von den Mitgliedstaaten unter gleichen Bedingungen wie Führerscheine gemäß EG-Modell anerkannt werden.“

Steuerfragen

Großhandel: Nachlassender Pessimismus

I. Nach den Ergebnissen des Ifo-Konjunkturtests vom März blieb das Geschäftsklima im Großhandel zwar weiterhin merklich unterkühlt, die Geschäftslage wurde von den Meldefirmen allerdings nicht mehr ganz so ungünstig beurteilt wie in den Vormonaten: Nur mehr reichlich ein

Viertel der Testteilnehmer war mit der gegenwärtigen Absatzsituation nicht zufrieden (Vormonat: annähernd zwei Fünftel). Der Umsatzanstieg von Februar auf März war etwas stärker ausgeprägt als im Durchschnitt der vergangenen Jahre. Der Lagerdruck hat etwas nachgelassen. Der starke Rückgang der Preissteigerungsrate ist wesentlich auf den beträchtlichen Preisanstieg zur gleichen Zeit des Vorjahres zurückzuführen. In der Beurteilung der längerfristigen Geschäftsaussichten ist der Pessimismus weiterhin deutlich ausgeprägt.

II. Im Großhandel mit **Rohstoffen, Halbwaren und Investitionsgütern** beurteilten die Firmen die Geschäftslage im März nicht mehr ganz so negativ wie im Februar. Die Umsätze stiegen von Februar auf März stärker an als in der gleichen Zeit der letzten Jahre. Eine Geschäftsbelebung ist in fast allen Fachzweigen zu registrieren. Besonders deutlich fiel sie bei technischen Chemikalien, Lacken und Farben sowie festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen aus. Eine Abschwächung der Geschäftstätigkeit ist dagegen in den Fachzweigen Papier und Pappe sowie Häute und Felle eingetreten. Die Geschäftsaussichten für die nächsten sechs Monate sind in den meisten Branchen des Rohstoff- und Produktionsverbindungshandels weiterhin von Skepsis geprägt, wenn auch die Zahl der negativen Stimmen etwas geringer ist als in den Vormonaten. Im Handel mit NE-Metallen erwarten die Testteilnehmer eine Besserung der Geschäftslage.

Die Lager des Produktionsverbindungshandels wurden im März nicht mehr so häufig als überhöht bezeichnet wie im Vormonat. Nach Fachzweigen zeigen sich allerdings deutliche Unterschiede. Während besonders bei elektrischem Installationsmaterial, Baustoffen sowie Holz offenbar ein teilweiser Lagerabbau stattfand, verstärkte sich der Lagerdruck bei sanitärem Installationsmaterial sowie technischen Chemikalien. Während sich der Preisanstieg bei Häuten und Fellen, Leder sowie Holz beschleunigte, hat er sich besonders bei Kfz-Teilen und -Zubehör sowie elektrischem Installationsmaterial verlangsamt. Bei NE-Metallen sowie Papier und Pappe kam es teilweise zu Preissenkungen. Den Firmenplänen und -erwartungen nach zu schließen ist für die kommenden Monate wieder häufiger mit Preiserhöhungen zu rechnen.

III. Im gesamten **Konsumgütergroßhandel** hat sich – nach dem Urteil der Testfirmen – die Geschäftslage im Berichtsmonat deutlich verbessert. Die Absatzentwicklung verlief wesentlich günstiger als erwartet. Dem Geschäftsverlauf in den kommenden Monaten sehen die Firmen nicht mehr ganz so skeptisch entgegen wie im Vormonat.

Im **Gebrauchsgüterbereich** wurde die Geschäftslage weniger ungünstig beurteilt als in den Vormonaten. Das Geschäftslageurteil fiel besonders bei Eisen- und Metallwaren, Fahrrädern, Uhren und Schmuck sowie Hohlglas und Keramik besser aus. Die Umsätze des Vormonats wurden in diesen Branchen teilweise deutlich übertroffen. Die überhöhten Lagerbestände konnten besonders im Fahrradgroßhandel, aber auch bei optischen Geräten sowie Eisen- und Metallwaren, zum Teil abgebaut werden. Der Preisauftrieb hat sich im Berichtsmonat deutlich abgeschwächt.

Im **Verbrauchsgüterbereich** wurde die Geschäftslage von den Testteilnehmern wesentlich besser beurteilt als bisher. Nur mehr rund ein Drittel der Firmen war mit dem Geschäftsverlauf unzufrieden (Vormonat: knapp drei Fünftel). Der Geschäftsentwicklung in den nächsten Monaten sehen die Firmen nicht mehr ganz so skeptisch entgegen wie noch im Vormonat. Der Abbau überhöhter Lagerbestände hat sich auch im März fortgesetzt. Das gilt insbesondere für den Großhandel mit Pharmazeutika und Körperpflegemitteln.

Dieser Fachzweig hat – nach Angaben der Testteilnehmer – im Berichtsmonat ein deutliches Umsatzplus gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat erzielt. Der Preisanstieg hat sich insgesamt verlangsamt. Lediglich im Schuhgroßhandel ist eine Beschleunigung festzustellen.

Im **Nahrungs- und Genußmittelgroßhandel** hat sich das Geschäftslageurteil der Firmen im März erneut merklich verbessert. Der Umsatzanstieg von Februar auf März war stärker ausgeprägt als in den beiden letzten Jahren. Die längerfristigen Geschäftsaussichten werden nicht mehr ganz so pessimistisch beurteilt wie im Februar. Der Lagerdruck hat weiter nachgelassen. Der Preisauftrieb hielt in unverminderter Stärke an. Für die kommenden Monate rechnen die Firmen eher mit einer Beschleunigung des Preisanstiegs.

Im 1. Quartal bereits 513 Konkurse in Bayern

Angesichts der bisherigen Entwicklung rechnet das Bayerische Statistische Landesamt für 1982 mit einem weiteren steilen Anstieg der Insolvenzzahlen. Unmittelbar im Anschluß an das bestürzende Rekordergebnis von 1799 Konkursen im Jahr 1981 in Bayern wurden im 1. Quartal 1982 513 finanzielle Zusammenbrüche registriert; das sind um 19,3 % mehr als im entsprechenden Vorjahresquartal.

Allein im Unternehmensbereich kam es zu 392 (1. Vj. 1981: 324) Konkursen, was einer Zunahme um 21,0 % gleichkommt. Besonders stark gehäuft haben sich dabei die Zusammenbrüche im Baugewerbe (+ 34,8 %) und im Handel (+ 32,9 %).

Auch hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen und sozialen Tragweite muß den Zusammenbrüchen des Jahres 1982 nach dem bisherigen Stand eine erheblich größere Bedeutung beigemessen werden, da zunehmend ältere und größere Unternehmen in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Durchschnittlich waren bei den Unternehmenszusammenbrüchen im 1. Quartal 1982 etwa elf Arbeitnehmer betroffen (1981 sechs bis sieben), sieht man von den Entlassungen und Kündigungen, die vor Konkursantrag bereits erfolgten, ab. Dabei gehörten den jüngeren Betrieben mit einem Alter bis zu acht Jahren im Durchschnitt fünf, den über 8 Jahre alten dagegen 33 Arbeitnehmer an. Ähnlich verhielt es sich bei den Konkurschulden. Bei den bis zu acht Jahre alten Unternehmen meldeten die Gläubiger im Durchschnitt rd. 450000 DM an Forderungen an, bei den schon länger bestehenden lagen die finanziellen Ansprüche im Durchschnitt fünfmal so hoch (2,3 Millionen DM).

Verglichen mit dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres verdoppelte sich im 1. Quartal 1982 die Gesamthöhe der geltend gemachten Forderungen auf 381,2 Millionen DM, die Zahl der betroffenen Arbeitnehmer bei Unternehmenskonkursen erhöhte sich sogar auf das Zweieinhalbfache (4400).

Die Zahlungen im I. Quartal 1982

Industrie

Verbessert hat sich das Zahlungsverhalten der Industrieunternehmen in der Bundesrepublik zum Jahresanfang. Während das IV. Quartal noch bei 56,7 % pünktlich begleichender Betriebe lag, stieg die Zahlungsmoral im I. Quartal 82 um 1,7 Punkte auf jetzt 58,4 %. Analog dazu sanken die „ernsten Beanstandungen“ auf jetzt 5,7 % – ein Niveau, das allerdings noch als äußerst ungesund betrachtet werden muß.

Großhandel

Nur sehr geringfügig verbessert hat sich die Zahlungsmoral beim Großhandel. Nach dem Absturz in den Vorquartal ist die Erholung der Zahlungsweise von IV./81 zu jetzt von 0,3% auf 59,5% nur wenig befriedigend. Noch in der ersten Jahreshälfte '81 lag das Niveau über 69%.

Einen traurigen Rekord an „ernsten Beanstandungen“ mußte die Schimmelpfeng-Zahlungsweise beim Großhandel verzeichnen: in 6,5% aller Zahlungsvorfälle mußten die Kunden vor Gericht klagen.

Einzelhandel

Wie schlecht es im Moment allen Zweigen des Einzelhandels geht, widerspiegelt sich im Zahlungsverhalten. Nochmals abwärts auf 59,3% sank das Niveau. Dabei nahmen besonders die langsamen Zahler zu (plus 2,5 Punkte).

Handwerk

Im Vergleich zu den anderen Hauptwirtschaftszweigen ist das Zahlungsverhalten des Handwerks beinahe gut zu nennen. Knapp unter der 60-Prozent-Marke (59,4% und damit erheblich besser als im Vorquartal) findet sich das Handwerk in Gesellschaft des Groß- und Einzelhandels wieder. Noch vor einem Jahr gab es da einen erheblichen Niveau-Unterschied zu Ungunsten der Handwerksbetriebe.

Dienstleistungen

Am stärksten erholt haben sich die Betriebe des Dienstleistungsgewerbes. Ihr Zahlungsverhalten stieg um 3,8 Punkte und erreicht jetzt 58,6%. 25,4% sind langsam beim Bezahlen, bei 3,6% gab es „ernste Beanstandungen“.

Baugewerbe

Wenigstens nicht mehr verschlechtert hat sich das Zahlungsverhalten am Bau. Geringfügig wurde es sogar um einen Prozentpunkt besser (jetzt 39,8%). Von einem Durchbruch kann am Bau aber noch keine Rede sein: 7,3% aller Zahlungsvorfälle endeten vor Gericht.

Textilindustrie

Nochmals schlechter wurde das Zahlungsverhalten der Textilindustrie vom Schlußquartal 81 zum I. Quartal dieses Jahres: nur noch 48,6% der Textilbetriebe beglichen vereinbarungsgemäß. Fast ein Drittel (31,7%) lassen sich mit dem Bezahlen bis zu zwei Monaten Zeit. Jeder 22. Betrieb gab Anlaß zu „ernsten Beanstandungen“.

Außenhandel

BGA zur Sitzung der deutsch-chinesisch gemischten Kommission in Bonn

Vom 17. Mai bis 21. Mai 1982 fand in Bonn die 2. Tagung der deutsch-chinesisch gemischten Kommission statt. Die Leitung hatte die Staatsrätin und Ministerin für Außenwirtschaft, Frau Chen Muhua, übernommen.

Der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) e.V., Bonn, erhoffte für den von ihm vertretenen mittelständischen Außenhandel von dieser Tagung, daß die durch die Umorganisation im Außenhandelsapparat der VR China verursachten Kompetenzüberschneidungen beseitigt werden. Zur Erreichung dieses Ziels wird sicher das

neu geschaffene Außenwirtschaftsministerium mit Frau Chen Muhua an der Spitze beitragen.

Nach einer befriedigenden Entwicklung des Warenaustausches mit der VR China im vergangenen Jahr mit einer Steigerung der Einfuhr um 17,8 Prozent und der Ausfuhr um 10,0 Prozent gegenüber 1980, ist die Entwicklung im 1. Quartal 1982 rückläufig. Die Einfuhren im Werte von 460,7 Millionen DM nahmen um 0,3 Prozent und die Ausfuhren (Wert 562,7 Millionen DM) um 3,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr ab. Eine der Ursachen ist sicher in der Dezentralisierung des chinesischen Außenhandels zu suchen.

Insgesamt schätzt der deutsche Außenhandel die Wirtschaftsbeziehungen zur VR China als sehr zukunftsfruchtig ein. Auf der Einfuhrseite werden neben den klassischen chinesischen Gütern immer mehr Waren aus der diversifizierten Produktion treten. Für die nächsten Jahre sind die Aussichten für deutsche Ausfuhren im Chemiebereich, vor allem bei textilen Rohstoffen, recht günstig. Anlaß zur Hoffnung auf eine Ausweitung der Ausfuhren gibt auch die geringe Westverschuldung Chinas, die auf 4,7 Milliarden US-Dollar geschätzt wird und der Gold- und Devisenreserven von rund 9 Milliarden US-Dollar bei der Weltbank gegenüberstehen.

Die chinesischen Staatshandelsgesellschaften schließen grundsätzlich nur Kaufverträge cif ab und transportieren die Waren mit eigenen Schiffen. Für die hiesigen Importeure ist nach Verladen der Ware ab Kai oft nicht einmal festzustellen, auf welchem Schiff und wo sich die Ladung auf dem Weg nach Deutschland befindet. Eine Voraussetzung für die Verbesserung des Warenaustausches wäre weiterhin eine Straffung des Schiffverkehrs, bei dem noch zu viele Häfen unterwegs angelaufen werden, so daß die Ware häufig nicht pünktlich eintrifft.

Der gute Ruf chinesischer Waren ist bedroht durch starke Qualitätsschwankungen, denen die chinesischen Außenhandelsunternehmen zumindest durch ein Entgegenkommen bei den Preisen Rechnung tragen sollten. Im Außenhandel werden diese Qualitätsmängel ebenfalls auf die Provinzialisierung des chinesischen Außenhandels zurückgeführt. Ein wünschenswertes Ergebnis der Tagung wäre auch, wenn die Bundesregierung ihren Einfluß in Brüssel geltend machte, um eine weitere Liberalisierung der EG-Importe aus der VR China zu erreichen.

Handelsunternehmen bieten ihre Dienste an:

Exporttag zur Förderung der Ausfuhr

Die Zusammenarbeit mit dem Exporthandel erleichtert den Brückenschlag zu fernen Märkten – dieses Resümee brachte der mittelfränkische Exporttag bei der Industrie- und Handelskammer Nürnberg, zu dem auch der Bundesverband des Deutschen Exporthandels, unser Landesverband, die Handelskammern Hamburg und Bremen sowie das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr eingeladen hatten. Die Veranstaltung war mit einem Exportseminar verbunden. Staatssekretär Dr. Georg Frh. von Waldenfels gab am Abend einen Empfang auf der Kaiserburg.

Trotz der mit 36,2 Prozent überdurchschnittlich hohen Exportquote Mittelfrankens – im ersten Quartal 1982 verzeichnete die mittelfränkische Industrie bereits Ausfuhren für rund drei Mrd. DM, womit die gleiche Zeit des Vorjahres um 20,1 Prozent übertroffen wurde – war das Interesse an den Kontaktgesprächen bei der mittelständischen Wirtschaft lebhaft. Insgesamt wurden von 70 teilnehmenden

Firmen 163 Einzelgespräche geführt. Aber auch größere Unternehmen tauschten mit der Delegation von 25 Export-handelshäusern Erfahrungen aus.

Vor allem nach Übersee

Auf über 50 Prozent Anteil am deutschen Überseege-
schäft beziffern die Exporthandelsfirmen ihre Leistung und ver-
weisen auf 1200 überseeische Niederlassungen, deren
Service sie anbieten. Manches Unternehmen sei auf Märkte
spezialisiert, die im Direktexport noch relativ schwach bear-
beitet würden. Mit einer weiteren Steigerung der Ausfuhr
über Exporteure wird gerechnet.

Wegen der relativ hohen Kosten für den Aufbau eines
eigenen Exportmarketing in fernen Ländern versteht sich
der Exporthandel als echte Alternative zum Direktexport,
da er als Kooperationspartner Dienste wie Marktbearbei-
tung, Finanzierung, Risikoübernahme und Service zur Ver-
fügung stellen kann. Er findet Kunden nicht nur im Mittel-
stand. Außerdem fördern die Exporthandelsfirmen auch
Zulieferungen in technologisch anspruchsvollen Bereichen.

Elektrotechnik

Sehr interessiert waren die Exporthandelsunternehmen,
die Angebotspalette der mittelfränkischen Industrie noch
näher kennenzulernen. Der Schwerpunkt der Produktinter-
essen lag bei elektrotechnischen und elektronischen Er-
zeugnissen, industriellen Zulieferungen, Maschinen und
Anlagenteilen, Kraftfahrzeugteilen und Kfz-Zubehör sowie
bei Konsumgütern. Die Erfolgsquote bei den Nürnberger
Exportgesprächen wurde vom Exporthandel mit 25 bis
30 Prozent relativ günstig eingeschätzt.

Personalien

Wir gratulieren

Karl Tegtmeyer, Senior der PARA AG. – 80 Jahre

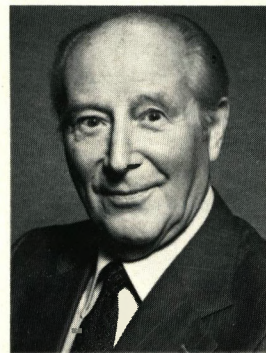
Am 22. Mai 1982 konnte unser langjähriges Vorstands-
mitglied, der bekannte und allseits geschätzte Senior der
Firma PARA AG, **Karl Tegtmeyer**, seinen 80. Geburtstag
feiern.

Karl Tegtmeyer gehört zu den profiliertesten Persönlich-
keiten im Bayerischen Groß- und Außenhandel. Lange Jahre
gehörte er zu den aktivsten Vorstandsmitgliedern und Fach-
zweig-Vorsitzenden unseres Verbandes.

Unter seiner bewährten Führung hat sich die PARA AG
nach 1945 zu einer der bedeutendsten Fachgroßhandlungen
der Parfümerie- und Friseurbedarfsbranche entwickelt. Die
EURO-FRIWA wurde durch seine Initiative bereits 1960 auf
europäische Ebene gestellt und damit zu einer Unter-
nehmensgruppe entwickelt, die eine außerordentliche
Bedeutung im Wirtschaftsleben dieser Fachsparte darstellt.
Heute ist Karl Tegtmeyer Aufsichtsrats-Vorsitzender der
PARA AG in München und Ehrenvorsitzender des Aufsichts-
rats der Unternehmensgruppe EURO-FRIWA in Würzburg.

Daneben hat sich der Jubilar in vielen anderen Bereichen
stets nachhaltig und selbstlos zum Nutzen des Großhandels
engagiert. So zählt Karl Tegtmeyer zu den Mitbegründern
der DUSY GmbH in Gelsenkirchen und zu den Mitbegrün-
dern des Bundesverbandes des Körperpflegemittel-Groß-

handelsverbandes in Köln. Nicht zuletzt seien auch die Ver-
dienste des Jubilars im regionalen Bereich als Handels-
richter sowie als Mitglied des Hauptprüfungsausschusses
der Industrie- und Handelskammer für München und Ober-
bayern erwähnt.



In Anerkennung seiner vielfältigen Tätigkeiten wurde ihm
1967 das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse verliehen. Ferner
erhielt er die silberne Jubiläumsmedaille und den Goldenen
Ehrenring der Industrie- und Handelskammer sowie den gol-
denen Ehrenring der Unternehmensgruppe EURO-FRIWA.
Vor 5 Jahren überreichte Präsident Walter Braun dem
Jubilar die Geldene Ehrenmedaille unseres Landesver-
bandes und brachte den Dank des gesamten Bayerischen
Groß- und Außenhandels damit zum Ausdruck.

Karl Tegtmeyer heute an dieser Stelle noch einmal unse-
ren Dank auszusprechen ist uns ein erneutes Bedürfnis.
Nochmals herzlichen Dank und weiterhin gute Gesundheit
und persönliches Wohlergehen.

Alfred Rettig – 70 Jahre

Am 24. Mai 1982 konnte Herr **Alfred Rettig**, Geschäfts-
führer unserer Mitgliedsfirma Max Cochius GmbH, Nürn-
berg, Großhandel mit NE-Metallhalbfabrikaten und sani-
tären Artikeln, seinen 70. Geburtstag feiern.



Der in Berlin geborene Jubilar gehört dem 1864 gegrün-
deten Unternehmen seit 1934 an. Nach dem Kriege trug Herr
Rettig maßgebend zum Wiederaufbau des durch die Kriegs-
geschehen stark in Mitleidenschaft gezogenen Berliner
Unternehmens bei.

Im Jahre 1954 übernahm er als Prokurist die Führung der
Max Cochius GmbH in Nürnberg.

Unter seiner Leitung erlebte das Nürnberger Unternehmen einen beachtlichen Aufstieg. Deshalb wurde auf Initiative des Herrn Rettig im Mai 1974 die Abteilung NE-Metallhalbfabrikate in das von der Firma Max Cochius GmbH erworbene Gebäude in der Isarstraße 12 (Hafengelände) verlegt. Außerdem erweiterte Herr Rettig 1966 den Betrieb durch die Eröffnung einer Zweigniederlassung in München. Auch dieser Betrieb entwickelte sich unter seiner Leitung rapide und mußte bereits 1969 aus Platzgründen von der Münchener Innenstadt nach München-Germering verlegt werden.

Privat ist eines der Freizeit-Hobbys der Jubilars der Rudersport. So leitete der Jubilar 10 Jahre lang die Geschicke des Rudervereins Nürnberg als 1. Vorsitzender und erwarb sich damit herausragende Verdienste um den Nürnberger Sport.

Wir möchten Herrn Rettig an dieser Stelle unsere besten Wünsche aussprechen.

150 Jahre Friedrich W. Nafe

Sein 150-jähriges Gründungsjubiläum feierte unsere Mitgliedsfirma am 7. Mai 1982. 35 Jahre davon sind gekennzeichnet durch erfolgreiches Schaffen in Franken, wo vor 35 Jahren der Wiederaufbau dieser Fachgroßhandlung für den Gas-, Wasser- und Heizungsbau aufgenommen wurde.

Verfolgt man die Chronik des Hauses, so kann man nachlesen, daß 1832 die Gründung des Stammhauses durch Carl Gustav Müller in Breslau als „Eisenhandlung am Schloßplatz“ stattfand, wobei das Warensortiment auf Handwerkerbedarf ausgerichtet wurde. 1871 geht die Eisenhandlung in den Besitz der Fa. Jacob Ravene und Söhne & Co. über und wird mit dem Zusatz „Carl Gustav Müller Nachfolger“ firmierend, weitergeführt und ausgebaut. Neun Jahre später erwerben Fritz Koenig und Albert Steinke die Eisenhandlung und stellen den Firmennamen auf ihre Namen um. Die Firma erlebt einen bedeutenden Aufschwung, 1894 tritt Gustav Eckert in die Firma als Prokurist ein. Jetzt werden enge Geschäftsverbindungen zu den bedeutendsten Eisen- und Röhrenwerken unterhalten. Die Düsseldorfer Röhren- und Eisenwalzwerke, vormals Poensgen Düsseldorf und Oberbilk, beteiligen sich bis zum Jahre 1905. Das Firmenvolumen ist sehr lebhaft geworden, Generalvertretungen bekannter Firmen werden übernommen. Mitten im 1. Weltkrieg reißt der Tod beide Inhaber aus dem erfolgreichen Schaffen. Die Witwe, Frau Gertrud Koenig, sowie ihr inzwischen herangewachsener Sohn Hans sowie Gustav Eckert bilden die neue Gesellschaft und führen das Unternehmen fort. 1930 hat die Firma die Wirren der Zeit durchgestanden. Trotz schwerer finanzieller Verluste, weil viele Kunden infolge der Krisensituation Vergleichsverfahren beantragen mußten, bleibt das solide fundamentierte Unternehmen ohne Erschütterung. Das Umsatzvolumen geht jedoch zurück. 1933 tritt Friedrich Wilhelm Nafe in die Firma ein. Die Geltung des Hauses, gründend auf das in den vergangenen hundert Jahren erlangte Renommee und nicht zuletzt auf die nach wie vor innehabenden Werksvertretungen, erlebt die Firma eine Renaissance bedeutenden Ausmaßes.

Nach dem Tode von Frau Gertrud Koenig sind die Gesellschafter jetzt Gustav Eckert, als Komplementär und Hans Koenig sowie Friedrich Wilhelm Nafe als Kommanditisten. Im Kriege wird die Firma als kriegsgeschützter Großhandel geführt. Das Personal gilt als unabkömmlich. Am Ende des Krieges wird die Firma nach über 100 Jahren erfolgreichen Wirkens aus der schlesischen Heimat vertrieben. Zwei Jahre später gelingt es Friedrich Wilhelm Nafe, in Haßfurt/Main wieder Fuß zu fassen. Nachdem der Komplementär Gustav Eckert aus Altersgründen aus der Firma ausscheidet, be-

schließt Friedrich Wilhelm Nafe allein unter seinem Namen die Firma weiterzuführen. Ein Jahr später tritt Elmar Wendenburg in die Firma ein und beteiligt sich tatkräftig am Wiederaufbau. 1953 erfolgt der Umzug nach Bamberg, 1961 werden moderne Büro- und Lagerräume an der Thorackerstraße 16 erstellt und bezogen. 1963 erfolgt die Umwandlung der Einzelfirma in eine Kommanditgesellschaft. Elmar Wendenburg, der Schwiegersohn des Hauses, wird nach 15-jähriger Mitarbeit als Teilhaber aufgenommen. Die Firma erlangt als Fachgroßhandlung für den Zentralheizungsbedarf eine führende Position im gesamten nordbayerischen Raum. Für bedeutende Kessel- und Heizkörperwerke wird der Alleinverkauf übernommen und groß ausgebaut. Eine weitere geräumige Lagerhalle wird in der Thorackerstraße errichtet. 1975 verstirbt nach nimmermüder und erfolgreicher Arbeit Friedrich Wilhelm Nafe. Die Firma wird fortgeführt mit seiner Witwe Frau Margarete Nafe und Elmar Wendenburg als geschäftsführender Gesellschafter.

Der LGA wünscht dieser traditionsreichen Firma auch weiterhin eine stetige Weiter- und gedeihliche Geschäftsentwicklung.

Buchbesprechungen

Die deutschen C + C-Großmärkte

Gesamterhebung über die C + C-Betriebe und Abhol-Läger im Bundesgebiet und in Westberlin.

GW-Istitut für Wirtschaftsdokumentation GmbH, Rosental 3, 8000 München 2.

Preis für Auswertungsbericht und Einzeldarstellungen DM 750,- zuzüglich Mehrwertsteuer.

Angesichts der Strukturwandlungen im Handel und der dabei entstandenen neuen Vertriebswege verdient eine Untersuchung Aufmerksamkeit, die vom GWI-Institut unter dem obigen Titel durchgeführt wurde.

Die umfangreiche Ergebnisniederschrift gliedert sich in 2 Teile, und zwar einen Auswertungsbericht und Einzeldarstellungen der befragten Betriebe. Die Dokumentation ist das Resultat schriftlicher und mündlicher Erhebungen, die das Institut laufend im Bundesgebiet und Westberlin durchführt. In seine Bestandsaufnahme hat das GWI-Institut alle relevanten Handelsunternehmen einbezogen. Wegen des ständigen Wechsels der Daten und der Weiterentwicklung wird die Dokumentation durch den Informationsdienst „internes im Handel“ regelmäßig aktualisiert.

Der 68 Seiten umfassende Auswertungsbericht befaßt sich mit der Entstehung, den regionalen Standorten und der Verteilung der C + C-Betriebe nach unterschiedlichen Kriterien, wie z. B. Verkaufsflächen und Größenklassen. Untersucht werden weiterhin die Filialisierung, die Betriebstypen, die Kundengruppen sowie deren Strukturen.

In einem umfangreichen und in zwei Teile gegliederten Abschnitt werden die C + C-Betriebe in Einzeldarstellungen behandelt. Wenngleich sich in diesem Bereich der Dokumentation die unterschiedliche Publizitätsfreudigkeit der Unternehmen erkennen läßt, gibt die Aufbereitung der Einzeldaten doch einen guten Einblick für Zwecke des Vergleichs einzelner Betriebe und des Erkennens von Schwerpunkten und Größenordnungen.

Der Untersuchungsbericht stellt eine reiche „Fundgrube“ für Leser dar, die aus täglichem Umgang, aus Interesse an der Materie oder auch aus wirtschaftspolitischer Sicht näheres über C + C-Betriebe im Bundesgebiet und in West-Berlin wissen möchten.

Informationsquelle für den Einkauf

Sicher – der Unternehmensbereich Einkauf/Beschaffung hat einen fast grenzenlosen Appetit auf Informationen.

Doch setzt die eindrucksvolle Vielfalt der Informationsanbieter die Kenntnis der richtigen Informationsmöglichkeiten voraus.

Der SEIBT-VERLAG liefert die Informationsquelle, die den Anforderungen des industriellen Beschaffungswesens bei der Produkt- und Lieferantenauswahl entspricht.

Das aktuelle, umfassende und jederzeit griffbereite Informationsangebot: Bezugsquellennachweis für über 30 000 verschiedene Erzeugnisse des Industriebedarfs und des Dienstleistungsangebots. 90 000 Suchworte. Firmenverzeichnis mit vollständigen Telefon- und Telexangaben zu allen Anschriften. Gesonderter Bezugsquellenteil für normgerechte Erzeugnisse, herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DIN, Deutsches Institut für Normung e. V., Berlin.

Als zusätzliches Informationsangebot – speziell für Normenanwender – sind in der 29. Ausgabe erstmals alle bekannten Lieferanten normgerechter Erzeugnisse erfaßt. Das heißt: Mehr als 20 000 Lieferantennachweise für normgerechte Erzeugnisse!

Der neue SEIBT: Die broschiierte Ausgabe, ca. 1 400 Seiten DIN A 4 (ISBN 3-922948-08-X) oder die Microfiche-Ausgabe 24:1 (ISBN 3-9-922948-13-8) kosten 96,— DM + MwSt., brutto 102,25 DM, zuzüglich Versandkosten.

Abonnementpreise der jährlich erscheinenden Neuausgabe z. Z. 57,— DM + MwSt., brutto 60,70 DM, zuzüglich Versandkosten.

Zu bestellen bei SEIBT-VERLAG GMBH, Bavariaring 24, 8000 München 2, Tel.: 089/5309005, Tx: 5216993, beim DIN (über Beuth-Verlag) Postfach 1107, 1000 Berlin 30 oder in Ihrer Fachbuchhandlung.

HAMMER/LASSIG

Postordnung und ergänzende Vorschriften

Textausgabe mit Erläuterungen und Wegweiser für die Wirtschaft durch die Benutzungs- und Gebührenbestimmungen der Deutschen Bundespost im Inland und nach dem Ausland

Von Dr. sc. pol. Karl-Heinrich HAMMER und Dr. jur. Roland LASSIG

Ergänzbare Ausgabe einschließlich 46. Ergänzungslieferung, 844 Seiten, DIN A 5, Plastikordner, DM 64,—.

ERICH SCHMIDT VERLAG Berlin · Bielefeld · München

Zum Inhalt:

Am 1.7.1982 ist es soweit: Die Post greift wieder tiefer in die Portokassen!

Die Notwendigkeit zu Einsparungen

zwingt sich jedem vom Postversand abhängigen Unternehmen, jedem Verband, jeder Organisation, jeder Verwaltungsbehörde vermehrt auf.

Die Möglichkeiten sind vielfältig; Postgebühren sind nicht nur bei Massensendungen – zum Beispiel bei Werbeaktionen – ein wichtiger Kostenfaktor. Wesentlich ist, daß bereits frühzeitig die Planung im Hinblick auf die kostengünstigste Versendungsform ansetzt: nicht nur der Inhalt muß bestimmten Anforderungen genügen (zum Beispiel bei den verschiedenen Drucksachenarten oder beim Warenversand ins Ausland) – auch bei der Wahl der Verpackung sind bestimmte Vorschriften (Maße, Gewicht, Art des Verschlusses) zu beachten.

Mit dem Handbuch „Postordnung“ wird Ihnen die notwendige schnelle und übersichtliche Orientierung geboten.

Es erläutert übrigens auch die unübersichtlichen Ausführbestimmungen nach EG- und Drittländern.

Die Sammlung bringt neben den Originaltexten der Postordnung und der Postzeitungsordnung sowie der zugehörigen Gebührenordnungen und Ausführungsbestimmungen alle wichtigen ergänzenden Richtlinien, Verordnungen und ministeriellen Erlasse sowie die für den Arbeitsbereich des Postbenutzers erforderlichen Verweisungen, Erläuterungen und Kommentierungen. Die Erläuterungen sind allgemeinverständlich gehalten und speziell auf die praktischen Bedürfnisse der Wirtschaft zugeschnitten.

Die 46. Lieferung enthält alle am 1. Juli 1982 in Kraft tretenden Tarifänderungen des Postverkehrs.

DERSCH/NEUMANN

BUNDESURLAUBSGESETZ

nebst allen anderen Urlaubsbestimmungen des Bundes und der Länder

Kommentar

begründet von Prof. Dr. Dr. h.c. Hermann Dersch, fortgeführt von Dr. Dirk Neumann, Vorsitzender Richter am Bundesarbeitsgericht

6., neubearbeitete Auflage. 1981.

XV, 448 Seiten gr. 8°. In Leinen DM 78,—

C. H. Beck Verlag, München

Das Urlaubsrecht ist auch nach der bundesrechtlichen Kodifizierung im Jahre 1963 eine der wichtigsten Materien des Arbeitsrechts geblieben. Trotz einer gewissen Beruhigung und Konsolidierung dieses Rechtsgebiets gibt es immer noch eine Fülle von bisher nicht gelösten Streitfragen, wie z. B. die Pfändbarkeit des Urlaubsentgeltes.

In der Neuauflage des Kommentars ist insbesondere dem Umstand Rechnung getragen, daß das gesetzliche Urlaubsentgelt immer mehr durch tarifrechtliche Regelungen überlagert wird. Vor allem die Dauer des Urlaubs richtet sich heute praktisch ausschließlich nach Tarifverträgen, so daß die Konkurrenz der beiden Normen eine erhöhte Bedeutung erhält, was sich im übrigen auch in der neueren Rechtsprechung deutlich widerspiegelt.

Ferner wurde der im Jahre 1979 eingeführte Mutterschaftsurlaub in der Neuauflage eingehend berücksichtigt.

Die Neuauflage des Werkes stellt für alle Personalabteilungen der Betriebe und Behörden das seit vielen Jahren bewährte Nachschlagewerk für alle Fragen des Urlaubsrechts dar.

Schon heute notieren:

Verbandstag
Mittwoch, 29. 6. 1983
in der
Meistersingerhalle Nürnberg

B 1579 EX



Groß + Außenhandel Drehscheibe der Wirtschaft



LGA
nachrichten

Offizielles Organ des Landesverbandes
des Bayerischen Groß- und Außenhandels
(Unternehmer- und Arbeitgeberverband) eV

37. Jahrgang · München
Juli 1982 · Nr. 7/1982

Das aktuelle Thema	3	BGA zur Subventionspolitik und zum Subventionsabbau
Arbeitgeberfragen	4 5 6	Braun: Keine wirtschaftspolitischen Wunder in Sicht Präsident Braun schreibt Kultusminister Maier wegen Lageristen-Ausbildung Industrie und Groß- und Außenhandel vor neuen gemeinsamen Aufgaben Gewinne werden weit überschätzt
Wettbewerbsrecht	7	Verkauf unter Einkaufspreis untersagt
Steuerfragen	8	Investitionzulage zur Förderung der Beschäftigung
Berufsausbildung und -förderung	9 10	Änderung der Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO) 6% weniger Volksschüler Erstmals weniger Schüler an Berufsschulen
Verbandsnachrichten	10	Otto Taffel erneut Fachzweig-Vorsitzender des Papier-, Schreibwaren- und Bürobedarfs-Großhandels ELTEC '82 – ein Bekenntnis zum funktionstechnischen Großhandel
Konjunktur und Marktentwicklung	12	Preisindizes der Lebenshaltung in Bayern
Außenhandel	12 13	Export Bayerns im März fast 6 Milliarden DM Einfuhr Bayerns im 1. Quartal 1982 nominal um 9% höher Gute und schlechte Schuldner
Personalien	13	
Buchbesprechungen	16	

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:

Dipl.-Kfm. Sattel (Wirtschafts-, Tarif- und Sozialpolitik, Außenhandel, Betriebswirtschaft) · Dipl.-Kfm. Sauter (Wettbewerbsrecht, Steuern, Kreditwesen, Verkehr) · Dipl.-Volksw. Deutsch (Berufsbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsnachrichten, Personalien) · RA Frankenberger (Tarif-, Sozial- und Arbeitsrecht) · RA Waimann (Arbeitsrecht) · RA Wiedemann (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel) · RA Köppel (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel).

Erscheint einmal im Monat. Verleger: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München, Ottostraße 7. Alleiniger Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels eV, München 2, Ottostraße 7, Telefon 55 77 01/02. Verantwortlich für Herausgabe: Werner Sattel, 80111 Kirchseeon, Alpenstraße 16. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenteil: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, München 2, Ottostraße 7. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Druck: typobierl, 8000 München 40, Riesenfeldstraße 56, Telefon 3 59 60 66-68.

Das aktuelle Thema

BGA zur Subventionspolitik und zum Subventionsabbau

Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages hat eine Stellungnahme der Spitzenverbände zu den Fragen der Subventionspolitik und des Subventionsabbaues erbeten. Hier die wichtigsten Passagen aus der Stellungnahme des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels:

Bevor wir die gestellten Fragen beantworten, sind einige grundsätzliche Bemerkungen notwendig, die die wirtschafts- und finanzpolitischen Positionen des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels zur Subventionspolitik verdeutlichen. Der BGA hat in der Vergangenheit immer wieder gefordert, daß die staatlichen Subventionen abgebaut werden sollen. Diese Forderung beruht auf der Erkenntnis, daß die Zunahme der Subventionen in den vergangenen Jahren zu zwei fundamentalen Fehlentwicklungen geführt hat:

- Das erreichte hohe Subventionsniveau hat den Marktmechanismus geschwächt und zu Fehlallokationen geführt. Das hat Effizienz und Wachstum der Gesamtwirtschaft beeinträchtigt. Steigende Subventionen haben noch mehr Bürokratie und hohe Reibungsverluste zur Folge.
- Die umfangreichen Subventionen müssen durch Steuern und Abgaben oder Kredite finanziert werden. Das hat mit dazu geführt, daß die Abgabenbelastung der Wirtschaft und der Arbeitnehmer sowie die Staatsverschuldung ein Maß erreicht haben, das für die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft schädlich ist.

Weniger Subventionen bedeuten weniger staatliche Reglementierung und geringere Steuerbelastung bzw. Kreditaufnahme, dadurch würden die Leistungsbereitschaft gestärkt und Wirtschaftswachstum und Beschäftigung gefördert.

Eine Neuorientierung der Subventionen muß aus der Sicht des BGA folgende Grundüberlegungen berücksichtigen:

- a) Eine Gesamtbeurteilung der Subventionspolitik muß alle Subventionen des Bundes, der Länder, Gemeinden und der EG berücksichtigen. Die Betrachtung darf nicht auf die im 8. Subventionsbericht genannten Subventionen beschränkt werden, im Grunde müßten alle staatlichen Transferleistungen und Vergünstigungen mit einbezogen werden.
Die Transferzahlungen der Gebietskörperschaften einschließlich Soderrechnungen und Sozialversicherung betrugen 1981 insgesamt 333 Mrd. DM; das sind 44,4% der gesamten staatlichen Ausgaben. Die Vermögensübertragungen (z.B. Investitionszuschüsse und Investitionszulagen), Subventionen und sonstige Leistungen an die Unternehmen betrugen 50,4 Mrd. DM, also nur 15% der gesamten Transferzahlungen. Damit wird auch deutlich, wie das Subventionsvolumen i.w.S. strukturiert ist und wo vom Volumen her Einsparungen in merklichen Größenordnungen möglich sind.
- b) Subventionen (finanzielle Anreize) erhöhen die Staatsausgaben oder verringern die Steuereinnahmen. Deshalb ist die „normale“ Steuerbelastung um so höher, je

mehr Subventionen es gibt. Anders ausgedrückt: Je weniger Sondervergünstigungen es gibt, desto geringer kann die „normale“ Steuerbelastung sein.

Bei einer Nettobetrachtung unter Berücksichtigung der Subventionen einerseits und der Finanzierungslasten andererseits zeigt sich, daß die mittelständische Wirtschaft von den Subventionen nicht direkt begünstigt ist. Eine Untersuchung von Professor Hamer („Wer finanziert den Staat?“) ergab, daß Unternehmen bis 500 Mitarbeiter oder bis 10 Mio. DM Gewerbekapital an den Staat 83,4 Mrd. DM zahlen, aber nur 0,8 Mrd. DM an staatliche Subventionen erhalten. Unternehmen über 500 Mitarbeiter oder über 10 Mio. DM Gewerbekapital bezahlen 43,8 Mrd. DM und bekommen dagegen 46,6 Mrd. DM.

- c) Die Aussage, „die“ Wirtschaft erhalte Subventionen, ist unzutreffend. Nach einer Untersuchung des RWI gingen 1977 die laufenden Übertragungen zu 90% an sechs Wirtschaftsbereiche: Landwirtschaft, Elektrizitätswirtschaft, Kohlenbergbau, Eisenbahnen, übriger Verkehr und Wohnungsvermietung.

Die Großhandelsfirmen und Außenhandelsunternehmen tätigen einen Umsatz von 640 Mrd. DM und beschäftigen über 1,2 Mio. Arbeitnehmer. Die gesamte Wirtschaftsstufe erhält keine spezifischen Subventionen. Das gilt für alle Großhandelsbranchen. Außerdem sind die Handelsfirmen zum größten Teil von der regionalen Wirtschaftsförderung durch Investitionszulagen ausgeschlossen. Der – am Umsatzvolumen gemessen – zweitgrößte Wirtschaftsbereich in der Bundesrepublik Deutschland bleibt somit weitgehend ohne direkte staatliche Subventionierung. Im Gegenteil: Die Betriebe des Groß- und Außenhandels tragen durch Steuern und Abgaben eine hohe Nettobelastung.

Unter Berücksichtigung dieser Grundsätze nehmen wir zu den Einzelfragen wie folgt Stellung:

Subventionen werden nach einer Prioritätenskala von der Politik (Gesetzgebung) festgelegt. Subventionen sind ein Teil der Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft durch die Politik. Wenn sich die Bedingungen ändern, muß diese Prioritätenskala von der Politik überprüft und den geänderten Verhältnissen angepaßt werden.

Wir sehen einen qualitativen Unterschied zwischen staatlichen Zahlungen und Steuervergünstigungen. Ausgaben-Subventionen sind grundsätzlich aufwendiger, weil sie in der Regel ein kompliziertes Antrags- und Genehmigungsverfahren erfordern. Da außerdem Steuervergünstigungen in der Regel eine Breitere Wirkung haben, sollte die Priorität beim Subventionsabbau bei den Ausgabe-Subventionen liegen.

Die Wirksamkeit einzelner Subventionen kann nicht nach einem allgemein gültigen Maßstab gemessen werden, außerdem sind die Ziele der verschiedenen Subventionen sehr unterschiedlich. Noch viel wichtiger ist vielleicht, daß die Gesamtwirkung aller Subventionen mit Sicherheit nicht der Addition der Einzelwirkungen entspricht. Wenn aber

schon die Wirksamkeit von Subventionen nur schwer zu ermitteln ist, ist es kaum möglich, für die unterschiedlichen Subventionen Verbesserungsvorschläge zu machen. Generelle Ansätze zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der Subventionsgewährung sehen wir in der zeitlichen Befristung und Rückzahlungsverpflichtung von Subventionen.

Selbst wenn Subventionen bei den Empfängern eine positive Wirkung haben, muß berücksichtigt werden, daß sie bei anderen (den steuerzahlenden Finanziers) negative Wirkungen erzeugen.

Die Transparenz des Subventionssystems sollte verbessert werden, indem Überschaubarkeit hergestellt wird und Doppel- oder Mehrfachsubventionen vermieden werden.

Vor einer grundlegenden Strukturbereinigung der Subventionen halten wir als Zeichen der Trendumkehr einen linearen Abbau möglichst gleichmäßig bei allen Subventionen für sinnvoll.

Ein linearer Abbau der 122 Finanzhilfen und 129 Steuerbegünstigungen, wie sie im 8. Subventionsbericht genannt sind, würde zu einem Einsparvolumen von vielleicht 2 oder 3 Mrd. DM beim Bund führen, wenn der lineare Abschlag beispielsweise 10% betragen würde.

Die EG-Agrarpolitik unterliegt wegen der direkten wie indirekten Subventionen einer ständigen Kritik. Neben den kaum noch überwindbaren Einfuhrhürden für agrarische Drittlandserzeugnisse, soweit sie den EG-Marktordnungen unterliegen, werden vor allem innerhalb der Erstattungs politik die EG-Exporterstattungen angegriffen. Verfahren im GATT, z.B. für Zucker, sind von Australien und anderen Ländern anhängig gemacht worden. Auf den bevorstehenden internationalen Konferenzen, vom OECD-Ministerrat über den Gipfel von Paris bis zur GATT-Konferenz im Herbst dieses Jahres, wird mit Sicherheit von den USA, Neuseeland und Australien die aggressive EG-Agrarpolitik als internationales Handelshemmnis erneut attackiert werden. Eine Änderung der EG-Agrarpolitik könnte erhebliche Einsparungen der Subventionen herbeiführen und indirekt auch den Bundeshaushalt durch geringere Zahlungen an die EG-Kommission entlasten, wenn man bedenkt, daß allein die Erstattungsbeträge ein Volumen von 4.984 Mrd. ECU 1981 erreicht haben und nach Berechnungen der EG-Kommission 1982 auf 5.771 Mrd. ECU ansteigen werden.

In der internationalen Rohstoffpolitik kann nicht ausgeschlossen werden, daß bei Rohstoffabkommen nach dem Vorbild für Kautschuk, die aus öffentlichen Haushaltsbeiträgen der Mitgliedsländer finanziert werden müssen (ggf.

über den Common fund), wegen zu hoher Festsetzung der Mindestpreise ein Anreiz zur Überproduktion entsteht. Daraus folgt eine Nachschußverpflichtung, die ähnlich der EG-Überproduktion immer mehr öffentliche Gelder verschlingt. Als warnendes Beispiel sei hier auf das Bufferstock-Abkommen für Kakao, das allerdings durch eine levy finanziert wird, hingewiesen.

Subventionen sollten grundsätzlich zeitlich befristet sein, um nach Fristablauf jeweils eine neue politische Entscheidung und Begründung herbeiführen zu müssen. Dabei kann die Befristung durchaus unterschiedlich sein, sollte aber einen möglichst kurzen Zeitraum umfassen.

Bei einer Verpflichtung zur Rückzahlung wäre gleichzeitig eine gewisse Erfolgskontrolle und größere Wirtschaftlichkeitsberechnung schon beim Subventionsempfänger eingebaut; außerdem würde die endgültige Finanzierung über Steuern wenigstens teilweise wegfallen.

Subventionen haben geradezu den Zweck, die Verhältnisse des Marktes zu verändern. Da der Groß- und Außenhandel keine gezielten Subventionen erhält, können natürlich z.B. bei der Standortwahl keine direkten Verfälschungen erfolgen.

Wie im privaten Bereich, so kann auch in der Wirtschaft eine zunehmende Subventionsmentalität festgestellt werden. Mit der Zunahme von staatlichen Subventionsangeboten steigt auch der Gewöhnungseffekt an diese sogenannten Hilfen. Dadurch nimmt das rein am Marktgeschehen orientierte unternehmerische Handeln ab, während gleichzeitig die Orientierung an Subventionsmöglichkeiten zunimmt. Andererseits gibt es gerade kleine und mittlere Unternehmen, die spezielle staatliche Finanzhilfen nicht in Anspruch nehmen, weil diese nicht bekannt sind oder weil sie den Aufwand größer als den Ertrag einschätzen.

Mitnahmeeffekte lassen sich weder messen noch vermeiden. Eine Subvention soll die Bedingungen für ein bestimmtes Verhalten verbessern. Wenn sich der Subventionsempfänger dann wie gewünscht verhält, kann man nicht von Mitnahmeeffekten sprechen. Wenn das gewünschte Verhalten aber auch ohne die Subvention eintreten würde, ist dies ein Zeichen dafür, daß diese Subvention überflüssig ist.

Obwohl – oder gerade weil – der Groß- und Außenhandel von den Subventionen unmittelbar kaum berührt wird, sehen wir den Abbau und die Durchforstung der Subventionen als einen besonders wichtigen Beitrag zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen an.

Arbeitgeberfragen

Braun: Keine wirtschaftspolitischen Wunder in Sicht

„Je länger die Phase der schwierigen Bekämpfung von früher weltweit geschaffenen Inflationspotentialen dauert, um so weniger findet der Glaube an wirtschaftspolitische Wunder noch Raum,“ betonte Präsident Walter Braun in einem Bericht zur wirtschaftlichen Lage.

Der Entwicklung in den USA hatte der „Klumpfuß zinstreibender Staatsdefizite“ an, das französische Wunder unter Mitterand sei ausgeblieben, und das „deutsche Wunder“ bestehe vorerst in der Balance auf einem schmalen Grat, mit Liquiditätshilfen und Zinshoffnungen, so Braun: „Aber ein niedrigerer Zins kann notwendiges Kapital auch vertreiben.

Daß der Dollarkurs die DM-Aufwertung innerhalb des Europäischen Währungssystems zunächst nicht honoriert, sondern der Dollar zu neuen Höhenflügen ansetzt, ist des Nachdenkens wert.“

Hoffnungen für den Export

Für die stark von der Ausfuhr abhängige Industrie verbindet sich mit der Dollarentwicklung allerdings auch die Hoffnung, daß im Export die Aufwertungsfolgen begrenzt werden können, die vor allem den europäischen Währungsverbund betreffen. Wenn auch nach jüngsten Beobachtungen die Inlandsnachfrage eine Festigung auf niedrigem Niveau anzeigt, so hängt doch bei einer Exportquote von durchschnittlich mehr als 35 Prozent und in manchen Industriefirmen sogar von mehr als 60 bzw. 70 Prozent die Zukunft weiterhin wesentlich vom Ausland ab, wie der Präsident feststellte.

Präsident Braun schreibt Kultusminister Maier wegen Lageristen-Ausbildung

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

wie andere Arbeitgeberorganisationen auch unternimmt mein Verband alle Anstrengungen, um die Ausbildungsbereitschaft seiner Mitgliedsfirmen zu fördern und neue Möglichkeiten zur Schaffung von Ausbildungsplätzen ausfindig zu machen. Diese Aktivitäten verbinden uns auch von der Materie her in ganz besonderer Weise mit unseren Mitgliedsfirmen und deren betriebstechnischen Problemen. Dabei haben wir festgestellt, daß der Ausbildungsberuf des Kaufmanns im Groß- und Außenhandel die Anforderungen unserer mittelständischen Unternehmen zwar weitestgehend abdeckt, in Spezialbereichen durch flankierende Ausbildungsgänge jedoch durchaus ergänzungsfähig wäre.

In der Öffentlichkeit sowie bei den Lehrstellensuchern scheint wenig bekannt zu sein, daß der Großhandel neben weiteren kaufmännischen Berufen auch die Ausbildung auf gewerblicher Ebene anbietet. Es handelt sich hierbei um den zweijährigen Ausbildungsberuf des Handelsfachpackers mit derzeit 290 Ausbildungsverhältnissen in Bayern.

Unser Landesverband versucht nun seit Jahren, über unsere Bundesorganisation in Bonn eine Neuordnung dieses Ausbildungsberufes mit einer dreijährigen Ausbildungszeit zu erreichen, was allerdings bisher an der starren Haltung der Gewerkschaften gescheitert ist. Dies erscheint um so unverständlicher, als die Zahl dieser Ausbildungsverhältnisse ganz erheblich gestiegen ist, was augenfällig das Interesse zeigt, das sowohl auf seiten der Schulabgänger wie auf seiten der Wirtschaft gegeben ist.

Wie stark sich der Wunsch des Großhandels in Bayern für den Ausbildungsberuf des Lageristen ausprägt und sich bei entsprechender Anerkennung einer dreijährigen Ausbildungszeit auch in Form angebotener

Ausbildungsplätze darstellen würde, dokumentiert eine Umfrage meines Landesverbandes nach der Zahl der **zusätzlich** anzubietenden Lageristen-Ausbildungsplätze. Unsere Befragung ergab ein zusätzliches Angebot für ca. 250 Lageristen-Arbeitsplätze, wobei dieses Ergebnis in Hochrechnung auch auf solche Betriebe, die wir nicht erreichten, durchaus noch steigerungsfähig wäre.

Verehrter Herr Minister, ich meine, diese Umfrage zeigt, wie stark auf seiten der Praxis der Wunsch nach einer gesonderten Ausbildung für Lager-Fachkräfte ist. Aufgrund dieser Tatsache darf ich Sie darum bitten, auch von seiten Ihres Hauses alle Möglichkeiten zu prüfen, um einer der Praxis gerechtfertigten Lösung zur Anerkennung zu verhelfen.

Ich bin der Auffassung, alle am Gesetzgebungsverfahren beteiligten Gruppen sollten sich in der den jugendlichen Schulabgängern zugute kommenden Zielsetzung zusammenfinden, einen von den jugendlichen Menschen akzeptierten und von der Wirtschaft als notwendig anerkannten Ausbildungsberuf nicht aus ideologischen Motiven abzublocken und auf diese Weise der Ausbildungsplatznot den denkbar schlechtesten Dienst zu erweisen.

Auf unserer Seite, und hier wissen wir uns mit anderen Bereichen der Wirtschaft einig, würde einer raschen Verwirklichung nichts im Wege stehen. Wir sind deshalb gern bereit, diese Thematik gemeinsam mit Ihnen weiter zu vertiefen und an der Schaffung eines entsprechenden Berufsbildes mitzuarbeiten. Für ein Gespräch, auch im größeren Kreise, stehen wir gern jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Konsul Senator Walter Braun

Die Exporte von Investitionsgütern haben 1982 bis einschließlich April erneut deutlich zugenommen. Bei Verbrauchsgütern bereitet dagegen der Importdruck den Herstellern weiterhin große Schwierigkeiten. Im Handel geht der reale Rückgang der Konsumentennachfrage in das zweite Jahr. Der Bau leidet im öffentlichen wie im privaten Bereich. Die Arbeitslosigkeit sei in jeder Hinsicht unerfreulich, sagte Braun, der warnte, gerade jetzt immer wieder neue Belastungen der Wirtschaft zu diskutieren.

Gegen Resignation

„Dennoch wehre ich mich gegen jede Resignation,“ sagte der Präsident. „In der gegenwärtigen Konsolidierungsphase der Gesamtwirtschaft liegt die Chance des Neuanfangs. Ob sie genutzt wird, hängt davon ab, wie weit in allen Gesellschaftsgruppen und bei der öffentlichen Hand die Zeichen für eine Neuorientierung verstanden werden: nämlich Sparen, Investieren und Leistung vor den Konsum, den Mut zum Risiko vor das Streben nach Absicherung zu setzen, neue Technik zu verwirklichen, statt sie noch und noch zu diskutieren.“

Industrie und Groß- und Außenhandel vor neuen gemeinsamen Aufgaben

„Angesichts der weltweiten Umstrukturierung der Märkte und der Veränderung der Handelsströme durch internationale Kaufkraftverlagerungen kommt gerade jetzt der Zusammenarbeit zwischen Industrie und Groß- und Außenhandel eine wachsende Bedeutung zu. In der Verstärkung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit sehe ich eine wesentliche Voraussetzung auch dafür, daß besser, rationeller und damit kostensparender beschafft und abgesetzt werden kann.“ Das erklärte der Präsident des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) und Vorstandsvorsitzende der Gutehoffnungshütte Aktienverein AG, **Dr. Manfred Lennings**, in einer Vortragsveranstaltung des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) in Bonn-Bad Godesberg.

Als überwiegend mittelständisch strukturierter Wirtschaftsbereich sei der Groß- und Außenhandel häufig weniger und schneller im Aufspüren neuer Marktchancen. Diesen Vorteil mache sich die Industrie verstärkt in partner-

schaftlicher Weise zunutze. Das gelte aber nicht nur für das Aufspüren von Marktlücken, sondern auch für die Nutzung des hochspezialisierten Verteilungsnetzes und des vielfach maßgeschneiderten Service-Angebots des Groß- und Außenhandels. In der Festigung alter und der Erschließung neuer Märkte könnten Industrie und Groß- und Außenhandel noch enger zusammenarbeiten, vor allem in den Außenwirtschaftsbeziehungen mit den Ländern der Dritten Welt.

Wenn auch der Welthandel nach wie vor von den Industrieländern bestritten werde, so laufe doch – im Zuge einer deutlichen Verschiebung der internationalen Handelsströme – der Trend auf eine stetige Verminderung dieses Anteils hin. Diese Entwicklung stelle Industrie- und Handel vor neue Aufgaben. Auf den neuen Exportmärkten, auf denen z. B. im Maschinenbau immer weniger die Lieferung von Komponenten, immer mehr aber das Angebot ganzer Systemlösungen erwartet werde, könnten gerade in der Zusammenarbeit mit dem Groß- und Außenhandel die Chancen gewaltig erhöht werden. Da die Industrie aufgrund des hohen Kostenniveaus häufig auf Zulieferungen aus dem Ausland angewiesen sei, komme auch auf diesem Gebiet der Handel verstärkt ins Spiel. In Zukunft werde der Handel mit industriellen Halb- und Fertigwaren verstärkt in den Vordergrund treten. Vor allem im Rahmen großer Anlagegeschäfte führe das zwangsläufig zu einer stärkeren Kooperation zwischen der Industrie und dem Groß- und Außenhandel. Ohne die Hilfe des Groß- und Außenhandels seien auch die Probleme der Kompensationsgeschäfte in den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen kaum zu bewältigen. Angesichts der weltweiten Zunahme dirigistischer und protektionistischer Maßnahmen ziehen – wie Dr. Lennings unterstrich – Industrie und Groß- und Außenhandel wirtschafts- und handelspolitisch an einem Strang.

Gewinne werden weit überschätzt

Aufschlußreiche Ergebnisse einer Befragung
von Waldemar Becker

Was wissen die berufstätigen Bürger der Bundesrepublik Deutschland über die Grundlage ihres wirtschaftlichen Daseins, was verstehen sie von wirtschaftlichen Zusammenhängen und Zwängen, welche Meinungen haben sie zur Arbeitszeitverkürzung, wie hoch schätzen sie die Unternehmensgewinne, wie erklären sie sich die Inflation? Fragen zur Bestandsaufnahme des wirtschaftlichen Basis-Wissens, die die Wirtschaftszeitung „aktiv“ (informedia-verlag) für alle Berufstätigen beantwortet haben wollte. Die „GETAS-Media- und Kommunikationsforschung“, Bremen, fragte im März 1982 repräsentativ 2301 Bundesbürger ab 14 Jahre, darunter 911 voll Beschäftigte.

Umsatzrendite falsch beurteilt

Nur vier Prozent der Berufstätigen schätzen die Umsatzrendite richtig – auf in der Regel weniger als fünf Prozent, 11 Prozent sehen sie zwischen fünf und zehn Prozent, 24 Prozent schätzen, daß von 100 Mark Umsatz zwischen 10 und 20 Mark an Gewinn sind, 22 Prozent rechnen mit 20 bis 30 Mark, 14 Prozent mit 30 bis 40 Mark, zehn Prozent mit 40 bis 50 Mark und sieben Prozent glauben sogar, daß mehr als die Hälfte vom Umsatz dem Unternehmen nach Abzug aller Kosten als Gewinn verbleibt.

Bei der Einschätzung des Gewinns zeigen Arbeiter, Angestellte und Beamte kaum Unterschiede: Am besten schätzen die Betroffenen selbst: Von den Selbständigen sehen 62 Prozent die Umsatzrendite unter 20 Prozent.

Eine breite Zustimmung in allen Gruppen der Berufstätigen findet die Notwendigkeit von Gewinnen für die

Sicherung der Arbeitsplätze (78 Prozent), für Investitionen (85 Prozent) und leistungsgerechte Löhne (75 Prozent). Hier zeigen sich jedoch stärkere Differenzierungen zwischen Arbeitern, Angestellten und Beamten:

	Angest.	Beamte	Arbeiter
Unternehmensgewinne sind notwendig			
– um die Arbeitsplätze zu sichern	80	85	72
– damit Investitionen bezahlt werden können	87	93	79
– damit das Unternehmen einen leistungsgerechten Lohn garantieren kann	74	78	74

Arbeitszeitverkürzung umstritten

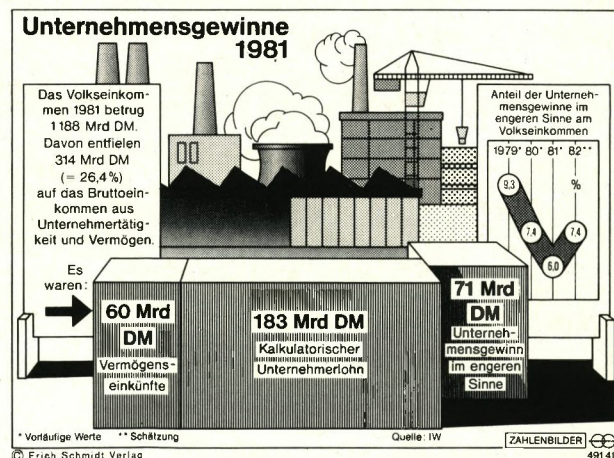
Das Thema Arbeitszeitverkürzung ist für die Arbeiter offenbar nicht so heiß, wie es gern gekocht wird. Nur gut die Hälfte (52 Prozent) der Arbeiter stimmen der Behauptung zu, „durch Arbeitszeitverkürzung entstehen neue Arbeitsplätze“. 45 Prozent erkennen, daß dadurch die Produktion teurer wird und stärker rationalisiert werden muß. Freilich: 61 Prozent der Beamten glauben, daß kürzere

Unternehmensgewinne

Um rund ein Sechstel schrumpften die Unternehmensgewinne nach Schätzungen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) im Jahre 1981. Mit 71 Mrd DM erreichten sie einen Anteil am Volkseinkommen von nur 6,0%. Auch das bedeutete gegenüber den Vorjahren eine deutliche Verschlechterung, denn 1980 entfielen noch 7,4%, 1979 sogar 9,3% des Volkseinkommens auf die „Unternehmensgewinne im engeren Sinne“.

In der Marktwirtschaft hat der Gewinn eine zentrale Bedeutung. Im Zusammenspiel mit dem Preismechanismus und einem funktionsfähigen Wettbewerb lenkt er die Güter- und Kapitalströme. Die erwirtschafteten und besonders die erwarteten Gewinne bestimmen, wieviel und wo investiert wird. In den tarifpolitischen Auseinandersetzungen sind die Gewinne eine wichtige Orientierungsgröße für die Umverteilungsvorstellungen der Gewerkschaften und ihre aktuellen Lohnforderungen.

Im Hinblick auf die niedrigen Tarifabschlüsse im ersten Halbjahr 1982 hält das IW einen neuerlichen Anstieg der Unternehmensgewinne auf 92 Mrd DM oder rund 7,4% des Volkseinkommens für wahrscheinlich.



LGA-Stenogramm Juni 1982

3.6.

Vorstandssitzung des Großhandelszentralverbandes für Spielwaren und Geschenkartikel, Frankfurt

4.6.

Bürgerschaftsausschuß der Kreditgarantiegemeinschaft für den Handel in Bayern

7.6.

Verhandlungen über den Manteltarif mit den Gewerkschaften

8.6.

Interne Arbeitssitzung des Bildungszentrums und der drei Verbände des Handels in Bayern

14.6.

Vorbereitende Besprechung mit Herrn Prof. Zacharias zur Einleitung der Arbeiten für die zweite Untersuchungsstufe Bildschirmtext im Großhandel

21.6.

Mitgliederversammlung des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels in Bad Godesberg und Empfang aus Anlaß des 65. Geburtstages des BGA-Präsidenten Konsul Hans Hartwig

23.6.

Sitzung und Mitgliederversammlung des Fachzweiges Schreib-, Papierwaren und Bürobedarf im LGA, Nürnberg

Sitzung des Berufsbildungsausschusses der VAB

Jahresdelegiertenversammlung des LBE in Regensburg

24.6.

Geschäftsführerkonferenz der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in München

24./25.6.

Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses der BGA in Wiesloch

Arbeitszeit mehr Arbeitsplätze bringt. Zugleich sehen aber auch 70 Prozent der befragten Beamten, daß der Staat zu viel Personal hat. Die Arbeiter und Angestellten lasten dem Staat gar zu 84 bzw. 87 Prozent zuviel Personal an.

Wenn es um die Frage geht, ob sich der Staat eher mehr oder eher weniger in die Wirtschaft einschalten soll, zeigen die Beamten eine beachtliche Zurückhaltung: Nur 29 Prozent meinen „eher mehr“, 47 Prozent „eher weniger“, 23 Prozent wollen das nicht beurteilen. Die Angestellten urteilen mit geringer Abweichung ähnlich wie die Beamten. 40 Prozent der Arbeiter aber möchten, daß der Staat sich mehr in die Wirtschaft einschaltet, 26 Prozent sagen „eher weniger“, 25 Prozent wollen dazu keine Meinung äußern.

Inflation unterschiedlich bewertet

Deutliche Unterschiede auch bei der Einschätzung der Inflationsursache: Der Aussage „... durch zu hohe Lohnsteigerungen“ stimmen 66 Prozent der Selbständigen, 60 Prozent der Beamten, 53 Prozent der Angestellten, aber nur 39 Prozent der Arbeiter zu.

Überraschend ist die Einstellung der Arbeiter und Angestellten zur Beteiligung am Unternehmen:

„Arbeitnehmer gleichermaßen an Gewinn wie auch an möglichen Verlusten beteiligen“ stimmen

	Angestellte	Arbeiter
eher zu	39	37
eher nicht zu	56	53

„Arbeitnehmer zusätzlich zu Lohn und Gehalt am Gewinn, aber nicht am Verlust beteiligen“ stimmen eher zu

	Angestellte	Arbeiter
eher zu	57	49
eher nicht zu		

„Der Unternehmer soll das Risiko für Gewinn und Verlust allein tragen“

	Angestellte	Arbeiter
stimmen	50	53
eher zu	43	37
eher nicht zu		

Information verbesserungsbedürftig

Im Schnitt ist das Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge bei den Bundesbürgern nicht so schlecht wie gemeinhin angenommen.

Es könnte vor allem bei den Arbeitern besser sein, wenn mehr verständliche Informationen angeboten würden. Äußerungen von Politikern und Journalisten zu Wirtschaftsthemen sind nämlich immerhin für die Hälfte der Berufstätigen nur „ab und zu verständlich“. Wenn Politiker und Journalisten sich in Zukunft verständlicher ausdrückten, würden sich 42 Prozent der Arbeiter, 52 Prozent der Beamten und 39 Prozent der Angestellten mehr für wirtschaftliche Themen interessieren.

Wettbewerbsrecht

Verkauf unter Einkaufspreis untersagt

Das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr als Landeskartellbehörde hat die 1980 neu in das Kartellgesetz eingeführte Vorschrift des § 37 a Abs. 3 GWB (Untersagung der unbilligen Behinderung von kleinen und mittleren Unternehmen durch Unternehmen mit relativer Marktstärke) erstmals ausgelotet und einem Münchner Einzelhandels-Unternehmen untersagt „kleine und mittlere Wettbewerber dadurch unbillig zu behindern, daß es Waren aus den Warengruppen alkoholfreie Getränke, Bier, Speisefette, Nahrungsmittel, Kaffee/Kakao, Schokolade, Spirituosen/Sekt und Waschmittel unter oder zum jeweils geltenden Einkaufspreis zuzüglich Umsatzsteuer anbietet oder verkauft“.

Hierzu wurde folgende Presseerklärung veröffentlicht: Das Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr als Landeskartellbehörde hat nunmehr – wie bereits Ende letzten Jahres angekündigt – einem der größten Einzelhandelsunternehmen im Münchner Norden förmlich untersagt, bestimmte Waren weiterhin unter oder zum Einkaufspreis zuzüglich Mehrwertsteuer zu verkaufen. Das Unternehmen hatte seit Eröffnung seines SB-Warenhauses im letzten Herbst zahlreiche Waren ständig oder immer wieder unter Einkaufspreis verkauft und war trotz Abmahnung nicht bereit, diese Preisgestaltung aufzugeben.

Marktmächtige Unternehmen behindern kleinere Wettbewerber unbillig und verstoßen gegen das Kartellrecht, wenn sie Waren auf längere Dauer mit Verlust verkaufen. Mit Verlust verkauft ein Unternehmen jedenfalls dann, wenn es nicht mehr als seinen Einkaufspreis zuzüglich Mehrwertsteuer verlangt, weil es damit seine Kosten für Verkaufsräume, Personal usw. nicht abdeckt. Eine derartige Preisge-

staltung bei besonders signifikanten Waren lockt die Verbraucher von normal kalkulierenden Wettbewerbern weg und veranlaßt andere marktmächtige Unternehmen zu gleichen Aktionen. Kleinere Unternehmen, die sich dies nicht leisten können, werden dadurch in ihrer Existenz bedroht.

Billigpreise unter der Kostengrenze des verkaufenden Unternehmens bringen dem Verbraucher nur scheinbare Vorteile, da auf die Dauer kein Unternehmen Waren (teilweise) verschenken kann. Als „Lockvögel“ unter der Kostengrenze werden immer nur ganz bestimmte Waren angeboten. Es sind dies Waren des täglichen Bedarfs oder bekannte Markenwaren, deren Preise der Verbraucher in der Regel kennt und vergleichen kann. Andere Waren, die gleichzeitig mit „Lockvögeln“ gekauft werden, sind dagegen erheblich teurer kalkuliert. Außerdem können die marktstarken Großunternehmen davon ausgehen, ihre Preise allgemein deutlich anheben zu können, wenn sie erst mit Hilfe ihrer „Lockvogel“-Angebote ihre mittelständische Konkurrenz vom Markt verdrängt haben.

Mit der Untersagungsverfügung unterbindet die Landeskartellbehörde nur bestimmte strukturschädliche Auswüchse des Wettbewerbs, nicht aber einen wirksamen und sogar scharfen Preiswettbewerb. Im Gegenteil sichert sie damit scharfen Preiswettbewerb auf Dauer und in allen Sortimentsbereichen. Je mehr mittelständische Handelsunternehmen am Markt bleiben, desto härter bleibt der Preiswettbewerb. Werden Rationalisierungsvorteile und Finanzkraft nicht nur zur Subventionierung einzelner Waren eingesetzt, kann das Preisniveau für das gesamte Sortiment gesenkt werden. Da die Untersagungsverfügung gerade auf den leistungsgerechten Einsatz von Kostenvorteilen abzieht und die Einkaufspreise der einzelnen Handelsunternehmen – leistungsbedingt – unterschiedlich hoch sind, führt die Verfügung auch nicht zu einer Preisvereinheitlichung.

Die Untersagungsverfügung steht im Zusammenhang mit anderen, nicht auf München beschränkten Untersuchungen leistungswidriger Preisgestaltung herausragender Handelsunternehmen durch die Landeskartellbehörde. Grundlage dieser Untersuchungen ist der 1980 auch auf Initiative des Freistaats Bayern neu ins Kartellgesetz eingefügte § 37a Abs. 3 GWB. Daß die erste Untersagungsverfügung gegen das im Münchner Norden tätige Großunternehmen erging, beruht darauf, daß die Preisgestaltung dieses Unternehmens nach den Feststellungen der Landeskartellbehörde in besonders massiver Weise gegen die Grundsätze des Leistungswettbewerbs verstößt und besonders gravierende wettbewerbsschädliche Auswirkungen hat.

Steuerfragen

Investitionszulage zur Förderung der Beschäftigung

Wir hatten in der Kurzinformation Nr. 6/82 bereits darauf hingewiesen, daß das Beschäftigungsförderungsgesetz erlassen worden ist, in dessen Rahmen eine neue 10%ige Mehrinvestitionszulage für Investitionen in der Zeit vom 1.1.1982 bis 31.12.1982 gewährt werden. Gesetzliche Grundlage ist der neu in das Investitionszulagengesetz eingefügte § 4b, dessen Einzelheiten wir Ihnen wie folgt zusammenfassen:

Anspruchsberechtigt sind grundsätzlich alle Steuerpflichtigen im Sinne des Einkommensteuer- und des Körperschaftsteuergesetzes, soweit sie betriebliche Investitionen im Inland vornehmen, also Landwirte, Gewerbetreibende und Freiberufler. Bei Personengesellschaften ist die Per-

sonengesellschaft anspruchsberechtigt. Unerheblich ist, ob der einzelne Steuerpflichtige Steuern zu zahlen hat und in welcher Weise er seinen Gewinn ermittelt.

Begünstigt sind die Anschaffung und die Herstellung von abnutzbaren Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens sowie bestimmte betriebliche Baumaßnahmen. Die Gewährung der Investitionszulage wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß das Wirtschaftsgut im Ausland hergestellt worden ist.

Nicht begünstigt sind Investitionen im Privatvermögen; das gilt auch dann, wenn die Wirtschaftsgüter von einem Dritten betrieblich genutzt werden. Außerdem sind insbesondere gebrauchte Wirtschaftsgüter, Wohngebäude, Seeschiffe, geringwertige Wirtschaftsgüter im Sinne des § 6 Abs. 2 EStG, zu mehr als 10 v. H. privat genutzte Wirtschaftsgüter sowie die Anschaffung von Gebäuden von der Investitionszulage ausgeschlossen.

Für geringwertige Wirtschaftsgüter wird eine Investitionszulage auch dann nicht gewährt, wenn die Bewertungsfreiheit nicht in Anspruch genommen wird.

Voraussetzung für die Gewährung der Investitionszulage für bewegliche Wirtschaftsgüter ist, daß der Steuerpflichtige sie in der Zeit vom 1. Januar 1982 bis zum 31. Dezember 1982 bestellt bzw. daß er in diesem Zeitraum mit ihrer Herstellung beginnt. Außerdem müssen diese Wirtschaftsgüter bis zum 31. Dezember 1983 geliefert bzw. bis zu diesem Zeitpunkt fertiggestellt werden. Unbewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, insbesondere also Gebäude, sind begünstigt, wenn mit ihrer Herstellung in der Zeit vom 1. Januar 1982 bis zum 31. Dezember 1982 begonnen wird und diese Wirtschaftsgüter bis zum 31. Dezember 1984 fertiggestellt werden. Als Beginn der Herstellung gilt bei Baumaßnahmen, zu deren Durchführung eine Baugenehmigung erforderlich ist, der Zeitpunkt, in dem der Antrag auf Baugenehmigung gestellt wird.

Werden begünstigte Wirtschaftsgüter nach Ablauf der genannten Fristen geliefert oder fertiggestellt oder begünstigte nachträgliche Herstellungsarbeiten nach Ablauf dieser Fristen beendet, so sind die gesamten für diese Wirtschaftsgüter aufgewendeten Anschaffungs- oder Herstellungskosten und die gesamten für die nachträglichen Herstellungsarbeiten aufgewendeten Herstellungskosten, also auch die vor Ablauf der oben genannten Fristen aufgewendeten Anzahlungen auf Anschaffungskosten und Teilerstellungskosten, nicht begünstigt.

Die Investitionszulage wird nur für diejenigen begünstigten Investitionen gewährt, die das durchschnittliche Investitionsvolumen des Unternehmens in den drei letzten vor dem 1. Januar 1982 abgelaufenen Wirtschaftsjahren (**Vergleichsvolumen**) übersteigen. Damit soll erreicht werden, daß zusätzliche Investitionen zur Schaffung neuer und zur Sicherung vorhandener Arbeitsplätze begünstigt werden. Bemessungsgrundlage ist der positive Unterschiedsbetrag zwischen dem Begünstigungsvolumen und dem Vergleichsvolumen. Die Investitionszulage beträgt 10 v. H. der Bemessungsgrundlage.

Zum **Begünstigungsvolumen** gehören die Anschaffungs- oder Herstellungskosten, die für begünstigte Investitionen im jeweiligen Wirtschaftsjahr aufgewendet worden sind; außerdem können geleistete Anzahlungen auf Anschaffungskosten und Teilerstellungskosten in das Begünstigungsvolumen einbezogen werden.

Bei der Ermittlung des Vergleichsvolumens werden die Investitionen berücksichtigt, die in den drei letzten vor dem 1. Januar 1982 abgelaufenen Wirtschaftsjahren in dem Betrieb getätigt worden sind.

Dabei sind Anschaffungs- und Herstellungskosten von Wirtschaftsgütern, die ihrer Art nach bei der Ermittlung des Begünstigungsvolumens nicht berücksichtigt werden können, auszuscheiden. Das gleiche gilt für nachträgliche Herstellungsarbeiten an solchen Wirtschaftsgütern. Ausgesondert werden müssen somit insbesondere Wirtschaftsgüter, die in einem Jahr des Vergleichszeitraums zu mehr als 10 v. H. zu außerbetrieblichen Zwecken genutzt worden sind, unbewegliche Anlagegüter, insbesondere Gebäude, die nicht hergestellt, sondern angeschafft worden sind, Gebäude und Gebäudeteile, die Wohnzwecken dienen, Seeschiffe, geringwertige Wirtschaftsgüter, bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die nicht als neue Wirtschaftsgüter anzusehen sind.

Die Summe der Investitionskosten wird im Regelfall durch die Zahl 3 geteilt.

Beispiel:

Anschaffungs- und Herstellungskosten

im Jahr 1979	=	120.000 DM
im Jahr 1980	=	180.000 DM
im Jahr 1981	=	30.000 DM
Investitionsvolumen insgesamt		330.000 DM : 3 =
Vergleichsvolumen		<u>110.000 DM</u>

Ist ein Betrieb im Jahre 1980 gegründet worden, so ist die Summe der in den Jahren 1980 und 1981 entstandenen Anschaffungs- und Herstellungskosten durch die Zahl 2 zu teilen. Ist ein Betrieb erst im Jahr 1981 gegründet worden, so entspricht das Investitionsvolumen dieses Jahres dem Vergleichsvolumen. Wird ein neuer, bisher nicht bestehender Betrieb erst nach dem 31. Dezember 1981 gegründet, so hat der neue Betrieb kein Vergleichsvolumen. In diesem Falle ist das Begünstigungsvolumen mit der Bemessungsgrundlage identisch.

Die Investitionszulage zur Förderung der Beschäftigung wird wie alle übrigen Investitionszulagen auf **Antrag** gewährt. Der Antrag ist auf dem **amtlich vorgeschriebenen Vordruck** zu stellen. Die Vordrucke werden Ende des Jahres 1982 bei den Finanzämtern erhältlich sein. Zuständig für die Annahme des Antrags und die Gewährung der Investitionszulage ist grundsätzlich das für die Besteuerung nach dem Einkommen, bei Personengesellschaften das für die gesonderte Feststellung der Einkünfte **zuständige Finanzamt**. Der Antrag auf Gewährung der Investitionszulage ist **spätestens**

bis zum **30. September des Kalenderjahres** zu stellen, das auf das Ende des Wirtschaftsjahres der begünstigten Investitionen folgt. Für die begünstigten Investitionen des Kalenderjahres 1982 ist die Investitionszulage somit in der Zeit vom 1. Januar bis zum 30. September 1983 zu beantragen.

Das Finanzamt wird die Investitionszulage durch schriftlichen **Bescheid festsetzen** und sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Bescheids auszahlen.

Wir weisen ferner darauf hin, daß das Bundesfinanzministerium ein umfangreiches Einführungsschreiben im Bundessteuerblatt Teil I Nr. 12 vom 18. Juni 1982, Seite 569 ff, veröffentlicht hat. Das Einführungsschreiben eignet sich zur Klärung konkreter Einzel- und Zweifelsfälle. Sie können diese Nummer des Bundessteuerblattes als Einzelnummer beim Verlag Wilhelm Stollfuß, Dechenstr. 7-11, Postfach 287, 5300 Bonn 1, zum Preis von DM 3,- plus Porto bestellen. Auch wir stehen Ihnen zur Klärung von Einzelfragen gerne zur Verfügung.

Berufsausbildung und -förderung

Änderung der Ausbilder-Eignungsverordnung (AEVO)

Nachdem der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft dem Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung den Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Ausbilder-Eignungsverordnung gewerbliche Wirtschaft zur Anhörung zugeleitet hatte, hat dieser am 11. Juni d.J. dem Entwurf der Änderungsverordnung gegen die Stimmen der Gewerkschaftsseite zugestimmt. Damit wird erreicht, daß sich Ausbilder, die vor dem 31.12.1984 zusammenhängend mindestens fünf Jahre oder seit dem 1.9.1964 insgesamt sechs Jahre ohne Beanstandungen ausgebildet haben, von der Ausbilderprüfung auf Dauer befreien lassen können. Dieser Personenkreis wird somit denjenigen Ausbildern gleichgestellt, die in den Jahren vor 1974 ihre Befähigung zum Ausbilden ebenfalls nur durch praktische Ausbildungstätigkeit nachzuweisen brauchten.

Eine von den Arbeitgebern beantragte Verlängerung der Übergangsfrist in § 8 Abs. 2 AEVO ist nicht beabsichtigt, da auch bei den Bundesländern Bedenken gegen die Aufnahme einer neuen Besitzstandsklausel bestehen.

Bayerische Bierkrüge

...ein beliebtes Werbegeschenk,

direkt vom Hersteller ...

Franz Herb o.H.G. Bierglasveredelung

Werk und Büro:

8039 Puchheim · Gewerbegebiet · Benzstr. 24
Telefon 089/802093 · Telex 528025

6% weniger Volksschüler

Die Schülerzahl der Volksschulen in Bayern liegt im Schuljahr 1981/82 mit insgesamt 891429 Schülern um 57114 bzw. 6,0% unter dem Stand des Vorjahres. Sie hat damit nach Angaben des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung den tiefsten Stand seit mehr als 20 Jahren erreicht.

Gleichzeitig stieg jedoch die Zahl der hauptamtlichen bzw. hauptberuflichen Lehrkräfte weiter an, und zwar um 0,6% auf 42564. Außerdem unterrichten im laufenden Schuljahr 2359 (Vorjahr 4159) in Ausbildung befindliche Lehrkräfte mit Unterrichtsauftrag. Unterstützt wird die Tätigkeit der Volksschullehrer durch 1258 (Vorjahr 1213) pädagogische Assistenten.

Die durchschnittliche Klassenstärke, die noch vor vier Jahren mehr als 30 betrug, ist im Schuljahr 1981/82 auf 25,7 gesunken. Die Zahl der Klassen mit mehr als 30 Schülern ging um rund ein Drittel auf 4852 zurück. Nur zwei von 34649 Klassen in Bayern haben noch mehr als 40 Schüler.

Erstmals weniger Schüler an Berufsschulen

Erstmals wieder rückläufig ist die Zahl der Berufsschüler in Bayern. Insgesamt besuchen im Schuljahr 1981/82 379470 Schüler, das sind 1,6% weniger als im Vorjahr, eine der 195 Berufsschulen (darunter 13 private), wie das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung mitteilt. Von den Schülern standen 27947 (darunter 24840 Mädchen) in einer Ausbildung als Verkäufer, 20507 (darunter 99 Mädchen) als Kraftfahrzeugmechaniker, 15583 (darunter 13314 Mädchen) als Bürokaufmann und 12102 (darunter 11608 Mädchen) als Friseur. Die übrigen Berufe hatten jeweils weniger als 12000 Schüler zu verzeichnen. Der Anteil der weiblichen Schüler an der Gesamtschülerzahl liegt mit 40,3% nur knapp unter dem Wert des Vorjahres (40,5%).

Die durchschnittliche Klassenstärke ist gegenüber dem Schuljahr 1980/81 von 26,1 auf 25,8 Schüler wiederum gesunken, während sich gleichzeitig die Zahl der hauptamtlichen und hauptberuflichen Lehrer an Berufsschulen um 2,0% (Vorjahr 3%, 1979/80 4,2%) erhöhte.

Verbandsnachrichten

Otto Taffel erneut Fachzweig-Vorsitzender des Papier-, Schreibwaren- und Bürobedarfs-Großhandels

Nach anfänglichen Terminproblemen kam am 23. Juni 1982 doch noch eine gut besuchte Mitgliederversammlung der Schreib-, Papierwaren- und Bürobedarfsgrößhändler im LGA zustande. Eine umfangreiche Tagesordnung enthielt viele Informationen und reichlich Diskussionsstoff bis in den frühen Nachmittag hinein.

Einmütig stellten die anwesenden Unternehmer fest, daß wachsende Probleme auf dem Markt, verursacht durch schärfere Wettbewerbsbedingungen, überwiegend mit anderen Vertriebswegen, durch die Einstellung vieler Kunden noch verstärkt werde. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hat dazu geführt, daß Marktentwicklungen sich jeglicher Vorhersehbarkeit und

vorausschauender Berechenbarkeit entziehen. Die Tatsache, daß dies sich vor dem Hintergrund sich ständig erweiternder Zusatzleistungen für den Kundenservice abspielt, zwingt zu Grundsatzüberlegungen aller beteiligten Marktpartner. Es kann keinesfalls dabei bleiben, daß eine Entwicklung stagnierender Umsätze bei steigenden Kosten sich selbst überlassen wird. Als eine aus der Gemeinschaft erwachsende Maßnahme wurde erkannt, für den Berufsstand und die Fachgruppe eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, mit dem Ziel, die Notwendigkeit des Großhandels gegenüber den Abnehmern wie gegenüber den Lieferanten mit wachsendem Nachdruck zu verdeutlichen.

Der Fachzweigvorsitzende, Herr **Otto Taffel**, München, ebenso wie sein Stellvertreter, Herr **Michael Volkenstein**, Würzburg, wurden für ein weiteres Jahr einstimmig wiedergewählt. Der anwesende Bundesvorsitzende, Herr **Erich Drexler**, dankte beiden Herren für ihre verdienstvolle, jahrelange Arbeit zum Wohle der Mitglieder in der bayerischen Fachgruppe.

Der Fachvorsitzende, Herr **Otto Taffel**, München, ebenso wie sein Stellvertreter, Herr **Michael Volkenstein**, Würzburg, wurden für ein weiteres Jahr einstimmig wiedergewählt. Der anwesende Bundesvorsitzende, Herr **Erich Drexler**, dankte beiden Herren für ihre verdienstvolle, jahrelange Arbeit zum Wohle der Mitglieder in der bayerischen Fachgruppe.

ELTEC '82 – ein Bekenntnis zum funktionsechten Großhandel

Am 1. Juli 1982 wurde die ELTEC 1982 mit der dritten internationalen Elektromaschinenbauer-Fachtagung in München eröffnet. An dieser Messe ist neben der Elektroindustrie auch der Elektro-Fachgroßhandel namhaft und wesentlich beteiligt. Der Vorsitzende des Fachbeirates der ELTEC, Herr **Hans Probst**, Inhaber unserer Mitgliedsfirma Heberlein & Probst, München, war neben Staatsminister Anton Jaumann einer der Redner in der Eröffnungsfeier. Seine Ausführungen fanden viel Beachtung und Interesse, weshalb wir nachstehend einen Auszug aus seiner Rede wiedergeben. Ganz besonders hervorzuheben ist dabei die Tatsache, daß Staatsminister Jaumann in seinem Hauptreferat die Aufgaben des Elektro-Großhandels nachdrücklich hervorhob und seine Leistungen als eine Voraussetzung für die Sicherung vernünftiger Preise, einer ausreichenden Versorgung und krisenfester Absatzwege bezeichnete.

Hans Probst führte u. a. aus:

„Es hat sich als richtig erwiesen, diese Elektrofachschauen, die inzwischen in Dortmund, Ludwigshafen-Wiesbaden, München-Nürnberg, Stuttgart und Berlin fest etabliert sind, bundesweit auszurichten, um dem Informationsbedarf der Anwender in der Elektrotechnik weitgehendst gerecht zu werden.“

Die Industrie unterstützt auch weiterhin den Trend zu Fachveranstaltungen auf hohem Niveau unter Berücksichtigung der speziellen Vertriebswege und besonderer Vertriebsstrukturen.

Fachschauen sind daher zugleich ein Bekenntnis zum funktionsechten, flächendeckenden und flexiblen Vertriebsweg Elektrofachgroßhandel, der durch Bündelung der Aufträge die Produkte rationell an den Verwender vor Ort liefert.

Der Elektrofachgroßhandel hat im letzten Jahrzehnt seine wichtige Rolle für das reibungslose Funktionieren innerhalb der Elektrowirtschaft unter Beweis gestellt. Es hat sich ebenfalls klar herauskristallisiert, daß der Elektrofachgroßhandel für die herstellende Elektroindustrie den billigsten

Vertriebsweg und für den Elektroverarbeiter die kostengünstigste Einkaufsmöglichkeit darstellt.

Durch das Umsetzen von Waren allein ist die Aufgabe des Fachgroßhandels jedoch nicht erfüllt. Eine weitere und wesentliche Aufgabe im Marketingbereich ist es, die Neuentwicklungen der Elektroindustrie in den Markt zu tragen und den Kunden zu beraten. Gutes und immer wieder neu geschultes Fachpersonal ist die Voraussetzung, um diese Aufgaben erfüllen zu können.

Die gegenwärtige Marktsituation erfordert vom Fachgroßhandel besonderen Einsatz bei der von der Elektroindustrie ausgehenden Innovation für hochwertige Installationen bei Altbaumodernisierung, bei Energieeinsparung, bei Einführung der Elektronik, für Sicherheit und zukunftsorientierte Technologie. Der dadurch entstehende hohe Informationsbedarf bei den Anwendern im Elektrohandwerk, im Einzelhandel, in der verarbeitenden Industrie und bei den Beratern muß gedeckt werden. Und es wäre begrüßenswert, wenn vor allem die Lehrlinge und der Fachkräftenachwuchs in diesen Prozeß der Fortbildung mit einbezogen würden.



Hans Probst während seiner Ansprache

Deshalb setzte sich der Landesverband Bayern des Elektrofachgroßhandels intensiv für das Entstehen der ELTEC ein und arbeitet wirksam an deren Weiterentwicklung mit.“

Staatsminister **Anton Jaumann** hob hervor, daß die mit über 400 Ausstellern und einer belegten Ausstellungsfläche von etwa 20.000 qm heuer zum 4. Mal stattfindende ELTEC sich zu einer vielbeachteten und anerkannten Informationsquelle für die Fachwelt entwickelt hat. „Das Ausstellungskonzept, das der Landesinnungsverband für das bayerische Elektrohandwerk zusammen mit dem Zentralverband der elektronischen Industrie und dem Verband der bayerischen Elektro-Großhändler erarbeitet hat, hat sich bewährt. Die diesjährige ELTEC ist, was die Zahl der Aussteller und die Ausstellungsfläche anbelangt, die größte ihrer Art bisher.“

Marktwirtschaft kein unverwüstlicher Leistungsautomat

Im Zusammenhang mit unserer derzeitigen wirtschaftlichen Situation kritisierte der Minister die Folgen einer Politik, die allzu lange geglaubt hat, auf die Lebensvoraussetzungen der Wirtschaft und die Existenzbedingungen von ökonomischer und technischer Leistung kaum Rücksicht nehmen zu müssen. „Allzu lange wurde so getan, als seien

Wirtschaft und Marktwirtschaft unverwüstliche Leistungsautomaten, die man ohne Wartung und Pflege und trotz teilweise falscher Bedienung schier unbegrenzt und immer mehr beanspruchen könne. Was wir brauchen, das ist ein kalkulierbarer, langfristig angelegter Kurs zugunsten breiter unternehmerischer Handlungsspielräume und zugunsten eines sozialen und ökonomischen Umfelds, in dem man vernünftig und konkurrenzfähig wirtschaften kann und in dem sich Eigeninitiative und privates Engagement wieder lohnen. Im Klartext: Wir brauchen mehr Markt und weniger Staat. Wir brauchen eine klare Absage an überzogenen Staatsverbrauch und forciertes staatliches Umverteilen. Worauf es ankommt, das sind klare rahmenpolitische Prioritäten zugunsten von Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum.“

Ohne Großhandel keine Marktstabilität

Zur Situation auf dem Elektromarkt und zur Position des Großhandels sagte der Minister: „Eine erst vor wenigen Jahren durchgeführte Untersuchung hat u.a. ergeben, daß viele Betriebe des Elektrohandwerks unter Einrechnung der kalkulatorischen Kosten mit Verlust arbeiten. Die Lösung dieser Schwachstellen kann nicht im Preis liegen. Hier sind ohnehin die Grenzen der Konkurrenzfähigkeit erreicht.“ Als einen wesentlichen Faktor für die Marktstabilität wertete der Minister die Tätigkeit des Großhandels: „Der Elektro-Großhandel zählt in Bayern zu den wachstumsstarken Branchen. Die Zahl seiner Unternehmen ist zwischen 1970 und 1980 gestiegen, während im Großhandel insgesamt ein Rückgang zu verzeichnen war. Auch die Großhandelsumsätze sind in Bayern bis 1980 überproportional gewachsen. Sie weisen den Elektro-Großhandel als leistungsfähigen, krisensicheren Wirtschaftszweig aus. Dennoch bekam auch der Elektro-Großhandel die konjunkturelle Flaute zu spüren und mußte jetzt einen empfindlichen Absatzeinbruch hinnehmen.“

Im Zusammenhang mit den Initiativen unseres Landesverbandes bei der Untersuchung der Voraussetzungen für den Einsatz von Bildschirmtext im Großhandel verdienen noch folgende Anmerkungen des Ministers besondere Beachtung:

„Ein Thema, dem das zunehmende Interesse der Elektro- und Elektronikbranche gilt, sind die Kommunikationstechnologien. Ihre Bedeutung für die mittelständische Wirtschaft ist handgreiflich. Am aktuellsten und interessantesten – vor allem auch für das Elektrohandwerk – dürften dabei die Medien „Kabelfernsehen“ und „Bildschirmtext“ sein. Diese neuen entstehenden Informationsmöglichkeiten sollen insbesondere auch den mittleren und kleinen Unternehmen einen leichteren Zugriff zu Informationsquellen und Datenbanken ermöglichen. Sie können erhebliche Vorteile im allgemeinen Geschäftsverkehr mit Lieferanten, Kunden und Banken bringen.“

Die ELTEC '83 wird im traditionellen Wechsel in Nürnberg stattfinden.

Schon heute notieren:

Verbandstag
Mittwoch, 29.6.1983

in der Meistersingerhalle Nürnberg

Konjunktur und Marktentwicklung

Preisindizes der Lebenshaltung in Bayern

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Bayern ist von Mitte April bis Mitte Mai um 0,7% auf 129,9% (1976 = 100) gestiegen. Gegenüber Mai 1981 ergab sich eine Zunahme von 5,4%. Im April 1982 lag die jährliche Teuerungsrate bei 5,1%. Nach Ausschaltung der Saisonwaren aus dem Gesamtindex errechnet sich für Mai 1982 im Vergleich zum Vormonat eine Zunahme von 0,5% und zum Mai 1981 eine Indexerhöhung von 5,3%.

Im einzelnen kam es von April bis Mai in der Indexhauptgruppe „Elektrizität, Gas und Brennstoffe“ zu einem überdurchschnittlichen Preisanstieg von 2,1%, wobei sich hier die Kosten für extra leichtes Heizöl um 5,7% erhöhten. Die Preise bei den Nahrungs- und Genußmitteln stiegen gegenüber dem Vormonat um durchschnittlich 0,9%; hiervorteuerten sich vor allem saisonabhängige Lebensmittel, wie Kartoffeln (+ 39,3%), Frischobst (+ 8,0%) und Frischgemüse (+ 2,8%). Für die sonstigen Nahrungsmittel ergab sich ein Preisanstieg von 0,2%. Die Waren und Dienstleistungen für Verkehrszwecke und Nachrichtenübermittlung sowie die Wohnungsmieten wiesen durchschnittliche Verteuerungen von jeweils 0,6% auf. In der Hauptgruppe „Kleidung und Schuhe“ zogen die Preise um 0,5% an. Zu Preisheraufsetzungen von 0,4% kam es bei der persönlichen Ausstattung und den sonstigen Waren und Dienstleistungen.

Der Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen lag im Mai 1982 um 0,6% höher als im April 1982; im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat zeigte sich eine Verteuerung von 5,2%.

Der Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen stieg gegenüber April 1982 um 0,6% und gegenüber Mai 1981 um 5,2%.

Beim Preisindex für die Lebenshaltung von 2-Personen-Haushalten von Renten- und Sozialhilfeempfängern errechnete sich ein monatlicher Anstieg von 0,8%, wobei die jährliche Verteuerungsrate bei 5,8% lag.

Außenhandel

Export Bayerns im März fast 6 Milliarden DM

Rekordergebnis der Ausfuhr im 1. Vierteljahr 1982: 15 Milliarden DM

Die Ausfuhr Bayerns erreichte nach Mitteilung des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung im März 1982 einen Wert von insgesamt 6000 Millionen DM und lag damit um 1091 Millionen DM oder 22,2% über dem Ergebnis des Vormonats. Gegenüber März 1981 hat der Exporterlös Bayerns um 1279 Millionen DM oder 27,1% zugenommen.

An Gütern der gewerblichen Wirtschaft führte Bayern im Berichtsmonat Waren im Gesamtwert von 5421 Millionen DM aus, das sind um 29,1% mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. An der Spitze der Fertigwarexporte, auf die insgesamt 5009 Millionen DM entfielen, standen Kraftfahrzeuge (1227 Mill. DM), Maschinen (991 Mill. DM), elektro-

technische Erzeugnisse (910 Mill. DM) sowie Bekleidung (153 Mill. DM). Die Ausfuhr von Halbwaren, namentlich von Reyon (Kunstseide) und synthetischen Fäden (95 Mill. DM) sowie von Kraftstoffen, Schmierölen und Erdgas (52 Mill. DM), erscheint mit einem Gesamtwert von 335 Mill. DM in der Außenhandelsbilanz. Für die Ausfuhr von Rohstoffen, vor allem von Zellwolle, synthetischen Fasern und Abfällen von Chemiefasern (29 Mill. DM), erzielte Bayern einen Erlös von insgesamt 78 Millionen DM.

Erzeugnisse der Ernährungswirtschaft exportierte Bayern im März 1982 im Werte von insgesamt 578 Millionen DM, womit das März-Ergebnis 1981 um 57 Millionen DM oder 10,9% übertroffen wurde. Eine besondere Bedeutung kam dabei dem Export von Lebensmitteln tierischen Ursprungs zu (337 Mill. DM), in erster Linie den Lieferungen von Käse (119 Mill. DM), von Fleisch und Fleischwaren (103 Mill. DM) sowie von Milch (85 Mill. DM). Bei der Ausfuhr von Lebensmitteln pflanzlichen Ursprungs im Gesamtwert von 102 Millionen DM zählten Zucker (41 Mill. DM), Weizen (19 Mill. DM) sowie Gemüse-, Obstkonserven, Fruchtsäfte und dgl. (8 Mill. DM) zu den wichtigsten Exportgütern. Für die Ausfuhr von Genußmitteln erzielte Bayern auf dem Weltmarkt insgesamt 93 Millionen DM und für den Export von lebenden Tieren, hauptsächlich von Rindern (44 Mill. DM), 48 Millionen DM.

Im ersten Vierteljahr 1982 belief sich der Gesamtwert des bayerischen Exports auf rund 15 164 Millionen DM. Dies bedeutet gegenüber dem ersten Quartal 1981 eine Steigerung um 2 720 Millionen DM oder 21,9%.

Einfuhr Bayerns im 1. Quartal 1982 nominal um 9 % höher

Im März 1982 hat Bayern nach Mitteilung des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung Waren im Werte von insgesamt 4 954 Millionen DM importiert, das sind um 606 Millionen DM oder 13,9% mehr als im Vormonat. Gegenüber März 1981 errechnet sich eine Steigerung um 376 Millionen DM oder 8,2%.

Die Einfuhr von Gütern der gewerblichen Wirtschaft stand im Berichtsmonat mit insgesamt 4 600 Millionen DM zu Buche und übertraf damit das März-Ergebnis des Vorjahres um 377 Millionen DM oder 8,9%. Besonderes Interesse galt wieder den Importen von Fertigwaren, auf die allein 2 928 Millionen DM entfielen. Hervorzuheben sind dabei im einzelnen elektrotechnische Erzeugnisse (568 Mill. DM), Maschinen (408 Mill. DM), Bekleidung (305 Mill. DM), Luftfahrzeuge (194 Mill. DM) sowie Kraftfahrzeuge (117 Mill. DM). Für den Import von Rohstoffen, überwiegend von Erdöl (802 Mill. DM), wurde Bayern insgesamt mit 933 Millionen DM belastet. Die Bezüge von Halbwaren, insbesondere von Kraftstoffen, Schmierölen und Erdgas (481 Mill. DM), erscheinen mit insgesamt 738 Millionen DM in der Außenhandelsbilanz.

Die Einfuhr von Erzeugnissen der Ernährungswirtschaft lag im März 1982 mit einem Gesamtwert von 354 Millionen DM um rund 1 Million DM oder 0,3% knapp unter dem März-Ergebnis 1981. Abgeschwächt hat sich das Importgeschäft vor allem bei Genußmitteln, nämlich um insgesamt 16,1%. Die Einfuhr von Lebensmitteln pflanzlichen Ursprungs ist insgesamt um 4,2% zurückgegangen, wobei die Abnahme in erster Linie aus einer Schrumpfung der Bezüge von Südfrüchten (– 20 Mill. DM) sowie von Gemüse und sonstigen Küchengewächsen (– 10 Mill. DM) resultierte. Der Import von Lebensmitteln tierischen Ursprungs hat sich dagegen um 21,6% spürbar erhöht. Expandiert haben hier namentlich die Bezüge von Käse, von Fleisch und Fleischwaren (je

+4 Mill. DM) sowie von Dürmen (+3 Mill. DM). Der Import von lebenden Tieren hat sich insgesamt um 0,5 Millionen DM oder 10,6% ausgeweitet.

Im ersten Vierteljahr 1982 belief sich der Gesamtwert der von Bayern eingeführten Güter auf 13571 Millionen DM. Dies entspricht einer Zunahme gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 1116 Millionen DM oder 9%.

Gute und schlechte Schuldner

Die Länder-Risiken schnellen für die internationale Bankenwelt in die Höhe.

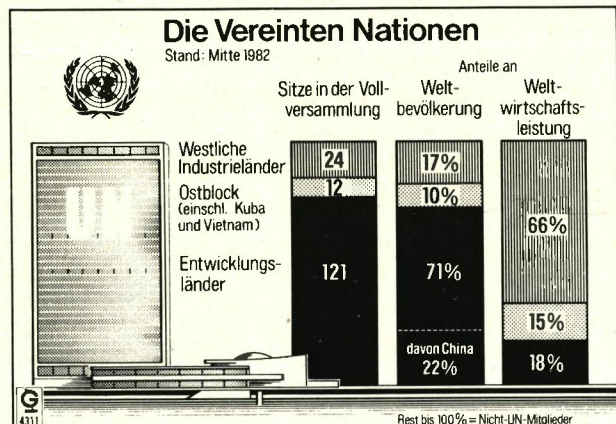
Polen kann derzeit seine Schulden – immerhin rund 27 Mrd. Dollar gegenüber dem Westen – nicht mehr bedienen, Rumänien ist „schwach“ bei Kasse, ebenso Jugoslawien; hinzu kommen immer mehr Entwicklungsländer und „Schwellenländer“ wie etwa die südamerikanischen Staaten. So jetzt zum Beispiel Argentinien und Mexiko, denen

Stimmstarke Entwicklungsländer

In der UN-Vollversammlung hat jedes Land – ob groß oder klein, reich oder arm – eine Stimme. Nur die Sowjetunion hat drei, denn ihre Teilrepubliken Ukraine und Weißrußland zählen ebenfalls als UN-Mitglieder (eine Konzession an die Sowjets aus der Gründungszeit der UN). Trotzdem hat der Ostblock in der Vollversammlung nur ein geringes Gewicht. Selbst zusammen mit Kuba und Vietnam kommt er nur auf zwölf Stimmen.

Die größte Gruppe in der UN-Vollversammlung bilden die Entwicklungsländer. Sie nehmen mit 121 Sitzen 77 Prozent aller UN-Sitze ein. Das ist noch mehr, als ihrem Anteil an der Weltbevölkerung (71 Prozent) entspricht, und liegt an der großen Zahl bevölkerungsarmer Länder der Dritten Welt. So haben 33 Entwicklungsländer jeweils weniger als eine Million Einwohner. Auf der anderen Seite stehen freilich hinter dem UN-Vertreter des Entwicklungslandes China eine Milliarde Chinesen.

Anders als in der UN-Vollversammlung ist die Gewichtung in der Kasse der Vereinten Nationen. Da sich die Höhe der Mitgliedsbeiträge an der Wirtschaftskraft orientiert, sind die westlichen Industrieländer die Hauptfinanziers der Vereinten Nationen; ihr Beitrag übersteigt noch den Anteil von 66 Prozent, den die westlichen Industrieländer an der Weltwirtschaftsleistung haben.



der Schuldenberg über den Kopf gewachsen ist. Die US-Finanzzeitschrift „Institutional Investor“ veröffentlichte eine interessante Tabelle über die Bonität der Länder:

Die 10 besten Schuldner:

Land	Punkte
USA	98,3
Schweiz	96,2
Japan	95,7
Deutschland	94,7
Kanada	93,1
Australien	90,4
Großbritannien	89,0
Norwegen	88,4
Niederlande	88,4
Frankreich	87,8

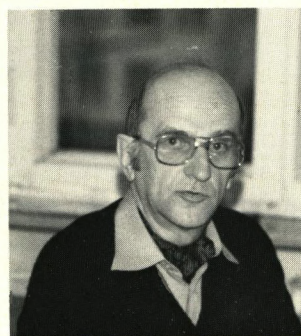
Die 10 schlechtesten Schuldner:

Land	Punkte
Iran	13,2
Grenada	12,9
Sierra Leone	12,6
Äthiopien	10,2
Sudan	10,2
El Salvador	10,1
Nicaragua	9,0
Zaire	6,6
Nordkorea	5,1
Uganda	5,0

Personalien

Wir betrauern

Manfred Paxmann



Mit Erschütterung und Trauer haben wir Abschied genommen von **Manfred Paxmann**, Prokurist unserer Mitgliedsfirma Sahlberg, Gummi, Kunststoffe und Technische Artikel, in Feldkirchen b. München. Manfred Paxmann gehörte seit vielen Jahren als verdienstvolles Mitglied dem Berufsbildungsausschuß unseres Landesverbandes an, dem er mit seinem reichen Erfahrungsschatz und seiner praktischen Erfahrung zur richtigen Urteilsfindung beitrug. Er war uns allen ein Freund, zuverlässig und mit der besonderen Gabe, mit Menschen umgehen zu können, ausgestattet. Er wird uns bei unserer Arbeit fehlen.

Wir gratulieren

BGA-Präsident Hans Hartwig 65 Jahre

Konsul **Hans Hartwig**, Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), vollendete am 14. Juni 1982 sein 65. Lebensjahr.



Der mittelständische Unternehmer **Hans Hartwig** ist Inhaber der Baustoff- und Brennstoff-Großhandelsfirma Fritz Hartwig, Dortmund, und Geschäftsführender Gesellschafter der Straßen- und Tiefbau-Firma Kern & Co. KG sowie der Firma Moderne Heizungs- und Lüftungstechnik GmbH, Dortmund. Als ehrenamtlicher Sprecher des deutschen Groß- und Außenhandels gehört er zu denjenigen Unternehmern, die ihre betriebliche Aufgabe in der Sozialen Marktwirtschaft zugleich als politische Verpflichtung und als gesellschaftlichen Auftrag begreifen.

Unternehmer sein heißt – so Hartwig kürzlich –, auch unter schwierigen Bedingungen einen Weg nach vorn zu suchen. Er ist ein engagierter Anwalt marktwirtschaftlicher Prinzipien und ein entschiedener Verfechter eines weltoffenen Außenhandels und einer liberalen Handelspolitik. Er setzt sich für wieder weniger Staat und mehr Eigeninitiative und Selbstverantwortung und entschlosseneren Widerstand gegen protektionistische Gefahren und wachsende Politisierungstendenzen im Welthandel ein. Auf Dauer kann nach seiner Ansicht die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Rolle des Unternehmers nur dann gesichert werden, wenn sich die Unternehmer selber vor allem verbandspolitisch engagieren.

Der Jubilar wurde 1960 in das Präsidium, 1963 zum 1. Vizepräsidenten und 1977 zum Präsidenten des BGA, der Spitzenorganisation von 11 Landesverbänden und über 70 Bundesfachverbänden des deutschen Groß- und Außenhandels gewählt. Seit 1967 ist er Konsul der Niederlande. Die Industrie- und Handelskammer zu Dortmund wählte ihn 1982 zu ihrem Ehrenpräsidenten, nachdem er von 1963 bis 1969 und von 1973 bis 1979 Kammerpräsident gewesen war. Hans Hartwig ist stellvertretender Vorsitzender des Gemeinschaftsausschusses der Deutschen gewerblichen Wirtschaft. Er ist Mitglied des Vorstandes des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Präsidiums der Deut-

schen Gruppe der Internationalen Handelskammer. Er gehört dem Außenwirtschaftsbeirat beim Bundesminister für Wirtschaft, dem Vorstand des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft sowie dem Verwaltungsrat der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Deutschen Bundesbahn an. Der Bund Deutscher Baustoffhändler, den Hans Hartwig von 1963 bis 1976 präsidierte, wählte ihn zum Ehrenpräsidenten.

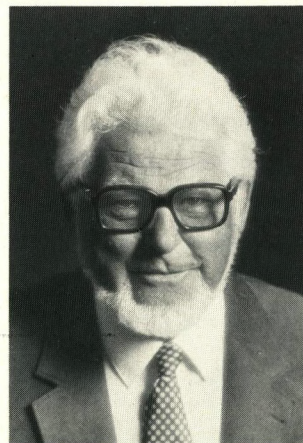
Sein ganz besonderes Engagement gilt der beruflichen Förderung junger Menschen in der Aus- und Weiterbildung sowie der Fortbildung der betrieblichen Mitarbeiter des Groß- und Außenhandels, für die er vor allem als Vorsitzender des Großhandelsschulungsheims Goslar neue Bildungschancen eröffnete.

Hans Hartwig wurde mit dem Großen Verdienstorden des Verdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland, dem Commandeurkreuz des Ordens von Oranien Nassau und dem Ehrenring der Stadt Dortmund ausgezeichnet.

Der Jubilar, der sich in seinem betrieblichen, verbandlichen und gesellschaftspolitischen Engagement stets durch kaufmännische Nüchternheit und unternehmerischen Wirklichkeitssinn ausgezeichnet und als ein Mann des vernünftigen Ausgleichs, der solidarischen Zusammenarbeit und einer humanen und sozialen Gesinnung erwiesen hat, ist kein Freund großer Worte. Er ist ein Mann des zupackenden Einsatzes. Aktivieren ist ihm wichtiger als repräsentieren. Mit Umsicht und Mut stellt er sich den praktischen Herausforderungen, wann und wo er gebraucht und sein persönliches Engagement erwartet wird.

Präsidialmitglied Rudolf Schmidt – 60 Jahre alt

Sein sechzigstes Wiegenfest konnte am 22. Juli unser Vorstandsmitglied Rudolf Schmidt, Generalbevollmächtigter unserer Mitgliedsfirma Wilhelm Kehr GmbH & Co. KG, Fachgroßhandel für Platten, Beschläge und Möbel in Augsburg, feiern.



Seine Wiege stand in Schrobenhausen, das Gymnasium besuchte er in Augsburg, das er mit dem Abitur abschloß. Es folgte von 1939–1945 der Kriegsdienst als Gebirgsjäger und Pionier. Nach 1945 schloß sich das Studium der Betriebswirtschaft und der Jurisprudenz an. 1948 erwarb er das Diplom an der Universität München. Seine berufliche Tätigkeit nahm Rudolf Schmidt zunächst als Steuerberater und vereidigter Buchprüfer auf, 1951 erfolgte der Eintritt in die Firma Kehr als Mitglied der Geschäftsleitung. Unter seiner

Regie entstanden 1961 der erste Neubau der Firma in Göggingen, 1966 der zweite Neubau und die Erweiterung der Firma, die heute ca. 80 Mitarbeiter beschäftigt. Herr Wilhelm Kehr zog sich mehr und mehr aus der Firma zurück, 1963 wurde dann nach seinem Tode Herr Schmidt mit der Generalvollmacht ausgestattet und ist seitdem alleiniger Chef der Firma Wilhelm Kehr KG.

Rudolf Schmidt hat in unserem Landesverband verschiedene Ehrenämter inne. So gehört er dem Steuerausschuß seit 1955 an, seit 10 Jahren als dessen Vorsitzender. Von 1964 bis 1968 bekleidete er das Amt des Rechnungsprüfers, seit 1972 ist er darüber hinaus Mitglied des Sozialpolitischen Ausschusses. Als Nachfolger von Erwin Scheuerle wurde er Tarifausschußvorsitzender, seit 1977 gehört er ebenfalls dem Präsidium unseres Landesverbandes an.

Aber nicht nur unser Landesverband ist Rudolf Schmidt zu großem Dank für seine Aktivitäten verpflichtet, darüber hinaus stellt er seine Arbeitskraft im besonderen Maße auch für die Industrie- und Handelskammer Augsburg zur Verfügung. 1953 trat er in den volkswirtschaftlichen Arbeitskreis der IHK ein, das Amt des Vorsitzenden bekleidete er in diesem Arbeitskreis von 1958–1959. Dem Steuerausschuß der IHK gehört Rudolf Schmidt als hochkarätiger Fachmann seit 1954 an. Als Vollversammlungsmitglied steht er der Kammer ebenfalls zur Verfügung. Seit 1967/1968 zählt er zu dem Beratungsausschuß Wiso (Gründung Uni Augsburg f. Wirtschafts- und Sozialwissenschaften), seit 1969 dem Bauausschuß für die IHK und das Bildungszentrum Augsburg, dem er auch als Kuratoriumsmitglied angehört. Seit 1972 füllt er das Amt des Vorsitzenden des Vergleichsausschusses aus, seit 1980 stellt er seine Arbeitskraft darüber hinaus dem Ausschuß der Region Augsburg zur Verfügung.

Sein Fachverband profitiert von Rudolf Schmidts Fachwissen im Ausschuß Fertigteile. 10 Jahre lang war Rudolf Schmidt als Sozialrichter beim Sozialgericht Augsburg tätig, seit 1980 steht er mit seinem Rat als Handelsrichter beim Landgericht Augsburg zur Verfügung.

Seine großen Fachkenntnisse kommen als vereidigter Sachverständiger für „Sperrholz, Spanplatten, Faserplatten, Furniere, Türen- und Fensterelemente“ zum Tragen.

Trotz seiner vielen Ämter, die einen großen Teil seiner Zeit und seiner Arbeitskraft beanspruchen, pflegt Rudolf Schmidt einige Hobbies, wovon Segeln und das Sammeln von Ostasien hier zunächst genannt seien. Ein etwas ungewöhnliches Hobby ist seine Begeisterung für das Ballonfahren und zwar sowohl als Pilot als auch als Ausbilder. 1976 organisierte Rudolf Schmidt die Weltmeisterschaft in Gasballonfahren in Augsburg, die erstmals in der Geschichte der Ballonfahrt veranstaltet wurde. Als Ballonsportreferent beim Luftsportverband Bayern ist Rudolf Schmidt ein gefragter Gesprächspartner. Nicht zuletzt genannt werden soll sein Interesse an vergleichender Religionswissenschaft.

Unser Landesverband wünscht dem Jubilar zu seinem Ehrentag alles Gute. Wir hoffen, daß uns Rudolf Schmidt noch viele Jahre mit seinem immensen Wissen in unserer Arbeit unterstützen wird. Hier bleibt uns zunächst nur unseren herzlichen Dank abzustatten.

Helmut Hartmann Bundesvorsitzender

Auf der Mitgliederversammlung des Bundesverbandes des Deutschen Papier-Großhandels wurde unser zweiter Vizepräsident, Helmut Hartmann, Firma Hartmann & Mittler GmbH, Feinpapier-Großhandlung in Augsburg, einstimmig als Nachfolger von Dr. Max Krückeberg für zwei Jahre zum Bundesvorsitzenden gewählt.

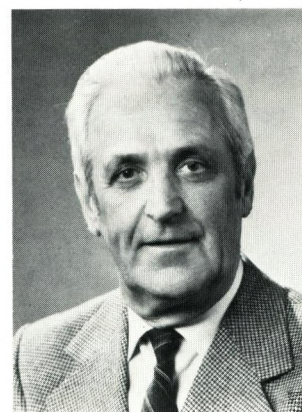
Helmut Hartmann gehört dem Vorstand unseres Landesverbandes seit 1966 an. Außerdem bekleidete Helmut Hartmann lange Jahre das Amt des Vorsitzenden des Fachzweigs „Papier und Pappe“.



Wir dürfen Helmut Hartmann an dieser Stelle sehr herzlich gratulieren und ihm für seinen unermüdlichen Einsatz im Sinne seiner Branche und des gesamten Großhandels an dieser Stelle herzlich danken.

Albert Neher im Ruhestand

Nach 46-jähriger Betriebszugehörigkeit ging der Verkaufsleiter und Prokurist, Herr **Albert Neher**, der Firma **Albert Schaller**, Elektro-Radio-Fernseh-Großhandlung, Kempten am 1. April 1982 in den wohlverdienten Ruhestand.



Von 1936–1939 absolvierte er im dortigen Unternehmen seine kaufmännische Ausbildung. Nach Kriegsende und Rückkehr aus der Gefangenschaft setzte sich Herr Neher mit seiner ganzen Arbeitskraft und Energie für den Wiederaufbau der Firma Schaller ein. Unter seiner Leitung war er maßgeblich am Ausbau der Rundfunk- und Fernseh-Abteilung beteiligt, wobei er sich bei Kunden und Lieferanten größter Wertschätzung erfreute. 1958 wurde Herrn Neher für diesen Bereich Handlungsvollmacht erteilt.

Aufgrund seiner langen Erfahrung und seines großen Fachwissens wurde ihm 1969 die gesamte Verkaufsleitung des Betriebes übertragen.

Neben der betrieblichen Tätigkeit war Herr Neher bis zu seinem Ausscheiden mehrere Jahre als Prüfer bei den Kaufmannsgehilfenprüfungen der Industrie- und Handelskammer Augsburg tätig. Noch viele glückliche Jahre.

Buchbesprechungen

DIETZ/RICHARDI **BETRIEBSVERFASSUNGSGESETZ**

BAND 1: §§ 1–73 mit Wahlordnung

Kommentar von Dr. Reinhard Richardi, o. Professor an der Universität Regensburg

6., völlig neubearbeitete Auflage 1981

des von Dr. Dr. h.c. Rolf Dietz [†], weil. o. Professor an der Universität München begründeten Kommentars

XXVII, 944 Seiten gr. 8°. In Leinen DM 88,—

(Mit Abnahmeverpflichtung für Band 2)

Für die 6. Auflage wurde der Kommentar völlig neu bearbeitet. Seit der Voraufgabe sind mehrere Jahre vergangen, in denen es der Rechtsprechung und Wissenschaft gelungen ist, zahlreiche Streit- und Zweifelsfragen, die das Betriebsverfassungsgesetz aufwirft, zu klären. Dennoch hat das Organisationsrecht der Betriebsverfassung noch nicht den Stand erreicht, wie er uns im Gesellschaftsrecht begegnet; die Mitbestimmungsordnung der Betriebsverfassung steht weiterhin in einem gewissen Spannungsverhältnis zum übrigen Recht.

Wegen des nicht unerheblich zugenommenen Umfangs erscheint der Kommentar in zwei Bänden. Der nunmehr vorliegende Band 1 enthält insbesondere die Erläuterungen der organisationsrechtlichen Bestimmungen (§§ 1–73) sowie der Wahlordnung. Der Inhalt ist deshalb vor allem für die zur Zeit stattfindenden Betriebsratswahlen von ganz besonderer Bedeutung.

Auf die Neuauflage dieses Standardwerkes kann niemand verzichten, der neutral, unabhängig und erschöpfend über die Probleme des Betriebsverfassungsrechts Auskunft haben will. Er wendet sich daher vor allem an Arbeitgeber und Personalleiter, aber auch an Gerichte, Rechtsanwälte und Behörden.

BULLA/BUCHNER **MUTTERSCHUTZGESETZ**

Kommentar

Begründet von Dr. Gustav Adolf Bulla, weiland Professor an der Universität Freiburg, fortgeführt von Dr. Herbert Buchner, o. Professor an der Universität Augsburg

5., neubearbeitete Auflage. 1981.

XXIII, 746 Seiten gr. 8°. In Leinen DM 128,—

Die Einführung des Mutterschaftsurlaubs im Jahre 1979 machte eine Neuauflage dieses Standardkommentars zum Mutterschutzgesetz notwendig. Der Schwerpunkt der Änderungen bei der 5. Auflage liegt deshalb auch bei den Vorschriften über die Voraussetzungen und Rechtswirkungen des Mutterschaftsurlaubs.

Der Autor hat jedoch die Gelegenheit einer Neuauflage benutzt, um weitere Teile auch der anderen Erläuterungen neu zu fassen und diese nicht nur auf den neuesten Stand von Wissenschaft und Rechtsprechung zu bringen, sondern dem Benutzer auch leichter zugänglich zu machen.

Die Neuauflage wurde insbesondere erweitert um die Berücksichtigung der sozialversicherungsrechtlichen Regelungen sowie der Zuständigkeits- und Vollzugsvorschriften der Länder, um die Kommentierung insoweit zu vervollständigen und abzusichern.

Der Kommentar ist nicht nur für alle Arbeitsgerichte und Verbände, sondern auch für alle Personalabteilungen der Wirtschaftsunternehmen und Behörden von zentraler Bedeutung für die Beantwortung mutterschutzrechtlicher Fragen.

Das Recht der Staatshaftung

von Oberregierungsrat Karl-Heinz Boos und
Ministerialrat Hans Haarmann

Schriftenreihe „Recht und Praxis“

Format DIN A 5 – 228 Seiten – Best.-Nr. 443221 – DM 42,—
STOLLFUSS VERLAG BONN

Das am 1.1.1982 in Kraft getretene StHG bringt in wichtigen Teilbereichen der staatlichen Haftung wesentliche Neuerungen und hat daher gerade auch für die rechts- und steuerberatenden Berufe und ihre Mandanten eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Das „Recht der Staatshaftung“ stellt das neue Staatshaftungsrecht unter besonderer Berücksichtigung der Belange der rechts- und steuerberatenden Berufe in verständlicher Form dar. Auf die Erörterung rein dogmatischer Probleme wird bewußt verzichtet. Auch die für Abgabenangelegenheiten eingeführten Sonderregelungen, die wegen der gegenüber anderen Verwaltungen besonderen Verhältnisse der Finanzverwaltung eine Risikobegrenzung für die Haftungsrisiken der Zinsaufwendungen, Zinsverluste und der Aufwendungen zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung und Rechtsverteidigung enthalten, werden eingehend erläutert.

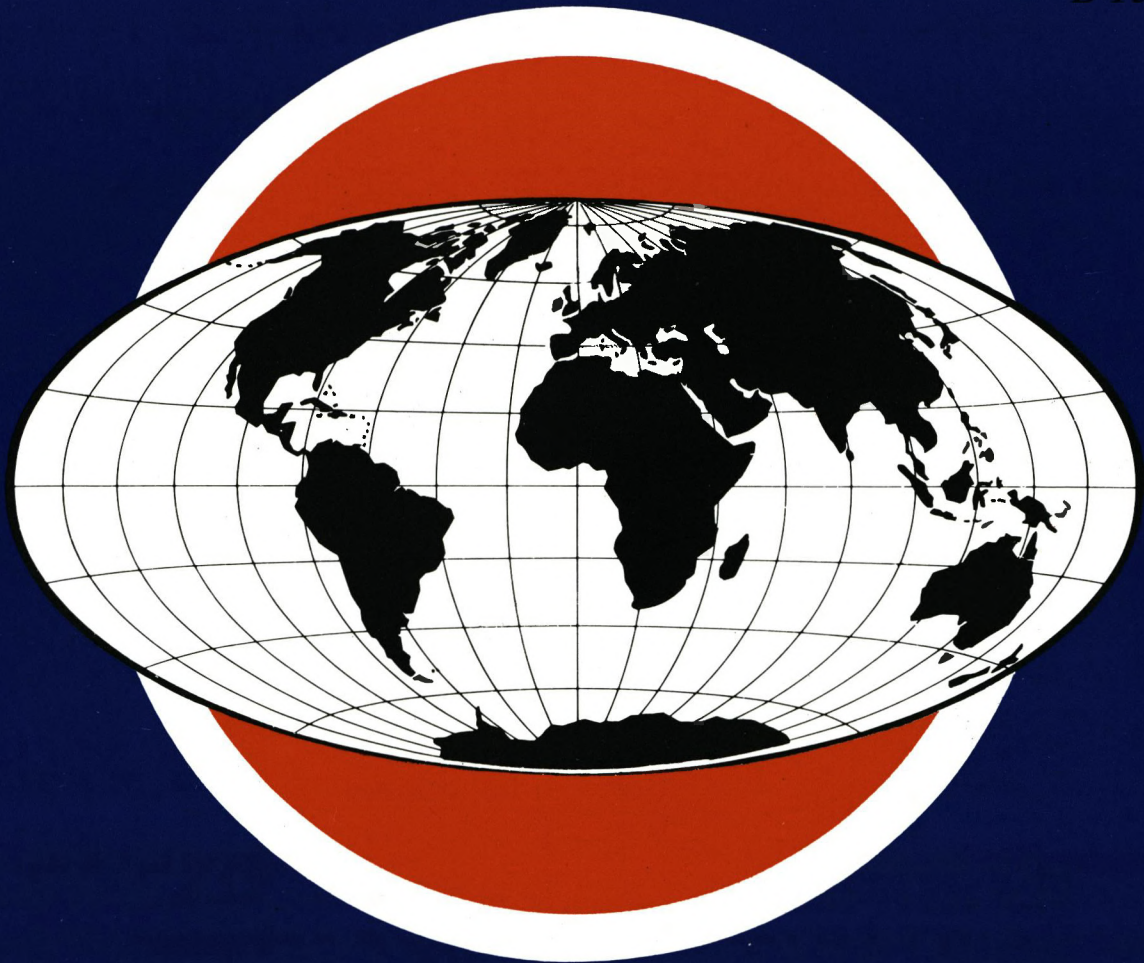
Wertordnung oder Wirtschaftstechnik – Soziale Marktwirtschaft als geistig-moralische Ordnung

Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland und ihre Repräsentanten sind in den letzten Jahren in zunehmendem Maße ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Viele Jugendliche und Intellektuelle reden einer Wirtschafts- und Technologiefeindlichkeit das Wort, und verschiedene pluralistische Gruppen empfehlen dirigistische Maßnahmen als probates Mittel gegen die wirtschaftliche Depression.

Diese Lage bildet den Ausgangspunkt des im März 1982 erschienenen Buches „Wertordnung oder Wirtschaftstechnik – Soziale Marktwirtschaft als geistig-moralische Ordnung“ von Dr. Kurt Abel. Der Autor unternimmt den Versuch, die Voraussetzungen der Sozialen Marktwirtschaft darzulegen und weist nach, daß unsere Wirtschaftsordnung mehr ist als eine reine Wirtschaftstechnik. Ausgehend von einer Analyse der volkswirtschaftlichen Organisationsformen gibt er eine detaillierte Wertung des marktwirtschaftlichen Systems. Im Mittelpunkt der Darlegungen steht die Einbindung dieses Wirtschaftssystems in die geistig-moralische Ordnung unserer Gesellschaft.

Der Autor kommt zu dem Ergebnis, daß die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik ohne Rückbesinnung auf die überlieferten Werte gesellschaftlichen Zusammenlebens keine Zukunftschance hat. Kernpunkt einer solchen Wende müßte nach seiner Auffassung die Abkehr von dem bisher praktizierten exzentrischen Egoismus der Personen und gesellschaftlichen Gruppen sein und die Hinwendung zu mehr Bürger- und Gemeinschaftsinn. Die Veröffentlichung wendet sich gleichermaßen an die Kritiker und die Verfechter der Sozialen Marktwirtschaft.

Das Buch „Wertordnung oder Wirtschaftstechnik – Soziale Marktwirtschaft als geistig-moralische Ordnung“ hat einen Umfang von 241 Seiten und ist zum Preis von DM 18,— über die Druckerei Bakeberg & Löhner, Moltkestraße 30, 3200 Hildesheim, Telefon (051 21) 5 70 28 erhältlich.



Groß + Außenhandel Drehscheibe der Wirtschaft



LGA
nachrichten

Offizielles Organ des Landesverbandes
des Bayerischen Groß- und Außenhandels
(Unternehmer- und Arbeitgeberverband) eV

37. Jahrgang · München
Aug./Sept. 1982 · Nr. 8/9/1982

Das aktuelle Thema	3	Zukunftserwartungen und Zukunftsaussichten für die berufliche Entwicklung der Jugend
Arbeitgeberfragen	5 6 7 10	Braun widerspricht DGB – Unsere Wirtschaft ist überfordert Grunderwerbsteuerbefreiung: „Primäreffekt“ weggefallen Energiekrise und Wirtschaftswachstum – kein Widerspruch ENERGIE-BERATUNG – ein wirkungsvoller Beitrag zur Kostensenkung im Großhandel
Sozialversicherung	11	Die Netto-Rentenformel
Arbeitsgerichtliche Entscheidungen	12 13 14	Neue Rechtsprechung zum Urlaubsrecht Lohnfortzahlung bei mehrfacher Arbeitsunfähigkeit Kündigung älterer Arbeitnehmer und Erstattungspflicht gegenüber dem Arbeitsamt Kündigungsmöglichkeit bei zahlreichen Lohnpfändungen
Außenhandel	14	Reise einer BGA-Delegation nach Jugoslawien
	15	Ministerpräsident Strauß stimmt einer Intervention von Präsident Braun zu
Berufsausbildung und -förderung	15	Start in den Beruf
Personalien	16	
Buchbesprechungen	19	

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:

Dipl.-Kfm. Sattel (Wirtschafts-, Tarif- und Sozialpolitik, Außenhandel, Betriebswirtschaft) · Dipl.-Kfm. Sauter (Wettbewerbsrecht, Steuern, Kreditwesen, Verkehr) · Dipl.-Volksw. Deutsch (Berufsbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsnachrichten, Personalien) · RA Frankenberger (Tarif-, Sozial- und Arbeitsrecht) · RA Waimann (Arbeitsrecht) · RA Wiedemann (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel) · RA Köppel (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel).

Erscheint einmal im Monat. Verleger: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München, Ottostraße 7. Alleiniger Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels eV, München 2, Ottostraße 7, Telefon 55 77 01/02. Verantwortlich für Herausgabe: Werner Sattel, 8011 Kirchseeon, Alpenstraße 16. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenteil: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, München 2, Ottostraße 7. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Druck: typobierl, 8000 München 40, Riesenfeldstraße 56, Telefon 3 59 60 66 - 68.

Das aktuelle Thema

Zukunftserwartungen und Zukunftsaussichten für die berufliche Entwicklung der Jugend

Auf dem Wirtschaftstag des Wirtschaftsbeirats der CSU hielt der Präsident unseres Verbandes Konsul Senator **Walter Braun** am 12. Juni 1982 in München ein vielbeachtetes Referat zum Thema „Ausbildungs- und Berufschancen unserer Jugend in Industrie, Handel und sonstigen Dienstleistungsbereichen“, das wir an dieser Stelle nur unwesentlich gekürzt wiedergeben:

Im Mittelpunkt des heutigen Wirtschaftstages steht eine Thematik, deren Bedeutung für die Kontinuität der gesellschaftlichen Entwicklung in unserem Lande nicht hoch genug eingeschätzt werden kann: Die **Zukunftserwartungen** und die **Zukunftsaussichten** für die berufliche Entwicklung der Jugend.

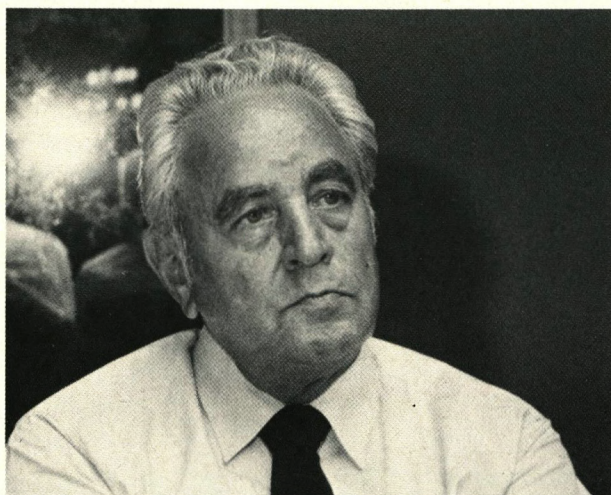
Um es aus der Sicht der Praxis heraus auf einen einfachen Nenner zu bringen: Die Berufschancen unserer Jugend stehen und fallen mit den Gewinnchancen der privaten Unternehmen. Dies gilt auch für den gesamten öffentlichen Bereich, denn auch er kann nur expandieren, wenn steigende Steuereinnahmen die finanzielle Basis dafür schaffen.

Nur gute Gewinnchancen fördern bei den Unternehmen die Investitionsbereitschaft; die Investitionen aber bestimmen das Wachstumstempo einer Volkswirtschaft. Sie sind die unerläßliche Voraussetzung für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Heute kostet die Einrichtung eines Arbeitsplatzes in der Industrie durchschnittlich 200.000 DM. Bei rund 2 Millionen Erwerbstätigen, die während der kommenden Jahre einen Arbeitsplatz suchen, ergibt sich somit, wollte man sie alle in der Industrie unterbringen, rein rechnerisch ein zusätzlicher Kapitalbedarf für Investitionen in Höhe von 400 Milliarden DM – ein Betrag, der die Gesamthöhe der derzeitigen jährlichen Anlageinvestitionen unserer Volkswirtschaft noch übersteigt. Kritische Zuhörer, vor allen Dingen aus der jungen Generation, werden an dieser Stelle vermutlich einwenden, daß durch die Investitionen der Wirtschaft in den meisten Fällen gar keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden, sondern daß es sich dabei im Gegenteil um Rationalisierungsinvestitionen handle, die die Einsparung von Arbeitskräften zum Ziele haben. Ich kenne diese Argumentation und darf sie deswegen gleich aufgreifen: In der Momentaufnahme haben diese Kritiker zweifellos recht: Der Rationalisierung des Produktionsprozesses fällt, das ist der Sinn der Sache, ein bestimmter Anteil der Arbeitsplätze eines Unternehmens zum Opfer.

Der weitaus größere Teil der Arbeitsplätze des Gesamtunternehmens jedoch wird eben durch diese Rationalisierungsmaßnahmen erhalten und gesichert, weil die vorgenommenen Investitionen den Kostendruck mindern und somit die Ertragskraft des Unternehmens stärken. Rationalisierungsinvestitionen sind deshalb die unentbehrliche Voraussetzung für die Erzielung höherer Gewinne, aus denen dann in einem zweiten Schritt Investitionen für die Einführung neuer Produkte finanziert werden können. Erst durch solche Investitionen ergibt sich die Möglichkeit für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze. Der zweite Schritt setzt aber den ersten voraus, deshalb sind Investitionen der Wirtschaft in ihrer Gesamtheit, unabhängig davon, ob es sich um Rationalisierungs- oder Erweiterungsinvestitionen

handelt, der Schlüssel für die Lösung unserer Arbeitsmarktp Probleme. Weil die Höhe der unternehmerischen Investitionen vom Gewinn und insbesondere auch von den Gewinnerwartungen abhängt, müssen alle Überlegungen zur Lösung der Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt vorrangig an diesem Punkte einsetzen.

Im engen Zusammenhang damit steht die Schrumpfung des Eigenkapitalanteils in den Betrieben von rund 36 Prozent der Bilanzsumme in den 60er Jahren auf nur noch 20 Prozent im Jahre 1981.



Drei Faktoren sehe ich, die hier vorrangig eine Änderung bewirken können: Maßnahmen zur steuerlichen Entlastung der Firmen; zweitens: Die Verbesserung der unternehmerischen Rahmenbedingungen und drittens: Vor allen Dingen eine anhaltend maßvolle Lohnpolitik.

Die jährlichen Lohnsteigerungsraten müssen solange hinter der Rate des Produktivitätszuwachses zurückbleiben, bis wir auf dem Arbeitsmarkt wieder ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage haben.

Lohnbeschränkung Akt der Solidarität

Jeder angehende Volkswirt lernt schon im ersten Semester, daß der Preis einer angebotenen Leistung bei fehlender Nachfrage zurückgeht; in der Lohnpolitik aber sind die Strukturen seit Jahrzehnten so einseitig auf Wachstum festgelegt, daß schon das bloße Nachdenken über eine längere Pause bei den Lohnerhöhungen in weiten Kreisen als Provokation aufgefaßt wird. Die Verantwortlichen unter uns möchte ich jedoch hiermit ausdrücklich zu einem harten Kurs in Fragen der Lohnpolitik ermutigen, sich sehr darin einen loyalen Akt der Solidarität gegenüber denen, die keine Arbeit haben.

Welche Chancen bieten sich aber nun für die jungen Menschen in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen und Berufsgruppen?

Von 1974 bis 1981 hat die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe um 760.000 Menschen abgenommen, während in der gleichen Zeit die Zahl der Beschäftigten in den Dienstleistungsbereichen, also beim Handel und Verkehr, bei Banken, Versicherungen, beim Staat und in den sonstigen zum Dienstleistungssektor zählenden Bereichen um 900.000 Personen zugenommen hat. Dieser unübersehbare Trend zum Wachsen des Dienstleistungssektors wird sich allerdings nicht in dieser Intensität fortsetzen, weil auch eine hochentwickelte Volkswirtschaft als Basis ihres materiellen Wohlstands das Fundament einer leistungsfähigen Industrie benötigt. Wohl aber werden innerhalb der Industrie die Tätigkeiten mit Dienstleistungscharakter zunehmen. Dies betrifft nicht die reinen bürotechnischen Arbeiten in den kaufmännischen- und Konstruktionsbüros, weil sie in Zukunft noch in weiterem Umfang als bisher von der Computertechnik wahrgenommen werden.

Zunehmen wird aber der Kräftebedarf bei den qualifizierten Tätigkeiten im organisatorischen, planenden und forschenden Bereich. Auch wird in der Industrie weiterhin Bedarf bestehen an qualifizierten Kräften mit einer beruflichen Fachausbildung mit weitem funktionalen Einsatzbereich. Dagegen sinken die Beschäftigungschancen für ungelernte Arbeitskräfte und für diejenigen, die nur für einen engbegrenzten Tätigkeitsbereich ausgebildet wurden.

Intensive Beratung bleibt gefragt

Auch im Handel dürfte sich wegen der bescheidenen auf absehbare Zeit zu erwartenden Wachstumsraten in der Gesamtwirtschaft nur ein geringer zusätzlicher Kräftebedarf ergeben. Der Einzelhandel erwartet ein unterdurchschnittliches Wachstum, da die Verbraucherausgaben bei stagnierenden Realeinkommen und zunehmender Konsumsättigung verstärkt in nicht dem Einzelhandel zugehörige Dienstleistungsbereiche abfließen. Denken Sie zum Beispiel an den Freizeitsektor und an die Reisebranche. Anders dagegen in den sonstigen Dienstleistungsberufen: Ich rechne damit, daß die Arbeitsplätze dort eher ansteigen, und zwar überall da, wo der Privatmann, aber auch der Unternehmer auf eine intensive Beratung und auf fachliche Vorleistungen von Spezialisten angewiesen ist.

Ohne Rückkehr zu einem hohen Wirtschaftswachstum und andere den Arbeitsmarkt entlastende Maßnahmen besteht die Gefahr hoher Arbeitslosigkeit noch bis weit in die 90er Jahre hinein, womöglich sogar noch über das Jahr 2000 hinaus. Selbst bei Wachstumsraten von durchschnittlich jährlich 4 bis 4,5 Prozent wird sich die Schere zwischen dem bis 1990 wachsenden Arbeitskräftepotential und dem tatsächlichen Bedarf an Kräften nach diesen Untersuchungen erst Mitte der 90er Jahre schließen.

Breites Spektrum der Betätigung

Den jungen Menschen, die unter diesen Umständen am Scheideweg der Berufswahl stehen, möchte ich gerade wegen dieser kritischen Ausgangslage ausdrücklich Mut machen, bei ihrer Entscheidung den persönlichen Neigungen soweit als irgend möglich nachzugehen. Denn letzten Endes wird einer dort sein bestes leisten, wo der Schwerpunkt seines Interesses liegt. Lust und Liebe waren schon immer die Fittiche zu großen Taten.

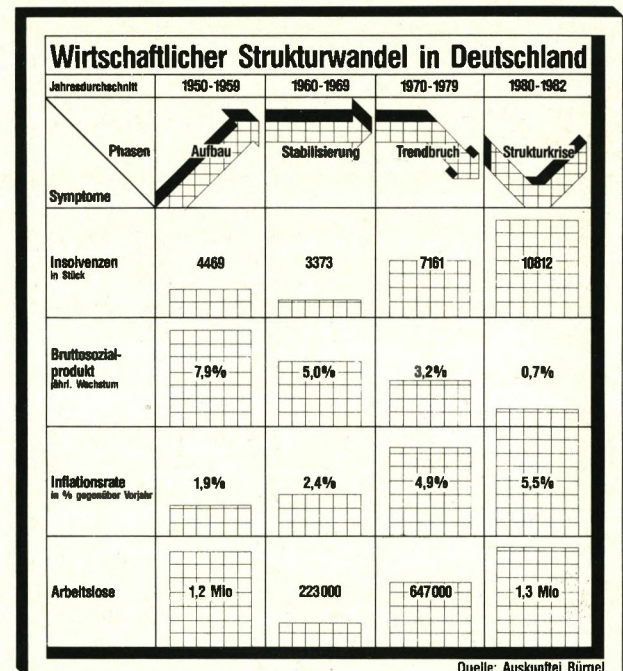
Wir finden heute in der gewerblichen Wirtschaft ein so außerordentlich breites Spektrum von Berufen, daß hier Menschen mit den verschiedensten Fähigkeiten berufliche Befriedigung finden können – und zwar nicht nur als Arbeitnehmer, woran man zuerst denkt, sondern auch als Unter-

nehmer. Bei den Dienstleistungen reicht dieses Spektrum selbständiger Betätigungsmöglichkeiten vom jungen Verkäufer, der sich mit einem Jeansladen oder einem Surf-Shop auf die eigenen Beine stellt über den gestandenen Techniker, der sich eine eigene Existenz als Handelsvertreter mit Spezialmaschinen aufbaut, über den Großhändler mit Büromaschinen bis zum Versicherungsmakler, EDV-Berater, Koch und Gaststättenwirt oder Betreiber einer Achterbahn auf Jahrmärkten. Ebenso vielfältig sind die Chancen für Arbeitnehmer, von der Apothekenhelferin, Kassiererin oder dem Werbefachmann im Einzelhandel über den Packer und Exportkaufmann im Groß- und Außenhandel, über den Kundenberater in der Großbank bis zum Mathematiker in der Stabsabteilung einer Versicherung.

Noch breiter gefächert sind die über 400 Berufsbilder in der gewerblichen Wirtschaft. Die Wirtschaft paßt sich laufend den neuen Anforderungen des technischen Wandels an. In den 70er Jahren wurde rund ein Viertel aller Ausbildungsberufe mit anerkanntem betrieblichen Abschluß neu geschaffen oder der Berufsinhalt neu geregelt.

Welche persönliche Qualifikation erfordern nun diese Berufe? Im gewerblichen Bereich stehen manuelle Fertigkeiten und das Verständnis für technische Zusammenhänge

Analysen der Auskunftei Bürgel weisen in den 70er Jahren einen Trendbruch der strukturellen Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft nach. Sie bilden den Hintergrund der Konjunkturschwankungen und begründen, daß seither jeder Aufschwung schwächer und jeder Abschwung der Konjunktur stärker ausfiel. Daher wird auch der für 1983 erwartete Aufschwung nur eine geringe Entlastung bringen. Er wird



kaum mehr davon ablenken können, daß sich die deutsche Volkswirtschaft auf wesentliche neue Bedingungen der Weltwirtschaft (neue Energien, neue internationale Arbeitsteilung) einstellen muß. Die dafür zu bringenden Opfer werden die ganzen 80er Jahre prägen: Soziale und wirtschaftliche Auseinandersetzungen werden nicht nur an Schärfe gewinnen, sondern auch mehr und mehr ideologisch gefärbt sein.

im Vordergrund. Bei den Dienstleistungen überwiegt zunächst das Allgemein-Kaufmännische, weiterhin das Erklären von Sachverhalten, also rhetorische Fähigkeiten, sowie die Kontaktfähigkeit gegenüber anderen Menschen. Und es müssen, in den anspruchsvolleren Berufen und auf den Führungsebenen bis hin zum selbständigen Unternehmer, die Fähigkeit zum klugen Überblick und zur treffenden Vorausschau von Marktvorgängen hinzukommen.

Solche persönlichkeitsbedingten Anlagen müssen geweckt und geschult werden, technische Fertigkeiten erlernt und am Arbeitsplatz dann trainiert und weiter entwickelt werden. Voraussetzung für den Einstieg ins Berufsleben ist also eine gründliche Ausbildung. Erst eine systematische Weiterbildung jedoch ermöglicht den Aufstieg in inhaltlich anspruchsvollere und – lassen Sie mich das deutlich sagen – auch besser bezahlte Berufspositionen.

Handel bietet vielfältige Chancen

Sowohl für die berufliche Ausbildung als auch für die Weiterbildung bietet die Wirtschaft von sich aus vielfältige Möglichkeiten an. Nehmen wir als Beispiel den Handel in Bayern: Hier sind die besetzten Ausbildungsplätze für den Großhandelskaufmann, den Verkäufer und den Einzelhandelskaufmann von 1973 bis 1981 um fast 7.000 auf inzwischen über 32.000 Ausbildungsplätze angestiegen. Auch im sehr schwierigen Jahr 1982 rechne ich zuversichtlich damit, daß im Dienstleistungs- und im gewerblichen Bereich alle interessierten Jugendlichen einen Ausbildungsplatz erhalten werden. Ich sehe deshalb – dies als Randbemerkung, die mir aber am Herzen liegt – keine Notwendigkeit für eine weitergehende staatliche Reglementierung und für eine Ausbildungssteuer.

Aber nicht nur die Jugendlichen, die eine Lehre anstreben, finden ihren Platz im Dienstleistungssektor.

Auch Abiturienten und die Absolventen von Fachhochschulen und Universitäten sind gesuchte Kräfte. Dies gilt vor allem dann, wenn sie zusätzlich zu ihrer akademischen Ausbildung eine abgeschlossene betriebliche Ausbildung nachweisen können. **Mut machen möchte ich jungen Menschen** aus eigener Erfahrung und trotz aller Schwierigkeiten ausdrücklich zum Schritt in die berufliche Selbständigkeit.

Noch eine Alternative bietet sich den Aufstiegswilligen: Gesucht sind in allen Bereichen der Wirtschaft junge Leute, die bereit sind, für eine mehr oder weniger lange Zeit ins Ausland zu gehen, sei es im gewerblichen Bereich für Auslandsmontagen, als Projektleiter oder als Mitarbeiter in den Auslandsniederlassungen deutscher Firmen. Junge Menschen mit guten Sprachkenntnissen und der Bereitschaft zum persönlichen Engagement bietet sich hier eine hervorragende Gelegenheit, berufliches Fortkommen und die Erweiterung des persönlichen Gesichtskreises miteinander zu verbinden.

Die mannigfachen Berufe erfordern zwar eine intensive Vorbereitung zur Aneignung der notwendigen Kenntnisse, sie bergen aber auch eine Fülle von Chancen: Für den interessierten, engagierten und – ich scheue mich nicht, dieses Wort zu verwenden – ehrgeizigen jungen Mann, die junge Frau, die Spaß an ihrer Arbeit haben, für die Beruf und Bewährung im Beruf Befriedigung bringen. Das bedeutet nicht, daß jeder im Laufe seines Berufslebens in hohe Positionen aufrückt. Befriedigung in der Arbeit und mehr Zufriedenheit im Leben empfindet man, meine ich, dann, wenn man das Gefühl hat, daß man an einem den eigenen Fähigkeiten entsprechenden Arbeitsplatz, Gutes leistet, gleich auf welcher Etag.

Arbeitgeberfragen

Braun widerspricht DGB – Unsere Wirtschaft ist überfordert

Braun antwortet Ranzenberger: Bei Gewerbesteuererhöhung würden Arbeitsplätze gefährdet.

Dem DGB-Kreisvorsitzenden Walter Ranzenberger hat Präsident **Walter Braun** jetzt auf die Behauptung geantwortet, es wäre „absurd“, daß eine Anhebung der Gewerbesteuer Folgen auf dem Arbeitsmarkt nach sich ziehe.

„Natürlich wäre es zu simpel,“ so Braun, „eine Rechnung aufzumachen, wonach eine Gewerbesteuererhöhung um x Prozent zum Verlust einer bestimmten Anzahl von Arbeitsplätzen führt. Aber unbestritten dürfte doch eines sein: Die Gewerbesteuer ist eine Kostensteuer, die den Ertrag schmälert. Wer sie erhöht, engt also den Dispositionsspielraum ein, den die Unternehmen zur Sicherung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen benötigen.“

Seit Jahren überfordert

Als absurd könnte man es allerdings bezeichnen, wenn einerseits die Bundesregierung und das Bundesparlament mit Hilfe einer Investitionszulage die Unternehmen zum Investieren anzuregen versuchen und wenn andererseits ein Kommunalparlament die finanziellen Investitionsmöglichkeiten dieser Unternehmen durch Steuererhöhungen beschneiden wollte mit der Begründung, man brauche die Mittel, um selbst investieren zu können. Der Rückgang der Zahl der Arbeitsplätze sei in erster Linie auf die „seit Jahren bestehende Überforderung unserer Wirtschaft durch Staat und Gesellschaft“ zurückzuführen.

Der Groß- und Außenhandel als Finanzier und Bankier seiner Kunden

Der Groß- und Außenhandelsverband Baden-Württemberg e.V., Mannheim, legt in einer Broschüre die wichtigsten Ergebnisse einer Untersuchung über den Großhandel Baden-Württemberg als Finanzier und Bankier seiner Kunden vor. Seit langer Zeit ist dies die erste Veröffentlichung, die die volks- und betriebswirtschaftliche Bedeutung der Kredit- und Finanzierungsfunktion des Großhandels herausarbeitet.

Als Wirtschaftsstufe hat der Großhandel eine unverzichtbare Funktion innerhalb des Verteilernetzes in der Bundesrepublik, das zu den leistungsfähigsten der Welt zählt. Er fungiert dabei auch in starkem Maße als Finanzier seiner Kunden, vor allem des Einzelhandels und des Handwerks, eine Tendenz, die sich durch die Hochzinspolitik in letzter Zeit noch verstärkt hat. Aufgrund seiner Branchen- und

Schreibprüflocher Univac 1710

EBCD-Code

preisgünstig abzugeben.

Firma **Gustav Kräublich**, 8801 Schnelldorf, Tel. 079 50/2021

Kundenkenntnis springt er mit Finanzierungen sehr oft sogar dann ein, wenn Banken wegen ihrer mehr konservativen Kreditwürdigkeitsprüfung passen. Damit trägt ein gesunder Großhandel auch wesentlich zur Erhaltung mittelständischer Existenzen in Einzelhandel und Handwerk bei, zumal diese sich heute vielfach gegenüber straff organisierten Ketten und anderen Großvertriebsformen behaupten müssen.

Dies ist das wichtigste Ergebnis einer Befragung von mehreren hundert Großhandelsunternehmen in Baden-Württemberg durch den Groß- und Außenhandelsverband Baden-Württemberg e.V., Mannheim, unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Christian Th. Mönch, Heidelberg/Worms, unter wissenschaftlicher Mitarbeit von Prof. Dr. Oswald Hahn, Erlangen/Nürnberg. Die 268 ausgewerteten schriftlichen Fragebogen, die noch durch 45 Interviews ergänzt wurden, stellen eine – für teilweise recht „sensible“ Fragen – hohe Rücklaufquote dar. Angesichts der Tatsache, daß der Großhandel Baden-Württembergs in seiner Durchmischung nach Branchen dem gesamten Großhandel in der Bundesrepublik durchaus ähnelt, haben die Befragungsergebnisse auch für die bundesdeutsche Großhandelsituation insgesamt Bedeutung.

Den Resultaten der Befragung zufolge, die in einem zweiteiligen Bericht unter dem Titel „Die Finanzierungs- und Kreditfunktion des Groß- und Außenhandels in Baden-Württemberg“ zusammengefaßt sind, machten die Großhändler Baden-Württembergs im Jahre 1979 im Durchschnitt aller 21 erfaßten Branchen 32,8 Mill. DM Umsatz je Unternehmen, so daß auf die im Schnitt 2.373 aktiven Kunden je Großhändler ein Jahresumsatz von jeweils DM 13.800,- entfällt. Sie gewähren ihren Kunden im Gesamtdurchschnitt 2,5% Skonto bei Barzahlung bzw. 32,5 Tage Ziel ohne Skontoabzugsberechtigung. Die den Kunden eingeräumten Zahlungskonditionen sind in der Branchengruppe Nahrungs- und Genußmittel mit 2% Skonto und 22,3 Tagen Ziel am niedrigsten und bei den Einzelbranchen Schmuckwaren und Uhren mit 4,7% Skonto und 65,5 Tagen Ziel sowie beim Textil- und Bekleidungs Großhandel mit 3,4% Skonto und 42,9 Tagen Ziel am höchsten. Gerade Kleinkunden sind bei der Nutzung der Spielräume der Zahlungsbedingungen in den meisten Branchen höchst aktiv. Doch zählt auch der überwiegende Teil der den Skonto nicht ausnutzenden Kunden innerhalb von 90 Tagen. Es deutet vieles darauf hin, daß trotz des teuren Lieferantenkredits hier von den Großhandelskunden ein Ausgleich für fehlende Kreditspielräume seitens der Banken gesucht und gefunden wird. In Höhe seiner gesamten Lagerhaltung finanziert der Großhandel ständig Umsätze mit Zahlungszielen von umgerechnet 90 Tagen. Zudem erwarten die Kunden des Großhandels, daß dieser ständig lieferbereit ist, um ihre eigene Lagerhaltung zu entlasten.

Außerhalb der üblichen Kaufpreisstundung gewähren nicht weniger als 236 von 268 erfaßten Großhändlern in Baden-Württemberg ihren Kunden noch zusätzliche Darlehen zur Einführung neuer Produkte, zur Saisonfinanzierung oder zur Beschaffung einer neuen Geschäftseinrichtung einschließlich einer Erstausrüstung mit Waren. Rund 130 Kunden, d.h. rund 5,5% aller Kunden, kamen so pro Großhändler in den Genuß eines Sonderkredits von durchschnittlich DM 39.100,-. Die Darlehenshöhe streute zwischen DM 3.800,- je Kunde beim Schreib- und Papierwarengroßhandel und fast DM 100.000,- beim Uhren- und Schmuckwarengroßhandel. Bei einzelnen Firmen gibt es sogar „Ausreißer“ mit Absatzfinanzierungskrediten von über 1 Mill. DM. Im Konsumgütergroßhandel haben Sonderkredite größere Bedeutung als im Produktionsverbindungs-

großhandel, der in erster Linie Industrie und andere Großhändler beliefert, weil in den konsumnahen Branchen das größere Gewicht der Lagerbestände vor allem der Einzelhandelskunden eine solche Finanzierung geradezu provoziert.

Für den Großhandel sind Sonderkredite vor allem ein Mittel zum Zweck der Absatzsicherung, denn der Großhändler muß sich nicht nur gegen Konkurrenten aus den eigenen Reihen, sondern auch gegen direkt an seine Einzelhandels- und Handwerkskunden liefernde Hersteller durchsetzen. Daher kommt es nicht von ungefähr, daß die Großhändler als Kreditgeber auf bankmäßige Sicherheiten oder gar Einblick in die Bücher ihrer kreditnehmenden Kunden verzichten müssen.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Lösung der (mittelständischen) Kreditprobleme werden eher skeptisch beurteilt. Allenfalls könnten steuerliche Erleichterungen diese Probleme entschärfen. In diesem Zusammenhang werden genannt: Abschaffung der Gewerbesteuer auf Lagerwerte, verbesserte Abschreibung und eine geringere Besteuerung einbehaltener Gewinne zur Stärkung der Eigenkapitalbasis. Schließlich wird für zinsgünstigere Landesmittel und Bürgschaften für den Mittelstand plädiert.

Die wichtigsten Ergebnisse dieser Untersuchung wurden jetzt in einer 80-seitigen, mit Schaubildern und Tabellen anschaulich ausgestatteten Broschüre mit dem Titel „Der Groß- und Außenhandel als Finanzier und Bankier seiner Kunden“ veröffentlicht, die zum Preis von DM 19,80 (einschl. MWST und Versandkosten) über die „Gesellschaft zur Förderung des Großhandels mbH (GFG)“, Postfach 1180, 6800 Mannheim, bezogen werden kann. Der wesentlich umfangreichere, zweiteilige Gesamtbericht (Teil 1: Textteil, Teil 2: Tabellenwerk) kann Interessenten, die tiefer in die Materie einsteigen wollen, gegen eine Schutzgebühr von DM 112,- (einschl. MWST und Versandkosten) zur Verfügung gestellt werden.

Grunderwerbsteuerbefreiung: „Primäreffekt“ weggefallen

Zum 1. Januar 1982 ist das geänderte Gesetz über Grunderwerbsteuerbefreiung bei Änderung der Unternehmensform und bei Betriebsinvestitionen in volkswirtschaftlich förderungsbedürftigen Gebieten (UmwInv-GrEStG) in Kraft getreten. Mit Schreiben vom 3. Mai hat das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr nunmehr die Richtlinien über die Erteilung einer Bescheinigung nach Artikel 1 Abs. 1 Nrn. 3 und 4 dieses Gesetzes mitgeteilt. Die Richtlinien sind auch im Bayerischen Staatsanzeiger Nr. 21 v. 28.5.82 veröffentlicht.

Neu gegenüber den bisherigen Richtlinien ist vor allem die Erläuterung in Abschnitt I Ziff. 9 und 10, die folgenden Wortlaut haben:

„9. **Förderungswürdig und geeignet zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur** im Sinne des UmwInvGrEStG sind Vorhaben wirtschaftlich gesunder und leistungsfähiger Gewerbebetriebe, die zu einer Auflockerung der Branchenstruktur eines Gebietes führen oder zu einer erwünschten Verbreiterung des örtlichen Dienstleistungsangebots beitragen oder durch die Arbeitsplätze geschaffen bzw. erhalten werden, an denen ein arbeitsmarktpolitisches Interesse besteht. Diese Voraussetzungen erfüllen in der Regel Vorhaben, die den Zielsetzungen der Wirtschaftsförderungsprogramme der Bayerischen Staatsregierung bzw. des Bundes entsprechen.

10. Bei der Bestimmung der Förderungswürdigkeit des Vorhabens ist der Zweck des Mittelstandsförderungsgesetzes angemessen zu berücksichtigen (Art. 1 Abs. 3 MfG). Auf die Nrn. 3.2., 3.3. und 3.3.2. der Mittelstandsrichtlinien vom 14. Januar 1976 (MVMBl. S. 4) wird verwiesen.“

Der bisherige Hinweis auf „zusätzliche Einkommensquellen für das betreffende Gebiet (Primäreffekt)“ ist weggefallen.

Neu ist in den Richtlinien auch der Hinweis auf den maßgeblichen Zeitpunkt für den Erwerb eines Grundstücks (Abschn. I Ziff. 1: In der Regel der Tag, an dem das schuldrechtliche Verpflichtungsgeschäft abgeschlossen wird), ebenso der Hinweis darauf, daß nur Gewerbebetriebe begünstigt werden (Abschn. I Ziff. 2), sowie verschiedene Anmerkungen zur unmittelbaren und ausschließlichen Verwendung des Grundstücks für den begünstigten Zweck. Hier werden die Fälle des Erwerbs eines Grundstücks durch den Gesellschafter einer Personengesellschaft, der Bestel-

lung eines Erbbaurechts für einen Leasinggeber und die nur teilweise gewerbliche Nutzung des Grundstücks behandelt.

Die unmittelbare und ausschließliche Verwendung des Kaufgrundstücks für den steuerbegünstigten Zweck ist in den Richtlinien unter Abschnitt I Ziffer 3 jetzt ausführlich geregelt.

Schließlich sehen die Richtlinien vor, daß bei der Fortführung eines bestehenden Betriebes der Grundstückserwerber zusätzliche Investitionen durchführt, die in einem angemessenen Verhältnis zur Grunderwerbsteuerersparnis stehen, wenn ein solcher Vorgang von der Grunderwerbsteuer befreit werden soll (Abschn. I Ziff. 4).

Für die Befreiung gelten jetzt Formblätter Nr. 153, die bei den IHK bezogen werden können (Abschn. II Ziff. 1 der Richtlinien). Die Richtlinien gelten für den Erwerb von Grundstücken nach dem 1. Januar 1982; früherer Grundstückserwerb ist nach der Bekanntmachung vom 26. März 1979 zu beurteilen.

Energiekrise und Wirtschaftswachstum – kein Widerspruch

Die Selbstheilungskraft der Wirtschaft: Ein Beispiel.

Zum Verfasser:

Hermann Giessing, geb. 1954 in Bocholt/Westf., absolvierte seine kaufmännische Ausbildung in Wiesbaden. Anschließend nahm er das Studium der Wirtschaft und Politikwissenschaften an der FH Münster auf. Nach dem Studium war er in der Handelsabteilung einer großen IHK tätig und als Großhandelsberater. Seit 1981 ist Hermann Giessing Assistent der Geschäftsführung unserer Mitgliedsfirma Roschmann & Schmid, Großhandel für Heizung und Klimatechnik in Augsburg.

In diesem Beitrag wird darzustellen versucht, warum der Staat bedingt durch die Wirtschaftspolitik der vergangenen 10 Jahre nicht in der Lage ist, die gegenwärtige Wirtschafts- und Energiekrise zu meistern, sondern nur durch die Eigeninitiative aller Kräfte eine Selbstheilung der Wirtschaft möglich ist.

Energiekrise als Lückenbüßer

Die Energiekrise hat viel bewegt. Vor allem jedoch die Gemüter.

Politiker entdeckten die Energiekrise als Wahlkampf-schlager und verteidigen oder bekämpfen je nach politischem Standpunkt die Kernenergie, und die Wirtschaft nutzt das gestiegene Energiesparbewußtsein der Bevölkerung in ihren Werbebotschaften aus.

Dagegen ist nichts einzuwenden, nutzt doch jede Aussage dem harten Anspruch Energie einsparen zu müssen. Leider hat sich in den letzten Jahren die allgemeine Tendenz ausgebreitet, die Energiesituation für wirtschaftlichen Niedergang, politische Fehlentscheidungen und für die volkswirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Schwierigkeiten verantwortlich zu machen.

Die Energiekrise ist zum Lückenbüßer für alle möglichen Fehler, menschlichen Unzulänglichkeiten und Fehlentscheidungen geworden.

Nur wenige Meinungsführer aus Wirtschaft und Politik sehen die Entwicklung auf dem Energiesektor zunächst einmal losgelöst von den gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Dies erscheint jedoch notwendig, denn nur in einer ehrlichen und schonungslosen Analyse der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation, verbunden mit einer zweiten energiewirtschaftlichen Untersuchung, lassen sich Lösungen finden und realisieren, die zu einem mittelfristigen Wirtschaftswachstum führen.



Dieses mittelfristige Wirtschaftswachstum erscheint aus psycho-soziologischen Gründen notwendig, um aus der allgemeinen Lebensinhaltslehre der no future Generation und der um sich greifenden „Verweigerung“ auch der 30 bis 50jährigen Bundesbürger herauszukommen.

Denn eine positive Lebenseinstellung beflügelt, und weckt die Kreativität und den Forschungsgeist, der notwendig ist, langfristige „ÜBER“-Lebensstrategien zu entwickeln und durchzutragen. Dies gilt sowohl für den privaten als auch für den betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Bereich.

So haben z. B. nicht die Bodenschätze oder die unbesiedelten Landstriche Amerika reich gemacht, sondern die Kenntnisse, der Ideenreichtum, der Lebensmut und der Optimismus der amerikanischen Einwanderer waren dafür verantwortlich.

Fossile Energie ist begrenzt

In zahlreichen Veröffentlichungen, Zeitungsartikeln, Fernseh- und Rundfunkreportagen ist viel über die gegenwärtige und zukünftige Energiesituation berichtet worden. Deshalb soll hier nicht nochmals auf die Energiesituation, insbesondere auf die fossilen Energieressourcen eingegangen werden.

Es ist bekannt: Fossile Energie ist knapp und in naher Zukunft erschöpft. Deshalb muß gespart und substituiert werden sowie letztendlich neue, auch alternative Energie nutzbar gemacht werden.

Hierzu aber benötigen wir den Forschungsgeist und die Kreativität aller, sowohl des Staates, des Unternehmens und der Wissenschaft.

Da aber finanzielle Mittel hierfür aber nur dann bereitgestellt werden, wenn mittelfristig entsprechende Erfolge sichtbar werden, ist zunächst ein gesundes gesellschaftliches, wirtschaftliches und damit investitionsförderndes Klima in Form von privatem, betriebswirtschaftlichem und volkswirtschaftlichem Wachstum herzustellen.

Wie aber sieht das Klima in der Bundesrepublik Deutschland heute aus?

Wirtschaftsentwicklung in den 70er Jahren

Steigende Inflationen, wachsende Steuerbelastungen, gesellschaftliche Interessengegensätze bei gleichzeitiger abnehmender Leistungsbereitschaft, gigantische Staatsverschuldungen, ausufernde Bürokratie sowie ein rapider fortschreitender Verfall von Moral und Ethik waren die wesentlichen Merkmale des untergehenden Römischen Reiches.

Auch wenn sich die historische Entwicklung nicht so wiederholen wird, wie sie der britische Historiker Grant beschreibt, lassen sich Parallelen zur heutigen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland feststellen.

In der Bundesrepublik ist nicht mehr viel von der Nachkriegsdynamik auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zu spüren. Die Wettbewerbs- und Anpassungsfähigkeit hat spürbar nachgelassen.

Die Kreativität und der Forschungsgeist in den Unternehmen und Hochschulen ist nachhaltig zurückgegangen. Deutsche Nobelpreisträger sind rar geworden, Japaner und Amerikaner haben in den letzten Jahren mehr Patente in München angemeldet als Deutsche und dennoch oder gerade deshalb verweisen unsere Politiker so gerne auf die noch größeren Probleme der Nachbarstaaten.

Kanadischer Handelsvertreter sucht für den Absatz in Kanada Vertretung von Neuheiten. Gute Kontakte zur Industrie in Ontario sind vorhanden, Referenzen sind erhältlich. Ggf. an Produktion unter Lizenz interessiert. Zuschriften an: Deutsch-Kanadische Industrie- und Handelskammer, 480 University Ave, Ste. 1410, Toronto, Ont. Canada – M5G 1 V2
Kennziffer an-1169

Für ein „Volk der Dichter und Denker“, das zudem ohne nennenswerte Rohstoffe und stark exportabhängig ist, eine gefährliche Gradwanderung.

Karl Heinz Klepes stellt fest: Die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote in Deutschland betrug in den Jahren 1960 bis 1965 noch durchschnittlich 25,6% p. a. Bei gleichzeitiger Verringerung der Innovationsfreudigkeit und Wettbewerbsintensität ist die Investitionsquote zwischen 1975 und 1980 auf 21,5% zurückgegangen. Die Differenz von 4,1% ergibt wertmäßig einen Betrag von 61,2 Mrd. DM. Dieses Geld ist statt für zukunftsichernde Investitionen in den Konsum geflossen. Konsumausgaben haben jedoch eine erheblich geringere beschäftigungspolitische Wirkung.

Die erste sozial-liberale Koalition trat 1969 mit dem Anspruch an „mehr Lebensqualität“ verwirklichen zu wollen. Nach dem Motto: Lieber 5% Inflation als 5% Arbeitslose (Helmut Schmidt), wurden große Sozialprogramme aufgelegt, die Beihilfen für Studenten und Schüler (Bafög) angehoben, Renten erhöht und fast jeder wurde mit Konsumgeldern gefüttert. So wurden z. B. die Mietbeihilfen erhöht, und dies ist mitverantwortlich für die Mietpreissteigerungen vor allem in den Ballungszentren, denn was der Mieter nicht selbst aufbringen kann, zahlt der Staat.

Dies führt zu der ungesunden wirtschaftlichen und grotesken Situation, daß ein durchschnittlich verdienender Familienvater seiner Familie nur dann ein Dach über dem Kopf bieten kann, wenn der Staat aushilft. Diese Gelder wären als rückzahlbare preiswerte Darlehen im privaten Wohnungsbau wesentlich sinnvoller angelegt.

Trotz eines rasant gestiegenen Wirtschaftswachstums zwischen 1970 und 1975 – nur kurz gebremst 1973 durch die Energiekrise – stieg die Gesamtschuldenlast des Staates trotz steigender Steuereinnahmen und Steuererhöhungen zwischen 1970 und 1981 von 126 Mrd. DM auf über 500 Mrd. DM.

Jeder Unternehmer investiert sein erwirtschaftetes Kapital wieder in zukunftsweisende und unternehmererhaltende Anlagen. Nur der Staat – vielleicht um Wähler zu erhalten – handelt nicht nach dem allseits bekannten Spruch: Spare in der Zeit, so hast du in der Not.

Der Staat als größter Kreditnehmer auf den inländischen Märkten ist mitverantwortlich für die Zinssteigerung, die wiederum privatwirtschaftliche Investitionen hemmen.

Jetzt, da die nachlassende Konjunktur verringerte Staatseinnahmen bringen, verbunden mit dem gestiegenen Anspruchsbewußtsein der Bevölkerung, zunehmend staats-, wirtschafts- und beschäftigungspolitische Schwierigkeiten auftauchen, sucht man nach Lösungsmöglichkeiten. Keynes deficit spending wird für tot erklärt und man macht ein wenig – sicherlich bedingt durch die schlechten Erfahrungen in Großbritannien – in Geldmengen Politik à la Friedmans Monetarismus.

Aber Keynes ist nicht tot. Denn wenn der Staat in Hochkonjunkturzeiten gespart hätte, könnte er nun für zukunftsweisende Investitionen ohne große Probleme das deficit spending (d. h. Staatskreditaufnahmen) betreiben. Wenn aber ein Staat schon hoch verschuldet ist und damit den Zinsmarkt negativ beeinflusst, ist jede weitere Kreditaufnahme des Staates ein Schritt in die falsche Richtung.

Sparen als Problemlösung?

Schon in den Jahren 1930 bis 1932 hat Reichskanzler Heinrich Brüning durch Sparen, Kürzungen von Beamtengehältern, Verringerung der Sozialleistungen etc. die Staatsfinanzen sanieren wollen – und ist daran gescheitert.

Die heutige Bundesregierung versucht mit fast gleichen Maßnahmen ebenfalls zu sparen. Man erinnere sich noch an das sogenannte Haushalts-Sommertheater 1981, an die Diskussion der 1%igen Gehaltskürzungen im Öffentlichen Dienst und an den Einschränkungsvorhaben am sozialen Netz. Aber auch diesmal scheinen alle Versuche – wenn auch zum Teil aus anderen Gründen – zu scheitern.

Nach neuesten Äußerungen wird der Bundeshaushalt 1982 rund 246 Mrd. DM umfassen. Die Nettoneuverschuldung erhöht sich dabei auf rund 34 Mrd. DM und liegt damit schon jetzt mit 7 Mrd. DM über den ersten Haushaltsansätzen.

Wie aber ist aus der Malaise herauszukommen? Staatliches Sparen gelingt nur unbefriedigend und verhindert investitionsfördernde Spritzen für die Wirtschaft. Deficit spending ist nicht möglich, da der Staat schon zu hoch verschuldet ist und somit die Inflation anheizt und den Zinsmarkt weiter beeinflusst.

Selbstheilende Kräfte der Wirtschaft

Gibt es Patentrezepte, selbstheilende Kräfte der Wirtschaft, quasi der Zopf des Münchhausen, an dem sich die Wirtschaft selbst aus dem Sumpf herausziehen kann?

Die Kreativität und Innovationsfreudigkeit der Wirtschaft hat, wie oben schon festgestellt, zwar nachgelassen, aber es gibt z. B. in der Mikroprozessorenentwicklung, in der Photovoltaik und auf dem Energiesektor erfolgversprechende Ansätze und Möglichkeiten der Selbstheilung.

Als ein Beispiel sei hier der Heizungsbereich für Ein- und Mehrfamilienhäuser näher beschrieben, der in zwei Richtungen diesen wirtschaftlichen Selbstheilungsprozeß einleiten kann.

Das Baugewerbe gilt wohl zu Recht noch immer als Indikator wirtschaftlichen Wachstums. Hier ist es in den letzten Jahren zu einem erheblichen Einbruch gekommen. Wurden 1973 noch insgesamt 714.000 Wohnungen in der Bundesrepublik erstellt, waren es 1981 nur noch 370.000 und 1982 werden wohl nicht einmal 300.000 Wohnungen gebaut.

Neben Verknappung der Grundstücke und der steigenden inflationsbedingten Baupreise sind hierfür vor allem die steigenden Zinsen und die nachlassende, auf Sparen ausgerichtete Baupolitik des Staates ausschlaggebend.

Zwar hat der Staat mit dem Energiesparprogramm für Investitionen im Wohnungsbereich von 4,35 Mrd. DM bis 1983 versucht, die Konjunktur anzukurbeln und gleichzeitig Energie einzusparen, aber angesichts der verfahrenen Situation

hat dies nur bedingte wirtschaftsfördernde Erfolge. Auch der Neuwohnungsbau ist kurz- und mittelfristig als wirtschaftsfördernder Indikator nur mit staatlicher Hilfe anzukurbeln.

Es bietet sich in dieser Situation jedoch an z. B. das Energiesparbewußtsein der Bundesbürger als selbstheilenden Wirtschaftsstimulator zu nutzen und durch Modernisierung und Renovierung der bestehenden Wohnungen die Konjunktur zu beleben und Energien einzusparen.

Der private Haushalt ist mit 40% Anteil am gesamten Energieverbrauch der Bundesrepublik beteiligt und dies, obwohl mit verhältnismäßig geringem privatwirtschaftlichen Finanzaufwand bis zu 30% dieses Verbrauchs von 46 Mio t Öl und 20,7 Mrd. m³ Erdgas einsparen ließe. Hier läßt sich also ansetzen.

In den rund 8,9 Mio Ein- und Mehrfamilienhäusern der Bundesrepublik stehen rund 7 Mio Heizkessel, die technisch überholt sind. Ein Austausch dieser Heizkessel in den nächsten 10 Jahren würde jährlich bundesweit einen Ölminerverbrauch von 10,5 Mio t ergeben. Zusätzlich könnten 6,4 Mrd. m³ Erdgas eingespart werden.

Da dadurch rund 8,0 Mrd. DM Energieimportkosten eingespart werden könnten, ist als erster Selbstheilungsschritt die Verringerung der mittelfristigen Energieabhängigkeit, verbunden mit einer Verbesserung der bundesdeutschen Leistungsbilanz, zu sehen.

Der zweite Selbstheilungsstimulator ergibt sich aus den hierfür notwendigen Investitionen selbst.

Für den privaten Haushalt bedeutet der Austausch eines veralteten Heizkessels eine Investition von rund 7.500 DM. Da diese Heizkessel überwiegend in Häusern stehen, die älter als 7 Jahre sind – und damit die Belastungen (Tilgung) des betroffenen Haushaltes gering sind – kann diese Investition zum Großteil aus angespartem Kapital getätigt werden. Der Kreditmarkt und damit die Zinsen werden nicht bzw. nur gering beeinflusst.

Die Heizungsindustrie hat 1981 rund 350.000 Heizkessel hergestellt. Durch Beeinflussung der Haushalte in obenbeschriebene Richtung könnten in den nächsten 10 Jahren jährlich 700.000 Heizkessel zusätzlich produziert werden. Innerhalb dieses Zeitraumes bedeutet dies einen zusätzlichen Umsatz von 50 Mrd. DM zu heutigen Preisen. Nach vorsichtigen Berechnungen dürfte das Bruttosozialprodukt dadurch strukturell um rund 100 Mrd. DM wachsen. Denn die Leistungen des Fachgroßhandels und der selbständigen Handwerker sind ebenfalls zu berücksichtigen.

Bayerische Bierkrüge

...ein beliebtes Werbegeschenk,

direkt vom Hersteller ...

Franz Herb o.H.G. **Bierglasveredelung**

Werk und Büro:

8039 Puchheim · Gewerbegebiet · Benzstr. 24

Telefon 089/802093 · Telex 528025

Um dieses gewaltige Potential an Heizkesseln bereitzustellen, zu vertreiben und beim Besteller einzubauen, sind ca. 250.000 neue Arbeitsplätze notwendig. Zum Vergleich: Die gesamte Heizungsbranche, Industrie, Handel, Handwerk, beschäftigen in 30.000 Betrieben zur Zeit rund 300.000 Arbeitskräfte, d.h., die gesamte Branche ist durch einzelwirtschaftliche Investitionstätigkeit mittelfristig auf allen Ebenen verdoppelungsfähig.

Da hierfür qualifiziertes Personal erforderlich ist, könnte ein großer Teil der Ausbildungsplätze, die in den nächsten Jahren notwendig sind, von der Heizungsbranche zur Verfügung gestellt werden.

Untersucht man den Heizungsmarkt weiter, können durch zusätzliche Investitionen, z.B. in den Bereichen Sonnenkollektoren, Wärmepumpen und anderen alternativen Heizsystemen weitere Wirtschaftswachstumsimpulse ausgehen. Unberücksichtigt geblieben sind bei all diesen Berechnungen die kumulierende Wirkung dieses Investitionspotentials auf andere Branchen.

Umdenken ist notwendig

Voraussetzung zur Weckung dieses gewaltigen „Konjunkturaufzuges“ – Beispiele für andere Branchen gibt es sicherlich genug – ist jedoch ein Umdenken in der Bevölkerung, bei den Meinungsführern unserer Gesellschaft und bei den Politikern.

Nicht der Ruf nach staatlichen Investitionsspritzen zur Realisierung eines wirtschaftlichen Wachstums und der Hang unserer Politiker zu großen Einzelprojekten sichern unsere Energieversorgung langfristig und schaffen Wirtschaftswachstum, sondern die Summe vieler kleiner wirtschaftlicher Einzelinvestitionen mit dem Ziel der Energieeinsparung durch Substitution und schrittweiser Lösung von althergebrachten Energien können die Situation verbessern.

D.h. also Selbstheilung durch eine Wirtschaftspolitik der kleinen Schritte.

Wenn es den Unternehmen, den Politikern und den Wirtschaftsverbänden gelingt, die breite Öffentlichkeit von der Notwendigkeit der Eigeninitiative in Richtung privatwirtschaftlicher Investition zu überzeugen, kann der Nährboden für ein wirtschaftliches Wachstum, für mehr Kreativität und damit für eine langfristige Zukunftssicherung auf ökonomischer und energiewirtschaftlicher Basis gelegt werden.

Die Diskussion: Wirtschaftliches Wachstum und Energiesicherung muß zunächst getrennt betrachtet werden und dann mit dem Vorzeichen der Eigeninitiative wieder zusammengefügt werden.

Hierzu bedarf es der Kräfte aller gesellschaftlicher Gruppen. Leider geht dies nicht ohne staatliche Unterstützung. Dies bedeutet nicht so sehr finanzielle Unterstützung, sondern vielmehr die Entrümpelung eigeninitiativehemmender Vorschriften durch den Gesetzgeber und das sollte doch wohl noch möglich sein.

ENERGIE-BERATUNG – ein wirkungsvoller Beitrag zur Kostensenkung im Großhandel

Wie wir schon in unserer letzten Kurzinformation mitteilen, bietet die verbandliche Beratungsstelle, GfH GESELLSCHAFT FÜR HANDELSBERATUNG MBH, als neue Form einer Spezialberatung die Energieberatung an. Durch Einsatz eines erfahrenen Energieberaters soll im Groß- und Außenhandel nicht nur das sog. Energiebewußtsein ge-

stärkt, sondern auch ein wirkungsvoller Beitrag zur Senkung der Kosten geleistet werden.

Von Dezember 1980 bis Dezember 1981 sind die Kosten für leichtes Heizöl um 22% gestiegen. Die Energiekosten sind in vielen Bereichen fast außer Kontrolle geraten. Die Energieberatung soll dazu beitragen, auf den Gebieten Wärmeerzeugung, Wärmeverbrauch, Stromkosten und Wärmedämmung die Energiekosten zu senken. Allein durch organisatorische Maßnahmen sind oft beachtliche Reduzierungen möglich. Je nach der Höhe der Investitionen sind Senkungen von über 50% zu erzielen. Dabei liegen die Amortisationszeiten je nach Art der Investitionen oft schon bei 2–3 Jahren.

Sowohl die Zuschüsse des Bundes zur verbilligten Betriebsberatung als auch insbesondere die vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr zur Verfügung gestellten Mittel für die Durchführung kostenloser Kurzberatungen im Groß- und Außenhandel können für Energieberatungen unverändert eingesetzt werden.

In diesem Zusammenhang ist vielleicht ein Stichwortkatalog interessant, den wir aus einer Studie über die Möglichkeiten der rationelleren Energiebedarfsdeckung in Handel und Gewerbe, erstellt durch die Forschungsstelle für Energiewirtschaft, München, im Juni 1982, entnehmen. Die folgende Auflistung der wichtigsten Schlagwörter enthält Anregungen und Ansatzpunkte für eine rationelle Energienutzung im Betrieb:

Allgemeine Maßnahmen

- Planung des Gebäudes
- regelmäßige Überprüfung des Energieverbrauchs (Zählerablesungen, Energierechnungen, Klimadaten)
- Wartung der Anlagen und Maschinen (Brennereinstellung, Boilerentkalkung, Leuchtenreinigung, Lampenwechsel, Filterreinigung bei Lüftungsanlagen)

Beleuchtungsstromverbrauch

- Überprüfung der installierten Beleuchtungsleistung, Vergleich mit DIN 5035
- Verminderung des unnötigen Beleuchtungsstromverbrauchs (Dämmerungsschalter, Schaltuhren, photoelektrische Lichtsteuerung)
- Einsatz neuer Leuchtstoffröhren mit höherer Lichtausbeute

Kraftstromverbrauch

- Ausnutzung der Tarifstruktur
- Auslastung der elektrischen Antriebe überprüfen (u.U. Umstellung von Dreieck- auf Sternbetrieb, mehrstufige Motoren)
- Leckverluste in Druckluftnetz beseitigen
- Blindstromkompensation
- Maximumüberwachung (Können elektrische Verbraucher kurzfristig ohne Störung abgeschaltet werden?)
- sporadisch betriebene Anlagen nicht in Spitzenzeiten betreiben

Lüftung und Heizung

- optimiertes Gebäude (Fenstertyp, Fassadentyp, Beschattungseinrichtung)
- Überwachung der Raumluftzustände

- Warmwasserpumpenheizung:
 - Regelung der Vorlauftemperatur nach der Außentemperatur
 - Zonierung der Anlage bei größeren Gebäuden
 - Heizkörperthermostatventile
 - Wärmedämmung der Heizungsrohre
 - Nachtabsenkung
 - Verwendung von NT-Heizsystemen
- Klimaanlage:
 - enthalpiegeregelter Außenluft-Umlaufbeimischung
 - Betrieb mit variablen Luftmengen
 - Zulassung größerer Temperatur- bzw. Feuchtetoleranzen
 - Wärmeverschiebung im Gebäude
 - Wärmerückgewinnung aus Abluftströmen
 - Möglichkeit der Abschaltung von Dampfbefeuchtern an Wochenenden klären
 - Auslastung und Betriebsweise der Kältemaschinen überprüfen

Warmwasserbereitung

- Betriebsweise überprüfen (separate Warmwasserbereitung im Sommer)
- Wärmedämmung der Rohrleitungen
- Leckverluste beseitigen
- Restwärmeausnutzung für Warmwasserbereitung (z. B. Kondensatrückkühlung)

Sozialversicherung

Die Netto-Rentenformel

Drei Entwicklungen sind es, durch die sich mittelfristig erhebliche Finanzprobleme für das System der gesetzlichen Rentenversicherung ergeben:

1. Die wesentliche **Verschlechterung der Altersstruktur** der Bevölkerung (steigende Rentnerquote aufgrund sinkender Erwerbstätigenzahlen)
2. das weitaus **geringere wirtschaftliche Wachstum** und damit
3. die **geringeren jährlichen Zunahmen der Einkommen**.

Folge: Bei steigenden Rentenausgaben und zurückbleibendem Beitragsaufkommen müssen entweder **neue Finanzierungsquellen** (Erhöhung der Beiträge oder der Staatszuschüsse usw.) **erschlossen** oder aber das **bisherige System der Brutto-lohnfestsetzung und -anpassung** der Renten **geändert werden**. Die beste Lösung dafür wäre die „**Nettolohnorientierung der Renten**“.

Der Hintergrund: Die Einführung der dynamischen Rente im Jahr 1957 sollte sicherstellen, daß die Rentner ihren Lebensstandard halten und an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben können: Durch – vereinfacht ausgedrückt – die Berechnung der Renten in Abhängigkeit vom jeweiligen, annähernd aktuellen, Brutto-lohn- und -gehaltsniveau und die jährliche Anpassung der Renten an die Entwicklung der Bruttoarbeitsentgelte.

Der sozialpolitisch gewollte **Gleichschritt von Arbeits- und Renteneinkommen** ist aber nur gegeben, wenn sich die Abgabenquote (Steuer-, Sozialabgaben) der „Aktiven“ nicht

verändert, d. h. der Abstand zwischen Brutto- und Nettoeinkommen gleich bleibt. Steigt dagegen die Abgabenquote wie in den vergangenen Jahren, dann verringert sich zwangsläufig der Abstand zwischen Nettolöhnen und Renten.

Folge: Die Renteneinkommen rücken immer näher an die Nettoeinkommen der „Aktiven“ heran, d. h. die Verbesserung des Lebensstandards ist bei den Rentnern größer als bei den Beschäftigten. **Anders ausgedrückt: Das Netto-Rentenniveau** (= Durchschnittsrente nach 40 oder 45 Versicherungsjahren in Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens der Erwerbstätigen) **steigt überproportional** und würde langfristig das verfügbare Einkommen der Aktiven erreichen und überflügeln.

Diese Tendenz ist bereits heute deutlich erkennbar: Die durchschnittlichen Altersrenten sind von 1957-77 mit + 328% wesentlich stärker gestiegen als die Nettoarbeitsentgelte (+ 296%). Setzt sich dieser Trend fort, dann ist ein Konflikt zwischen den Zielen „soziale Sicherheit“ und „soziale Gerechtigkeit“ absehbar. Denn die **Finanzierung der steigenden Renten** ist aufgrund der gegebenen Umstände (Verschlechterung der Altersstruktur, geringes Wirtschaftswachstum, hohe Staatsverschuldung) **längerfristig nur über steigende Belastungen der Erwerbstätigen möglich**.

Um den Gleichschritt von Arbeits- und Renteneinkommen herzustellen und die Lasten zwischen Erwerbstätigen und Rentnern in Zukunft gerecht zu verteilen, hat der Augsburger Sozialwissenschaftler Prof. Dr. Lampert eine **nettolohnbezogene Rentenformel** entwickelt. Sie ist weitgehend **identisch mit der bisherigen Brutto-Formel**, die aber um einen sogenannten **Korrekturfaktor ergänzt wird**. **Dieser Korrekturfaktor gibt an, um wieviel Prozent die Bruttoarbeitsentgelte mehr (oder weniger) gestiegen sind als die Nettoarbeitsentgelte**.

Anders ausgedrückt: Von der nach der Bruttoformel errechneten Rente wird lediglich der Prozentsatz abgezogen (oder aufgerechnet) um den die Brutto- den Nettoeinkommen davongeeilt sind. **Beispiel:** Nach der brutto-lohnbezogenen Anpassungsformel erhielten die Versicherten im Jahre 1977 eine Rentenerhöhung von 9,9%. Nach der nettolohnbezogenen „Lampert-Formel“ dagegen hätte die Erhöhung der Renten nur 9,5% betragen. Der Unterschied ist also verhältnismäßig gering.

Die wesentlichen Vorteile der Lampert-Formel:

1. Der sozialpolitisch angestrebte Gleichschritt von Arbeits- und Renteneinkommen wird hergestellt.
2. Das Verhältnis von Beitragsleistung und Rentenhöhe („Äquivalenzprinzip“) bleibt erhalten.
3. Das Rentenniveau sinkt nicht ab, lediglich der Anstieg wird gebremst.
4. Für die Errechnung der Neu- wie für die Anpassung der laufenden (Bestands)renten gilt, wie bisher, eine Bestimmungsgroße.
5. Durch die Anpassung der Renten nach der Netto-Formel würden die Rentenversicherungsträger finanziell ganz erheblich entlastet und damit das ganze System langfristig auf eine solide Grundlage gestellt: Wären die Renten ab 1969 nach der Nettoformel von Lampert angepaßt worden, hätte die Rentenversicherung bis 1977 schon rund 20,9 Mrd. DM sparen können.

Die längerfristige finanzielle Entlastung der Versicherungsträger würde zwangsläufig auch den **Anpassungsdruck bei den Beitragssätzen vermindern**, der sich in Betracht des absehbaren „Beitragszahlertals“ abzeichnet.

Bliebe dagegen alles beim alten, müßte nach Expertenschätzungen der Beitragssatz der Rentenversicherung bis 2035 auf 35% (z. Zt. 18%) erhöht werden – eine utopische Vorstellung.

Fazit: Die „Lampert-Formel“ folgt einem mittleren Weg. Sie verteilt die steigenden Altenlasten gleichmäßiger auf Erwerbstätige und Rentner. Die Rentner werden weder absolut noch relativ gegenüber den Erwerbstätigen schlechter gestellt. Was geschieht, ist lediglich die Herstellung des Gleichschritts der verfügbaren Einkommen der Erwerbstätigen und der Renteneinkommen. Das Nettoprinzip entspricht dabei sowohl der Bedarfs- als auch der Leistungsgerechtigkeit. Ebenso erfüllt die neue Formel alle Kriterien einer Rentenreform: Sicherheit der Finanzen; soziale Gerechtigkeit; Beteiligung der Rentner an der Wohlstandsentwicklung; Berechnung und Anpassung der Renten nach einer festen Formel, die politische Manipulierbarkeit soweit als möglich ausschließt.

Arbeitsgerichtliche Entscheidungen

Neue Rechtssprechung zum Urlaubsrecht

Zwei neue Urteile des Bundesarbeitsgerichts führen zu einer wesentlichen Abänderung der bisherigen Rechtsprechung. Das eine Urteil (vom 28.01.1982 – 6 AZR 571/79) befaßt sich mit der Frage, ob ein Arbeitnehmer noch Anspruch auf Erholungsurlaub hat, falls er infolge Krankheit im Urlaubsjahr nur eine geringe Arbeitsleistung erbracht hat. Das BAG kommt in dieser zitierten Entscheidung zu der Auffassung, daß die bisherige Rechtsprechung, die auf Urteile des 1. Senates begründet ist, und die einen Anspruch auf Erholungsurlaub versagt hat, falls ein Arbeitnehmer im betreffenden Urlaubsjahr weniger gearbeitet hat als ihm an Urlaubstagen zusteht, nicht dem Bundesurlaubsgesetz entspricht. Da der Urlaubsanspruch nach dem Bundesurlaubsgesetz lediglich an das Bestehen des Arbeitsverhältnisses und an das Verstreichen der Wartezeit geknüpft sei, könne weder aus dem Gesichtspunkt des fehlenden Erholungsbedürfnisses noch aus den Grundsätzen von Treu und Glauben bzw. der Verwirkung ein anderes Ergebnis abgeleitet werden.

Während das BAG also in dieser Frage zu Ungunsten des Arbeitgebers entschieden hat, enthält das Urteil des Bundesarbeitsgerichtes vom 13.05.1982 (6 AZR 12/80, 360/80 und 584/80) neue Grundsätze zur Frage des Verfalles von Urlaubsansprüchen. Danach besteht der Anspruch eines Arbeitnehmers gegen den Arbeitgeber auf Gewährung von Erholungsurlaub nur jeweils während des Kalenderjahres sowie bei Vorliegen besonderer gesetzlicher Merkmale bis zum Ende des sogenannten Übertragungszeitraums am 31. März des folgenden Jahres. Mit Ablauf des Kalenderjahres bzw. mit Ende des Übertragungszeitraums erlischt dieser Anspruch. Daran ändert sich nichts, wenn ein Arbeitnehmer infolge lang dauernder Arbeitsunfähigkeit gehindert war, den Urlaub vor Ablauf des Kalenderjahres bzw. des Übertragungszeitraums zu nehmen. Auch in einem solchen Fall ist der Urlaubsanspruch in seinem Bestand auf die genannten Zeiträume beschränkt, es sei denn, daß die Arbeitsunfähigkeit des Arbeitnehmers vom Arbeitgeber zu vertreten ist. Ist danach der Urlaubsanspruch in natura verfallen, besteht auch kein Abgeltungsanspruch mehr.

Betrachtet man beide Urteile in ihrer Wirkung, so muß man wohl zu dem Schluß gelangen, daß das BAG im Hinblick auf rechtsdogmatische Bedenken die Frage des

Rechtsmißbrauches nunmehr anders entschieden hat, aber gleichzeitig wenigstens teilweise durch die Neuregelung der Verfallbarkeit die sich aus der ersten Entscheidung ergebenden Folgen wieder relativiert hat. Sollten sich im Einzelfalle Zweifelsfragen ergeben, wenden Sie sich bitte an unsere Rechtsabteilungen.

LGA-Stenogramm Juli 1982

1.7.

Eröffnung und Empfang zur ELTEC 1982

Feierstunde aus Anlaß des 65. Geburtstages von Prof. Rodenstock

2.7.

Mitgliederversammlung des Landesverbandes des Bayerischen Baustoffhandels, Nürnberg

8.7.

Gesellschafterversammlung der Garantiegesellschaft für die mittelständische Wirtschaft in Bayern

Interessenten-Aussprache unter Anwesenheit der Planungsbehörden für ein Großhandelszentrum in München

12.7.

Bayerischer Wirtschaftstag mit einem Referat von Konsul Senator Braun über Fragen der Berufsbildung
Sitzung des Verwaltungsrates der Kreditgarantiegemeinschaft

14.7.

Sitzung des Berufsbildungsausschusses im LGA
Jahresversammlung des Landesverbandes der Bayerischen Industrie

15.7.

Besprechung im Wirtschaftsministerium über die Vorbereitungen zur zweiten Untersuchungsstufe über die Anwendung von Bildschirmtext im Großhandel

19.7.

Besprechung von Grundsatzfragen der Zusammenarbeit mit dem Leiter des Bildungswerks der Bayerischen Wirtschaft

Aussprache über Wirtschaftsprobleme mit einem Repräsentanten der Bundeswehrhochschule

20.7.

Berufsbildungsveranstaltung und Diskussionstag über die Phasenunterrichtung

22.7.

Empfang aus Anlaß des 60. Geburtstages unseres Präsidialmitgliedes Rudolf Schmidt, Augsburg

28.7.

Gesellschafterversammlung der Kreditgarantiegemeinschaft für den Handel in Bayern
Sitzung des Garantieausschusses

29.7.

Sitzung des Bürgschaftsausschusses der Kreditgarantiegemeinschaft

Interne Feier aus Anlaß des 75. Geburtstages unseres ehemaligen Hauptgeschäftsführers, Herrn Rolf Pfrang

Lohnfortzahlung bei mehrfacher Arbeitsunfähigkeit

Ein Arbeitnehmer war vom 5.9. bis 3.11. wegen eines Bandscheibenleidens arbeitsunfähig krank gewesen. Am 3.11. suchte er seinen Arzt auf, erlitt aber gegen 23.30 Uhr des gleichen Tages einen Unfall, bei dem er sich eine Gehirnerschütterung zuzog. Er war aus diesem Grunde vom 4. bis 21.11. wiederum arbeitsunfähig. Der Arbeitgeber, welcher wegen der Bandscheibengeschichte bereits die sechs Wochen Lohnfortzahlung voll erfüllt hatte, weigerte sich nun, die Lohnfortzahlung erneut aufzunehmen. In einem Rechtsstreit, welchen der Versicherungsträger gegen die Firma angestrengt hatte, stellte nunmehr das **Bundesarbeitsgericht** in seinem Urteil vom 2.12.1981 – 5 AZR 89/80 – (DB 1982, S. 601) folgende Leitsätze auf:

Der Anspruch eines Arbeiters auf Lohnfortzahlung ist auch dann auf sechs Wochen seit Beginn der Arbeitsunfähigkeit begrenzt, wenn während bestehender Arbeitsunfähigkeit eine neue Krankheit hinzutritt, welche ebenfalls zur Arbeitsunfähigkeit führt.

In diesem Fall kann der Arbeiter bei entsprechender Dauer der durch beide Erkrankungen verursachten Arbeitsverhinderung die Sechs-Wochen-Frist nur einmal in Anspruch nehmen.

Zwei selbständige Verhinderungsfälle liegen jedoch vor, wenn ein Arbeiter (entsprechendes gilt auch für Angestellte) zwischen zwei Krankheiten entweder tatsächlich arbeitet oder wenn er zwischen den beiden Krankheiten zwar arbeitsfähig war, tatsächlich aber nicht arbeiten konnte, weil er nur für wenige, außerhalb der Arbeitszeit liegende Stunden arbeitsfähig war.

Über die Dauer der Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit und damit über das Ende des Verhinderungsfalles entscheidet der Arzt.

Enthält die ärztliche Bescheinigung nur die Angabe eines Kalendertages, so wird in der Regel Arbeitsunfähigkeit bis zum Ende der vom erkrankten Arbeiter üblicherweise an diesem Kalendertag zu leistenden Arbeitsschicht bescheinigt.

Kündigung älterer Arbeitnehmer und Erstattungspflicht gegenüber dem Arbeitsamt

Aufgrund verschiedener Anfragen in der Vergangenheit möchten wir noch einmal auf die ab 01.01.1982 geltende Vorschrift des § 128 des Arbeitsförderungsgesetzes hinweisen. Diese Vorschrift lautet:

§ 128

(1) Der Arbeitgeber, bei dem der Arbeitslose innerhalb der Rahmenfrist mindestens zwei Jahre in einer der Beitragspflicht begründenden Beschäftigung gestanden hat, stattet der Bundesanstalt vierteljährlich das Arbeitslosengeld für die Zeit nach Vollendung des 59. Lebensjahres des Arbeitslosen, längstens für dreihundertzwölf Tage. Dies gilt nicht, wenn der Arbeitgeber nachweist, daß

1. das Arbeitsverhältnis weniger als zehn Jahre gedauert hat,
2. der Arbeitslose das Arbeitsverhältnis durch Kündigung beendet und weder eine Abfindung noch eine Entschädigung oder ähnliche Leistung wegen der Beendigung des Arbeitsverhältnisses erhalten oder zu beanspruchen hat,

3. er das Arbeitsverhältnis durch Kündigung wegen vertragswidrigen Verhaltens des Arbeitslosen beendet hat oder

4. er bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses berechtigt war, das Arbeitsverhältnis aus wichtigem Grunde ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu kündigen.

(2) Soweit nach Absatz 1 Arbeitslosengeld zu erstatten ist, schließt dies die auf diese Leistung entfallenden Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung ein.

(3) Konzernunternehmen im Sinne des § 18 des Aktiengesetzes gelten als ein Arbeitgeber. Der Erstattungsanspruch richtet sich gegen den Arbeitgeber, bei dem der Arbeitnehmer zuletzt in einem Arbeitsverhältnis gestanden hat.

(4) Die Erstattungspflicht nach Absatz 1 entfällt, wenn der Arbeitgeber nachweist, daß die Erstattung für ihn eine unzumutbare wirtschaftliche Belastung bedeuten würde. Eine solche Belastung liegt insbesondere vor, wenn die Erstattung die Existenz des Betriebes gefährden könnte oder wenn zur Fortführung des Betriebes öffentliche Kredite oder Bürgschaften geleistet oder wegen grundlegender Betriebsänderungen öffentliche Anpassungshilfen gewährt werden. Auf Antrag des Arbeitgebers entscheidet das Arbeitsamt im voraus, ob für die Beendigung einer bestimmten Zahl von Arbeitsverhältnissen die Voraussetzungen nach Satz 1 gegeben sind. Die Entscheidung wird für die geplante Beendigung von Arbeitsverhältnissen innerhalb eines Zeitraums von höchstens zwölf Monaten frühestens sechs Monate vor Beginn dieses Zeitraumes getroffen.

(5) §§ 146 und 152 Abs. 2 gelten entsprechend.

Nach dieser Vorschrift muß also ein Arbeitgeber, der sich von einem Arbeitnehmer nach einer Betriebs- oder Konzernzugehörigkeit von mindestens zehn Jahren trennt, der Bundesanstalt die dem Arbeitnehmer für die Zeit nach Vollendung des 59. Lebensjahres gezahlten Leistungen (Alg/Alhi/Uhg) und die darauf entfallenden Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung längstens für 312 Tage grundsätzlich erstatten. Für die Arbeitslosenhilfe gilt dies nur, wenn das Arbeitsverhältnis nicht vor Vollendung des 58. Lebensjahres des Arbeitslosen beendet worden ist.

Die Erstattungspflicht setzt weder voraus, daß dem Arbeitnehmer eine Abfindung zugestanden wurde, noch, daß die Lösung des Arbeitsverhältnisses im Rahmen einer Betriebsvereinbarung oder sonstigen kollektiven Regelung erfolgte. Auch auf die Art der Lösung des Arbeitsverhältnisses kommt es dem Grundsatz nach nicht an.

Die Erstattungspflicht besteht jedoch nicht, soweit der Arbeitnehmer das Arbeitsverhältnis ohne Abfindung durch eigene Kündigung beendete, sein vertragswidriges Verhalten die Arbeitgeberkündigung veranlaßte oder der Arbeitgeber berechtigt war, das Arbeitsverhältnis aus wichtigem Grunde fristlos zu kündigen.

Die Erstattungspflicht entfällt, wenn die Erstattung für den Arbeitgeber eine unzumutbare wirtschaftliche Belastung bedeuten würde. Hierüber hat das Arbeitsamt auf Antrag des Arbeitgebers unter bestimmten Voraussetzungen im voraus zu entscheiden.

Zu erstatten ist das für die Zeit nach Vollendung des 59. Lebensjahres des Arbeitslosen gewährte Arbeitslosengeld einschließlich des Alg für den 59. Geburtstag. Erstattungspflicht kommt auch in Betracht, wenn der Arbeitslose erst während des Leistungsbezuges 59 Jahre alt wird. Daher sind auch Leistungsbezüge von etwas jüngeren Arbeitslosen unter dem Gesichtspunkt des § 128 AFG zu beachten.

Präsident Walter Braun Kuratoriumsmitglied

Die Mitgliederversammlung des IFO-Instituts hat Präsident Walter Braun für weitere drei Jahre als Mitglied des Kuratoriums bestätigt.

Herzliche Glückwünsche!

Kündigungsmöglichkeit bei zahlreichen Lohnpfändungen

Ersichtlich erstmals hat nun auch das **Bundesarbeitsgericht** zu der grundsätzlichen Frage Stellung genommen, ob das Vorliegen mehrerer Lohnpfändungen oder Lohnabtretungen eine ordentliche Kündigung des Arbeitsverhältnisses seitens des Arbeitgebers rechtfertigt oder nicht. In seinem Urteil vom 4. 11. 1981 – 7 AZR 264/79 – (DB 1982, S. 489) kam der Senat zu dem Ergebnis, daß allenfalls in extrem gelagerten Einzelfällen der Betrieb auf eine erhebliche Verschuldung des Arbeitnehmers mit einer Lösung des Arbeitsverhältnisses reagieren darf. Hier die wichtigsten Sätze aus der Entscheidung:

Der Arbeitgeber kann erst dann eine ordentliche Kündigung aussprechen, wenn im Einzelfall zahlreiche Lohnpfändungen einen derartigen kosten- und arbeitsmäßigen Aufwand verursachen, daß dies nach objektiver Beurteilung zu wesentlichen Störungen im Arbeitsablauf oder in der betrieblichen Organisation führt.

Da dieser Aufwand nicht allein von der Anzahl der Pfändungen, sondern vielmehr von einer Vielzahl weiterer Faktoren abhängt, ist jegliche schematische, allein auf die Anzahl der Lohnpfändungen abzustellende Betrachtungsweise verfehlt.

Für das Vorliegen einer wesentlichen Störung des betrieblichen Ablaufes oder der betrieblichen Organisation in Folge der Bearbeitung von zahlreichen Lohnpfändungen ist der Arbeitgeber in vollem Umfang darlegungs- und beweispflichtig.

Er genügt ihr nur dann, wenn er im einzelnen das genaue Ausmaß und die Art des durch zahlreiche Pfändungen verursachten Arbeitsaufwandes sowie die hierdurch bedingten wesentlichen Störungen des betrieblichen Ablaufes oder der betrieblichen Organisation vorträgt.

Aber auch dann bedarf es weiterhin einer umfassenden Abwägung der Interessen beider Arbeitsvertragsparteien.

Hierbei können auf Arbeitgeberseite insbesondere die Art und das Ausmaß des Arbeitsaufwandes sowie die Größe und Struktur des Betriebes berücksichtigt werden.

Auf Arbeitnehmerseite können insbesondere die Anzahl der Lohnpfändungen im Verhältnis zur Dauer der Betriebszugehörigkeit, das Lebensalter, die Unterhaltspflichten, die Wiedereinstellungsaussichten des Arbeitnehmers und das Vorliegen einer finanziellen Notlage in die Interessenabwägung einbezogen werden.

Wie es weiterhin im Urteil heißt, müsse bei der Gesamtbetrachtung das Aufeinandertreffen von Forderungen mit verschiedener Rangfolge, das Zusammentreffen von Pfändungen mit Abtretungen, die Höhe der einzelnen Verbindlichkeiten, die zeitliche Abfolge der Pfändungen, die Ein-

beziehung des Arbeitgebers in Drittschuldnerprozesse, das Vorhandensein einer Rechtsabteilung, die Notwendigkeit der Inanspruchnahme von betriebsexternen Personen oder Institutionen mit in die Gesamtbeurteilung einbezogen werden. Im vorliegenden Falle hatte es der Mitarbeiter fertiggebracht, innerhalb von fünf Jahren nicht weniger als 20 Abtretungen und Pfändungen zu seinen Lasten auflaufen zu lassen. Das Bundesarbeitsgericht kam dabei zu dem Ergebnis, daß die ordentliche Kündigung selbst dann nicht sozial gerechtfertigt sein könne, wenn die Bearbeitung eines einzigen Pfändungsvorgangs jeweils einen halben Arbeitstag beansprucht, wie dies der unstrittige Sachverhalt ausweist. Im Ergebnis ist deshalb davon auszugehen, daß grundsätzlich Lohnpfändungen – entgegen der bisherigen überwiegenden Auffassung in Rechtsprechung und Schrifttum – nicht mehr als hinreichender Grund für eine ordentliche und fristgerechte Lösung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeitgeber herangezogen werden können, da der hier aufgezeigte Belastungsrahmen doch wohl nicht alltäglich und an der Obergrenze einer Verschuldung überhaupt angesiedelt sein dürfte. Völlig unbeachtet läßt das Bundesarbeitsgericht aber auch das große Haftungsrisiko des Arbeitgebers, welchem er auch bei sorgfältigster Bearbeitung der eingehenden Lohnpfändungen oder Abtretungen stets ausgesetzt ist. Die Gefahr, sich mit Pfändungsgläubigern um den Vorrang ihrer Forderungen herumstreiten zu müssen, blieb ebenso außerhalb des Gedankenbereichs des Senats, wie die menschlich nur zu verständliche Reaktion des Schuldners, der unter diesen Aspekten auf Jahre hinaus gezwungen ist, ausschließlich ein dem Existenzminimum entsprechendes Entgelt für seine Arbeit zu erhalten, was bestimmt nicht zu freudiger Arbeitsleistung anspornen dürfte.

Außenhandel

Reise einer BGA-Delegation nach Jugoslawien

BGA-Präsident Hartwig hat die Einladung des Präsidenten der jugoslawischen Wirtschaftskammer angenommen, an der Spitze einer BGA-Delegation Jugoslawien zu besuchen. Die Reise soll vor allem der Ausweitung der jugoslawischen Exporte in die Bundesrepublik Deutschland dienen.

Als **Termin** ist der **11. – 16. Oktober 1982** vorgesehen.

Zum Ablauf ist vereinbart worden, daß die gesamte Delegation, die etwa 15 – 20 Teilnehmer umfassen sollte, am 11. Oktober in Belgrad eintrifft, wo Gespräche mit den Präsidenten der Wirtschaftskammer und der Zentralnotenbank und ein Empfang durch den Ministerpräsidenten stattfinden sollen.

Daran anschließen sollen sich für zwei bis drei Tage landesweit Einzelprogramme, die von der Wirtschaftskammer den Importwünschen der deutschen Teilnehmer entsprechend organisiert werden.

Gemeinsamer Rückflug am 16. Oktober von Zagreb.

Die Reise- und Hotelkosten müßten die deutschen Teilnehmer tragen; die Organisation hat die jugoslawische Wirtschaftskammer übernommen.

Interessenten sollten sich möglichst bald mit uns in Verbindung setzen.

Ministerpräsident Strauß stimmt einer Intervention von Präsident Braun zu

In einem Schreiben an Ministerpräsident Strauß hatte Präsident Braun schwere Bedenken gegen die Verwirklichung Bonner Pläne zur Beseitigung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Bewirtungsspesen erhoben. In seinem Schreiben hatte Braun u. a. ausgeführt, daß Bewirtungen für die Anbahnung und Pflege von Geschäftsbeziehungen gerade auch in einer wirtschaftlich ungünstigen Zeit wichtig sind. „Ich halte es deshalb für falsch, in diesem Punkt den Rotstift anzusetzen. Es kommt hinzu, daß eine solche Maßnahme auch im Hinblick auf die steuerliche Systematik schwer zu rechtfertigen wäre; denn Bewirtungen erfüllen für den Unternehmer im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit einen wärmenden Zweck, der auf andere Weise nicht zu erreichen ist. Ich halte deshalb die steuerliche Anerkennung solcher Ausgaben im Rahmen der Gewinnermittlung für sachlich zwingend“.

Wie auch einer entsprechenden Rundfunkmeldung zu entnehmen war, hat sich Ministerpräsident Strauß in einem ausführlichen Schreiben an Präsident Braun mit der Gesamtsystematik der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Bewirtungsspesen auseinandergesetzt. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung dieses Themas geben wir Ihnen nachstehend den an Präsident Braun gerichteten Brief im vollen Wortlaut bekannt:

Sehr geehrter Herr Senator!

Für Ihr Schreiben vom 2.7. 1982 danke ich Ihnen. Ich stimme Ihnen zu, daß die Verwirklichung der Pläne der liberal-sozialistischen Koalition in Bonn, die steuerliche Abzugsfähigkeit von Bewirtungsspesen zu beseitigen, die Gastronomie schwer treffen würde. Die Gastronomie wäre damit ein weiterer Bereich, der unter der verfehlten Steuerpolitik der SPD/FDP-Koalition zu leiden hätte. Gottlob konnte das Vorhaben bereits im Vorfeld erstickt werden. Ich versichere Ihnen, daß ich allen Bestrebungen, die auf eine Beseitigung der steuerlichen Abzugsfähigkeit der Bewirtungsspesen abzielen, entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen werde.

Eine solche Maßnahme würde ohne Zweifel auch zu einer empfindlichen Belastung der Unternehmen führen. Ich brauche Ihnen gegenüber wohl nicht zu betonen, daß ich gegen weitere Steuererhöhungen jeder Art bin, weil bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Grenze der Belastbarkeit erreicht, die Leistungsbereitschaft erschöpft und die unternehmerische Leistungs-, Investitions- und Innovationsfähigkeit ernsthaft gefährdet sind.

Die in Bonn noch regierende Koalition aus SPD und FDP treibt seit ihrer Machtübernahme im Jahre 1969 eine verhängnisvolle Steuerpolitik. Die Abgabenquote stieg von 33,6% im Jahre 1969 auf 40,9% im Jahre 1981. Trotz des massiven Drehens an der Steuer- und Abgabenschraube ist es der Bundesregierung nicht gelungen, ihre Finanzen in Ordnung zu halten. Das Jahr 1981 brachte mit etwa 40 Milliarden DM Nettokreditaufnahme beim Bund einen neuen Rekord. 1981 brachte aber auch „Rekorde“ bei den Arbeitslosenzahlen, bei den Unternehmenszusammenbrüchen und bei der Inflationsrate. Der Hauptgrund für diese verfehlte Politik liegt in der Tatsache, daß verteilungspolitische Ziele in den Entscheidungen des größeren Koalitionspartners SPD regelmäßig Vorrang vor wachstumspolitischen Zielen haben. Ich betone jedoch immer wieder, daß es Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik sein muß, den Strukturwandel zu fördern. Es ist die strukturelle Umstellung auf zukunfts-trächtige und exportfähige Produktionszweige zu erleichtern, und es sind solche Investitionen zu unterstützen, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft verbessern. Hierfür ist eine langfristig orientierte Steuerhilfe geboten.

Ich werde mich auch weiterhin für eine ermutigende Ertragslage der Unternehmen einsetzen, weil der Gewinn Voraussetzung für Investitionsbereitschaft und Investitionsfähigkeit ist. Es darf nicht so weit kommen, daß das vom Unternehmer eingesetzte Kapital eine geringere Rendite bringt, als etwa die risikolose Geldanlage auf der Bank.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

F. J. Strauß

Berufsausbildung und -förderung

Start in den Beruf

Informationen für Berufsanfänger bietet der Deutsche Instituts-Verlag GmbH für Auszubildende aller Branchen, Schüler vor dem Start in den Beruf, Ausbilder und Mitarbeiter in den Personalabteilungen. Sie erfahren einiges über die Spielregeln im Beruf, deren Kenntnis den Wechsel von der Schule in den Beruf wesentlich erleichtert. Junge Auszubildende müssen sich auf sehr viel Neues einstellen: Auf gänzlich andere Anforderungen, auf die betriebliche Umgebung, auf den Berufsalltag. Deshalb ist es notwendig, bereits beim Start die Antworten auf einige elementare Fragen in der Hand zu haben – in Form der Broschüre „Start in den Beruf“.

Der Inhalt umfaßt folgende Punkte:

- Berufsausbildung im Betrieb und in der Berufsschule
- Die ersten Ausbildungstage
- Der Ausbilder ist der Partner

- Wie funktioniert ein Betrieb?
- Die zwei Seiten des Ausbildungsvertrages
- Berufsschulunterricht
- Warum Probezeit?
- Arbeitssicherheit und Unfallverhütung
- Wie geht es weiter?

Die Broschüre ist zu bestellen beim Librex, Buchvertrieb der Deutschen Wirtschaft GmbH, Postfach 510764, 5000 Köln 51. Mindestabnahme ist 5 Exemplare, je Exemplar DM 2,80. Staffelpreise.

Schon heute notieren:

Verbandstag
Mittwoch, 29.6.1983

in der Meistersingerhalle Nürnberg

Personalien

Wir betrauern

Herbert Haupt

Im Alter von 74 Jahren verstarb Herr **Herbert Haupt**, Firmengründer und Seniorchef der gleichnamigen Sanitär-Großhandlung Herbert Haupt KG in Schweinfurt.



Nach einer fundierten Ausbildung in namhaften Betrieben in Dresden und Erfurt siedelte er im Jahre 1929 nach Würzburg über. Sein berufliches Können und Fachwissen ließ die Schweinfurter Stadtväter und die Industrie an ihn herantreten, im zerstörten Nachkriegs-Schweinfurt im Jahre 1947 eine Fachgroßhandlung für den Sanitären Installationsbedarf zu gründen.

Die junge Firma nahm einen bemerkenswerten Aufschwung und so konnten bereits im Jahre 1952 in Bad Neustadt und im Jahre 1955 in Würzburg Zweigniederlassungen eröffnet werden. Nach vorübergehendem Aufenthalt in Geschäftsräumen Am oberen Marienbach bezog die Firma im Jahre 1976 ein großräumiges neuerbautes Betriebsgebäude mit modernen Ausstellungsräumen im Gewerbegebiet Süd.

Über alle Schwierigkeiten hinweg hat Herr Herbert Haupt alle Probleme eines gewerblichen Mittelbetriebes vorbildlich gelöst. Dienst am Kunden, soziales Verständnis und besondere Fürsorge für alle Mitarbeiter seines Unternehmens – 130 Personen an der Zahl – waren die tragenden Säulen seines bemerkenswerten unternehmerischen Wirkens. Daneben zeigte er sich auch allen Fragen und Problemen der Wirtschaft und Umwelt immer aufgeschlossen und sein Rat wurde in verschiedenen Gremien geschätzt.

Aus gesundheitlichen Gründen übertrug der Verstorbene zu Beginn dieses Jahres die Geschäftsführung seinen beiden Söhnen. Leider war ihm nur ein kurzer beschaulicher Lebensabend vergönnt.

Wir gratulieren

Herrn **Bernhard Amschler**, Diplom-Kaufmann, Gesellschafter unserer Mitgliedsfirma Amschler & Schlosser oHG, Großhandel mit Baumaschinen, Baugeräten, Bauwerkzeugen und Baueisenwaren. Herr Amschler wird mit Wirkung vom 17. Dezember an auf die Dauer von weiteren drei Jahren zum Handelsrichter am Landgericht Nürnberg-Fürth wiederernannt.

Unsere Glückwünsche gelten auch Herrn Diplom-Kaufmann **Dieter Streng**, Geschäftsführer unserer Mitgliedsfirma Baustoff Union GmbH in Fürth-Dambach, der mit Wirkung vom 21. Oktober ebenfalls auf die Dauer von drei Jahren zum Handelsrichter am Landgericht Nürnberg-Fürth wiederernannt wird.

Martin Bauer – 80 Jahre alt

Am 24. August 1982 vollendete Herr **Martin Bauer**, Firmengründer einer der heute, auch international gesehen, bedeutendsten Firmen auf dem Kräutertee-, Drogen- und Vegetabilien-Sektor in Vestenbergsgreuth, seinen 80. Geburtstag.

Der Jubilar kann in diesen acht Jahrzehnten auf ein bewegtes Leben zurückblicken. Seine Eltern waren Landwirte und betrieben nebenbei einen Handel mit selbst hergestellten Holzschuhen und Holzpantoffeln. Er selbst war noch zusammen mit ihnen auf allen Märkten, die früher in den Marktgemeinden abgehalten wurden und zwar in einer Umgebung mit einem Radius von ca. 50 km.

Gleichzeitig widmete er sich in den Jahren von 1927 an auf den eigenen Grundstücken dem Anbau von Sonderkulturen, darunter vorwiegend Pfefferminze, Kamille, Baldrian, Ringelblumen, Eibisch und vielen weiteren Sorten. Neben dem Anbau selbst ergriff er selbst die Initiative die Kräuter zu verkaufen. Zuerst waren es die eigenen Erzeugnisse, später kamen aber auch die Produkte der Nachbarn und anderen Anbauer hinzu. 1930 gründete dann Martin Bauer eine eigene Firma „Martin Bauer, Heilpflanzenanbau und Verarbeitung“. Später kam die Bezeichnung „Spezialität fränkische Mitcham, Pfefferminze und fränkische Kamillenblüten“ hinzu. Die ersten Kunden waren damals Apotheken, Drogerien und Reformhäuser.



Aus diesen so kleinen und natürlichen Anfängen heraus entstand dann nach und nach das heutige Familien-Unternehmen Martin BAUER KG.

Halbe Sachen gab es nicht im Leben des Martin Bauer, sein Engagement war immer 100%ig. Trotzdem hat er es geschafft, sich all das zu erhalten, was ihm Freude brachte und das Leben lebenswert machte. Ungewöhnliche Aktivitäten entwickelte er auf dem kommunalpolitischen und kirchlichen Sektor.

So war er 22 Jahre 1. Bürgermeister der Marktgemeinde Vestenbergsgreuth von 1956 bis 1978. Seit 1960 ist er Mitglied des Kreistages des Landkreises Erlangen-Höchststadt/Aisch. Heute ist er Senior im Kreistag, außerdem Mitglied vieler Kreisausschüsse. Darüber hinaus gehört er dem Verwaltungsrat der Kreissparkasse seit 1972 an und erfüllte das Amt des Vorsitzenden der Buchungs- und Realsteuerstelle Höchstadt/Aisch von 1966 bis 1977.

Von 1946 bis 1956 war er verantwortlich in der Geschäftsführung der Raiffeisenkasse Vestenbergsgreuth tätig. Ab 1956 zunächst Mitglied des Vorstands, später Aufsichtsratsmitglied dieses Instituts. Insgesamt war Martin Bauer über 50 Jahre nebenberuflich im Dienste der Raiffeisenkasse, wo er im Jahre 1975 für eine 50jährige Tätigkeit geehrt wurde.

Außerdem ist Martin Bauer seit 1925 dem Gesangsverein „Liederkrantz“ Markt Vestenbergsgreuth als aktives Mitglied beigetreten, d. h. er ist 57 Jahre lang aktiver Sänger. Von 1952 bis 1977 war er 1. Vorstand und ab 1977 Ehrenvorstand dieses Gesangsvereins.

Aus seiner Tätigkeit als 1. Bürgermeister in Markt Vestenbergsgreuth ist hervorzuheben, der Bau der Christuskirche im Jahre 1959, der Bau einer Verbandsschule 1968, die Renovierung der beiden alten Schulhäuser, die Verschönerung des Ortsbildes mit Überdeckung des Sechselbaches, der Bau von zwei Löschbecken für den Feuerschutz, die Erschließung von zwei Bebauungsgebieten, der Bau der Ortskanalisation mit Kläranlage im Jahre 1976, der staubfreie Ausbau sämtlicher Ortsstraßen und Verbindungswege sowie die Förderung der ortsansässigen Industriebetriebe und Neuansiedlungen.

Nicht vergessen werden soll seine Tätigkeit als Mitglied des Kirchenvorstands der evang.-luth. Kirche in Schornweisach-Vestenbergsgreuth.

Jede dieser Aufgaben erfüllte Martin Bauer mit voller Kraft. Er machte jede Schwierigkeit, die an ihn herangetragen wurde, zu seinem ganz persönlichen Problem und setzte sich auch entsprechend dafür ein.

Daneben arbeitete er Tag und Nacht für sein Unternehmen und seine Branche. Aus diesem Grund bekleidete er das Amt des Ausschußmitgliedes im Deutschen Heil- und Gewürzpflanzenverband in München von 1930 bis 1940. Außerdem war er Obmann des Ortsverbandes der Heil- und Gewürzpflanzenanbauer. Seit 1920 betätigte sich Martin Bauer aktiv im Genossenschaftsleben. Damals führte er bei der Spar- und Darlehenskasse Vestenbergsgreuth die Lagerhaltung sowie die Saatgutreinigungsanlage und Schrotrei ein.

Martin Bauer erkannte sehr schnell, daß der Tee-Aufgußbeutel auch für Kräutertees eine große Zukunft haben würde und handelte entsprechend. Die Herstellung von Kräutertee-Feinschnitten für fremde Abpacker wurde begonnen. Heute gehört das mit modernsten technischen Einrichtungen ausgerüstete Unternehmen zu den führenden Kräuterteeverarbeitungsbetrieben.

So nimmt es nicht Wunder, daß Martin Bauer für seinen Einsatz und seine Tätigkeit im öffentlichen Leben sowohl vom Freistaat Bayern als auch von der Bundesrepublik Deutschland durch Verleihung der Medaille für besondere Verdienste und das Bundesverdienstkreuz am Bande geehrt wurde.

Heute hat sich Martin Bauer bereits seit einigen Jahren aus dem kommerziellen Bereich des Unternehmens zurückgezogen und widmet sich viel seiner Landwirtschaft und seinen Ämtern.

Daß ihm dies noch recht lange Jahre vergönnt sein möge und er seine Geburtstage in der gleichen Frische und Rüstigkeit auch in Zukunft feiern kann, dies wünschen ihm in einem persönlichen Glückwunschsreiben Präsident Braun und HGF Sattel im Namen des Landesverbandes.

Rolf Pfrang – 75 Jahre

Der ehemalige Hauptgeschäftsführer des LGA, Herr Rolf Pfrang, vollendete am 25. Juli 1982 seinen 75. Geburtstag. Aus Anlaß dieses Jubiläums fand eine kleine Feier statt, in deren Verlauf das Präsidium und die Hauptgeschäftsführung Herrn Pfrang und seiner Gattin die herzlichen Glückwünsche des Landesverbandes überbrachten. Unser Präsident, Konsul Senator Walter Braun, führte in einer kurzen Rede u. a. folgendes aus:

„als ich vor fünf Jahren bei Ihrem 70. Geburtstag sagte, wie sehr ich hoffe, daß wir uns das nächste Mal bei der Feier Ihres anschließenden (halb-) runden Geburtstages alle gesund wiedersehen mögen, so sehr freue ich mich jetzt, daß sich diese Hoffnung, für uns alle, auch erfüllt hat.“

Es ist eigentlich ganz und gar überflüssig, in einem mit Ihrer langjährigen, erfolgreichen Arbeit so vertrauten Kreis noch einmal im einzelnen auf Ihr Wirken, sei es in Bayern, sei es auf Bundesebene, hinzuweisen. Dazu wissen wir alle viel zu genau, was wir Ihnen zu verdanken haben. Einige wenige Worte darf ich aber trotzdem anfügen:

Sie gehören im wahrsten Sinne des Wortes zu den wenigen Männern „der ersten Stunde“ in unserem Landesverband.

1948 kamen Sie zu uns, 1950 übernahmen Sie die Hauptgeschäftsführung und rund 30 Jahre haben Sie unserem Berufsstand mit großem Können, mit unermüdlicher Aktivität und mit sichtbarem Erfolg gedient. Ihr Name wird auch heute noch in Verbandskreisen des Groß- und Außenhandels in Bayern sowie darüber hinaus in der gesamten Bundesrepublik „groß geschrieben“.

Um so mehr freue ich mich darüber, Sie so gesund und in der gewohnten geistigen sowie körperlichen Vitalität zu sehen. Sie sind der beste Beweis dafür, daß man auch den Kopf dauernd in gewisser Weise trainieren muß, um seine intellektuelle Leistungsfähigkeit zu erhalten. Trimmen allein genügt da nicht.

Was ich aber besonders hervorheben möchte, ist die Tatsache, daß Sie, lieber Herr Pfrang, den „Dritten Lebensabschnitt“ als einer derjenigen, die voll im Geschirr gestanden sind, problemlos gemeistert haben. Ihr großer Freundes- und Bekanntenkreis weiß Ihre Rührigkeit wohl zu schätzen und wir betrachten nach wie vor jede Begegnung mit Ihnen als eine Bereicherung.

Ihre Interessenssphäre zieht dabei übrigens einen großen Bogen: Von der Antike, deren Geisteswelt Ihnen schon immer vertraut war, bis zur „Neuen Welt“ und deren zeitgenössischen Erfindungen sowie Problemen. Sie sind in der glücklichen Lage, aus der Vergangenheit, aus der Geschichte zu schöpfen und erkannte Tatsachen mit den Erfordernissen der Zukunft zu verbinden. Nach wie vor sind Sie „ein Mann der Tat“ geblieben.

Lieber Herr Pfrang, all dies möchte ich jedoch nur ganz kurz angerissen haben. Nur eines nehmen Sie mir noch ab: Ich wünsche mir, und wir alle wünschen uns, daß wir auch in weiteren fünf Jahren bei Ihrem 80. Geburtstag so gesund und munter zusammenkommen werden und daß die Jahre – nicht ungeschehen –, aber ungesehen bleiben“.

Diesen Wünschen schließen sich alle Verbandsmitglieder sicher gern und herzlich an.

Anton Reichherzer – 70 Jahre

Am 14.08.1912 erblickte Anton Reichherzer, Gründer unserer Mitgliedsfirma Anton Reichherzer, Heizungssysteme-Fachgroßhandel in Taufkirchen bei München, das Licht der Welt.

Anton Reichherzer gründete die Firma 1938 in München-Schwabing, 1963 wurde die Firma in eine Familien-KG umgewandelt. 1971 verlagerte man die Firma nach Taufkirchen, wo das Verwaltungsgebäude und die Lagerhallen auf eigenem Grund und Boden stehen. 1980 wurde die Abteilung „ISTA-Heizkostenverteiler“ aus dem Großhandelsbetrieb ausgegliedert und unter dem Namen „ISTA REICHHERZER Kostenabrechnung GmbH“, Sitz in Puchheim, gegründet. Geschäftsführender Gesellschafter ist Anton Reichherzer.

In einem Glückwunsch-Telegramm wünschte Präsident Braun dem Jubilar, der die heute 44 Jahre alte Firma zu dem führenden Unternehmen ihrer Art im süddeutschen Raum aufbauen konnte, auch weiterhin geschäftlichen Erfolg und persönlich alles Gute.

Johannes Stempfle – 25 Jahre bei Baeuerle Farben KG

Herr **Johannes Stempfle** kann in diesem Monat auf eine 25jährige Zugehörigkeit zur **Baeuerle Farben KG** in Memmingen zurückblicken.

Herr Stempfle (Jahrgang 1943) entschied sich nach seiner Ausbildungszeit bei Baeuerle Farben KG zum Großhandels-Kaufmann, seinen Berufsweg im Verkauf zu suchen. Er erweiterte seine Kenntnisse und Erfahrungen in mehreren Filialen des Unternehmens.

1966 wurde Herr Stempfle stellvertretender Filialleiter in Freiburg, im März 1968 Verkaufsassistent im Baeuerle Zentralwerk Memmingen/Steinheim. Ab Januar 1969 wurde Herrn Stempfle die Leitung der Baeuerle Verkaufsniederlassung in Sonthofen/Allgäu übertragen; gleichzeitig erhielt Herr Stempfle Handlungsvollmacht. Im September vergangenen Jahres konnte sich Herr Stempfle einen langegehegten Wunsch erfüllen und in seiner Geburtsstadt Memmingen die Leitung der dortigen Baeuerle Verkaufsniederlassung übernehmen.

Vorgesetzte und Mitarbeiter der Baeuerle Farben KG gratulieren Herrn Stempfle ganz herzlich zu seinem Jubiläum und bedanken sich für die sachkundige und engagierte Zusammenarbeit; gleichzeitig wünschen sie sich noch eine recht lange erfolgreiche Zusammenarbeit mit ihm.

Ziesenhenné & Appel im neuen Haus

Die seit 50 Jahren in Bamberg ansässige Elektrogroßhandlung Z & A Ziesenhenné & Appel siedelte vor wenigen Wochen in ihre neue Betriebsstätte um.

Das bisher in einem viergeschossigen Altbau und einigen Außenlagern untergebrachte Großhandelsunternehmen konnte jetzt in ein Gebäude umziehen, das nach der neuesten Erkenntnis der Organisation auf dem Gebiet der Lagertechnik errichtet wurde. Die Lagerplanung erfolgte dabei in Zusammenarbeit mit der GfH, Gesellschaft für Handelsberatung, einer Tochtergesellschaft unseres Lan-

desverbandes. Damit wurden die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, um den wachsenden Anforderungen in Zukunft gerecht zu werden. Das Bauwerk besteht aus Büro- und Sozialtrakt mit ca. 530 qm Nutzfläche, Lagergebäude (Palettenlager und 3-Stock-Regalanlage) mit ca. 8000 cbm Rauminhalt, Grundstücksfläche ca. 4000 qm.



Das gesamte Erdgeschoß des Empfangsgebäudes wird von Ausstellungsfläche und Arbeitsplätzen zur Kundenbetreuung beansprucht. Der frei überspannte Raum ist durch die abgehängte Decke, Installationsboden im Arbeitsplatzbereich und entsprechende Einrichtung vielseitig und variabel nutzbar.

Im Obergeschoß befinden sich die Büro- und Besprechungsräume. Fläche und Höhe der von Stahlbetonfertigteilebindern überspannten Hallen sind nach den Platzbedürfnissen für die reichlich bemessene dreigeschossige Regalanlage des Installationslagers und die auf leistungsfähige Gabelstapler abgestimmten Palettenregale bemessen.

Der Neubau paßt sich in dem gemischt genutzten Bebauungsgebiet in Bamberg-Ost harmonisch seiner Umgebung an und ist sowohl über den Berliner Ring an den Fernverkehr als auch an die Innenstadt hervorragend an das Verkehrsnetz angeschlossen.

Er ist für alle Kunden, ob auswärtig oder ortsansässig, leicht zu erreichen.

Das für den Kunden – Fachhandwerk, Fachhandel und Industrie – lagermäßig geführte Gesamtsortiment umfaßt über 15.000 Artikel. Der Schwerpunkt des Geschäfts liegt beim Elektro-Baumaterial (Kabel, Leitungen und Installationsmaterial), technischen Leuchten, elektrischen Lampen, Elektroheizung und Klimatisierung. Außerdem werden Elektro-Klein- und Großgeräte sowie Braune Ware (Phono-, Rundfunk- und Fernsehgeräte) auf Lager gehalten. Sinnvolle und rationelle Planung der Arbeitsabläufe in der Verwaltung und im Lager gewährleistet eine schnelle und reibungslose Bedienung der Kunden in optimaler Weise. Geschultes Fachpersonal steht als zuverlässiger Partner zur Verfügung.

Ziesenhenné & Appel geht in den neuen Räumen mit einer modernen, vielseitigen und leistungsfähigen Konzeption mit Zuversicht und gut gerüstet in die schwierigen 80er Jahre.

Unser Landesverband wünscht hierzu alles Gute.

Leistungsschau bei Bihler, Babenhausen

Seit Jahren veranstaltet die Firma **Bihler & Co.** Fernseh-Radio-Elektrogroßhandlung, Babenhausen, jährlich eine Leistungsschau (Hausmesse) für den Rundfunk-Elektrofachhandel in Süddeutschland. Wegen des jährlich wachsenden Besucherstroms sind es immer recht hektische Tage, denn es werden die Neuheiten der Kölner Frühjahrsmesse „Domotechnika“, als auch von der Hannoveraner Industriemesse gezeigt, damit der Fachhandel auf dem laufenden ist und den Endverbraucher dem neuesten Stand entsprechend informieren und beraten kann.

In diesem Jahr gab es etwas ganz besonderes zu sehen, und zwar **Bildschirmtext**, zum ersten Mal beim Elektrogroßhandel in Süddeutschland. Eine Bildschirmtext-Seite enthält bis zu 24 Zeilen mit bis zu 40 Zeichen je Zeile. Bei Grafiken treten anstelle eines Buchstabens 6 Punktelemente. Jedes Zeichen kann in Weiß oder in einer von 6 Farben gezeigt werden. Über Telefonanschluß und Modem waren durch die Oberpostdirektion Terminals mit Datenbank über eine direkte Standleitung nach Düsseldorf bzw. Berlin geschaltet, wo die ersten Versuchssendungen in der Bundesrepublik Deutschland laufen. Täglich fanden Referate mit praktischer Vorführung über Bildschirmtext und Anwendungsmöglichkeiten statt. In der übrigen Zeit standen die Experten – auch für Kabelfernsehen – für Einzelgespräche zur Verfügung. Bildschirmtext bietet die Möglichkeit der Kommunikation, d. h. man kann „senden“ und „empfangen“, ja man kann sogar damit in Dialog eintreten. Jeder Fernsehempfänger der neueren Generation, der einen „Bildschirmtext-Decoder“ eingebaut hat, ist für den Empfang von Bildschirmtext geeignet. Zu Bildschirmtext kann man – vereinfacht ausgedrückt – auch so sagen: Die Bundespost hat irgendwo einen großen Computer stehen, mit einem großen Speichervermögen. Über Modem und Telefonanschluß kann theoretisch jeder durch seinen Fernseher mit jedem über diesen Computer verbunden sein, Informationen geben, aber auch empfangen. Die Anwendungen lassen sich in 3 Kategorien zusammenfassen:

1. Informationen für mehrere (best. Gruppen)
2. Informationen für den Einzelnen
3. Dialog mit dem Rechner (Computer)

Die Identifizierung der Teilnehmer erfolgt durch den Modem, der von sich aus nach erfolgtem Verbindungsaufbau eine in ihm einprogrammierte Teilnehmernummer zu BTZ überträgt. Die Teilnehmernummer wird übrigens im zukünftigen Bildschirmtext eine ähnliche Rolle spielen, wie beim Telefonieren die Telefonnummer. Die Verbindung wird von den Gebühren her so betrachtet, wie ein Ortsgespräch, demnach kosten 8 Min. DM –,23. Die Monatsmiete beträgt voraussichtlich DM 5.–, was auch die einzigen Kosten sind, die die Bundespost für den Bildschirmtextdienst berechnet. Selbstverständlich entstehen dem Benutzer für die abgerufene Benutzung noch weitere Kosten, diese werden aber nicht von der Bundespost, sondern vom Informationsanbieter berechnet. Die Informationsanbieter sind über die normale Telefonleitung und ihrer Vermittlungseinrichtung mit der Bildschirmtextzentrale verbunden und können über ihren Standort, die von Ihnen angegebenen Zeiten innerhalb der Speicher der BTZ füllen und auf dem neuesten Stand halten. Darüberhinaus ist vorgesehen, Informationsanbietern mit eigenem Rechner, den Zugang zum Bildschirmtext im Rechnernetz zu gestatten. Dadurch wird z. B. möglich sein, über das Bildschirmtextnetz Bestellungen direkt vom Benutzer in die Datenverarbeitungsanlage bei einem Geschäftspartner zu platzieren. Da-

mit wird Bildschirmtext zur Datenübertragung für jedermann.

Des weiteren waren auch Parabolspiegel für Satellitenfernsehen zu sehen.

Bei Elektrogeräten gibt es viele Fabrikate und ebenso mannigfaltige Produkte, zum Teil mit nur feinen Unterschieden. Diese Produkte sind erklärungsbedürftig und beratungsintensiv. Gerade das Fachgeschäft ist dazu prädestiniert, durch Fachwissen eine gute Beratung und Service zu bieten, wodurch es sich gegenüber anderen Vertriebszweigen profilieren muß. Ein wesentlicher Grund einer solchen Leistungsschau ist, daß dieses Wissen durch Experten der ausstellenden Industrie an den Fachhandel gründlich weitergegeben wird, damit er seiner Fachfunktion gerecht werden kann und dem Verbraucher den höchstmöglichen Gebrauchsnutzen (Preis/Leistungsverhältnis) anbieten kann. Es waren über 500 Fachleute bzw. über 200 Firmen an beiden Tagen da. Ein Gewinnspiel sorgte dafür, daß die Produkte an jedem Stand gründlich angeschaut wurden.

Buchbesprechungen

GARTHE/KULLMANN/PFISTER/SEELIG

Produzentenhaftung

Ergänzbare Handbuch zur gesamten Produkthaftpflicht für die juristische Praxis sowie für Hersteller, Händler, Importeure und Exporteure mit Erläuterungen und den einschlägigen Vorschriften und Entscheidungen im nationalen, supranationalen und internationalen Bereich.

Von Axel H. GARTHE, Rechtsanwalt, Dr. Hans Josef KULLMANN, Richter am Bundesgerichtshof, Prof. Dr. Bernhard PFISTER, Universität Konstanz und Manfred SEELIG, Rechtsanwalt.

Grundwerk einschließlich 5. Lieferung, 762 Seiten, DIN A5, DM 76.–, zuzüglich Spezialordner DM 11,80; Ergänzungen von Fall zu Fall.

ERICH SCHMIDT VERLAG Berlin · Bielefeld · München
Zum Inhalt:

Der immer größeren Bedeutung der Produzentenhaftung für Handel und Industrie nimmt sich dieses Handbuch an. Hervorragende Fachkenner wollen nicht nur eine umfassende Darstellung des gesamten materiellen Rechts der Produzentenhaftung in Deutschland (einschließlich steuerlicher und verwaltungsrechtlicher Aspekte und des Versicherungsschutzes) geben, sondern darüber hinaus auch Kurzdarstellungen des ausländischen und internationalen Rechts bieten.

Die 5. Lieferung enthält unter anderem die Beiträge „Haftung wegen arglistigen Verschweigens eines Fehlers“, „Haftung aus Garantie“ sowie „Haftung aus § 823 Abs. 2 BGB“. Der Teil „Produkthaftpflicht im Ausland“ wird ausgebaut durch einen Beitrag über Großbritannien. Die Rechtsprechungsleitlinien werden erweitert und aktualisiert.

Sowohl die klare inhaltliche Darstellung als auch die übersichtliche Gliederung erleichtern dem Benutzer die Handhabung und Anwendung in der täglichen Praxis. Von besonderem Interesse bei der Beratung wie auch der eigenständigen Beurteilung durch den Außenhändler sind die Beiträge über ausländische Produkthaftpflicht.

Grundlagen und Praxis des Bank- und Börsenwesens,
Band 16

ERICH SCHMIDT VERLAG Berlin · Bielefeld · München

Im Bericht der Studienkommission „Grundsatzfragen der Kreditwirtschaft“ (Strukturkommission) vom 22. Mai 1979 wurde auch das sehr alte Problem des „Depot-Stimmrechts“ oder – wie von Bankenseite etwa vor 15 Jahren kreiert – des „Vollmachtstimmrechts“ aufgegriffen und dazu Stellung genommen. Der bereits 1937 und 1965 strapazierte Gesetzgeber soll erneut um eine weitere Spezifizierung gebeten werden, um die vermeintlichen oder tatsächlich verbliebenen Schwächen zu beseitigen.

In dieser Neuerscheinung wird die Arbeit der Bankenstrukturkommission auf diesem Gebiet wie auch die Stellungnahme von verschiedener Seite kritisch beleuchtet.

Aus dem Inhalt:

Gründe und Möglichkeiten einer erneuten Reform

Das Einflußpotential der Banken auf die Wirtschaft als Ursache neuer Reformbestrebungen

Ziele einer Reform

- Abbau des Unbehagens in der Öffentlichkeit
- Aktivierung der Aktionäre
- Popularisierung der Aktie

Von der Bankenstrukturkommission erörterte Reformvorschläge

- Völlige Ausschaltung der Banken durch Umgestaltung der Stimmrechtsvertretung
- Teilweise Ausschaltung der Banken durch Beseitigung der Dauervollmacht
- Änderung im Rahmen der geltenden Regelung

Beurteilung eines Einzelweisungserfordernisses für bestimmte Beschlüsse

Bedeutung der Beschlüsse für die Beteiligten

- Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit
- Wahl und Entlastung des Aufsichtsrats

Umfang des Einzelweisungserfordernisses

Konsequenzen des Einzelweisungserfordernisses für die Betroffenen

- Beurteilung aus Sicht der Banken
 - Auswirkungen auf den technisch-organisatorischen Bereich
 - Auswirkungen auf die Rentabilität
- Beurteilung aus Sicht der AG und ihrer Aktionäre

Beurteilung einer Ersetzung der Dauervollmacht für Kreditinstitute durch Einzelvollmachten

Konsequenzen der Einführung von Einzelvollmachten für jede Hauptversammlung

Zweckmäßigkeit flankierender Maßnahmen

Gesamtwürdigung

BUNDESVEREINIGUNG:

Aktive Personalpolitik für Klein- und Mittelbetriebe immer wichtiger

Leitfaden gibt praktische Arbeitshilfen

Die wachsende Bedeutung einer aktiven Personalpolitik in Klein- und Mittelbetrieben hat die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in ihrer jetzt erschienenen Veröffentlichung „Instrumente der Personalarbeit – Praktische Arbeitshilfe für Klein- und Mittelbetriebe“ hervor-

gehoben. Eine solche Personalpolitik werde für Klein- und Mittelbetriebe immer wichtiger, nicht nur angesichts der wachsenden Leistungsanforderungen, sondern auch wegen der steigenden Personal- und Personalzusatzkosten, die infolge der häufig hohen Personalintensität dieser Betriebe stark zu Buche schlagen. Auch die ausufernden gesetzlichen und bürokratischen Regelungen stellten kleine Betriebe vielfach vor schwer zu lösende organisatorische und finanzielle Probleme.

Da Klein- und Mittelbetriebe in der Regel ungünstigere organisatorische und personelle Voraussetzungen für eine systematische Personalpolitik als größere Unternehmens-einheiten haben, hat die Bundesvereinigung in ihrer neuen Veröffentlichung die bewährten Instrumente der Personalarbeit – auf die Bedürfnisse und den praktischen Gebrauch in Klein- und Mittelbetrieben zugeschnitten – zusammengestellt. Die Schrift informiert umfassend und verständlich über die wichtigsten personellen Aufgaben des Klein- und Mittelbetriebes. Ablaufschemata, welche die wichtigsten Arbeitsschritte aufzeigen, erleichtern die Lösung konkreter personeller Probleme im Betrieb.

Behandelt wird die ganze Palette personalpolitischer Entscheidungen, insbesondere auch die schwierige Problematik bei der Auswahl und Einstellung von Mitarbeitern, bei innerbetrieblichen Umsetzungen, bei Urlaubsplanungen, bei der Mitarbeiterbeurteilung und bei der Mitarbeiterinformation.

Interessierten Redaktionen wird auf Wunsch ein Exemplar der Broschüre „Instrumente der Personalarbeit – Praktische Arbeitshilfe für Klein- und Mittelbetriebe“ zugestellt.

Das Nein des Aufsichtsrats – Ist der Vorstand einer Genossenschaft daran gebunden?

Was geschieht, wenn der Aufsichtsrat einer Genossenschaft bei zustimmungspflichtigen Geschäften dem Vorstand seine Zustimmung verweigert? Bedeutet das „Nein“ des Aufsichtsrats ein Ende des betreffenden Geschäftes oder kann der Vorstand das Geschäft trotzdem durchführen? Denn schließlich liegt mit der Novelle vom 9. Oktober 1973 die klare gesetzliche Bestimmung vor, daß dem Vorstand die eigenverantwortliche Geschäftsführung der Genossenschaft obliegt.

Der über diese Fragen immer noch herrschenden weitverbreiteten Unsicherheit ist erstmalig ein Buch gewidmet. „Das Nein des Aufsichtsrats – Ist der Vorstand einer Genossenschaft daran gebunden?“ von Professor Dr. Reinhard Höhn, Vorstand der Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft eV, Bad Harzburg, räumt mit den weitverbreiteten Fehlvorstellungen auf, die sich aus der fast hundertjährigen Tradition der Genossenschaften ergeben haben. Hier wird eindeutig klargelegt, welche Folgen sich aus dem Grundsatz der Trennung zwischen der Geschäftsführung des Vorstands und der Überwachungspflicht des Aufsichtsrats für diese beiden Organe sowie den Prüfungsverband ergeben.

Dem Verfasser, der sich durch seine Publikationen bereits einen Namen gemacht hat, ist es auch mit diesem Buch wieder gelungen, die schwierige juristische Materie für den Laien verständlich darzustellen und durch treffende Beispiele zu verdeutlichen.

Professor Dr. Reinhard Höhn: Das Nein des Aufsichtsrats – Ist der Vorstand einer Genossenschaft daran gebunden? Buchreihe „Menschenführung und Betriebsorganisation“, Band 28. Herausgeber: Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft eV, Bad Harzburg. verlag wwt bad harzburg 1982. 136 Seiten, Leinen, DM 32,80.



Groß + Außenhandel Drehscheibe der Wirtschaft



LGA
nachrichten

Offizielles Organ des Landesverbandes
des Bayerischen Groß- und Außenhandels
(Unternehmer- und Arbeitgeberverband) eV

**37. Jahrgang · München
Oktober 1982 · Nr. 10/1982**

Das aktuelle Thema	3	Die Insolvenzgründe einseitig bewertet
Arbeitgeberfragen	3 6	Nicht auf Kosten der Zukunft leben Messebeteiligungsprogramm 1983 des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr
Wettbewerbsrecht	6	Bundesregierung: Gesetzliche Einschränkungen des Tätigkeitsbereichs des Großhandels nicht erforderlich
Berufsausbildung und -förderung	8	Zur Lage auf dem Lehrstellenmarkt
Konjunktur und Marktentwicklung	9	Anhaltende Inflationsflaute im Großhandel
Außenhandel	12 13	Präsident Braun leitet offizielle bayerische Wirtschaftsdelegation BGA fordert Maßnahmen der französischen Regierung
Verschiedenes	13	
Personalien	14	
Buchbesprechungen	15	

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:

Dipl.-Kfm. Sattel (Wirtschafts-, Tarif- und Sozialpolitik, Außenhandel, Betriebswirtschaft) · Dipl.-Kfm. Sauter (Wettbewerbsrecht, Steuern, Kreditwesen, Verkehr) · Dipl.-Volksw. Deutsch (Berufsbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsnachrichten, Personalien) · RA Frankenberger (Tarif-, Sozial- und Arbeitsrecht) · RA Waimann (Arbeitsrecht) · RA Wiedemann (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel) · RA Köppel (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel).

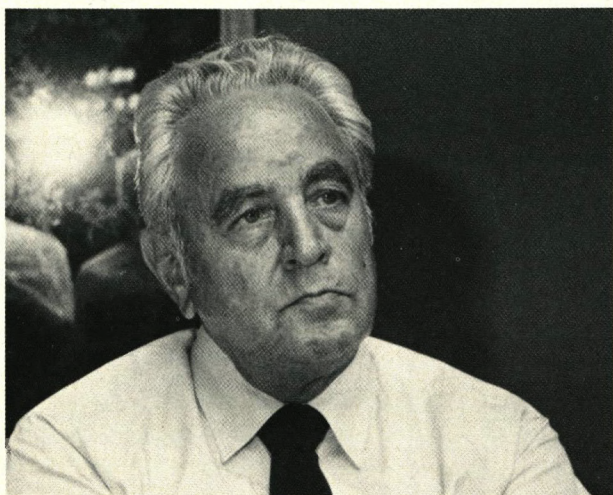
Erscheint einmal im Monat. Verleger: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München, Ottostraße 7. Alleiniger Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels eV, München 2, Ottostraße 7, Telefon 55 77 01/02. Verantwortlich für Herausgabe: Werner Sattel, 8011 Kirchseeon, Alpenstraße 16. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenteil: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, München 2, Ottostraße 7. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Druck: typobierl, 8000 München 40, Riesenfeldstraße 56, Telefon 3 59 60 66-68.

Das aktuelle Thema

Die Insolvenzgründe einseitig bewertet

Braun-Kritik an B-3-Interview

Kritik daran, die Gründe für die sich weiter häufenden Firmenzusammenbrüche einseitig zu Lasten der Unternehmer zu bewerten, ist nach einem Interview im B-3-Morgentelegramm des Bayerischen Rundfunks mit Professor Dr. Wolf F. Fischer-Winkelmann, hat Präsident Walter Braun, geübt.



„Der Durchschnittszuhörer“, so Braun an Prof. Fischer-Winkelmann, „fand wieder einmal das negative Unternehmerklischee bestätigt, das ihm in den Medien so häufig präsentiert wird.“

Weiter schrieb Braun:

„Der Inhalt des gesamten Interviews, das mir inzwischen auch geschrieben vorliegt, wird im wesentlichen von der Behauptung bestimmt, „unternehmerische Fehlentscheidungen“ seien eine Hauptursache der Zusammenbrüche. Gerade bei den Klein- und Mittelbetrieben liege es „auf dem Gebiet des Managements sehr im argen“; sie besäßen nur „selten eine funktionierende Kostenrechnung“, und die Unternehmer wüßten selten über die Kostensituation oder die Finanzlage unternehmerische Qualität ihres Betriebes Bescheid.“

„Der Zuhörer mußte aus diesen Äußerungen den Eindruck gewinnen, daß die meisten Unternehmer ihre Betriebe vor allen Dingen aufgrund glücklicher Umstände und weil der Markt offenbar jeden zum Zuge kommen ließ, aufbauen konnten, nicht aber aufgrund ihrer Tüchtigkeit, ihrer Kenntnis und Beherrschung technischer und kaufmännischer Faktoren, ihres Überblicks und ihres Planungsvermögens, kurz ihrer unternehmerischen Qualitäten.“

Überbelastung

„Ich will nicht bestreiten, daß die betriebswirtschaftliche Analyse und Steuerung in zahlreichen kleineren Unternehmen verbessert werden könnte. Aber ich bezweifle, daß der ungenügende Einsatz entsprechender betriebswirtschaftlicher Instrumente, den Sie so massiv in den Vordergrund Ihrer Ausführungen rückten, als tiefere Ursache der Insolvenzhäufigkeit bezeichnet werden kann.“

„Mit diesen Instrumenten können zwar die betrieblichen Symptome allgemeiner wirtschaftlicher Schwierigkeiten besser erkannt und beeinflußt werden; sie können aber nichts Entscheidendes an den eigentlichen Gründen der Unternehmenszusammenbrüche ändern, die übrigens nicht erst in den beiden letzten Rezessionsjahren gelegt wurden; an der abnehmenden Selbstfinanzierungskraft, der zunehmenden Unterkapitalisierung und den schrumpfenden Umsatzrenditen der Unternehmen, die ihrerseits wieder auf falsch gesetzte wirtschaftliche Rahmenbedingungen zurückgehen.“

„Dazu gehört vor allem die Überbelastung der Wirtschaft durch gesellschaftspolitisch induzierte Anforderungen, die sich unter anderem in steuerlichem und sonstigem parafiskalischem Druck äußern, in einem strangulierenden Hochzinsniveau oder in einer Einschränkung durch staatliche Vorschriften. Der zunehmend scharfe internationale Wettbewerb und hochschnellende Rohstoffpreise tun ein übriges, um den von Ihnen zitierten „Selbstreinigungsprozeß“ zu beschleunigen.“

„Man könnte sagen: Je mehr Gewicht diese Faktoren gewinnen, wie das in den beiden letzten Jahren der Fall war, um so mehr wachsen auch die Möglichkeiten unternehmerischer „Fehlentscheidungen“.“

Nicht auf Kosten der Zukunft leben

Die schweizerische Hochschule St. Gallen veranstaltet seit Jahren ein jeweils weithin beachtetes Symposium. In diesem Jahr nahm unser Vorstandsmitglied, **Karl Friedrich Müller, Fa. G.F. Lotter GmbH, Nürnberg**, teil. Vor der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Nürnberg berichtete K.F. Müller über das Programm dieser internationalen Tagung in einem weithin beachteten Referat, das wir an dieser Stelle wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung und Aussage in Auszügen wiedergeben:

Die Geschichte unserer Zukunft haben wir selbst zu schreiben. Um sie mitschreiben zu können, muß man die Sprache beherrschen, in der geschrieben wird. St. Gallen ist eines der hervorragenden Foren, die sich mit dieser Sprache beschäftigen.

Das diesjährige, aktuelle Generalthema des Symposiums lautete: „Zukunftssicherung + Wohlfahrtsstaat“ und hier an den Anfang gleich einige signifikante Schlagzeilen: Umverteilungsbürokratie am Ende? Renaissance der Ordnungs-

politik! Strategien zur Strukturanpassung! Ethik + Wirtschaft! Die Weltlage – Gründe zum Optimismus! Zukunft des Wohlfahrtsstaates!

Die **Vergangenheit** unseres Sozialstaates kennen wir als das Ergebnis der angeblich guten Absichten, der vollen Kassen, der Gleichmacherei, der Sozialistischen Umverteilungspläne und es ist durchaus menschlich verständlich, daß immer mehr Bewohner unseres Staates das umfangreiche, weitgefächerte Angebot an Geldleistungen und Geschenken wahrnehmen, sich damit, und eventuell sogar ausschließlich damit, einen für sie befriedigenden Lebensstandard sichern und letztlich als selbstverständlich mit jährlichen Steigerungsraten beanspruchen.

Menschlich verständlich schon, aber eben nicht oder nicht mehr tragbar! Wenn die Zahl der die Hand aufhaltenden Bürger im Verhältnis zu denen, die diese Leistungen erarbeiten müssen zu groß wird, wenn das Pendel vom Leistungsprinzip zu stark zum Bedürfnisprinzip ausschlägt, Leistung also bestraft statt belohnt wird, dann ist ein allgemeiner Leistungsabfall die Folge, dann wird die geistige Widerstandskraft gelähmt, die Kreativität untergraben. Das ist Degeneration! Wenn die Profit-Marge der Unternehmen, die Eigenkapitaldecke zu klein wird, dann sinkt das **Interesse** und die finanzielle **Möglichkeit** zu Investitionen. Wenn der Staat unrentable Betriebe oder Wirtschaftszweige subventioniert oder übernimmt, dann verhindert er notwendige Umstrukturierungen und fördert in jedem Falle die Ineffizienz. Wenn der Staat – wie bei uns – mehr ausgibt, als er einnimmt, dann lebt er auf Kosten der Zukunft, also auf Kosten der Jugend und künftiger Generationen. Am Ende dieser Kette kann nur – wenn sie nicht bald abrupt abgerissen wird – das Schreckgespenst der Ausbeutung aller durch alle stehen, bis die Sozialruine perfekt ist.

Weniger im Blickfeld sind die vom Sozialstaat ausgehenden Gefährdungen des Rechtsstaates, der Demokratie und des Föderalismus.

Der Sozialstaat bewirkt einen Machtzuwachs des Staates. Die Bürokratie schwillt an. Immer mehr Bürger werden zu staatlichen Lohnempfängern, immer größer wird der Anteil der Staatsquote am Sozialprodukt (47%). Diese staatliche Machtballung widerspricht der Idee der Machtbeschränkung des Staates als Wesenselement des Rechtsstaates. Sie birgt den Keim neuer Tyrannei, eines neuen Totalitarismus in sich. Das Ausufern und die Beschleunigung der Rechtssetzung im Daseinsvorsorgestaat macht den Bürger immer hilfloser, sich im Dickicht der Rechtsnormen und Amtsstellen zurechtzufinden. Um Rechtssicherheit zu schaffen, wird reglementiert, aber das Überhandnehmen der Reglementierung bewirkt Rechtsunsicherheit. Der Wohlfahrtsstaat droht den Bürger zum passiven Leistungsempfänger, zum abhängigen, verwalteten, bevormundeten Menschen zu degradieren. Das aber schwächt die Demokratie, die Mündigkeit und aktive Beteiligung, die Selbstverantwortung voraussetzt. Die Zentralisierungstendenz des Sozialstaates gefährdet den Föderalismus. Die Anonymität dieser auswuchernden Macht fördert schließlich die Entfremdung zwischen Bürger und Staat. So gefährdet der existierende, extreme Sozialstaat letztlich sich selbst.

Manipulierte Statistik begründet jede „soziale Forderung“

Es gilt, den Begriff „sozial“ und im Gefolge daran „soziale Gerechtigkeit“ infrage zu stellen, neu zu überdenken und anders als heute zu definieren.

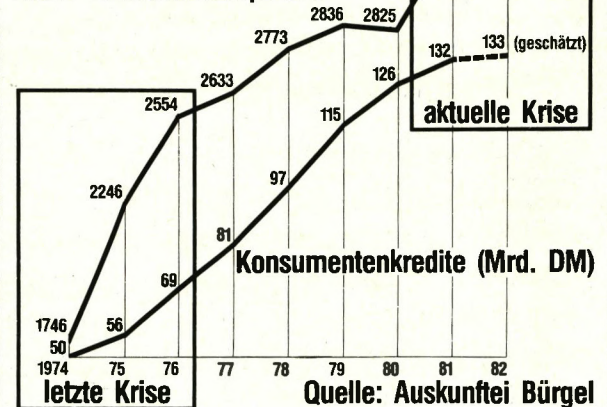
Jedes Gesetz, jede Verordnung, die nicht auf das individuelle Verhalten der Menschen zugeschnitten ist, sondern auf Gruppeninteressen, wirkt letztlich sozial ungerecht und ist

früher oder später zum Scheitern verdammt. Mehr Sozialprogramme bedeuten logischerweise mehr Sozialfälle. Wird z.B. die Sozialhilfe prozentual gesteigert, lockt sie mehr Empfänger an; hat die Arbeitslosenunterstützung eine bestimmte Höhe erreicht, läßt sie viele Arbeitslose in Unbeweglichkeit und relativer Zufriedenheit verharren. Und natürlich auch die Umkehrung dieser Gleichung. Beschneiden wir allein die **Höhe**, nicht einmal den Umfang staatlichen sozialen Transfers, vermindern wir automatisch die Anzahl der Empfänger, machen wir dadurch die Gesellschaft wieder mobiler, senken den Finanzbedarf öffentlicher Haushalte und vermeiden natürlich außerdem das neuerlich wieder überall geplante weitere Andrehen der Steuerschraube.

Man hält im übrigen eine global-prozentuale Senkung der Sozialleistungen für möglich **ohne** die Störung des sogenannten sozialen Friedens, weil einerseits die Bedürftigkeit nicht so hoch, wie angenommen, bzw. vorgegeben ist, andererseits der Trägheitseffekt der Menschen und die

Lebensstandard in Gefahr

Nicht-Unternehmenspleiten



Lebensstandard in Gefahr

Die Nicht-Unternehmens-Pleiten bestehen im wesentlichen aus den Konkursen von Privatpersonen einschl. der Nachlaßkonkurse. Sie ergeben sich überwiegend aus Konsumentenkrediten, die nicht mehr zurückgezahlt werden können. Die Auskunft Bürgel hat die Entwicklung dieser beiden Größen, Nicht-Unternehmens-Pleiten und Konsumentenkredite analysiert. Dabei zeigt sich:

Wie in der letzten Konjunkturkrise 1975/76 nehmen auch in der aktuellen Krise 1981/82 die Nicht-Unternehmens-Pleiten wesentlich stärker zu als die Konsumentenkredite; die beiden Kurven laufen auseinander. Aber diesmal ist der Pleitenanstieg noch stärker und das Wachstum der Konsumentenkredite ist noch schwächer als das letzte Mal. Denn die Ausgaben der privaten Haushalte nehmen in der aktuellen Krise nominal noch weniger zu als in der letzten Krise und sinken heute sogar real. Mehr als je zuvor sind die Konsumenten in die Wirtschaftskrise einbezogen. Das zeigt sich auch an wesentlichen Veränderungen der Zusammensetzung des Konsums, die einen sinkenden Lebensstandard signalisieren.

immer noch weit verbreitete Schicksalsergebenheit (man kann ja doch nichts dagegen tun) kalkulierbar sind. Das von einigen Funktionären aus Partei und Gewerkschaft künstlich gepflegte Schreckensbild entfesselter Arbeitermassen trifft nur bedingt zu.

In jedem Fall gilt es, das zerstörte Gleichgewicht zwischen volkswirtschaftlichem Leistungsvermögen und verteilten Gütern wieder herzustellen.

Ein Dummkopf ist, wer hier von Sozialdemontage redet. Denn nur eine Reduzierung der im Überschwang wirtschaftlicher Entwicklung gewährten Leistungen garantiert überhaupt noch die zukünftige Gewährung sozialer Hilfen an echte Bedürftige.

Überreizte Möglichkeiten

Es geht um die Wachstumsrate der volkswirtschaftlichen Produktivität. Sie muß solange über der Zuwachsrate der Lohn- und Lohnnebenleistungen bleiben, bis das in den vergangenen Jahren verlorengegangene Gleichgewicht wieder erlangt worden ist. Unsere Produktivitäts-Zunahme hat in den 60er Jahren durchschnittlich bei 4,5%, in den 70er bei 3% gelegen, beträgt jetzt ca. 1,5%, ist für die Summe aller 80er Jahre auf 2% prognostiziert. Stellen Sie die Ihnen bekannten Lohnsteigerungen gegenüber, erkennen Sie, daß ein Spielraum für Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen in den 80er Jahren überhaupt nicht vorhanden ist. Ich beziehe mich hier auf Gedanken von Prof. Walter, vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel, wenn ich sage, daß es sinnvoll wäre, nach Erreichen des vorhin geschilderten Gleichgewichts, Löhne, Lohnnebenkosten, aber auch Staatsausgaben, die monetäre Expansion voll an die Wachstumsrate der volkswirtschaftlichen Produktivität anzukoppeln. Das würde auf lange Sicht eine stabile, gegen äußere Einflüsse unempfindlichere Wirtschaftsentwicklung gewährleisten.

Das Wort „Vollbeschäftigung“ bleibt für die 80er Jahre aus den gleichen, bereits dargestellten Gründen ein unerreichbares Traumbild. Es ließe sich rein rechnerisch nur über eine echte und massive Senkung der Reallöhne und Nebenkosten bei gleichzeitiger Steigerung der Risikobereitschaft und des Leistungswillens und überdurchschnittlicher Belohnung dieser Kriterien erreichen. Da das aus derzeitiger Sicht nicht möglich scheint, wird die durchschnittliche Arbeitslosen-Quote für die 80er Jahre wohl bei 5,5%, also ca. 1,5 Mill. liegen. 1990 soll sich die Zahl wieder auf ca. 1 Mill. verringert haben.

Man spricht von dem Verlust an „Human Capital“, von der Wegwerfgesellschaft, die Menschen aus dem Arbeitsleben ausstößt und sieht als Lösung nur die Umverteilung. Die Umverteilung der Arbeit als Kürzung der Arbeitszeit auf 32/35 Stunden per Woche, die Umverteilung des Einkommens eines Einzelnen auf mehrere, also exakt die Verwaltung des durch ihre sozialistische Politik entstandenen Mangels mit der Konsequenz weiterer Mangelerscheinungen. Die Diskussion zeigte hier eindeutig, daß sachliche Argumente aus Wissenschaft, wirtschaftlicher Praxis und jahrtausende alter menschlicher Erfahrung diese Ideen der Mitglieder der sozialistischen Internationale nicht ändern können, die bezogenen Standpunkte stereotyp wiederholt und mit emotionalen Argumenten einer idyllischen „besseren“ Welt verteidigt werden. Ziehe ich alle die Damen und Herren aus dem Hause der sozialistischen Internationale mit heran, die ich schon gehört habe, dann erscheint mir diese Einrichtung zur Zeit wie eine Institution für Naivität, ein Zentrum für konzentrierte Ratlosigkeit.

Diese Leute sind bis auf den letzten Pfennig abzuschreiben. Man sucht andere! Die Auswahl ist nicht groß. Aber darauf komme ich noch zurück.

Notwendig ist eine Reform des Denkens und Handelns, mit den Grundsätzen der Förderung der Initiative, der Förderung der Kreativität des Einzelnen und wir müssen wieder auf unsere historische Tradition, den gewachsenen Fundus an Erfahrung, an Wissen aufbauen. Und das muß in den Schulen beginnen! Wenn es gelingt, den seit etlichen Jahren brachliegenden geistig-traditionellen „Humus“ unserer Bevölkerung wieder aufzumischen, zu reaktivieren, zur Sicherung unserer individuellen Freiheit eine Renaissance der marktwirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen, das rechte Verhältnis von Subsidiarität und Solidarität herbeizuführen, dann wird eine so zurückgewonnene betriebliche, finanzielle und **auch persönliche** Handlungsfreiheit eine optimale Anpassung unserer Strukturen an die dynamische Entwicklung der Weltwirtschaft und die andauernde Herausforderung der Welt-Gesellschaft möglich machen.

Noch einige Punkte, die von Prof. Ebenroth, Konstanz, vorgetragen wurden.

Der Prozeß des wirtschaftlichen Wachstums weltwirtschaftlich gesehen, wird sich trotz eventueller Übergangsprobleme oder regionaler Engpässe fortsetzen. Das Potential der Weltagrarpromotion wird für die Ernährung von 12 Milliarden Menschen als ausreichend angesehen, z. Zt. sind wir etwa 5 Milliarden und das massive Bevölkerungswachstum wurde reduziert. Für die Weltenergie-Produktion wird es unter dem Aspekt physisch verfügbarer Ressourcen keinerlei Begrenzung geben. Neue Technologien und das Auffinden immer neuer Erdgas- u. Erdölvorkommen im offshore-Bereich, jetzt z. B. östlich von Sansibar, dann im Golf von Bengalen oder südwestlich von Bombay, haben dazu geführt, daß die Vorratsprognosen Erdgas/Erdöl immer wieder revidiert werden mußten. Dasselbe gilt für mineralische Rohstoffe (Stichwort Tiefseebergbau). Faktorproportionale Vorteile, wie niedrige Löhne, größere Rohstoffnähe, größere Toleranzen gegenüber Umwelt-Belastungen bevorzugen natürlich außereuropäische Länder und lassen so auch dort die Märkte schneller wachsen. Wollen wir hier, in der alten Welt, Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand erhalten, müssen wir auch – was den Export angeht – **uns** auf unsere eigentliche Stärke neu besinnen, nämlich **die** Produkte und Dienstleistungen forcieren, für die in anderen Ländern Know-How, Infrastruktur und industrielle Umwelt fehlen. Nur **die** Wirtschaftszweige, für die Europa besondere Standortvorteile aufweist, wie qualifizierte Arbeitskräfte, industrielle Spezialisierung und Arbeitsteilung, ein hohes, praxisbezogenes Ausbildungsniveau, brauchbare Infrastruktur und effiziente Verwaltung, das leistungsfähige Bankwesen, sollten gefördert werden. Pro 100 000 Einwohner sind in Japan 349 Wissenschaftler und Ingenieure eingesetzt, während es in USA 265, in der Schweiz 261, in Deutschland nur 180 und in Frankreich 127 sind. Es gilt also auch, Forschung und Entwicklung zu intensivieren.

Der nicht aufzuhaltende Trend vom Export einzelner Geräte und Maschinen zu komplexen Systemen macht nicht nur einen höheren Aufwand in Forschung und Entwicklung nötig, sondern **auch eine gezieltere und systematischere**

Lagerhalle mit Büroräumen,

ca. 1350 qm und außerdem eine große Parkplatzfläche in bester Lage von **Neustadt bei Coburg** zu vermieten. Bestens geeignet für Großmarkt.

Angebote richten Sie bitte an die Hauptgeschäftsstelle.

Ausbildung von Ausländern in der deutschen Sprache, um sie mehr an unsere Produkte zu binden, ihnen Konzeption und Handling näher zu bringen, aber auch umgekehrt, unserer eigenen Mitarbeiter + Manager in Fremdsprachen, um sogar in weit entfernten Absatzmärkten die Planung eines Betriebes, die Wartung technischer Anlagen oder die oft notwendige Anpassung der „Software“ an örtliche Gegebenheiten erfolgreich vornehmen zu können.

Kontinuität erforderlich

Eine immense Fülle an Gedanken, Meinungen, Erkenntnissen, Tatsachen, m.D. + H., ein komprimiertes Minimum eines Symposiums in St. Gallen. Faszinierend der rote Faden, der sich dieses Jahr durch fast alle doch so verschiedenartigen Veranstaltungen wandt, den ich vorhin schon angedeutet habe: Man sucht Männer, Menschen, die in dieser Umbruchphase, in der wir leben, zukunftsweisend wirken können, kurz **Menschen mit dem Primat der Ethik**. Mit dem Wissen, daß das Leben durch das beherrscht wird, was sich systematisch, regelmäßig wiederholt, durch das, was pflichtgemäß wiederkehrt, durch das, was getan werden muß, ohne Rücksicht auf Lust oder Unlust, mit anderen Worten: Es sollte wieder gelten: die Herrschaft der Ordnung über die Stimmung, des Dauernden über das Momentane, die kontinuierliche Arbeit über das stop-and-go. Das, was ich vor zwei Jahren bei einem ähnlichen Bericht vor dem Handelsausschuß noch negativ kritisiert hatte, hat sich grundlegend verändert. Man setzt neuerdings auf den Mittelstand, man setzt auf das Bürgertum, von deren Ende wir schon bei Heine, Grabbe und anderen Wortführern des vergangenen Jahrhunderts lesen konnten, das immer wieder tot gesagt wurde, das aber immer noch lebt. Dessen spezifische Form der Selbstbehauptung ist, aus vermeintlichen Untergängen echte Überlebenskräfte zu gewinnen und trotz Hitler's, trotz des Sozialismus seine bewährten Maximen und Traditionen zu bewahren, die Maßstäbe, die leitenden Vorstellungen. Und es geht darum, daß diejenigen, die noch als Bürger empfinden, sich ihrer Werte, ihrer Tradition, ihrer Aufgabe im Staat, ihrer Verantwortung für das Staatswesen wieder klar bewußt werden und aus dem großen Schweigen treten.

Denn, wenn unsere Maßstäbe von Moral, gesellschaftlichen Geboten, Tugenden, der daraus resultierenden Selbstbeherrschung und Selbstbeschränkung wieder Eingang finden in die familiäre und schulische Erziehung, in die Ausbildung des jungen Menschen, in die Redaktions-Büros der Medien und in die Politik, nur dann werden unsere Kinder, wir alle wieder eine akzeptable Zukunft vor uns sehen.

Messebeteiligungsprogramm 1983 des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr

Amtliche Beteiligungen

- „Rand Show“ vom 30.3. – 16.4.1983 in Johannesburg/Südafrika, Firmengemeinschaft mit Informationsstand des StMWV, Durchführungsgesellschaft DEGA, voraussichtlicher Teilnahmebeitrag 100,- DM/m²
- „Sports Expo Europe“ vom 12.5. – 16.5.1983 in Tokio/Japan, Firmengemeinschaft mit Informationsstand des StMWV, Durchführungsgesellschaft IMAG, voraussichtlicher Teilnahmebeitrag 260,- DM/m²
- „Budapester Internationale Frühjahrsmesse“ vom 18.5. – 25.5.1983 in Budapest/Ungarn, Firmengemeinschaft mit

Informationsstand des StMWV, Durchführungsgesellschaft DEGA, voraussichtlicher Teilnahmebeitrag 190,- DM/m²

Die genannten Teilnahmebeiträge gelten für kleine und mittlere Unternehmen mit einem jährl. Umsatz bis zu 100 Mio DM. Für größere Unternehmen wird der Teilnahmebeitrag gesondert festgesetzt.

Firmengemeinschaftsbeteiligungen

- „Intertech '83“ vom 6.5. – 14.5.1983 in Seoul/Korea, Maßnahmeträger: VDMA-Landesgruppe Bayern, Durchführungsgesellschaft NOWEA
- „Machine Asia“ vom 24.10. – 28.10.1983 in Singapur/Malaysia, Maßnahmeträger: VDMA-Landesgruppe Bayern, Durchführungsgesellschaft NOWEA
- „Germinex '83“ im November 83 in Manila, Maßnahmeträger: Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern Bayern, Durchführungsgesellschaft IMAG

Wettbewerbsrecht

Bundesregierung: Gesetzliche Einschränkungen des Tätigkeitsbereichs des Großhandels nicht erforderlich

Auf die nachstehenden Fragen des Bundestagsabgeordneten Dr. Paul Laufs (CDU):

„Kann die Bundesregierung Auskünfte darüber geben, in welchem Umfang Klagen des Einzelhandels zutreffen, daß Großhandelsunternehmen unter Ausnutzung gesetzlicher Lücken zu Lasten des mittelständischen Fachhandels und anderer Einzelhandelsvertriebsformen Gewerbetreibenden, und bei großzügiger Handhabung von Kaufberechtigungsscheinen auch privaten Verbrauchern, zunehmend Waren des privaten Bedarfs anbieten und sich dabei der wettbewerbsverzerrenden Vorteile des Abendverkaufs, der Preisauszeichnung ohne Mehrwertsteuer sowie der Werbewirkung der Bezeichnung „Großhandel“ bedienen?“

und

„Sieht die Bundesregierung möglicherweise einen Handlungsbedarf des Gesetz- oder Verordnungsgebers, um für den mittelständischen Facheinzelhändler nachteilige Vertriebspraktiken von Großhandelsunternehmen zu unterbinden, oder auf welche Weise kann gegebenenfalls dem Mißbrauch von Wettbewerbsvorteilen entgegengesteuert werden?“

hat die Bundesregierung im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Justiz wie folgt geantwortet:

„Nach § 6a Abs. 2 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG), für das der Bundesminister der Justiz federführend ist, darf ein Großhändler nur unter engen Voraussetzungen beim Verkauf an den „letzten Verbraucher“ auf seine Eigenschaft als Großhändler hinweisen. Im übrigen sind allein Einzelhändler als Wiederverkäufer und sog. „gewerbliche Verbraucher“, wie z.B. Handwerker, zum Einkauf beim Großhandel berechtigt. Allerdings hat die Rechtsprechung für diesen einkaufsberechtigten Kundenkreis eine „Toleranzschwelle“ von etwa 10% des Umsatzes des einzelnen Großhändlers zur Deckung des privaten Bedarfs zuge-

Hauptgeschäftsführer Werner Sattel – 25 Jahre beim Landesverband

Seit 25 Jahren steht Hauptgeschäftsführer **Werner Sattel** in den Diensten des Landesverbandes des Bayer. Groß- und Außenhandels (LGA).

Werner Sattel, der nach seinem Studium an der Technischen Hochschule und der Universität München sein Examen als Diplom-Kaufmann abschloß, trat 1957 in die Gesellschaft für Handelsberatung mbH ein, eine Tochtergesellschaft des LGA. Im Rahmen seiner Tätigkeit als Betriebsberater des Groß- und Außenhandels schaffte sich Werner Sattel einen Namen als Experte auf den Gebieten des wirtschaftlichen Einsatzes der Datenverarbeitung, der Kalkulation, der Kostenrechnung und des Betriebsvergleichs sowie über die Zusammenarbeit zwischen Großhandel und Industrie. 1965 wurde dann auf seine Initiative hin die d-v-h Datenverarbeitungsdienst des Handels GmbH gegründet, deren Geschäftsführung er bis 1975 innehatte.

Werner Sattel bekleidet inzwischen eine Reihe von Ämtern zur Wahrung der Interessen des Bayer. Groß- und Außenhandels, auch im Bundesgebiet und im europäischen Rahmen. So ist er Mitgeschäftsführer der Kreditgarantiegemeinschaft für den Handel in Bayern, Geschäftsführer der Wirtschaftshilfe des Bayer. Groß- und Außenhandels, des GSG Großhandelszentralverband für Spielwaren und Geschenkartikel sowie des Fachzweigs Schreib-, Papierwaren und Bürobedarf. Im Sinne einer weiteren und kontinuierlichen Qualifizierung der Mitarbeiter im Großhandel gehört er dem Vorstand des Bildungszentrums des Bayer. Handels an. Außerdem stellt er seine Kräfte der Bayer. Volksstiftung zur Verfügung. Auf Bundes- bzw. europäischer Ebene sind seine Tätigkeiten in der Bundesbetriebsberatungsstelle für den Deutschen Groß- und Außenhandel und der europäischen Föderation des Spielzeug Groß- und Außenhandels zu nennen.

Für seine vielfältigen Initiativen und Verdienste um den bayer. und deutschen Groß- und Außenhandel und dessen wirtschaftliche Rahmenbedingungen, wurde Werner Sattel im vergangenen Jahr mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet.



standen. Der Großhändler muß aber nach dieser Rechtsprechung die Einhaltung der von ihr aufgestellten Bedingungen durch geeignete Kontrollmaßnahmen sicherstellen.

Über den Umfang etwaiger Mißbräuche der Großhändler-eigenschaft liegen der Bundesregierung keine quantifizierbaren Anhaltspunkte vor. Dies bedeutet nicht, daß Beschwerden allgemeiner Art in diesem Zusammenhang nicht ernst zu nehmen sind. Nach Auffassung der Bundesregierung ist es aber Aufgabe des Einzelhandels selbst, insbesondere seiner Verbände, von den Klagemöglichkeiten des UWG gegenüber rechtswidrigen Verkäufen von Großhandelsmärkten und insbesondere auch gegen eine unzulässige Ausgabe von Berechtigungsscheinen an nichtgewerbliche Verbraucher Gebrauch zu machen und damit die Einhaltung der für die Großhandelstätigkeit bestehenden rechtlichen Grenzen zu sichern.

Die von der Rechtsprechung auf der Basis des geltenden Rechts insbesondere für den Selbstbedienungsgroßhandel aufgestellten Grundsätze und Grenzen, sowie die Klage-

möglichkeiten des UWG, sind nach Auffassung der Bundesregierung geeignet, um im Interesse der Sicherung eines leistungsgerechten, nicht durch Wettbewerbsverzerrungen verfälschten Wettbewerbs im Groß- ebenso wie im Einzelhandel die Aufrechterhaltung der bisherigen Unterscheidung zwischen den Funktionen des Großhandels bei der Versorgung der gewerblichen Verbraucher und Wiederverkäufer einerseits und des Einzelhandels bei der Belieferung privater Käufer andererseits zu gewährleisten. Weitere gesetzliche Einschränkungen des Tätigkeitsbereichs insbesondere auch des SB-Großhandels, die im übrigen anlässlich der UWG-Novellierung im Jahre 1969 umfassend erörtert und übereinstimmend von allen Fraktionen des Deutschen Bundestages abgelehnt worden sind, hält die Bundesregierung jedenfalls zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für erforderlich.

Damit hat die Bundesregierung klargestellt, daß im Zuge der derzeitigen Novellierung des UWG eine Änderung des § 6a Abs. 2 (Werbung mit der Großhändler-eigenschaft) als nicht notwendig angesehen wird.

Berufsausbildung und -förderung

Präsident Braun schreibt Präsident Stingl:

Zur Lage auf dem Lehrstellenmarkt

Sehr geehrter Herr Präsident Stingl,

die gesamte Wirtschaft hat in den letzten Jahren von sich aus größte Anstrengungen unternommen, um ihr Ausbildungsplatz-Stellenangebot auf ein so hohes Niveau zu führen, daß Angebot und Nachfrage auf dem Lehrstellenmarkt im Gleichgewicht gehalten werden konnten und es gelungen ist, die bisherigen geburtenstarken Jahrgänge in eine Berufsausbildung einzugliedern.

Wir brauchen an dieser Stelle wohl kaum zu betonen, daß der Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels von sich aus auch weiterhin alles unternehmen wird, um seine Mitgliedsfirmen zur Mobilisierung aller Ausbildungskapazitäten zu veranlassen.

Inwieweit jedoch eine vollständige Eingliederung der Jugendlichen auch im laufenden Jahr gelingen wird, läßt sich aufgrund der Berufsberatungsstatistik im Augenblick noch nicht genau beantworten. Um so mehr fallen uns Presseveröffentlichungen auf, die – bei allem Ernst der Lage – durch die Bekanntgabe von Gegenüberstellungen von Ausbildungsplatz-Angebot und Ausbildungsplatz-Nachfrage in der Öffentlichkeit eine objektive Beurteilung der Situation erschweren, da unserer Meinung nach in den Statistiken Zahlen zugrundegelegt werden, die zwar rechnerisch richtig sein mögen, mit Sicherheit aber die Tatsachen nicht wirklichkeitsgetreu darstellen, weil Jugendliche als Lehrstellenbewerber registriert worden sind, die tatsächlich bereits einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben – häufig genug auch mehrere –.

Unserer Meinung nach ist es deshalb dringend geboten, im Falle von Mehrfachbewerbungen sowohl die anderen Betriebe über einen abgeschlossenen Ausbildungsvertrag mit einer Firma zu unterrichten als auch die Arbeitsverwaltung.

Wie uns anlässlich eines Gespräches mit Damen und Herren der Münchner Berufsberatung klar wurde, muß in

diesem Punkt im Interesse der Jugendlichen selbst schnell Abhilfe geschaffen werden. Es geht unserer Meinung nach nicht an, daß Lehrstellenbewerber von Seiten der Arbeitsämter wiederholt, Wochen, ja Monate hin angeschrieben und aufgefordert werden, über die Ergebnisse eines Vorstellungsgespräches, – bzw. ob es überhaupt zu einem solchen gekommen ist, – Rückmeldung zu erstatten. In der Regel werden die Jugendlichen auch ein zweites und drittes Mal angeschrieben, ohne daß überhaupt eine Reaktion der Lehrstellensuchenden erfolgt.

Sie werden mir sicher zustimmen, daß dieses System nicht länger aufrechterhalten werden sollte, und zwar aus verschiedenen Gründen:

1. Im Hinblick auf den gewaltigen administrativen Apparat und die damit verbundenen unvermeidbar hohen Kosten;
2. weil man dem Jugendlichen auch ein Mindestmaß an Selbstverantwortlichkeit abnimmt und
3. der Berufsberatung selbst zu wenig Zeit für ihre eigentliche Aufgabe bleibt;
4. schließlich auch deshalb, weil die mehrfach angeschriebenen Jugendlichen auch dann noch in der Statistik als Lehrstellensuchende erscheinen, wenn sie in Wirklichkeit, möglicherweise bereits seit Wochen, einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben, so daß eine Verzerrung des tatsächlichen Standes von Angebot und Nachfrage eintritt.

Sehr geehrter Herr Präsident, eine zeitliche und organisatorische Straffung dieses Mahnsystems müßte sehr bald gelingen, um eine bessere Form der Kommunikation von Schulabgängern und Berufsberatung zu finden. Eine Vereinfachung und Beschleunigung des Meldesystems müßte aber insbesondere auch im Interesse der Chancengleichheit für solche Jugendliche gefunden werden, die tatsächlich noch ohne Ausbildungsplatz sind.

Ich biete Ihnen gern unsere Mitarbeit an der Entwicklung von Verbesserungsvorschlägen an, wie sie von unserer Seite aus praktikabel erscheinen.

Ich verbleibe mit freundlichen Grüßen

Konsul Senator Walter Braun

Bayerische Bierkrüge

...ein beliebtes Werbegeschenk,

direkt vom Hersteller ...

Franz Herb o.H.G. Bierglasveredelung

Werk und Büro:

8039 Puchheim · Gewerbegebiet · Benzstr. 24
Telefon 089/802093 · Telex 528025

Konjunktur und Marktentwicklung

Anhaltende Inflationsflaute im Großhandel

An dem im Frühjahr dieses Jahres durchgeführten Ifo-Investitionstest beteiligten sich rund 1850 Unternehmen des einzelwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Großhandels. Auf sie entfällt ein Viertel des gesamten in diesem Bereich getätigten Umsatzes. Erhoben wurden neben den Anlagezugängen in den vergangenen zwei Jahren die Investitionspläne für 1982, die Struktur der Investitionen sowie die Gründe für eventuelle Zurückstellungen bereits geplanter Investitionsvorhaben.

1981: Drastischer Rückgang der Investitionsausgaben

Die konjunkturelle Abkühlung im Jahre 1981 bekam der Großhandel deutlicher zu spüren als die meisten übrigen Wirtschaftsbereiche. Bei einem nominalen Wachstum von nur 1,3% schrumpfte der Umsatz preisbereinigt um 6,6%. Damit erwies sich der Großhandel erneut als besonders konjunkturrempfindlich, denn seine wichtigsten Abnehmerbereiche, das verarbeitende Gewerbe (Nominalumsatz: +4,8%) und der Einzelhandel (+2,7%) hatten 1981 eine günstigere Geschäftsentwicklung zu verzeichnen. Die starken konjunkturellen Absatzschwankungen der Großhandelsunternehmen resultieren vor allem aus der Abhängigkeit dieser Firmen von den gesamtwirtschaftlichen Bau- und Ausrüstungsinvestitionen, dem Außenhandel und in erster

Linie den Lagerdispositionen der Wirtschaft. Am stärksten wurde im Rezessionsjahr 1981 die Geschäftstätigkeit des Rohstoff- und Produktionsverbindungshandels betroffen. Bei diesen Unternehmen war sogar der Nominalumsatz leicht rückläufig. Besonders negative Einflüsse gingen hier von der Konjunkturschwäche im Baugewerbe aus. Der Großhandel mit Fertigwaren, der mehr von der Entwicklung des privaten Verbrauchs bzw. des Einzelhandels abhängig ist, erlöste dagegen fast 2,5% mehr als 1980. Auch innerhalb der beiden Großhandelsbereiche entwickelten sich die Umsätze im Jahre 1981 sehr differenziert, die Skala der Veränderungsraten reichte von +10% nominal (+3,4% real) beim Großhandel mit Waren verschiedener Art und +8% (+1,8%) beim Handel mit Getreide, Futter- und Düngemitteln bis zu -12,5% nominal (-17,6% real) beim Großhandel mit Holz und Baustoffen. Angesichts der bereits im zweiten Jahr stark rückläufigen Realumsätze und der sehr hohen Kreditzinsen versuchten die Großhandelsunternehmen verstärkt, ihre Kosten zu reduzieren bzw. die Ausgaben zu kürzen. Die Firmen bauten daher teilweise ihre Lagerbestände ab, orderten zurückhaltender, reduzierten ihr Personal und kürzten die Investitionsausgaben.

Wie die Ergebnisse des neuesten Ifo-Investitionstests zeigen, wurde der Personalbestand auf der Basis von Vollarbeitskräften 1981 um reichlich 2% vermindert.

Nachdem der Großhandel nicht nur die eigene Lagerhaltung finanzieren, sondern bei Teilen seines Kundenkreises auch noch Lieferantenkredite gewähren muß, waren angesichts der lang anhaltenden Hochzinsphase die Großhandelsunternehmen bestrebt so wenig Kapital wie möglich in Anlagegütern zu binden. Das erreichten sie einerseits durch

Investitionskennziffern des Großhandels nach Umsatzgrößenklassen 1980 und 1981
(Berichtskreisergebnis)

Unternehmen mit einem Jahresumsatz von	Bruttoanlageinvestitionen			
	in % des Umsatzes a) (Investitionsquote)		je Beschäftigten in DM (Investitionsintensität)	
	1980	1981	1980	1981
Einzelwirtschaftlicher Großhandel				
weniger als 0,5 Mill. DM	1,5	3,3	2100	4330
0,5 bis unter 2 Mill. DM	1,8	1,8	3310	3460
2 Mill. bis unter 10 Mill. DM	2,0	1,8	5260	4620
10 Mill. bis unter 50 Mill. DM	1,5	1,2	5170	4160
50 Mill. DM und mehr	0,6	0,5	5740	5380
Genossenschaftlicher Großhandel				
weniger als 0,5 Mill. DM	2,4	1,8	4880	3500
0,5 bis unter 2 Mill. DM	1,8	4,3	6350	13140
2 Mill. bis unter 10 Mill. DM	2,4	2,0	11560	9710
10 Mill. bis unter 50 Mill. DM	2,4	2,3	12440	12450
50 Mill. DM und mehr	1,3	1,2	8220	7140
Großhandel insgesamt				
weniger als 0,5 Mill. DM	1,9	2,8	2900	4110
0,5 bis unter 2 Mill. DM	1,8	2,3	3750	4970
2 Mill. bis unter 10 Mill. DM	2,0	1,8	5660	4960
10 Mill. bis unter 50 Mill. DM	1,5	1,3	5830	4940
50 Mill. DM und mehr	0,7	0,6	6580	5960

a) Eigen- und Vermittlungsumsatz ohne Mehrwertsteuer.

Quelle: Ifo-Investitionstest.

eine verstärkte Inanspruchnahme von Leasing-Finanzierungen, vor allem aber durch die drastische Kürzung der traditionell finanzierten Investitionsausgaben im Jahre 1981 um fast 11% auf 6,3 Mrd. DM; preisbereinigt bedeutet das einen Rückgang von über 14%.

Mit einer Investitionsquote von nur 1,0% (1980: 1,1%) zählte der Großhandel auch 1981 zu den am wenigsten anlagekapitalintensiven Wirtschaftsbereichen, was in erster Linie auf den recht hohen Anteil des Streckengeschäftes am Gesamtumsatz zurückzuführen ist; im Jahre 1978 belief sich dieser Anteil auf 30,3%. Im Gegensatz zum Einzelhandel ändert auch die Berücksichtigung der auf dem Wege der Anlagenmiete beschafften Investitionsgüter nur wenig an dem relativ niedrigen Niveau der Investitionsquote im Großhandel. Zusätzlich zu den in den eigenen Bilanzen verbuch-

ten Investitionsausgaben haben die Großhandelsunternehmen 1981 zwar Anlagen mit einem Anschaffungswert von knapp 1 Mrd. DM im Verfahren des Hersteller- oder Finanzierungs-Leasing übernommen, das sind rund 10% mehr als 1980 und gut 15% der eigenen Investitionssumme (Leasing-Quote); die Investitionsquote des Großhandels würde jedoch auch bei Einbeziehung dieser Mietanlagen im Jahre 1981 statt 1,0 nur 1,1% betragen und damit immer noch weit unter dem Durchschnittswert der sechziger und ersten siebziger Jahre liegen.

Die Geschäftstätigkeit verlief im genossenschaftlichen Großhandel (einschl. Einkaufsvereinigungen) 1981 günstiger als bei den einzelwirtschaftlich organisierten Unternehmen, er hatte aber mit einem Minus von 10% nur eine unwesentlich höhere Investitionsbereitschaft. Bedingt durch

Die Bruttoanlageinvestitionen des Großhandels für 1981 nach Branchen
(Berichtskreis)

Bereich bzw. Branche	Bruttoanlageinvestitionen		
	in % des Umsatzes a)	je Beschäftigten in DM	Veränderung gegenüber 1980 b)
Nahrungsmittel	0,8	5890	—
Tabakwaren	0,5	6920	+
Textilwaren, Heimtextilien	0,9	3520	—
Schuhe	0,6	2480	—
Technische Chemikalien, Kautschuk	0,7	7890	—
Flachglas	2,3	4840	—
Holz	1,6	5970	—
Baustoffe	1,3	5020	—
Installationsmaterial für Heizung, Gas, Wasser	1,2	3990	—
Eisen und Stahl	0,4	4540	—
NE-Metalle	0,3	6460	—
Schrott u. a.	0,8	5220	=
Brennstoffe	0,6	7730	—
Textile Rohstoffe, Leder, Häute	0,9	9760	+
Pharmazeutika	0,5	2610	—
Krankenpflege, Labor- und Friseurbedarf, Körperpflege- und Reinigungsmittel	0,7	1910	+
Technische Bedarfsartikel	2,6	6540	—
Lacke, Farben, Tapeten	2,1	3180	—
Papierwaren, Schul- und Büroartikel	0,6	4130	+
Bücher und Zeitschriften	1,7	5170	—
Papier und Pappe	0,8	6100	—
Möbel und kunstgewerbliche Erzeugnisse	0,5	5020	—
Feinkeramik, Glaswaren	1,4	4130	—
Metall- und Kunststoffwaren	1,0	5500	—
Elektroerzeugnisse	0,6	1820	—
Feinmechanik und Optik	2,0	8970	+
Uhren, Schmuck, Spielwaren	1,0	6630	+
Kraftfahrzeuge	0,4	3820	—
Kraftfahrzeugzubehör und -ersatzteile	1,7	3590	—
Fahrräder, Mopeds, Zubehör	3,5	7650	+
Büromaschinen	2,2	5500	+
Landmaschinen	1,1	3220	—
Werkzeugmaschinen und Werkzeuge	1,0	2990	—
Baumaschinen	1,3	4100	—

a) Eigen- und Vermittlungsumsatz ohne Mehrwertsteuer, b) Zeichenerklärung: + Zunahme, — Abnahme, = ungefähr gleichhoch.

Quelle: Ifo- Investitionstest.

die, am Umsatzwachstum gemessen, verhältnismäßig schwache Entwicklung der Investitionstätigkeit der Genossenschaften und Einkaufsvereinigungen, erreichte die Investitionsquote der beiden Großhandelsformen die gleiche Höhe von 1,0%. In der Vergangenheit hatte der einzelwirtschaftliche Großhandel in der Regel eine niedrigere Investitionsquote. Innerhalb des Genossenschaftsbereiches kürzten im Jahre 1981 die landwirtschaftlichen Genossenschaften ihre Ausgaben deutlich weniger (-4%) als die gewerblichen Genossenschaften und Einkaufsvereinigungen (-19%).

Weiterer Rückgang der Bauinvestitionen

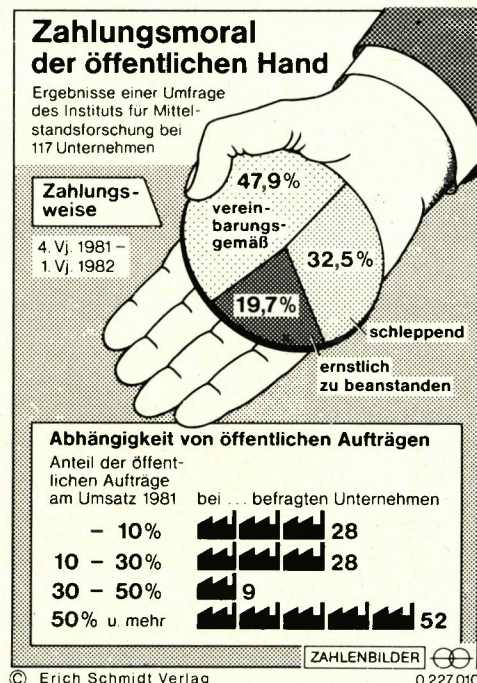
Der Anteil der Bauten an den gesamten Investitionsausgaben ist im Durchschnitt des Großhandels auch 1981 wieder zurückgegangen, und zwar von 42 auf 41%, was einen neuen Tiefstand bedeutet. Diese Entwicklung dürfte nur teilweise mit der zunehmenden Bedeutung des Immobilien-Leasing oder sonstiger längerfristiger Gebäudeanmietungen bei Immobilienfonds und anderen Finanzierungsgesellschaften zusammenhängen. Ähnlich wie die niedrigen Investitionsquoten deuten die verminderten Bauaktivitäten auf ein stark gedrosseltes Expansionstempo hin. Auf eine geringe Bedeutung des Erweiterungsmotivs bei den Großhandelsinvestitionen des Jahres 1981 läßt auch die Entwicklung der Geschäftsflächen schließen, die im Durchschnitt nur noch um gut 0,5% ausgeweitet wurden.

Die größte Bedeutung innerhalb der Investitionsetats hatten 1981 die Bauinvestitionen im Großhandel mit technischen Bedarfsartikeln (61%), gefolgt von den Fachzeitschriften (55%), textile Rohstoffe (55%), Möbel und kunstgewerbliche Erzeugnisse (55%), Fahrräder und Mopeds (52%) sowie dem Landhandel (51%). Der Anteil der Betriebs- und Geschäftsausstattungen ist 1981 mit 25% unverändert geblieben, während die Kraftfahrzeugkäufe mit 34% (1980: 33%) wieder einen relativ großen Teil der Investitionsbudgets in Anspruch nahmen. Wegen der vergleichsweise kurzen Abschreibungszeiten haben die Fahrzeuge beim Handel innerhalb des Blocks der Ersatzinvestitionen ein großes Gewicht und gewinnen damit in Jahren mit geringen Erweiterungsaktivitäten – gemessen am gesamten Investitionsvolumen – an Bedeutung. Darüber hinaus dürfte hier auch die vorübergehend diskutierte Aussetzung des Vorsteuerabzugs für Betriebs-Personenkraftwagen eine Rolle gespielt haben. Die im übrigen teilweise recht unterschiedliche Investitionsstruktur der einzelnen Fachzeitschriften ist weitgehend durch branchenspezifische Handelsfunktionen bestimmt.

Rückläufige Investitionskennziffern bei den größeren Unternehmen

Die Kürzung der Investitionsausgaben um 11% im Jahre 1981 führte im Durchschnitt des Großhandels auch zu einem Rückgang der Investitionsquoten und -intensitäten. Innerhalb der einzelnen Umsatzgrößenklassen verlief diese Entwicklung allerdings etwas differenzierter. Bei den Unternehmen mit einem Jahresumsatz bis 2 Mill. DM verbesserten sich diese Investitionskennziffern, bei den größeren Firmen (über 2 Mill. DM Jahresumsatz) verschlechterten sie sich. Trotz der unterschiedlichen Investitionsentwicklung zeigte sich auch 1981 das gewohnte Bild, daß mit wachsender Firmengröße die Investitionsquoten tendenziell zurückgehen, die Investitionsausgaben je Beschäftigten aber steigen. Dieser scheinbare Widerspruch erklärt sich durch die stark differierenden Anteile des Streckengeschäfts am Gesamtumsatz in den einzelnen Unternehmensgrößenklassen. Die Streckenumsätze nehmen mit wachsender Firmen-

größe zu und erreichen bei den Großbetrieben (über 50 Mill. DM Jahresumsatz) fast die Hälfte des gesamten Geschäftsvolumens. Je höher der Anteil des Streckengeschäfts in einem Unternehmen ist, desto niedriger fällt die Investitionsquote aus, da für diese Umsätze nur wenig Sachkapital erforderlich ist. Auch der Personalbedarf je Umsatzeinheit ist relativ geringer. Wenn die Investitionen je Beschäftigten hier trotzdem höher sind, so liegt das vor allem daran, daß der Gruppe der Großunternehmen auch die Zentral- und Ketten-großhändler sowie die Einkaufsvereinigungen angehören. Diese bilden häufig einen „Systemkopf“ für viele Firmen auf



Die Zahlungsmoral der öffentlichen Hand

Immer noch warten zuviele Betriebe auf die pünktliche Bezahlung ihrer Rechnungen durch die öffentlichen Auftraggeber. Dies ist das Ergebnis der neuesten periodischen Untersuchung, die das Institut für Mittelstandsforschung gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer zu Koblenz durchführte. Danach hat mehr als die Hälfte der dazu befragten Betriebe Grund zur Klage über vereinbarungswidrige Zahlungsverzögerungen. Dabei fällt auf, daß der Anteil der Unternehmen, welche die Zahlungsweise ihrer öffentlichen Auftraggeber „ernstlich zu beanstanden“ haben, seit der vorherigen Befragung im Herbst 1981 von 14 auf fast 20% zugenommen hat.

Je stärker der Anteil öffentlicher Aufträge am gesamten Umsatzvolumen ist, desto häufiger kam die Kritik von den befragten Betrieben. Hatte im Herbst 1981 etwa jeder vierte Betrieb, der mehr als die Hälfte seiner Umsätze mit öffentlichen Aufträgen erzielt, die Zahlungsweise seiner Auftraggeber „ernstlich zu beanstanden“, so war es im Frühjahr 1982 bereits jeder dritte. Positives ergibt sich aus der Untersuchung über das Zahlungsverhalten der Gemeinden. Bei ihnen ist das Bemühen um eine pünktliche Zahlungsweise erkennbar geworden.

der Groß- und Einzelhandelsstufe und erbringen oft zahlreiche Dienstleistungen für ihre Anschlußfirmen und Franchise-Partner auf den Gebieten Logistik, Rechnungswesen und Marketing. Die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen bzw. deren ständige Anpassung an den neuesten Stand der Technik ist mit relativ hohen Investitionskosten für Datenverarbeitungsanlagen, Kommunikationstechnik und andere hochwertige Ausrüstungsgüter verbunden. Dadurch entstehen verhältnismäßig hohe Investitionsausgaben pro Beschäftigten.

1982: Nochmals kräftiger Investitionsrückgang

Der Großhandel erzielte von Januar bis Mai des laufenden Jahres einen nominalen Umsatzzuwachs von gut 3,5%, preisbereinigt ergab sich allerdings immer noch ein Minus von fast 4%. Nach den Ergebnissen des jüngsten Ifo-Konjunkturtests zeichnet sich bei den Großhandelsunternehmen auch für die zweite Jahreshälfte keine spürbare Belebung der Geschäftstätigkeit ab. Andererseits ist aber wegen der erwarteten leichten gesamtwirtschaftlichen Besserungstendenzen mit einem weiteren Umsatzrückgang bis zum Jahresende kaum zu rechnen.

Konjunktur und Ertragslage bremsen die Investitionstätigkeit

Zum Zeitpunkt der Erhebung im März/April dieses Jahres hatten 29% (1981: 28%) der am Investitionstest teilnehmenden Großhandelsfirmen ursprünglich für 1982 eingeplante Investitionsprojekte zurückgestellt. So hoch war der Anteil dieser Meldungen noch nie, selbst im Rezessionsjahr 1975 belief er sich nur auf 22%.

Dieses Verhalten ist vor allem auf die schwache Geschäftsentwicklung und die unbefriedigenden Erträge zurückzuführen, denn „eingetretene oder erwartete Nachfrageabschwächung“ wurde mit 60% (1981: 56%) und „schlechte Ertragslage bzw. Gewinnerwartungen“ mit 84% (1981: 74%) von wesentlich mehr Firmen angegeben. Es war zwar auch in der Vergangenheit üblich, daß die schlechte Ertragslage am häufigsten als Investitionshindernis angeführt wurde, der Anteil von 84% für 1982 stellt jedoch eine Rekordmarke dar. Vor diesem Hintergrund sind auch von der Investitionszulage*) keine besonders starken Impulse für die Investitionen der Großhandelsunternehmen im laufenden Jahr zu erwarten, auch wenn das Gros dieser Firmen in den Referenzjahren 1979 bis 1981 relativ wenig investiert hat, und von daher die Voraussetzungen zur Gewährung von Zuschüssen gegeben sind. Durch die Terminierung des Förderzeitraums bedingt, dürfte der weitaus überwiegende Teil der durch die Investitionszulage geförderten Anlagen erst 1983 und 1984 auf den Anlagekonten erscheinen. Gewisse Revisionen der im Frühjahr geäußerten Investitionspläne nach oben sind jedoch möglich, denn erfahrungsgemäß wirkt sich eine Investitionszulage am schnellsten auf die Käufe von Kraftfahrzeugen und Büromaschinen aus.

Zusammenfassung

Nach den Ergebnissen des Ifo-Investitionstests hat der Großhandel 1981 gut 6,3 Mrd. DM investiert, das sind fast 11% weniger als 1980. Preisbereinigt bedeutet das einen Rückgang von über 14%. Die Investitionsbereitschaft des Großhandels war 1981 wesentlich geringer als im Einzelhandel (-5%) und im verarbeitenden Gewerbe (-1%), aber höher als in der Bauwirtschaft (-25%). Mit einer Investitionsquote von nur 1,0% (1980: 1,1%) zählte der Großhandel auch 1981 zu den am wenigsten anlagekapitalintensiven Wirtschaftsbereichen, was in erster Linie auf den recht hohen Anteil des Streckengeschäftes am Gesamtumsatz

zurückzuführen ist. Die anhaltend pessimistische Einschätzung der Geschäftsentwicklung, die angespannte Ertragslage und die immer noch relativ hohen Kreditzinsen lassen im Großhandel noch keine Verbesserung des Investitionsklimas aufkommen. Nach den Plänen der am Ifo-Investitionstest beteiligten Firmen ist im Großhandel 1982 nochmals ein kräftiger Investitionsrückgang zu erwarten. Quantifiziert man die gemeldeten Dispositionen, so ergibt sich im Branchendurchschnitt eine Verringerung der Investitionsausgaben um rund 11% auf knapp 5,7 Mrd. DM. Nach Abzug der voraussichtlichen Preiserhöhungen für Bauten und Ausrüstungsgüter würde sich dieses Minus sogar auf rund 14% stellen. Bei Realisierung dieser Dispositionen ginge die Investitionsquote des Großhandels auf 0,8% zurück, einen Tiefstand wie er bisher noch nicht registriert wurde.

*) Mit einer Zulage in Höhe von 10% wird die Anschaffung neuer beweglicher Wirtschaftsgüter begünstigt, soweit sie den Durchschnitt des Investitionsvolumens der Jahre 1979 bis 1981 übersteigen und in der Zeit vom 1. 1. 82 bis 31. 12. 82 bestellt und bis 31. 12. 83 geliefert werden. Bei Gebäuden läuft die Fertigstellungsfrist bis zum 31. 12. 84.

Außenhandel

Präsident Braun leitet offizielle bayerische Wirtschaftsdelegation

Kontakte zu Malaysia sollen vertieft werden

Um die traditionell guten Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Freistaat Bayern und Malaysia zu festigen, hat der bayerische Wirtschaftsminister **Anton Jaumann** Präsident **Walter Braun** als „außenwirtschaftlich besonders erfahrenen und international anerkannten“ Fachmann gebeten, eine offizielle bayerische Wirtschaftsdelegation zur Eröffnung der Germinex 82, Technische Ausstellung der Bundesrepublik Deutschland in Kuala Lumpur, Malaysia, zu führen.

Es sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt für die deutsche und die bayerische Wirtschaft dringend notwendig, den Asean-Staaten im allgemeinen und dem politisch und wirtschaftlich stabilen Malaysia im besonderen ernsthaft Aufmerksamkeit zu schenken, um auf diesen aussichtsreichen Märkten stärker als bisher präsent zu sein, begründete Jaumann seine Bitte an den Präsidenten des LGA.

Mit Sorge hat der bayerische Wirtschaftsminister festgestellt, daß sich dieses südostasiatische Land immer stärker Japan und Südkorea zu- und von Europa abwende. „Dies geschieht mit der Begründung, die europäischen Staaten und die Unternehmen hätten sich Malaysia gegenüber in den letzten Jahren mehr oder weniger reserviert gezeigt.“ Außerdem haben die Regierung Malaysias und die Spitzenverbände der bayerischen Wirtschaft ihr Interesse an einem Malaysia-Besuch hochrangiger Repräsentanten aus Bayern bekundet.

An der Germinex 82 in Kuala Lumpur vom 6. bis 11. Okt. werden im Rahmen einer bayerischen Gemeinschaftspräsentation rund 65 Firmen aus dem Freistaat teilnehmen. Die mittelständischen Firmen werden durch das bayerische Wirtschaftsministerium aus dem „Mittelständischen Messeprogramm“ finanziell unterstützt. Aus dem gesamten Bundesgebiet sind 120 Firmen vertreten.

Durch den Besuch hochrangiger bayerischer Wirtschaftsvertreter in Kuala Lumpur soll der bayerischen Gemeinschaftsbeteiligung u.a. auch ein offizieller Charakter verliehen werden.

BGA fordert Maßnahmen der französischen Regierung

Die Straßen in Südfrankreich sind für den Lkw-Verkehr unsicher: Plündernde Bauern halten Fruchtransporte aus Spanien an, die im Transit die französischen Autobahnen benutzen. Die Wagen werden entladen; sofern die Ware nicht schon dadurch zerstört wird, wird mit Dieselöl oder sonstigen Hilfsmitteln nachgeholfen.

Leichte Beschädigungen an den Fahrzeugen treten regelmäßig auf. Totalschäden an Fahrzeugen und Ladungen sind in den letzten Wochen kaum noch bekannt geworden.

Vandalismus gegen Lkw hat bei den französischen Bauern Tradition. Mal richtet er sich gegen deutsches Schweinefleisch, gegen spanischen Wintersalat (ein Produkt, das in Frankreich nicht erzeugt werden kann), gegen italienischen Wein, gegen eine Mehrwertsteuererhöhung oder gegen sonstige Maßnahmen der jeweiligen Regierung.

Sowohl der EG-Bauernverband COPA als auch der französische Bauernverband FNSEA geben ihre stillschweigende Zustimmung zu diesen Ausschreitungen. Die vom BGA schriftlich gebotene Gelegenheit, sich öffentlich zu distanzieren, haben beide Verbände nicht wahrgenommen.

Die Bundesregierung und die EG-Kommission mißbilligen wie der BGA solche Ausschreitungen und intervenierten in Paris.

Die französische Regierung verzichtet in ihrer Note vom 24.5.1982 an die EG-Kommission auf eine Mißbilligung der Ausschreitungen. Sie beschreibt einige bekannte Sachverhalte. In ihrem Resümee behauptet sie, von den Bauern (und Zollbediensteten) sei keine Verzögerung der Transporte von mehr als 24 Stunden verursacht worden. Wenn dieses geschehen sei, müsse das auf die Lkw-Fahrer selbst zurückgeführt werden.

Wir fragen, ob der Totalverlust ganzer Wagenladungen, Beschädigungen an Transportfahrzeugen, verbunden mit Nötigungen der Fahrer in den Augen der französischen Regierung auch den Fahrern angelastet wird! Um neue Ware zu beschaffen, zum Verbraucher zu transportieren und gegebenenfalls Fahrzeuge zu reparieren, wird in jedem Fall mehr als ein Zeitraum von 24 Stunden benötigt.

Formal wird der materielle Schaden durch die französische Gemeinde ersetzt, in der der Überfall erfolgte. Noch heute warten die deutschen Händler auf die Erstattung von Schäden des vergangenen Winters. Für mittelständische Unternehmen des besonders stark betroffenen Fruchthandels kann eine solche Situation den wirtschaftlichen Ruin bedeuten.

Der BGA bemüht sich mit Nachdruck darum, die Unruhe der betroffenen Handelsunternehmen in Grenzen zu halten. Die Überlegungen einzelner Firmen, französisches Obst und Gemüse zu boykottieren, beunruhigen uns. Dieses würde zu einer weiteren Eskalation führen.

Jetzt muß die Regierung in Paris handeln und die Atmosphäre bereinigen.

- Der freie Warenverkehr und die Sicherheit muß auch auf französischen Straßen wieder hergestellt werden.
- Auch die französischen Bauern müssen einsehen, daß sie nur das verkaufen können, was sie anbieten. Die von uns in Spanien gekauften Waren werden in Frankreich weder angeboten noch erzeugt.
- Gewalt gegen Personen und Sachen darf kein Mittel für politische Auseinandersetzungen sein.

- Wenn die französischen Bauern mit der Politik der EG oder ihrer Regierung unzufrieden sind, sollen sie sich an diese wenden und ihren Zorn nicht an Unbeteiligten auslassen.

Eine Fortsetzung von Gewaltakten gegen unsere Transporte begünstigt Gegenmaßnahmen gegen die Tätergruppe, gegen die französischen Erzeuger von Obst und Gemüse. Wir würden dieses bedauern.

Verschiedenes

8. Nürnberger Zollseminar 1983

Das schon traditionell gewordene „Nürnberger Zollseminar“ der Bayer. Industrie- und Handelskammern findet im Frühjahr 1983 zum achten Male statt. Das Nürnberger Zollseminar wird unter der Schirmherrschaft von Herrn Finanzpräsident a.D. Dr. Walter Arndt in Zusammenarbeit mit der Oberfinanzdirektion Nürnberg durchgeführt. Die Organisation liegt bei der Industrie- und Handelskammer Nürnberg. In dem aus vier einzelnen Wochen bestehenden Seminar können die am Außenhandel beteiligten bayerischen Firmen ihre Mitarbeiter, die sich in entsprechenden Positionen mit Zollfragen bei der Ein- und Ausfuhr befassen, schulen lassen. Voraussetzung für die Teilnahme ist der Besuch eines Zollgrundkurses oder eine bisherige Tätigkeit die die Grundkenntnisse auf zollrechtlichem Gebiet sicher stellt.

Das Einfuhrseminar erstreckt sich über 3 einzelne Wochen, von Januar bis März 1983; das Ausfuhrseminar findet im April 1983 statt. Da die einzelnen Wochen in einem inneren thematischen Zusammenhang stehen, empfiehlt sich die Belegung beider Seminarteile. Die Teilnahmegebühr beträgt zusammen DM 2.100,-.

Weitere Auskünfte erhalten Sie bei der Außenwirtschafts-Abteilung der IHK Nürnberg, Tel. 0911 / 1335-402.

Geschenke über die Grenze

„Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft“, sagt ein geflügeltes Wort. Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Auslandstätigkeit und Tourismus haben seit Jahren dazu geführt, daß persönliche Bindungen im Ausland geknüpft werden. Mancher möchte Verwandte und Freunde mit einem Geschenk erfreuen. Aber ist ein Päckchen aus dem Ausland immer eine reine Freude?

Die Industrie- und Handelskammer Nürnberg will mit der Broschüre „Geschenke über die Grenze“, die zum einen die Bestimmungen für den **Versand** von Geschenken nach dem Ausland und zum anderen die Bestimmungen für die **Mitnahme** von Geschenken im **Reiseverkehr** enthält, allen Schenkern und Reisenden einen kurzgefaßten Ratgeber in die Hand geben.

Die Broschüre enthält die Bestimmungen von 111 Ländern und kann zum Preis von DM 9,- ab sofort bei der Abteilung Außenwirtschaft der Industrie- und Handelskammer Nürnberg, Tel. 0911 / 1335-399 / 402 bezogen werden.

Verbandstag
Mittwoch, 29.6.1983

Personalien

Wir betrauern

Vorstandsmitglied Helmuth Barth

Am 1. September 1982 verstarb unser Vorstandsmitglied Dipl.-Kfm. **Helmuth Barth** im 53. Lebensjahr. Helmuth Barth, dessen besonderes Anliegen die Erhaltung und Förderung des mittelständischen Handels war, hatte sich in beispielhafter Weise für die Interessen und Belange unserer Wirtschaftsstufe eingesetzt. 12 Jahre lang stand er dem Poinger Großhandelsunternehmen Kathreiner AG als Sprecher und Vorsitzender des Vorstandes vor. In dieser Zeit führte Helmuth Barth das Unternehmen zu einem der bedeutendsten im süddeutschen Raum.

Helmuth Barth war ein umfassend ausgebildeter Wirtschaftler. Nachdem er 1947 sein Abitur abgelegt hatte, schloß er ein betriebswirtschaftliches Studium an der Kölner Universität an. Vorher absolvierte er eine handwerkliche Lehre bis zum Gesellenabschluß. 1954 legte er sein Diplom als Diplom-Kaufmann ab. Eine Betriebsberater-Ausbildung, die ihn auf 3 Monate in die USA führte, schloß sich an.

1957 wurde er Leiter der Bundesbetriebsberatungsstelle für den Groß- und Außenhandel in Bonn. Nach einer Zwischenstation bei der Firma Karl Koch & Sohn in Düsseldorf wurde er 1968 in den Vorstand der Kathreiner AG berufen.

Neben seinem beruflichen Engagement wurde der Ratsschlag von Helmuth Barth auch in zahlreichen Gremien geschätzt. So war er Vorsitzender des Beirats der Vereinigten Handelsgesellschaft TANIA in Hamburg, Mitglied des Handelsausschusses und der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern und Beiratsmitglied der Bayerischen Lagerversorgung. In Anerkennung seiner langjährigen Verdienste für die Bayerische Wirtschaft wurde er im Dezember vergangenen Jahres mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet.

Unserem Vorstand gehörte Herr Barth seit Dezember 1977 an. Seine umfassende Kenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge und ihrer Hintergründe erleichterten uns oftmals die Entscheidung. Neben seiner tiefen Sachkenntnis zeichnete sich Helmuth Barth durch große persönliche Lebenswürdigkeit aus.

Er wird uns unvergessen bleiben.

Hans Postler

Hans Postler, bis auf die letzten Tage aktiv in seiner Firma tätig, verstarb im Alter von 74 Jahren.

Seine Laufbahn begann nach Abschluß der Höheren Schule mit einer Lehre als Großhandels-Kaufmann. Nach der Beendigung avancierte er schnell zum Abteilungsleiter in seiner Lehrfirma. Sein weiteres Vorwärtkommen wurde jedoch durch den Ausbruch des 2. Weltkrieges jäh gestoppt.

Als Soldat verbrachte er die meiste Zeit in Rußland und nach der Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft wandte er sich wieder der Spielwaren-Branche zu.

Anfang der 50er Jahre war er als Vertriebsleiter einer Nürnberger Lederwaren-/Spielwaren-Fabrik tätig, wo er sich mit den geänderten Marktverhältnissen nach dem Kriege vertraut machte.

1954 erfüllte er sich seinen Lebenswunsch. Er wurde selbständig und begann das neu aufkommende Plastik-

Spielzeug aus Italien zu importieren. Als kurze Zeit danach in Hong Kong Spielwaren produziert wurden, war Herr Postler einer der ersten Einkäufer aus Europa, welche die damals noch beschwerliche Reise unternahmen.

Die Firma Postler wuchs kontinuierlich und hat dank der Initiative ihres Chefs die heutige Größe erreicht.

In den letzten 6 Jahren hat Herr Postler seine Arbeitskraft neben den Finanzen vornehmlich dem Export gewidmet, welcher heute für die Firma Postler eine hervorragende Bedeutung hat.

Wir werden dem Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Wir gratulieren

Herrn **Ernst Lindner**, Farben-Lindner GmbH, in Schweinfurt, der mit Wirkung vom 1. Juni 1982 an für eine neue Amtsperiode von 4 Jahren zum ehrenamtlichen Richter beim Arbeitsgericht Würzburg berufen wurde.

Ihm gilt unser herzlichster Glückwunsch.

75 Jahre Sahlberg, München

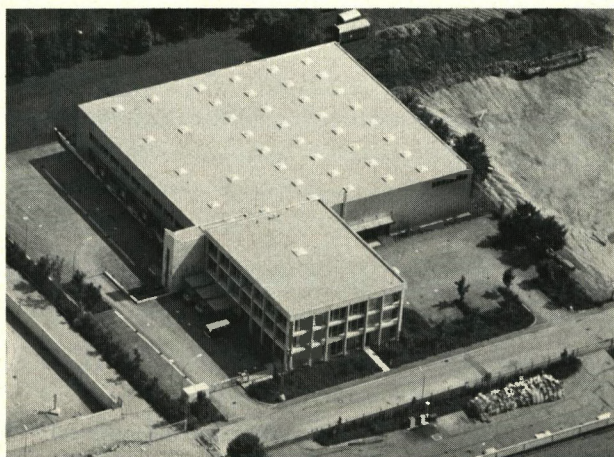
75 Jahre Sahlberg, eine lange Zeitspanne für ein Familienunternehmen und eine technische Großhandlung. Trotz Rückschlägen durch die beiden Weltkriege wurde mit Optimismus, Energie und Fleiß der Aufbau der Firma vorangetrieben. Ein Rückblick in die Firmengeschichte erweist, daß gerade auch schwierige Zeiten durch den Willen zum Wiederaufbau durch Erfolg gekennzeichnet wurden.

Die Gründung der Firma erfolgte am 1. 10. 1907 als Gummwarenhandlung nebst Flaschenwein, Delikateß- und Spirituosenhandel durch den Firmengründer **Wilhelm Sahlberg** in der Niesergasse. Das Delikatessengeschäft wird von Ehefrau Fanny ebenfalls in der Niesergasse betrieben. 1916 tritt Hildegard Sahlberg die Tochter in die Firma ein, 1918 gefolgt von Oskar Sahlberg nach seiner Ausbildung als Elektro-Großhandelskaufmann und seiner Militärzeit in Flandern. 1930 geht der Firmengründer in den Ruhestand. Die Geschwister Oskar und Hildegard Sahlberg übernehmen die Geschäftsleitung. In dieser Zeit verschiebt sich das Schwergewicht der allgemeinen und medizinischen Gummibedarfsartikel immer mehr in Richtung Installations- und technischen Gummibedarfs.

Es geht weiter bergauf. 1939 hat dann die Firma eine Größenordnung erreicht, die den Umzug von der Niesergasse in das Rosenthal nötig machen. In den Jahren 1944 bis 1947 fällt zunächst das Geschäftshaus den Bomben zum Opfer. Im Keller geht der Verkauf weiter, bis ein Volltreffer auch dem ein Ende setzt. Teile des Warenlagers werden nach Gmund am Tegernsee ausgelagert, nach Kriegsende geht der Verkauf in einem Hinterhof der Müllerstraße notdürftig weiter. 1947 war es dann soweit, daß man größere Geschäftsräume in der Blumenstraße 15 anmieten konnte.

1954 dann entsteht das neue Geschäftshaus in der Blumenstraße 17, das auch heute noch in zwei Etagen rund 6000 Artikel des Unternehmens ständig präsent hält. 1960 tritt **Peter Sahlberg**, Jahrgang 1936, als Dipl.-Kfm. und im Maschinenbau ausgebildet, in die Firma ein. Vorbereitet hatte er sich neben seinem Studium durch ein Volontärjahr bei einem der bedeutendsten technischen Händler in Zürich. Ein Jahr später tritt Herr Ingenieur Erwin Löbl in die Firma

ein, der 1981 neben Peter Sahlberg zum zweiten Geschäftsführer der Firma bestellt wird. 1968, nach dem plötzlichen Tod von Firmenchef Oskar Sahlberg übernimmt der „Junior“ Peter Sahlberg voll die Geschäfte, unterstützt von seiner Frau Heidi. Die Betriebsgebäude in der Blumenstraße werden zu eng, ein neues entsteht im Euro-Industriepark, welches für eine spätere Erweiterung des Betriebes geplant ist. Ein Lager wird eingerichtet, das nach zweimaliger Erweiterung schließlich eine Größe von 1300 qm hat. Die räumliche Trennung eines großen Teils des Lagers von Verkauf und Verwaltung macht jedoch die Auftragsabwicklung kompliziert. Auch die Verteilung des Betriebes in der Blumen-



straße über 7 Etagen und die innerstädtische Parkplatznot führen allmählich zu dem Entschluß einen neuen Standort zu suchen. Dieser wird in Feldkirchen in Form eines geeigneten Grundstückes gefunden, das gleichzeitig eine gute Verkehrslage zum Großraum München hat und mit über 8500 qm auch die nötige Größe besitzt. Zwei Jahre später ist das neue Gebäude mit einem Volumen von ca. 30.000 cbm umbauten Raum, einer Lagerfläche von ca. 4000 qm und ca. 1000 qm Bürofläche, verbunden mit den Möglichkeiten für eine großzügige Lagerhaltung der über 6000 Artikel fertiggestellt und kann bezogen werden. Die Kunden, ob gewerbliche oder private, können nun an beiden Standorten, in Feldkirchen so wie in der Münchner Blumenstraße einkaufen.

Die Firma Sahlberg beschäftigt heute ca. 85 Mitarbeiter, ungefähr 10% der Belegschaft sind Auszubildende. Zum Kundenkreis zählen Industrie, Handwerk und Behörden in Südbayern. Viele Produkte des Sortiments, als Beispiel soll der Arbeitsschutz genannt werden, werden von praktisch allen herstellenden und verarbeitenden Betrieben gebraucht.

Entscheidendes Gewicht wurde immer auf Qualität und hochwertiges technisches Know-How gelegt. Eine nicht unbedeutende Rolle spielt auch die Vielzahl von Sonderanfertigungen, so daß ab 1961 ein Ingenieurbüro als besondere Serviceleistung für die Kunden aufgebaut wurde. Dadurch konnten hochwertige Entwicklungen mitgestaltet werden, wie z. B. die Aufhängung und Abdichtung der Plexiglasplatten des Olympia-Zeltdaches, die Berechnung und Gestaltung der U-Bahngleistrog Lagerung und die elastische Lagerung von Raketen-Nutzlast-Spitzen für das Max-Planck-Institut.

Neben solchen herausragenden und speziellen „Spitzenprodukten“ richtet sich aber doch der Hauptteil der Beratungstätigkeit auf die Probleme im täglichen Arbeitsleben der Betriebe. Sei es ein Keilriemenantrieb, säurefeste Arbeitskleidung oder eine richtige Gehäuseabdichtung oder der Ersatz eines geplatzten Waschmaschinenzulaufschlauchs.

Die Firma Sahlberg ist zwar mit 75 Jahren eine traditionsreiche Firma, die jedoch in ihrer Aufgeschlossenheit dem Neuen gegenüber jung geblieben ist. Immer wieder werden neue Impulse gefunden und verarbeitet durch tüchtige, oft langjährige Mitarbeiter. Mit deren tatkräftiger Mitarbeit wird sich die Firma auch in Zukunft bemühen, ihre Probleme zu lösen und den Anforderungen des Marktes gerecht zu werden. Insofern schauen Geschäftsleitung und Mitarbeiter mit Zuversicht und Optimismus in die Zukunft.

Unser Landesverband wünscht unserem Vorstandsmitglied Peter Sahlberg persönlich und einer weiteren gedeihlichen Geschäftsentwicklung auch für die nächsten sieben-einhalb Jahrzehnte das Allerbeste.

Buchbesprechungen

Friedrichs/Gaugler/Zander (Hg.)

PERSONAL-PERSPEKTIVEN

368 S., 17,5 × 26 cm, Ln mit SU DM 138,—

1982, Institut Mensch und Arbeit in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Personalführung e. V.

Mit PERSONAL-PERSPEKTIVEN wird erstmals ein übersichtliches Instrument zu den wesentlichsten Fragen und Problemen der Personalarbeit vorgelegt, das

- aktuelle Erkenntnisse konzentriert zusammenfaßt,
- diese Erkenntnisse von verschiedenen Aspekten her kommentiert und erläutert,
- damit die Zukunfts-Perspektiven für die nächsten Jahre darstellt und prognostizierbar macht
- und dadurch die Beurteilungskriterien für zukünftige Entscheidungen vermittelt.

In wirtschaftlich risikoreichen Zeiten gewinnen Personalentscheidungen an Bedeutung. Das erfordert nicht nur die Beobachtung der Tagesereignisse, sondern den Überblick über die Trends der gesellschafts- und sozial-politischen Entwicklungen. Diese sind es, auf die Personalpolitik reagieren muß. PERSONAL-PERSPEKTIVEN beginnen daher mit einer ausführlichen Diskussion gesellschafts- und sozialpolitischer Themen, die u. a. gesetzliche Neuerungen, technologische Entwicklungen, die Probleme der Personalanpassung wie der „Arbeitskrisen“ beleuchten.

Der zweite Abschnitt setzt sich mit den aus den Ergänzungen des Betriebsverfassungsgesetzes ergebenden arbeitsrechtlichen Entwicklungstendenzen auseinander und untersucht Rechtssprechung, Mitbestimmung und Betriebsvereinbarungen.

Dem Wunsch vieler Mitarbeiter nach mehr Freizeit kann eine Personalleitung nur dann gerecht werden, wenn sie die technischen, innerbetrieblichen, rechtlichen, wirtschaftlichen, politischen Aspekte von Teilzeitarbeit, Job-Sharing, Arbeitszeitverkürzung und Zeitsouveränität kennt, wie sie im 3. Abschnitt des Buches behandelt werden.

Die großen Kapitel 4 und 5 befassen sich mit „Personalberatung“ und „Mitarbeiter-Beurteilung“ und behandeln Fragen des Rechts, des Marktes, der Kooperation und Neu-

organisation bzw. der Praxis, Kontrolle, Auswertung u. v. m. Da die Beiträge jeweils von differenzierten Grundlagen ausgehen, sind sie nicht nur für Großunternehmen, sondern auch für mittelständische Betriebe richtungsweisend.

Acht Beiträge im 7. großen Kapitel setzen sich – von den verschiedensten Problemstellungen ausgehend – mit Fragen von Lohn und Gehalt auseinander. Sie untersuchen die allgemeine Gehalts- und Sozialpolitik, Probleme der kybernetischen Arbeitsbewertung, betriebliche Sozialleistungen, Vermögensbildung sowie auch die Entlohnung von Außen- dienstmitarbeitern.

Ein ausführlicher Anhang beschreibt die Möglichkeiten des Studiums und der Weiterbildung im Fach Personalwirtschaft. Übersichten, Tabellen, Statistiken, die für das Personalwesen wichtig sind, werden am Ende des Buches zusammengefaßt.

PERSONAL-PERSPEKTIVEN machen sich durch diese inhaltliche Konzeption und Struktur unentbehrlich für das Personal-Management, für Personalleiter, Mitarbeiter in Personalstäben, Sachbearbeiter, Geschäftsführer und Unternehmer.

PERSONAL-PERSPEKTIVEN zeigen Modelle, Verfahren, Systeme, vermitteln Grundwissen, lösen Probleme, informieren über rechtliche Zusammenhänge und verweisen auf Trends und Tendenzen.

INSTITUT MENSCH UND ARBEIT

Robert Pfützner GmbH

Sandstr. 3

8000 München 2

Loseblattwerk „betrieb + personal“

Herausgeber: Dr. Günter Halbach, Ministerialrat im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Bonn und 19 Experten

Das Loseblattwerk betrieb + personal hat rund 1.500 Seiten in einem Plastikordner. Jährlich sind 3 aktualisierende Ergänzungs-Lieferungen im Umfang von jeweils ca. 200 Seiten vorgesehen.

Format DIN A 5 – Subskriptionspreis DM 38,80 –

Best.-Nr. 356700 – ab 1. 10. 1982 DM 45,80 –

Best.-Nr. 356500 – STOLLFUSS VERLAG BONN

Dieses neue Loseblattwerk gibt als systematische Gesamtdarstellung sowohl für die Arbeitgeber- als auch für die Arbeitnehmerseite aktuell, praxisnah und allgemeinverständlich über die Themen Arbeitsrecht, Lohnsteuer, Sozialabgaben, Personalführung und Personalwirtschaft umfassend Auskunft. Der Vorzug dieses Werkes liegt in der Handlichkeit und der mit wissenschaftlicher Zuverlässigkeit gepaarten Praxisnähe: In nur einem Band wird die für Arbeitgeber, Personalleiter, Betriebsräte und den einzelnen Arbeitnehmer gleichermaßen wichtige Rechtsmaterie von erfahrenen Praktikern (zur besseren Verständlichkeit mit zahlreichen Beispielen) klar geordnet und vollständig aufbereitet. Auf den schwierigen, weil nicht oder nicht einheitlich geregelten Rechtsgebieten Arbeitsrecht, Lohnsteuerrecht, Sozialabgaben die Übersicht zu behalten, erfordert eine ständige Aktualisierung der Informationsunterlagen. Hierfür ist die Loseblatt-Sammlung die richtige Darstellungsform. Als Nachschlagewerk wie als Lehrbuch, das stets auf den neuesten Stand von Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur gebracht wird, ermöglicht es in kompakter Form eine rasche und zuverlässige Unterrichtung über das geltende Recht. Zahlreiche Vordrucke, Muster und Formulare zu allen behandelten Themen ergänzen das Werk und sollen die tägliche Arbeit des Praktikers erleichtern.

RUDOLF HAUFE VERLAG

Das Personal-Büro in Recht und Praxis

Arbeitsrecht – Lohnsteuer – Sozialversicherung – Personalführung – Organisation. Grundwerk mit rund 5.000 Seiten, die in 5 Kunststoff-Sammelordnern abgelegt sind, einschließlich Ordner und Register, bis zum Liefertag ergänzt DM 49,60. Seitenpreis der 12 mal im Jahr erscheinenden Ergänzungslieferungen 13 Pf. Im Bezugspreis der Nachträge sind 11 umfangreiche Kundendienst-Leistungen eingeschlossen.

Nicht zuletzt durch den Mangel an geeigneten Ausbildungsplätzen hat die Frage, wann und unter welchen Umständen Ausbildungsverhältnisse beendet werden können, in letzter Zeit an Gewicht gewonnen. Der Praktiker wird deshalb die Neubearbeitung des Aufsatzes über die Beendigung von Berufsausbildungsverhältnissen in dieser 8. Ergänzungslieferung begrüßen, in der die neueste Rechtsprechung und Literatur zu diesem Thema berücksichtigt worden ist. Aktualisiert wurden auch die Hinweise für die Einstellung von Arbeitnehmern sowie die Gesamtdarstellung der gesetzlichen Rentenversicherung. Überarbeitet wurde schließlich auch der Aufsatz über die Haftung im Lohnsteuerverfahren, nachdem der Bundesfinanzhof in mehreren Urteilen mit erfreulicher Deutlichkeit darauf hingewiesen hat, in welchen Fällen eine Inanspruchnahme des Arbeitgebers für zu wenig einbehaltene Lohnsteuer gegen Treu und Glauben verstößt.

Postordnung und ergänzende Vorschriften

Von Dr. sc. pol. Karl-Heinrich HAMMER und Dr. jur. Roland LASSIG

Ergänzbare Ausgabe einschließlich 47. Ergänzungslieferung, 832 Seiten, DIN A 5, Plastikordner, DM 68,–.

ERICH SCHMIDT VERLAG Berlin · Bielefeld · München

Die Notwendigkeit zu Einsparungen zwingt sich jedem vom Postversand abhängigen Unternehmen, jedem Verband, jeder Organisation, jeder Verwaltungsbehörde vermehrt auf.

Die Möglichkeiten sind vielfältig; Postgebühren sind nicht nur bei Massensendungen – zum Beispiel bei Werbeaktionen ein wichtiger Kostenfaktor. Wesentlich ist, daß bereits frühzeitig die Planung im Hinblick auf die kostengünstigste Versendungsform ansetzt: nicht nur der Inhalt muß bestimmten Anforderungen genügen (zum Beispiel bei den verschiedenen Drucksachenarten oder beim Warenversand ins Ausland) – auch bei der Wahl der Verpackung sind bestimmte Vorschriften (Maße, Gewicht, Art des Verschlusses) zu beachten.

Mit dem Handbuch „Postordnung“ wird Ihnen die notwendige schnelle und übersichtliche Orientierung geboten.

Es erläutert übrigens auch die unübersichtlichen Ausführbestimmungen nach EG- und Drittländern.

Die Sammlung bringt neben den Originaltexten der Postordnung und der Postzeitungsordnung sowie der zugehörigen Gebührenordnungen und Ausführungsbestimmungen alle wichtigen ergänzenden Richtlinien, Verordnungen und ministeriellen Erlasse sowie die für den Arbeitsbereich des Postbenutzers erforderlichen Verweisungen, Erläuterungen und Kommentierungen. Die Erläuterungen sind allgemeinverständlich gehalten und speziell auf die praktischen Bedürfnisse der Wirtschaft zugeschnitten.

Die „Postordnung“ enthält selbstverständlich alle neuen Bestimmungen und Gebühren für den Postverkehr im Inland, mit der DDR und nach dem Ausland.

Landesverband des
Bayerischen Groß- u. Außenhandels
Bildungszentrum



Rhetorik

Wissen und Fähigkeiten genügen oft nicht – man muß sie auch wirkungsvoll „verkaufen“ können. Das beste Argument verliert an Kraft, wenn es nicht überzeugend vorgetragen wird. Beides zusammen also sichert erst den Erfolg.

Programm:

- Überprüfung Ihres Auftretens: Dieses Grundlagenseminar gibt Ihnen anhand von Video-Aufnahmen, die von jedem Teilnehmer gemacht werden, Gelegenheit, sich selbst zu überprüfen: Ihre Sprechweise, Ihre Formulierungsgewohnheiten, Ihre Körpersprache, kurz: Ihre gesamte Wirkung auf andere Menschen.
- Training: Dieses Seminar ist gewissermaßen ein „Trainingslager“, d. h. die Übungen der Teilnehmer stehen im Vordergrund. In simulierten Situationen lernen Sie, Sicherheit zu bewahren, Schlagfertigkeit und Kreativität zu entwickeln und an Ihrer „Körpersprache“ zu feilen.
- Know-How: Dieses Seminar zeigt Ihnen, wie Sie inhaltlich Konzepte entwickeln, beispielsweise für eine Produktdemonstration oder einen Vortrag. Sie lernen, die „Beeindruckungsmittel“, die man an hervorragenden Rednern so schätzt, richtig einzusetzen. Sie lernen, Ihre rednerischen Schwächen zu beheben, Ihre Überzeugungskraft zu stärken und schließlich mit gestärktem Selbstbewußtsein vor andere hinzutreten.

Termin Herbst 1982

46101 München

03.–04. 11. 82

Dauer:

2 Tage, jeweils von 9.00–17.00 Uhr

Referent:

Dipl. Psych. Michael Wagner, Unternehmensberater

Gebühr:

DM 320,—

Erfolgreiche Verhandlungsführung im Einkauf – Vorbereitung und Durchführung des Einkaufsgesprächs

Ein bewußt geführtes Einkaufsgespräch mit einer zielgesteuerten Verhandlungstechnik führt heute immer häufiger zur Schaffung von Kalkulationsreserven für den Verkauf.

Dieses Seminar soll Ihnen helfen, ein Einkaufsgespräch systematisch vorzubereiten und die notwendigen Verhandlungen mit Ihrem Handelspartner durch Sicherheit zum Erfolg zu führen.

Programm:

- Worum geht es im Einkauf?
- Systematische Vorbereitung der Einkaufsverhandlung
- Der Verkäufer – Partner im Einkauf
- Das Einkaufsgespräch
- Argumentationstechnik
- Frage- und Einwandtechnik
- Hilfsmittel für den Einkauf

Termin Herbst 1982

46104 München

24. 11. 82

46403 Nürnberg

01. 12. 82

Dauer:

1 Tag von 9.00–17.00 Uhr

Referent:

Eckehard Schmidt, Prokurist einer Textilgroßhandlung

Gebühr:

DM 160,—

Verkaufsleiterseminar

Die Aufgaben und Probleme, die ein Verkaufsleiter heute zu lösen hat, sind schwieriger und vielfältiger geworden. Meistens reicht dazu das traditionelle Instrumentarium nicht mehr aus.

In diesem Seminar werden in der Praxis erprobte Methoden und Techniken, Hilfsmittel und Instrumente vorgestellt, die es dem aufgeschlossenen Verkaufsleiter ermöglichen, den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden.

Personenkreis

Die im Betrieb für den Bereich Verkauf Verantwortlichen, ob sie nun Verkaufsleiter, Niederlassungsleiter oder Unternehmer sind.

Programm:

- Die Anforderungen, die an einen modernen Verkaufsleiter im Großhandel gestellt werden
- Die Aufgaben des Verkaufsleiters (VL)
- Das Führungsinstrumentarium des VL
- Zur Verbesserung der Leistungen des Verkaufsaußendienstes
- Das zielorientierte Steuerungs- und Kontrollsystem
- Das zweckmäßige Außendienst-Berichtswesen, dessen Organisation und Auswertung
- Die Steuerung des Außendienstes durch Leistungskontrolle und Kennzahlen
- Die Motivation des Außendienstes
- Die gezielte Schulung des Außendienstes, Anregungen, Methoden, Hilfsmittel
- Fallstudien aus der Praxis zur Vertiefung des Stoffes

Termin Herbst 1982

46103 München

14.–15. 12. 82

Dauer:

2 Tage, jeweils von 9.00–17.00 Uhr

Referent:

Hans Georg Lettau, Unternehmensberater

Gebühr:

DM 320,—

Bilanzbuchhalter – Vorbereitungslehrgang auf die Bilanzbuchhalterprüfung IHK

Der Bilanzbuchhalter ist ein Fachkaufmann, der über eine langjährige Berufserfahrung und eine auf sein Gebiet speziell ausgerichtete Weiterbildung verfügt.

Damit ist er befähigt, alle Problemkreise der Buchhaltung und der Finanzierung theoretisch aufzuzeigen und systematisch darzustellen. Er kennt sämtliche Buchhaltungs- und Bilanzierungsverfahren und ist in der Lage, Lösungen für buchhaltungstechnische Probleme selbständig zu erarbeiten.

Der Lehrgang baut auf der Grundausbildung und Berufserfahrung der Teilnehmer auf, verbreitert das Fachwissen und untermauert das Urteilsvermögen. Die Prüfung wird von der Industrie- und Handelskammer abgenommen und berechtigt nach Bestehen zu der Berufsbezeichnung

Bilanzbuchhalter.

Zulassungsvoraussetzungen:

Eine mit Erfolg abgeschlossene Ausbildung in einem anerkannten mindestens 3jährigen kaufmännischen Ausbildungsberuf und eine weitere Berufspraxis im betrieblichen Rechnungswesen von 3 Jahren. Falls diese Voraussetzungen nicht vorliegen, muß der Prüfungsbewerber insgesamt eine mindestens 7jährige Tätigkeit nachweisen, davon mindestens 4 Jahre im betrieblichen Rechnungswesen.

Die Lehrgänge sind förderungsfähig nach dem Arbeitsförderungs-gesetz durch das Arbeitsamt; sollte diese Förderungsfähigkeit nach dem Arbeitsförderungs-gesetz nicht gegeben sein, so erkundigen Sie sich bitte im Bildungszentrum des Bayerischen Handels vor Beginn des Lehrgangs nach anderen Förderungsmöglichkeiten.

Gerne senden wir Ihnen einen detaillierten Prospekt zu.

Bitte anfordern!

Ausbildungsinhalte:

1. Buchführung einschl. Abschluß und Buchhaltungsorganisation
 - a) Die gesetzlichen Vorschriften und die Grundsätze der Ordnungsmäßigkeit der Buchführung im Handels- und Steuerrecht
 - b) Die Organisation der Buchführung
 - c) Kontenrahmen und Kontenpläne
 - d) Besondere Buchungsvorgänge
 - e) Kurzfristige Erfolgsrechnung
 - f) Abschlüsse unter Beachtung der Vorschriften des Handels- und Steuerrechts einschließlich Kenntnis der Abschlußbesonderheiten bei den verschiedenen Rechtsformen der Unternehmungen
2. Grundzüge des Steuerrechts und der betrieblichen Steuerlehre
 - a) Allgemeines Steuerrecht
 - b) Spezielles Steuerrecht
 - c) Die Besteuerung der handelsrechtlichen Unternehmungsformen
3. Auswertungen der Rechnungslegung, Planungsrechnungen
 - a) Bilanzanalyse und Bilanzkritik
 - b) Planungsrechnungen
4. Grundzüge der Kosten- und Leistungsrechnung
 - a) Bedeutung der Kostenrechnung als Zeitabschnitts- und Leistungseinheitsrechnung
 - b) Kostenerfassung und Verrechnung
 - c) Kalkulationsmethoden
 - d) Zusammenhänge zwischen Betriebsabrechnung/Kalkulation und Buchführung/Statistik und Planung
5. Grundzüge des Handels- und des Gesellschaftsrechts sowie des Mahn- und Klagewesens
6. Finanzwirtschaft der Unternehmung
 - a) Finanzierungsform
 - b) Kreditsicherungen
 - c) Zahlungsverkehr
7. Volkswirtschaftliche Grundlagen
 - a) Grundbegriffe
 - b) Wirtschaftsordnungen/Wirtschaftssysteme
 - c) Märkte- und Preisbildung
 - d) Wirtschaftskreislauf
 - e) Konjunkturtheorie und Politik
 - f) Der Betrieb als Teil der Volkswirtschaft

Termin Herbst 1982

35129 München

Beginn: 09.11.1982 Prüfung: 20./21.04.1983

Termin Frühjahr 1983

35140 München

Beginn: 03.05.1983 Prüfung: 06./07.10.1983

Vorschau Herbst 1983

Beginn: 08.11.1983

Unterrichtszeiten:

täglich, jeweils von 8.00–14.30 Uhr, Dienstag mit Samstag

Gebühr:

DM 30,— Aufnahmegebühr

DM 2.400,— Lehrgangsgebühr

DM 250,— ca. Lehrmittel

Außendienstschulung – Großhandel

Mit dieser Seminar-Reihe bieten wir Ihnen eine Möglichkeit zur intensiven Schulung und systematischen Verbesserung der Qualifikation Ihres Außendienstes.

Jedes Seminar beinhaltet eine in sich geschlossene Thematik, die jeweils einen Aspekt der Außendiensttätigkeit (und der damit verbundenen Problemstellungen) beinhaltet. Die einzelnen Seminare ergänzen einander und sind somit geeignet, ein langfristiges Trainingsprogramm zu bilden, durch das Ihr Außendienst systematisch geschult wird.

Selbstverständlich kann diese Seminarreihe auch für einzelne Firmen (oder Firmengruppen) durchgeführt werden. Wir beraten Sie gerne, wie der Aufbau Ihres Schulungsplans am günstigsten gewählt werden könnte.

Seminar I**„Das Verkaufsgespräch zielgerichtet aufbauen“**

Wodurch wird ein verkaufstechnisches Training erfolgreich?

Durch die Anwendung aller Erkenntnisse, d. h. Regeln und Methoden auf dem Gebiet moderner Verkaufstechnik.

Sobald ein Verkäufer erkennt, daß neu erworbene Kenntnisse auf dem Gebiet des Verkaufens mehr Erfolg, größere persönliche Anerkennung, tiefere Befriedigung, mehr Macht erzeugen, also Schwäche durch Stärke ersetzen, wird jeder voller Überzeugung das Training anerkennen. Wenn er diese Vorteile noch dazu während des Lehrgangs erkennt, wird er frühzeitig aktiv mitarbeiten, mit dem Wunsch, sein Wissen und seine Fähigkeiten sofort soweit wie möglich auszu-dehnen.

Es ist unser Ziel, möglichst bald viele Mitarbeiter zu dieser Erkenntnis zu führen.

Dieses umfangreiche und bereits bewährte Programm bietet jedem Mitarbeiter eine echte Möglichkeit, tief in die Materie der Verkaufspsychologie und Verkaufstechnik einzudringen.

Programm:

- Behandlung von Kaufwiderständen
- Verkaufsstrategie
- Kontaktaufnahme
- Produktdemonstration
- Firmen-Präsentation
- Prüfung von Kaufbereitschaft
- Aufbau von Vertrauen
- Kaufabschluß

26301 Regensburg

16.–17.12.82

26104 München

17.–18.01.83

26601

Würzburg

03.–04.02.83

Referent:

Dipl. Ing. Dieter Kadach

Seminar II**„Den Kunden führen im Verkaufsgespräch“**

Gerade im Großhandels-Verkauf werden die Preisspielräume immer enger und die Qualitätsunterschiede immer geringer.

Immer wichtiger wird also die Weise, wie Sie Ihr Produkt verkaufen, wie Sie argumentieren, wie überzeugend Sie persönlich wirken und wie sicher Sie ein Verkaufsgespräch führen.

Das Seminar soll Ihnen helfen, diese Umsatzreserven weiter zu erschließen.

Programm:

- Psychologisch richtig überzeugen
- Verbesserung der individuellen Überzeugungskraft
- Den Kunden erkennen: Interpretation der Körpersignale
- Üben und trainieren in Praxissituationen mittels Fallstudien, Rollenspiel und Kleingruppenarbeiten
- sowie üben und trainieren unter Anleitung des Trainers vor der Videokamera

26101 München	10.-11.11.82
26302 Regensburg	23.-24.11.82
26105 München	26.-27.01.83
26602 Würzburg	17.-18.02.83

Referent:

Dipl. Psychologe Michael Wagner

Seminar III

„Organisation des Außendienstverkaufs“

Besuchs- und Reiseplanung

- Rationelle Besuchsplanung
- Erstellen eines Tourenplans
- Festlegung optimaler Reiserouten
- Wegplanung = Zeitplanung
- Selbstanalysebogen für produktive Planung

Marktbeobachtung

- Produkteinflüsse
- Preiseinflüsse
- Kundeneinflüsse
- Möglichkeiten der Beeinflussung dieser Faktoren
- Problemkreis Kommunikation mit der Firma, um optimale Marktdaten zu bekommen

Besprechung von Entwürfen:

- Kundenbesuchsberichte
- Verkaufsstrategischer Besuchsplan
- Tagesberichte
- Bericht über neues Konkurrenzprodukt
- Reklamationsbericht

Wie pflege und entwickle ich den eigenen Markt

- Schaffung von Vertrauen beim Kunden gegenüber den Außendienstmitarbeitern und der Unternehmung

Kaufmännisches im Verkauf

- Wert eines Produktes
- Zu welchem Preis soll verkauft werden
- Marktformen
- Der Kaufvertrag

26102 München	04.-05.11.82
26303 Regensburg	26.-27.10.82
26403 Nürnberg	22.-23.02.83
26603 Würzburg	08.-09.03.83

Referent:

Dipl. Ing. Dieter Kadach

Seminar IV

„Die Zusammenarbeit zwischen Außen- und Innendienst – Probleme lösen, Konflikte vermeiden, Gemeinsamkeiten aufbauen“

Der Außendienstler steht als Repräsentant der Firma dem Kunden alleine gegenüber und vertritt oft genug die

Wünsche des Kunden in der eigenen Firma. Wenn er erfolgreich sein will, muß er seinen Kunden gewinnen, aber auch die sichere Basis in einem reibungslosen Zusammenspiel mit dem Innendienst der Firma besitzen.

Aus der Praxis wissen wir aber, wie viele Reibungsverluste und Konflikte einfach dadurch entstehen, daß Außendienst und Innendienst oft unterschiedliche Auffassungen haben. Aber wird nicht auch die Arbeit des Außendienstlers selbst gestört, wenn immer wieder Ärger entsteht mit dem Innendienst?

Hierfür gibt es nur eine Lösung: beide Seiten müssen die Probleme des anderen besser kennen, sie müssen verstehen, warum er sich so verhält und nicht anders, daraus können sie Gemeinsamkeiten aufbauen. Letztlich müssen sie für die Firma am gleichen Strang ziehen.

Programm:

- Klagemauer: Wo liegen die Probleme?
- Der Innendienstler: Welche Schwierigkeiten macht er Ihnen?
- Rollentausch: Wir versetzen uns in die Lage des Innendienstes und versuchen zu sehen, wie er den Außendienst sieht.
- Welche Vorurteile haben sich im Laufe der Zeit aufgebaut?
- Kann der Außendienstler ohne den Innendienst verkaufen?
- Durch Gespräche Konflikte meistern.
- Übungen zur Gesprächstechnik.
- Maßnahmensammlung: Wie kann die Zusammenarbeit mit dem Innendienst verbessert werden?

26103 München	07.-08.12.82
26402 Nürnberg	12.-13.04.83

Referent:

Dipl. Psychologe Michael Wagner

Gebühr pro Seminar:

DM 320,—

Dauer pro Seminar:

2 Tage, 9.00–17.00 Uhr

So fördert der Innendienst den Verkauf

Programm:

- Organisatorische Stellung, Anforderungsprofil und Aufgaben des Innendienstes
- Selbstverständnis des Innendienstes und die Sicht des Außendienstes
- Von der kaufmännischen Verwaltung zum Innendienst, der auf den Verkaufserfolg der Unternehmung orientiert ist
- Die Partnerschaft Innendienst – Außendienst und Innendienst – Kunde
- Welchen Zusatznutzen bietet der Innendienst dem Außendienst und dem Kunden?
- Wertanalyse des Innendienstes
- Der Telefonverkauf
- Die Kommunikation Chef – Innendienst – Außendienst

Termine Frühjahr 1983

46120 München	25.-26.01.83
46410 Nürnberg	01.-02.03.83

Dauer:

2 Tage von 9.00–17.00 Uhr

Gebühr:

DM 320,—

Referent:

Dipl. Ing. Dieter Kadach, Geschäftsführer einer Unternehmung

Jahresabschluß

Aktivseite

	DM	DM
Kassenbestand		716,09
Postscheckguthaben		3037,64
Schecks, fällige Schuldverschreibungen, Zins und Dividendenscheine sowie zum Einzug erhaltene Papiere		1139,75
Forderungen an Kreditinstitute		
Täglich fällig	350803,90	
mit einer vereinbarten Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als 3 Monaten	25115,59	
mindestens drei Monate, aber weniger als vier Jahren	29000,47	
vier Jahren oder länger	497781,25	902701,21
Anleihen und Schuldverschreibungen		
mit einer Laufzeit von mehr als vier Jahren des Bundes und der Länder	1562700,21	
von Kreditinstituten	2641369,27	
Sonstige	25862,50	4229931,98
Wertpapiere, soweit sie nicht unter anderen Posten auszuweisen sind:		
börsengängige Anteile und Investmentanteile		1193541,41
Forderungen an Kunden (weniger als vier Jahre)		50000,—
Beteiligungen		42000,—
Betriebs- und Geschäftsausstattung		32574,—
Sonstige Vermögensgegenstände		172262,22
		6627904,30
Forderungen aus unter §15 Abs. 1 Nr. 1 bis 6, Abs. 2 des KWG fallenden Krediten	DM	50000,—
Rückgriffsforderungen	DM	37707881,05

München, den 16. April 1982

Bilanz zum 31. Dezember 1981

Passivseite

	DM	DM
Verbindlichkeiten		
aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger		1731094,26
Rückstellungen		
a) Pensionsrückstellungen	215586,—	
b) andere Rückstellungen	1098300,—	1313886,—
sonstige Verbindlichkeiten		321208,56
Rechnungsabgrenzungsposten		2581,25
Grundkapital		
(Stammkapital)		100000,—
offene Rücklagen		
(Haftungsfonds)		3159134,23
Bilanzgewinn		—,—
		6627904,30
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen	DM	61673945,74

Kreditgarantiegemeinschaft für den Handel in Bayern GmbH

gez. Kahlich

gez. von Reumont

gez. Sattel

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
Landesverband des Bayerischen
Groß- und Außenhandels
Ottostraße 7 · 8000 München 2



Groß + Außenhandel Drehscheibe der Wirtschaft



LGA
nachrichten

Offizielles Organ des Landesverbandes
des Bayerischen Groß- und Außenhandels
(Unternehmer- und Arbeitgeberverband) eV

**37. Jahrgang · München
November 1982 · Nr. 11/1982**

Das aktuelle Thema**3**

Der Handelsfachwirt – ein praxisgerechter Fortbildungsweg im Handel

Arbeitgeberfragen**6**

Spitzenverbände beim Bundeskanzler

7

Handel setzt auf Bildschirmtext

8UdSSR soll wachsendem Ungleichgewicht begegnen
Arbeitszeitregelung Weihnachten und Neujahr**9**

10%-Investitionszulage auch für den Handel

11

Zur Insolvenzversicherung der betrieblichen Altersversorgung

Steuerfragen**13**Lohnsteuer bei Gelegenheitsgeschenken
Pensionsrückstellungen für Gesellschafter-Geschäftsführer**14**Verpflegungsmehraufwendungen für Stadtreisen
Rückstellungen für Kosten der betrieblichen Berufsausbildung**Berufsausbildung und -förderung****14**Jugend bereit zur Leistung
Erstmals weniger Auszubildende in Bayern**15**Gesteuerter Pessimismus
Ausbildungssituation im pharmazeutischen Großhandel
– PHAGRO –
Die 50 größten Handelsunternehmen der Bundesrepublik**16**

Zielorientierte Gestaltung von Ausbildungsplänen

Konjunktur und Marktentwicklung**16**

Großhandel: Anhaltend ungünstiges Klima

Verschiedenes**17****Personalien****18****Buchbesprechungen****19**

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:

Dipl.-Kfm. Sattel (Wirtschafts-, Tarif- und Sozialpolitik, Außenhandel, Betriebswirtschaft) · Dipl.-Kfm. Sauter (Wettbewerbsrecht, Steuern, Kreditwesen, Verkehr) · Dipl.-Volksw. Deutsch (Berufsbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsnachrichten, Personalien) · RA Frankenberger (Tarif-, Sozial- und Arbeitsrecht) · RA Waimann (Arbeitsrecht) · RA Wiedemann (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel) · RA Köppel (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel).

Erscheint einmal im Monat. Verleger: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München, Ottostraße 7. Alleiniger Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels eV, München 2, Ottostraße 7, Telefon 55 77 01/02. Verantwortlich für Herausgabe: Werner Sattel, 8011 Kirchseeon, Alpenstraße 16. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenteil: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, München 2, Ottostraße 7. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Druck: typobieri, 8000 München 40, Riesenfeldstraße 56, Telefon 3 59 60 66-68.

Das aktuelle Thema

Der Handelsfachwirt – ein praxisgerechter Fortbildungsweg im Handel

Als vollen Erfolg wertete der bildungspolitische Sprecher unseres Vorstands und langjährige Vorsitzende des Berufsbildungsausschusses, Joachim-Hans Kuster, die Fortbildungskonzeption zum Handelsfachwirt.

Unser Bildungszentrum führt Lehrgänge zum Handelsfachwirt seit 1970 durch, gemeinsam mit dem Landesverband des Bayer. Einzelhandels und den Handelsvertretern.

Trotz des inzwischen bundesweit angetretenen Siegeszuges ist diese Fortbildungsmöglichkeit aber offenbar noch nicht allen unseren Mitgliedsfirmen bekannt. Immer wieder erreichen uns Anfragen, die Joachim-Hans Kuster in gebündelter Form hier beantwortet:

LGA-Nachrichten:

Herr Kuster Sie waren maßgeblich an der Erarbeitung der Konzeption zum Handelsfachwirt beteiligt, der in den Jahren vor 1970 vom Berufsbildungsausschuß des LGA entwickelt worden ist. Welche Überlegungen führten den Berufsbildungsausschuß des Landesverbandes damals dazu, sich diesen Themen anzunehmen und sich dieser damals absolut neuen Arbeit zuzuwenden?

J.-H. Kuster:

Damals gab es im kaufmännischen Bereich nur wenige Fortbildungsmöglichkeiten für den Praktiker, anders als im Handwerk mit seinen Meisterprüfungen. Nicht weniger als das Handwerk braucht aber auch der Handel – insbesondere in seinen vielen mittelständischen Betrieben und im mittleren Führungsbereich – den Praktiker als Führungskraft.

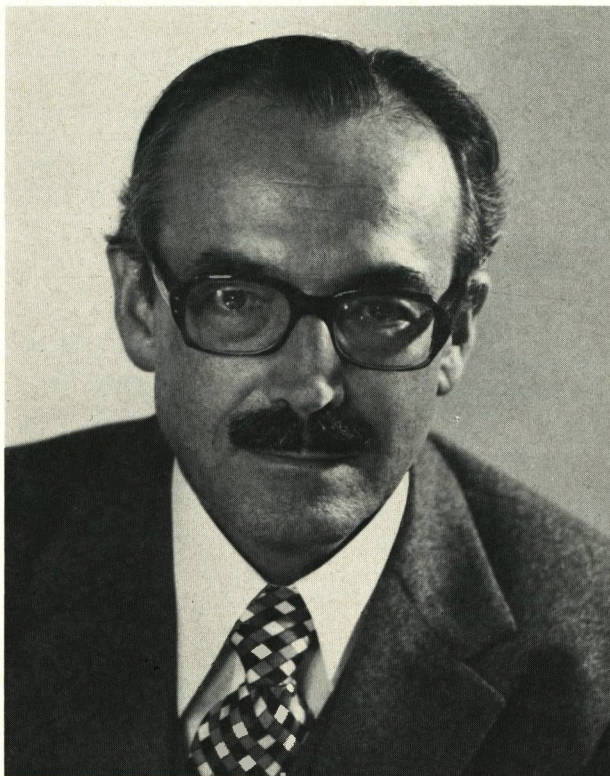
Der verstorbene Dr. Egerer hat diese Mitarbeiter einmal als die „Korsettstangen“ unserer Handelsbetriebe bezeichnet. Diese Mittelmanagementebene, die auch ganz besonders geeignet ist für einen **leistungswilligen Nachwuchs** und die **Juniorern**, muß über mehr verfügen als nur praktische Erfahrungen. Zu seinen Führungsqualitäten gehört es, daß er die Dinge richtig einordnen können muß, Kreativität und die Kunst der Menschenführung sind überdies mehr denn je gefragt. Mit dem Handelsfachwirt haben wir deshalb etwas Neues geschaffen, das im übrigen in der praktischen Bewährung heute längst allgemeine Anerkennung gefunden hat.

LGA-Nachrichten:

Der Handelsfachwirt hat sich demnach also bewährt?

J.-H. Kuster:

Dies kann man wohl sagen. Seit 1970 haben rd. 4.000 Teilnehmer die Lehrgänge in unserem Bildungszentrum und seinen über das Land Bayern verteilten Bildungsstätten besucht. Aber mit dem Kurs selbst ist das Lernen noch nicht zu Ende. Wir haben für diesen Lehrgang umfangreiche, wirklich gute, brauchbare und praxisnahe Arbeitsmaterialien erstellt, die jeder Kursteilnehmer erhält und die immer wieder überarbeitet und auf den neuesten Stand gebracht werden. In diesen Unterlagen steckt eine Menge Erfahrung,



wie er sich aus dem jahrelangen Dialog zwischen den Teilnehmern aus der Praxis und den Dozenten als Fachleuten herauskristallisiert hat. Es haben sich in diesen Gesprächen durchaus für beide Seiten fruchtbare Erfahrungen ergeben. Insofern sind diese Unterlagen mehr als nur ein Lehrbuch, weil es unmittelbar an die praktische Arbeit anknüpft.

LGA-Nachrichten:

Herr Kuster, lassen Sie auf den letzten Absatz noch einmal eingehen und eine kritische Frage stellen:

Sie sind also der Meinung, daß für diesen Fortbildungsweg die Kritik nicht gilt, die für manche Fortbildungsveranstaltungen geäußert wird, daß nämlich eher Lehrbuchwissen und graue Theorie vermittelt werden als diejenige Praxis, die unsere Firmen brauchen?

J.-H. Kuster:

Sie schneiden ein heikles Thema der Fortbildungsdiskussion an, nämlich das Verhältnis von Theorie und Praxis. Wie ich eingangs schon gesagt habe, ist dieser Lehrgang in unserem Berufsbildungsausschuß konzipiert worden, also einem Gremium von Persönlichkeiten der Praxis, von Unternehmern, die voll verantwortlich ihren Betrieb führen. Daß die Damen und Herren dieses Ausschusses sich von praxisnahen Gedanken haben leiten lassen, dürfte wohl unmittelbar einleuchtend sein. Ich darf Ihnen diese Gedanken, die

wir dieser Fortbildungsmöglichkeit zugrunde gelegt haben, hier noch einmal zusammenfassen:

- Erstens einmal ist der Unterricht zum Handelsfachwirt ein Dialog zwischen Teilnehmern und Dozenten! Die Teilnehmer können und sollen ihre Fragen aus dem **Berufsalltag** und ihrer **Berufserfahrung** einbringen. Ihnen stehen Fachleute als Dozenten zur Verfügung, die auf diese Fragen wirklich eingehen können.

- Zum Zweiten: Ich erwähnte bereits die Arbeitsunterlagen. Sie sind ein komplettes Lehrgangskompendium, das den Lehrgangsteilnehmer auch in späteren Jahren immer wieder begleiten und als Nachschlagewerk dienen und nützlich sein wird. Dieses Lehrmaterial bildet die gemeinsame Arbeitsgrundlage für Teilnehmer und Dozenten. Man muß einfach gesehen haben, was hier immer wieder an praktischen Erfahrungen hineingearbeitet wird, wie neue Erkenntnisse, Beispiele, Statistiken, neue Bestimmungen und Vorschriften. Natürlich handelt es sich um ein Lehrbuch, aber eben um ein sehr praxisnahes! Natürlich können wir dem Teilnehmer, und das wollen wir auch nicht, nicht ersparen, mitzudenken und die gewonnenen Erkenntnisse auf die spezielle Problemlage seines Betriebes zu übertragen. Kann der Teilnehmer dies, so ist gerade auch ein Erfolg der Lehrgänge zu verzeichnen, denn eines der Ziele muß ja auch sein, gerade die Fähigkeit zu entwickeln, das Gehörte auf die Lösung seines Problems anzuwenden.

Es gibt doch nicht für alles vorgefertigte Lösungen, wichtig ist, daß man die wesentlichen Problemstellungen erkennt und aus dem Gelernten heraus Lösungsansätze findet.

- Zum Dritten: Natürlich darf auch nicht vergessen werden, daß bei aller praxisnahen Erfahrung die Teilnehmer einen gewissen Nachholbedarf an Theorie haben. Selbst wenn dies für Praktikerohren etwas befremdlich klingen sollte, das theoretische Basiswissen sollte nicht unterschätzt werden. Aber gerade wenn ich mir einen Überblick verschaffen will – und gerade das braucht eine Führungskraft ja, um in größeren Zusammenhängen denken und mitdenken zu können – brauche ich grundlegende Kenntnisse und das Wissen um theoretische Zusammenhänge. Ich bin jedenfalls der Auffassung, daß in den Lehrgängen zum Handelsfachwirt die richtige Mischung und ein ausgewogenes Maß aus Theorie und Praxis gefunden worden ist.

LGA-Nachrichten:

Herr Kuster, bisher haben wir mehr über die Lernerfolge der einzelnen Handelsfachwirte diskutiert. Welche inhaltlichen Schwerpunkte gründen aber die Basis für die Fähigkeiten der ausgebildeten Handelsfachwirte und wie beurteilen Sie sie in bezug auf die speziellen Problemstellungen des Handels?

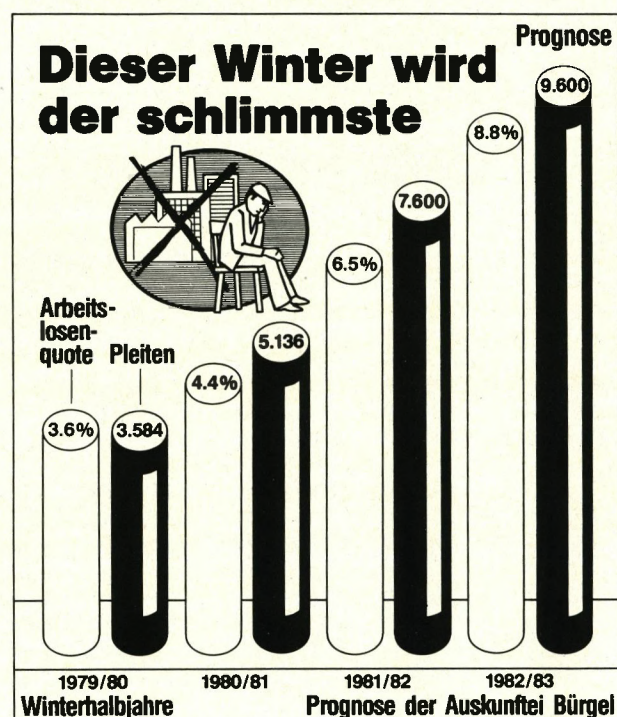
J.-H. Kuster:

Der Lehrgang umfaßt sechs große Themenbereiche. Es sind dies

1. die **Betriebswirtschaftslehre** des Handels, Unternehmensführung und Organisation: Die Kenntnisse des Teilnehmers über den Handel und seine Erfahrungen werden hier aufgearbeitet und in einen größeren Zusammenhang gestellt, denn er kennt meist nur diejenigen Dinge, die ihm in seiner Firma oder in seiner Branche begegnet sind und mit denen er laufend zu tun hat. Er braucht aber einen weiteren Horizont, um die Dynamik der Handelsentwicklung richtig beurteilen und Neuentwicklungen abschätzen und einordnen zu können. Gleichzeitig braucht er Antworten in Organisation und EDV, denn hier liegt nach unserer Erfahrung noch viel

Brachland, das bearbeitet werden muß, um zur Lösung vieler bisher noch offener Probleme und einer gesteigerten Effizienz in den mittelständischen Betrieben beitragen zu können.

2. Wir erstellen hierzu die **Kosten- und Leistungsrechnung**: Verglichen mit der Industrie hat der Handel nach unserer Erfahrung hier noch einen erheblichen Nachholbedarf. Was wir heute brauchen, bei den Kosten, die wir kaum noch in den Griff zu kriegen in der Lage sind, sind Führungskräfte, die in den Größen Kosten und Erträge mitdenken und mitgestalten können. Neben Verantwortungsbewußtsein muß auch das Kostenbewußtsein geweckt und geschult werden.



Dieser Winter wird der schlimmste

Man muß schon in die Nachkriegszeit nach der Währungsreform zurückgehen, um vergleichbare Größenordnungen der Arbeitslosenquote und der Pleiten zu finden. Dabei ist aber die Blickrichtung falsch: Damals ging es nach den Verwüstungen des Krieges mit der Wirtschaft aufwärts, die Arbeitslosen und Pleiten wurden im Trend immer weniger.

Heute aber besteht der umgekehrte Trend: Seit den 70er Jahren geht es mit der Wirtschaft abwärts. Das zeigt der Insolvenz-Index der Auskunft Bürgel besonders deutlich; er setzt die durchschnittliche jährliche Zahl der Pleiten der 60er Jahre = 100. Dann erreichten die 70er Jahre im Durchschnitt 212 Prozentpunkte, die ersten drei achtziger Jahre 1980 bis 1982 kommen auf 362 Prozentpunkte. Nun wird freilich die aktuelle Konjunkturkrise im nächsten Jahr zum Besseren umschlagen. Aber dieser Aufschwung wird wieder geringer sein als der vorhergegangene vom Ende der 70er Jahre. Deutschland und die Welt befinden sich in einer epochalen wirtschaftlichen Strukturkrise. Die Arbeitslosen- und Pleitenzahlen sind nur ein besonders schmerzliches Symptom.

3. Der dritte große Bereich ist der **Absatzbereich**:
Der Handel lebt vom Verkaufen, weshalb wir diesen Bereich auch als Kernstück der Schulung zum Handelsfachwirt bezeichnen. Könnerschaft auf diesem Bereich ist für einen Großhandelskaufmann das A und O seiner Tätigkeit.
4. Sehen wir den Bereich **Beschaffung und Lagerhaltung** intensiv an:
Ein guter Handelsmann muß immer gleichzeitig ein guter Warenfachmann sein, was ganz besonders für den Einkäufer gilt. Wie sich immer wieder aber herausstellt, fehlt vielen Kaufleuten das betriebswirtschaftliche Rüstzeug für einen rationellen und optimalen Einkauf. Einen Praktiker brauche ich in diesem Zusammenhang ja wohl kaum an die steigenden Kosten der Kapitalbindung in den Lägern des Großhandels zu erinnern, um die Bedeutung dieses Bereichs klarzulegen.
5. Weisen wir auch dem **Personalwesen** einen wichtigen Platz zu:
Mit durchschnittlich rd. 60% Anteil an den Gesamtkosten stellen die Personalkosten im Großhandel den größten Kostenfaktor dar. Die Personalleistung, naturgemäß zwischen den einzelnen Mitarbeitern sehr unterschiedlich, ist für den Großhandel ein wichtiger Leistungsfaktor. Deshalb müssen unsere Führungskräfte sehr gute Kenntnisse über Problemstellungen und Zusammenhänge in personalwirtschaftlichen und Führungsfragen haben. Ein weiterer Aspekt in diesem Zusammenhang erscheint mir sehr wichtig und wird in der Zukunft immer noch wichtiger, nämlich die Ausbildung unseres Nachwuchses. Qualifizierte Ausbildung setzt jedoch auch qualifizierte Ausbilder voraus. Wir haben in den Lehrgängen zum Handelsfachwirt deshalb alle Teilnehmer auf die **Ausbilderprüfung** vorbereitet, was auch unseren Betrieben zugute kommt, da sie mit einem zum Handelsfachwirt ausgebildeten Mitarbeiter gleichzeitig über einen anerkannten Ausbilder verfügen. Wir erachten dies für außerordentlich wichtig zum einen im Hinblick auf kleinere Betriebe zum anderen aber auch für die Nachwuchsschulung.
6. Und letztens richten wir unser Augenmerk auch auf Kenntnisse **volkswirtschaftlicher** Grundlagen. Heute, Sie brauchen ja nur einmal die Tageszeitung aufzuschlagen, wirken Vorgänge in der Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsentwicklung mehr denn je direkt in den Betrieb hinein. Dies macht es für unser Verständnis notwendig, daß auch unsere Führungskräfte in der Lage sein müssen, diese Entwicklungen zu verfolgen um in diesen Bereichen und Zusammenhängen mitdenken und handeln zu können.
Letztens, und dies möchte ich nur ganz kurz noch einmal betonen, werden natürlich die jeweils einschlägigen **Rechtsgebiete** mitbehandelt.

LGA-Nachrichten:

Herr Kuster, die Handelsfachwirte sind ja nun für den berufstätigen Praktiker geschaffen worden. Wie sieht es deshalb mit der zeitlichen Gestaltung der Lehrgänge aus?

J.-H. Kuster:

Insgesamt umfaßt der Lehrgang 440 Unterrichtsstunden. Unser Bildungszentrum, das ja als Verbandseinrichtung die Bedingungen und Besonderheiten des Handels kennt, bemüht sich um eine straffe Form der Durchführung. Die meisten Lehrgänge finden als Abendlehrgänge statt und dauern 1 Jahr, in besonderen Fällen allerdings auch 1 1/2 Jahre. Um das ganze zügig durchziehen zu können, finden innerhalb

der Lehrgänge von 1-jähriger Dauer auch Vollzeitwochen statt. Um denjenigen, die die Zeit erübrigen können auch die Möglichkeit zu geben, die Lehrgänge im Vollzeitunterricht zu besuchen, bieten wir Vollzeitlehrgänge an, die dann 4 Monate dauern.

LGA-Nachrichten:

Möglichkeiten für Mitarbeiter in den Ballungszentren gibt es demnach also zuhauf. Wie sieht es aber mit der Versorgung der Interessenten in den weiter weg gelegenen Orten aus? Bietet das Bildungszentrum diese Kurse auch flächendeckend in Bayern an?

J.-H. Kuster:

Wir haben dieses Problem schon sehr frühzeitig erkannt, daß die Belastung der Mitarbeiter, gerade wenn es sich um Abendkurse handelt, auch durch die geographischen Entfernungen einfach beschränkt ist. Wir haben deshalb im Laufe der Jahre 14 Lehrgangsorte in ganz Bayern aufgebaut: Es sind dies Aschaffenburg, Würzburg, Bayreuth, Nürnberg, Weiden, Passau, Landshut, Ingolstadt, München, Rosenheim, Traunstein, Augsburg und Memmingen. Ein dichtes und flächendeckendes Netz also, daß den Teilnehmern so kurze Wege wie möglich bietet. Ziel der angehenden Handelsfachwirte ist die Abschlußprüfung vor den Industrie- und Handelskammern, die landeseinheitlich stattfinden.

LGA-Nachrichten:

Herr Kuster, wie sehen Sie die Probleme der Führungsstruktur unserer Großhandelsbetriebe und wie kann Ihnen hier der Handelsfachwirt nützlich sein?

J.-H. Kuster:

Jeder Betrieb braucht heute unbestritten – und natürlich machen unsere Großhandelsbetriebe hierbei überhaupt keine Ausnahme – eine leistungsfähige Führungsstruktur. Wenn Sie mich fragen was ich darunter verstehe, so meine ich ein gutes Potential an erfahrenen, fachlich gut qualifizierten Führungskräften, die mitdenken und mitverantwortlich arbeiten können. Auch die Führungsaufgabe muß arbeitsteilig wahrgenommen werden. Gerade in diesem Bereich stellen wir in den mittelständischen Betrieben oft noch große Lücken fest. Der vorhandene Führungskräftebestand wurde auf diese Führungsaufgabe oft nicht intensiv genug vorbereitet. So stoßen sie schnell an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit, insbesondere wenn es neue Situationen zu bewältigen gibt. Ein nicht zu unterschätzendes Problem ist auch, daß viele Dinge im Betrieb nicht konsequent genug durchgesetzt werden können, weil es immer wieder Verständigungsschwierigkeiten und auch Unverständnis gibt. Nicht zu unterbewerten ist auch die gemeinsame Sprache der Führungskräfte. Auch dies kann eine gemeinsame Qualifikationsbasis sein – was man in all seinen Konsequenzen durchaus nicht unterschätzen sollte –.

VERMIETUNG/BETREUUNG

90 qm ausgeb. Gewölbekeller, Garage eigener Eingang, Tel. etc. unter excl. Boutique in München 19, eventuell incl. fachl. Betreuung, zu vermieten. Geeignet für Textil-Großhandel o. ä..

Tel. 089/1688185 oder 177504

Die Lehrgänge in unserem Bildungszentrum machen es möglich, eine solche einheitliche Qualifikation zu schaffen, die Führungskräfte zu schulen und ihre Nachwuchskräfte langfristig planmäßig zu fördern.

Selten sind doch bei uns die Fälle, daß sich ein einzelner Betrieb eine eigene Fortbildung leisten kann. Hier bietet das Bildungszentrum allen Betrieben, gerade auch den kleinen und mittleren eine zuverlässige Möglichkeit, den Nachwuchs aus den eigenen Reihen heranzuziehen. Qualifizierte Fortbildungsmöglichkeiten und die Aussicht, in eine weitere qualifizierte Tätigkeit hineinzuwachsen, hat doch auch ein Plus für die Firmen: Guten, erfolversprechenden Mitarbeitern können auf diese Art und Weise hervorragende Berufsaussichten geboten werden, auch eine Möglichkeit, diese Mitarbeiter langfristig an die Firma zu binden.

Im Einzelfall ließe sich natürlich noch sehr viel zu diesem Thema sagen, insbesondere werden sich auch für viele Firmen spezielle Fragen ergeben, die ich hier nicht erschöpfend beantworten kann. Meine Empfehlung deshalb für die Betriebe geht dahin, sich an unser Bildungszentrum in der wenden, das ihnen über die allgemeine Information und Beratung hinaus auch für spezielle Auskünfte zur Verfügung steht. Machen Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch.

LGA-Nachrichten:

Herr Kuster, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Arbeitgeberfragen

Spitzenverbände beim Bundeskanzler

Im Rahmen der Gespräche des neuen Bundeskanzlers Dr. **Helmut Kohl** mit den Vertretern der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gruppen zur Vorbereitung der Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 13. Oktober 1982 fand am 8. Oktober 1982 auf Einladung des Bundeskanzlers ein Gespräch mit den Repräsentanten der Spitzenverbände der deutschen gewerblichen Wirtschaft im Bundeskanzleramt statt.

Vertreten waren neben dem Bundeskanzler die Bundesminister Dr. Stoltenberg, Blüm, Ertl, Dr. Schneider, Dr. Zimmermann, in Vertretung des Bundeswirtschaftsministers Staatssekretär Dr. Schlecht, Staatsminister Dr. Jenninger und Chef des Bundeskanzleramtes Schreckenberger.

Aus dem Kreis der Spitzenverbände waren vertreten BDI, BDA, DIHT, ZDH, Bankenverband, Sparkassenverband, Bauernverband; für den Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels nahmen Herr Präsident Hartwig und Hauptgeschäftsführer Dr. Stahlmann an dem Gespräch teil.

Der Bundeskanzler erläuterte den Inhalt der beabsichtigten Regierungserklärung in seinen Grundzügen und machte in eindringlichen Worten darauf aufmerksam, daß im Zusammenhang mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nach den Ordnungsprinzipien der sozialen Marktwirtschaft die Voraussetzungen unternehmerischen Wirkens verbessert werden sollten, um so in möglichst kurzer Frist die Lösung des Arbeitsmarktproblems in Angriff zu nehmen. Dieses sei eine nationale Aufgabe aller Gruppen dieses Landes und bedeute für alle eine hohe geistige und moralische Herausforderung. Die neue Bundesregierung verspreche, mit der Wirtschaft in einen vertrauensvollen und positiven Konsens zu kommen. Die Bundesregierung bittet um die Mitwirkung der Wirtschaft zur Lösung der anstehenden Fragen, in Sonderheit der Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit und der Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation.

Der Bundesfinanzminister erläuterte umfassend und mit allen finanz-, haushalts- und beschäftigungsmarktwirksamen Auswirkungen die Ihnen bekannte Koalitionsvereinbarung zwischen CDU/CSU und FDP. Wichtig sei, daß nunmehr bei realistischer Einschätzung aller Haushaltsrisiken

eine mittelfristig angelegte Konsolidierungspolitik begonnen werde, um das Vertrauen in die öffentliche Haushaltsgebarung und damit in die Voraussetzungen stetigen wirtschaftlichen Wachstums auch bei der Wirtschaft wiederzugewinnen.

In diesem Zusammenhang seien auch die notwendigerweise getroffenen Maßnahmen zu sehen, die sicherlich nicht auf das volle Einverständnis der Wirtschaft stoßen würden, wie Mehrwertsteuererhöhung oder die vorgesehene Investitionshilfe mit dem Ziel einer raschen und zügigen Wiederbelebung des Bauparkes und von dort ausgehend der gesamten binnenwirtschaftlichen Nachfrage. Jeder müsse nun nach der realistischen Bestandsaufnahme seinen Solidarbeitrag leisten. Neben einer Fülle von vorgesehenen Steuererleichterungen gerade auch für den Bereich der mittelständischen Wirtschaft, gelte es – auch im Hinblick auf die Erhaltung des sozialen Konsenses und der sozialen Ausgewogenheit –, Belastungen zu tragen und neue Initiativen, wie z. B. in der Vermögensbildung, mit zu unterstützen.

Der Bundesarbeitsminister wiederholte in eindringlichen Worten, daß oberstes Ziel der neuen Bundesregierung die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei. Kurzfristig gelte es, zumindest eine Zunahme der saisonal bedingten Arbeitslosigkeit zu verhindern. Hierzu sei der Solidarbeitrag aller, auch der Unternehmer (Preiszurückhaltung, Vermögensbildung, neuartige Gestaltung der Tarifpolitik) erforderlich.

Der Bundesbauminister unterstrich nachdrücklich seine Vorstellungen, um eine zügige Wiederbelebung der Bauwirtschaft sowohl im öffentlichen wie im privaten Bereich zu bewerkstelligen, wie sie in den Passagen des Koalitionspapiers enthalten sind.

Die Vertreter der Wirtschaft betonten übereinstimmend die Notwendigkeit eines Richtungswechsels in der Wirtschafts- und Finanzpolitik im Hinblick auf mehr Marktwirtschaft und weniger Staat und Dirigismus und sagten die Unterstützung zur Realisierung der Absichtserklärungen, wie sie in der Regierungserklärung festgeschrieben werden sollen, zu. Bei vielen Bedenken gegenüber den vorgesehenen Maßnahmen im Detail verschlossen sich die Vertreter der Wirtschaft nicht den gesamtpolitischen und gesamtwirtschaftlichen Notwendigkeiten eines solidarischen Mittragens einer Politik, die auf Stetigkeit, Vertrauen und mittel-

fristige Wachstumschancen ausgerichtet sei. Übereinstimmend wurde von Regierung und Wirtschaft der Grundsatz bekräftigt, daß eine mittelfristig angelegte positive Investitionspolitik die beste Beschäftigungspolitik sei. Die Unternehmer erklärten weiterhin, daß sie sich notwendigen Belastungen, um dieses Ziel zu erreichen, nicht verschließen werden.

BGA-Präsident Hartwig ging in seiner Grundsatzerklärung auf die Gesamtzusammenhänge ein. Darüber hinaus hat der BGA insbesondere die Probleme der Mittelstandspolitik, der Handelspolitik, der Berufsbildung und der Investitionshilfe angesprochen.

Der Bundeskanzler dankte für die offene Aussprache und sagte zu, das Gespräch in dieser Runde in gewissen Zeitabständen zu wiederholen, damit dann auch in Einzelfragen ein Dialog zwischen Bundesregierung und Wirtschaft kontinuierlich fortgesetzt werden könne.

In der anschließenden Pressekonferenz wurde vom Bundeskanzler wie von den Präsidenten insbesondere die Fragen der Jugendarbeitslosigkeit und der Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation für neu in das Arbeitsleben tretende Jugendliche angesprochen.

Einführungsstatement BGA-Präsident Konsul Hans Hartwig

Herr Bundeskanzler, meine Herren, der deutsche Groß- und Außenhandel betrachtet das Ergebnis der Koalitions-gespräche, das in die Regierungserklärung einfließen wird, als einen sachlich-nüchteren Schritt in die richtige Richtung. Der Groß- und Außenhandel begrüßt es ausdrücklich, daß der Versuch unternommen werden soll, mehr marktwirtschaftliche Ordnungsprinzipien in die Wirtschafts-, Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik einfließen zu lassen. Wir erhoffen uns dann, daß diese Absichtserklärungen auch in praktische Regierungspolitik umgesetzt werden.

Das Vertrauen, das gerade die mittelständische Wirtschaft in die neue Bundesregierung setzt, sollte nicht enttäuscht werden. Dazu gehört insbesondere eine zügige Verabschiedung der kurzfristig wirksamen investitionsfördernden Maßnahmenpakete.

Hierzu zähle ich insbesondere alle die Maßnahmen, die auf die Förderung der Bauwirtschaft abzielen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir ausdrücklich auch den vorgesehenen Schuldzinsenabzug bei Neubauten. Unter besonderer Berücksichtigung der Beschäftigungswirksamkeit würden wir jedoch dringend empfehlen, den Schuldzinsenabbau auch für Umbauten und Modernisierungsmaßnahmen vorzusehen.

Die Mehrwertsteuererhöhung stößt zwar in unseren Kreisen, nicht zuletzt in Anbetracht der harten Wettbewerbspositionen mit verminderten Umwälzungsspielräumen auf Bedenken. Wir tragen sie jedoch mit, soweit die zusätzlich aufkommenden Mittel für die vorgesehenen Investitionsmaßnahmen Verwendung finden.

Ganz besonders begrüßen die mittelständischen Unternehmen des Groß- und Außenhandels die vorgesehene Begrenzung der Hinzurechnung von Dauerschulden bei der Gewerbesteuer, da hierdurch der in den vergangenen Jahren bei geringeren Erträgen eingetretene Kapitalabbau nicht unwesentlich verhindert werden könnte.

Handel setzt auf Bildschirmtext

Das neue Kommunikationsmittel ist kein „Jobkiller“

Das neue Kommunikationsmittel Bildschirmtext, das im September 1983 in der Bundesrepublik Deutschland allgemein eingeführt wird, bietet auch dem Einzelhandel und dem Groß- und Außenhandel Vorteile, die die meisten Firmen ursprünglich nicht erwartet hatten. Bei einer Btx-Informationsveranstaltung des Handelsausschusses der IHK Nürnberg wies der Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes des bayerischen Groß- und Außenhandels, **Werner Sattel**, allerdings einschränkend darauf hin, daß eine Anzahl von Unternehmen, die sich bereits auf Bildschirmtext als einer „notwendigen Medientechnik“ eingerichtet hätten, vorerst noch die „Akzeptanz bezweifelten“. Das heißt, einige Firmen und auch mancher Endverbraucher stehen diesem neuen Medium vorerst noch mit Vorbehalt gegenüber.

Zunächst aber wird Bildschirmtext, das war die nahezu einhellige Meinung der Vertreter des Handels und der Bildschirmtext-Agenturen, die bei dieser Kammer-Veranstaltung zu Wort kamen, für die gewerbliche Wirtschaft besonders im „Rechnerverbund“ von Interesse sein, denn im Handel wächst das Informationsbedürfnis besonders stark. Die Datenübertragung über Btx könne u. U. preiswerter sein als andere Techniken.

Erst die Erfahrung wird zeigen, ob die Sorge mancher mittelständischen Firmen des Einzelhandels berechtigt ist, Bildschirmtext werde große Unternehmen begünstigen, oder ob nicht doch eine engere und fruchtbarere Kommunikation als bisher zwischen Einzel- und Großhandel erreicht wird, erklärten der Vorsitzende des IHK-Handelsausschusses, unser Vorstandsmitglied **Friedrich Pfeufer** und der Vorsitzende des Bezirks Mittelfranken des Landesverbandes des Bayerischen Einzelhandels, **Lothar Geyer**. Dagegen läßt

Bayerische Bierkrüge

...ein beliebtes Werbegeschenk,

direkt vom Hersteller ...

Franz Herb o.H.G. Bierglasveredelung

Werk und Büro:

8039 Puchheim · Gewerbegebiet · Benzstr. 24
Telefon 089/802093 · Telex 528025

sich nach Ansicht von Fachleuten bereits heute eindeutig die Frage verneinen, ob Bildschirmtext nicht etwa zum „Jobkiller“ wird. Bei der Kammer-Veranstaltung wurde darauf hingewiesen, daß angesichts der zahlreichen Bildschirmtext-Anschlüsse, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten entstehen würden und auch gewartet werden müßten, neue Berufe und Arbeitsplätze geschaffen würden.

UdSSR soll wachsendem Ungleichgewicht begegnen

Braun: Zu wenig Bezüge aus der Bundesrepublik

Durch vermehrte Warenbezüge auch aus Mittelfranken soll sich die UdSSR bemühen, das zunehmende Ungleichgewicht ihrer Handelsbeziehungen zur Bundesrepublik Deutschland abzubauen: Darauf hat bei einer Informationsveranstaltung der Industrie- und Handelskammer Nürnberg mit Experten aus der Sowjetunion Präsident Senator Walter Braun hingewiesen.

In der sowjetischen Handelspolitik dürften nicht allein die Großprojekte der Energiegewinnung und der Erschließung Sibiriens im Vordergrund stehen, auch eine stärkere Berücksichtigung der mittelständischen Wirtschaft sei nötig, „weil die Breite der Leistung und die Kraft unserer Wirtschaft weit überwiegend durch mittelständische Unternehmen dargestellt wird.“ Kostentreibende und zeitraubende Genehmigungsverfahren seien gerade in diesem Bereich hinderlich.

Wie Braun bekanntgab, wird heuer das Rekorddefizit des Vorjahres von 1,6 Mrd. DM noch übertroffen: schon in den ersten sechs Monaten blieben die deutschen Lieferungen in die UdSSR um 1,4 Mrd. DM hinter den deutschen Bezügen aus der UdSSR zurück. Dem Anteil Bayerns an den deutschen Einfuhren aus der UdSSR von 34 Prozent im ersten Halbjahr 1982 stehe ein weit untergewichtiger bayerischer Anteil an den Ausfuhren in die UdSSR von weniger als neun Prozent gegenüber, obwohl Bayern überdurchschnittlich zum Export orientiert sei.

Messezentrum empfohlen

Braun erinnerte auch daran, daß sich das Nürnberger Messezentrum für die Förderung des Güteraustausches mit Osteuropa anbietet. Eine Schau auf 13000 qm Fläche, wie sie gegenwärtig mit der deutsch-russischen Industrieausstellung in Düsseldorf veranstaltet werde, wäre leicht auch in Nürnberg unterzubringen.

Arbeitszeitregelung Weihnachten und Neujahr

1. Gesetzliche Feiertage im Dezember 1982 und Januar 1983:

Samstag,	der 25. 12. 1982	1. Weihnachtsfeiertag
Sonntag,	der 26. 12. 1982	2. Weihnachtsfeiertag
Samstag,	der 01. 01. 1983	Neujahrstag
Donnerstag,	der 06. 01. 1983	Dreikönigstag/ Erscheinungsfest

2. Arbeitszeitverlegung

- Für den Ausfall von Arbeitszeit durch Betriebsschließung in Verbindung mit den Feiertagen gilt § 4 Abs. 2 + 3 AZO: Hiernach kann diese ausgefallene Arbeitszeit auf die Werktage von 5 zusammenhängenden, die Ausfalltage einschließenden Wochen verteilt werden. Tägliche Arbeitszeit darf hierbei 10 Stunden täglich nicht überschrei-

ten. Das Gewerbeaufsichtsamt kann jedoch eine Überschreitung dieser Grenze zulassen.

- Für jugendliche Arbeitnehmer unter 18 Jahren kann in diesen Fällen von der Möglichkeit des § 8 Abs. 2 ArbSchG Gebrauch gemacht werden. Danach darf diese Verteilung nur dergestalt vorgenommen werden, daß die Wochenarbeitszeit für den Jugendlichen im Durchschnitt dieser 5 Wochen 40 Stunden nicht überschreitet. Die tägliche Arbeitszeit darf hierbei 8 1/2 Stunden nicht überschreiten.
- Für werdende und stillende Mütter gilt das Verbot der Mehrarbeit, Nacht- und Sonntagsarbeit gem. § 8 Abs. 1 + 2 MuSchG.
- Nach § 87 Abs. 1 Ziffer 2 + 3 BetrVG unterliegt die Arbeitszeitregelung der zwingenden Mitbestimmung durch den Betriebsrat.
- Die Vor- und Nacharbeit gilt nicht als Mehrarbeit und ist somit zuschlagsfrei. (§ 15 AZO), soweit sie sich in den aufgezeigten Grenzen hält.

3. Unentschuldigtes Fehlen vor oder nach Feiertagen

Nach § 1 Abs. 3 Feiertagslohnzahlungsgesetz haben Arbeitnehmer, die am letzten Arbeitstag vor oder am ersten Arbeitstag nach Feiertagen unentschuldig der Arbeit fern bleiben, keinen Anspruch auf Bezahlung dieser Feiertage. Auch bei einer Verlegung der Arbeitszeit nach § 4 Abs. 2 und 3 AZO tritt hierbei keine Änderung ein: Unentschuldigtes Fehlen vor oder nach den jeweiligen Feiertagen läßt den gesamten Anspruch für sämtliche Feiertage untergehen.

4. Beitragsrechtliche Fragen

- Arbeitszeitverlegungen i.S. des § 4 Abs. 2 AZO unterbrechen nicht die Versicherungsverhältnisse.

Beitragsrechtlich sind die Entgelte für die Vor- oder Nacharbeit der Beitragsrechnung in dem Zeitraum zugrunde zu legen, in dem sie erzielt worden sind. Dies gilt auch, wenn das Entgelt für die vorgeholte Arbeitszeit erst in einem späteren Zeitpunkt ausgezahlt wird. In diesem Fall ist eine Neuberechnung der Beiträge für den Zeitraum, in dem die Vorarbeit geleistet wurde, erforderlich. Nur wenn die Vor- oder Nacharbeit keinen unmittelbaren Einfluß auf das Arbeitsentgelt hat (z.B. bei gleichbleibendem Monatsgehalt), ist eine Umrechnung nicht erforderlich.

- Wird für die Zeit der Betriebsschließung unbezahlter Urlaub gewährt, so ergeben sich im Rahmen der Rentenversicherung für diese Zeit keine Probleme, da für entgeltlose Zeiten keine Beiträge zu entrichten sind.

In der Krankenversicherung bleibt gem. § 311 Nr. 1 RVO die Mitgliedschaft von Versicherungspflichtigen erhalten, solange das Arbeitsverhältnis ohne Entgeltzahlung fortbesteht, längstens jedoch für 3 Wochen. Dann endet die Mitgliedschaft in der Krankenversicherung mit dem Ablauf der 3. Woche. Die Beiträge sind so zu bemessen, als habe das Beschäftigungsverhältnis auch während der 3 Wochen bestanden.

5. Krankheitszeiten während der Betriebsschließung und während der Vor- und Nacharbeit

Der Arbeitnehmer, der an der Vorholarbeit nicht teilnehmen konnte, behält trotz Nichtleistung der Arbeit Anspruch auf Arbeitsvergütung. Umgekehrt kann er keine besondere Vergütung für die Vorhol- oder Nacharbeit verlangen, wenn er zwischen Weihnachten und Neujahr krank wird.

Nochmals

10%-Investitionszulage auch für den Handel

von Dipl.-Volkswirt Ulrich Stumpp

Um die Investitionstätigkeit der deutschen Wirtschaft zu beleben, wurde durch das Beschäftigungsförderungsgesetz vom 3. Juni 1982 eine „10%-Investitionszulage zur Förderung der Beschäftigung“ eingeführt. Diese Zulage ist in einem neuen § 4b des Investitionszulagengesetzes geregelt. Danach wird für bestimmte Investitionen, die innerhalb des Jahres 1982 begonnen werden, eine Investitionszulage in Höhe von 10 v. H. gewährt. Gegenüber früheren Zulagen zur Konjunkturbelebung ergeben sich allerdings wesentliche Einschränkungen. Gefördert werden nur solche Investitionen, die das durchschnittliche Investitionsvolumen der drei vor dem 1. Januar 1982 endenden Wirtschaftsjahre übersteigen. Durch diese Regelung soll die Gewährung einer Investitionszulage auf zusätzliche Investitionen beschränkt werden.

Da die Berechnung dieser 10%-Investitionszulage sehr kompliziert ist und viele Besonderheiten zu beachten sind, hat das Bundesfinanzministerium am 16. Juni 1982 ein ausführliches Erläuterungsschreiben dazu herausgegeben. Interessierte Firmen können dieses zusammen mit dem Text des aktuellen Investitionszulagengesetzes vom Stollfuß-Verlag, Dechenstraße 7, 5300 Bonn 1, zum Preis von 3,— DM beziehen.

Anspruchsberechtigte

Anspruchsberechtigt sind grundsätzlich alle Steuerpflichtigen im Sinne des Einkommen- und Körperschaftsteuergesetzes (mit Ausnahme der von der KSt befreiten juristischen Personen), soweit sie betriebliche Investitionen im Inland vornehmen.

Bemessungsgrundlage

Als Bemessungsgrundlage der Investitionszulage dient die Differenz zwischen dem „Begünstigungsvolumen“ und dem „Vergleichsvolumen“. Das Begünstigungsvolumen umfaßt die Summe der Anschaffungs- oder/und Herstellungskosten der im Begünstigungszeitraum getätigten förderungswürdigen Investitionen. Anzahlungen auf Anschaffungskosten und Teilerstellungskosten können einbezogen werden.

Das Vergleichsvolumen ist die Summe der Anschaffungs- oder/und Herstellungskosten der in den drei letzten vor dem 1.1.1982 abgelaufenen Wirtschaftsjahren im Betrieb getätigten Investitionen, geteilt durch die Anzahl dieser Wirtschaftsjahre. Bei der Ermittlung des Vergleichsvolumens sind nur Wirtschaftsgüter berücksichtigungsfähig, die ihrer Art nach auch bei dem Begünstigungsvolumen angesetzt werden können. Hierdurch soll bei der Ermittlung der begünstigten Mehrinvestitionen eine weitgehende Identität zwischen Begünstigungs- und Vergleichsvolumen erreicht werden.

Bei der Ermittlung des Vergleichsvolumens sind Anschaffungs- und Herstellungskosten von Wirtschaftsgütern, die bei der Ermittlung des Begünstigungsvolumens nicht berücksichtigt werden können, auszuscheiden. Das gleiche gilt für nachträgliche Herstellungsarbeiten an solchen Wirtschaftsgütern. Ausgesondert werden müssen somit insbesondere Wirtschaftsgüter, die in einem Jahr des Vergleichszeitraums zu mehr als 10 v. H. zu außerbetrieblichen Zwecken genutzt worden sind, unbewegliche Anlagegüter, ins-

besondere Gebäude, die nicht hergestellt, sondern angeschafft worden sind, Gebäude und Gebäudeteile, die Wohnzwecken dienen, geringwertige Wirtschaftsgüter, bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die nicht als neue Wirtschaftsgüter anzusehen sind.

Beispiel:

Anschaffungs- und Herstellungskosten

im Jahr 1979 = 140.000 DM

im Jahr 1980 = 130.000 DM

im Jahr 1981 90.000 DM

Investitionsvolumen

insgesamt 360.000 DM : 3 =

Vergleichsvolumen 120.000 DM

Besteht der Betrieb noch nicht drei Jahre, so ist das Vergleichsvolumen durch die Zahl der erreichten Kalenderjahre zu dividieren; wurde der Betrieb erst 1982 gegründet, so wird – mangels eines Vergleichsvolumens – die volle Investitionssumme bezuschußt.

Beispiel:

Begünstigungsvolumen 1982 150.000 DM

Vergleichsvolumen 120.000 DM

Bemessungsgrundlage 1982 30.000 DM

Die Investitionszulage für das Begünstigungsvolumen 1982 beträgt 3.000 DM (10% von 30.000 DM).

Begünstigungsvolumen 1983 70.000 DM

Begünstigungsvolumen 1984 100.000 DM

Da das Vergleichsvolumen schon im Jahr 1982 aufgebraucht wurde, werden die Investitionen 1983 und 1984 voll bezuschußt. Die Investitionszulage beträgt 7.000 DM (10% von 70.000 DM) im Jahr 1983 und 10.000 DM (10% von 100.000 DM) im Jahr 1984.

Bleibt das Begünstigungsvolumen für 1982 unter dem Vergleichsvolumen aus 1979-81, so entsteht für 1982 keine Bemessungsgrundlage; für 1983 wird dann das Vergleichsvolumen nur insoweit berücksichtigt, als es für die Ermittlung der Zulage für 1982 noch nicht „verbraucht“ ist.

Kleinere Hamburger Export-Firma, gut situiert und bestens eingeführt in Westafrika, besonders NIGERIA und GHANA, mit Büro in LAGOS, ist an Fusion mit gleich oder auch anders gearteter Firma interessiert. Bevorzugt aus Gesundheits- und Altersgründen, Verkauf der Firma oder gegen garantierte Leibrente nach Einarbeitung und Abwicklung laufender Geschäfte.

Guter Auftragsbestand vorhanden. Firma ist ausbaufähig! **Für Hersteller auch als Export-Büro zu verwenden.**

Ernsthafte Interessenten wollen sich bitte mit Angeboten bzw. Vorschlägen mit uns in Verbindung setzen.

Angebote richten Sie bitte an die Hauptgeschäftsstelle.

Gemäß § 4b Abs. 3 Satz 3 InvZuLG wird das Vergleichsvolumen bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage für die Investitionszulage eines späteren Wirtschaftsjahres nicht berücksichtigt, soweit es bereits bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage eines früheren Wirtschaftsjahres berücksichtigt worden ist. Das Vergleichsvolumen wird danach insgesamt nur einmal auf die Summe der Begünstigungsvolumen angerechnet.

Beispiel:

Das Begünstigungsvolumen der X-GmbH in den Wirtschaftsjahren 1982 und 1983 beträgt je 600.000 DM. Das Vergleichsvolumen beträgt 700.000 DM.

Das Vergleichsvolumen von 700.000 DM wird bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage für die Investitionszulage 1982 berücksichtigt. Für 1982 ergibt sich kein positiver Unterschiedsbetrag zwischen Begünstigungs- und Vergleichsvolumen, so daß eine Investitionszulage nicht festgesetzt werden kann.

Bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage für die Investitionszulage 1983 wird das Vergleichsvolumen berücksichtigt, soweit es bei der Ermittlung der Investitionszulage für 1982 noch nicht „verbraucht“ ist. Die Bemessungsgrundlage für die Investitionszulage nach § 4b InvZuLG für 1983 wird wie folgt ermittelt:

Begünstigungsvolumen 1983	600.000 DM
Vergleichsvolumen 700.000 DM	
davon in 1982 „verbraucht“	600.000 DM
In 1983 zu berücksichtigendes Vergleichsvolumen	100.000 DM
Bemessungsgrundlage 1983	500.000 DM

Begünstigte Investitionen

§ 4b InvZuLG nennt eine Reihe von Voraussetzungen, die insgesamt erfüllt sein müssen, damit die Anschaffung/Herstellung von Wirtschaftsgütern gefördert werden kann. Danach kommt eine Zulage in Betracht, wenn

- neue Wirtschaftsgüter angeschafft werden (auch im Ausland hergestellte),
- die Wirtschaftsgüter zum Anlagevermögen gehören und nicht geringwertig im Sinne von § 6 Abs. 2 Einkommensteuergesetz sind,
- ihre Nutzung ausschließlich oder fast ausschließlich betrieblich ist,
- bei Gebäuden keine Nutzung zu Wohnzwecken vorliegt,
- Bei der Ermittlung des Begünstigungsvolumens können auch Anzahlungen auf Anschaffungskosten berücksichtigt werden, sofern die Anzahlungen für Wirtschaftsgüter geleistet werden, die als begünstigt im Sinne des Investitionszulagengesetzes gelten. Eine Berücksichtigung von Anzahlungen bei der Ermittlung des Begünstigungsvolumens wird immer dann in Betracht kommen, wenn diese für ein 1982 bestelltes Wirtschaftsgut, das 1983 geliefert wird, geleistet worden sind.

Nicht begünstigt sind

- Investitionen im Privatvermögen (dies gilt auch dann, wenn das Wirtschaftsgut von einem Dritten betrieblich genutzt wird),
- gebrauchte Wirtschaftsgüter,
- Wohngebäude,

- geringwertige Wirtschaftsgüter (im Sinne des § 6 Abs. 2 EStG),
- zu mehr als 10% privatgenutzte Wirtschaftsgüter; dazu zählen weitgehend auch Pkw, die einem Arbeitnehmer im Rahmen des Dienstverhältnisses überlassen und von ihm auch für private Zwecke genutzt werden können,
- Anschaffung von Gebäuden sowie
- immaterielle Wirtschaftsgüter (z. B. Patente und Lizenzen).

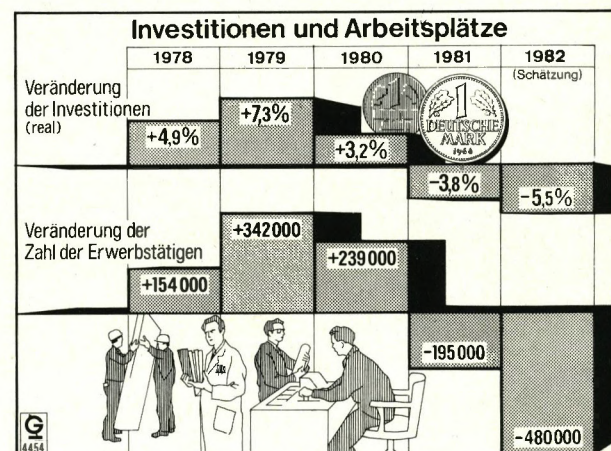
Voraussetzungen für die Begünstigung

- Die in Frage kommenden Investitionsgüter (bewegliche Güter des Anlagevermögens) müssen in der Zeit vom 1. Januar 1982 bis zum 31. Dezember 1982 bestellt werden bzw. muß mit deren Herstellung oder den nachträglichen Herstellungsarbeiten begonnen worden sein. Ferner müssen die Wirtschaftsgüter bis zum 31.12.1983 geliefert (bzw. bis zu diesem Zeitpunkt fertiggestellt) werden; für Gebäude verlängert sich diese Frist bis zum 31.12.1984.
- Die begünstigten Wirtschaftsgüter müssen mindestens drei Jahre nach Anschaffung oder Herstellung in einem Betrieb oder einer Betriebsstätte im Inland verbleiben.

Eine Bindung an eine bestimmte Betriebsstätte ist nicht vorgeschrieben. Der Steuerpflichtige kann das Wirtschaftsgut auch in einem anderen, ihm gehörenden inländischen Betrieb einsetzen. Er kann das Wirtschaftsgut auch veräußern, vermieten oder verpachten, sofern der Dritte es in einem Betrieb oder einer Betriebsstätte im Inland einsetzt.

Fast im Gleichschritt auf und ab

Im vergangenen Jahr fünf wurden 735 000 Arbeitsplätze neu geschaffen. 675 000 wurden abgebaut. Wenn trotzdem die Arbeitslosigkeit zunahm, dann wegen des Eintritts starker Jahrgänge ins Erwerbsalter. Sie haben die Auswirkung der Investitionsschwäche der letzten Jahre noch wesentlich verschärft. Auch ohne diesen besonderen Einfluß ist der Zusammenhang unverkennbar: Höhere Investitionen, mehr Beschäftigte – sinkende Investitionen, weniger Beschäftigte. Wenn die Mittel für neue Maschinen, Anlagen und Bauten knapper werden, dann werden sie in der Regel nicht dafür eingesetzt, die Produktion auszuweiten, sondern für Rationalisierung und Verbilligung. Dies kann den Abbau an Arbeitsplätzen noch beschleunigen. So war die Entwicklung in den Jahren 1981 und 1982. Sie wird auch 1983 noch anhalten, selbst wenn die Investitionen – wie erwartet – wieder zunehmen; denn der Abschwung der Beschäftigung war zu stark, als daß eine schnelle Umkehr möglich wäre.



- Als Beginn der Herstellung gilt bei Baumaßnahmen mit notwendiger Baugenehmigung der Zeitpunkt, in dem der Antrag auf Baugenehmigung gestellt wird.

Antragsfristen

Die Investitionszulage wird auf einem speziellen amtlichen Formular beantragt, das ab Ende 1982 bei den Finanzämtern angefordert werden kann.

Dieser Antrag ist

- bis spätestens 30. September 1983 für die Investitionen des Kalenderjahres 1982,
- bis zum 30. September 1984 für die Investitionen des Jahres 1983,
- bis zum 30. September 1985 für die Gebäudeinvestitionen des Jahres 1984

bei dem für die Festsetzung der Einkommen- und Körperschaftsteuer zuständigen Finanzamt zu stellen.

Über die Festsetzung der Investitionszulage ergeht ein schriftlicher Bescheid; innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe dieses Bescheides ist der Förderungsbetrag aus-zuzahlen.

Bilanzielle Behandlung

Die Investitionszulage wird ausgezahlt. Sie mindert nicht die steuerlichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten und zählt auch nicht zu den steuerlichen Einkünften im Sinne des Einkommensteuergesetzes.

Mit der Auszahlung der Zulage (anstatt eines Abzugs von der Steuerschuld wie bei der Investitionsprämie 1974/75) soll sichergestellt werden, daß auch Unternehmen in einer Verlustphase in den Genuß der Förderung kommen.

Diese Zulage wird auch dann gewährt, wenn andere Investitionsprogramme (z.B. Programme zur Förderung der Regionalstruktur, von Forschung und Entwicklung und zur Energieeinsparung) in Anspruch genommen werden.

Unternehmerische Entscheidung

Bei relativ geringem Vergleichsvolumen läßt sich durch jetzt vorgenommene Investitionen eine nicht unerhebliche Zulage erreichen. Es kann sich deshalb lohnen, Investitionen, die sowieso geplant waren, aber erst in einem späteren Jahr durchgeführt werden sollten, in den Begünstigungszeitraum vorzuverlegen, wobei die unterschiedlichen Bestell- und Lieferfristen einzuhalten sind.

Zur Insolvenzversicherung der betrieblichen Altersversorgung

Der Vergleichsantrag vom 9. August 1982 der AEG-Telefunken AG führte zu zahlreichen besorgten Anfragen und Überlegungen, insbesondere soweit es die drohenden Beitragsbelastungen beim Pensions-Sicherungs-Verein (PSVaG) angeht. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände dem auch der LGA angehört, und der Bundesverband der Deutschen Industrie halten deshalb diese sachliche Unterrichtung über die wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Gegebenheiten für erforderlich, die bei zahlreichen öffentlichen Äußerungen nicht immer beachtet wurden.

1. Zum Wirken des PSVaG

1. Vorgeschichte

Die in Deutschland seit über 100 Jahren gewachsene betriebliche Altersversorgung wird von den Arbeitgebern im Rahmen der Fürsorge gegenüber ihren Arbeitnehmern in Ergänzung der gesetzlichen Alterssicherung gewährt. Die Erfüllung der gegebenen Zusagen setzt die fortbestehende Zahlungsfähigkeit des Arbeitgebers voraus. Die früher fehlende Sicherung der Versorgungsleistungen im Insolvenz-falle wurde zunehmend als sozialpolitisch unbefriedigend empfunden.

2. Gesetzliche Grundlage

Das Betriebsrentengesetz (BetrAVG) vom 19. Dezember 1974 (BGBl I, 3610) schrieb daher nicht nur die Unverfallbarkeit betrieblicher Altersversorgungszusagen vor, die mindestens zehn Jahre oder die bei zwölfjähriger Betriebszugehörigkeit mindestens drei Jahre bestanden, sondern auch deren Insolvenzversicherung.

Träger der Insolvenzversicherung wurde der PSVaG, Ende 1974 entsprechend der privatwirtschaftlich ausgestalteten betrieblichen Altersversorgung nach mehrjähriger Vorarbeit gegründet von

- der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände,

- dem Bundesverband der Deutschen Industrie und
- dem Verband der Lebensversicherungsunternehmen.

Der PSVaG wurde als Selbsthilfeeinrichtung der deutschen Wirtschaft vom Gesetzgeber mit der öffentlich-rechtlichen Aufgabe der Insolvenzversicherung beliehen. Hierdurch konnte die traditionelle Gestaltungsfreiheit der betrieblichen Altersversorgung auch in betriebs- und finanzwirtschaftlicher Hinsicht erhalten werden. Zugleich ist vermieden worden, daß die Insolvenzversicherung – wie im Gesetz hilfsweise vorgesehen – einer staatlichen Einrichtung zugewiesen wurde. Alle Arbeitgeber, die eine betriebliche Altersversorgung in einer insolvenzgefährdeten Form (vor allem unmittelbare Versorgungszusagen und Unterstützungskassen) zusagen und bei denen schon laufende Versorgungsleistungen oder unverfallbare Anwartschaften bestehen, unterliegen der Versicherungs-, Melde- und Beitragspflicht beim PSVaG; ein Austritt ist nicht möglich.

Der PSVaG hat nach dem Betriebsrentengesetz bei Insolvenz eines Arbeitgebers die Aufrechterhaltung der betrieblichen Altersversorgung zu gewährleisten. Für die Abwicklung wurde ein Verfahren gewählt, das es ermöglicht, die Erfahrungen der Lebensversicherungswirtschaft zu nutzen, und das zugleich besonders kostengünstig ist. Die Abwicklung übertrug der PSVaG daher vertraglich einem Konsortium von 78 deutschen Lebensversicherungsunternehmen (Konsortialführer ist die Allianz Lebensversicherungs AG, Stuttgart). Er schließt für Rentner insolventer Arbeitgeber Einmalbeitrags-Versicherungen mit dem Konsortium; von dort erhalten die betroffenen Versorgungsempfänger Zahlungen im Rahmen der zugesagten betrieblichen Altersversorgung. Zwar ist hierbei gesetzlich nur ein Rechnungszinsfuß von 3 v. H. vorgesehen; jedoch kommt der PSVaG in den Genuß der Überschußanteile des Konsortiums.

Der PSVaG unterliegt als Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit der Aufsicht durch das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen.

3. Mitglieder

Der PSVaG hatte zum Jahresbeginn 33.895 Arbeitgeber als Mitglieder mit über 5 Mio Rentnern und Anwärtern mit unverfallbaren Anwartschaften.

4. Finanzierungs- und Beitragsverfahren

Das Betriebsrentengesetz schreibt das sog. Rentenwert-Umlageverfahren vor. Danach ist im Jahre der Eröffnung einer Insolvenz der Barwert der laufenden Renten, also das Deckungskapital für deren restliche Laufzeit, über die Beitragsumlage aufzubringen. Die unverfallbaren Anwartschaften hingegen werden nicht im Jahr der Eröffnung der Insolvenz beitragswirksam, sondern erst dann, wenn die betreffenden Arbeitnehmer in den Ruhestand treten. Zu diesem Zeitpunkt ist der Barwert der beginnenden Rente in die Beitragsumlage einzustellen.

Das Gesetz sieht bewußt keine Bonitäts- oder Risikoprüfung der Mitglieder vor. Abgesehen von den erheblichen Schwierigkeiten, das Insolvenzrisiko überhaupt zu definieren, wäre eine risikoorientierte Insolvenzversicherung wegen

der laufenden Überprüfungsnotwendigkeit verwaltungsmäßig äußerst aufwendig und auch nicht nur im Hinblick auf die Kreditwürdigkeit für die betroffenen Unternehmen von existenzieller Bedeutung.

Der Beitragssatz zum PSVaG ist demgemäß für alle Mitglieder einheitlich. Alle Mitglieder haben entsprechend dem Umfang ihrer eigenen sicherungspflichtigen betrieblichen Altersversorgung, der jährlich – bei einer Beitragsbemessungsgrundlage bis zu 300.000 DM alle drei Jahre – durch versicherungsmathematische Gutachten nachzuweisen ist, den auf sie entfallenden Anteil am eingetretenen Schaden des betreffenden Jahres zu tragen.

Der Beitrag zum PSVaG betrug im Jahre 1981 zwei Promille der Beitragsbemessungsgrundlage. Er wird nicht nach den bilanzierten, sondern nach den steuerlich zulässigen Soll-Rückstellungen für die laufenden Renten und unverfallbaren Anwartschaften erhoben (§ 6a EStG). Pensionsrückstellungen sind im übrigen kein Sondervermögen, das gesetzlich für die Erfüllung von Versorgungsansprüchen reserviert ist. Allerdings verbessert der Aufbau von Pensionsrückstellungen die Finanzstruktur und die Substanz des Unternehmens und weist die betrieblichen Versorgungsverpflichtungen aus.

LGA-Stenogramm Oktober 1982

1. 10.

Mitgliederversammlung des Landesverbandes des Bayerischen Lebensmittelgroßhandels und seine Großbetriebsformen in Igls/Österreich

4. 10.

BTX-Diskussion und Großhandelsanwendung im Handelsausschuß der IHK Nürnberg

6. 10.

Politikergespräch über die Position des Großhandels in Bayern

7./8. 10.

Sozialpolitischer Ausschuß des BGA

12. 10.

Arbeitssitzung in unserem Bildungszentrum
Gesprächskreis Arbeitsrecht in Regensburg

13. 10.

Ausschuß für Berufsbildung

14. 10.

Sitzung des Bürgerschaftsausschusses
Gesprächskreis Arbeitsrecht in Passau

14./15. 10.

Weiterführung der BTX-Untersuchung in LGA-Betrieben durch Prof. Zacharias

18. 10.

Manteltarifverhandlung

19. 10.

LGA-Vorstandssitzung
Besprechung im Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz, München

21. 10.

Erfa-Gruppe Textilgroßhandel, Dasing

22. 10.

Sitzung des Fachzweiges Feuerwehrbedarf in Nürnberg

26. 10.

Sitzung der Erfa-Gruppe Augsburg

28. 10.

Sitzung der Erfa-Gruppe I, München

29. 10.

Jahresmitgliederversammlung des Schreib-, Papierwaren- und Bürobedarfs-Großhandels in Rothenburg

5. Schadensentwicklung

In den ersten sieben Geschäftsjahren (1975 – 1981) hatte der PSVaG in 1489 Sicherungsfällen einzutreten und ein Schadensvolumen von über 1 Milliarde DM abzuwickeln. Aus diesen Sicherungsfällen wurden dem PSVaG insgesamt 101.930 Versorgungsberechtigte gemeldet, davon 46.661 Rentner und 55.269 Anwärter.

6. Bewertung

Dieses Auffangen von über 100.000 aus Verpflichtungen aus betrieblicher Altersversorgung nach Insolvenz des Arbeitgebers ist sowohl in politischer – vor allem in sozialpolitischer – Hinsicht als auch im Interesse einer Stabilisierung der betrieblichen Altersversorgung als privatwirtschaftlicher Einrichtung nicht hoch genug einzuschätzen. Das Wirken des PSVaG kann daher in den ersten sieben Geschäftsjahren als voll bewährt bezeichnet werden; dies wurde auch im Bericht der Bundesregierung über die Erfahrungen bei der Durchführung des Gesetzes zur betrieblichen Altersversorgung vom 11. Dezember 1978 (Bundestags-Drucksache 8/2377, Seite 37) eindeutig anerkannt. Unbeschadet der Überprüfung einzelner Fragen sollte die Richtigkeit dieser Lösung nicht in Frage gestellt werden.

II. Insolvenzprobleme im Zusammenhang mit dem Vergleichsantrag der AEG-Telefunken AG

Auch ein Großschaden kann vom PSVaG systemgerecht bewältigt werden, wenn auch mit der Folge bedauerlich hoher Beitragsbelastungen der Mitglieder. Ohne auf – häufig von außen nicht nachprüfbar – unternehmensinterne Einzelheiten eingehen zu können, möchten wir doch auf die folgenden Auswirkungen hinweisen.

1. Zum Vergleichsantrag

Neben dem Konkurs ist u. a. der gerichtliche Vergleich für den PSVaG ein obligatorischer Sicherungsfall (§ 7 Abs. 1 Satz 3 Nr. 2 BetrAVG). Im Unterschied zu dem Fall einer „wirtschaftlichen Notlage“ (§ 7 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5 und Satz 4 BetrAVG) hat der Träger der Insolvenzversicherung beim gerichtlichen Vergleichsverfahren keinen Ermessensspielraum, ob er das Vorliegen eines Sicherungsfalles anerkennen will oder nicht.

Eine Eintrittspflicht des PSVaG würde erst mit Eröffnung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens entstehen. Damit ist voraussichtlich im Laufe des 4. Quartals 1982 zu rechnen.

Soweit es die Zustimmung zu dem Vergleichsvorschlag angeht, so kann hier nur generell daran erinnert werden, daß gesetzliche Folge der Ablehnung eines Vergleichsvorschlages die Eröffnung eines Anschlußkonkurses ist; im Konkurs wäre der PSVaG ungesicherter Gläubiger (§ 61 Abs. 1 Nr. 6 KO), so daß es praktisch ausgeschlossen ist, dort eine höhere Quote zu erreichen als in einem Vergleichsverfahren.

Der PSVaG ist im übrigen unabhängig von den Ursachen einer Insolvenz eintrittspflichtig. Im Falle eines Vergleichs mit einer Vergleichsquote von 40% hätte der PSVaG für 60% der laufenden Renten und unverfallbaren betrieblichen Altersversorgungszusagen einzustehen. In Höhe der Ausfallquote sind dem Schuldner die Verbindlichkeiten erlassen.

2. Beitragsbelastung der PSVaG-Mitglieder

Eine Annahme des Vergleichsvorschlages und eine entsprechende Eintrittspflicht des PSVaG würde aufgrund der gesetzlichen Gegebenheiten dazu führen, daß der Beitragsatz, der 1981 auf zwei Promille der Beitragsbemessungsgrundlage festgelegt worden war, unter Berücksichtigung aller übrigen den PSVaG betreffenden Insolvenzen möglicherweise auf das Vier- bis Fünffache dieses Satzes erhöht werden müßte; diese Belastung wäre einmalig. In den Folgejahren träfe den PSVaG, soweit vorhersehbar, eine zusätzliche Belastung durch Anwärter, die in den Ruhestand treten, mit einem zusätzlichen Beitragssatz von voraussichtlich etwa 0,4 – 0,5 Promille der Beitragsbemessungsgrundlage. Der Zeitpunkt der erstgenannten Beitragserhöhung ist derzeit noch offen.

3. Konsequenzen

Die Konsequenzen dieser drohenden Mehrbelastung aller PSVaG-Mitglieder sind mehrfach:

Die AEG-Telefunken AG selbst, deren betriebliche Altersversorgungsregelung vielfach – ungeachtet der 1981 vereinbarten Änderung des Versorgungs-Statuts – öffentlich diskutiert wurde, wird zu überlegen haben, welche Konsequenzen sie darüber hinaus im Hinblick auf die erhebliche Belastung der übrigen Wirtschaft zieht. Der PSVaG selbst kann hier von sich aus nicht tätig werden, wird allerdings auch dies nochmals prüfen. Der PSVaG wird alles in seinen Möglichkeiten stehende tun, um zumindest den Liquiditätsentzug bei den Mitgliedern im Rahmen des unbedingt Erforderlichen zu halten. Deshalb ist geplant, gemeinsam mit dem Konsortium der deutschen Lebensversicherungswirtschaft und mit dem Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen Überlegungen anzustellen, die auf eine Milderung der drohenden Belastungen (z. B. durch zeitliche Verteilung im Wege der Stundung) hinauslaufen. Vor allem wird auch zu prüfen sein, ob der gesetzliche Ausgleichsfonds, der Ende 1981 über 156 Mio. DM betrug, jedenfalls teilweise mit herangezogen werden kann, um die einmalige Belastung der Mitglieder zu mildern.

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Bundesverband der Deutschen Industrie werden darüber hinaus gemeinsam prüfen, welche Möglichkeiten zusätzlich bestehen, um notwendige Folgerungen aus dieser bedauerlichen Entwicklung zu ziehen. Hierbei handelt es sich um äußerst komplizierte wirtschaftliche, finanzielle, sozialpolitische und rechtliche Probleme, die sorgfältiger Untersuchung bedürfen. Neben den vorstehend angesprochenen Problemen wird u. a. zu prüfen sein, ob die Obergrenze für die Insolvenzunsicherungsfähigkeit betrieb-

licher Versorgungsleistungen (§ 7 Abs. 3 BetrAVG) herabgesetzt werden sollte. Eine andere Frage ist die der Beibehaltung des bestehenden Wahlrechts, Pensionsverpflichtungen zu passivieren. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß in der E. G.-Bilanzrichtlinie über den Jahresabschluß von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen die Veröffentlichungspflicht von Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gefordert wird. Weiter ist das Problem der Nachhaftungsbegrenzung ausgeschiedener persönlich haftender Gesellschafter für Leistungen der betrieblichen Altersversorgung zu sehen.

Bei allen Lösungsmöglichkeiten, die eine Gesetzesänderung erfordern, ist zu bedenken, daß es von bestimmter Seite seit langem Forderungen gibt, das Betriebsrentengesetz auszuweiten. Auch unter diesem Aspekt sind mögliche Änderungen sorgfältig abzuwägen.

Alle an der Erhaltung der betrieblichen Altersversorgung als privatwirtschaftlicher Einrichtung Interessierten bemühen sich derzeit darum, Lösungen für die aufgetretenen Probleme zu finden. Hiermit sind insbesondere Vorstand und Aufsichtsrat des PSVaG sowie die Gremien beider Spitzenorganisationen der Wirtschaft befaßt. Ziel dieser Bemühungen muß es sein, alles zu tun, daß die betriebliche Altersversorgung nicht als freiwillige Sozialleistung der Arbeitgeber in ihrer Substanz angetastet wird.

Steuerfragen

Lohnsteuer bei Gelegenheitsgeschenken

Der Bundesfinanzhof hat entgegen seiner bisherigen Ansicht mit Urteil vom 17. 7. 1981 BStBl. 1981 II, Seite 773, entschieden, daß Geldgeschenke, die Arbeitgeber ihren Arbeitnehmern aus einem besonderen Anlaß gewähren, steuerpflichtig sind. Der Bundesfinanzhof begründet seine Ansicht damit, daß bei Geldzuwendungen der ehrende Charakter in der Regel zu verneinen sei, da eine derartige Geldzuwendung auch aus der Sicht des Arbeitnehmers regelmäßig nicht als Ehrung oder Aufmerksamkeit, sondern als Vergütung für geleistete Dienste verstanden werde.

Das Urteil ist nach einem Erlaß des Bundesfinanzministers ab 1. Januar 1982 entsprechend anzuwenden. Nach dem § 14, 17 SGB gelten diese aus besonderem Anlaß gewährten Geldzuwendungen ebenso als sozialversicherungspflichtig.

Pensionsrückstellungen für Gesellschafter-Geschäftsführer

Der Bundesfinanzhof hat bisher stets den Standpunkt vertreten, daß Rückstellungen für die Verpflichtung zur Zahlung einer Pension an einen beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer einer Kapitalgesellschaft unter der Annahme zu bemessen sind, daß der Pensionsberechtigte erst mit der Vollendung des 75. Lebensjahres in den Ruhestand tritt. Der BFH hatte seine Auffassung damit begründet, daß ein die Kapitalgesellschaft beherrschender Gesellschafter-Geschäftsführer seinen Eintritt in den Ruhestand selbst bestimmen könne und im allgemeinen bis zum Alter von 75 Jahren aktiv tätig bleibe.

In einer erst jetzt veröffentlichten Entscheidung vom 28. 4. 1982 (I R 51/76 – veröffentlicht in Betriebsberater 1982, Seite 1347) hat der BFH seine bisherige Rechtsprechung aufgegeben. Der hierzu ergangene Leitsatz lautet:

„Der Senat hält nicht mehr an der Rechtsprechung fest, nach welcher für die einem beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer einer Kapitalgesellschaft zugesagte Pension in der Steuerbilanz eine Rückstellung nur unter Zugrundelegung eines Pensionierungsalters von 75 Jahren gebildet werden kann. Maßgebend ist grundsätzlich der in der Pensionszusage vorgesehene Zeitpunkt des Eintrittes des Versorgungsfalles, sofern sich nicht aus den Umständen des Einzelfalles gewichtige Bedenken gegen die Ernsthaftigkeit der Bestimmung des Pensionsalters ergeben“.

Der Begründung des Urteils ist zu entnehmen, daß eine Rückstellungsbildung auf der Basis eines Pensionierungsalters von 65 Jahren für Gesellschafter-Geschäftsführer künftig generell steuerlich anerkannt wird, es sei denn, aus den Umständen des Einzelfalles würden sich gewichtige Bedenken gegen die Ernsthaftigkeit der Bestimmung des Pensionsalters ergeben.

Dagegen dürfte ein früheres Pensionierungsalter als 65 Jahre wenn überhaupt nur in besonders gelagerten Ausnahmefällen, z. B. gutachtlich nachgewiesene Krankheit mit vorhersehbarer früherer Pensionierung Aussicht auf Erfolg haben!

Verpflegungsmehraufwendungen für Stadtreisen

Verpflegungsmehraufwendungen im Zusammenhang mit Dienstreisen brauchen nicht jeweils einzeln nachgewiesen oder glaubhaft gemacht zu werden. Es können auch die dafür in den Lohnsteuer-Richtlinien vorgesehenen Pauschbeträge als Werbungskosten geltend gemacht werden. Dies ist nur dann nicht möglich, wenn die Berücksichtigung der Pauschbeträge zu einer offensichtlich unzutreffenden Besteuerung führen würde.

Eine offensichtlich unzutreffende Besteuerung nahm bisher die Rechtsprechung in bestimmten Fällen bei eintägigen Dienstreisen innerhalb einer Großstadt oder in benachbarten Gemeinden des Dienstortes an. Das gleiche wurde auch bei einer Dienstreise mit einer größeren Entfernung angenommen, soweit eine tägliche Rückkehr erfolgte.

Diese Rechtsprechung hat der Bundesfinanzhof jetzt mit Urteil vom 23.4.1982 (VI R 30/80) unter Hinweis auf den Zweck der entsprechenden Anwendung in den Lohnsteuer-Richtlinien aufgegeben. Begründet wurde diese neue Rechtsprechung mit dem Argument, es gebe in den genannten Fällen kein eindeutiges Anzeichen für einen erheblich niedrigeren Verpflegungsmehraufwand. Die Nichtanwendung der Pauschbeträge würde somit dem Vereinfachungszweck der Pauschbetragsregelung und dem Grundsatz der Gleichbehandlung der Steuerpflichtigen widersprechen.

Rückstellungen für Kosten der betrieblichen Berufsausbildung

Die Spitzenverbände der Wirtschaft haben im Jahre 1978 dem BMF mitgeteilt, daß nach ihrer Auffassung immer dann eine Rückstellung für einen drohenden Verlust zu bilden sei, wenn in einem Unternehmen die Ausbildungskosten höher sind als die Erträge aus den Leistungen des Lehrlings. Das BMF hat daraufhin zu dieser Frage gutachtliche Stellungnahmen des Justizministers und des Instituts der Wirtschaftsprüfer eingeholt. Beide Institutionen haben die Zulässigkeit der Rückstellung verneint, das Institut der Wirtschaftsprüfer allerdings mit der nicht unwichtigen Ein-

schränkung, daß hinsichtlich der Zahl von Lehrlingen, die der Betrieb nach Abschluß der Lehre voraussichtlich nicht als Arbeitnehmer einstellen wird, eine Rückstellung gebildet werden müsse. Inzwischen ist bekannt geworden, daß die Rechtsfrage vom Finanzgericht Berlin abschlägig beschieden wurde (vgl. BB 1981, 92). Da dagegen die Revision zum Bundesfinanzhof eingelegt ist, muß diese Entscheidung abgewartet werden.

Berufsausbildung und -förderung

Jugend bereit zur Leistung

Ein hohes Maß an Leistungsbereitschaft und eine besondere Anerkennung beruflicher Tüchtigkeit bescheinigte Präsident **Walter Braun** den jugendlichen Auszubildenden. Bei der Überreichung von Urkunden und Buchprämien an die besten Teilnehmer der Ausbildungsabschlußprüfungen Sommer 1982, stellte Braun nachdrücklich fest, die Mehrheit der deutschen Jugend bejahe die Arbeitswelt als einen wesentlichen Lebensbereich und Spielraum zur beruflichen und persönlichen Bewährung und Entfaltung.

Deshalb sei es auch kein Wunder, daß über zwei Drittel aller 15 bis 17jährigen, die die Hauptschule, Realschule oder das Gymnasium verlassen, eine feste Berufsausbildung eingingen. Braun wies in der Feierstunde aber auch darauf hin, daß die Kosten für die Berufsausbildung in der Bundesrepublik Deutschland von 1971 bis 1980 um 82 Prozent angestiegen seien. Angesichts dieser Kostenexplosion sei es äußerst bemerkenswert, daß bei der Wirtschaft die Zahl der Auszubildenden im letzten Jahrzehnt um 440.000 auf 1,7 Millionen angestiegen sei.

Erstmals weniger Auszubildende in Bayern

Die Zahl der Auszubildenden in Bayern ist 1981 erstmals seit Jahren gesunken, und zwar gegenüber dem Vorjahr um 3% auf 325.449. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung weiter mitteilt, sind von diesem Rückgang die Mädchen (125.262) mit rund 1% weniger stark betroffen als die männlichen Auszubildenden (200.187) mit 4,2%. Der Anteil der weiblichen Auszubildenden hat sich dadurch um 2% auf 38,5% erhöht. 118.065 Jugendliche haben 1981 eine Ausbildung begonnen (7% weniger als im Vorjahr), davon starteten 23.469 aufgrund ihrer Vorbildung mit dem zweiten Ausbildungsjahr.

Die Ausbildungsverhältnisse bestehen zu 44,2% (im Vorjahr 45,2%) im Zuständigkeitsbereich der Handwerkskammern, 43,6% (43,0%) im Ausbildungsbereich Industrie und Handel, Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe, 6,4% (5,7%) im Bereich Freie Berufe, 3,4% (3,6%) in der Landwirtschaft, 2,0% (2,0%) im öffentlichen Dienst und 0,4% (0,5%) in der städtischen Hauswirtschaft. Die Mädchen haben erwartungsgemäß einen besonders großen Anteil in der städtischen Hauswirtschaft (99,7%) und in freien Berufen (96,8%), sind dagegen im Handwerk (23,3%) und in der Landwirtschaft (29,8%) nur schwach vertreten.

Von den Berufsbereichen wurden die Fertigungsberufe mit 53,6% und die Dienstleistungsberufe mit 41,3% am häufigsten gewählt. Über die Hälfte aller Auszubildenden konzentrieren sich auf die Berufsgruppen Warenkaufleute (46.006), Bürofach-, Bürohilfskräfte (33.733), Mechaniker (32.622), Elektriker (27.189), Schlosser (20.984) sowie Feinblechner, Installateure (12.720).

Gesteuerter Pessimismus

Nach den neuesten Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit zur aktuellen Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt waren Ende September 1982 rund 36000 Jugendliche ohne Lehrstelle und 20400 Ausbildungsstellen unbesetzt – Erfolg oder Mißerfolg? 36000 noch nicht untergebrachte Bewerber sind mit Sicherheit kein Grund zur Selbstzufriedenheit. Doch zur Erinnerung: Anfang des Jahres kursierten Katastrophenvorhersagen, daß 100000 Jugendliche in diesem Jahr keinen Ausbildungsplatz finden würden, und noch Anfang September schreckte die Meldung von 88500 unversorgten Bewerbern die Öffentlichkeit. Zu diesem Zeitpunkt errechnete das Institut der deutschen Wirtschaft allerdings mit 32000 Lehrstellenbewerbern bei 22000 offenen Stellen wesentlich realistischere Zahlen, die durchaus in der Nähe der Nürnberger Zahlen lagen. Berücksichtigt man überdies die Erhebungsmängel der amtlichen Statistik, muß die Bewerberzahl wahrscheinlich noch einmal nach unten korrigiert werden. Bleibt die Frage nach Sinn und Nutzen falscher Prognosen. So viel ist sicher: Dieser gesteuerte Pessimismus hat die in diesem Jahr ungewöhnlich große Zahl der Mehrfachbewerbungen mitverursacht und damit verfügbare Lehrstellen blockiert.

Ausbildungssituation im pharmazeutischen Großhandel – PHAGRO –

Die im Bundesverband des pharmazeutischen Großhandels – PHAGRO – zusammengeschlossenen Unternehmen bilden derzeit in den Hauptverwaltungen sowie in den 113 Betriebsstätten fast 1000 junge Menschen aus. 967 Auszubildende haben sich für den Groß- und Außenhandelskaufmann entschieden. Außerdem wird zur Bürogehilfin bzw. zum Bürokaufmann und zum Handelsfachpacker ausgebildet.

In den vergangenen fünf Jahren (1977 – 1981) haben 4663 Auszubildende einen Abschluß als Groß- und Außenhandelskaufmann erhalten. Von der Weiterbildungsmöglichkeit zum Handelsfachwirt haben bislang 137 Mitarbeiter Gebrauch gemacht.

70% der Auszubildenden können als Schulabschluß die Mittlere Reife vorweisen, 25% haben einen Hauptschulabschluß und 5% traten nach dem Abitur eine Ausbildung im pharmazeutischen Großhandel an.

Die Mehrzahl der Unternehmen ist bemüht, die Zahl der Auszubildenden auch künftig im gewohnten Umfang aufrechtzuerhalten. Fast sämtliche Auszubildende wer-

Die 50 größten Handelsunternehmen der Bundesrepublik

Lfd. Nr.	Firma	Umsatz in Mill. DM		Beschäftigte in 1000		Anm.
		1981	1980	1981	1980	
1	Stinnes	18240	12910	22,8	22,2	W
2	Tengelmann-Gruppe	14400	13000	45,0	—	W
3	Aldi Gruppe	14000 ²⁾	10000 ²⁾	—	—	So
4	Aral	13533	12586	2,1	2,2	E
5	Thyssen Handelsunion	13503	12844	—	—	W
6	Raab Karcher (einschließlich Kommissionsumsatz für die Aral)	12994	11841	13,5	12,1	K
7	Karstadt-Gruppe	11613	11409	84,2	84,2	K
8	Klöckner & Co	11202	10682	8,4	8,5	So
9	Thyssen Handelsunion (Nr. 5)	10873	10749	13,0	13,3	K
9	Toepfer International	10700	8000	0,5	0,5	W
10	Schickedanz-Gruppe	10635	10074	43,5	43,8	So
11	Edeka-Zentrale ¹⁾	9520	8830	0,8	1,3	So
	Schickedanz-Handelsgruppe (Nr. 10)	9019	8612	35,1	35,5	So
	Karstadt (Nr. 7)	8868	8593	74,8	74,8	E
12	Co op ¹⁾	8458	5860	38,7	28,0	K
13	Rewe-Zentrale ²⁾	8431	7516	0,6	0,6	So
	Tengelmann (Nr. 2)	8000	7000	35,0	32,0	So
14	Kaufhof	7665	7792	52,7	57,3	K
15	Mabanhaft-Gruppe	7576	6500	0,6	0,8	So
16	Metro Deutschland	7500 ³⁾	7000 ³⁾	—	—	So
17	Otto Versand Handelsgruppe	7230	5980	18,0	18,0	W
18	Rewe-Leibbrand	6956	5446	27,4	22,9	So
19	Haniel & Cie	6164	5000	11,2	10,6	W
20	BayWa	5825	5701	13,1	14,0	E
21	Gedelfi	5820	5528	—	—	So
22	Mannesmann Handel	5640	4479	2,6	2,9	So
23	Hertie	5546	5802	41,4	44,9	So
24	Brennkinkmeyer	5536	5224	—	—	So
	Kaufhof (Nr. 14)	5158	5418	40,2	44,8	E
25	Avia Mineralöl	4581	3075	—	—	So
26	Mann-Gruppe	4200 ⁴⁾	4000 ⁴⁾	15,0	15,0	W
	Otto Versand (Nr. 17)	3915	3677	11,0	11,0	K
27	Schaper-Gruppe	3870	3415	8,9	8,2	So
28	Selex-Zentrale ⁵⁾	3800	2600	—	—	So
29	Conoco Mineralöl	3789	2991	0,2	0,2	K
30	Otto Wolff	3639	3411	0,7	0,8	K
31	Ferrostaal	3492	3521	0,9	—	So
32	Salzgitter-Stahl	3179	2865	1,6	1,7	So
33	K. O. Helm	3124	2763	0,6	0,6	W
34	Massa/Kipp-Gruppe	3045	2220	8,2	7,9	So
	Stinnes (Nr. 1)	3017	1719	—	—	E
35	Allkauf	2720	2343	6,4	6,4	So
36	HKG Handelsketten-Zentrale	2690	2500	—	—	So
37	Kampffmeyer-Handelsgruppe	2609	2648	0,3	—	So
38	Deutsche Spar-Zentrale ⁶⁾	2600 ²⁾	2400 ²⁾	—	—	So
39	Tania	2500	2600	0,1	0,1	So
	Alfred Massa GmbH (Nr. 34)	2500	2200	—	—	So
40	Centralgen. für Viehverwertung	2382	2239	1,8	1,8	So
41	Raiffeisen-Hauptgenossenschaft Hannover	2382	2025	1,8	2,1	So
	Deutsche SB-Kauf (Nr. 1 und Nr. 4)	2200	1590	6,1	5,9	So
42	Deutsche Total	2199	1641	0,2	0,2	So
43	Deutsche Raiffeisen-Warenzentrale Frankfurt	2166	2148	—	—	So
	Kaiser's Kaffee (Nr. 2)	2100	1837	10,0	10,2	E
44	Possehl & Co ⁶⁾	2066	2475	4,6	4,9	So
45	Andreae-Noris-Zahn	2062	1912	5,2	5,5	K
46	Coutinho, Caro & Co	1952	2042	1,9	1,9	So
47	Woolworth	1938	1902	13,0	13,0	E
48	Lekkerland	1913	1807	—	—	W
49	Großverkauf Europa Möbel	1850	1850	—	—	So
50	Nürnberger Bund	1845	1846	1,0	1,1	So
	Kaufhalle (Nr. 14)	1797	1755	10,4	10,6	So
	Otto Wolff AG (Nr. 30)	1788	1713	0,3	0,4	E

¹⁾W = Weltumsatz (Konzernumsatz unter Einbeziehung des Fremdsatzes ausländischer Tochtergesellschaften). K = Konzernumsatz gemäß Konzern-Gewinn- und Verlust-Rechnung. E = Umsatz laut Jahresabschluß einer Aktiengesellschaft („Einzel-Abschluß“). So = Sonstiger Umsatz (laut Geschäftsbericht, Mitteilung des Unternehmens an die F.A.Z.-Wirtschaftsredaktion). – Die Angaben in Kursivschrift sind in den Umsatz- und Beschäftigtenzahlen einer vorher aufgeführten Firma bereits enthalten; deren laufende Nummer ist in Klammern angegeben. – ²⁾Schätzung. – ³⁾Kein Konzern im Sinne des Aktiengesetzes. – ⁴⁾Keine abhängige Gesellschaft im Sinne des Aktiengesetzes. – ⁵⁾Bauleistung. – ⁶⁾Bei den Handelsunternehmen, die in der Mehrzahl nicht zur Publizität verpflichtet sind, handelt es sich gelegentlich um Bruttoumsätze; auch die Beschäftigtenzahlen sind wegen unterschiedlicher Angaben (Jahresende, Jahresdurchschnitt, Voll- und Teilzeitkräfte) nur bedingt vergleichbar. – ⁷⁾Nur Großhandelsumsätze. Der addierte Einzelhandelsumsatz der zur Edeka-Organisation gehörenden selbständigen Kaufleute beläuft sich auf 20000 Millionen DM; bei der Rewe-Organisation lautet die entsprechende Zahl 16512 Millionen DM, bei co op 13000 Millionen DM, bei Selex 14500 Millionen DM und bei der Deutschen Spar 8972 Millionen DM. – ⁸⁾Durch Umorganisation oder neuen Konsolidierungskreis mit dem Vorjahresumsatz nicht vergleichbar.

den nach erfolgreichem Abschluß von den Betrieben übernommen und ihnen werden innerbetriebliche Aufstiegsmöglichkeiten eingeräumt.

Insgesamt werden von den im PHAGRO-Verband zusammengeschlossenen Unternehmen ca. 18500 Personen unter Einschluß der Auszubildenden beschäftigt.

Zielorientierte Gestaltung von Ausbildungsplänen

Mit dem Seminarthema ist hier der Aufbau von Lehrgängen und Kursen in der inner- oder überbetrieblichen Aus- und Weiterbildung angesprochen.

Die zielgerechte Ausbildungsplanung ist die Basis und Gewähr für Wirksamkeit und Erfolgskontrolle in der innerbetrieblichen Aus- und Fortbildung.

In diesem Seminar wird ein fundiertes und vielfach in der betrieblichen Praxis erprobtes Instrumentarium zur Erstellung wirkungsvoller Aus- und Weiterbildungspläne erarbeitet.

Die Teilnehmer werden

in erster Linie die einzelnen Planungsschritte zur Gestaltung eines Ausbildungsplanes für ein Sachgebiet erarbeiten und anwenden

überdies die Rahmenbedingungen und Kriterien zur Gestaltung von Ausbildungskonzeptionen erarbeiten und Möglichkeiten der Bewährungskontrolle von Ausbildungsplänen beurteilen und schließlich

Erfahrungen austauschen und Projekte aus dem eigenen Aufgabenbereich bearbeiten.

Themenschwerpunkte in diesem Seminar:

- Modell der Lehrplangestaltung
- Rahmenbedingungen und Vorentscheide
- Richtziele
- Informationsziele
- Reihung der Informationsziele
- Lehrplan Redaktion
- Validierung
- Organisation der Lehrplangestaltung
- Bewährungskontrolle
- Rahmenbedingungen und Grundkonzeption der betrieblichen Aus- und Weiterbildung
- Gestaltungsgrundsätze für die Ausbildungskonzeption
- Entwicklungstendenz in der Ausbildung

Veranstalter:

Gottlieb Duttweiler-Institut CH-8803 Rüschlikon – Zürich, Schweiz
Tel. 01/4613716, Vorwahl Schweiz: 0041
Hotel Bel Voir, CH-8803 Rüschlikon

Teilnehmerkreis:

- Leiter von Aus- und Weiterbildungsabteilungen
- Leiter von Weiterbildungsinstituten
- Mitarbeiter, die häufig Lehr- und Stoffpläne erarbeiten

Teilnahmegebühr:

sFr. 1.460,—

Hotel: sFr. 115,— pro Tag

Weitere Informationen fordern Sie bitte direkt beim Veranstalter an.

Konjunktur und Marktentwicklung

Großhandel: Anhaltend ungünstiges Klima

I.

Nach den Ergebnissen des Ifo-Konjunkturtests blieb das Geschäftsklima des Großhandels auch im Juli stark unterkühlt. Die Geschäftslage wurde von den Testteilnehmern noch ungünstiger beurteilt als in den Vormonaten. Die Geschäftsaussichten für die kommenden Monate werden jedoch nicht ganz so skeptisch eingeschätzt wie noch im Juni. Die Umsätze blieben real erneut deutlich hinter den Vorjahresergebnissen zurück. Angesichts der anhaltend schwachen Geschäftstätigkeit hat sich der Lagerdruck im Berichtsmonat erheblich verstärkt. Reichlich ein Viertel der Testteilnehmer sprach von zu hohen Beständen (Vormonat: rund ein Fünftel).

II.

Im Großhandel mit **Rohstoffen, Halbwaren und Investitionsgütern** wurde die aktuelle Geschäftslage erneut ungünstiger beurteilt. Der saisonübliche Umsatzrückgang war stärker ausgeprägt als in der gleichen Zeit der zurückliegenden Jahre. Der Anteil der Firmen mit einem Umsatzminus gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat hat sich auf über die Hälfte erhöht (Vormonat: rund zwei Fünftel).

Eine Geschäftsabschwächung ist in fast allen Fachzweigen zu registrieren. Besonders deutlich fiel sie bei technischen Chemikalien, Lacken und Farben, Eisen und Stahl sowie den bauabhängigen Branchen aus. Für die kommenden Monate rechnen die Firmen im Rohstoff- und Produktionsverbindungshandel insgesamt nicht mehr so häufig wie bisher mit einer weiteren Abschwächung der Geschäftstätigkeit. Vor allem in den Branchen Eisen und Stahl, technische Chemikalien sowie feste Brennstoffe und Mineralölerzeugnisse werden die Aussichten nicht mehr so pessimistisch beurteilt wie in den Vormonaten. In den Fachzweigen NE-Metalle, Werkzeuge und Maschinen, Baustoffe, sanitäres Installationsmaterial sowie Heizungs-, Klima- und Lüftungsbedarf hat sich der Anteil der Firmen, die mit einer Verschlechterung der Geschäftslage rechnen, gegenüber dem Vormonat dagegen noch erhöht. Die Lager des Produktionsverbindungshandels wurden im Berichtsmonat wesentlich häufiger als überhöht bezeichnet als in den Vormonaten. In den verschiedenen Fachzweigen zeigten sich allerdings unterschiedliche Entwicklungen: Während bei Werkzeugen und Maschinen, Heizungs-, Klima- und Lüftungsbedarf sowie Häuten und Fellen offenbar teilweise ein Lagerabbau erfolgte, verstärkte sich der Lagerdruck vor allem bei sanitärem Installationsmaterial, bei Holz sowie Leder.

Der Preisauftrieb hat sich im Berichtsmonat weiter abgeschwächt. In den Branchen Häute und Felle sowie Papier und Pappe kam es teilweise sogar zu Preisrückgängen. Über einen wesentlich verringerten Preisauftrieb berichteten vor allem Firmen aus dem Großhandel mit festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen. Für die kommenden Monate ist den Firmenerwartungen zufolge mit einem weiteren Nachlassen der Preisauftriebstendenzen zu rechnen.

III.

Die Firmen des **Konsumgütersektors** beurteilten die Geschäftslage noch etwas ungünstiger als im Vormonat. Die Urteilsverschlechterung ist auf den Non-Food-Bereich zurückzuführen. Im Nahrungs- und Genußmittelgroßhandel wurde die aktuelle Geschäftslage ähnlich ungünstig beur-

teilt wie im Vormonat. Die Geschäftsaussichten für die nächsten sechs Monate sind weiterhin von Skepsis geprägt.

Im *Gebrauchsgüterbereich* hat sich das Urteil zur Geschäftslage weiter merklich verschlechtert. Reichlich die Hälfte der Testfirmen war mit dem Geschäftsverlauf nicht zufrieden. Das Geschäftslageurteil fiel besonders bei Eisen- und Metallwaren, Beleuchtungs- und Elektroartikeln sowie bei optischen Geräten ungünstiger aus. Die Umsätze des Vormonats wurden in diesen Branchen, aber auch bei Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräten, nicht erreicht.

Der Lagerdruck hat, vor allem bei Eisen- und Metallwaren, weiter zugenommen. Hingegen gelang offenbar in den Fachzweigen Möbel, Unterhaltungselektronik sowie Uhren und Schmuck ein Abbau überhöhter Lagerbestände. Der Preisanstieg hat sich im gesamten Gebrauchsgüterbereich weiter verlangsamt. Bei Geräten der Unterhaltungselektronik kam es teilweise erneut zu Preisrückgängen. Für die kommenden Monate rechnen die Firmen der meisten Branchen mit einer weiteren Verlangsamung des Preisanstiegs.

Auch im *Verbrauchsgüterbereich* wurde die Geschäftslage erneut ungünstiger beurteilt. Die Umsätze des entsprechenden Vorjahresmonats dürften bei weitem nicht erreicht worden sein. Bezüglich der Geschäftsentwicklung in den kommenden Monaten äußerten sich die Firmen nicht mehr ganz so pessimistisch wie bisher. Aufgrund der schwachen Absatztätigkeit in den vergangenen Monaten hat sich der Lagerdruck im Berichtsmonat offensichtlich deutlich verstärkt. Das trifft besonders für Pharmazeutika und Körperpflegemittel zu. Die im zweiten Quartal festgestellte Abschwächung des Preisauftriebs hat sich auch im Juli fortgesetzt.

Im *Nahrungs- und Genußmittelgroßhandel* blieb das Geschäftsklima nach der deutlichen Verschlechterung im Juni auch im Juli unterkühlt. Die Geschäftslage wurde ähnlich ungünstig beurteilt wie im Vormonat. Die unbefriedigende Absatzentwicklung ließ offenbar die Lagerbestände ansteigen. Rund ein Viertel der Testteilnehmer bezeichnete sie als zu hoch (Vormonat: 12,5%). Für die kommenden Monate rechnen die Firmen mit einer Dämpfung der Preisauftriebstendenzen.

Verschiedenes

Führungskraftetraining in Japan

Ab Herbst 1983 beabsichtigt die EG-Kommission ein 18-monatiges Führungskraftetraining in Japan durchzuführen. Das Programm umfaßt einen äußerst intensiven Sprachkurs während der ersten 12 Monate und ein Firmenpraktikum von 6 Monaten in ausgewählten japanischen Unternehmen. Daneben werden während der ganzen Programmdauer Seminare, Vorträge, Diskussionen, Betriebsbesichtigungen usw. geboten.

Das Programm hat zum Ziel, dem angehenden Führungspersonal von Unternehmen der Gemeinschaft Spezialkenntnisse über Japan zu vermitteln, die dazu dienen können, größere Exportchancen auf dem japanischen Markt zu entwickeln oder intensiver mit japanischen Partnern zusammenzuarbeiten.

Das Programm 1983-85 richtet sich an

junge Führungskräfte im Alter von ca. 25 – 38 Jahren, die eine akademische oder gleichwertige (evtl. auch firmeninterne) Ausbildung aufweisen können. Weiter erforderlich ist mindestens zweijährige Berufserfahrung, möglichst in der produzierenden Industrie und möglichst im internatio-

nalen Bereich, Beherrschung der englischen Sprache sowie die Bereitschaft und das Vermögen, sich einem fremden Kulturkreis anzupassen. Ein technischer Hintergrund in der Ausbildung wäre ein weiterer Vorteil.

Nicht zu der Zielgruppe des Programms gehören Studenten und „Post-Graduates“, Beamte oder im Forschungsbereich tätige Personen.

Von Seiten der Unternehmen

sollte die Bewerbung in möglichst genauer Form unterstützt werden. Nützlich wären z.B. Angaben darüber, in welcher Weise der zukünftige Japan-Spezialist eingesetzt werden soll, ob das Unternehmen bereits in Japan aktiv ist, welche Wünsche oder Geschäftsverbindungen für das Praktikum in japanischen Unternehmen in Betracht zu ziehen wären, u. ä.

Die finanzielle Ausstattung des Programms

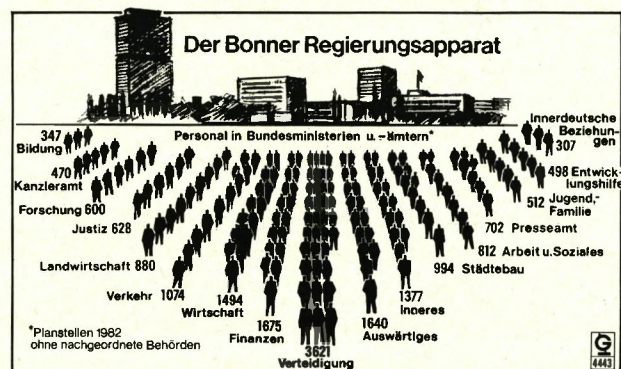
wird wie bisher alle anfallenden Kosten abdecken. Sie umfaßt monatliches Stipendium, Reise nach Japan und zurück, Sprachkurs, Krankenversicherung und Beitrag zu Sozialversicherungskosten (auf Antrag). Zusätzliche Firmenunterstützung steht im Ermessen des Unternehmens.

Bewerbungsmodalitäten und -frist:

Anfragen und Anforderungen von Bewerbungsformularen von deutscher Seite richten Sie bitte an die

Carl Duisberg-Gesellschaft e. V. – Referat 203 –
Hohenstaufenring 30 – 32, 5000 Köln 1

Ein Heer von 18000 Helfern



Regierungswechsel in Bonn, das heißt auch: Personeller Wechsel in den Spitzen der Bundesministerien und -ämter. Dabei gilt für die neuen wie für die alten Minister: Mehr Personal = mehr Macht und Einfluß. Denn wer etwa dem Verteidigungs-, Finanz-, Außen-, Wirtschafts- oder Innenministerium vorsteht, der hat die größten Bataillone von Helfern und Zuarbeitern. Oft ist der Machtbereich der Minister noch größer, als sich aus der Kopfzahl ihrer unmittelbaren Bonner Mannschaft folgern läßt. Zum Verteidigungsministerium gehört die Bundeswehr; der Innenminister ist Dienstherr für den Grenzschutz; zum Arbeitsministerium gehört die Bundesanstalt für Arbeit, um nur einige Beispiele zu nennen. Aber nicht nachgeordnete Behörden, sondern nur die Ministerien einschließlich Kanzler- und Presseamt sind gemeint, wenn vom Bonner Regierungsapparat die Rede ist. Er zählt alles in allem fast 18000 Köpfe – Schreibkräfte, Telefonistinnen und Chauffeure eingerechnet.

Personalien

Wir gratulieren

Heinrich Bernhard **Kleine**, geschäftsführender Gesellschafter unserer Mitgliedsfirma Eltric Karl Heckel GmbH in Bayreuth, Versand-Großhandel elektrotechnischer Artikel, der mit Wirkung vom 1. Oktober 1982 an zum ehrenamtlichen Richter beim Sozialgericht Bayreuth berufen wurde.

Wir gratulieren zu dieser ehrenvollen Berufung herzlich.

Herrn Ingo **Fechtner**, Personalleiter in unserer Mitgliedsfirma Kehler und Weber GmbH in Poing bei München, der für eine neue Amtsperiode vom 1. November 1982 an zum ehrenamtlichen Richter beim Arbeitsgericht wieder berufen wurde.

Auch ihm gelten unsere besten Glückwünsche.

Herrn Günther **Leuze**, Geschäftsführer unserer Mitgliedsfirma Baygro Handelsgesellschaft mbH in München, der mit Wirkung vom 10. November 1982 an auf die Dauer von 3 Jahren zum Handelsrichter am Landgericht München I ernannt wurde.

Wir gratulieren auch ihm sehr herzlich zu dieser ehrenvollen Berufung.

Herrn Peter **Haupt**, persönlich haftender Gesellschafter unserer Mitgliedsfirma Herbert Haupt KG in Dittelbrunn, Großhandlung gesundheitstechnischer Einrichtungen, der mit Wirkung vom 26. September 1982 an auf die Dauer von 3 Jahren zum Handelsrichter am Landgericht Schweinfurt ernannt wurde.

Ihm gilt unser herzlicher Glückwunsch.

Luitpold Lottes – 85 Jahre

Am 22.10. dieses Jahres konnte der Seniorchef unserer Mitgliedsfirma **Luitpold Lottes**, Elektro-, Radio- und Motoren-Großhandlung in Nürnberg seinen 85. Geburtstag feiern.

Präsident Walter Braun und Hauptgeschäftsführer Werner Sattel gratulierten dem Jubilar zu seinem hohen Geburtstag und würdigten in ihrem Glückwunsch die außerordentlichen unternehmerischen Verdienste und sein auf die echten Unternehmertugenden gegründetes Lebenswerk, das Anerkennung und Respekt aller verdiene. Auch an dieser Stelle entbieten wir noch einmal unsere besten Glückwünsche.

25 Jahre Mitarbeit bei Baeuerle Farben KG

Frau **Helga Baeuerle** kann in diesem Monat auf eine 25-jährige Mitarbeit im Unternehmen ihres Ehegatten zurückblicken.

Ihre Berufsausbildung begann Frau Baeuerle mit einer Damen-Schneider-Lehre, der nach der Gesellenzeit der Besuch der Münchner Modemeisterschule folgte. Anschließend war Frau Baeuerle bei einem in Deutschland führenden Couturier beschäftigt.

Nach ihrer Heirat mit Herrn Walther Baeuerle, dem geschäftsführenden Gesellschafter der Baeuerle Farben KG, Memmingen, übernahm es Frau Baeuerle, für das Unternehmen das Tapetengeschäft aufzubauen. Die hierfür erforderlichen Branchenkenntnisse erwarb sich Frau Baeuerle in einem Volontariat bei einem bekannten süddeutschen Tapeten-Groß- und Einzelhändler, wobei Frau Baeuerle ihre Kenntnisse im modischen Bereich sehr zugute kamen. Inzwischen in der Firma ihres Ehegatten als Tapeten-Spezialist anerkannt, vervollkommnete Frau Baeuerle ihre kaufmännische Weiterbildung, die wichtigsten Stationen sind 1961 der Großhandelskaufmann, 1969 das Wirtschaftsabitur und 1973 der Betriebswirt grad.

Heute hat das Tapetengeschäft im gesamten Unternehmensgeschehen einen bedeutenden Anteil, was nicht zuletzt auf die große Zahl eigener Baeuerle Werksniederlassungen zurückzuführen ist. Frau Helga Baeuerle leitet als Produkt-Manager diesen gesamten Bereich.

Kollegen und Mitarbeiter gratulieren Frau Baeuerle ganz herzlich zu ihrem Jubiläum und wünschen sich noch recht lang eine weiterhin sachkundige und engagierte Zusammenarbeit.

Auch Herr **Lothar Rudischhauser** kann in diesem Monat auf eine 25-jährige Zugehörigkeit zur Baeuerle Farben KG, Memmingen, zurückblicken.

Herrn Rudischhauser (Jahrgang 1926) wurde als erfahrener Branchenfachmann bei seinem Eintritt die Leitung der Baeuerle Verkaufsniederlassung in Biberach/Riß anvertraut, 1962 verlieh ihm die Firma Handlungsvollmacht. Nachdem Herr Rudischhauser 1975 mit Erfolg die Ausbilder-Eignungsprüfung bestand, war er auch ehrenamtlich tätig. So z. B. ab 1976 im Prüfungsausschuß der IHK-Ulm als Beauftragter der Arbeitgeber für die Bereiche Farben und Lacke.

Auch heute noch leitet Herr Rudischhauser die Baeuerle Werksniederlassung Biberach, die zu den ganz bedeutenden Niederlassungen der Firma zählt.

Vorgesetzte, Kollegen und Mitarbeiter der Baeuerle Farben KG gratulieren Herrn Rudischhauser ganz herzlich zu seinem Jubiläum und bedanken sich für die sachkundige und engagierte Zusammenarbeit, gleichzeitig wünschen sie sich noch eine recht lange erfolgreiche Mitarbeit von Herrn Rudischhauser.

Erich W. Wittmann GmbH & Co KG im neuen Hause

Zur Eröffnung des neuen Hauses hatte unsere Mitgliedsfirma **Erich W. Wittmann GmbH & Co. KG**, Entwicklung und Vertrieb von Toupets, Perücken, Schmuck und Lederbekleidung, nach Erlangen-Tennenlohe eingeladen.

Die Firma Wittmann versteht sich als mittelständisches Unternehmen, das Mut zum unternehmerischen Risiko und zum Investment beweist. Sie versteht es mit neuen Ideen und neuen Produkten neue Märkte zu schaffen. Das Unternehmen vertreibt Marken wie „Christian Dior“, „James Morris“, „Ohrfix“, „Jean Pacome“, „Mirelle“, „Franca Ferretti“. Als wesentlich in der Philosophie des Unternehmens wird angesehen, daß die Produkte den Wünschen des Verbrauchers entsprechen müssen. Deshalb wird auch das Unternehmen marktorientiert geführt. Aus der Verlagerung vom Produktdenken zum Verwendbarkeitsdenken, von der Sach- zur Dienstbezogenheit, von der Güter- zur Kundenproduktion

entstand als natürliche Folge die Unternehmens-Entwicklung. Der Erfolg des Unternehmens wurzelt primär in der Nachfrage und nicht in der Produktion.

Zu einem weiteren Ziel der Unternehmensführung gehört die dauernde Symbiose von Ingenieur und Marketingmann; damit sich beide ergänzen und nicht bekämpfen.



Zu einem weiteren Ziel der Unternehmensführung gehört die dauernde Symbiose von Ingenieur und Marketingmann; damit sich beide ergänzen und nicht bekämpfen.

Aus dem Selbstverständnis des Unternehmens und der Zusammenarbeit mit den Partnern auf der Produktionsseite leitet sich eine spezielle Organisation ab. Es gibt drei Sparten: Haare, Schmuck und Lederbekleidung. Diese Sparten betreuen ihre jeweiligen Produkte von der Idee bis zur Vermarktung. Die Funktionen wie Buchhaltung, Datenverarbeitung, Vertrieb und Lager erbringen für die einzelnen Produktionsbereiche entsprechend ihrer Aufgaben die entsprechenden Dienstleistungen.

Die Vertriebsaufgaben werden im Inland durch Niederlassungen und im Ausland durch Vertretungen wahrgenommen. Niederlassungen bestehen in den Städten: Hamburg, Düsseldorf, Dortmund, Frankfurt, Stuttgart und München, in der Schweiz arbeitet eine eigene Tochterfirma. Insgesamt werden ca. 3.800 Produkte an rd. 12.000 Kunden vertrieben. Das Auslandsgeschäft erstreckt sich auf folgende Länder: Frankreich, Belgien, Schweiz, Holland, Luxemburg, Dänemark, Skandinavien, Österreich, Italien, Australien, Asien, USA und Saudi Arabien.

Im Inland werden 60 Mitarbeiter, 44 Frauen und 16 Männer beschäftigt. Durch ihr Wissen und Können wird nach Überzeugung des Unternehmens wesentlich der Erfolg bestimmt. Deshalb betrachtet man auch die Weiterbildung der Mitarbeiter sowie eine zielgerichtete Ausbildung als langfristige Investition.

Für den neuen Bürokomplex und des Zentrallagers wurden rd. 6 Mio. DM investiert, ein Beitrag für die Zukunft des Unternehmens und zur Sicherung der Arbeitsplätze.

Buchbesprechungen

Dr. Günter Olesch / Horst Tiedtke

Die Einkaufsverbände des Einzelhandels

Band 2: Die wirtschaftliche Bedeutung der Einkaufsverbände des Einzelhandels

Herausgegeben von der BEV, Bundesvereinigung Deutscher Einkaufsverbände e.V.

96 Seiten, broschiert, DM 29,80 – ISBN 3-87150-163-8

Die Diskussion um die kartellrechtliche und wettbewerbspolitische Einordnung der Einkaufszusammenschlüsse des Handels verläuft unverändert kontrovers. So hält zum Beispiel die Bundesregierung an ihrer Auffassung fest, daß den Einkaufszusammenschlüssen zur Sicherung leistungsfähiger kleiner und mittlerer Unternehmen eine hohe wettbewerbs- und mittelstandspolitische Bedeutung zukommt. Andererseits zeigt aber die öffentliche Diskussion der letzten Jahre, daß die von konträrer Seite verfochtenen Meinungen den wettbewerbspolitischen Zusammenhängen nicht immer gerecht wurden. Zu häufig wurde die Debatte unter rein formaljuristischen Gesichtspunkten geführt und mußte daher zwangsläufig zu unbefriedigenden Ergebnissen führen.

In dieser Situation ist es hilfreich, wenn Untersuchungen über Einkaufszusammenschlüsse unter wettbewerbsrelevanten Aspekten durchgeführt werden. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang vor allem die neueste Studie des Ifo-Instituts über die „Stellung und Entwicklung der Zusammenschlußformen im Einzelhandel“. Die ersten Ergebnisse dieser Untersuchung lassen den Schluß zu, daß die meisten Negativurteile über die Einkaufszusammenschlüsse auf einer Unkenntnis der tatsächlichen Situation beruhen. Das Ifo-Institut räumt vor allem die These beiseite, daß die Kooperationen ihren Auftrag der Erhaltung der Existenzfähigkeit von Mitgliedsunternehmen nicht hinreichend erfüllt hätten. Gerade deshalb scheint es dringend geboten, die Öffentlichkeit fundiert über die Tätigkeit der Einkaufsverbände zu informieren. Diesem Zweck dient die vorliegende Veröffentlichung. Sie will anhand konkreter Kooperationsbeispiele nachweisen, zu welchen Leistungen die Einkaufszusammenschlüsse in den jeweiligen Branchen fähig sind und welche positiven Wirkungen von ihnen auf die angeschlossenen Unternehmen ausgehen.

Im einzelnen werden folgende Branchen behandelt:

Bürobedarf – Drogerie-/Parfümeriewaren – Eisenwaren/Hausrat/Hobby – Foto/Optik – Möbel – Nahrungs-/Genußmittel – Schuhe – Spielwaren – Sport/Campingartikel – Textilien/Bekleidung/Lederwaren – Uhren-/Schmuckwaren – Unterhaltungselektronik/Elektrogeräte.

Im abschließenden Kapitel wird aus heutiger Sicht die künftige Entwicklung der Einkaufsverbände skizziert.

Landesverband des
Bayerischen Groß- u. Außenhandels
Bildungszentrum



Seminare für Unternehmer und Führungskräfte

Rentabilitäts- und Finanzplanung

Nürnberg 06. 10. 82

Augsburg 19. 04. 83

München 20. 04. 83

Aktuelle Entwicklungen im Steuerrecht

Regensburg 13. 10. 82

München 12. 10. 82

Rhetorik

München 03.–04. 11. 82

Fallstudienseminar für Handelsunternehmer

München 22.–23. 02. 83

Argumentieren u. überzeugen im Gespräch mit Mitarbeitern
München 08. 06. 83

Wege zur Kostensenkung im Großhandel
München 07.10.82

Verkaufsleiterseminar
München 14.–15.12.82

Verkaufsorganisation im GH – rationell u. marktgerecht
München 09.03.83
Nürnberg 11.03.83

So fördert der Innendienst den Verkauf
Nürnberg 01.–02.03.83
München 25.–26.01.83

Erfolgreiche Verhandlungsführung im Einkauf
München 24.11.82
Nürnberg 01.12.82

Konflikte im Großhandelsbetrieb
München 02.02.83

Der Betriebsleiter im Lager
München 03.–05.05.83

Das Gesamtprogramm des Bildungszentrums fordern Sie
bitte bei der Hauptgeschäftsstelle an.

Seminare für Unternehmer des Einzelhandels

Kennzahlen als Führungsinformation

Jeder Einzelhandelsunternehmer sollte neben der Alltagsarbeit vor allem mit der Planung, Steuerung und Kontrolle des Betriebsgeschehens befaßt sein. Dabei werden Kennzahlen längst nicht immer so eingesetzt, daß das Betriebsgeschehen wie gewollt abläuft. Oft sind Kennzahlen lediglich Kontrollmittel, die dazu ihre Warnsignalfunktion nur unzureichend erfüllen, weil keine Vorstellungen darüber bestehen, was sein soll.

Programm:

- Wie hat eine regelmäßige Ermittlung von Kennzahlen zu erfolgen und wie lassen sie sich als Informationsquelle praktisch nutzen?
- Kennzahlen werden erst durch den Vergleich wichtig. Dies gilt sowohl für den internen Zeitvergleich als auch für externe Vergleiche: Hier eignen sich vor allem Betriebsvergleichszahlen.
- Kennzahlen haben lediglich Signalfunktion. Sie sollen Aufforderung sein, den Ursachen nachzugehen. Erst dann können Entwicklungen im gewünschten Sinn beeinflußt werden.
- Kennzahlen können, für sich allein beurteilt, zu falschen Schlüssen führen. Sie müssen im Zusammenhang mit anderen Kennzahlen betrachtet werden.
- Demonstration eines Kennzahlensystems an einem Fallbeispiel.

Terme Frühjahr 1983

46305 Regensburg	24.02.83
46503 Bayreuth	23.03.83
46606 Würzburg	16.03.83

Dauer:
1 Tag von 9.00–17.00 Uhr

Referent:
Dipl.-Kfm. Gerd Rathmaeyer, Unternehmensberater, Leiter des BBE Bayern

Gebühr:
DM 160,—

Die zukunftsorientierte Verkaufsorganisation im Großhandel

In der klassischen Betriebslehre spricht man von der Funktion der Überbrückung von Zeit und Raum, die dem Handel zufällt. Diese traditionelle Verteilerfunktion reicht aber in der heutigen Zeit moderner Absatzmethoden nicht mehr aus. Der Handel muß eigene Konzepte entwickeln und marktorientiert arbeiten.

Das setzt – neben der richtigen inneren Einstellung – gute organisatorische Regelungen voraus. Der Verkauf muß zielorientiert und effektiv gesteuert werden; Verkaufsleitung und Geschäftsleitung brauchen Informationen, um daraus die richtigen Strategien zu entwickeln, Einkauf und Verkauf müssen eng gekoppelt werden, um die nötige Marktorientierung zu erreichen. Die Einrichtung eines Profitcenters oder die Steuerung von Produktgruppen durch Produktmanager: das können weitere Fragen sein, die auf ein modernes Großhandelsunternehmen zukommen. Wie muß eine solche Organisation aussehen? Welche Fragen sind zu beachten? Welche Voraussetzungen sind zu schaffen?

Das Seminar soll auf diese Fragen eine gültige Antwort geben.

Termine Frühjahr 1983

46112 München	09.03.1983
46407 Nürnberg	11.03.1983

Dauer:
1 Tag von 9.00–17.00 Uhr

Referent:
Hans Georg Lettau, Unternehmensberater

Gebühr:
DM 160,—

Erfolgreiche Verhandlungsführung im Einkauf

Vorbereitung und Durchführung des Einkaufsgesprächs

Ein bewußt geführtes Einkaufsgespräch mit einer zielgesteuerten Verhandlungstechnik führt heute immer häufiger zur Schaffung von Kalkulationsreserven für den Verkauf.

Dieses Seminar soll Ihnen helfen, ein Einkaufsgespräch systematisch vorzubereiten und die notwendigen Verhandlungen mit Ihrem Handelspartner durch Sicherheit zum Erfolg zu führen.

Programm:

- Worum geht es im Einkauf?
- Systematische Vorbereitung der Einkaufsverhandlung
- Der Verkäufer – Partner im Einkauf
- Das Einkaufsgespräch
- Argumentationstechnik
- Frage- und Einwandtechnik
- Hilfsmittel für den Einkauf

Termin:
46403 Nürnberg, 01.12.1982

Dauer:
1 Tag von 9.00–17.00 Uhr

Referent:
Eckehard Schmidt, Prokurist einer Textilgroßhandlung

Gebühr:
160,— DM



Groß + Außenhandel Drehscheibe der Wirtschaft



LGA
nachrichten

Offizielles Organ des Landesverbandes
des Bayerischen Groß- und Außenhandels
(Unternehmer- und Arbeitgeberverband) eV

37. Jahrgang · München
Dezember 1982 · Nr. 12/1982

Das aktuelle Thema	3	Analyse der gegenwärtigen Einschätzung der weiteren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
Arbeitgeberfragen	5	Die Wahrheit über das soziale Netz – Fakten – Daten – Perspektiven
	7	Investitionen und Finanzierungsverhältnisse der Unternehmen im 1. Halbjahr 1982
	8	Geschäftserwartungen verschlechtert Wahl der Vollversammlung Nürnberg
	9	Finanzielle Leistungen der Arbeitsämter zur Unterstützung der Vermittlung von Arbeitssuchenden und Arbeitslosen sowie zur Ver- hütung von Arbeitslosigkeit
	10	Bayerische Unternehmertage 1983
	11	Präsident Hartwig neuer Gemeinschaftsausschuß-Vorsitzender
Berufsausbildung und -förderung	11	Nürnberger „Haus des Handels“ im neuen Gewande
	12	Qualitätsschulung hat Vorrang Hilfe bei Stellensuche
Verkehr	13	Internationaler Postgebührenvergleich
Außenhandel	14	Wachstumsaussichten haben sich eingetrübt
	16	BGA: EG hat in Genf versagt
	17	EG-Zusammenarbeit mit Afrika Handelspartner VR CHINA – Sonderausgabe der Zeitschrift WELTHANDEL
Verschiedenes	17	
Personalien	17	

Ständige Mitarbeiter der LGA-Nachrichten sind:

Dipl.-Kfm. Sattel (Wirtschafts-, Tarif- und Sozialpolitik, Außenhandel, Betriebswirtschaft) · Dipl.-Kfm. Sauter (Wettbewerbsrecht, Steuern, Kreditwesen, Verkehr) · Dipl.-Volksw. Deutsch (Berufsbildung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbandsnachrichten, Personalien) · RA Frankenberger (Tarif-, Sozial- und Arbeitsrecht) · RA Waimann (Arbeitsrecht) · RA Wiedemann (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel) · RA Köppl (Arbeitsrecht, Baurecht, Außenhandel).

Erscheint einmal im Monat. Verleger: Wirtschaftshilfe des Bayerischen Groß- und Außenhandels GmbH, München, Ottostraße 7. Alleiniger Gesellschafter: Landesverband des Bayerischen Groß- und Außenhandels eV, München 2, Ottostraße 7, Telefon 55 77 01/02. Verantwortlich für Herausgabe: Werner Sattel, 8011 Kirchseeon, Alpenstraße 16. Verantwortlich für Redaktion und Anzeigenteil: Dipl.-Volkswirtin Elisabeth Deutsch, München 2, Ottostraße 7. Jede Entnahme von Text – auch aus den Beilagen – ist nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Druck: typobierl, 8000 München 40, Riesenfeldstraße 56, Telefon 3 59 60 66-68.

Das aktuelle Thema

Analyse der gegenwärtigen Einschätzung der weiteren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Die Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern (VAB) hat das obengenannte Papier vorgelegt, das wir an dieser Stelle – gekürzt – wiedergeben:

Drei Gutachten zur weiteren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung liegen aus jüngster Zeit vor:

Das Sondergutachten des Sachverständigenrats, die Prognose des interministeriellen Arbeitskreises der Bundesregierung und das Herbstgutachten der führenden Wirtschaftsinstitute. Von den zwei gleichgewichtigen Aufgaben steht das Ringen um den richtigen Kurs der Wirtschafts- und Finanzpolitik im Vordergrund; die Lohnpolitik wird dagegen in den Hintergrund gedrängt. Bereits die Anlässe machen dies deutlich. Nur das Herbstgutachten der Institute erschien zum Normaltermin. Das Sondergutachten des Sachverständigenrats war wegen des Streits in der alten Koalition um die weitere Wirtschafts- und Finanzpolitik bestellt worden. Die Prognose des interministeriellen Arbeitskreises ist Grundlage für die im Zusammenhang mit der Haushaltsberatung vorgezogene Steuerschätzung.

Ausstrahlungen der Politik

Wie weit die Ausstrahlung der Politik reicht, zeigt das Herbstgutachten der Institute:

- „Für die nächsten Monate entsteht eine Unsicherheit besonderer Art aus der Frage, ob die für den 6. März 1983 vorgesehene Bundestagswahl ein Ergebnis haben wird, daß die Verwirklichung der wirtschaftspolitischen Vorstellungen der neuen Bundesregierung zuläßt. ... Vom Wahlausgang wird es abhängen, ob diese Hemmnisse (auf die Anstoßwirkungen der Programme) entfallen.“
- Zweifellos wird bei keinem anderen Teil der wirtschaftlichen Aktivitäten so viel vom Wahlausgang abhängen wie bei den Unternehmensinvestitionen. Er wird darüber entscheiden, ob und wie die mittelfristigen Investitionspläne korrigiert werden. Ein kräftiger Anstieg der Investitionstätigkeit im Jahr 1983 ist freilich auch im Falle einer Bestätigung des Kurses der neuen Bundesregierung nicht zu erwarten.“

Die Geldpolitik der Bundesbank wird nur als Nebenkriegsschauplatz analysiert, aber kaum kritisiert. Zur Zinspolitik sagt das Institut:

„Die Versuchung mag groß sein, eine Politik zu betreiben, mit der ohne Rücksicht auf die Entwicklung der Geldmenge die Zinsen nach unten gedrückt werden sollen, um so Nachfrage und Produktion anzuregen. Eine solche Politik birgt das Risiko in sich, daß sie neue Inflationserwartungen auslöst; nachhaltiges Wachstum ist davon nicht zu erwarten.“

Wachstum oder nicht?

Alle Gutachten räumen ausdrücklich eine hohe Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung ein: Die Schätzungen gehen von minus 1% bis plus 1%. Die mannigfachen Ursachen für den hohen Grad der Unsicherheit fassen die Institute wie folgt zusammen:

„Die Wirtschaft der Bundesrepublik befindet sich gegenwärtig in einer Lage, in der akuter Nachfragerückgang mit fundamentaler Wachstumsschwäche zusammentrifft. Es gibt keine Erfahrung, wie sich Investoren und Konsumenten in einem solchen Fall verhalten. Hinzu kommt eine ungewöhnliche Kumulierung von weltwirtschaftlichen Risiken und anhaltenden wirtschaftspolitischen Unsicherheiten. Zusammen bewirkt das ein hohes Maß an Labilität.“

Umschwung nur bei Exportbelebung

Der Sachverständigenrat neigt offensichtlich der Vorstellung zu, daß die verbesserten Rahmenbedingungen (Umschwung bei Lohnkosten, Zinsen, Importpreisen und Gewinn) bisher nur deshalb nicht auf die Investitionen durchschlugen, weil die Abschwächung im Export zu Enttäuschungen führte. Bereits bei einer Zunahme des Welt Handels um 2% (die Institute rechnen eher mit einem leichten Minus) erwarten die Sachverständigen, daß die Investitionen anspringen und das Wachstum tragen.

Unterschiedliche Wachstumsannahmen

Hinter den einzelnen Schätzungen stehen sehr unterschiedliche Annahmen über den Verlauf des neuerlichen Einbruchs.

- Die Sachverständigen kommen unter bestimmten Annahmen zu einem Wachstum im Jahresdurchschnitt 1983 von 1%
- die Institute erwarten einen Jahresdurchschnitt von 0% unter bestimmten Bedingungen und
- das RWI erwartet einen Rückgang um 1%.

Keine Prognose kann die Frage beantworten, ob angesichts des nach wie vor schlechten Niveaus der Rahmenbedingungen die bisherigen Verbesserungen ausreichen, damit der Investitionsmotor anspringt, oder ob es hierzu noch weiterer Verbesserungen in Richtung auf ein normales Niveau bedarf. Die Institute sprechen offen aus: „Jedenfalls sind die Voraussetzungen für nachhaltiges Wachstum noch nicht erfüllt. Zu betonen ist die Häufung der Risiken.“

Arbeitslosigkeit zwischen 2,25 und 2,5 Mio.

Alle Prognosen gehen gegenwärtig davon aus, daß die Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten weiter beträchtlich zunimmt. Auf dem saisonalen Höhepunkt im Winter wird mit einer Zahl der registrierten Arbeitslosen in einer Größenordnung von 2,5 Mio. gerechnet. Für den weiteren Verlauf des Jahres 83 weichen die Prognosen voneinander ab.

- Bei Wachstum von 1% erwarten die Sachverständigen 2,25 Mio. Arbeitslose im Jahresdurchschnitt
- die Institute gehen bei 0% Wachstum davon aus, daß die Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2,3 Mio. betragen
- bei einem Rückgang des Bruttosozialprodukts um 1% würde dies im Jahresdurchschnitt zu 2,5 Mio. Arbeitslosen führen.

Verbraucherpreise Ende 1983 mit einer 2 vor dem Komma?

Die Entwicklung der Verbraucherpreise ist weitgehend vorgeprägt. Der Einfluß der vom Staat beeinflussten Preise macht gegenwärtig fast 1% der aktuellen Teuerung von 4,9% aus. Im Verlauf des Jahres 1983 wird die allgemeine Preisentwicklung sehr gedämpft sein.

- Die Sachverständigen erwarten eine Steigerung der Verbraucherpreise im Jahresverlauf 83 von reichlich 3,5%
- die Institute meinen: „Gegen Ende des Jahres könnte die Anstiegsrate des Preisindex für die Lebenshaltung unter 3% liegen.“

Die Institute gehen im Gegensatz zu den Sachverständigen davon aus, daß eine volle Überwälzung der Mehrwertsteuer (0,7%...) nicht möglich sein wird.

Detaillierte und differenzierte Hinweise zur Lohnpolitik

Im Vordergrund steht nicht so sehr die Lohnzahl, sondern die Lohnstruktur:

- Die Sachverständigen: „Was die Flexibilität in der Lohnpolitik angeht, so mag man sie hinsichtlich des Lohnniveaus derzeit für ausreichend halten, sicherlich nicht auch hinsichtlich der Lohnrelation.“
- Die Institute fordern eine beschäftigungsgerechte Lohnpolitik auch mit Augenmerk auf die Lohnnebenkosten. Sie leiten als Grundsatz ab: „Die Lohnpolitik sollte durch Zurückhaltung und größere Differenzierung der Entlohnung gemäß relativen Knappheiten dafür sorgen, daß der Abbau bestehender Arbeitsplätze gebremst und die Schaffung neuer gefördert wird.“

Reallohnsicherung, ein problematisches Ziel

Bei ihren Überlegungen gehen Sachverständige und Institute davon aus, daß die „Gewerkschaften haben erkennen lassen, daß es auch 1983 für sie vorrangig um einen Inflationsausgleich geht“. Für die Grenzen einer solchen Politik geben beide deutliche Hinweise:

- Der Sachverständigenrat betont, daß die künftige Preissteigerungsrate nicht einfach vorgegeben ist, „sie wird vielmehr von der Höhe der Tarifabschlüsse mitbestimmt.“
- Die Institute argumentieren folgendermaßen:

„In die Lohnerhöhung sollte nicht die Inflationsrate bei Abschluß des Tarifvertrages, sondern jene während der Laufzeit eingehen (also eine mit der 2 vor dem Komma, da im Jahresverlauf unter 3%).“

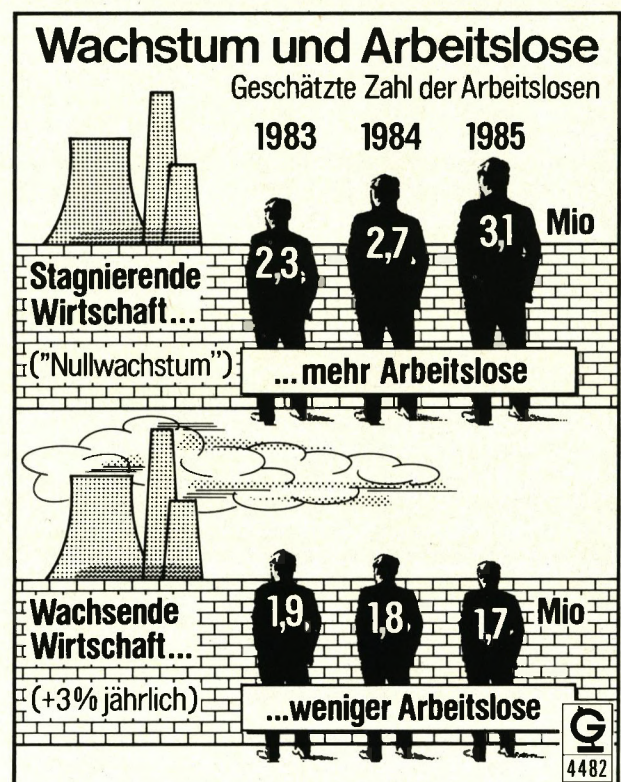
- „Auch sollte nicht der Gesamtpreisanstieg Maßstab für die Lohnabschlüsse sein; so doch beispielsweise der durch die Mehrwertsteuererhöhung 1983 bedingte Preisanstieg nicht zurückgefordert werden.“
- „Ein Teil des Produktivitätsanstiegs kommt gegenwärtig dadurch zustande, daß Arbeitsplätze, die weniger rentabel sind, abgebaut und die Mitarbeiter, die weniger leistungsfähig sind, entlassen werden; der Produktivitätsanstieg ist insofern überhöht. Würde er zur Grundlage für den Lohnabschluß gemacht, so wäre ein weiterer Abbau der Beschäftigung angelegt.“
- Da nicht alleine diese „passive Sanierung“ vermieden werden sollte, sondern auch die Arbeitslosen und die zunehmende Zahl jugendlicher Erwerbspersonen in den Erwerbsprozeß integriert werden sollen, muß der Reallohnanstieg nachhaltig und deutlich hinter dem mittelfristigen Produktivitätsfortschritt zurückbleiben.“

Die Institute fügen auch an, daß die Lohnerhöhungen 1982 zu Entlassungen und Konkursen beigetragen haben. Damit

es nicht zu einer Selbstverstärkung der Abschwungkkräfte kommt, nennen die Institute ausdrücklich folgende Lohnpolitik als eine der Bedingungen, die sie auch zur Grundlage ihrer Wahrscheinlichkeitsprognose machten:

„Dies läßt erwarten, daß die Tarifparteien niedrigere Lohnerhöhungen vereinbaren als in diesem Jahr, in dem sie rd. 4 v. H. betragen.“

Zur Forderung nach einer Lohnpause konnten sich die Institute zu keiner einheitlichen Meinung durchringen. Die Mehrheit der Institute hielt es für möglich, daß ein Teil der von den Instituten skizzierten Probleme „entschärft“ werden könnten, wenn es zu einem Hinausschieben von Lohnerhöhungen käme. Das Urteil gilt freilich nur dann, wenn dies bei freiwilliger Kooperation zustande käme. Eine Lohnpause ersetzt in keinem Fall die notwendige mittelfristige Umorientierung der Lohnpolitik.“



Ohne Wachstum keine Wende

Wenn keine neuen Wege eingeschlagen werden, wenn es bei der gegenwärtigen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik bleibt, dann gibt es nur ein Mittel gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit: Wirtschaftswachstum. Das Institut der deutschen Wirtschaft hat berechnet, wie Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zusammenhängen. Das Ergebnis ist bedrückend. Wenn die Wirtschaft weiterhin stagniert, müssen wir uns auf steigende Arbeitslosenzahlen gefaßt machen. Für 1983 wäre dann mit 2,3 Millionen, für 1984 mit 2,7 und für 1985 sogar mit 3,1 Millionen Arbeitslosen zu rechnen. Eine Umkehr der Entwicklung, also wenigstens ein langsamer Abbau der Arbeitslosigkeit, ist nur bei einem jährlichen Wirtschaftswachstum von mindestens drei Prozent zu erreichen. Das wäre ein schnelleres Wachstum, als es mit durchschnittlich 2,5 Prozent in den letzten zehn Jahren erzielt wurde. Für eine solche Wachstumswende gibt es gegenwärtig keine Anzeichen.

Arbeitgeberfragen

Die Wahrheit über das soziale Netz Fakten – Daten – Perspektiven

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat ein Argumentationspapier fertiggestellt, in dem die Notwendigkeit wirksamer Maßnahmen zur Konsolidierung der Sozialhaushalte begründet und gleichzeitig auf die gewerkschaftlichen Protestkundgebungen geantwortet wird.

Das Argumentationspapier ist zur Verwendung in der Öffentlichkeitsarbeit gedacht. Eine weitreichende Verbreitung ist mit einem kostenlosen Bezug in Faltblattform möglich:

Das soziale Sicherungssystem ist in Gefahr. Fortgesetzte Leistungs- und Kostenexplosionen haben sein finanzielles Fundament erschüttert. Schon lange übersteigen die Ausgaben die Einnahmen. Wird hier nicht gegengesteuert, droht den Sozialhaushalten der Zusammenbruch. Bei leeren Kassen muß verantwortungsbewußte Politik die sozialen Ausgaben und Einnahmen wieder ins Gleichgewicht bringen. Der DGB aber meldet Widerstand gegen notwendige Korrekturen im Sozialsystem an. Das liegt nicht im Interesse der Beitragszahler, das dient auch nicht den Empfängern sozialer Leistungen.

Soziale Versicherungszweige in Not

Wo liegen die Ursachen für das Debakel? Dem sozialen Sicherungssystem wurde immer mehr aufgebürdet: ständiger Leistungsausbau, die Ausweitung bestehender Ansprüche und die Erweiterung des Kreises der Begünstigten. Dadurch stieß es an die Grenzen der Finanzierbarkeit. Die verschlechterten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben diesen Prozeß beschleunigt. Es rächt sich, daß das Verhältnis von sozialer Notwendigkeit und wirtschaftlicher Möglichkeit nicht rechtzeitig beachtet wurde. Eine Neubewertung war spätestens ab 1973 fällig. Schon da zeichnete sich der Rückgang der Wachstumsraten ab. Die Versäumnisse und die Folgen dieser Politik müssen jetzt ausgegült werden.

Die finanzielle Problematik wird durch steigende Arbeitslosigkeit drastisch verschärft. Zusätzliche Sorgen bereitet

die ungünstiger werdende Altersstruktur unserer Bevölkerung. Ab 1990 verschlechtert sich das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Rentnern. Kamen 1980 auf 100 Beitragszahler noch 45 Rentner, werden es im Jahre 2000 bereits 57 sein.

Und so wirken sich die demographischen Veränderungen auf die einzelnen Bereiche aus:

1. Bis Ende der achtziger Jahre kommen zusätzliche Belastungen auf die Arbeitslosenversicherung zu.
2. Nach 1990 wird vor allem die Rentenversicherung wegen der verschlechterten Alterslastquote verstärkt Mittel benötigen.
3. In der Krankenversicherung wird der wachsende Anteil älterer Menschen zu höherem finanziellen Aufwand führen.

Die Problemsituation 1982/83

IM JAHRE 1982 WERDEN DIE GESAMTEN SOZIALLEISTUNGEN IN DER BUNDESREPUBLIK AUF EINE HÖHE VON ÜBER 500 Mrd. DM ANSTEIGEN.
Davon entfallen auf die

Arbeitslosenversicherung	34 Mrd. DM
Arbeitnehmer und Arbeitgeber bringen auf	26 Mrd. DM
Somit verbleibt ein Fehlbetrag für 1982 von	8 Mrd. DM

Dieses Defizit muß durch den Bund gedeckt werden.

Die Finanznot ist in der Arbeitslosenversicherung zur Zeit am größten. Die Forschungsinstitute befürchten, daß die Zahl der Arbeitslosen im Jahr 1983 auf voraussichtlich 2,35 Millionen ansteigt. Gleichzeitig rechnen sie mit einer Zunahme der Zahl der Kurzarbeiter auf 500 000. Diese Entwicklung schlägt voll auf den Haushalt '83 der Bundesanstalt für Arbeit durch.

Die alte Bundesregierung hatte ihre Entlastungsmaßnahmen auf einen Fehlbetrag von lediglich 6,4 Mrd. DM eingestellt. Tatsächlich aber wird das Defizit wohl auf 13 bis 14 Mrd. DM ansteigen. Deshalb ist für 1983 vorgesehen:

Bayerische Bierkrüge

...ein beliebtes Werbegeschenk,

direkt vom Hersteller ...

Franz Herb o.H.G. Bierglasveredelung

Werk und Büro:

8039 Puchheim · Gewerbegebiet · Benzstr. 24
Telefon 089/802093 · Telex 528025

Eine Erhöhung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung von 4 auf 4,6 Prozent. Eine spürbare Verringerung der Beiträge, die die Bundesanstalt für Arbeitslose an die Rentenversicherung abführen muß. Ferner geringfügige Einsparungen bei der Fortbildung, Umschulung und Rehabilitation. Das entlastet die Bundesanstalt aber erst um 7 Mrd. DM. Ein zu deckendes Restdefizit von 6 – 7 Mrd. bleibt.

Davon entfallen auf die

Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten	156 Mrd. DM
Arbeitnehmer und Arbeitgeber (sowie Beitragsleistungen der Bundesanstalt für Arbeit zugunsten der Arbeitslosen) bringen auf	121,5 Mrd. DM
Sonstige Einnahmen und Bundeszuschuß (22,2 Mrd. DM) erbringen	33,8 Mrd. DM
verbleibt eine Unterdeckung von	1,7 Mrd. DM
Sie muß der ohnehin knappen Reserve entnommen werden.	

Diese Zahlen beweisen: Der Rentenversicherung fällt es immer schwerer, ihre Leistungen aus den Beitragseinnahmen zu decken. Die Lücke zwischen Beitragseinnahmen und Ausgaben wird sich 1983 noch vergrößern. Dies kann durch Bundeszuschüsse nicht ausgeglichen werden. Dazu verliert die Rentenversicherung einen erheblichen Teil der bisherigen Beitragsüberweisungen durch die Bundesanstalt für Arbeit für Arbeitslose.

Deshalb werden für 1983 erste Maßnahmen getroffen:

Verschiebung der Rentenanpassung um ein halbes Jahr. Und die Einführung eines Krankenversicherungsbeitrages der Rentner von zunächst einem Prozent. Das bringt Entlastungen von 4,3 Mrd. DM. Sie sind ein erster Schritt für mehr finanzielle Ausgewogenheit in der Rentenversicherung. Weitere werden folgen müssen. Damit die solidare Altersversorgung der deutschen Arbeitnehmer eine gesicherte finanzielle Grundlage behält.

Davon entfallen auf die

Krankenversicherung	98 Mrd. DM
Arbeitnehmer und Arbeitgeber (sowie die Bundesanstalt für Arbeit zugunsten der Arbeitslosen) bezahlen dies mit ihren Beiträgen. Bundeszuschüsse gibt es nicht. Wenn die Beiträge nicht mehr reichen, müssen sie erhöht werden.	

Das haben wir in den letzten 12 Jahren laufend erlebt. Durch die Kostenexplosionen stieg der durchschnittliche Beitragssatz von 8,2 Prozent auf 12,2 Prozent im Jahre 1982. Das alles geschah, obwohl die Krankenkassen seit 1970 von der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle entbunden sind. Sie wurde den Betrieben aufgebürdet. Seitdem haben die Betriebe insgesamt 250 Mrd. DM dafür gezahlt.

Damit weitere Beitragserhöhungen verhindert werden, ist für 1983 vorgesehen:

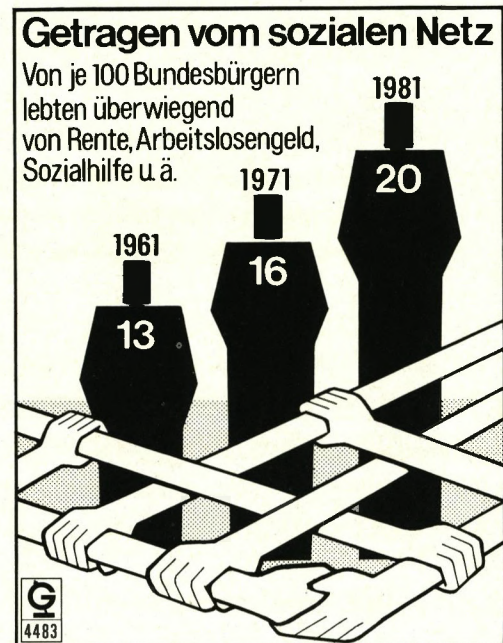
Eine begrenzte Beteiligung der Versicherten an den Kosten der Krankenhauspflege und Kuren. Eine Herausnahme von Bagatell-Arzneimitteln aus dem Leistungskatalog. Und eine Reihe anderer Maßnahmen. Das bringt Einsparungen von über einer Milliarde DM. Das sind zugleich auch erste Schritte zur Stärkung der Eigenverantwortung. Und zur Konzentration auf die Risiken, die der einzelne nicht selbst tragen kann.

Grenzen der Belastung erreicht

30 Prozent der Lohnsumme – soviel führt ein Arbeitnehmer heute an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen ab. Allein 456,- DM zahlt er im Durchschnitt als Monatsbeitrag an die Sozialversicherung. Die Betriebe bringen allmonatlich entsprechend hohe Zahlungen und weitere teure Sozialleistungen auf. Auf 100,- DM Arbeitsentgelt müssen sie heute insgesamt 77,- DM als Personalzusatzkosten zulegen. Damit steht fest: Die Grenze des Erträglichen und Zumutbaren ist erreicht. Für Arbeitnehmer und für Betriebe.

Konsequenzen

Diese Fakten, Daten und Perspektiven sprechen für sich: deutlich, mahndend und warnend. Das soziale Sicherungssystem steht auch weiterhin unter Konsolidierungszwang. Weitere Beitragserhöhungen sind nicht mehr zu verantworten. Deshalb sind Einschränkungen unvermeidbar; für alle Mitglieder der Sozialversicherung. Der Sozialstaat muß wieder steuerbar gemacht werden.



Jeder fünfte lebt von Sozialleistungen

Das soziale Netz in der Bundesrepublik ist weit mehr als ein Auffangnetz für Notfälle. Das belegen Erhebungen des Statistischen Bundesamtes. Danach leben 20 von je 100 Bundesbürgern überwiegend von Rente, Pension, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe u. ä. Jeder fünfte hängt also mit seiner materiellen Existenz vom sozialen Netz ab. Zwanzig Jahre zuvor, 1961, waren nur 13 von 100 Bürgern so umfänglich sozial abgesichert. Zu dieser Entwicklung hat die dichtere Knüpfung des sozialen Netzes und die Ausdehnung des sozialen Schutzes auf bisher nicht gesicherte Bevölkerungsgruppen beigetragen. Viele ältere Erwerbstätige nutzen die Möglichkeit, früher „in Rente“ zu gehen als vor zwanzig Jahren. Hinzu kommen andere Ursachen. So ist der Anteil der Älteren – und damit der Rentner – an der Bevölkerung gewachsen, weil die Lebenserwartung größer und der Nachwuchs spärlicher wurde. Außerdem wirkt sich die schlechte Wirtschaftslage aus: Die Zahl der Arbeitslosen steigt, und es gibt mehr Bürger, die auf Sozialhilfe angewiesen sind.

Das Ziel:

Das soziale Netz braucht dauerhafte und gesicherte finanzielle Grundlagen. Die Generationen von heute und morgen haben Anspruch darauf, daß eine der größten Errungenschaften der Bundesrepublik nicht verspielt wird. Das soziale Sicherungssystem muß im Interesse der Gesellschaft, der Familien und jedes einzelnen vor dem Zusammenbruch bewahrt werden.

Sozialpartner – Gegensätze

Seit Monaten liegen die Vorschläge der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände auf dem Tisch. Sie will mehr Wirtschaftswachstum und damit mehr Beschäftigung. Sie will Abbau der Staatsverschuldung und finanzielle Gesundung des sozialen Sicherungssystems.

Ihr Konzept ist ein Konzept der Vorwärtsstrategie.

Auch der DGB hat Vorstellungen. Aber seine Rezepte bringen uns aus der Misere nicht heraus. Im Gegenteil: Sein fünfzig Milliarden Beschäftigungsprogramm (mit Ergänzungs- und Arbeitsmarktabgabe, vor allem aber mit starker Kreditfinanzierung) würde den Staat immer tiefer in Schulden stürzen. Gerade das darf nicht geschehen. Und Arbeitszeitverkürzungen – auf die er ebenfalls setzt – brächten nur Kostensteigerungen für die Betriebe. Entlastung auf dem Arbeitsmarkt brächten sie nicht.

Gewerkschaftsargumente, die nicht stimmen

Die Gewerkschaften sagen: Wir sind gegen Veränderungen im sozialen Netz. Weil sie die Arbeitnehmer, die Rentner und die Arbeitslosen belasten.

Das ist eine falsche, eine realitätsfremde Sicht. Denn nur durch Veränderungen können die sozialen Sicherungssysteme als ganzes wieder krisensicher gemacht werden. Die Gewerkschaften sagen weiter: Wir sind auch deshalb gegen die vorgesehenen Maßnahmen, weil sie sozial unausgewogen sind.

Doch heute sind über vier Fünftel aller deutschen Privathaushalte als Leistungsempfänger an das soziale Verteilungsnetz angeschlossen. Das sind nahezu 90 Prozent der Bevölkerung. Bei einem solchen Befund kann die Gesundung der Sozialfinanzen nur über und durch alle Beteiligten erfolgen. Andere Wege bringen keine Lösung.

Gewerkschaftsparolen, die dem sozialen Klima schaden

Die Gewerkschaften mißbrauchen die schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zu politischer Agitation. Auf Kundgebungen ist zu hören, in Flugblättern zu lesen: Die Unternehmer wollen den großen Schnitt ins soziale Netz. Die Unternehmer wollen den sozialen Rückschritt. Die Unternehmer wollen, daß die Kapitalisten immer reicher werden.

Solche Parolen sind ebenso abstoßend wie demagogisch. Unwürdig einer Gewerkschaft, die weiß: Daß die Unternehmer am sozialen Fortschritt, am hohen Sozialniveau in der Bundesrepublik großen Anteil haben. Die auch weiß, daß es den Unternehmern gerade in diesen Zeiten um soziale und wirtschaftliche Stabilisierung geht. Wer dies alles ins Gegenteil verkehrt, schadet dem sozialen Klima. Der DGB muß sich über eines klar werden: Das soziale Netz wird unweigerlich dann demontiert, wenn sich gewerkschaftlicher Widerstand den notwendigen Reformen in den Weg stellt.

Die Lage ist zu ernst, um mit Emotionen angeheizt zu werden. Nur Sachlichkeit und unvoreingenommene Prüfung dessen, was zur Herstellung solider, dauerhafter Finanz-

grundlagen für die Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung getan werden muß, ist hilfreich. Der Weg zu gemeinsamen konstruktiven Lösungen sollte nicht verstellt werden. Dafür steht zuviel auf dem Spiel.

Investitionen und Finanzierungsverhältnisse der Unternehmen im 1. Halbjahr 1982

In ihrem Monatsbericht vom Oktober 1982 hat die **Deutsche Bundesbank** – entsprechend ihrer langjährigen Praxis – über die Investitionen und Finanzierungsverhältnisse der Unternehmen (ohne Wohnungswirtschaft sowie ohne Banken, Bausparkassen und Versicherungen) im 1. Halbjahr 1982 berichtet. Nachstehend zitieren wir aus diesem Bericht einige wichtige Passagen:

„Die **Investitionstätigkeit** der privaten Wirtschaft war im ersten Halbjahr 1982 gedämpft, obwohl sich die Ertrags- und Finanzierungsverhältnisse im Unternehmensbereich und damit wichtige Vorbedingungen für wieder zunehmende Investitionen etwas gebessert haben. Freilich sind die **Unternehmenserträge** im längerfristigen Vergleich immer noch recht niedrig. Dies, aber auch die große **Unsicherheit über die wirtschaftliche und politische Entwicklung**, hat mit dazu beigetragen, daß bisher die Verbesserung der Ertrags- und Finanzierungsverhältnisse der Unternehmen weder zu einer Zunahme der Anlageinvestitionen führte, noch deren weiteren Rückgang ganz aufhalten konnte.

Für **Investitionen in Ausrüstungen und Bauten** haben die Unternehmen im ersten Halbjahr 1982 rd. 83 1/2 Mrd. DM aufgewendet. Gegenüber der gleichen Vorjahreszeit sind ihre Anlageinvestitionen wertmäßig um rd. 1 1/2% und dem Volumen nach um 5 1/2% gesunken. Nur etwa 11% des gesamten **nominalen Bruttosozialprodukts** sind damit für die Erhaltung, Erneuerung und Erweiterung des Anlagenbestandes der Unternehmen verwendet worden, verglichen mit jeweils 11 1/2% in der gleichen Zeit der beiden Vorjahre, aber durchschnittlich 13 1/2% in der ersten Hälfte der Jahre 1970 bis 1973. Konjunkturbedingt – aber auch durch längerfristig wirksame Faktoren beeinflusst – setzte sich also die Tendenz fort, den **Anteil des Sozialprodukts**, der der Reinvestition sowie dem Ausbau und der Verbesserung des Sachanlagenbestandes im produzierenden Teil der Volkswirtschaft dient, zu verringern. Inzwischen beläuft sich allein der **Ersatzbedarf für verbrauchte Anlagen** – gemessen an den vom Statistischen Bundesamt berechneten Abschreibungen – auf mehr als 80% der gesamten von Unternehmen getätigten Anlageinvestitionen; anders ausgedrückt: **nur noch 1 1/2% des Bruttosozialprodukts wurden für Nettoinvestitionen**, also für die Erweiterung der Produktionsanlagen, der Unternehmen im engeren Sinn verwendet gegenüber noch rd. 5 1/2% in der ersten Hälfte der Jahre 1970/73.

Die **Ertragsverhältnisse der Unternehmen** haben sich im ersten Halbjahr 1982 – bei sicherlich großen Unterschieden im einzelnen – verbessert. Nach ersten, noch vorläufigen Berechnungen dürfte das **Bruttoeinkommen der Unternehmen** (abzüglich der Geldvermögenseinkommen des Staates und der privaten Haushalte) in dieser Zeit saisonbereinigt um rd. 6% zugenommen haben. Das Niveau der gleichen Vorjahreszeit, das freilich einen Tiefpunkt der Ertragslage markierte, übertraf es damit um 8%, während das gesamte Volkseinkommen in der gleichen Zeit um 4% zugenommen hat. **Mit diesem Anstieg der Unternehmenserträge sind allerdings die vorangegangenen starken Ertragsseinbußen nicht annähernd wieder wettgemacht. Vielmehr bewegen sich die Unternehmenserträge – im ganzen gesehen –**

weiterhin auf einem ausgesprochen niedrigen Niveau. Bezogen auf das Volkseinkommen entsprach das Unternehmenseinkommen in dem hier definierten engeren Sinn im ersten Halbjahr 1982 nur 19 1/2%. Sein Anteil lag damit zwar etwas (um einen halben Prozentpunkt) über dem sehr niedrigen Stand vom Vorjahr; die durchschnittlichen Werte der Jahre vor dem Gewinneinbruch (1978/79: 23%) wurden aber bei weitem nicht erreicht.

Diese Beobachtungen (über die Geldvermögensbildung) widerlegen die verschiedentlich geäußerte Vermutung, die deutschen Unternehmen seien am Erwerb von Finanzvermögen weit mehr interessiert als an Sachinvestitionen im eigenen Betrieb. Der verlangsamte Aufbau sowohl von Geldvermögen als auch von Schulden spricht dafür, daß sich die finanziellen Strukturen im Unternehmenssektor gefestigt haben. Zusammen mit der erwähnten Ertragsverbesserung sind damit günstigere Voraussetzungen für Investitionen geschaffen; wirtschaftspolitisch wurde dies durch die im Frühjahr 1982 beschlossene Investitionszulage unterstützt. Eine nachhaltige Besserung des Investitionsklimas setzt freilich voraus, daß sich der in Gang befindliche Prozeß einer Konsolidierung der Ertrags- und Finanzierungsverhältnisse fortsetzt, wozu auch die in den finanzpolitischen Planungen für 1983 vorgesehenen Maßnahmen einen Beitrag leisten dürften.“

Geschäftserwartungen verschlechtert

Präsident Braun fordert Entlastung und Stärkung der Unternehmen

Gegenüber dem ersten Halbjahr 1982 haben sich die Geschäftserwartungen in der mittelfränkischen Wirtschaft verschlechtert, berichtete beim 44. Nürnberger Kammergespräch mit dem Präsidenten des Deutschen Bundestages, **Richard Stücklen**, Präsident **Walter Braun**. Die Wirtschaftslage biete im Kammerbezirk kein freundlicheres Bild, als es die Konjunkturforscher gegenwärtig zeichnen. Schwache Auslastung und geringe Auftragspolster verschärfen die Beschäftigungs- und Ertragsprobleme zusehends.

Mit Rücksicht auf die Existenz der Betriebe wäre es jetzt der ungeeignetste Termin, die Unternehmen noch mehr zur Kasse zu bitten, in einer Zeit, in der auch größere Firmen einschneidende Maßnahmen ergreifen müßten, betonte Braun und warnte vor einer Erhöhung der Gewerbesteuer in Nürnberg. Entlassungen und Stilllegungen häuften sich quer durch die Branchen. Er forderte stattdessen Entlastung der Unternehmen und Stärkung, insbesondere die weitere Ausdehnung des Verlustrücktrages und die steuerliche Begünstigung nicht entnommener Gewinne, steuerliche Anreize für die Bildung von Investivvermögen in Arbeitnehmerhand und die Streichung der „Hinzurechnungsvorschriften“ für Dauerschulden und Dauerschuldzinsen bei der Gewerbesteuer.

Am stärksten steht nach Braun in Mittelfranken die Bauwirtschaft auf der Schattenseite, und im Einzelhandel bleiben bereits im zweiten Jahr die Umsätze real hinter dem Vorjahr zurück. Eine rasche Besserung ist auch hier nicht in Sicht.

Nachlassende Exportdynamik

Nachdem dank einer Exportsteigerung um elf Prozent im bisherigen Jahresverlauf die Industriumsätze „eine gewisse Widerstandskraft“ zeigten und mit durchschnittlich plus sieben Prozent sogar eine geringe reale Zunahme andeuteten, würden ein Nachlassen der Exportdynamik und das unruhige weltwirtschaftliche Klima weitere Prüfungen

bringen, sagte Braun. Der Exportanteil der mittelfränkischen Industrie sei bereits auf 38 Prozent angestiegen und habe damit einen neuen Spitzenwert erreicht.

Mit großer Sorge beobachtet die Kammer deshalb den weltweit anwachsenden Protektionismus durch gezielte Behinderung des Handels. Sie sieht darin eine neue große Gefahr für die Weltwirtschaft nach Erfolgen im Kampf gegen die Inflation. Braun erinnerte daran, daß die Steigerung des Wohlstandes nach dem Zweiten Weltkrieg durch eine immer mehr verbesserte Zusammenarbeit mit der wirtschaftlichen Produktion für größere Märkte erreicht worden sei. Der Rückschritt wäre unvermeidlich, wenn diese Zusammenarbeit zerstört würde.

Wahl der Vollversammlung Nürnberg

Bei der Wahl der Vollversammlung 1982 der Industrie- und Handelskammer Nürnberg für die Wahlperiode 1983/86 sind in der Wahlgruppe 9: Groß- und Außenhandel folgende Mitglieder, bzw. Ersatzmitglieder gewählt worden:

1. Mitglieder:

Braun, Walter, Konsul Senator
Amschler, Bernhard, Dipl.-Kfm.
Streng, Dieter, Dipl.-Kfm.
Ringel, Dr., Walter, Dipl.-Kfm.
Mang, Ferdinand, Dipl.-Kfm.
Dedi, Hans
Pfeufer, Friedrich
Rauh, Alfred
Scheuerle, Thomas
Graser, Karl W.

2. Ersatzmitglieder:

Maser, Gottlob H.
Müller, Karl-Friedrich
Held, Dr., Dieter
Auge, Martin
Schmid, Peter

Die 50 Größten im Handel

Rangreihe der umsatzstärksten Unternehmen mit Lebensmittel- und Nonfood-Sortiment*

1 Aldi, Essen und Mülheim	12,00 Mrd**	26 BLV, München	1,10 Mrd
2 Metro, Düsseldorf	10,00 Mrd**	27 Rofio, Münster	1,08 Mrd
3 Karstadt, Essen	9,93 Mrd	28 AVA, Bielefeld	1,07 Mrd
4 co op AG, Frankfurt	8,45 Mrd	29 Edeka Hessenring, Melsungen	1,05 Mrd
5 Tengelmann, Mülheim	7,72 Mrd	30 Koch & Sohn, Langenfeld	1,02 Mrd
6 Kaufhof, Köln	7,50 Mrd	31 co op Schleswig-Holstein, Kiel	1,01 Mrd
7 RHM Leibbrand, Bad Homburg	6,95 Mrd	32 Norma, Nürnberg	980 Mio**
8 Hertie, Frankfurt	6,20 Mrd	33 Globus-Handelshof, St. Wendel	878 Mio
9 Schaper, Hannover	3,87 Mrd	34 Pfannkuch, Karlsruhe	800 Mio**
10 Horten, Düsseldorf	2,87 Mrd	35 Schlecker, Echingen	760 Mio**
11 Altkauf, Mönchengladbach	2,72 Mrd	36 Kaiser + Kellermann, Kichhundem	749 Mio
12 Quelle (stationär), Fürth	2,67 Mrd	37 Edeka Hamburg, Pinneberg	735 Mio
13 Massa, Aizew	2,60 Mrd	38 Edeka Duisburg, Moers	706 Mio
14 Deutsche SB-Kauf, Bochum	2,18 Mrd	39 Schmidt & Breug, Sobernheim	695 Mio
15 Wertkauf, Karlsruhe	2,10 Mrd**	40 Bremke & Hoerster, Arnsberg	655 Mio
16 Deutscher Supermarkt, Düsseldorf	1,93 Mrd	41 Kathreiner, Peing	655 Mio
17 Asko, Saarbrücken	1,70 Mrd	42 Edeka Würzburg-Nürnberg, Rottendorf	651 Mio
18 Werhahn-Gruppe, Neuss	1,60 Mrd**	43 Rewe Hungen, Hungen	635 Mio
19 Hurler, München	1,55 Mrd	44 Gottlieb, Freiburg	610 Mio**
20 co op Dortmund, Dortmund	1,52 Mrd	45 Stüssgen, Köln	609 Mio
21 Lidl & Schwarz, Neckarsulm	1,50 Mrd	46 Edeka Wuppertal, Wuppertal	605 Mio
22 Nanz-Gruppe, Stuttgart	1,30 Mrd	47 Pfeiffer & Schmidt, Schenefeld	590 Mio
23 Edeka Minden-Hannover, Minden	1,24 Mrd	48 Kriegbaum, Böblingen	550 Mio**
24 Rewe Dortmund, Dortmund	1,15 Mrd	49 Edeka Neckar-Bodensee, Böblingen	546 Mio
25 Störzbach-HUS-Gruppe, Elthofen	1,10 Mrd	50 Bartels-Langness, Kiel	530 Mio

* Auf der Basis der 1981er Umsätze, ohne Kooperationszentralen wie z.B. EDEKA, REWE, SPAR, H&M
 ** GWI-Schätzung

Quelle: GWI-INSTITUT MÜNCHEN, „Die Deutsche Handelskarte 1983“

Finanzielle Leistungen der Arbeitsämter an Arbeitgeber zur Unterstützung der Vermittlung von Arbeitssuchenden und Arbeitslosen sowie zur Verhütung von Arbeitslosigkeit.

Das Landesarbeitsamt Hessen hat eine Übersicht über die finanziellen Leistungen der Arbeitsämter an Arbeitgeber für Vermittlung von Arbeitssuchenden und zur Verhütung von Arbeitslosigkeit herausgegeben. Wir drucken nachfolgend diese Zusammenstellung ab.

Stand: 1.10.1982

Bezeichnung	Voraussetzungen	Umfang	Dauer/Laufzeit	Bemerkungen
1. Einarbeitungszuschuß § 49 AFG i.V.m. § 19 AfuÜ	Für Arbeitnehmer, die arbeitslos oder von Arbeitslosigkeit unmittelbar bedroht sind und eine volle Leistung am Arbeitsplatz erst nach einer Einarbeitungszeit erreichen können. Bei der Einarbeitung muß es sich um eine, die übliche Einweisung übersteigende Maßnahme handeln. Es müssen qualifizierende Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt werden (Einarbeitungsplan). Der Arbeitnehmer muß mindestens 6 Monate beruflich tätig gewesen sein.	Die Höhe richtet sich nach dem Unterschied zwischen der Minderleistung des einzuarbeitenden Arbeitnehmers und der angestrebten vollen Leistung; er darf für die gesamte Zeit 80 % des tariflichen bzw. ortsüblichen Arbeitsentgeltes nicht übersteigen.	Bis zu 1 Jahr	Wegen begrenzter Haushaltsmittel im Jahr 1982 nur eingeschränkt möglich. Von Arbeitslosigkeit unmittelbar bedroht ist ein Arbeitnehmer insbesondere dann, wenn eine Kündigung bereits ausgesprochen oder die Eröffnung des Konkursverfahrens über das Vermögen des Arbeitgebers beantragt ist.
2. Eingliederungsbeihilfe § 54 AFG i.V.m. § 31 ff. FdA-Anordnung in der Fassung vom 7.5.1981	<p>a) Für Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit unmittelbar bedrohte Arbeitnehmer, deren Unterbringung unter den üblichen Bedingungen des Arbeitsmarktes erschwert ist, bei Eingliederung in ein Dauerarbeitsverhältnis.</p> <p>b) Für arbeitslosen Arbeitssuchenden bei Einstellung in ein Dauerarbeitsverhältnis, wenn dieser</p> <ul style="list-style-type: none"> – 55 Jahre und älter oder 1 Jahr ununterbrochen arbeitslos ist, oder – Aussiedler ist und sich noch nicht länger als 5 Jahre im Bundesgebiet aufhält oder – in seiner Erwerbsfähigkeit nicht nur vorübergehend um wenigstens 80 v. H. gemindert ist. <p>c) Für Arbeitssuchende, deren Arbeitsverhältnis wegen drohender Betriebsstillegung gefährdet ist und die ohne Übernahme von langfristiger Arbeitslosigkeit betroffen wären.</p>	<p>a) Bis zu 50% des tariflich bzw. ortsüblichen Entgeltes</p> <p>b) Bis zu 70% des tariflichen bzw. ortsüblichen Entgeltes</p> <p>c) Bis zu 50% des tariflichen bzw. ortsüblichen Entgeltes;</p>	<p>a) Bis zu 1 Jahr</p> <p>b) Bis zu 1 Jahr</p> <p>c) Bis zu 1 Jahr</p>	<p>Nach spätestens 6 Monaten ist die Eingliederungsbeihilfe um mindestens 10 v. H. zu kürzen.</p> <p>Wegen begrenzter Haushaltsmittel im Jahr 1982 nur eingeschränkt möglich.</p> <p>Förderung nur in Ausnahmefällen; Bankbürgschaft oder ähnliches erforderlich.</p>
3. Arbeitserprobung § 53 Abs. 1 AFG i.V.m. § 24 FdA-Anordnung in der Fassung vom 7.5.1981	Für arbeitslose Arbeitssuchende, die besonders schwer vermittelbar sind, zur Feststellung oder Erprobung einer beruflichen Eignung, ggf. auch für Berufsausbildung	Die im Betrieb entstehenden notwendigen Aufwendungen (Personal-, Material- und Sachkosten sowie Versicherungsleistungen).	2 Wochen in Einzelfällen bis zu 4 Wochen	Nur auf Initiative des Arbeitsamtes
4. Probebeschäftigung § 53 Abs. 1 AFG i.V.m. § 25 FdA-Anordnung in der Fassung vom 7.5.1981	Für arbeitslose Arbeitssuchende, die 1 Jahr und länger arbeitslos sind, wenn Arbeitgeber die Einstellung aus Gründen der mangelnden Eignung mehrfach abgelehnt haben.	Alle mit dem Arbeitsverhältnis zusammenhängenden Kosten in voller Höhe.	4 Wochen, in Ausnahmefällen bis zu 13 Wochen oder 3 Monate. Es darf jedoch keinesfalls die Dauer der tarifl. bzw. betriebsüblichen Probezeit überschritten werden.	Nur auf Initiative des Arbeitsamtes
5. Lohnkostenzuschuß nach § 97 ff AFG	Für arbeitslose ältere Arbeitnehmer, die in den letzten 18 Monaten mindestens 12 Monate beim AA arbeitslos gemeldet waren – öffentliche Arbeitgeber sind ausgeschlossen – und zusätzlich eingestellt und beschäftigt werden, nur soweit dies nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes zweckmäßig erscheint, um die Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer zu beheben. Als älterer Arbeitnehmer gilt, wer mindestens das 55. Lebensjahr vollendet hat.	In der Regel 50% des tarifl. bzw. ortsüblichen Entgeltes, in Ausnahmefällen bis zu 70%	Nicht begrenzt, Zuschüsse, die höher als 30% sind, werden nach Ablauf von einem Jahr jährlich um 10% herabgesetzt und enden spätestens mit Ablauf des Jahres, in dem die Förderhöhe 30 v. H. betragen hat.	Wird nur gewährt, wenn das arbeitsmarktpolitische Interesse an der Beschäftigung des Arbeitnehmers größer ist, als das Interesse des Arbeitgebers an der Einstellung. Der Antrag darf nicht im Zusammenhang mit Entlassungen von Arbeitnehmern stehen. Wegen fehlender Haushaltsmittel 1982 voraussichtlich nicht mehr möglich!

Bezeichnung	Voraussetzungen	Umfang	Dauer/Laufzeit	Bemerkungen
6. Ausbildungszuschuß für Behinderte §§ 56, 60 AFG i.V.m. § 53 A Reha.	Für Behinderte zur betrieblichen Ausbildung oder Umschulung in einem Ausbildungsberuf, wenn diese Ausbildung oder Umschulung aus Gründen der Behinderung sonst nicht zu erreichen ist und dem Arbeitgeber ein Mehraufwand entsteht.	Bis zur Höhe der im letzten Ausbildungsjahr zu zahlenden Vergütung	Während der Ausbildung/ Umschulung	Wird auch von Renten- (z.B. Umschulung) und Unfallversicherungsträgern (Ausbildung und Umschulung) gewährt.
7. Eingliederungshilfe für Behinderte § 56 AFG i.V.m. § 54 A Reha.	Für Behinderte, denen vom Arbeitgeber die zum Erreichen der vollen Leistungsfähigkeit notwendigen Kenntnisse an einem Arbeitsplatz vermittelt werden oder ein seinem Leistungsvermögen angemessenen Arbeitsplatz angeboten wird.	Zuschuß bis 80% des tariflichen oder ortsüblichen Arbeitsentgelts, das zu Beginn des Arbeitsverhältnisses erzielt wird. Zuschuß soll in der Regel 50% und darf 70% des tariflichen oder ortsüblichen Arbeitsentgelts, das zu Beginn des Arbeitsverhältnisses erzielt wird, nicht übersteigen.	Bis zu 1 Jahr Bis zu 12 Monaten, spätestens nach Ablauf von 6 Monaten Verminderung des Zuschusses um mindestens 10%.	Wird je nach Zuständigkeit auch von den Trägern der Renten- und Unfallversicherungs- und Hauptfürsorgestellen gewährt.
8. Arbeitshilfen im Betrieb § 56 AFG i.V.m. § 55 A Reha.	Für eine behinderungsgerechte Ausstattung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen mit den erforderlichen techn. Arbeitshilfen	Zuschuß bis zu 100% der Gesamtaufwendungen		Wird je nach Zuständigkeit auch von Trägern der Renten-, Unfallversicherung und Hauptfürsorgestellen gewährt.
9. Probebeschäftigung § 56 AFG i.V.m. § 55a A Reha.	Verbesserung der Möglichkeiten einer vollständigen und dauerhaften beruflichen Eingliederung des Behinderten oder wenn nur so eine vollständige dauerhafte berufliche Eingliederung zu erreichen ist.	Zuschuß (Lohn- und Gehaltskosten einschl. Arbeitgeberanteile) bis zur Höhe v. 100%	Soll in der Regel 3 Mon. nicht übersteigen.	Wird je nach Zuständigkeit auch von Renten- und Unfallversicherungsträgern und Hauptfürsorgestellen gewährt.
10. Förderbeträge nach dem 4. Sonderprogramm für Schwerbehinderte	1) Bei arbeitslos gemeldeten Schwerbehinderten unter folgenden Voraussetzungen: Notwendigkeit einer besonderen Hilfskraft oder außergewöhnliche Aufwendungen oder Vollendung des 55. Lebensjahres oder wesentliche Einschränkung der Leistungsfähigkeit oder mindestens 6 Monate Arbeitslosigkeit und fehlende abgeschlossene Berufsausbildung oder mindestens 12 Monate Arbeitslosigkeit. 2) Bei gemeldeten Schwerbehinderten bei beruflicher Erstausbildung oder im Anschluß an eine abgeschlossene Berufsausbildung oder nach Beendigung der allgemeinen Schulpflicht, wenn wegen der Behinderung keine Berufsausbildung möglich ist oder im Anschluß an eine Beschäftigung in einer Werkstatt für Schwerbehinderte.	In der Regel 50 v. H. des zum Zeitpunkt der Einstellung maßgebenden tariflichen Arbeitsentgelts auf eine Dauer von 2 Jahren, höchstens 3 Jahren. Eine Erhöhung auf 70 v. H. erfolgt beim Zusammentreffen mehrerer Merkmale oder hoher Arbeitslosigkeit. Im 2. und 3. Jahr Kürzung um je 15 v. H. Bei Einstellung zur Ausbildung wird die Förderleistung als Zuschuß zur Ausbildung gewährt.	voraussichtlich bis 30. 11. 83	Für Arbeitgeber, die ihre Beschäftigungspflicht nach dem Schwerbehindertengesetz erfüllt haben und zusätzlich Schwerbehinderte einstellen sowie für Arbeitgeber, die nicht beschäftigungspflichtig sind und dennoch Schwerbehinderte einstellen und für Arbeitgeber, die im Rahmen der Erfüllung der Beschäftigungspflicht Schwerbehinderte zur beruflichen Erstausbildung einstellen. Wird der Schwerbehinderte nach Ablauf der Förderzeit mindestens 1 Jahr weiterbeschäftigt, verbleibt der Zuschuß dem Arbeitgeber in voller Höhe. Bei Ausscheiden während der Förderzeit ist der im letzten Jahr vor dem Ausscheiden gewährte Zuschuß zurückzuzahlen. Bei Ausscheiden während der Weiterbeschäftigungszeit ist für jeden Monat, der zum vollen Jahr fehlt, ein Betrag in Höhe des im letzten Monat der Förderzeit gezahlten Zuschusses zurückzuzahlen.

Bayerische Unternehmertage 1983

Die Bayerischen Unternehmertage am 26. und 27. Januar 1983 stehen unter dem Generalthema:

**„Aussteigen? Nein!
Die Zukunft geht uns alle an.“**

Nach der Eröffnung durch Herrn **Dr. Wrede**, dem Präsidenten der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern wird Herr **Otto Esser**, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zu diesem Thema sprechen.

Am Donnerstag, den 27. Januar 1983, wird nach einer Zusammenfassung durch den VAB-Präsidenten der Bayerische

Ministerpräsident, **Dr. h.c. Strauß** zum Thema „Die 80er Jahre – Herausforderung und Antwort“ sprechen.

Am Vormittag des gleichen Tages werden parallel drei Arbeitskreise tagen:

Im Arbeitskreis 1

wird unter dem Thema:

„Vernichten oder verzichten?“

Beschäftigungspolitik unter schweren Bedingungen

nach einem Kurzreferat von Herrn Präsident Dr. h.c. Stingl eine Podiumsdiskussion zwischen ihm, Herrn Dr. Himmelreich, stv. Hauptgeschäftsführer der BDA,

und Herrn Schmidt (Kempten), MdB, unter der Moderation von Herrn Dr. Haushofer, Vizepräsident unserer Vereinigung, stattfinden.

Im Arbeitskreis 2

ist unter dem Thema:

„Kompaß 83“

Tarifpolitik in den mageren Jahren

nach einem Kurzreferat von Herrn Dipl. oec. publ. Feller, Leiter des Programmbereichs Bayern Information im Bayerischen Fernsehen, eine Podiumsdiskussion zwischen ihm, Herrn Senator e.h. Brochier, Präsident des Bayerischen Bauindustrieverbandes, sowie dem Linksunterzeichner unter der Moderation unseres Vorstandsmitgliedes Herrn Dr. Strobel, vorgesehen.

Der Arbeitskreis 3

behandelt unter dem Thema:

„Aussteigen?“

Macht unsere Gesellschaft keinen Spaß mehr?

nach einem Kurzreferat von Herrn Herrmann, Chefredakteur „CAPITAL“, Köln, in der anschließenden Podiumsdiskussion mit Herrn Professor Dr. Graf von Krockow sowie Herrn Professor Dr. Rohrmoser unter der Moderation von Herrn Dr. Sarfert, Vorstandsmitglied der Bayerischen Motorenwerke, die Frage aus gesellschaftspolitischer Sicht.

Einladungen können über den Landesverband angefordert werden.

Präsident Hartwig neuer Gemeinschaftsausschuß-Vorsitzender

Konsul **Hans Hartwig**, Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), wurde zum neuen Vorsitzenden des Gemeinschaftsausschusses der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft für die Jahre 1983 und 1984 gewählt. Er tritt damit die Nachfolge von Professor Dr. Rolf Rodenstock, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, der zum stellvertretenden Gemeinschaftsausschußvorsitzenden berufen wurde, an.

Der Gemeinschaftsausschuß ist das überverbandliche Aussprachegremium der 15 Spitzenverbände der unternehmerischen Wirtschaft.

Berufsausbildung und -förderung

Nürnberger „Haus des Handels“ im neuen Gewande

Am 5. November konnte die Nürnberger Fortbildungsstätte unseres Landesverbandes mit ihren erneuert modernisierten Räumen der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Nach der Begrüßung durch den Bezirksvorsitzenden des Landesverbandes des Bayerischen Einzelhandels und Vorsitzenden des Verwaltungsrates des Bildungszentrums, Herrn **Geyer**, und einer Ansprache von Erwin O. **Maier**, dem Vorsitzenden des Vorstands des Bildungszentrums, hielt Konsul Senator **Walter Braun** eine Ansprache im Namen der drei Handelsverbände, die wir Ihnen hier in ge-



kürzter Fassung wiedergeben. Wie Braun ausführte, bedeuteten die letzten zwei Jahrzehnte für alle Handelsstufen eine Epoche, in der tiefgreifende Wandlungen in einer Schnelligkeit um sich gegriffen hätten, wie man sie früher nicht gekannt habe. Dies betreffe die Ausweitung des Warenangebots, den zusätzlichen Arbeitsaufwand und die Kapitalbindung, andererseits aber auch die kontinuierlich ansteigenden Ansprüche der Kunden. Ein besonderes Problem sei im Handel, der personalintensiv arbeite, der beinahe explosive Anstieg der Personalkosten. Anders als in der Industrie sei aber der Handel nicht ohne weiteres in der Lage, durch die Vermehrung von Kapitaleinsatz die persönliche Arbeitsleistung auszugleichen, da der Handel vom Service seinen Kunden gegenüber lebe. Serviceleistung heiße in diesem Fall durchaus nicht mehr nur das Zufriedenstellen des Kunden, sondern die Erschließung und Aufbereitung von neuen Märkten.

Unter den genannten Aspekten komme der Schulung und Entwicklung des Berufsnachwuchses erhebliche Bedeutung zu. Dies gelte gleichermaßen auch für Unternehmer und Führungskräfte, die auf eine Bildungseinrichtung wie das Bildungszentrum des Handels, angewiesen seien, um der Aufgabe im Handel auch weiterhin gerecht werden zu können und sich über Leistung im Markt zu behaupten.

Die Möglichkeit zu betriebsinternen Schulungen sei aufgrund der Größenkategorien kleinen und mittleren Betrieben von Haus aus verwehrt. Folgerichtig biete sich in diesem Fall eine überbetriebliche Bildungseinrichtung als Hilfe für die Firmen an. Damit werde dem kleinen und mittelständischen Handelsbetrieb auch im Vergleich zu den Großbetrieben etwas Gleichwertiges angeboten. Besonders wichtig hierbei sei, daß das Angebot nicht nur auf die Ballungsgebiete konzentriert werde, sondern flächendeckend für ganz Bayern angeboten werde. Auch dies sei ein Beitrag zu einer gesunden Mittelstandspolitik. Die gesunde Basis unserer Wirtschaft sei ja bisher auf das ausgewogene Nebeneinander von Klein-, Mittel- und Großbetrieben zurückzuführen gewesen. Und dies solle auch so bleiben. Sichere Arbeitsplätze in Klein- und Mittelbetrieben seien aber keine Zufallsergebnisse, sondern basierten auf der Voraussetzung, daß es sich um leistungsfähige Betriebe handle, die ihre volkswirtschaftliche Aufgabe voll erfüllten.

Wie Präsident Braun am Beispiel der Weiterbildung zum „Handelsfachwirt“ betonte, zeige sich hier zweierlei:

1. die bedarfs- und praxisgerechte Fortbildung bedürfe der Initiative aus den Betrieben und Branchen selbst und
2. müsse vermieden werden, aus der Vielseitigkeit des Bildungswesens in der Wirtschaft ein Konkurrenzverhältnis abzuleiten. Vielmehr sollten Gesamtkonzeptionen geschaffen werden, die sich gegenseitig ergänzten und bereichern.

Der Name „Haus des Handels“ bezeichne die gemeinsame Heimstatt von LGA, LBE und CDH und sei Treffpunkt für den Handel, von dem viele Aktivitäten im Wirtschaftsraum Mittelfranken ausgegangen seien und weiterhin ausgehen würden.

LGA-Stenogramm November 1982

2./3.11.

Rationalisierungskongreß der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften in München

4.11.

Vertretung des Spielwaren-Großhandels auf der Branchen-Presskonferenz in Nürnberg

5.11.

Sitzung des Vorstandes des Bildungszentrums des bayerischen Handels in Nürnberg in Verbindung mit einer Pressekonferenz auf der Präsident Braun die Handelspositionen erläuterte.

9.11.

Fortsetzung der Grundsatzuntersuchung zur Anwendung von Bildschirmtext im Großhandel

11.11.

Sitzung Bürgschaftsausschuß der Kreditgarantiegemeinschaft

11./12.11.

Verbandstag Spielwaren- Goslar

13.11.

75. Geburtstag unseres Vorstandsmitgliedes Otto Taffel

15./16.11.

Giftkurs FZ Farben + Lacke, München

18.11.

Sitzung FZ Technische Chemikalien, München

19.11.

Arbeitssitzung in Stuttgart zum Thema Betriebsberatung

20.11.

Einweihung eines Neubau-Großprojektes unseres Vorstandsmitgliedes Dr. Gauer, Kitzingen

23.11.

Gemeinsame Sitzung der Präsidien unseres Verbandes und des Schwesternverbandes in Baden-Württemberg sowie der Geschäftsführungen beider Verbände in Neu-Ulm

Berufsbildungsausschuß BGA, Bonn

24.11.

Geschäftsführerkonferenz der VAB, München

25.11.

Vorstandssitzung des Bundesverbandes Kunstgewerbe und Geschenkartikel in München mit der Beschlußfassung über eine Organisationsgemeinschaft mit dem LGA

26.11.

100-jähr. Firmenjubiläum unserer Mitgliedsfirma Hasso Pollozek GmbH & Co., Pfarrkirchen

30.11.

Gedankenaustausch mit der Industrie über gemeinsame Positionen in der bevorstehenden Tarifrunde
Erfra-Gruppe, Regensburg

Qualitätsschulung hat Vorrang

Hoher Ausbildungsstand in Mittelfranken

In Zukunft werden die deutschen Unternehmen **ihre Mitarbeiter stärker als bisher in „Qualitätswissenschaft“ schulen müssen**. Bei der Überreichung von Prüfungsurkunden an Bilanzbuchhalter, Handelsfachwirte, Personalfachkaufleute, Wirtschaftsassistenten, fremdsprachliche Wirtschaftskorrespondenten und Pharmareferenten wies Präsident **Walter Braun** darauf hin, daß vor allem japanische Firmen ihre Mitarbeiter seit einiger Zeit intensiv in Produktqualität ausbilden, während sich diese Schulung bei den deutschen Unternehmen in der Regel auf einige wenige „Angehörige spezialisierter Qualitätsabteilungen“ beschränkt. Die IHK Nürnberg will als eine exportintensive Kammer, deren Unternehmen auf allen Märkten der Welt mit der internationalen Konkurrenz und vor allem mit der „japanischen Qualitätsrevolution“ konfrontiert werden, der Qualitätsschulung besonderes Augenmerk schenken.

Die Grundlage aller Qualitätsschulung, nämlich die qualifizierte Ausbildung des beruflichen Nachwuchses, ist auch im Jahre 1982 für die mittelfränkische Wirtschaft ein hohes Anliegen. Voraussichtlich konnten alle Ausbildungssuchende in einem der 177 bei den mittelfränkischen Firmen angebotenen Ausbildungsberufe untergebracht werden, teilte Braun mit.

Hilfe bei Stellensuche

Auszubildende können kostenlos inserieren

Als eigenen Beitrag zu einem rascheren Ausgleich von Angebot und Nachfrage am Ausbildungsstellenmarkt bietet die IHK Nürnberg im Dezember einen kostenlosen Service in der „Mittelfränkischen Wirtschaft“ an: Ausbildungsplatzbewerber erhalten die Möglichkeit, ein Stellengesuch kostenlos in der Kammerzeitschrift zu veröffentlichen.

Die Kammer hat die Arbeitsämter inzwischen gebeten, die bei ihnen registrierten Jugendlichen von dieser Möglichkeit zu unterrichten. Zugleich hat die IHK Nürnberg an die mittelfränkischen Betriebe appelliert, die Inserate sorgfältig zu prüfen und sich mit den Jugendlichen direkt in Verbindung zu setzen.

Braun überreicht Ehrenringe

Bei der Überreichung von Ehrenurkunden der Bayerischen Staatsregierung an zehn bewährte Ausbilder aus der mittelfränkischen Wirtschaft und der Verleihung des Goldenen Ehrenrings der IHK Nürnberg an 49 ehrenamtliche Prüfer erklärte **Braun**, mit dieser „Nachfaßaktion“ sollte auch jenen Schulabgängern, die noch keine Ausbildungsstelle gefunden hätten, durch die Kammer geholfen werden.

Falsche Adresse

Der Präsident wandte sich in diesem Zusammenhang gegen die Behauptung, die Kammern würden „praxisfremde Ausbildungsgänge“ und „veraltete Prüfungsanforderungen“ anwenden. „Diese Kritik kann sich nicht gegen die Kammern richten, denn die geltenden Ausbildungs- und Prüfungsvorschriften, nach denen sich auch die Kammern und ihre Prüfungsausschüsse richten müssen, sind in den Ausbildungsverordnungen niedergelegt“, sagte **Braun**.

Ein Nachholbedarf

Die Ausbildungsordnungen würden nach Vorberatung in paritätisch mit Vertretern der Sozialpartner besetzten Fachausschüssen des Berliner Bundesinstituts für Berufs-

bildung durch Rechtsverordnung der zuständigen Bundesminister erlassen. Bisher seien, seit 1969 das Berufsbildungsgesetz in Kraft trat, erst für 141 von insgesamt 446 Ausbildungsberufen moderne Ausbildungsregelungen erlassen worden. In den übrigen 305 Berufen zwingt das Berufsbildungsgesetz die Betriebe und die Kammern, nach Ausbildungsvorschriften auszubilden und nach Prüfungsanforderungen zu prüfen, die zum Teil aus den vierziger Jahren stammen. Es habe deshalb keinen Sinn, den „Schwarzen Peter“ bei den Kammern zu suchen.

Im übrigen kann die Kammer am Ausbildungsstellenmarkt von Januar bis September eine positive Zwischenbilanz ziehen. Bis Ende des Monats September hatten die der IHK Nürnberg zugehörigen Ausbildungsbetriebe bereits 8.166 Auszubildende aufgenommen, gegenüber 7.965 in der Vergleichszeit des Vorjahres. Das entspricht einer Steigerung um 2,5 Prozent.

Verkehr

Internationaler Postgebührenvergleich

Die beträchtliche Erhöhung der Postgebühren zum 1. Juli 1982 hat eine lebhafte Diskussion über die Preispolitik der Deutschen Bundespost ausgelöst. Vielfach wurde der Verdacht geäußert, daß die DBP eine der teuersten Postverwaltungen der Welt sei. Ein soeben erstellter neuer Vergleich der Post- und Fernmeldegebühren von 16 Ländern bestätigt diesen Verdacht bezüglich des Briefportos durchaus, lediglich die irische Post ist teurer als die DBP; bei den Fernmeldegebühren nimmt die deutsche Post einen mittleren Rang ein, allerdings ist sie immerhin noch doppelt so teuer wie die schwedische Post.

- Die neuen internationalen Vergleichstabellen
– für den Standardbrief nach dem Stand Juli 1982 und

Gewerbliche Räume, 310 m²,

abgeschlossener Bereich, in München 2, Poccistr. 3, in unmittelbarer Nähe der U-Bahn Lindwurm-/Poccistraße, Baujahr 72, für zwei Jahre und länger zu vermieten.

Bezugsmöglichkeit: sofort.

Netto-Miete: DM 14,—/m²

Vorauspauschale für Heizung: DM 1,40/m²

Vorauspauschale für Betriebskosten: DM 1,—/m² zuzügl. gesetzl. MW-Steuer.

Ein Personen- und Lastenaufzug sind vorhanden.

OHNE VERMITTLUNGSPROVISION!

SEP GESELLSCHAFT FÜR TECHNISCHE STUDIEN,
ENTWICKLUNG, PLANUNG mbH, Poccistr. 3,
8000 München 2

Bearbeiter: Herr Fink, Telefon (089) 1921 77

- für die Inanspruchnahme eines Telefonanschlusses (zu einem möglichst repräsentativen Gebührenbündel) nach dem Stand vom Januar 1982:

Beim vorliegenden Fernsprechgebührenvergleich besteht das Gebührenbündel nach Auskunft der Bundespost aus folgenden Elementen:

- ein Zehntel der Anschließgebühren (die Nutzung eines Fernsprechhauptanschlusses erstreckt sich meist über mehrere Jahre)
- Grundgebühr für ein Jahr
- 500 Ortsgespräche je 4 Minuten
- 250 Ferngespräche je 3 Minuten, tagsüber Entfernung bis 100 km.

Internationaler Fernsprechgebührenvergleich (Gebührenbündel)

Gebührenstand: Januar 1982

Land	Gebühr in nationaler Währung	Gebühr in DM errechnet über den Devisenkurs	Rangfolge	Gebühr umgerechnet in Arbeitszeitaufwand Stunden	Rangfolge	Gebühr in DM, errechnet über Verbrauchergeldparität	Rangfolge
1	2	3	4	5	6	7	8
Bundesrepublik Deutschland	921,30	921,30	6	65,16	7	921,30	8
Belgien	11 330,—	596,07	12	50,13	9	665,07	10
Dänemark	1 636,—	476,11	13	32,65	14	453,34	13
Frankreich	1 979,—	731,40	9	87,10	6	811,19	9
Großbritannien	259,85	1 108,78	3	109,64	3	1 125,15	4
Irland	293,65	1 012,51	4	126,57	1	1 248,01	3
Italien	424 450,—	759,34	8	108,64	4	1 124,79	5
Luxemburg	4 900,—	257,79	16	20,00	16	333,20	16
Niederlande	508,75	460,27	14	36,76	12	505,04	11
Norwegen	4 210,—	1 653,22	1	90,13	5	1 331,62	1
Österreich	8 145,—	1 155,78	2	122,11	2	1 268,18	2
Schweden	1 105,—	445,71	15	27,88	15	451,17	14
Schweiz	543,—	635,34	11	35,88	13	500,86	12
USA	394,65	985,99	5	49,49	10	1 107,81	6
Kanada	408,33	807,06	7	44,90	11	951,71	7
Japan	74 600,—	721,98	10	62,46	8	555,10	15

Internationaler Postgebührenvergleich (Standardbrief 20 g)

Gebührenstand: Juli 1982

Land	Gebühr in nationaler Währung	Letzte Gebührenerhöhung	Gebühr in DM, errechnet über den Devisenkurs	Rangfolge	Gebühr umgerechnet in Arbeitszeitaufwand (Minuten)	Rangfolge	Gebühr in DM, errechnet über Verbrauchergeldparität	Rangfolge
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Bundesrepublik Deutschland	0,80	01.07.82	0,80	2	3,40	6	0,80	2
Belgien	10,00	15.04.82	0,53	13	2,65	9	0,59	11
Dänemark	2,00	17.05.82	0,58	8	2,40	12	0,55	12
Frankreich	1,80	01.06.82	0,67	5	4,75	2	0,74	4
Großbritannien	0,155	01.02.82	0,66	6	3,92	4	0,67	8
Irland	0,26	01.04.82	0,90	1	6,74	1	1,11	1
Italien	300	01.10.81	0,54	12	4,61	3	0,80	3
Luxemburg	8,00	01.07.80	0,42	16	1,96	13	0,54	14
Niederlande	0,70	01.04.82	0,63	7	3,04	7	0,70	5
Norwegen	2,00	01.03.82	0,79	3	2,57	10	0,63	9
Österreich	4,00	01.03.81	0,57	11	3,60	5	0,62	10
Schweden	1,65	01.06.81	0,67	4	2,50	11	0,67	7
Schweiz	0,40	01.01.76	0,47	15	1,59	15	0,37	15
USA	0,20	01.11.81	0,49	14	1,46	16	0,55	13
Kanada	0,30	01.01.82	0,57	10	1,91	14	0,68	6
Japan	60	20.10.81	0,58	9	3,01	8	0,29	16

Außenhandel

Wachstumsaussichten haben sich eingetrübt

Ergebnisse der neuen ifo-Umfrage in 50 Ländern der Welt

Das ifo-Institut für Wirtschaftsforschung legte im ifo-Schnelldienst 29/82 die wichtigsten Ergebnisse der 5. Umfrage von September 1982 vor, die auf rd. 500 Antworten aus 50 Ländern basiert:

Lage der Weltwirtschaft weiter verschlechtert

Die Beurteilung der Wirtschaftslage der 50 in die KTI-Berichterstattung einbezogenen Länder durch die befragten Experten hat sich gegenüber der letzten Erhebung im Juni 1982 und noch deutlicher im Vergleich zum Vorjahr (September 1981) verschlechtert. Am ausgeprägtesten war die Verschlechterung bei den Industrieländern, am geringsten bei den Entwicklungsländern. Nach wie vor wird die Lage in den Entwicklungsländern und in den Schwellenländern relativ günstiger bewertet als in den Industrieländern (vgl. Bild der Woche).

Bei den Erwartungen hinsichtlich der Wirtschaftsentwicklung in den nächsten 6 bis 12 Monaten überwiegen zwar die optimistischen Stimmen, doch hat dieser Optimismus deutlich nachgelassen. Das heißt, die positiven Erwartungen überwiegen nur noch geringfügig die negativen Meldungen. In den Industrieländern ist der Zukunftsoptimismus etwas deutlicher zu erkennen, in den Schwellenländern wird mit keiner wesentlichen Veränderung gerechnet, während in den Entwicklungsländern erstmals die negativen Erwartungen das Übergewicht haben.

Wenn wir die Bewertungsziffern für die augenblickliche Beurteilung der Wirtschaftslage und für die erwartete Wirtschaftsentwicklung in den nächsten 6 bis 12 Monaten zu

einem Stimmungsindikator „Wirtschaftsklima“ zusammenfassen, so erhalten wir für folgende ausgewählte Länder eine interessante Abstufung (USA = 100):

USA	100	Südafrika	52
BR Deutschland	94	Frankreich	44
Japan	84	Mexiko	39

Obwohl die Urteile über die USA keineswegs günstig ausgefallen sind, wird das Wirtschaftsklima in den genannten Ländern und insbesondere in Frankreich und Mexiko noch ungünstiger beurteilt. Bessere Bewertungsziffern als die USA haben insbesondere OPEC-Länder wie Saudi-Arabien und Libyen sowie Tunesien erzielt.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß sich nach Ansicht der 500 befragten Experten die Wirtschaftslage im Durchschnitt der 50 in die Beobachtung einbezogenen Länder weiter verschlechtert hat und daß die Hoffnung auf eine konjunkturelle Belebung innerhalb der nächsten 6 bis 12 Monate weniger häufig geäußert wurde als noch zu Jahresbeginn. Dennoch bleibt festzuhalten, daß die optimistischen Erwartungen immer noch zahlreicher sind als die pessimistischen Stimmen.

Leichte Zunahme von Importen und Exporten

Die Erwartungen hinsichtlich der voraussichtlichen Ein- und Ausfuhrentwicklung in den nächsten 6 bis 12 Monaten ergeben folgendes Bild: Im Durchschnitt der in der Umfrage erfaßten 50 Länder werden das Ein- und Ausfuhrvolumen in annähernd gleichem Umfang leicht zunehmen. Im einzelnen

wird dabei für die Gruppe der Schwellenländer ein etwas schwächeres Import- und Exportwachstum erwartet als für die Gruppe der Industrieländer. In der Gruppe der Entwicklungsländer hofft man zwar ebenfalls, die Ausfuhren in den nächsten 6 bis 12 Monaten steigern zu können. Stärker als das Exportvolumen wird hier jedoch voraussichtlich das Importvolumen zunehmen.

Verbesserung der Handelsbilanzen in den Industrieländern

Im Durchschnitt der Industrieländer wird mit einer leichten Verbesserung des Handelsbilanzsaldos gerechnet, in den Schwellenländern mit einer annähernd gleichbleibenden Bilanz und in den Entwicklungsländern mit einer Verschlechterung. Diese Entwicklungstendenzen decken sich im wesentlichen mit den Ergebnissen aus der Frühjahrsbefragung; erwähnenswert ist, daß nunmehr in etwas geringerem Maße als bei der letzten Erhebung eine Verschlechterung in den Handelsbilanzen der Entwicklungsländer befürchtet wird.

Für den Handelsbilanzsaldo sind nicht nur die oben angesprochenen Tendenzen des Export- und Importvolumens von Bedeutung, sondern auch die Entwicklung der Terms of Trade. So erwarten die Experten z. B. für die BR Deutschland eine weitere Verbesserung der Handelsbilanz, obwohl sie damit rechnen, daß die mengenmäßigen Importe stärker zunehmen als die Exporte. Relativ am häufigsten werden in der Gruppe der Industrieländer Besserungstendenzen in den Handelsbilanzen Belgiens, der Niederlande, Finnlands, Schwedens, Irlands und Kanadas gesehen. Mit einer Verschlechterung der Handelsbilanzsituation ist nach Meinung der Landesexperten vor allem in Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Neuseeland sowie in den USA zu rechnen.

Weitere Beruhigung der Preisentwicklung

Nach Ansicht der rund 500 Experten wird die inflatorische Entwicklung der Konsumentenpreise im Durchschnitt der 50 Länder in den nächsten 6 bis 12 Monaten weiter nachlassen. Schon vor einem Jahr deuteten erste Anzeichen in diese Richtung; in der Mai-Befragung 1982 wurden sie noch deutlicher sichtbar. Trotzdem wäre es zu früh, von einer Tendenz zu stabilen Preisen zu sprechen: Der Preisauftrieb setzt sich jedenfalls – wenn auch etwas verlangsamt – fort. Als Beispiele für die einzelnen recht unterschiedlichen Preiserwartungen seien folgende Länder herausgegriffen:

Abgeschwächter Preisauftrieb	Gleichbleibender Preisauftrieb	Verstärkter Preisauftrieb
BR Deutschland	Kolumbien	Argentinien
Japan	Australien	Mexiko
VR China	Belgien	Nigeria
USA	Griechenland	
Kanada	Portugal	
Großbritannien	Ägypten	
	Libyen	

Chancen für Zinssenkungen

Noch häufiger als in der Frühjahrsbefragung sieht man in den Industrieländern Chancen für einen Rückgang der Zinsen im Laufe der nächsten 6 bis 12 Monate. In den Schwellenländern wird – wie beim letzten Mal – zwar mit einem tendenziellen Rückgang der Zinsen gerechnet, der Spielraum hierfür wird jedoch meist als sehr eng angesehen. In den Entwicklungsländern befürchtet man demgegenüber in absehbarer Zeit eher noch steigende Zinsen; im Vergleich zur vorangegangenen Erhebung sind diese Befürchtungen jedoch etwas weniger weit verbreitet.

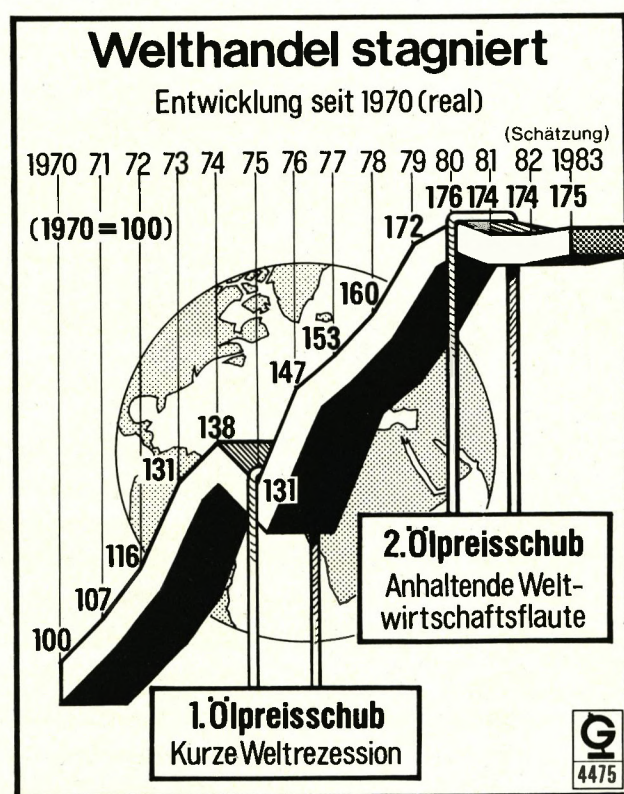
Im einzelnen wird in der Gruppe der Industrieländer am häufigsten in der BR Deutschland und im Vereinigten Königreich ein Zinsrückgang für wahrscheinlich gehalten. Abweichend von dem allgemein nach unten gerichteten Zins-trend befürchtet man in Dänemark und Norwegen eher noch leicht steigende Zinsen.

Dollar und Pfund weiter überbewertet

Der US-Dollar und in geringem Maße auch das englische Pfund Sterling gelten in den erfaßten Industrieländern als überbewertet, während die D-Mark und der Yen als unterbewertet bezeichnet werden. Diese Tendenzen waren bereits bei der letzten Erhebung im Frühjahr festzustellen, sie haben sich in der Zwischenzeit sogar noch leicht verstärkt.

In den Schwellenländern wird – ähnlich wie schon letztes Mal – die Währungsrelation zum US-Dollar im wesentlichen als angemessen bezeichnet, gegenüber den anderen drei Leitwährungen (DM, £, Yen) sieht man dagegen einen Abwertungsbedarf, dessen Umfang seit dem Frühjahr im wesentlichen unverändert blieb.

In den erfaßten Entwicklungsländern werden im Durchschnitt der US-Dollar und das englische Pfund Sterling als



Freier Handel in Gefahr

Der zweite Ölpreisschub zu Beginn der achtziger Jahre hat tiefe Spuren hinterlassen. Die Weltwirtschaft befindet sich in einer anhaltenden Flaute, der Welthandel stagniert (unser Schaubild). Allenthalben werden Stimmen lauter, die protektionistische Maßnahmen gegen wirtschaftliche Schwierigkeiten fordern. Sie rufen nach Einfuhrbeschränkungen, um ihre heimische Wirtschaft vor unliebsamer Konkurrenz von draußen zu schützen. Allerdings übersehen sie dabei, daß derartige Schritte meist mit Gegenmaßnahmen beantwortet werden. Ein Handelskrieg aber würde die Welt in noch größere wirtschaftliche Sorgen stürzen.

etwas überbewertet, die D-Mark und der Yen dagegen als leicht unterbewertet bezeichnet.

Hauptprobleme der Wirtschaft: Arbeitslosigkeit und Inflation

Die Antworten auf die Frage nach den wichtigsten Wirtschaftsproblemen in den einzelnen Ländern zeigten im Vergleich zu der Erhebung im Februar 1982, daß im Durchschnitt aller 50 Länder die Arbeitslosigkeit nunmehr auf den ersten Platz gerückt ist, während die Inflation vom ersten auf den zweiten Platz zurückfiel. Fehlendes Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung steht weiterhin auf Rang drei, doch wurde es häufiger als bisher erwähnt. Die Rangordnung ist natürlich in den einzelnen Ländern bzw. Ländergruppen verschieden:

Genannt:	Industrieländer	Schwellenländer	Entwicklungsländer
1. Stelle	Arbeitslosigkeit	Inflation	Arbeitslosigkeit
2. Stelle	Vertrauen	Vertrauen	Konkurrenzfähigkeit
3. Stelle	Inflation	Arbeitslosigkeit	Facharbeitermangel

Für Japan und Hongkong wurden an zweiter bzw. erster Stelle Einfuhrbeschränkungen in Importländern als wichtiges Problem genannt. Vor allem für Japan wurden derartige Gründe wesentlich häufiger gemeldet als noch zu Jahresbeginn. In den USA wird die Inflation nur noch selten als ein besonderes Handicap angesehen, dagegen haben hier die Meldungen über den Mangel an internationaler Konkurrenzfähigkeit auffallend zugenommen.

Investitionsklima wenig verändert

Die Bedingungen für ausländische Investoren haben sich im Durchschnitt aller Länder seit dem Vorjahr nur wenig verändert. Die negativen und positiven Bewertungen halten sich nahezu die Waage. Am günstigsten fielen nach wie vor die Urteile für die Entwicklungsländer aus. Mit wesentlichen Veränderungen in den nächsten 6 bis 12 Monaten wird im allgemeinen nicht gerechnet. Die günstigsten Urteile über das gegenwärtige Klima für ausländische Investoren kamen aus folgenden Ländern:

Portugal	Singapur	USA
Malaysia	Tunesien	Österreich
Pakistan	Indien	Finnland

Hinsichtlich einer Verbesserung des Investitionsklimas in den nächsten 6 bis 12 Monaten werden die Länder Portugal, Taiwan und Türkei von den befragten Experten am günstigsten bewertet. Auffallend ist, daß sich die Beurteilung des Investitionsklimas für Japan seit dem Vorjahr deutlich verschlechtert hat.

Mittelfristige Wachstumsaussichten eingetrübt.

Die Verschlechterung der Wirtschaftslage gegenüber 1981 hat auch auf die mittelfristigen Wachstumserwartungen abgefärbt. Die erwarteten Steigerungsraten im Durchschnitt der nächsten drei bis fünf Jahre haben sich vermindert. Folgende Übersicht macht dies deutlich:

Für die nächsten drei bis fünf Jahre erwartete jährliche Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts

Region	September 1981	September 1982
Industrieländer	2,8	2,5
Schwellenländer	4,6	3,7
Entwicklungsländer	4,0	4,3
Durchschnitt der 50 Länder	3,2	2,8

Die geringste Steigerung erwarteten bei beiden Umfragen jeweils die Industrieländer, der stärkste Rückgang der Wachstumserwartungen war in den Schwellenländern zu verzeichnen. Nur für die Entwicklungsländer zeichnet sich eine Zunahme der Wachstumserwartungen ab, zurückzuführen vor allem auf die Meldungen für Indien und Pakistan.

Wirtschaftspolitische Eingriffe befürchtet

Die schlechte Wirtschaftslage vieler Länder läßt die befragten Experten Eingriffe vielfacher Art in das Wirtschaftsgeschehen erwarten. Am häufigsten werden dabei Abwertungen, Importrestriktionen, Lohn- und Preiskontrollen, steuerliche Maßnahmen und Budgetkürzungen erwartet. Die folgende Aufstellung zeigt für ausgewählte Länder die am häufigsten genannten Maßnahmen:

Frankreich:	Abwertung, Lohn- und Preiskontrollen, Importkontrollen
Großbritannien:	Abwertung, Ankurbeln durch öffentliche Ausgaben, Steuersenkungen
Italien:	Abwertung, Steuererhöhungen, Revision der Lohn-Preis-Indexierung
Spanien:	Abwertung
Niederlande:	Lohnkontrollen
Kanada:	Lohn- und Preiskontrollen
USA:	Senkung der Staatsausgaben
Argentinien:	Abwertung, Importkontrollen
Mexiko:	Abwertung, Importkontrollen, Devisenkontrollen
Venezuela:	Importkontrollen
Australien:	Abwertung
Japan:	Anregung der Wirtschaft durch öffentliche Investitionen
Philippinen:	Abwertung
Taiwan:	Abwertung
Indien:	Erleichterung für ausländische Investitionen
Indonesien:	Abwertung

Sollten sich die Erwartungen erfüllen, müßte insbesondere mit einem weltweiten Abwertungswettlauf gerechnet werden.

K. Ch. Röthlingshöfer

BGA: EG hat in Genf versagt

Angesichts der drückenden Verschuldungslasten der Entwicklungsländer, des grassierenden Protektionismus und der gravierenden Arbeitslosigkeit ist die Europäische Gemeinschaft ihrer Mitverantwortung für den Welthandel nicht gerecht geworden. Das erklärte der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) zum Ergebnis der GATT-Ministerrats-Tagung in Genf.

Der Protektionismus werde zwar bedauert, aber nicht geahndet. Das aber sei zu wenig und bedeute ein falsches Signal für die Weltwirtschaft. Der EG-Kommission als der Hüterin des EG-Vertrages könne der Vorwurf, den Artikel 110 des EG-Vertrages zu wenig berücksichtigt und sich gegenüber Frankreich als zu tolerant erwiesen zu haben, nicht erspart werden. Nach dem unbefriedigenden Ausgang der GATT-Verhandlungen sei zu befürchten, daß in der EG-Außenhandelspolitik das protektionistische Frankreich eine dominierende Rolle zu Lasten der deutschen Exporte innerhalb und außerhalb der Gemeinschaft übernehmen werde.

EG-Zusammenarbeit mit Afrika

Braun bei Entwicklungsländer-Tagung in Lomé

An einer Tagung in Lomé, Togo, die der Vertiefung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen afrikanischen Entwicklungsländern und der Europäischen Gemeinschaft dient, nahm Präsident Konsul Senator **Walter Braun**, teil. Er folgte der Einladung von Staatsminister Dr. **Fritz Pirkel**, des Vorsitzenden der Hans-Seidel-Stiftung, zur „5. Deutsch-Französischen Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Dritten Welt“, die unter der Schirmherrschaft des Präsidenten der Bundesrepublik Togo, General Eyadema, steht und zu der viele afrikanische Staaten Delegationen entsenden. Im Mittelpunkt der Tagung standen Kooperationen, europäische Investitionen und eine Bestandsaufnahme über die Wirkungen der „Abkommen von Lomé“, mit denen die EG ihre Märkte für afrikanische Staaten geöffnet hat.

Handelspartner VR CHINA Sonderausgabe der Zeitschrift WELTHANDEL

Die VR CHINA ist nach wie vor eines der wichtigsten Länder für den deutschen Export. Die deutsche Wirtschaft ist der drittgrößte Lieferant der Chinesen. Im vergangenen Jahr haben die deutschen Exporte nach China auf 2,28 Milliarden Mark und die Einfuhren auf 1,72 Milliarden Mark (+18%) zugenommen.

Der Außenhandelsumsatz der VR China von jährlich 43 Milliarden Dollar zeigt die enormen Chancen für Firmen, die sich rechtzeitig engagieren, um sich diesen Markt langfristig zu sichern.

Die Sonderausgabe „VR CHINA“ der Zeitschrift WELTHANDEL wird in redaktioneller Zusammenarbeit mit den großen Wirtschaftsverbänden, dem Ostasiatischen Verein, dem Asien-Institut und dem Industrie-Club gestaltet und soll die intensiven Bemühungen der deutschen Wirtschaft zur Verstärkung des Chinageschäftes nachdrücklich unterstützen.

Eine spezielle Verteilung in China (im Einzelversand) ist durch eine vom Verlag beauftragte Vertriebsfirma in Peking garantiert. Darüber hinaus kauft das Bundespresseamt ein Kontingent der Auflage und verbreitet diese in der VR China.

Die CHINA-Ausgabe bietet allen am Chinahandel interessierten Firmen die Gelegenheit, potentiellen Kunden und Geschäftspartnern die Leistungsfähigkeit und den Service ihrer Gesellschaft nahezubringen.

Anzeigentexte werden vom Verlag kostenlos ins Chinesische übersetzt.

Anzeigenschluß für die CHINA-Ausgabe ist der 25. Januar 1983.

Unsere Mitgliedsfirmen bitten wir, ihre Anfragen und Aufträge direkt an die HPB WELTHANDEL-VERLAG GmbH, Spaldingstraße 1, 2000 Hamburg 1, Tel.: 040/230878, Telex: 2174311, zu richten.

Verschiedenes

Außendienst-Spesen 1983

Der in München erscheinende VERKAUFSLEITER-SERVICE startet im Januar eine Umfrage zum Thema „Außendienst-Spesen“. Die Umfrage soll zeigen, welche Tages-, Übernachtungs-, Fahrt-, Bewirtungs- und Telefon-

spesen Verkäufer im Außendienst erhalten. Die Ergebnisse liefern für die Personalabteilung und für die Verkaufsleitung eine aktuelle Grundlage zur Gestaltung und Kontrolle der Außendienst-Spesen.

Die Beteiligung an der Umfrage ist kostenlos. Jedes Unternehmen, das an der Umfrage teilnimmt, erhält eine Zusammenfassung des Auswertungsberichts. Firmen, die an der Umfrage „Außendienst-Spesen 1983“ teilnehmen wollen, erhalten weitere Informationen von: Manfred Hartan, Chefredakteur VERKAUFSLEITER-SERVICE, Engelschalkinger Straße 150, 8000 München 81, Telefon: 089/916051-52.

Merkblatt „Instandhaltungs- und Reparaturkosten“

Der im Jahre 1964 ins Leben gerufene Arbeitskreis „Mittel- und Kleinbetriebe“ (AKM) des Bundesausschusses Betriebswirtschaft (BBW) im Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW), dem Sachverständige aus Fachgremien der Industrie, des Handels, des Handwerks, des Transportgewerbes sowie aus der öffentlichen Verwaltung angehören, konzentriert seine Tätigkeit auf die Herausgabe von Merkblättern mit dem Ziel, dem in zeitraubenden Alltagsgeschäften stehenden Praktiker aus kleinen und mittleren Unternehmen – aber auch Nachwuchskräften – wesentliche Anregungen aus der jeweils aufgegriffenen Thematik zu vermitteln. Diese auf immer wieder aktuelle, vor allem auf betriebswirtschaftliche Fragestellungen ausgerichteten Veröffentlichungen beschreiben nicht vorrangig Einzelheiten zur Lösung individueller Probleme, sondern wollen vielmehr in ihrer bewußt kurzgefaßten Darstellungsweise beim Leser Denkanstöße bewirken und ihn somit zur Verwirklichung weiterführender produktivitätsfördernder Maßnahmen – ggfs. durch Hinzuziehen eines Unternehmensberaters – aufschließen.

Das positive Echo auf die in den bisher erschienenen Merkblättern verfolgte Konzeption befürwortet den vom Arbeitskreis eingeschlagenen Weg, der auch bei der nun vorliegenden Publikation „Instandhaltungs- und Reparaturkosten“ wiederum beachtet worden ist.

Bestellungen bitten wir unter der RKW-Bestell-Nr. 786 unmittelbar an das RKW, Postfach 5867 in 6236 Eschborn, zu richten.

Das Merkblatt wird zum Preis von DM 5,- abgegeben. Bei Mehrbezug Staffelpreise.

Personalien

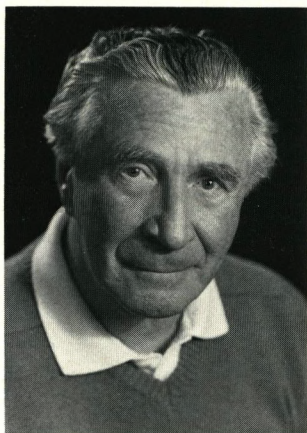
Wir gratulieren

Willi Kaepfel – 75 Jahre

Der Mitbegründer der Firma adam kaepfel, **Willi Kaepfel**, vollendete am 19. November 1982 sein 75. Lebensjahr. Der Jubilar beging seinen Ehrentag zugleich mit dem 45-jährigen Gründungsjubiläum der Firma im Kreise seiner Familie und seiner Mitarbeiter, wobei er 7 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für 25- und 30-jährige Zusammenarbeit ehrte.

Als gelernter Bankkaufmann und Dipl. Textiltechniker trat er 1927 als Reisender in die von seinem Vater Adam geleitete Spinnerei und Weberei Bach & Bloch Mühlhausen, Sitz Augsburg, ein. 1937 gründete er zusammen mit seinem Vater die Firma adam kaepfel, Webwarenausrüstung und Großhandel, in Augsburg, die sich alsbald einen beacht-

lichen Namen in der Branche erwerben konnte. Nach dem 2. Weltkrieg übernahm er die Hauptlast des Wiederaufbaus des durch den Krieg schwer beschädigten Betriebes und wurde 1958 nach dem Tod seines Vaters Alleininhaber. Seit 1970 mußte er sich aus gesundheitlichen Gründen mehr und mehr aus der aktiven Leitung seines Hauses zurückziehen. 1974 übernahmen seine Söhne Klaus und Heinz die Geschäftsleitung.



Willi Kaepfel, und dies haben seine Nachfolger übernommen, war sich stets bewußt, daß die gesteckten Ziele in einer sozialen Marktwirtschaft nur gemeinsam mit zuverlässigen Mitarbeitern erreicht werden können. So führte er bereits 1949 die erste Gewinnbeteiligung ein und gewährte damals schon als einer der ersten Unternehmer Bayerns Urlaubsgeld. 1974 gab er grünes Licht für das von seinen Söhnen zusammen mit dem Betriebsrat der Firma ausgearbeitete Beteiligungsmodell, eine Kapital- und Ergebnisbeteiligung der Mitarbeiter, das als 'Kaepfel-Modell' bekannt wurde. 1975 wurde die bereits seit 1937 bestehende Unterstützungskasse in eine eigene betriebliche Altersversorgung umgewandelt.

Als Mitglied der Vollversammlung der IHK Augsburg wirkte er jahrzehntelang auch über den Betrieb hinaus. Als langjähriger Vorsitzender der Prüfungskommission für Textilkauflaute galt seine besondere Sorge der fachlichen Ausbildung des Nachwuchses.

Seine Leistungen würdigte der Bundespräsident 1978 durch die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes am Bande.

Noch heute nimmt der Jubilar regen Anteil am täglichen Firmengeschehen.

Präsident Walter Braun und Hauptgeschäftsführer Werner Sattel haben dem Jubilar herzlich gratuliert.

50-jähriges Arbeitsjubiläum bei Bihler

Ein nicht alltägliches Ereignis konnte in diesen Tagen bei unserer Mitgliedsfirma Bihler, Fernseh-, Radio- und Elektrogroßhandlung in Babenhausen, gefeiert werden: Fritz Reiber konnte sein 50-jähriges Arbeitsjubiläum begehen.

Unser Vorstandsmitglied Wolfgang Bihler würdigte den Jubilar mit den Worten:

„In den Wirren der 30er Jahre, in der Zeit einer schweren Wirtschaftskrise mit vielen Arbeitslosen sind Sie einer der ersten und engsten Mitarbeiter meines Vaters geworden. Ihre Begabung im Umgang mit Menschen, im Verkauf, neben

dem kaufmännischen und technischen Wissen, getragen von Fleiß und Einsatzbereitschaft, ließen Sie sehr bald zu unserem 1. Außendienstmitarbeiter heranwachsen.

Der Elektrogroßhandel war seinerzeit noch in seiner Anfangsphase und Sie gehören somit zu den „Pionieren“ unserer Branche. Ob in den Räumen bis zum Bodensee hinauf, oder die schweizerisch/österreichische Grenze entlang bis Füssen herauf oder den Lech herunter, zur Donau hin bis nach Donauwörth, überall waren Sie beliebt und erfolgreich tätig und haben hunderttausende von Kilometern unfallfrei in Ihrem Leben zurückgelegt. Nicht wenige angebrochene Nächte haben Sie bei vielen Fachhandelskunden zugebracht und sind erst spät nach Hause gekommen. Das war „die gute alte Zeit“. Ganz besonders hervorheben möchte ich die Wertschätzung und das Vertrauen, das Sie beim Fachhandel wegen Ihrer Geradlinigkeit, Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit genießen. Während des 2. Weltkrieges blieben Sie vom Wehrdienst nicht verschont. Nach dem Krieg bzw. der Gefangenschaft waren Sie wieder einer der Ersten, der beim Wiederaufbau half. Anfangs mit umgekehrten Vorzeichen, denn in dieser Zeit mußte man zuerst nicht mehr verkaufen, sondern es galt Waren zu beschaffen. Aber bald nach der Währungsreform begann wieder der Verkauf und Sie waren erneut auf Achse in Ihrem alten Element.“

Für die Zeit des wohlverdienten Ruhestands, den der Jubilar in wenigen Wochen mit 71 Jahren antreten wird, wünschte ihm Firmenchef Bihler das Allerbeste und vor allem Gesundheit.

100 Jahre Firma Hasso Pollozek, Textilgroßhandel, Pfarrkirchen

Unsere Mitgliedsfirma Hasso Pollozek GmbH & Co. KG. feierte am 26. 11. 1982 ihr 100-jähriges Jubiläum.

Die Firma wurde am 21. 11. 1882 durch Herrn Hugo Pollozek in Grafenort/Schlesien gegründet. 1920 übernahm sein Sohn Georg Pollozek die Firma, die er zu den führenden Fachgroßhandlungen im schlesischen Raum weiterentwickelte.

Nach Kriegsende wurde die Familie Pollozek ausgewiesen und erlitt einen totalen Verlust ihres gesamten Vermögens.



Der Enkel des Firmengründers, Herr Hasso Pollozek schritt bereits am 15. 11. 1945 zu einer Neugründung der Firma in Pfarrkirchen. In Wahrung der Familientradition wurde wieder ein Textilgroßhandel gegründet. Die Firma entwickelte sich in den letzten 25 Jahren zu einem der bedeutendsten Unternehmen in dieser Sparte in Niederbayern. Die Firma beschäftigt heute ca. 100 Mitarbeiter und wird in einem modernen Büro- und Lagerhaus-Gebäude mit einer Betriebsfläche von ca. 5000 qm betrieben.

In vierter Generation führt inzwischen Herr Georg Pollozek jun. die Firma fort. In ihrer Feierstunde zum 100-jährigen Jubiläum hat die Firma in eindrucksvoller Weise ihre Entwicklung und heutige Leistungsfähigkeit und Bedeutung gegenüber Vertretern der Öffentlichkeit demonstriert. Die Firma führt ein spezielles Sortiment von Textilien für den Bedarf des ländlichen Facheinzelhandels und pflegt daneben spezielle Sortimente an Berufsbekleidung für Industrie und Handel, Ärzte und Krankenanstalten sowie Gaststätten und Hotels. Der Service wird bei der Firma Hasso Pollozek besonders groß geschrieben.

Das gilt insbesondere für die Hilfe bei Ladengestaltung und Ladeneinbauten für den Einzelhandel.

Wir gratulieren auch an dieser Stelle nochmals sehr herzlich zu diesem stolzen Jubiläum. Möge es Ihrer Tatkraft und Ihrem Ideenreichtum auch in Zukunft gelingen, Ihr angesehenes Unternehmen erfolgreich fortzuführen und weiterzuentwickeln.

50 Jahre Durner & Co. – Nürnberg

Seit nunmehr einem halben Jahrhundert widmen sich die Durners dem Geschäft mit der Sauberkeit. Unsere Nürnberger Mitgliedsfirma führt alle Artikel auf dem Gebiet der Reinigung und Hygiene vom Toilett- und Handtuchpapier bis zu Großreinigungsautomaten, vom Putztuch bis zu Waschmitteln und Desinfektionsreinigern. 4000 Artikel sind ständig auf Lager. Für umfassende Beratung und prompte Auslieferung sorgt heute ein gut eingespieltes 20-köpfiges Mitarbeiterteam.



Die Firma Durner mit rd. 2000 Kunden im gesamten mittelfränkischen Raum gehört heute zu den führenden Unternehmen der Branche. Dieser Erfolg ist nicht zuletzt dem persönlichen Engagement der Firmengründer und der Nachfolgegeneration zu verdanken. 1932 hatte die Firma als Seifen- und Waschmittelgroßhandlung in einem gemieteten Raum ganz klein angefangen. Firmengründer Rudolf Durner wurde bald unterstützt von seinem Bruder Richard, der während des Krieges den Betrieb aufrechterhielt und trotz der Mangelsituation die Versorgung der Kunden gewährleistete.

1958 konnte man in eigene Betriebsräume umziehen, 1960 wurde mit der Übernahme des bekannten Seifenhauses Trambauer ein weiterer Meilenstein in der Firmengeschichte gesetzt. Man stieg in das gewerbliche Großverbrauchergeschäft ein und belieferte nun auch Industrie, Institute, Behörden, Schulen und Hotels. 1967, nach dem Tod von Richard Durner, trat der Sohn des Firmengründers, Reinhold Durner in das Unternehmen ein, dessen Leitung er seit dem

innehalt. 1973 konnte man in den lange geplanten großzügigen Neubau in der Illesheimer Straße umziehen. Das Lager wird derzeit um 1.000 qm erweitert.

Die Leistungsfähigkeit der Firma Durner zeichnet sich durch schnelle Lieferung und ein umfangreiches Warensortiment aus.

Die Firmenleitung blickt mit Zuversicht in das nächste Jahrzehnt ihrer Firmengeschichte. Auch unser LGA wünscht eine gedeihliche Entwicklung.

Firma Gauer: Eröffnung des neuen Franken-Centers

Professionelle Handwerker wie interessierte Heimwerker haben jetzt in Kitzingen eine neue gut erreichbare Einkaufsmöglichkeit, das neue Franken-Center der Firma **Gauer**. Trotz der großen Verkaufsfläche – Motto: 85.000 Artikel auf 28.000 qm Grundfläche, kann man sich auf einer Ebene schnell orientieren. Selbstbedienung ist die Regel, doch wenn Beratung erwünscht ist, stehen qualifizierte Verkäufer schnell zur Verfügung.



Präsident Braun hielt den Eröffnungsvortrag

Das Unternehmen Gauer ist in seiner geschichtlichen Entwicklung ein hervorragendes Beispiel dafür, daß nur die Anpassung an den Markt zur Prosperität führt. Das Center ist die Folge veränderter Markt- und Einkaufsgewohnheiten. Parkplatznöte in der Innenstadt einerseits und überholte, teilweise unwirtschaftlich gewordene Verkaufsflächen andererseits waren der Anstoß zur Suche nach neuen Lösungen. Die Idee gäbe bei Gauer schon drei Jahrzehnte, doch was fehlte war ein geeignetes Grundstück, das sich in der Nachbarschaft des Stahl-Service-Centers, eine der modernsten Stahl-Handelsanlagen Europas – gefunden wurde.

Das Abwarten hatte sich gelohnt, denn in der Zwischenzeit fand ein gewaltiges Umdenken statt. Neue Überlegungen in bezug auf Energiewirtschaft, Verkehrsplanung, Baumethoden, Verkaufsphilosophie und Warenpräsentation: Das alles konnte im neuen Franken-Center berücksichtigt und mit einbezogen werden. So kommen nun all die Vorteile zum tragen, die ein Center dieser Art besitzen muß: Stadtnähe, gute Erreichbarkeit, ausreichende Parkplätze und übersichtliche Warenpräsentation.

Wie **Dr. Leonhard Gauer**, Vorstandsmitglied unseres Landesverbandes anlässlich der Eröffnungsfeierlichkeiten deutlich machte, soll das Center so verstanden werden, daß sich die Firma Gauer bemüht, geistige Mobilität zu zeigen und keine heiligen Kühe zu züchten.

Gauer will die richtigen Produkte anbieten und damit, wo nötig, von einer quantitativen zu einer qualitativen Strategie umsteigen. Anlässlich der Eröffnung des Franken-Centers hielt **Präsident Walter Braun** die Festrede, in der er neben den Grundsätzen, die zum wirtschaftlichen Erfolg der Firma Gauer geführt haben, auch einige Sorgen der momentanen wirtschaftlichen Großwetterlage ansprach:

„Der Name „Gauer“ habe in der Bayerischen Wirtschaft und ganz besonders im Groß- und Außenhandel einen hervorragenden Klang. Mancher frage sich, woher Dr. Gauer den Optimismus nehme, entgegen dem allgemeinen Trend Investitionen dieser Größenordnung zu wagen. Er meine, daß damit nicht nur unternehmerische Elastizität und Flexibilität zu Tage trete, sondern daß der Unternehmer Dr. Gauer auch beweise, daß er die Nerven behalte und seine ureigendsten Erfahrungen, Beobachtungen, Gedanken und letztlich sein Gespür in die Tat umsetze. Mit der neuen Anlage werde bei der Firma Gauer fast „ein neues Zeitalter“ eingelöst.

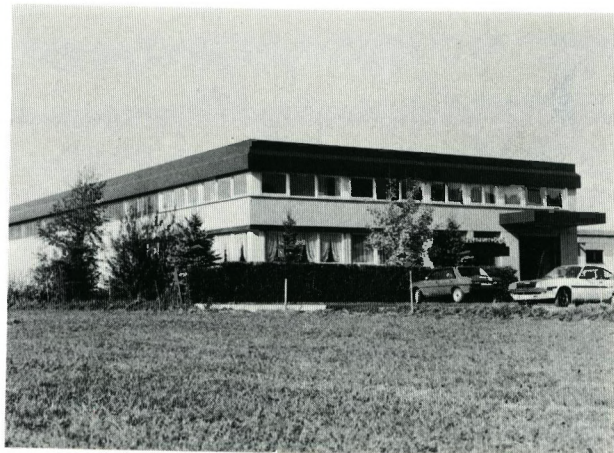
Allerdings genüge – ganz allgemein gesehen – die Steigerung des Umsatzes heute allein nicht, um uns wieder aus der wirtschaftlichen Talsohle herauszuführen. Ganz entscheidende Bedeutung komme einer Stärkung der Unternehmenserträge zu. Gerade der Großhandel leide unter der gegenwärtig unstabilen Lage, da gerade der Groß- und Außenhandel mit seinem hohen Kapitaleinsatz im Lager und seine an kleine Abnehmer gegebenen Außenstände gegen Instabilität besonders empfindlich sei, allerdings auch fast wehrlos, weil sowohl mit der Lagerhaltung als auch der Finanzierung seiner Kunden zwei wesentliche und unverzichtbare Funktionen des Großhandels angesprochen seien. Hier sei besonders der Gesetzgeber aufgerufen, auch mit steuerlichen Mitteln die Eigenkapitalbasis wieder zu stärken, um die Unternehmen widerstandsfähiger zu machen und auf diese Art und Weise zur Sicherung der Arbeitsplätze beizutragen. Der Substanzverzehr, gerade in den mittelständischen Unternehmen, müsse endlich zum Stillstand gebracht werden.

Es müsse immer wieder betont werden, daß Leistung auch Freude und Befriedigung bringen könne, aber auch daß diese vonnöten seien, wie der Hausherr mit seiner Investition genügend bewiesen habe.“

Hagenauer + Denk, Immenstadt in modernem Neubau

Die Expansion der letzten Jahre erforderte einen versandgerechten Standort für das seit 180 Jahren florierende Unternehmen.

Die Präsentation von hochwertigen Kartonverschleiß- und Umreifungsmaschinen kann nunmehr auf mehr als 1500 qm modernster Betriebsfläche in Immenstadt-Seifen durchgeführt werden.



Sortimentbreite und -tiefe machten ein übersichtliches Hochregallager notwendig.

Freundliche Ausstellungs- und Büroräume, sowie mit hydraulischen Bühnen ausgestatteter Versand und Wareneingang wurden von Geschäftsführer Klaus Strasser zukunftsweisend gestaltet.

Motivation und unermüdlicher Dienst am Kunden als Basis zum Erfolg sind die Grundsteine eines der bedeutendsten Unternehmen für Verpackungssysteme im Süddeutschen Raum.

Vorstand und Geschäftsführung des LGA

*wünschen allen Verbandsmitgliedern und Lesern
ein frohes Weihnachtsfest
und ein glückliches Neues Jahr.*
